

# Aufgaben- und Finanzplan 2008–2011 mit Budget 2008

**AFP**

Vom Grossen Rat  
beschlossen und genehmigt am  
27. November 2007

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Änderungen zum Budget 2008 und zu den Planjahren 2009 - 2011 gemäss den Beschlüssen des Grossen Rates vom 27. November 2007</b> .....	5
<b>I. Verwaltungsrechnung</b>	
Übersicht Verwaltungsrechnung nach Steuergrössen .....	13
Übersicht Verwaltungsrechnung nach Laufender Rechnung und Investitionsrechnung .....	14
Übersicht Aufgabenbereiche .....	15
<b>II. Aufgabenbereichspläne</b>	
<b>Hinweise zu den Aufgabenbereichsplänen</b> .....	23
<b>Grosser Rat</b>	
010 Grosser Rat .....	25
<b>Rechtsprechung</b>	
710 Justizbehörden .....	27
<b>Finanzaufsicht</b>	
810 Finanzkontrolle .....	31
<b>Öffentlichkeit und Datenschutz</b>	
820 Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz .....	33
<b>Regierungsrat</b>	
100 Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte .....	35
<b>Staatskanzlei</b>	
120 Zentrale Stabsleistungen .....	42
<b>Departement Volkswirtschaft und Inneres</b>	
210 Polizeiliche Sicherheit .....	48
215 Verkehrszulassung .....	52

220	Strafverfolgung und Strafvollzug .....	56
225	Migration .....	62
230	Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration .....	66
235	Registerführung und Rechtsaufsicht .....	69
240	Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich .....	74
245	Standortförderung .....	79
<b>Departement Bildung, Kultur und Sport</b>		
310	Volksschule .....	83
315	Sonderschulung, Heime, Werkstätten .....	91
320	Berufsbildung und Mittelschule Sek II .....	95
325	Hochschulen .....	101
330	Bildungsberatung und Ausbildungsbeiträge .....	107
335	Sport, Jugend .....	111
340	Kultur .....	115
<b>Departement Finanzen und Ressourcen</b>		
410	Finanzen, Controlling und Statistik .....	121
420	Personal .....	129
425	Steuern .....	134
430	Hochbauten .....	141
435	Zentrale Informatikdienste .....	147
440	Landwirtschaft .....	151
<b>Departement Gesundheit und Soziales</b>		
510	Soziale Sicherheit .....	157
515	Asylbetreuung .....	162
520	Gesundheitsschutz, Prävention und ärztliche Aufsicht, dezentrale Akutversorgung .....	165
533	Verbraucherschutz .....	171
535	Gesundheitsversorgung für Akutmedizin, Spezialmedizin und Langzeitbetreuung .....	176
540	Militär und Bevölkerungsschutz .....	183
545	Sozialversicherungen .....	188
<b>Departement Bau, Verkehr und Umwelt</b>		
610	Raumentwicklung und Recht .....	190
615	Energie .....	197
620	Umweltschutz .....	202
625	Umweltentwicklung .....	207
630	Umweltsanierung .....	213

635	Verkehrsangebot .....	215
640	Verkehrsinfrastruktur .....	221
645	Wald, Jagd und Fischerei .....	229
<b>III.</b>	<b>Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite .....</b>	<b>235</b>
<b>IV.</b>	<b>Stellenplan 2008 .....</b>	<b>245</b>
<b>V.</b>	<b>Artengliederung, Kennzahlen und Definitionen</b>	
	Artengliederung .....	253
	Finanzielle Mehrjahreskennzahlen .....	260
	Definition Finanzkennzahlen .....	261
	Verzeichnis der Abkürzungen .....	262
	Glossar .....	263

# **Änderungen zum Budget 2008 und zu den Planjahren 2009 - 2011 gemäss den Beschlüssen des Grossen Rats vom 27. November 2007**

## **1 Ausgangslage**

Der Regierungsrat unterbreitete dem Grossen Rat am 15. August 2007 mit Botschaft Nr. 07.185 den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2008 - 2011 mit Budget 2008. An seiner Sitzung vom 27. November 2007 (GRB-Nr. 2007-1424 und 2007-1427) beschloss der Grosse Rat das Budget 2008 mit Änderungen bei verschiedenen Entwicklungsschwerpunkten und Zielen sowie Anpassungen im Finanzteil. Weiter genehmigte der Grosse Rat die Planjahre 2009 - 2011 und verlangte Änderungen für die Planjahre bei verschiedenen Entwicklungsschwerpunkten und Zielen sowie Anpassungen im Finanzteil.

Mit den Beschlüssen des Grossen Rats beträgt der budgetierte Überschuss für das Budgetjahr 2008 14.4 Mio. Franken, gegenüber dem Antrag des Regierungsrats von 10.3 Mio. Franken.

## **2 Umsetzung der Beschlüsse und der verlangten Änderungen**

Die Beschlüsse des Grossen Rats zum Budget 2008 sind in den vorliegenden Aufgabenbereichsplänen umgesetzt.

Die vom Grossen Rat für die Planjahre 2009 - 2011 verlangten Änderungen sind in den vorliegenden Aufgabenbereichsplänen umgesetzt, unter der Voraussetzung, dass der Regierungsrat diesen bereits zugestimmt hat. Aufträge zur Aufnahme neuer Entwicklungsschwerpunkte (Hochbegabtenförderung im AB 310, Park + Ride im AB 635) werden im nächsten AFP 2009 - 2012 umgesetzt.

## **3 Änderungen im Aufgabenteil**

Der vom Grossen Rat steuerbare Aufgabenteil umfasst die Entwicklungsschwerpunkte mit den Massnahmen und die Ziele mit den Indikatoren. Insgesamt hat der Grosse Rat zwei Entwicklungsschwerpunkte und zehn Ziele geändert oder ergänzt. Diese Änderungen oder Ergänzungen sind im folgenden aufgeführt.

## AB 100 Zentrale Dienstleistungen / kantonale Projekte

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
100ZI0002	Parlamentarische Vorstösse werden fristgerecht bearbeitet.	1	Anteil innerhalb von 3 Monaten bearbeiteter parlamentarische Vorstösse	%	76	85	<u>85</u>	<u>85</u>	<u>85</u>	<u>85</u>
<u>100ZI0003</u>	<u>Überwiesene Vorstösse werden fristgerecht umgesetzt.</u>	<u>1</u>	<u>Anteil fristgerecht umgesetzter Vorstösse (Regelfrist: 4 Jahre)</u>	<u>%</u>			<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

## AB 210 Polizeiliche Sicherheit

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
210ZI0015	Das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat und die Polizei wird <u>gestärkt</u> .	1	Aufklärungsquote aller Delikte gemäss Strafgesetzbuch (StGB)	%	50.2	52	53	53	53	54

## AB 230 Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
230ZI0015	Die Planbegutachtungen werden termingerecht durchgeführt.	1	Erladigung innert 21 Tagen	%	100	90	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

## AB 235 Registerführung und Rechtsaufsicht

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
235ZI0014	Die Bearbeitungszeit der Anträge für Pass und Identitätskarte (IDK) ist kurz.	1	Innert 2 Arbeitstagen abgeschlossene Verfahren	%	80	80	<u>80</u>	<u>80</u>	<u>80</u>	<u>80</u>
		2	Innert 3 Arbeitstagen abgeschlossene Verfahren	%	100	100	100	100	100	100

AB 310 Volksschule

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
310ZI0012	Die Schulen verfügen über ein System für Qualitätsentwicklung und -sicherung.	1	Schulen mit Hauptelementen des Qualitätsentwicklungs- und Qualitätssicherungsmodells an der Aargauer Volksschule (QUES Aargau) (von total 235 Schulen)	Anzahl	38	80	120	235	235	235
		2	Extern evaluierte Schulen (von total 235 Schulen)	Anzahl	6	20	45	45	60	60
		4	Abteilungen mit absolvierten Leistungstests	Anzahl	351	400	400	400	670	670

AB 535 Gesundheitsversorgung vür Akutmedizin, Spezialmedizin und Langzeitbetreuung

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
535ZI0029	<u>Eine akzeptable Wartezeit der stationären Versorgung in den psychiatrischen Einrichtungen muss gewährleistet sein, um die psychiatrische Versorgung im Kanton sicherzustellen.</u>	1	<u>Maximale Wartezeit für Eintritt in die stationäre psychiatrische Behandlung für FFE (fürsorgerischer Freiheitsentzug) eingewiesene Patienten(innen)</u>	<u>Tage</u>			0	0	0	0
		2	<u>Maximale Wartezeit von 5 Tagen für Eintritt in die stationäre psychiatrische Behandlung für freiwillig zugewiesene Patienten(innen), Zielerreichungsgrad</u>	<u>%</u>			95	95	95	95
535ZI0030	<u>Die wirksame und zweckmässige ambulante und teilstationäre psychiatrische Versorgung im Kanton Aargau ist gewährleistet.</u>	1	<u>Minimale Behandlungsdauer für die ambulante Behandlung von neu eingetretenen Patienten(innen) durch EPD der PDAG bis zum Übertritt zu einem freipraktizierenden psychiatrischen Facharzt/Fachärztin</u>	<u>Monate</u>			2	3	4	5
		2	<u>Maximal mögliche Wartezeit für Eintritt in ein teilstationäres Angebot für stationär behandelte Patienten(innen)</u>	<u>Tage</u>			10	6	3	0
		3	<u>Maximale Wartezeit für Eintritt in ein teilstationäres Angebot für ambulant behandelte Patienten(innen)</u>	<u>Wochen</u>			8	3	1	1

## KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0029: Mit einer neuen Aufnahmestation kann die maximale Wartezeit entsprechend der Indikatoren eingehalten werden.

ZI0030 I1: Mit einem zusätzlichen psychiatrischen ambulanten Angebot kann die Behandlung entsprechend der angegebenen Monate verlängert werden.

ZI0030 I2: Mit dem Aufbau einer neuen Tagesklinik kann die Aufenthaltsdauer im Internen Psychiatrischen Dienst entsprechend der eingetragenen Tage verkürzt werden.

ZI0030 I3: Mit der Erweiterung der Tageskliniken/Tageszentren können die ambulanten Patienten entsprechend der Wochenangaben früher aufgenommen werden.

## AB 540 Militär und Bevölkerungsschutz

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
						2009	2010	2011	
540ZI0013	1	Kantonale Führungsstäbe	Anzahl	4	4	4	4	4	4
	2	Regionale Führungsorgane	Anzahl	22	35	34	36	36	36
	3	Kantonale Katastrophen-Einsatzelemente (KKE)	Anzahl	1	1	1	1	1	1
	4	Quote der gemäss Jahresplanung für das Kantonale Katastrophen-Einsatzelement bis zum 31.12. eines jeden Jahres durchgeführten Wiederholungskurse	%	100	100	100	100	100	100
	5	Quote der für den kantonalen Führungsstab und die regionalen Führungsorgane gemäss Mehrjahresprogramm bis zum 31.12. eines jeden Jahres durchgeführten Weiterbildungen	%	100	200	100	100	100	100
	6	Quote der Aufgebote für die Grund-, Zusatz- und Kaderausbildung sowie für Weiterbildungskurse, die mindestens 6 Wochen vor dem Einrückungstag versandt werden	%			100	100	100	100
	7	Quote der ausgebildeten Angehörigen des Zivilschutzes, die die Qualität der Ausbildungs- und Weiterbildungskurse mit "gut bis sehr gut" bewerten	%		80	80	80	80	<u>80</u>
	8	Auslastungsgrad der Schulungsräume des Zivilschutz-Ausbildungszentrums Eiken zur Gewährleistung eines kostendeckenden Betriebs	%		80	80	80	80	<u>80</u>



## AB 625 Umweltentwicklung

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE	MASSNAHMEN	Termin	Aufwand in Fr. 1000						
			bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total	
625ES0013	Erhalt und Entwicklung der Artenvielfalt durch Aufwertung und Vernetzung der Lebensräume, insbesondere im Landwirtschaftsraum	1	Nettoaufwand Globalkredit (bestehende und geplante)	24'500	4'800	<u>5'100</u>	<u>14'500</u>	8'500	57'400
		2	Durchführung des Programms Natur 2010 (GRB Nr. 02.1065, 17.12.2002)	2010					
		3	Durchführung des Programms Auen-schutzpark Aargau (GRB Nr. 04.1837, 30.03.2004)	2014					
		4	Erhalt und Bau in den Vorranggebieten (Folgemassnahmen Natur 2010)	2018					
		5	Vernetzung der Fliessgewässer	2010					

## AB 635 Verkehrsangebot

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
635ZI0017	Das Angebot des öffentlichen Verkehrs wird in allen Regionen nachfrageorientiert und nach wirtschaftlichen Aspekten weiter entwickelt und konsolidiert. Infrastruktur und Rollmaterial werden langfristig entwickelt und laufend optimiert und unterhalten.	1	Gewichtete Bahnabfahrten in den Gemeinden pro Woche	Anzahl	87'384	89'400	90'900	92'400	93'900	94'400
		2	Gewichtete Busabfahrten in den Gemeinden pro Woche	Anzahl	107'973	110'300	111'600	113'000	114'000	115'000
		3	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot des Bundes	Mio. Fr.	64.45	64.23	43.93	44.14	44.36	44.57
		4	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot des Kantons (60 %)	Mio. Fr.	46.15	50.85	70.41	72.97	76.39	78.24
		5	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot der Gemeinden (40 %)	Mio. Fr.	30.76	35.6	46.94	48.64	50.93	52.18
		6	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot insgesamt	Mio. Fr.	141.36	150.68	161.29	165.76	171.67	175.03
		7	Jährlich investierte Mittel für Bahninfrastruktur	Mio. Fr.	5.1	9.82	14.42	21.73	12.99	13.5
		8	<u>Kostendeckung Bahnen (Normalspur)</u>	%			<u>44</u>	<u>45</u>	<u>45</u>	<u>46</u>
		9	<u>Kostendeckung Bahnen (Meterspur; exkl. Infrastrukturbetriebskosten)</u>	%			<u>39</u>	<u>37</u>	<u>35</u>	<u>36</u>
		10	<u>Kostendeckung Bus</u>	%			<u>36</u>	<u>37</u>	<u>38</u>	<u>38</u>

AB 640 Verkehrsinfrastruktur

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE	MASSNAHMEN	Termin	Aufwand in Fr. 1000						
			bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009- 2011	ab 2012	Total	
640ES0020	Umsetzung der Lärmschutzmassnahmen im Kantonsstrassenbereich gemäss Bundesvorgaben	1	Globalkredit projektbezogen bewilligt						
		2	Prioritäre Ressourcenzuteilung zur Realisierung von Lärmschutzprojekten	2018	6'000	4'500	<u>4'500</u>	16'500	42'500

## 4 Änderungen im Finanzteil

Der Finanzteil besteht aus dem am Ende der Aufgabenbereichspläne aufgeführten Abschnitt „Finanzen“.

### 4.1 Budget 2008

Vom Grossen Rat beschlossene Nettoentlastungen von total 4.0 Mio. Franken führen zu einem Überschuss von 14.4 Mio. Franken. Die in der nachstehenden Tabelle dargestellten Änderungen des Grossen Rates sind in den Aufgabenbereichen umgesetzt und im AFP-Neudruck nachgeführt.

Fr. 1000, + Entlastung/- Belastung				
AB-Nr.	Aufgabenbereich	Saldo Vorlage Regierungsrat	Veränderung	Neuer Saldo
010	Grosser Rat Saldo Globalbudget (Ausstattung Sitzungszimmer Grossratsgebäude)	-3'014	-240	-3'254
215	Verkehrszulassung Saldo Kleinkredit (Technische Erneuerung VIACAR)	15'854	195	16'049
235	Registerführung und Rechtsaufsicht Saldo Globalbudget (Bearbeitungsdauer Pass- und Identitätskartenanträge; Änderung Ziel 235ZI0014)	33'153	80	33'233
245	Standortförderung Saldo Globalbudget Fr. 100'000 (Wirtschaftspolitik) Saldo Kleinkredit Fr. 460'000 (Wohnstandortmarketing; Verfügbarkeit von Immobilien)	-2'774	560	-2'214
310	Volksschule Saldo Globalbudget (Auswirkungen auf den NFA-Ausgleich Kanton-Gemeinden aufgrund Beitragsreduktion Bund im Aufgabenbereich 640 Verkehrsinfrastruktur)	-601'953	334	-601'619
420	Personal Saldo Globalbudget (Bereinigung Lohnstruktur Lehrpersonen)	-9'598	500	-9'098
535	Gesundheitsversorgung für Akutmedizin, Spezialmedizin und Langzeitbetreuung Saldo Globalbudget (Amortisation Bauschulden Regionalspitäler und Krankenhäuser) Saldo LUAE (dito)	-321'087	16'450 -16450	-321'087
625	Umweltentwicklung Saldo Grosskredit Sachprogramm Auenschutz Aargau Saldo Grosskredit Programm Natur 2010	-24'502	380 622	-23'500
635	Verkehrsangebot Saldo Globalbudget (Korrektur Planungsvorgaben)	-78'367	1'600	-76'767
640	Verkehrsinfrastruktur Saldo Kleinkredit (Folgen Beitragsreduktion Bund für LSVA und Kilometerpauschale) Saldo LUAE (dito)	0	9'556 -9556	0
	<b>Saldo Verwaltungsrechnung (alle Aufgabenbereiche)</b>	<b>10'350</b>	<b>4'031</b>	<b>14'381</b>

## 4.2 Planjahre 2009 - 2011

Nach Berücksichtigung der vom Grossen Rat verlangten Änderungen betragen die Überschüsse in den Planjahren 2009 6.8, 2010 13.8 und 2011 26.2 Mio. Franken. Die in der folgenden Tabelle dargestellten Änderungen sind in den Aufgabenbereichen umgesetzt und im AFP-Neudruck nachgeführt.

AB-Nr.	Aufgabenbereich	Fr. 1000, + Entlastung / - Belastung		
		Planjahr 2009	Planjahr 2010	Planjahr 2011
215	Verkehrszulassung Saldo Kleinkredit (Technische Erneuerung VIACAR)	190		
235	Registerführung und Rechtsaufsicht Saldo Globalbudget (Bearbeitungsdauer Pass- und Identitätskartenanträge; Änderung Ziel 235ZI0014)	80	80	80
310	Volksschule Saldo Globalbudget (Auswirkungen auf den NFA-Ausgleich Kanton-Gemeinden aufgrund Beitragsreduktion Bund im Aufgabenbereich 640 Verkehrsinfrastruktur)	334	334	334
535	Gesundheitsversorgung für Akutmedizin, Spezialmedizin und Langzeitbetreuung Saldo Globalbudget (Amortisation Bauschulden Regionalspitäler und Krankenhäuser) Saldo LUAE do.	37'150 -37'150	2'400 -2'400	4'300 -4'300
625	Umweltentwicklung Saldo Grosskredit Sachprogramm Auenschutz Aargau Saldo Grosskredit Programm Natur 2010	-130 -200	-130 -200	-120 -222
640	Verkehrsinfrastruktur Saldo Kleinkredit (Folgen Beitragsreduktion Bund für LSVA und Kilometerpauschale) Saldo LUAE (do)	429 -429	1'070 -1'070	733 -733
	<b>Total Nettoentlastungen</b>	<b>274</b>	<b>84</b>	<b>72</b>
	<b>Saldo Vorlage Regierungsrat</b>	<b>6'573</b>	<b>13'671</b>	<b>26'108</b>
	<b>Saldo nach Beschlüssen Grosser Rat</b>	<b>6'847</b>	<b>13'755</b>	<b>26'180</b>



# Übersicht Verwaltungsrechnung nach Steuergrössen

Mio. Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>Globalbudgets</b>										
Aufwand	-2'438.4	-2'537.9	-2'911.6	14.7	-2'967.2	1.9	-3'023.1	1.9	-3'115.8	3.1
Ertrag	833.9	872.3	963.2	10.4	979.8	1.7	971.7	-0.8	989.7	1.9
<b>Saldo</b>	<b>-1'604.5</b>	<b>-1'665.6</b>	<b>-1'948.4</b>	17.0	<b>-1'987.4</b>	2.0	<b>-2'051.5</b>	3.2	<b>-2'126.1</b>	3.6
<b>Kleinkredite</b>										
Aufwand	-106.9	-140.1	-138.7	-1.0	-153.5	10.7	-154.4	0.6	-154.3	-0.1
Ertrag	30.7	37.9	34.5	-9.0	41.6	20.4	56.9	37.0	63.9	12.2
<b>Saldo</b>	<b>-76.2</b>	<b>-102.1</b>	<b>-104.1</b>	2.0	<b>-111.9</b>	7.5	<b>-97.5</b>	-12.9	<b>-90.5</b>	-7.2
<b>Grosskredite</b>										
Aufwand	-131.5	-148.6	-188.2	26.6	-205.2	9.1	-181.4	-11.6	-144.7	-20.2
Ertrag	43.2	68.8	62.1	-9.7	74.8	20.4	65.3	-12.7	44.1	-32.5
<b>Saldo</b>	<b>-88.3</b>	<b>-79.8</b>	<b>-126.1</b>	57.9	<b>-130.5</b>	3.5	<b>-116.1</b>	-11.0	<b>-100.7</b>	-13.3
<b>LUAE</b>										
Aufwand	-1'449.5	-1'238.0	-2'959.3	139.0	-1'137.3	-61.6	-1'137.3	0.0	-1'112.2	-2.2
Ertrag	3'260.7	3'091.3	5'152.3	66.7	3'373.9	-34.5	3'416.1	1.2	3'455.6	1.2
<b>Saldo</b>	<b>1'811.1</b>	<b>1'853.4</b>	<b>2'193.0</b>	18.3	<b>2'236.6</b>	2.0	<b>2'278.8</b>	1.9	<b>2'343.4</b>	2.8
<b>Verwaltungsrechnung</b>										
Aufwand	-4'126.4	-4'064.6	-6'197.8	52.5	-4'463.2	-28.0	-4'496.2	0.7	-4'527.1	0.7
Ertrag	4'168.4	4'070.3	6'212.2	52.6	4'470.1	-28.0	4'510.0	0.9	4'553.3	1.0
<b>Saldo</b>	<b>42.1</b>	<b>5.8</b>	<b>14.4</b>	149.2	<b>6.8</b>	-52.4	<b>13.8</b>	100.9	<b>26.2</b>	90.3

Anmerkungen: Saldo: + Überschuss, - Fehlbetrag; Rundungsdifferenzen sind möglich

# Übersicht Verwaltungsrechnung nach Laufender Rechnung und Investitionsrechnung

Mio. Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>Laufende Rechnung</b>										
Aufwand	-3'711.6	-3'634.8	-5'792.3	59.4	-4'073.4	-29.7	-4'143.2	1.7	-4'206.9	1.5
Ertrag	3'957.7	3'880.2	6'096.9	57.1	4'350.6	-28.6	4'390.8	0.9	4'448.3	1.3
<b>Saldo</b>	<b>246.0</b>	<b>245.4</b>	<b>304.6</b>	24.1	<b>277.2</b>	-9.0	<b>247.6</b>	-10.7	<b>241.4</b>	-2.5
<b>Investitionsrechnung</b>										
Aufwand	-414.7	-429.7	-405.5	-5.6	-389.9	-3.9	-353.1	-9.4	-320.2	-9.3
Ertrag	210.8	190.1	115.3	-39.4	119.5	3.7	119.2	-0.2	105.0	-11.9
<b>Saldo</b>	<b>-203.9</b>	<b>-239.6</b>	<b>-290.2</b>	21.1	<b>-270.4</b>	-6.8	<b>-233.9</b>	-13.5	<b>-215.2</b>	-8.0
<b>Verwaltungsrechnung</b>										
Aufwand	-4'126.4	-4'064.6	-6'197.8	52.5	-4'463.2	-28.0	-4'496.2	0.7	-4'527.1	0.7
Ertrag	4'168.4	4'070.3	6'212.2	52.6	4'470.1	-28.0	4'510.0	0.9	4'553.3	1.0
<b>Saldo</b>	<b>42.1</b>	<b>5.8</b>	<b>14.4</b>	149.2	<b>6.8</b>	-52.4	<b>13.8</b>	100.9	<b>26.2</b>	90.3

Anmerkungen: Saldo: + Überschuss, - Fehlbetrag; Rundungsdifferenzen sind möglich

# Übersicht Aufgabenbereiche

Mio. Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>010 Grosser Rat</b>										
Aufwand	-3.0	-3.0	-3.3	8.9	-3.1	-6.6	-3.1	0.2	-3.1	0.2
Ertrag	0.0	0.0	0.0	500.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
<b>Saldo</b>	<b>-2.9</b>	<b>-3.0</b>	<b>-3.3</b>	8.0	<b>-3.0</b>	-6.6	<b>-3.0</b>	0.2	<b>-3.1</b>	0.2
<b>710 Rechtsprechung</b>										
Aufwand	-63.6	-57.3	-63.6	10.9	-65.4	2.8	-70.3	7.5	-70.6	0.5
Ertrag	17.2	16.5	18.7	13.8	18.8	0.4	19.2	2.2	19.2	-0.1
<b>Saldo</b>	<b>-46.4</b>	<b>-40.9</b>	<b>-44.9</b>	9.8	<b>-46.6</b>	3.9	<b>-51.1</b>	9.6	<b>-51.4</b>	0.7
<b>810 Finanzaufsicht</b>										
Aufwand	-1.9	-1.9	-1.9	3.2	-1.9	1.0	-1.9	0.8	-2.0	1.1
Ertrag	0.3	0.3	0.3	0.0	0.3	0.0	0.3	0.0	0.3	0.0
<b>Saldo</b>	<b>-1.6</b>	<b>-1.6</b>	<b>-1.6</b>	3.7	<b>-1.7</b>	1.1	<b>-1.7</b>	0.9	<b>-1.7</b>	1.3
<b>820 Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz</b>										
Aufwand	0.0	0.0	-0.5	-	-0.5	1.4	-0.5	0.6	-0.5	0.6
Ertrag	0.0	0.0	0.0	-	0.0	-	0.0	-	0.0	-
<b>Saldo</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-0.5</b>	-	<b>-0.5</b>	1.4	<b>-0.5</b>	0.6	<b>-0.5</b>	0.6
<b>100 Zentr. Dienstleistungen + kant. Projekte</b>										
Aufwand	-34.4	-36.9	-42.2	14.4	-43.0	2.0	-42.6	-1.2	-39.2	-8.0
Ertrag	5.9	5.1	3.7	-28.9	4.3	16.9	4.3	0.0	4.3	-0.1
<b>Saldo</b>	<b>-28.4</b>	<b>-31.8</b>	<b>-38.6</b>	21.4	<b>-38.8</b>	0.6	<b>-38.3</b>	-1.3	<b>-34.9</b>	-8.9
<b>120 Zentrale Stabsleistungen</b>										
Aufwand	-10.4	-12.2	-13.4	9.8	-12.3	-8.1	-12.3	-0.1	-12.4	1.1
Ertrag	2.0	1.8	1.8	4.3	1.6	-10.2	1.6	-2.3	1.6	0.0
<b>Saldo</b>	<b>-8.4</b>	<b>-10.4</b>	<b>-11.5</b>	10.7	<b>-10.6</b>	-7.8	<b>-10.7</b>	0.3	<b>-10.8</b>	1.3
<b>210 Polizeiliche Sicherheit</b>										
Aufwand	-90.5	-94.3	-99.3	5.2	-99.6	0.3	-100.7	1.1	-102.0	1.3
Ertrag	30.1	32.1	30.1	-6.3	31.1	3.3	31.1	0.0	31.1	0.0
<b>Saldo</b>	<b>-60.4</b>	<b>-62.2</b>	<b>-69.1</b>	11.2	<b>-68.5</b>	-0.9	<b>-69.6</b>	1.7	<b>-70.9</b>	1.9



# Übersicht Aufgabenbereiche

Mio. Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>215 Verkehrszulassung</b>										
Aufwand	-142.5	-145.6	-149.1	2.4	-150.0	0.7	-146.7	-2.2	-148.4	1.2
Ertrag	158.5	162.1	165.1	1.8	167.3	1.3	164.6	-1.6	167.2	1.6
<b>Saldo</b>	<b>16.0</b>	<b>16.6</b>	<b>16.0</b>	-3.2	<b>17.3</b>	7.7	<b>17.9</b>	3.4	<b>18.7</b>	4.8
<b>220 Strafverfolgung und Strafvollzug</b>										
Aufwand	-80.8	-77.7	-82.5	6.3	-84.0	1.8	-90.5	7.7	-91.2	0.8
Ertrag	48.5	46.6	47.9	2.9	48.0	0.1	50.0	4.3	50.5	0.8
<b>Saldo</b>	<b>-32.3</b>	<b>-31.1</b>	<b>-34.6</b>	11.4	<b>-36.0</b>	4.0	<b>-40.4</b>	12.2	<b>-40.8</b>	0.8
<b>225 Migration</b>										
Aufwand	-11.6	-12.7	-22.1	74.4	-20.3	-7.9	-20.1	-0.9	-19.7	-2.0
Ertrag	6.5	6.6	15.2	132.0	12.4	-18.6	12.1	-2.6	12.1	0.7
<b>Saldo</b>	<b>-5.1</b>	<b>-6.1</b>	<b>-6.9</b>	12.6	<b>-7.9</b>	15.5	<b>-8.1</b>	1.6	<b>-7.6</b>	-5.9
<b>230 Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration</b>										
Aufwand	-45.1	-45.9	-44.4	-3.3	-44.6	0.6	-44.5	-0.3	-45.0	1.2
Ertrag	38.2	38.3	36.1	-5.8	36.2	0.4	36.2	0.0	36.8	1.6
<b>Saldo</b>	<b>-6.9</b>	<b>-7.6</b>	<b>-8.3</b>	9.2	<b>-8.4</b>	1.5	<b>-8.3</b>	-1.8	<b>-8.2</b>	-0.6
<b>235 Registerführung und Rechtsaufsicht</b>										
Aufwand	-28.0	-29.2	-30.3	3.6	-35.0	15.8	-33.9	-3.3	-32.7	-3.4
Ertrag	62.5	61.6	63.5	3.0	63.8	0.5	64.8	1.5	63.5	-2.0
<b>Saldo</b>	<b>34.5</b>	<b>32.4</b>	<b>33.2</b>	2.5	<b>28.8</b>	-13.5	<b>30.9</b>	7.4	<b>30.7</b>	-0.5
<b>240 Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich</b>										
Aufwand	-58.7	-53.6	-91.1	69.9	-91.8	0.8	-99.1	8.0	-82.4	-16.9
Ertrag	57.2	51.6	89.1	72.6	83.6	-6.2	96.8	15.8	80.2	-17.2
<b>Saldo</b>	<b>-1.4</b>	<b>-2.0</b>	<b>-1.9</b>	-0.8	<b>-8.2</b>	319.1	<b>-2.3</b>	-72.0	<b>-2.2</b>	-5.3
<b>245 Standortförderung</b>										
Aufwand	-1.7	-2.1	-2.2	6.6	-2.9	31.8	-3.1	4.3	-2.9	-4.6
Ertrag	0.1	0.1	0.0	-85.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0
<b>Saldo</b>	<b>-1.6</b>	<b>-2.0</b>	<b>-2.2</b>	9.8	<b>-2.9</b>	31.9	<b>-3.0</b>	4.3	<b>-2.9</b>	-4.3

# Übersicht Aufgabenbereiche

Mio. Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>310 Volksschule</b>										
Aufwand	-707.3	-689.3	-761.6	10.5	-788.6	3.5	-800.3	1.5	-817.8	2.2
Ertrag	210.5	191.0	160.0	-16.2	171.4	7.1	149.2	-12.9	151.5	1.5
<b>Saldo</b>	<b>-496.8</b>	<b>-498.3</b>	<b>-601.6</b>	20.7	<b>-617.2</b>	2.6	<b>-651.1</b>	5.5	<b>-666.3</b>	2.3
<b>315 Sonderschulung, Heime, Werkstätten</b>										
Aufwand	-151.1	-228.0	-356.4	56.4	-366.6	2.8	-375.2	2.4	-382.3	1.9
Ertrag	88.1	149.5	166.1	11.1	172.0	3.6	177.6	3.2	182.4	2.7
<b>Saldo</b>	<b>-63.1</b>	<b>-78.5</b>	<b>-190.4</b>	142.5	<b>-194.5</b>	2.2	<b>-197.6</b>	1.6	<b>-200.0</b>	1.2
<b>320 Berufsbildung und Mittelschule Sek II</b>										
Aufwand	-231.4	-243.0	-297.3	22.3	-293.6	-1.2	-295.2	0.5	-305.4	3.4
Ertrag	56.3	53.1	77.6	46.3	73.4	-5.5	72.2	-1.6	71.6	-0.8
<b>Saldo</b>	<b>-175.1</b>	<b>-190.0</b>	<b>-219.7</b>	15.6	<b>-220.3</b>	0.3	<b>-223.0</b>	1.3	<b>-233.8</b>	4.8
<b>325 Hochschulen</b>										
Aufwand	-141.2	-147.1	-155.0	5.4	-165.2	6.6	-165.0	-0.1	-166.2	0.7
Ertrag	2.4	0.0	0.0	-	0.0	-	1.0	-	1.0	0.0
<b>Saldo</b>	<b>-138.8</b>	<b>-147.1</b>	<b>-155.0</b>	5.4	<b>-165.2</b>	6.6	<b>-164.0</b>	-0.7	<b>-165.2</b>	0.7
<b>330 Bildungsberatung</b>										
Aufwand	-52.4	-51.6	-53.2	3.0	-53.6	0.8	-50.8	-5.3	-52.6	3.5
Ertrag	22.5	20.8	22.4	7.6	22.9	2.2	23.0	0.4	23.1	0.4
<b>Saldo</b>	<b>-29.9</b>	<b>-30.8</b>	<b>-30.8</b>	-0.1	<b>-30.7</b>	-0.3	<b>-27.8</b>	-9.5	<b>-29.4</b>	6.0
<b>335 Sport, Jugend</b>										
Aufwand	-2.5	-2.7	-15.9	485.1	-9.8	-38.5	-30.8	215.7	-10.3	-66.4
Ertrag	0.6	0.5	13.5	2725.4	6.9	-48.9	27.7	302.7	7.1	-74.4
<b>Saldo</b>	<b>-1.9</b>	<b>-2.2</b>	<b>-2.4</b>	7.1	<b>-2.9</b>	20.2	<b>-3.1</b>	7.7	<b>-3.2</b>	4.5
<b>340 Kultur</b>										
Aufwand	-26.2	-28.3	-34.1	20.2	-30.2	-11.3	-30.0	-0.7	-30.7	2.4
Ertrag	1.6	1.5	1.5	2.9	1.4	-3.8	1.4	0.1	1.4	0.3
<b>Saldo</b>	<b>-24.6</b>	<b>-26.9</b>	<b>-32.6</b>	21.1	<b>-28.8</b>	-11.7	<b>-28.6</b>	-0.7	<b>-29.3</b>	2.5

# Übersicht Aufgabenbereiche

Mio. Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>410 Finanzen, Controlling und Statistik</b>										
Aufwand	-261.9	-124.4	-2041.9	1541.6	-255.3	-87.5	-256.6	0.5	-256.0	-0.2
Ertrag	281.1	204.1	2208.0	981.8	488.2	-77.9	492.8	0.9	498.6	1.2
<b>Saldo</b>	<b>19.2</b>	<b>79.7</b>	<b>166.1</b>	108.3	<b>233.0</b>	40.3	<b>236.2</b>	1.4	<b>242.6</b>	2.7
<b>420 Personal</b>										
Aufwand	-23.5	-27.5	-10.1	-63.2	-10.4	3.1	-10.5	0.4	-10.5	0.1
Ertrag	19.8	18.7	1.0	-94.5	1.0	0.0	1.0	0.0	1.0	0.0
<b>Saldo</b>	<b>-3.7</b>	<b>-8.8</b>	<b>-9.1</b>	3.3	<b>-9.4</b>	3.4	<b>-9.5</b>	0.5	<b>-9.5</b>	0.1
<b>425 Steuern</b>										
Aufwand	-157.5	-132.1	-140.9	6.7	-129.0	-8.4	-125.5	-2.7	-126.4	0.7
Ertrag	2131.2	2106.9	2180.4	3.5	2147.1	-1.5	2143.0	-0.2	2207.7	3.0
<b>Saldo</b>	<b>1973.7</b>	<b>1974.8</b>	<b>2039.5</b>	3.3	<b>2018.1</b>	-1.0	<b>2017.5</b>	0.0	<b>2081.3</b>	3.2
<b>430 Hochbauten</b>										
Aufwand	-75.2	-90.9	-102.7	13.0	-103.9	1.2	-109.0	4.9	-104.6	-4.0
Ertrag	20.0	19.6	19.4	-0.5	20.7	6.3	26.7	29.4	37.2	39.3
<b>Saldo</b>	<b>-55.2</b>	<b>-71.4</b>	<b>-83.2</b>	16.6	<b>-83.3</b>	0.0	<b>-82.2</b>	-1.2	<b>-67.3</b>	-18.1
<b>435 Zentrale Informatikdienste</b>										
Aufwand	-22.4	-25.1	-26.7	6.5	-26.6	-0.3	-27.3	2.4	-25.6	-6.3
Ertrag	6.5	7.0	6.8	-3.3	6.6	-3.5	5.9	-9.5	6.0	0.7
<b>Saldo</b>	<b>-16.0</b>	<b>-18.1</b>	<b>-19.9</b>	10.3	<b>-20.1</b>	0.8	<b>-21.3</b>	6.2	<b>-19.6</b>	-8.2
<b>440 Landwirtschaft</b>										
Aufwand	-143.7	-142.4	-145.7	2.3	-146.5	0.5	-145.5	-0.7	-145.5	0.0
Ertrag	132.2	130.8	133.3	1.9	133.9	0.4	134.0	0.1	134.0	0.0
<b>Saldo</b>	<b>-11.5</b>	<b>-11.6</b>	<b>-12.4</b>	6.6	<b>-12.6</b>	1.6	<b>-11.5</b>	-8.8	<b>-11.5</b>	0.3
<b>510 Soziale Sicherheit</b>										
Aufwand	-56.8	-43.3	-48.1	11.2	-48.9	1.7	-47.9	-2.0	-47.9	0.0
Ertrag	14.9	9.2	13.7	49.5	9.2	-33.1	9.1	-1.0	8.9	-2.3
<b>Saldo</b>	<b>-41.9</b>	<b>-34.1</b>	<b>-34.4</b>	0.8	<b>-39.7</b>	15.6	<b>-38.8</b>	-2.2	<b>-39.0</b>	0.5

# Übersicht Aufgabenbereiche

Mio. Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>515 Betreuung Asyl</b>										
Aufwand	-38.3	-30.7	-31.7	3.3	-31.8	0.1	-29.0	-8.7	-29.3	0.9
Ertrag	44.6	33.2	27.2	-18.1	27.2	-0.2	27.2	0.0	27.2	0.0
<b>Saldo</b>	<b>6.3</b>	<b>2.5</b>	<b>-4.5</b>	-282.0	<b>-4.6</b>	1.5	<b>-1.8</b>	-60.3	<b>-2.1</b>	14.2
<b>520 Gesundheitsschutz, Prävention und ärztliche Aufsicht, dez. Akutversorgung</b>										
Aufwand	-52.8	-41.7	-44.6	7.0	-46.0	3.1	-47.0	2.2	-48.7	3.5
Ertrag	2.4	2.1	2.1	0.0	2.1	0.0	2.1	0.0	2.1	0.0
<b>Saldo</b>	<b>-50.4</b>	<b>-39.6</b>	<b>-42.5</b>	7.3	<b>-43.9</b>	3.2	<b>-44.9</b>	2.3	<b>-46.6</b>	3.7
<b>525 Gesundheitsschutz und Prävention Veterinärmedizin</b>										
Aufwand	-3.6	-4.2	0.0	-100.0	0.0	-	0.0	-	0.0	-
Ertrag	1.8	1.8	0.0	-100.0	0.0	-	0.0	-	0.0	-
<b>Saldo</b>	<b>-1.8</b>	<b>-2.4</b>	<b>0.0</b>	-100.0	<b>0.0</b>	-	<b>0.0</b>	-	<b>0.0</b>	-
<b>530 Sicherheit von Lebensmitteln, Wasser, Chemikalien und Organismen</b>										
Aufwand	-7.5	-7.9	0.0	-100.0	0.0	-	0.0	-	0.0	-
Ertrag	1.8	0.8	0.0	-100.0	0.0	-	0.0	-	0.0	-
<b>Saldo</b>	<b>-5.7</b>	<b>-7.2</b>	<b>0.0</b>	-100.0	<b>0.0</b>	-	<b>0.0</b>	-	<b>0.0</b>	-
<b>533 Verbraucherschutz</b>										
Aufwand	0.0	0.0	-12.7	-	-12.8	0.8	-12.8	0.0	-12.9	1.0
Ertrag	0.0	0.0	2.7	-	3.5	29.6	3.5	0.0	3.5	0.0
<b>Saldo</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-10.0</b>	-	<b>-9.3</b>	-7.1	<b>-9.3</b>	0.0	<b>-9.4</b>	1.3
<b>535 Gesundheitsversorgung für Akutmedizin, Spezialmedizin und Langzeitbetreuung</b>										
Aufwand	-464.4	-504.7	-539.9	7.0	-572.9	6.1	-549.7	-4.0	-596.7	8.5
Ertrag	163.0	193.3	218.9	13.2	226.3	3.4	233.7	3.3	241.7	3.4
<b>Saldo</b>	<b>-301.4</b>	<b>-311.4</b>	<b>-321.1</b>	3.1	<b>-346.6</b>	8.0	<b>-316.0</b>	-8.8	<b>-355.0</b>	12.3
<b>540 Militär und Bevölkerungsschutz</b>										
Aufwand	-14.0	-13.8	-14.0	1.1	-13.5	-3.7	-13.5	-0.1	-13.5	0.1
Ertrag	11.5	9.5	9.4	-1.5	9.2	-1.9	9.2	-0.2	9.0	-2.2
<b>Saldo</b>	<b>-2.5</b>	<b>-4.3</b>	<b>-4.6</b>	7.0	<b>-4.3</b>	-7.3	<b>-4.3</b>	0.0	<b>-4.5</b>	4.9

# Übersicht Aufgabenbereiche

Mio. Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>545 Sozialversicherung</b>										
Aufwand	-362.9	-381.0	-206.1	-45.9	-178.0	-13.6	-180.5	1.4	-187.1	3.7
Ertrag	20.8	22.8	47.8	109.2	51.7	8.2	53.6	3.8	55.6	3.7
<b>Saldo</b>	<b>-342.2</b>	<b>-358.1</b>	<b>-158.4</b>	<b>-55.8</b>	<b>-126.3</b>	<b>-20.2</b>	<b>-126.9</b>	<b>0.4</b>	<b>-131.5</b>	<b>3.7</b>
<b>610 Raumentwicklung und Recht</b>										
Aufwand	-9.2	-10.5	-11.8	13.0	-11.3	-4.5	-11.2	-0.8	-10.4	-7.4
Ertrag	3.0	2.8	3.3	16.2	2.9	-11.5	2.9	0.0	2.9	0.1
<b>Saldo</b>	<b>-6.2</b>	<b>-7.6</b>	<b>-8.5</b>	<b>11.8</b>	<b>-8.4</b>	<b>-1.7</b>	<b>-8.3</b>	<b>-1.1</b>	<b>-7.5</b>	<b>-10.0</b>
<b>615 Energie</b>										
Aufwand	-4.9	-4.4	-5.4	23.9	-5.4	-0.7	-5.4	-0.2	-5.4	0.8
Ertrag	41.6	41.9	37.2	-11.1	37.2	0.0	37.6	1.1	37.9	0.8
<b>Saldo</b>	<b>36.6</b>	<b>37.5</b>	<b>31.8</b>	<b>-15.1</b>	<b>31.9</b>	<b>0.1</b>	<b>32.3</b>	<b>1.3</b>	<b>32.5</b>	<b>0.8</b>
<b>620 Umweltschutz</b>										
Aufwand	-21.4	-16.3	-18.1	10.9	-13.5	-25.2	-14.2	4.6	-13.6	-3.7
Ertrag	22.0	19.5	19.9	2.0	16.3	-18.1	15.7	-3.4	15.2	-3.2
<b>Saldo</b>	<b>0.6</b>	<b>3.2</b>	<b>1.8</b>	<b>-43.8</b>	<b>2.7</b>	<b>52.8</b>	<b>1.6</b>	<b>-43.1</b>	<b>1.6</b>	<b>1.5</b>
<b>625 Umweltentwicklung</b>										
Aufwand	-30.1	-31.0	-34.5	11.4	-35.4	2.6	-39.8	12.3	-40.1	0.9
Ertrag	14.3	11.1	11.0	-1.1	12.4	12.8	16.5	32.9	19.2	16.2
<b>Saldo</b>	<b>-15.8</b>	<b>-19.8</b>	<b>-23.5</b>	<b>18.5</b>	<b>-23.0</b>	<b>-2.2</b>	<b>-23.3</b>	<b>1.2</b>	<b>-21.0</b>	<b>-9.9</b>
<b>630 Umweltsanierung</b>										
Aufwand	-28.9	-27.2	-45.5	67.5	-45.4	-0.2	-35.5	-21.8	-35.4	-0.3
Ertrag	28.9	27.2	45.5	67.5	42.6	-6.4	35.5	-16.7	35.4	-0.3
<b>Saldo</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>-</b>	<b>-2.8</b>	<b>-</b>	<b>0.0</b>	<b>-</b>	<b>0.0</b>	<b>-</b>
<b>635 Verkehrsangebot</b>										
Aufwand	-94.6	-104.7	-138.1	31.9	-149.2	8.0	-146.0	-2.1	-149.7	2.5
Ertrag	37.6	40.1	61.4	53.2	61.0	-0.6	63.3	3.8	64.6	2.0
<b>Saldo</b>	<b>-57.0</b>	<b>-64.6</b>	<b>-76.8</b>	<b>18.8</b>	<b>-88.2</b>	<b>14.8</b>	<b>-82.6</b>	<b>-6.3</b>	<b>-85.1</b>	<b>2.9</b>

## Übersicht Aufgabenbereiche

Mio. Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>640 Verkehrsinfrastruktur</b>										
Aufwand	-351.2	-320.9	-242.1	-24.5	-247.4	2.2	-255.1	3.1	-232.1	-9.0
Ertrag	351.2	320.9	242.1	-24.5	247.4	2.2	255.1	3.1	232.1	-9.0
<b>Saldo</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	<b>0.0</b>	-	<b>0.0</b>	-	<b>0.0</b>	-	<b>0.0</b>	-
<b>645 Wald, Jagd und Fischerei</b>										
Aufwand	-17.1	-17.7	-17.7	0.2	-17.9	1.2	-17.8	-0.7	-18.2	2.1
Ertrag	8.8	8.1	8.3	3.1	8.1	-2.3	8.2	0.6	8.5	3.7
<b>Saldo</b>	<b>-8.3</b>	<b>-9.6</b>	<b>-9.4</b>	-2.2	<b>-9.8</b>	4.2	<b>-9.6</b>	-1.8	<b>-9.7</b>	0.8
<b>Gesamttotal</b>										
Aufwand	-4126.4	-4064.6	-6197.8	52.5	-4463.2	-28.0	-4496.2	0.7	-4527.1	0.7
Ertrag	4168.4	4070.3	6212.2	52.6	4470.1	-28.0	4510.0	0.9	4553.3	1.0
<b>Saldo</b>	<b>42.1</b>	<b>5.8</b>	<b>14.4</b>	149.2	<b>6.8</b>	-52.4	<b>13.8</b>	100.9	<b>26.2</b>	90.3

Anmerkungen: Saldo: + Überschuss, - Fehlbetrag; Rundungsdifferenzen sind möglich



# Hinweise zu den Aufgabenbereichsplänen

## Neuerungen im Aufgabenbereichsplan

Rubrik	Änderungen gegenüber AFP 2007 - 2010
Umschreibung des Steuerungsbereichs Aufgabenstruktur	Umschreibungen gemäss Dekret über die Geschäftsführung des Grossen Rates (Geschäftsordnung [GO]) (SAR 152.210). Aufgabenstruktur gemäss Verordnung über die Steuerungsbereiche des Regierungsrats (VO Steuerungsbereiche) (SAR 612.111). Neuerungen bei den Umschreibungen und den Produktgruppen sind dem Grossen Rat in der separaten Botschaft 07.147 vom 13. Juni 2007 unterbreitet worden.
Umfeldentwicklung	unverändert
Kennzahlen	unverändert
Kommentar zu den Kennzahlen	neu, ersetzt bisherige Fussnoten
Entwicklungsschwerpunkte	weitgehend unverändert. Die Finanzen der Entwicklungsschwerpunkte dienen nur der Information, beschlossen werden die Finanzen mit den Gross- und Kleinkrediten. Allfällige Kreditübertragungen für die Jahre 2006 und 2007 sind nachgeführt, damit ein korrektes Bild des Entwicklungsschwerpunkts entsteht und der Totalbetrag stimmt. Die Finanzen können deshalb vom AFP 2007 – 2010 abweichen. Entwicklungsschwerpunkten, deren Massnahmen umgesetzt sind, sind nicht mehr aufgeführt.
Kommentar zu den Entwicklungsschwerpunkten	neu, ersetzt bisherige Fussnoten
Ziele	unverändert
Kommentar zu den Zielen	neu, ersetzt bisherige Fussnoten
Steuerbarkeit von Aufgaben und Finanzen	neu
Finanzen in 1'000 Franken	enthält nur die Hauptkomponenten der Finanzen: Globalbudget, Kleinkredite, Grosskredite, LUAE (leistungsunabhängiger Aufwand und Ertrag) sowie das Total (fettgedruckt)
Finanzen Grosskredite in 1'000 Franken	inhaltlich unverändert, formal abgetrennt in eigener Rubrik
Finanzen LUAE < 20 Mio. in 1'000 Franken	inhaltlich unverändert, formal abgetrennt in eigener Rubrik massgebend für die Schwelle von Fr. 20 Mio. ist der Saldo des Budgetjahrs
Finanzen LUAE > 20 Mio. in 1'000 Franken	neu, grosse LUAEs werden detailliert dargestellt massgebend für die Schwelle von Fr. 20 Mio. ist der Saldo des Budgetjahrs (Spezialfinanzierungen mit Saldo 0 werden somit nicht detailliert dargestellt)
Kommentar zu den Finanzen	neu, ersetzt bisherige Fussnoten sowie Erläuterungen in der Botschaft kommentiert sind wesentliche Abweichungen (2 % und mindestens Fr. 100'000.-)
Fussnoten	enthalten nur noch technische Hinweise zu einzelnen Steuergrössen und keine Kommentare



## Weitere Hinweise

Der vorliegende Aufgaben- und Finanzplan wurde erstmals mit dem neuen Management-Informationssystem (MIS) auf der Plattform von SAP erstellt. Das neue System bietet Vorteile in der Datenhaltung, bei der Verknüpfung mit dem Rechnungswesen (RAPAG) und in der Planungskohärenz über die drei Ebenen Aufgabenbereiche, Produktgruppen und Produkte. Der Wechsel der Informatikplattform hat jedoch auch direkte Auswirkungen auf die Aufgabenbereichspläne.

Die Ablösung der bisherigen MIS-Übergangslösung erforderte eine *vollständige Neunummerierung der Steuergrößen*. Die bisherige Übergangslösung mit einer manuellen Nummerierung der Steuergrößen ist nicht geeignet für eine langfristig konsistente Identifikation der Steuergrößen, weil die Identifikation mit der Sortierung vermischt ist. Bereits mit dem vorliegenden Plan hätten neue Steuergrößen nicht mehr an der richtigen Stelle in den Plan eingefügt werden können, weil stellenweise keine leeren Zwischennummern mehr vorhanden sind (vgl. z.B. Nummerierung der Kennzahlen im AB 215 im AFP 2007 - 2010). Bei der Datenmigration ins neue System musste die Nummerierung deshalb grundlegend neu gestaltet werden. Die Steuergrößen sind teilweise nicht mehr aufsteigend sortiert.

Im aktuellen Plan gibt es *keine <>-Zeichen* mehr, weil Werte mit solchen Zeichen nicht eindeutig definiert sind, wie folgendes Beispiel illustriert: Die Zielsetzung „Vertragsärzte zur Gewährleistung der medizinischen Grundversorgung“ hat einen Ist-Wert von 155 und einen Zielwert von <150. Gemeint ist, dass die Anzahl Vertragsärzte höchstens 150 betragen soll. Das Ziel wäre jedoch auch erreicht, wenn die Anzahl Vertragsärzte auf 5 sinken würde, weil die Gleichung  $5 < 150$  ebenfalls korrekt wäre. Eindeutig definierte Zahlen erleichtern die Interpretation der gemessenen Ist-Werte für die Berichterstattung. Maximale oder minimale Schwellenwerte können bei Bedarf auch durch die Bezeichnung einer Steuergröße definiert werden, z.B. „Maximale Anzahl Vertragsärzte (...)“.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Sicherstellen des Parlamentsbetriebs und seiner Administration; Betreiben der Protokolldienste für den Grossen Rat und seine Organe; Informieren der Öffentlichkeit über die Angelegenheiten und die Arbeit des Grossen Rats.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	10	Grosser Rat
Produktgruppen	1010	Parlamentsdienste

**UMFELDENTWICKLUNG**

Der Parlamentsdienst stellt die Administration und die Protokollführung für einen gut funktionierenden Parlamentsbetrieb des Grossen Rats sicher. Im weiteren informiert der Parlamentsdienst die Öffentlichkeit über die Angelegenheiten und die Arbeit des Grossen Rats. Als Grundlage für die Tätigkeiten des Parlamentsdienst gelten die Bestimmungen des Geschäftsverkehrsgesetzes und der Geschäftsordnung.

Die bestehenden neun ständigen Fachkommissionen werden durch nichtständige Kommissionen für die gezielte Beratungen von komplexen Vorlagen ergänzt. Die Sitzungskadenz (sowohl der Kommissionen wie des Grossen Rats) hängt weitgehend ab vom Output der Vorlagen des Regierungsrats. Insbesondere die inhaltlich umfassenden Vorlagen des Regierungsrats mit weitreichenden Konsequenzen stellen an den Einsatz der Kommissionen, ihrer Mitglieder und des Parlamentsdienstes hohe Anforderungen.

2009 erfolgt der Wechsel der Legislaturperiode mit Neuwahl des Grossen Rats, Neubestellung der Kommissionen und Wahl der vom Grossen Rat zu bestellenden Gremien (Richter, Staatsanwälte, Untersuchungsrichter, Verwaltungsräte der Staatsanstalten, Kuratorium etc.). Die Neubestellung muss innerhalb kurzer Zeit zwischen Wahl des Grossen Rats im Dezember 2008 oder Februar 2009 bis zur Beginn der Legislaturperiode im Mai / Juni 2009 erfolgen. Bei den Wahlen handelt es sich um die ersten Amtsgeschäfte des Grossen Rats zu Beginn der neuen Legislaturperiode.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
010KU0001	Grossratssitzungen	Anzahl	38	52	44	40	44	44
010KU0002	Kommissionssitzungen	Anzahl	124	130	130	130	130	130
010KU0003	Bürositzungen (Ratsleitung)	Anzahl	7	8	8	8	8	8
010KU0005	Kommissionspräsidentenkonferenz	Anzahl			4	4	4	4
<b>Leistungskennzahlen</b>								
010KL0001	Hängige Geschäfte	Anzahl	89	100	100	100	100	100
010KL0002	Erledigte Geschäfte	Anzahl	489	450	450	450	450	450
010KL0003	Erledigte parlamentarische Vorstösse	Anzahl			220	250	220	250
010KL0004	Kommissionssitzungen Gesamtdauer in Stunden	Anzahl			360	360	360	360

**KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN**

KL0003: In Wahljahren werden vermehrt parlamentarische Vorstösse eingereicht.

KU0005; KL0003, KL0004: Diese Kennzahlen werden ab 2008 in die Planung aufgenommen; deshalb fehlen die Vorjahreswerte.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
010ES0002	Wechsel Legislaturperiode	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)	2008						
		2	Abschluss Legislaturperiode 2005 - 09	2009						
		3	Eröffnung Legislaturperiode 2009 - 13	2009						
		4	Wahl der Gremien	2009						

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
010ZI0001	Die Öffentlichkeitsarbeit des Grossen Rats und der Kommissionen wird durch den Parlamentsdienst (PD) gefördert.	1	Anteil der Sitzungen mit Unterstützung des PD in Sachen Öffentlichkeitsarbeit	%	20	60	40	40	40	40
010ZI0002	Die Kunden des Parlamentsdienstes sind mit dessen Leistungen zufrieden.	1	Reklamationen	Anzahl	0	3	3	3	3	3
010ZI0003	Die Dauer bis zur Veröffentlichung des Protokolls der Grossratssitzungen ist kurz. (s. Fussnote)	1	Wochen	Anzahl	3					
		2	Arbeitstage	Anzahl		10	10	10	10	10

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0001: Die gemachten Erfahrungen zeigen, dass es bei weniger als der Hälfte der Kommissionssitzungen sinnvoll ist, die Öffentlichkeit zu informieren. Deshalb wird der Wert von bisher 60 % auf 40 % reduziert.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Parlamentsdienst vollzieht praktisch nur die Aufgaben, welche im Geschäftsverkehrsgesetz (GVG) § 19 - 22 und in der Geschäftsordnung (GO) § 25, 26, 39 festgelegt sind. Deshalb ist der Aufgabenbereich weitgehend fremdbestimmt. Die Entschädigungen für den Grossen Rat betragen rund 51 % des Budgets. Der Anteil der Personalkosten am Globalbudget entspricht 32 %. Deshalb lässt sich der Aufgabenbereich nur über die Personalressourcen steuern. Für das Ziel 0001 (Öffentlichkeitsarbeit) besteht mit der Staatskanzlei eine Leistungsvereinbarung von 10 Stellenprozent.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-2'972</b>	<b>-3'017</b>	<b>-3'284</b>	<b>8.9</b>	<b>-3'068</b>	<b>-3'075</b>	<b>-3'081</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>33</b>	<b>5</b>	<b>30</b>	<b>500.0</b>	<b>30</b>	<b>30</b>	<b>30</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-2'939</b>	<b>-3'012</b>	<b>-3'254</b>	<b>8.0</b>	<b>-3'038</b>	<b>-3'045</b>	<b>-3'051</b>
Total Aufwand Globalbudget	-2'972	-3'017	-3'284	8.9	-3'068	-3'075	-3'081
Total Ertrag Globalbudget	33	5	30	500.0	30	30	30
Saldo Globalbudget	-2'939	-3'012	-3'254	8.0	-3'038	-3'045	-3'051

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

##### Globalbudget

Der Mehraufwand im Globalbudget ist auf die Ausstattung mit Beamern und Leinwänden in den Sälen und in den Kommissionenzimmern des Grossratsgebäudes zurückzuführen (Fr. 240'000).

#### FUSSNOTEN

ZI0003 I02: Gemäss GR-Protokoll 2006-0872 wird das Ziel ab 2007 in Arbeitstagen gemessen.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Gewährleisten sach- und rechtsrichtiger sowie zeitgerechter Beurteilung von Streitigkeiten durch die Gerichte sowie Beaufsichtigen der Geschäftsführung der Bezirksgerichte, der Friedensrichter sowie der zuständigen Stellen gemäss Schuldbetreibungs- und Konkursrecht; Disziplinaraufsicht über die Anwälte und Erteilen der Fähigkeitsausweise sowie Durchführung von Konkursverfahren.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	710	Kant. Justizbehörden Rechtsprechung
Produktgruppen	71010	Rechtsprechung des Obergerichts (JB)
	71020	Rechtsprechung der Spezialverwaltungsgerichte (JB)
	71030	Rechtsprechung der Bezirksgerichte (JB)
	71040	Rechtsprechung der Friedensrichter (JB)
	71050	Konkursverfahren des Konkursamtes (JB)
	71060	Aufsichtsverfahren / Fähigkeitsausweis Anwälte
	71070	Ausstands- und Ablehnungsverfahren der Aufsichtskommission

**UMFELDENTWICKLUNG**

Gesetzesrevisionen, steigende Fallzahlen und die zunehmende Komplexität der Rechtsfragen, aber auch wachsende Anforderungen im Bereich der Verfahrensabläufe, namentlich der Verfahrensgarantien, sowie die Forderung von Politik und Bevölkerung nach kürzeren Verfahrensdauern wirken sich direkt auf die Tätigkeit der Gerichte aus. Mit den heute vorhandenen Ressourcen lässt sich die erhöhte Belastung nicht mehr in einem zeitlich angemessenen Rahmen erledigen. Insbesondere am Versicherungsgericht und Verwaltungsgericht müssen aus diesen Gründen zurzeit besondere Unterstützungsmassnahmen ergriffen werden.

Die seit 1. Januar 2007 in Kraft stehende Rechtsweggarantie des Art. 29a BV, wonach jede Person bei Rechtsstreitigkeiten Anspruch auf Beurteilung durch eine richterliche Behörde hat, zeitigt bereits erste Auswirkungen bei den anstehenden Gesetzesrevisionen, namentlich im Bereich des Verwaltungsrechts (nVRPG). Entsprechend wird der Zuständigkeitsbereich respektive Aufgabenkatalog des Verwaltungsgerichts ausgedehnt, und zwar spätestens ab 1. Januar 2009 (Inkrafttreten des nVRPG) in erheblichem Umfang.

In verschiedenen Rechtsgebieten werden in den nächsten Jahren weitere Reformen umgesetzt. Die eidgenössische Strafprozessordnung (E-StPO), welche voraussichtlich im Jahre 2010 in Kraft treten wird, wird gemäss dem heutigen Entwurf nicht nur die Behördenorganisation in den Strafverfahren verändern (Staatsanwaltschaftsmodell), sondern durch detaillierte, von den bisherigen aargauischen Vorschriften stark abweichende Verfahrensbestimmungen auch einen massiven Mehraufwand in den gerichtlichen Verfahren bewirken, welcher mit dem heutigen Personalbestand nicht bewältigt werden kann. Wird die E-StPO gemäss dem aktuellen Entwurf in Kraft gesetzt, wird ein erheblicher Personalanstieg unumgänglich sein, wenn die verfassungsmässigen Anforderungen an eine funktionierende Justiz gewährleistet bleiben sollen. Im Weiteren stehen im Bereich des Zivilrechts Änderungen durch die Revision des Vormundschaftsrechts und die Schaffung einer eidgenössischen Zivilprozessordnung, deren Veröffentlichung im Sommer 2006 durch den Bund erfolgt ist, an. Die genauen Auswirkungen sind heute noch nicht bezifferbar, da die eidgenössischen Räte die Beratung noch nicht aufgenommen haben.

Auf kantonaler Ebene werden mit dem Inkrafttreten des neuen Gerichtsorganisationsgesetzes (Justizreform) im Jahr 2009 neue Führungsstrukturen bei den Justizbehörden geschaffen. Mögliche weitere Strukturanpassungen in den Bereichen der Bezirksgerichte, der Friedensrichter sowie des Konkursamtes werden im Rahmen des Projektes Gebietsreform evaluiert.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
	<b>Umfeldkennzahlen</b>							
710KU0001	Eingegangene Fälle Justizbehörden	Anzahl	31'808	32'000	32'500	32'500	32'500	32'500
	<b>Leistungskennzahlen</b>							
710KL0001	Erledigte Fälle Justizbehörden	Anzahl	29'109					
	<b>Finanzkennzahlen</b>							
710KF0001	Amtliche Honorare und unentgeltliche Rechtspflege	Franken	10'876'300	8'445'000	10'400'000	10'400'000	10'400'000	10'400'000
710KF0002	Nicht beeinflussbare Abschreibungen Debitoren (zu Lasten Staat, Vormerkungen aus unentgeltlicher Rechtspflege)	Franken	11'526'400	4'661'000	5'429'000	5'439'000	5'439'000	5'439'000

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

Umfeldkennzahlen: Es wird aufgrund der Zuweisung von neuen Aufgaben durch neue Gesetze, bzw. Gesetzesanpassungen, mit weiterhin steigenden Fallzahlen gerechnet. Die Entwicklung ist jedoch schwer abschätzbar.

Leistungskennzahlen: Aufgrund der richterlichen Unabhängigkeit kann hier kein Wert eingetragen werden.

Finanzkennzahlen: Es wird weiterhin mit hohen Aufwendungen bei den amtlichen Honoraren, der unentgeltlichen Rechtspflege sowie den nicht beeinflussbaren Abschreibungen von Debitoren gerechnet.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
710ES0001	Anpassung und Überarbeiten der rechtlichen Grundlagen für die Umsetzung eines modernen Justizmanagements.	1	Verabschiedung der Änderung von Verfassung und Gerichtsorganisationsgesetz durch den Grossen Rat und Annahme in einer Volksabstimmung bis Ende 2008.	2009				2'800	900	3'700
		2	Umsetzung der Reorganisation und Inkraftsetzung der Änderung von Verfassung und Gerichtsorganisationsgesetz ab ca. Mitte 2009.	2009						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Die Arbeiten an der Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) sind im Gange. Gemäss der aktuellen Planung des DVI soll das Gesetz am 1. Oktober 2009 in Kraft treten.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
710ZI0001	Neue Organisationsstrukturen (Justizreform 2) zur Verbesserung der Verwaltungsabläufe	1		Mio.	0		0	1	0.9	0.9

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Hier wird auf den Kommentar der Entwicklungsschwerpunkte verwiesen.

**STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN**

Die Justizbehörden verwenden die finanziellen Mittel zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben. Werden neue Aufgaben aufgrund neuer Gesetze zugewiesen, so werden zusätzliche finanzielle Mittel für die personellen Ressourcen sowie Infrastruktur und allenfalls weitere LUA benötigt, da die Erfüllung der bestehenden Aufgaben nicht zurückgestellt werden kann.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-63'639</b>	<b>-57'314</b>	<b>-63'588</b>	<b>11.0</b>	<b>-65'385</b>	<b>-70'261</b>	<b>-70'622</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>17'233</b>	<b>16'453</b>	<b>18'725</b>	<b>13.8</b>	<b>18'791</b>	<b>19'201</b>	<b>19'181</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-46'406</b>	<b>-40'861</b>	<b>-44'863</b>	<b>9.8</b>	<b>-46'595</b>	<b>-51'061</b>	<b>-51'441</b>
Total Aufwand Globalbudget	-38'972	-42'808	-46'258	8.1	-47'925	-52'921	-53'282
Total Ertrag Globalbudget	16'508	15'743	17'325	10.1	17'371	17'781	17'761
Saldo Globalbudget	-22'464	-27'065	-28'933	6.9	-30'555	-35'141	-35'521
Total Aufwand Kleinkredite	-517				-120		
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-517				-120		
Total Aufwand Grosskredite	-408						
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	-408						
Total Aufwand LUAE	-23'742	-14'506	-17'330	19.5	-17'340	-17'340	-17'340
Total Ertrag LUAE	725	710	1'400	97.2	1'420	1'420	1'420
Saldo LUAE	-23'017	-13'796	-15'930	15.5	-15'920	-15'920	-15'920

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Erneuerung Informatiksystem für Gerichte und BA	-250						
Total Ertrag Grosskredite Erneuerung Informatiksystem für Gerichte und BA							
Saldo Grosskredite Erneuerung Informatiksystem für Gerichte und BA	-250						
Total Aufwand Grosskredite WOV-Projekt	-158						
Total Ertrag Grosskredite WOV-Projekt							
Saldo Grosskredite WOV-Projekt	-158						

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Partei- und Prozesskostenentschädigung	-1'339	-1'400	-1'501	7.2	-1'501	-1'501	-1'501
Total Ertrag LUAE Partei- und Prozesskostenentschädigung							
Saldo LUAE Partei- und Prozesskostenentschädigung	-1'339	-1'400	-1'501	7.2	-1'501	-1'501	-1'501
Total Aufwand LUAE Amtliche Honorare	-3'805	-3'075	-3'585	16.6	-3'585	-3'585	-3'585
Total Ertrag LUAE Amtliche Honorare							
Saldo LUAE Amtliche Honorare	-3'805	-3'075	-3'585	16.6	-3'585	-3'585	-3'585
Total Aufwand LUAE Unentgeltliche Rechtspflege	-7'071	-5'370	-6'815	26.9	-6'815	-6'815	-6'815
Total Ertrag LUAE Unentgeltliche Rechtspflege							
Saldo LUAE Unentgeltliche Rechtspflege	-7'071	-5'370	-6'815	26.9	-6'815	-6'815	-6'815
Total Aufwand LUAE Abschreibungen Debitoren	-11'526	-4'661	-5'429	16.5	-5'439	-5'439	-5'439
Total Ertrag LUAE Abschreibungen Debitoren							
Saldo LUAE Abschreibungen Debitoren	-11'526	-4'661	-5'429	16.5	-5'439	-5'439	-5'439
Total Aufwand LUAE Richterliche Bussen							
Total Ertrag LUAE Richterliche Bussen	725	710	1'400	97.2	1'420	1'420	1'420
Saldo LUAE Richterliche Bussen	725	710	1'400	97.2	1'420	1'420	1'420

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderungen von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Im Budget 2008 benötigen die Justizbehörden zur Erfüllung der anstehenden Aufgaben und infolge Änderungen beim Bundesrecht 6,9 Stellen. Zusätzlich werden im Ausbildungsbereich neue Stellen zur Verfügung gestellt. Bei den Investitionen fallen Umbaukosten für die Verbesserung der Sicherheit bei den Gerichten an. Im Bereich der Informatik ist der Ersatz von alten Servern notwendig. Die leistungsunabhängigen Aufwendungen (LUA) werden aufgrund der Rechnungszahlen 2006 um Fr. 2.8 Mio. erhöht. Es ergibt sich hier ein budgetierter Gesamtaufwand von Fr. 17.3 Mio. Diese Zahlen sind auf lange Sicht hin schwierig zu budgetieren, daher verändern sich die Werte der Jahre 2009 bis 2011 nicht.

##### Veränderungen in den Planjahren

###### Globalbudget

Im Finanzplan 2009 bis 2011 sind weitere Stellen für die zweite Tranche des Allgemeinen Teils Strafgesetzbuch (ATStGB), die Umsetzung der neuen Eidgenössischen Strafprozessordnung (StPO), die GOG-Revision, die Verwaltungsrechtspflege sowie die Änderung beim Vormundschaftsrecht eingestellt. Im Jahr 2009 wird für die Anpassungen der neuen Strafprozessordnung im Juris (Informatiklösung der Justizbehörden) eine Projektstelle benötigt.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Gewährleisten einer unabhängigen Überprüfung der Führung des Finanzhaushalts für den Grossen Rat und Regierungsrat auf Ordnungsmässigkeit, Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit und Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit sowie Wirksamkeit.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	810	Finanzaufsicht
Produktgruppen	81010	Finanzaufsicht

**UMFELDENTWICKLUNG**

Die Finanzkontrolle ist jährlich verantwortlich für die Prüfung des Jahresberichts mit Jahresrechnung und separaten 30 Revisionsstellenmandaten. Im Weiteren führt sie Sonderaufträge für den Grossen Rat, den Regierungsrat sowie die Departemente, die Staatskanzlei und die Justizbehörde aus.

Die Prüfungstätigkeit erfolgt nach den Schweizer Prüfungsstandards. Dabei werden diejenigen Standards verwendet, welche zur Aufgabenerfüllung der Finanzaufsicht im öffentlichen Bereich zweckmässig sind.

Mit der Einführung der neuen Führungsinstrumente hat sich die Aufgabenerfüllung der Finanzaufsicht von der Beurteilung der Ordnungsmässigkeit und Rechtmässigkeit der finanziellen Buchführung und Rechnungslegung zusätzlich zur Prüfung des Sachteils der Jahresberichte der Aufgabenbereiche hin verlagert. Im Vordergrund stehen dabei Plausibilität, Nachvollziehbarkeit und Dokumentation von Kennzahlen, Entwicklungsschwerpunkten und Zielen resp. Indikatoren. Im Finanzteil der Jahresberichte prüft die Finanzkontrolle die Korrektheit der ausgewiesenen Globalbudgets, der Klein- und Grosskredite sowie der LUAE.

Die revidierten Gesetzesanpassungen im Obligationenrecht (OR) mit Einteilung in "ordentliche" und "eingeschränkte" Prüfungen und Nachweis eines internen Kontrollsystems (IKS) sowie das neue Revisionsaufsichtsgesetz (zugelassene Revisoren/Revisorinnen und Revisionsexperten/Revisionsexpertinnen) werden die Ausübung der Prüftätigkeit der Finanzkontrolle mitbestimmen (siehe neuen Entwicklungsschwerpunkt).

Das Budget 2008 bewegt sich im Rahmen der Vorjahre.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
810KU0001	Zu prüfende Aufgabenbereiche	Anzahl	41	41	41	41	41	41
810KU0002	Zu prüfende Revisionsstellenmandate	Anzahl	28	30	30	30	30	30
<b>Leistungskennzahlen</b>								
810KL0005	Produktivitätsgrad (erfasste Istzeit im Verhältnis zur Präsenzzeit) (s. Fussnote)	%	66	70	70	70	70	70
810KL0006	Revisionsberichte	Anzahl	104	100	100	100	100	100
810KL0007	Produktive (produktbezogene) Arbeitstage	Tage	1'529	1'600	1'600	1'600	1'600	1'600
810KL0008	Akzeptanzgrad der abgegebenen Empfehlungen im Bereich Zweckmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit	%		80	80	80	80	80
<b>Finanzkennzahlen</b>								
810KF0001	Honorareinnahmen	1'000 Fr.	314	270	270	270	270	270

**KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN**

KL08: Die Kennzahl "Akzeptanzgrad der abgegebenen Empfehlungen im Bereich Zweckmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit" wurde im AFP 2007-2010 als Ziel (ZI05) geführt. Der Budgetwert 2008 sowie die Planwerte 2009-2011 wurden dem Ist-Wert 2006 (85%) angenähert.



ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
810ES0005	Umsetzung des revidierten Obligationenrechts (OR) (ordentliche resp. eingeschränkte Revisionen, Vorhandensein IKS), des neuen Finanzaufsichtsgesetzes (RAG) sowie der Schweizer Prüfungsstandards (PS)	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)	2008						
		2	Neues RAG: Prüfzulassungen	2008						
		3	Revidiertes OR: Prüfansätze anpassen	2008						
		4	PS: Anwendung optimieren	2008						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Im Fokus stehen die adäquate Umsetzung der Schweizer Prüfungsstandards sowie die Auseinandersetzung zwischen ordentlicher und eingeschränkter Prüfung resp. deren Anwendung in der öffentlichen Verwaltung. Nach Inkrafttreten des Revisionsaufsichtsgesetzes sind mögliche Auswirkungen auf die Ausübung von Revisionstellenmandaten zu klären.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
810ZI0006	Das jährlich ungeprüfte Risikopotenzial (finanzielle Auswirkungen, Qualität des internen Kontrollsystems, Zeitpunkt letzte Prüfung, Komplexität usw.) in den Aufgabenbereichen, Organisations-einheiten und Rechnungsstellen wird auf erreichtem Stand gehalten.	1	Mit jährlichen Revisionen nicht abgedeckte Restrisiken in Prozenten am Gesamtrisikowert	%	50	50	50	50	50	50

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI06: Anpassung der Zielformulierung auf Grund der Planung 2007-2010.

Z10 AFP 07-10 Mit Revisionen und Beratungen wird für die geprüften Organisationseinheiten ein Zusatznutzen erbracht bzw. das Veränderungspotenzial aufgezeigt: wird neu auf Stufe Produktegruppe geführt.

Z05 AFP 07-10 Der Akzeptanzgrad der abgegebenen Empfehlungen im Bereich Zweckmässigkeit und Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit wird erhöht: wird neu als Kennzahl geführt, weil die Zielerreichung über die Finanzen nicht zu beeinflussen ist.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Finanzkontrolle führt ihre Revisionen nach Risikokriterien durch (risikoorientierter Prüfansatz). Ziel ist, jährlich rund 50% des vorhandenen Risikopotenzials zu prüfen. Eine wesentliche Veränderung dieses Indikators wirkt sich auch auf die Ressourcen aus.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-1'867</b>	<b>-1'851</b>	<b>-1'911</b>	<b>3.2</b>	<b>-1'929</b>	<b>-1'945</b>	<b>-1'966</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>314</b>	<b>270</b>	<b>270</b>	<b>0.0</b>	<b>270</b>	<b>270</b>	<b>270</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-1'553</b>	<b>-1'581</b>	<b>-1'641</b>	<b>3.7</b>	<b>-1'659</b>	<b>-1'675</b>	<b>-1'696</b>
Total Aufwand Globalbudget	-1'867	-1'851	-1'911	3.2	-1'929	-1'945	-1'966
Total Ertrag Globalbudget	314	270	270	0.0	270	270	270
Saldo Globalbudget	-1'553	-1'581	-1'641	3.7	-1'659	-1'675	-1'696

#### FUSSNOTEN

KL0005 Präsenzzeit = Sollarbeitszeit ./ bezahlte Abwesenheiten

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Überwachen der Anwendung der Vorschriften über das Öffentlichkeitsprinzip und den Datenschutz; Beraten von Behörden bei der Anwendung der Vorschriften über das Öffentlichkeitsprinzip und den Datenschutz; Erteilen von Auskünften an Private über ihre Rechte und Vermittlung zwischen Behörden und Privaten

**AUFGABENSTRUKTUR**

<b>Aufgabenbereich</b>	<b>820</b>	<b>Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz</b>
Produktgruppen	82010	Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz

**UMFELDENTWICKLUNG**

Das neue Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen (IDAG) regelt die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der beauftragten Person für Öffentlichkeit und Datenschutz. Das Gesetz trägt den internationalen Abkommen im Datenschutz gemäss Schengen/Dublin Rechnung.

Die Sensibilisierung im Bereich Datenschutz ist hoch und wird tendenziell zunehmen; ebenso das Bedürfnis der Öffentlichkeit nach vermehrter Information und Transparenz.

Die Inkraftsetzung des IDAG und der zugehörigen Verordnung ist auf Mitte 2008 vorgesehen. Damit verfügen die Gemeinden, die kantonale Verwaltung und die weiteren öffentlichen Organe über die notwendige Zeit für die Vorbereitung auf die neuen Bestimmungen. Gleichzeitig ist gewährleistet, dass der Kanton Aargau auf das Inkrafttreten der Abkommen von Schengen/Dublin im 4. Quartal 2008 die Anforderungen im Bereich Datenschutz erfüllt.

Die beauftragte Person für Öffentlichkeit und Datenschutz wird ihre Tätigkeit voraussichtlich am 1. Januar 2008 aufnehmen. Im ersten Halbjahr 2008 wird sie ihre Arbeit organisieren und die Information der öffentlichen Organe über die konkrete Anwendung des neuen Rechts sicherstellen. Die finanziellen Mittel werden deshalb für das ganze Budgetjahr 2008 benötigt.

Bis zur Aufnahme der Tätigkeit durch die beauftragte Person wird der AB 820 treuhänderisch durch das Departement Volkswirtschaft und Inneres betreut. Diesem ist die beauftragte Person administrativ angegliedert.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
820KU0001	Anzeigen im Bereich Datenschutz	Anzahl						
820KU0002	Anzeigen im Bereich Öffentlichkeitsprinzip	Anzahl						
<b>Leistungskennzahlen</b>								
820KL0001	Erledigungen im Bereich Datenschutz (s. Fussnote)	%						
820KL0003	Begleitete Projekte (s. Fussnote)	Anzahl						
820KL0002	Erledigungen im Bereich Öffentlichkeitsprinzip (s. Fussnote)	%						
820KL0004	Anzahl Kontrollen von Amtes wegen (ohne Anzeige)	Anzahl						

**KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN**

Zu allen Kennzahlen:

Da es sich um neue Aufgaben handelt und Erfahrungswerte fehlen, werden noch keine Budget- und Planwerte angegeben. Diese müssen im ersten Halbjahr 2008 von der beauftragten Person erarbeitet werden.

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
						2009	2010	2011	
820ZI0001	Der Anteil der informellen Erledigungen durch Beratung ist hoch	1	Prozentualer Anteil der informellen Erledigungen am Gesamttotal der Erledigungen (Bereich Datenschutz)	%					
		2	Prozentualer Anteil der informellen Erledigungen am Gesamttotal der Erledigungen (Bereich Öffentlichkeitsprinzip)	%					

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Es wird angestrebt, die Zahl der informellen Erledigungen hoch zu halten. Damit ist eine hohe Beratungs- und Vermittlungstätigkeit verbunden.

Da es sich um neue Aufgaben handelt und Erfahrungswerte fehlen, werden noch keine Budget- und Planwerte angegeben. Diese müssen im ersten Halbjahr 2008 von der beauftragten Person erarbeitet werden.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Mit dem neuen Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen sind die Aufgaben und Pflichten der beauftragten Person für Öffentlichkeit und Datenschutz detailliert festgelegt. Die Unabhängigkeit der beauftragten Person muss gewährleistet sein. Die Unabhängigkeit darf durch die Leistungs- und Wirkungssteuerung sowie durch die Kürzung der minimal notwendigen Ressourcen von Fr. 0.5 Mio. nicht beeinträchtigt werden.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>			<b>-490</b>	<b>X</b>	<b>-497</b>	<b>-500</b>	<b>-503</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>							
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>			<b>-490</b>	<b>X</b>	<b>-497</b>	<b>-500</b>	<b>-503</b>
Total Aufwand Globalbudget			-490	X	-497	-500	-503
Total Ertrag Globalbudget							
Saldo Globalbudget			-490	X	-497	-500	-503

#### FUSSNOTEN

KL0001	Erledigungen sind möglich durch Beratung oder durch ein formelles Verfahren (Schlichtung, Empfehlung, Beschwerde)
KL0003	Mitarbeit in Projekten der öffentlichen Organe zur Sicherstellung der Einhaltung der IDAG-Bestimmungen
KL0002	Erledigungen sind möglich durch Beratung oder durch ein formelles Verfahren (Schlichtung, Empfehlung, Beschwerde)

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Führen der Generalsekretariate der Departemente für die Departementvorsteher und die Organisation; Kontenführung für den Regierungsrat; Leiten kantonaler Projekte für politische Behörden, Verwaltung und Bevölkerung.

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	100	Zentrale Dienstleistungen / kantonale Projekte
Produktgruppen	10010	Finanzen Regierungsrat
	10020	Kantonale Projekte
	20010	Zentrale Dienstleistungen DVI
	30010	Zentrale Dienstleistungen BKS
	40010	Zentrale Dienstleistungen DFR
	50010	Zentrale Dienstleistungen DGS
	60010	Zentrale Dienstleistungen BVU

## UMFELDENTWICKLUNG

Die Generalsekretariate sind die Schnittstellen zwischen der Departementsleitung, den Abteilungen und der Gesamtverwaltung. Sie unterstützen die Departementvorsteher in strategischer, fachlicher und operativer Hinsicht und sind deshalb eine wichtige Drehscheibe. Sie erbringen zentrale Dienstleistungen für die Departementsleitung und für die Abteilungen. Dazu gehören das Personal-, Finanz- und Rechnungswesen, das Controlling, die Informatik, die Kommunikation und der Rechtsdienst. Zusätzlich erledigen die Generalsekretariate in ausgewählten Bereichen Spezialaufgaben, koordinieren departementale Projekte und führen kantonale Projekte in diesem Aufgabenbereich.

Die Koordination und Führung von kantonalen Projekten sowie die Erarbeitung der jährlichen Aufgaben- und Finanzpläne und der Jahresberichte sind wesentliche Bestandteile dieses Aufgabenbereichs. Zudem werden departementale Projekte, die im jeweiligen Aufgabenbereich geführt werden, juristisch und kommunikativ begleitet. In den nächsten Jahren gibt es grössere Veränderungen im Bildungswesen, in der Landwirtschaft, im Gesundheitswesen, in der Raumentwicklung und im Energiesektor, welche die Arbeiten in den Generalsekretariaten massgeblich beeinflussen werden.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
100KU0001	Vom Grossen Rat eingereichte parlamentarische Vorstösse	Anzahl	135	160	150	150	150	150
100KU0003	Von den Departementen dem Regierungsrat eingereichte Vorträge/Geschäfte	Anzahl			1'200	1'200	1'200	1'200
100KU0002	Eingänge Beschwerden in Zuständigkeit der Departemente	Anzahl	667	640	620	620	620	620
<b>Leistungskennzahlen</b>								
100KL0002	Bearbeitete und an den Grossen Rat verabschiedete parlamentarische Vorstösse insgesamt	Anzahl	117	160	160	160	160	160
100KL0007	Aufwand für die Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse insgesamt	Franken			245'000	245'000	245'000	245'000
100KL0004	Vorlagen an den Grossen Rat (Botschaften)	Anzahl	63	80	80	80	80	80
100KL0005	Weitergezogene Beschwerdeentscheide	Anzahl	75	70	70	70	70	70
100KL0006	Teilweise und vollständige Gutheissungen von weitergezogenen Beschwerdeentscheiden (in % der weitergezogenen Beschwerdeentscheide)	%	29	30	30	30	30	30
<b>Finanzkennzahlen</b>								
100KF0001	Prüfungsergebnisse der Revisionen durch die Finanzkontrolle insgesamt	Anzahl	63	45	65	65	65	65

## KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

Veränderungen AFP 2008 zum AFP 2007:

Die Umschreibung der Kennzahlen wurde präzisiert und die Werte aufgrund neuer Planungsunterlagen angepasst.

K20 AFP 07 - 10: neu KU0003: Die Kennzahl ist durch den Regierungsrat nicht zu beeinflussen, daher wird sie neu als Umfeldkennzahl geführt. 2006 betrug der Wert 1'347; für 2007 waren 1'400 Vorträge/Geschäfte geplant.

K35 AFP 07 - 10: neu KL0007: Diese Kennzahl lässt sich in Franken einfacher berechnen als in Stunden. Die Kennzahl wird deshalb ab 2008 in Franken gemessen. Der Vergleichswert 2006 beträgt Fr. 238'110.

KF0001: Bisher wurde von gesamthaft 45 Prüfergebnissen ausgegangen. Der Fokus war dabei einzig auf die eigentlichen Aufgabenbereichsprüfungen ausgerichtet. Die Revisionskategorien wurden ab 2007 neu geordnet. Mit der vorliegenden Kennzahl wird nun die Anzahl aller departementsbezogenen und nicht nur alle aufgabenbereichsbezogenen Prüfergebnisse angezeigt. Die Kennzahl wird deshalb von bisher 45 auf 65 erhöht.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
100ES0001	Verbesserung von Standortpflege, -förderung und -marketing (Umsetzung der Wachstumsinitiative)	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2005-001563, 26.10.2005)	2005	167	330	250	250		997
		2	Umsetzung der Massnahmen	2006-2010						
100ES0002	Sicherstellung der Einführung der WOV-Instrumente und -Systeme in Verwaltung, Regierung und Parlament, Evaluation	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 01.321 vom 14.11.2001)	2001	10'499	150	350			14'100
		2	MIS auf SAP BW termingerecht eingeführt	2007						
		3	Externe Evaluation des Systems	2008						
		4	Weiterentwicklung der Führungsinstrumente	2009						
100ES0003	Weiterentwicklung der Gemeindestrukturen (Gemeindereform)	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2007-1145, 19.06.2007)	2005 / 2007	435	535	580	1'035		2'585
		4	Verabschiedung der Rechtsgrundlagen durch den Grossen Rat und Durchführung der Volksabstimmung	2008 - 2010						
		5	Umsetzung	ab 2010						
100ES0004	Überprüfung und Reorganisation der dezentralen Justiz- und Verwaltungsstrukturen sowie Überprüfung der Wahlkreise für die Grossratswahlen (Gebietsreform)	1	Nettoaufwand Globalkredit (Vorprojekt RRB 2005-001369, 21.09.2005 und 2006-001749 vom 13.12.2006, GK zum Hauptprojekt geplant)	2005/2006 und 2008	170	580	475	1'440	485	3'150
		2	Verabschiedung Ergebnisse Vorprojekt durch den Regierungsrat	2007						
		3	Bewilligung des Globalkredits durch den Grossen Rat	2008						
		5	Verabschiedung Rechtsgrundlagen durch den Grossen Rat und Volksabstimmung	2010/2011						
		6	Umsetzung	ab 2012						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
100ES0005	Verbesserung der Gerichtsorganisation und der Verwaltungsrechtspflege (Justizreform)	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2006-0654, 27.06.2006)	2006	825	190	120	90		1'225
		2	Verabschiedung der Totalrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes durch den Grossen Rat	2007						
		3	Inkraftsetzung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes	2009						
		4	Verabschiedung der Änderungen von Verfassung und Gerichtsorganisationsgesetz durch den Grossen Rat und Durchführung der Volksabstimmung	2008/2009						
		5	Umsetzung der Reorganisation und Inkraftsetzung der Änderung von Verfassung und Gerichtsorganisationsgesetz	ab 2009						
100ES0006	Verbesserung der Intervention gegen Gewalt in Partnerschaft und Familie (Häusliche Gewalt)	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2002-001944, 11.12.2002)	2002	418	235	250	0		903
		2	Inkraftsetzung der polizeilichen Wegweisung und Fernhaltung im Rahmen des Polizeigesetzes	2007						
		3	Verabschiedung der Rechtsgrundlagen für die Umsetzung der Massnahmen durch den Grossen Rat	2007/2008						
		4	Umsetzung der Massnahmen	ab 2008						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
100ES0008	Neuausrichtung der kantonalen Informatik (Future IT)	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2002-001944, 11.12.2002)	2007		210	240			450
		2	Ermittlung des Finanzbedarfs	2007						
		3	Neuausrichtung kantonale Informatik	2007						
		4	Detailkonzeption Einkaufsbündelung / Zentrale Beschaffung	2007						
		5	Standardisierung von Applikationen	2009						
		6	Zentralisierung Server- und Applikationsbetrieb	2008						
		7	Definition der zukünftigen Rolle der Departementsinformatik	2008						
		8	Controlling / Steuerung der kantonalen Informatik	2008						
100ES0009	Revision des Grossratswahlgesetzes	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Verabschiedung des Normkonzepts durch den Regierungsrat	2005						
		3	Verabschiedung der Verfassungs- und Gesetzesänderungen durch den Grossen Rat sowie Durchführung der Volksabstimmung	2007/2008						
		4	Inkraftsetzung des Grossratswahlgesetzes	2008						
100ES0011	Umsetzung des Neuen Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA-Umsetzung Aargau)	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB Nr. 2006-000554, 26.04.2006)	2006		152	78			230
		2	Zustellung der Botschaft NFA für die 1. Beratung des Grossen Rats	2006						
		3	Zustellung der Botschaft NFA für die 2. Beratung des Grossen Rats	2007						
		4	Beschluss über die Gesetzesänderungen durch den Grossen Rat	2007						
		5	Abschluss der Gesetzgebungsarbeiten und Einleitung der Umsetzung	2008						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES 15 AFP 2007 - 2010: Der Entwicklungsschwerpunkt ALÜP ist abgeschlossen und wird nicht weitergeführt.

ES 50 AFP 2007 - 2010: Mit der auf Mitte 2008 geplanten Inkraftsetzung des Gesetzes über die Information der Bevölkerung, den Datenschutz und das Archivwesen, der entsprechenden Verfassungsbestimmungen sowie der Wahl der beauftragten Person für Öffentlichkeit und Datenschutz ist der Entwicklungsschwerpunkt per Ende 2007 umgesetzt und wird deshalb im AFP 2008 -2011 nicht mehr geführt. Im AFP 2008 - 2011 wird neu der AB 820 Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz als selbstständiger Aufgabenbereich geführt.

ES0001: Es handelt sich dabei um die Kosten der Gesamtprojektleitung (Koordination, Controlling und Kommunikation)

ES0004: Die inhaltlichen Arbeiten entwickeln sich gemäss den gesetzten Vorgaben. Aufgrund unvorhergesehener Zusatzarbeiten und knapper Personalressourcen ist eine Verzögerung eingetreten, so dass der Endtermin des Vorprojektes auf Ende 2007 verschoben werden musste.

ES0008: Die eingesetzten Mittel sind für externe Unterstützungen bestimmt. Das Projekt Future IT setzt sich aus verschiedenen Teilprojekten zusammen. Die strategischen Entscheide werden durch die Projektleitungen in Zusammenarbeit mit der kantonalen Informatikstrategie und den Zentralen Informatikdiensten entworfen und durch das IT-Board beschlossen.

ES0009: Prüfungsaufträge des Grossen Rats im Rahmen der 1. Beratung der Vorlage haben dazu geführt, dass der Entwicklungsschwerpunkt nicht wie vorgesehen im Jahr 2007 abgeschlossen werden kann.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
100ZI0001	Das Wachstum des Volkseinkommens wird gesteigert (Umsetzung Wachstumsinitiative)	1	Von der zuständigen Behörde beschlossene wirtschaftspolitische Massnahmen	Anzahl	6	5	5	5	1	
		3	Abweichung vom durchschnittlichen Wachstum des gesamtschweizerischen Bruttoinlandprodukts (real)	Punkte			0	0	0.1	
100ZI0002	Parlamentarische Vorstösse werden fristgerecht bearbeitet.	1	Anteil innerhalb von 3 Monaten bearbeiteter parlamentarische Vorstösse	%	76	85	85	85	85	85
100ZI0003	Überwiesene Vorstösse werden fristgerecht umgesetzt.	1	Anteil fristgerecht umgesetzter Vorstösse (Regelfrist: 4 Jahre)	%			100	100	100	100

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0001: Die Umsetzung der Wachstumsinitiative ist 2010 abgeschlossen. Im Jahr 2007 werden voraussichtlich 6 Massnahmen (statt 5) beschlossen.

ZI000113: Der im AFP 2007 - 2011 vorgesehene Indikator lässt sich im Jahresrhythmus nicht erheben. Für den AFP 2008 - 2011 wurde der Indikator deshalb geändert. Für das Jahr 2006 lag die Abweichung bei -0.14 Prozentpunkten. Die Daten zum gesamtschweizerischen wie auch zum kantonalen Bruttoinlandprodukt stammen von der BAK (Basel Economics).

ZI0002: Der Grosse Rat hat die Zielhöhe ab 2008 auf 85 % festgelegt (GR-Protokoll 2007-1424 vom 27.11.2007).

ZI0003: Auf Beschluss des Grossen Rats wurde dieses Ziel neu in den AFP 2008 aufgenommen (GR-Protokoll 2007-1424 vom 27.11.2007). Die Vorjahreswerte fehlen deshalb.

Die Umsetzung der zentralen Vorgaben (Aufgaben- und Finanzplanung, kantonale Informatikstrategie, Personalpolitik, etc.) erfolgt in den spezifischen Aufgabenbereichen. Die Zielvorgaben werden deshalb auch dort geführt und gemessen. Im AB 100 übernehmen die Generalsekretariate hauptsächlich die Koordination dieser Aufgaben.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der AB 100 wird im Anhang 2 zum Dekret über die Geschäftsführung des Grossen Rates (Geschäftsordnung [GO]) definiert. Die Organisation der Generalsekretariate wird im Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (Organisationsgesetz) geregelt. In diesem Aufgabenbereich werden vorwiegend verwaltungsinterne Dienstleistungen geführt. Die Generalsekretariate sind mit der gesamten Verwaltung eng verknüpft. Würden weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, hätte dies insbesondere auf die Qualität der Aufgabenerfüllung der ganzen Verwaltung negative Auswirkungen (zum Beispiel könnte der Rechtssetzungsprozess oder die Geschäftskontrolle weniger intensiv begleitet werden). Die Abteilungen könnten ihre Hauptaufgaben weniger effizient erledigen. Die politische Arbeit der Departementsvorsteher würde eingeschränkt.



FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-34'356</b>	<b>-36'893</b>	<b>-42'212</b>	<b>14.4</b>	<b>-43'048</b>	<b>-42'551</b>	<b>-39'158</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>5'932</b>	<b>5'133</b>	<b>3'652</b>	<b>-28.9</b>	<b>4'268</b>	<b>4'268</b>	<b>4'263</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-28'423</b>	<b>-31'760</b>	<b>-38'560</b>	<b>21.4</b>	<b>-38'781</b>	<b>-38'283</b>	<b>-34'895</b>
Total Aufwand Globalbudget	-30'767	-34'407	-39'360	14.4	-40'839	-41'004	-38'197
Total Ertrag Globalbudget	2'261	2'321	2'190	-5.7	2'558	2'558	2'558
Saldo Globalbudget	-28'507	-32'086	-37'171	15.9	-38'281	-38'446	-35'639
Total Aufwand Kleinkredite	-1'697	-1'991	-2'513	26.2	-1'898	-1'235	-654
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-1'697	-1'991	-2'513	26.2	-1'898	-1'235	-654
Total Aufwand Grosskredite	-1'551	-150		-100.0	0	0	0
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	-1'551	-150		-100.0	0	0	0
Total Aufwand LUAE	-341	-345	-339	-1.7	-312	-312	-307
Total Ertrag LUAE	3'672	2'812	1'462	-48.0	1'710	1'710	1'705
Saldo LUAE	3'331	2'467	1'123	-54.5	1'398	1'398	1'398

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Einführung WOV	-1'551	-150		-100			
Total Ertrag Grosskredite Einführung WOV							
Saldo Grosskredite Einführung WOV	-1'551	-150		-100.0			

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Urheberrechtsgebühren	-329	-345	-327	-5.2	-300	-300	-295
Total Ertrag LUAE Urheberrechtsgebühren	261	242	242	0.0	240	240	235
Saldo LUAE Urheberrechtsgebühren	-68	-103	-85	-17.5	-60	-60	-60
Total Aufwand LUAE Erträge Salzhandelsmonopol	-11		-12	X	-12	-12	-12
Total Ertrag LUAE Erträge Salzhandelsmonopol	1'241	700	950	35.7	1'200	1'200	1'200
Saldo LUAE Erträge Salzhandelsmonopol	1'229	700	938	34.0	1'188	1'188	1'188
Total Aufwand LUAE Lotterieggebühren							
Total Ertrag LUAE Lotterieggebühren	1'837	1'620	0	-100.0	0	0	0
Saldo LUAE Lotterieggebühren	1'837	1'620	0	-100.0	0	0	0
Total Aufwand LUAE Konzessionsgebühren Rheinsalinen							
Total Ertrag LUAE Konzessionsgebühren Rheinsalinen	332	250	270	8.0	270	270	270
Saldo LUAE Konzessionsgebühren Rheinsalinen	332	250	270	8.0	270	270	270

## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

#### Globalbudget

Im Rahmen der Ausfinanzierung der Pensionskassen übernimmt der Kanton die dafür notwendigen finanziellen Mittel verschiedener Institutionen (Sonderschulen, Heime, Werkstätten usw.) anteilmässig und dadurch erhöhen sich die Betriebskostenbeiträge des Kantons an diversen Institutionen um 3 Mio. Franken in den Jahren 2008 - 2010. Vom Globalbudget werden Fr. 400'000 in den neuen Aufgabenbereich 820 (Öffentlichkeitsprinzip) übergeführt. Für die Umsetzung der Massnahmen gegen häusliche Gewalt sind Fr. 300'000 eingestellt. Ein weiterer Grund für die Erhöhung des Globalbudgets ist die Entschädigung für Visitatoren der Kantonsapotheke (Fr. 210'000). Für neue Aufgaben der Generalsekretariate (Zentralisierung des Personalwesens, Aufarbeiten von ökonomischen Entscheidungsgrundlagen, Zentralisierung aller Praktikantenstellen im BVU, etc.) werden zusätzliche Stellen benötigt.

#### Kleinkredite

Der Anstieg der Kleinkredite ist insbesondere auf die Beteiligung am Lehrplan der deutschsprachigen Kantone und das Projekt Future IT zurückzuführen.

#### Grosskredite

Das Projekt WOV wird aufgrund der beabsichtigten Evaluation per Ende 2009 abgeschlossen.

#### LUAE

Leistungsunabhängige Erträge: Die Erträge aus dem Salzhandelsmonopol und der Konzessionsgebühren für das Salzlager werden entsprechend der Ertragslage angepasst. Aufgrund der neuen interkantonalen Vereinbarung erhält der Kanton Aargau anstelle der Lotteriegeldern in der Höhe von Fr. 1.7 Mio. eine zweckgebundene Spielsuchtspräventionsabgabe (0.5 % des Bruttospielertrags).

### Veränderungen in den Planjahren

#### Globalbudget

Die Ausfinanzierung des Besitzstands bei der Aarg. Pensionskasse fällt ab 2010 weg. Die Kosten für Umsetzung der Massnahmen gegen häusliche Gewalt nehmen ab 2009 gegenüber 2008 um 1.1 Mio. Franken zu, gleichzeitig steigt der Ertrag durch die entsprechenden Gemeindebeiträge an die Umsetzungskosten um Fr. 580'000.

#### Kleinkredite

Der Abschluss von verschiedenen Projekte (Gemeindereform, Wachstumsinitiative, Future IT, Flughafen) führt zu einem Rückgang der Kleinkredite.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Gestalten der Abläufe für den Regierungsrat, zwischen Regierungsrat und Grosse Rat und bei Wahlen und Abstimmungen; Führen des Generalsekretariats der Staatskanzlei für den Staatsschreiber und Organisation; Schlichten von personalrechtlichen Streitigkeiten; Informieren und dokumentieren des Regierungsrats, des Grossen Rats und der Bevölkerung im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips; Rechtsberatung des Regierungsrats und des Grossen Rats sowie verwaltungsinterne Rechtspflege; Erarbeiten der Strategie für die Langfristplanung des Regierungsrats; Bearbeiten und koordinieren von Aufgaben- und Finanzplan, Budget und Jahresbericht sowie Durchführen des Aufgabencontrollings, zusammen mit dem Departement Finanzen und Ressourcen; Strategische Beratung und Koordination der Aussenbeziehungen.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	120	Zentrale Stabsleistungen
Produktgruppen	12010	Dienstleistungen, Kanzleidienste, Publikationen, Wahlbüro
	12020	Strategien, Aufgabencontrolling, Aussenbeziehungen
	12030	Kommunikation
	12040	Verwaltungsinterne Rechtspflege und -beratung

**UMFELDENTWICKLUNG**

Der Grundauftrag ist die optimale Unterstützung des Regierungsrats in allen operativen, strategischen, kommunikativen und rechtlichen Belangen seiner Tätigkeit. Im operativen Bereich zählen dazu insbesondere die Vorbereitung, Begleitung und Nachbearbeitung der Regierungssitzungen sowie die Geschäftsplanung und -koordination. Zusätzlich werden eidg. und kantonale Wahlen und Abstimmungen vorbereitet und durchgeführt sowie Schlichtungseingaben kantonalen Angestellter und von Lehrpersonen behandelt, die sich auf eine personalrechtliche Streitigkeit mit der Anstellungsbehörde beziehen.

Auf strategischer Ebene werden im Rahmen der neuen Führungsmethodik die Planung vorbereitet, die Rechenschaftsinstrumente koordiniert, das Aufgabencontrolling durchgeführt, die Aussenbeziehungen geplant und koordiniert sowie die Informatik konzipiert. Im kommunikativen Bereich wird über die Arbeit von Regierungsrat und Departementen informiert, und es werden Grossveranstaltungen vorbereitet und begleitet. Der Rechtsdienst des Regierungsrats erstellt Mitberichte und Gutachten zu Händen des Regierungsrats und des Grossen Rats und verfasst Entscheidwürfe zu Beschwerden, bei denen ein Departement bereits verfahrensmässig einbezogen war.

Alle auf die Stabsarbeit für den Regierungsrat ausgerichteten vier Bereiche der Staatskanzlei sind mit erhöhten Anforderungen konfrontiert. So erfordert die zunehmende Verflechtung politischer und funktionaler (wirtschaftlicher, gesellschaftlicher) Räume eine aktivere Gestaltung der Aussenbeziehungen sowie eine verstärkte überdepartementale Koordination. Wachsende Bedeutung kommt dem E-Government, dem Informationsaustausch zwischen Privaten und der öffentlichen Hand über das Internet zu, was eine Modernisierung des Portals des Kantons Aargau und eine Qualitätssteigerung in der Internetkommunikation notwendig macht.

Die kommunikative Führungsunterstützung (Regierungskommunikation) und die Kommunikationsberatung von Regierungsrat und Departementen werden konzeptionell weiter gefordert. Zunehmend wird eine mediale Begleitung der Politik über 7 Tage in der Woche erforderlich. Ab 2009 wird sich die Staatskanzlei mit dem Vorkonzept zur Einführung des E-Voting im Kanton Aargau nach Vorgaben des Bundes befassen. Um die Qualität der kantonalen Rechtssetzung in formeller Hinsicht zu verbessern, soll die informatik-technische und die juristische Unterstützung der Prozesse angegangen werden. Die wirtschaftspolitische Wachstumsstrategie (Binnenmarktliberalisierung) erfordert eine systematische Überprüfung der aargauischen Rechtsordnung auf allen Rechtsstufen.

Die Entwicklungsschwerpunkte sowie die Ziele 0058 und 0062 unterstützen die Umsetzung der erwähnten zukünftigen Herausforderungen. Die erhöhten Anforderungen an die zentrale Stabsstelle des Regierungsrats bedingen eine Anpassung der personellen Ressourcen (siehe Kommentar zu den Finanzen).

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
120KU0013	Blankoabstimmungstermine des Bundes und des Kantons Aargau	Anzahl	3	4	4	5	4	4
120KU0023	Durchschnittliche Stimm- und Wahlbeteiligung	%	36.5	35	35	35	35	35
120KU0024	Regierungsratsitzungen	Anzahl	37	45	40	40	40	40
120KU0025	Regierungsratsbeschlüsse	Anzahl	1'820	1'600	1'600	1'600	1'500	1'500
120KU0026	Regierungsratsgeschäfte im rechtlichen Aktenstudium	Anzahl	1'465	1'350	1'300	1'250	1'250	1'250
120KU0027	Mitberichte / Gutachten / Stellungnahmen Rechtsdienst Regierungsrat für GR / RR / DV / StS / Dep.	Anzahl	257	250	250	250	250	250
120KU0028	Beschwerden im Zuständigkeitsbereich des Rechtsdiensts des Regierungsrats	Anzahl	263	250	250	250	250	250
120KU0030	Neueingänge Gesuche bei der Schlichtungskommission	Anzahl	56	80	60	60	60	60
<b>Leistungskennzahlen</b>								
120KL0046	Vom Aargau eingenommene Präsidiums- und Vorstandssitze in interkantonalen und grenzüberschreitenden Gremien	Anzahl	10	10	10	10	10	10
120KL0047	Stabilhalten der Pendenzen beim Rechtsdienst des Regierungsrats (s. Fussnote)	n.v.	0.93	1	1	1	1	1
120KL0048	Fallerledigung Schlichtungskommission	Anzahl	226	80	60	60	60	60
120KL0049	Mailanfragen per Internet "Eine Frage an die Verwaltung"	Anzahl	738	1'000	800	800	800	800

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

Veränderung AFP 2007 - 2010 zu AFP 2008 - 2011:

K31 und K50 (AFP 07 - 10) wurden gestrichen. Anstelle dieser Kennzahlen wurde ZI0058 ergänzt und ZI0063 neu aufgenommen. Zudem wird die Kennzahl K31 auf Stufe Produktegruppe als Indikator geführt.

KU0013: Diese Kennzahl wurde bisher auf Stufe Produktegruppe geführt; neu wird sie auch auf Stufe Aufgabenbereich ausgewiesen.

KU0024: Die Anzahl Sitzungen wird sich aufgrund der Beschränkung auf eintägige Klausuren (bis Ende 2005 zweitägig) im Vergleich zum Budget 2007 leicht reduzieren.

KU0025: Die Anzahl Regierungsratsbeschlüsse wird sich tendenziell leicht reduzieren. Insbesondere die anstehenden Gesetzesänderungen im Bau- und Planungsrecht beinhalten ein erhebliches Potenzial an Delegationsmöglichkeiten vom Regierungsrat an die Departemente. Zusätzlich werden im Rahmen der Überprüfung der Rechtsordnung (Wipo 10) weitere Delegationen geprüft. Mittelfristig wird eine Zielgrösse von 1'500 Regierungsgeschäften pro Jahr angestrebt.

KU0030: Anfangs 2006 war ein grosser Gesuchseingang zu verzeichnen, sodass die Kennzahl von ursprünglich jährlich 60 auf jährlich 80 geplante Gesuche erhöht wurde. Nun zeigt sich, dass 60 Gesuche eher den gemachten Erfahrungen entsprechen.

KL0049: Aufgrund aktualisierter Planungsgrundlagen wurden die Werte gegenüber der Planung 07 - 10 angepasst.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
120ES0010	Föderalismuskonferenz	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2006-001536 vom 15.11.2006)			20	105			125
		2	Planung des inhaltlichen Teils, logistische Vorbereitung	2007						
		3	Durchführung der Konferenz	2008						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
120ES0019	Überprüfung Rechtsordnung / binnenmarktliche Liberalisierung	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2005-001047 vom 9. August 2006)	2006	98	221	139	70	0	528
		2	Rechtssetzungsvorhaben mit Normkonzept	Mitte 2006						
		3	Vernehmlassung an Regierungsrat	Ende 2006						
		4	Beginn parlamentarisches Verfahren	2008						
120ES0020	Einführung / Umsetzung E-Voting im Kanton Aargau nach Vorgaben des Bundes	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)	2008		0	0	690		690
		2	Vorkonzept	2008						
		3	Entwicklung Konzept und Umsetzung	ab 2009						
120ES0026	Schaffung einer Corporate Identity / Corporate Design für den Markenauftritt und als Grundlage für eine Standortkampagne des Kantons Aargau	1	Nettoaufwand Globalkredit für Konzept (geplant 2008); Nettoaufwand Globalkredit für Umsetzung (geplant 2009)	2008			130	0		130
		3	Konzeption Corporate Identity	2009						
		4	Erarbeitung Corporate Design über alle betroffenen Bereiche	2009						
		5	sukzessive Umsetzung	ab 2010						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0020: In das Projekt sind auch das Departement Volkswirtschaft und Inneres und die Gemeinden involviert. Die Umsetzung soll 2008 mit einem Vorkonzept starten und bis 2010 in ein eigentliches Konzept münden. Eingestellt werden die Mittel für eine 100 % Projektstelle ab Mitte 2009 bis Ende 2011. Das Projekt wird zwischen 2012 und 2015 abgeschlossen. Mit der Umsetzung werden wohl erhebliche Mittel gebunden (> 0.5 Mio. pro Jahr).

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
120ZI0052	Wahlen und Abstimmungen (W+A) sind zeitgerecht und formal richtig durchgeführt.	1	Gutgeheissene Beschwerden, die auf Verzögerungen oder materiell nicht richtige Durchführung der W+A gründen	Anzahl	0	0	0	0	0	0
		2	Zeitpunkt der Resultatsveröffentlichung im Internet nach letzter Urnenschliessung bei Abstimmungen	Stunden	2	4	4	4	4	4
120ZI0053	Grossrats-, Regierungs- und Verwaltungsbetrieb arbeiten effizient durch einwandfrei funktionierende Logistik.	1	Berechtigte Reklamationen bezüglich Qualität und Termine	Anzahl	9	10	10	10	10	10

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
120ZI0055	Bei Grossanlässen ist das Projektbudget eingehalten.	1	Maximale Abweichung des Projektbudgets	%		5	5	5	5	5
120ZI0057	Der Rechtsfrieden wird durch rasche und definitive Streiterledigung wieder hergestellt.	1	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Beschwerden	Tage	119	160	150	150	145	145
		2	Anteil der erledigten Beschwerden, welche nicht weitergezogen werden	%	93	90	90	90	90	90
120ZI0058	Die kantonale Politik ist in interkantonalen, eidgenössischen und grenzüberschreitenden Gremien vertreten.	1	Betreute Organe im Bereich Aussenbeziehungen (interkantonale und grenzüberschreitenden Konferenzen und Organisationen)	Anzahl	18	19	19	19	19	19
		2	Kantonale Initiativen, Projekte, Anträge etc. in interkantonalen und grenzüberschreitenden Konferenzen und Organisationen	Anzahl			5	5	5	5
120ZI0062	Die Internetseiten im Portal ag.ch sind Style- und Textguide konform.	1	Anteil der Sites, die die Vorgaben nicht einhalten	%			85	50	20	5
120ZI0063	Planung (AFP) und Berichterstattung (JB) sind effizient.	1	Vorträge an den Regierungsrat zum AFP und zum Jahresbericht	Anzahl			8	8	8	8
		2	Vertieft geprüfte Aufgabenbereiche	Anzahl			10	10	10	10
		3	Verzögerte Zustellung der Vorträge in Bezug auf die Planung	Wochen			0	0	0	0

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Veränderungen gegenüber AFP 07 - 10:

Es fehlen die Vorjahreswerte bei Zielen, welche im AFP 08 - 11 neu aufgenommen werden.

Das Ziel 15 (AFP 07 - 10) wurde mit dem Ziel ZI0063 ersetzt und ergänzt.

Das Ziel 22 (AFP 07 - 10) kann nur mit ausserordentlich hohem Aufwand gemessen werden, deshalb wird es mit ZI0062 ersetzt. Dieses Ziel ist von der Neugestaltung des Webportals (Abschluss 2008) abhängig.

ZI0057: In den letzten Jahren konnte die Zielerreichung regelmässig übertroffen werden. Mit der Reduktion der durchschnittlichen Bearbeitungsdauer bzw. der Erhöhung des Anteils der innerhalb der Normalfrist erledigten Fälle werden die Anforderungen entsprechend angepasst. Die zunehmende Erfahrung der Mitarbeitenden des Rechtsdiensts des Regierungsrats ermöglicht eine raschere Behandlung der Beschwerdefälle.

ZI0058: Das Ziel wurde mit einem zweiten Indikator ergänzt.

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Erlasmässig vorgegeben ist die Vorbereitung und Begleitung der eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen (Bundesgesetz über die politischen Rechte, Gesetz über die politischen Rechte), die Betreuung von Amtsblatt und Gesetzessammlungen (Publikationsgesetz) sowie die Durchführung der Regierungsratssitzungen (Organisationsgesetz). Die juristische Führungsunterstützung basiert auf der Verordnung über den Rechtsdienst des Regierungsrats. Das Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen verankert die Verpflichtung des Kantons hinsichtlich einer laufenden Information über die behördliche Tätigkeit (Kommunikationsdienst RR). Aufgrund des Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen erstellt die Staatskanzlei das Entwicklungsleitbild und zusammen mit dem Departement Finanzen und Ressourcen den AFP und den Jahresbericht. Sie erstattet gemäss Verordnung über das Rechnungswesen und die übrige Führungsunterstützung zudem Mitberichte zu strategierelevanten Geschäften der Departemente.

Nicht erlassmässig festgeschrieben, aber praxismässig in der Zusammenarbeit aller Kantone miteinander verankert, sind die Mitgliedschaften in verschiedenen interkantonalen und internationalen Gremien, die inhaltlich zu betreuen und zu koordinieren sind. Die Mitgliederbeiträge ergeben sich aus den vertraglichen Verpflichtungen. Dasselbe gilt für die Organisation der nationalen Föderalismuskonferenz, die der Kanton Aargau organisiert. Die strategische Ausrichtung der kantonalen Informatik und die Informatiksicherheit erfordern eine zentrale Koordination, damit Schnittstellenkosten minimiert werden können. Strategische Projekte, wie beispielsweise E-Government, erfordern Projektaufwände.

Der Personalaufwand beträgt 60 % des Gesamtaufwands (im Budget 2008, inklusive Globalkredite). Wird nur das Globalbudget berücksichtigt, sind es rund 70 %. Wenn Mittel im Globalbudget gekürzt werden, wirkt sich dies auf die Qualität der Arbeit aus. Zu erwähnen sind unter anderem: Die Aussenpolitik und Kommunikation des Kantons Aargau könnten weniger aktiv gestaltet werden, die Dauer für die Behandlung von Beschwerden würde zunehmen. Allgemein würde die Qualität der operativen Führungsunterstützung (Empfang, Herausgabe von Publikationen, Regierungssekretariat) gegenüber Regierungsrat und Departementen sinken.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-10'375</b>	<b>-12'169</b>	<b>-13'363</b>	<b>9.8</b>	<b>-12'278</b>	<b>-12'269</b>	<b>-12'403</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>1'979</b>	<b>1'754</b>	<b>1'829</b>	<b>4.3</b>	<b>1'643</b>	<b>1'606</b>	<b>1'606</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-8'396</b>	<b>-10'415</b>	<b>-11'534</b>	<b>10.7</b>	<b>-10'635</b>	<b>-10'663</b>	<b>-10'797</b>
Total Aufwand Globalbudget	-9'818	-10'857	-11'600	6.8	-11'057	-11'069	-11'233
Total Ertrag Globalbudget	1'979	1'754	1'444	-17.7	1'443	1'406	1'406
Saldo Globalbudget	-7'839	-9'103	-10'156	11.6	-9'614	-9'663	-9'827
Total Aufwand Kleinkredite	-557	-1'312	-1'618	23.3	-1'077	-1'056	-1'026
Total Ertrag Kleinkredite			185	X			
Saldo Kleinkredite	-557	-1'312	-1'433	9.2	-1'077	-1'056	-1'026
Total Aufwand LUAE			-145	X	-145	-145	-145
Total Ertrag LUAE			200	X	200	200	200
Saldo LUAE			55	X	55	55	55

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE LUAE Rechtspflege und -beratung			-145	X	-145	-145	-145
Total Ertrag LUAE LUAE Rechtspflege und -beratung			200	X	200	200	200
Saldo LUAE LUAE Rechtspflege und -beratung			55	X	55	55	55

## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

#### Globalbudget

Die Veränderung des Budgets ist hauptsächlich auf die Erhöhung der bisher knappen personellen Ressourcen zurückzuführen. Im Detail heisst dies: a) Eine personelle Verstärkung bei den Aussenbeziehungen zur Unterstützung der übergeordneten Arbeit des Regierungsrats in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und zur Sicherung sowie dem Ausbau der Stellung des Aargaus in der Nordschweiz. b) Personelle Aufstockung zur Koordination und Umsetzung der inhaltlichen Aspekte des E-Government. c) Im Generalsekretariat müssen im Bereich der formalen Rechtssetzung und Erlassvorbereitung (AGS/SAR) qualitative Verbesserungen erzielt werden. Zudem sind im Empfang die durch die 2006 umgesetzten Sicherheitsmassnahmen entstandenen Überstunden mit einer Pensenaufstockung um 20 % aufzufangen. d) Im Kommunikationsdienst führt die Umsetzung der vor Jahresfrist eingeführten Regierungskommunikation zu Mehrbedarf, indem verschiedene, aktuell durch wechselnde Praktikant/innen oder externe Aufträge abgedeckte Arbeiten kosteneffizienter durch eine zusätzliche Stelle (60 %) wahrgenommen werden. Im weiteren werden Fr. 530'000.-- für das "Haus der Kantone" budgetiert.

Der Ertrag des Globalbudgets reduziert sich infolge der neu geschaffenen LUAE.

#### Kleinkredite

Unter anderem werden folgende Kleinkredite neu eingestellt: Fr. 150'000 (IT in der Rechtsetzung), Fr. 100'000 (Neugestaltung Web-Portal), Fr. 130'000 (Corporate Identity/Corporate Design).

#### LUAE

Im Zusammenhang mit den Beschwerdeentscheiden des Rechtsdiensts des Regierungsrats werden ab Budget 2008 Aufwände von Fr. 145'000 und Erträge von Fr. 200'000 als LUAE geführt, weil diese nicht beeinflussbar sind. Aufwand und Ertrag des Globalbudgets wurden um die entsprechenden Beträge reduziert.

### Veränderungen in den Planjahren

#### Kleinkredite

Der Abschluss von verschiedenen Kleinkreditvorhaben im Jahre 2008 führt 2009 zu einem Rückgang der Kleinkredite.

## FUSSNOTEN

KL0047 Anzahl erledigte Fälle entspricht Anzahl eingegangene Fälle, 1.25 = Anzahl erledigte Fälle ist 25 % höher als Anzahl eingegangene Fälle



## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHES

Bekämpfen der Kriminalität; Aufrechterhalten der öffentlichen Ordnung; Schutz der Rechtsgüter der einzelnen Personen und Kontrolle des Verkehrs zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung.

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	210	Polizeiliche Sicherheit
Produktgruppen	21010	Verkehrssicherheit
	21020	Sicherheit und Ordnung
	21030	Kriminalitätsbekämpfung

## UMFELDENTWICKLUNG

Kernaufgaben der Kantonspolizei sind die Bekämpfung der Kriminalität, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bei Grossereignissen sowie die Gewährleistung der Verkehrssicherheit auf Autobahnen und Kantonsstrassen. Aufgrund der Annahme des Polizeigesetzes liegt die Gewährleistung der lokalen Sicherheit ab 1.1.2007 in der Verantwortung der Gemeinden. Die Kantonspolizei kann sich somit verstärkt auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

Die grenzüberschreitende und organisierte Kriminalität erfordert professionelle und zeitgemässe Einsatzmittel wie Vorermittlung und Observation. Verbesserungen in der Kriminalitätsbekämpfung werden mit der Anbindung an das Schengener Sicherheitssystem (SIS) erwartet. Die Sicherheitspolitik des Bundes für den Strassenverkehr (Via sicura) hat das Ziel, die Zahl der Verkehrstoten bis 2010 gesamtschweizerisch auf 300 pro Jahr zu senken.

Aufgrund der Annahme der Volksinitiative "Mehr Sicherheit für alle!" muss die Zahl der Kantonspolizistinnen und -polizisten bis 2010 um ca. 40 auf 580 erhöht werden. Bis 2017 muss eine Polizeidichte von 1:700 (1 Polizistin oder Polizist pro 700 Einwohner/innen) erreicht werden, wobei die Gemeindepolizeikräfte angerechnet werden.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
					2009	2010	2011	
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
210KU0020	Einwohner auf 1 Kantonspolizist/in im Kanton Aargau	Anzahl	1'048	1'023	1'041	1'048	1'051	1'049
210KU0021	Einwohner auf 1 Polizist/in (Kantonspolizei und Polizeikräfte der Gemeinden) im Kanton Aargau	Anzahl	787	747	758	744	729	714
210KU0022	Fahrzeugbestand Kanton Aargau (Motorfahrzeuge, Anhänger, Mofas und Schiffe)	Anzahl	460'235	466'000	475'000	482'000	489'000	496'500
210KU0023	Bevölkerungszahl Kanton Aargau	Anzahl	574'670	583'000	585'000	589'000	594'000	598'000
210KU0024	Motorisierungsgrad (Personenwagen pro 1000 Einwohner/innen)	Anzahl	550	554	554	559	563	566
<b>Leistungskennzahlen</b>								
210KL0012	Interventionen bei Häuslicher Gewalt	Anzahl	1'222	800	800	800	800	800
210KL0013	Bearbeitete Strafgesetzbuch(StGB)-Delikte	Anzahl	32'509	35'000	31'000	31'000	31'000	31'000
210KL0014	Bearbeitete Gewaltdelikte (s. Fussnote)	Anzahl	447	450	430	430	430	430
210KL0015	Rapportierte Verkehrsunfälle (Maximalzahl)	Anzahl	2'983	2'900	2'800	2'800	2'800	2'800
210KL0016	Ordnungsbussen	Anzahl	74'555	80'000	80'000	80'000	80'000	80'000

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0020 und KU0021: Die Budget-/Planwerte werden neu auf der Basis von Stellenprozenten und nicht mehr pro Kopf ausgewiesen. Bei einer Anwendung dieser neuen Berechnung würden für 2006 bzw. 2007 folgende Werte resultieren: KU0020: 1'055 bzw. 1'039; KU0021: 791 bzw. 766.

KL0012: Gemäss Polizeidekret ist die Intervention bei häuslicher Gewalt ab 1.1.2007 Aufgabe der Gemeindepolizeien. Die Kantonspolizei kommt bei Straftaten zum Einsatz. Dadurch wird sich die Zahl der Interventionen der Kantonspolizei im Vergleich zum Jahr 2006 reduzieren. Gegenüber der Planung AFP 2007 - 2010 kann aber aufgrund einer neuen Beurteilung nicht mit einem grösseren Rückgang gerechnet.

KL0013 und KL0014: Eine Reduktion der StGB-Delikte sowie insbesondere bei den Gewaltdelikten kann aufgrund der verstärkten Polizeipräsenz angenommen werden.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
210ES0019	Führungsinfrastruktur und Notrufzentrale	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB geplant)	2009			500	17'800	0	18'300
		2	Erarbeitung Projekt	2007/2008						
		3	Bewilligung Grosskredit durch den Grossen Rat	2009						
		4	Abschluss der Realisierung	2011						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0019: Aufgrund der Erfahrungen bei Grossereignissen (vor allem Hochwasser 2005) genügen die Führungsinfrastruktur des kantonalen Führungsstabs und die Einsatzzentrale des Polizeikommandos nicht mehr. Es sind eine räumliche Vergrösserung und technische Verbesserungen notwendig. Der Globalkredit ist im Aufgabenbereich 430 (Hochbauten) eingestellt.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
210ZI0011	Das Niveau des subjektiven Sicherheitsgefühls wird gehalten und wenn möglich verbessert.	1	Subjektives Sicherheitsempfinden: sehr sicher	%		50			50	
		2	Subjektives Sicherheitsempfinden: eher oder ganz unsicher	%		5			5	
210ZI0012	Eine möglichst hohe objektive Verkehrssicherheit wird angestrebt.	1	Verletzte bei Unfällen (Maximalzahl)	Anzahl	1'830	1'800	1'700	1'600	1'600	1'600
		2	Verkehrstote bei Unfällen (Maximalzahl)	Anzahl	26	35	30	30	29	29
210ZI0013	Die präventive Präsenz wird verstärkt.	1	Personalstunden uniformierte Präsenz	Stunden	140'540	150'000	155'000	150'000	150'000	150'000
210ZI0014	Die Interventionszeit der polizeilichen Einsatzkräfte wird kurz gehalten.	1	Max. 15 Min. zwischen Alarmierung und Eintreffen der Polizei	%	74	75	80	80	80	80
210ZI0015	Das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat und die Polizei wird gestärkt.	1	Aufklärungsquote aller Delikte gemäss Strafgesetzbuch (StGB)	%	50.2	52	53	53	53	54

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0011: Die Erhebung des Indikators erfolgt mittels Bevölkerungsumfrage in den Jahren 2007 und 2010.

ZI0012: Die Zahl der Verletzten und Getöteten Personen im Strassenverkehr wird aufgrund der erhöhten Präsenz und der Kontrollen rückläufig sein. In der Vergangenheit konnte eine Reduktion von Raserunfällen erreicht werden. Diese Anstrengungen werden weitergeführt.

ZI0013: Der höhere Wert im Jahr 2008 ist durch den Einsatz im Rahmen der Euro08 bedingt. Gegenüber dem AFP 2007-2010 ist eine Anpassung der Planzahlen vorgenommen worden, da die Kantonspolizei nur bei wenigen Gemeinden für die lokale Sicherheit zuständig sein wird.

ZI0015: Mit der neuen Sicherheitsarchitektur und der damit verbundenen Fokussierung auf die Kernaufgaben kann die Aufklärungsquote gegenüber dem Budget 2007 erhöht werden. Die Zahlen entsprechen den Werten der Planung 2007-2010.

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die polizeiliche Sicherheit ist grundsätzlich eine kantonale Aufgabe („kantonale Polizeihochheit“). Die Art der Leistungen ist jedoch weitgehend (ca. 85% der produktiven Stunden gemäss Leistungserfassung der Kantonspolizei) durch Bundesgesetze geregelt, namentlich in den Produktgruppen Verkehrssicherheit (Strassenverkehrsgesetz) und Kriminalitätsbekämpfung (Strafgesetzbuch, Betäubungsmittelgesetz etc.). Einzig die Produktgruppe Sicherheit und Ordnung (Präventive Präsenz und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung) ist durch das kantonale Polizeigesetz geregelt (ca. 15% des Leistungsvolumens). Der Mindestbestand des Kantonspolizeikorps ist seit dem 1. Januar 2007 im Polizeigesetz festgelegt: Er muss bis 2010 auf mindestens 580 Polizisten und Polizistinnen erhöht werden.

Der Personalaufwand beträgt gut 80% des Gesamtaufwands der Kantonspolizei. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben über den Polizeibestand ist die finanzielle Steuerbarkeit im Rahmen des AFP stark eingeschränkt. Über einen grösseren politischen Spielraum verfügt der Kanton im Bereich des Umfangs und der Qualität sowie der Effizienz der Leistungen, indem er über den Bestand und die Organisation der Polizei bestimmt und die Schnittstellen zu den übrigen Strafverfolgungsbehörden regelt. Allerdings setzen die rechtsstaatlichen Grundsätze wie das Legalitäts- und das Gleichbehandlungsprinzip auch in diesem Bereich Grenzen.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-90'542</b>	<b>-94'303</b>	<b>-99'250</b>	<b>5.3</b>	<b>-99'596</b>	<b>-100'729</b>	<b>-102'021</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>30'105</b>	<b>32'125</b>	<b>30'107</b>	<b>-6.3</b>	<b>31'107</b>	<b>31'107</b>	<b>31'107</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-60'438</b>	<b>-62'178</b>	<b>-69'143</b>	<b>11.2</b>	<b>-68'488</b>	<b>-69'622</b>	<b>-70'913</b>
Total Aufwand Globalbudget	-86'591	-91'388	-96'939	6.1	-97'711	-98'668	-99'705
Total Ertrag Globalbudget	30'105	32'125	30'107	-6.3	31'107	31'107	31'107
Saldo Globalbudget	-56'487	-59'263	-66'832	12.8	-66'603	-67'561	-68'597
Total Aufwand Kleinkredite	-1'865	-1'341	-2'311	72.3	-1'885	-2'061	-2'316
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-1'865	-1'341	-2'311	72.3	-1'885	-2'061	-2'316
Total Aufwand Grosskredite	-2'086	-1'574		-100.0	0		
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	-2'086	-1'574		-100.0	0		

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Erneuerung Funksystem	-412						
Total Ertrag Grosskredite Erneuerung Funksystem							
Saldo Grosskredite Erneuerung Funksystem	-412						
Total Aufwand Grosskredite Horizont Realisierung	-1'674	-1'574		-100.0			
Total Ertrag Grosskredite Horizont Realisierung							
Saldo Grosskredite Horizont Realisierung	-1'674	-1'574		-100.0			

## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

#### Globalbudget

Der Mehraufwand im Globalbudget resultiert hauptsächlich durch einen höheren Personalaufwand (rund Fr. 3.2 Mio.). Dieser ist durch das allgemeine Lohnwachstum, den höheren Stellenbestand aufgrund der Umsetzung der Volksinitiative ‚Mehr Sicherheit für alle!‘ sowie durch die Bereinigung der Lohnstrukturen begründet. Hinzu kommen Mehraufwendungen für diverse höhere Betriebs- (Energie, Unterhalt) und Wartungskosten (Fr. 900'000). Für die Abgeltung an Stadtpolizeien für Leistungen in der Kriminalitätsbekämpfung werden rund Fr. 250'000 benötigt.

Mindererträge ergeben sich, da von den Gemeinden Leistungen zur Gewährleistung der lokalen Sicherheit nicht im vorgesehenen Umfang eingekauft werden (Fr. 1 Mio.) und weil aufgrund der Euro08 weniger personelle Mittel für die Verkehrssicherheit eingesetzt werden können, was zu einer Reduktion der Abgeltung aus der Strassenrechnung führt (Fr. 1 Mio.).

#### Kleinkredite

Der Mehraufwand bei den Kleinkrediten entsteht hauptsächlich durch das Projekt 'Kriminalpolizeiliches Informationssystem' (KIS) (Fr. 900'000).

#### Grosskredite

Ab 2008 werden für die Planperiode 2008 – 2011 zurzeit keine Jahrestanchen für Grosskredite geführt. Das Projekt 'Horizont Realisierung' sollte bis Ende 2007 abgeschlossen sein. Allenfalls sind Kreditübertragungen notwendig.

### Veränderung in den Planjahren

#### Globalbudget

Der Mehraufwand in den Planjahren ist hauptsächlich durch Anpassungen bei der Lohnsumme bedingt.

Der Mehrertrag in den Planjahren (gegenüber dem Budget 08) entsteht aufgrund des Wegfalls der Mindereinnahmen durch die Euro08.

#### Kleinkredite

Die Veränderung in den Planjahren ist durch den Projektfortschritt beim Kriminalpolizeilichen Informationssystem (KIS) sowie durch die Aufnahme des Projekts 'Weiterentwicklung Polycom' ab 2010 bedingt.

## FUSSNOTEN

KL0014	Als Gewaltdelikte werden folgende Strafgesetzbuch-Delikte erfasst: Art. 111 - 116 Tötungsdelikte, Art. 122 Schwere Körperverletzung, Art. 129 Gefährdung des Lebens, Art. 133 Raufhandel, Art. 134 Angriff, Art. 140 Raub, Art. 183 Freiheitsberaubung und Entführung, Art. 185 Geiselnahme, Art. 188 Sexuelle Handlungen mit Abhängigen, Art. 189 Sexuelle Nötigung, Art. 190 Vergewaltigung, Art. 191 Schändung, Art. 285 Gewalt und Drohung gegen Beamte.
--------	--

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Periodische Prüfung von Fahrzeugen; Prüfung von Lenkerinnen und Lenkern; Entzug von Ausweisen und Inkasso der Motorfahrzeugabgaben, damit nur verkehrstaugliche und berechnigte Fahrzeuge sowie befähigte Personen am Strassenverkehr teilnehmen.

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	215	Verkehrszulassung
Produktgruppen	21510	Verkehrszulassung
	21520	Motorfahrzeugabgaben
	21530	Informatikdienstleistungen VIACAR

## UMFELDENTWICKLUNG

Die Sicherheit im Verkehr ist abhängig davon, dass die Fahrzeuge verkehrstauglich sind und nur Personen am Strassenverkehr teilnehmen, die die Verkehrssicherheit nicht gefährden. Entsprechend muss sichergestellt werden, dass die Fahrzeuge periodisch geprüft und nur gut ausgebildete Neulenker zum Verkehr zugelassen werden.

Die Mobilität und damit der Fahrzeugbestand werden in den kommenden Jahren weiter zunehmen (durchschnittliches jährliches Wachstum von 1.5%). Der Anteil der mit VIACAR (integrierte Informatiklösung für Strassenverkehrsämter) bewirtschafteten Fahrzeuge am Gesamtfahrzeugbestand in der Schweiz beträgt zurzeit 41%. Eine Ausweitung ist bis zur Verselbstständigung des Strassenverkehrsamtes nicht vorgesehen.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	2009	2010	Planjahre 2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
215KU0005	Bestand Motorfahrzeuge, Anhänger, Mofas und Schiffe	Anzahl	460'235	466'000	475'000	482'000	489'000	496'500
215KU0006	Bestand Personenkraftwagen	Anzahl	316'309	323'000	326'000	331'000	336'000	341'000
215KU0007	Motorisierungsgrad der Bevölkerung (Anzahl Personenkraftwagen pro 1000 Einwohner/innen)	Anzahl	550	554	554	559	563	566
215KU0008	Fahrzeuge und Schiffe in VIACAR-Kantonen (AG, LU, SH, VD, ZG, ZH)	Anzahl	2'227'578	2'265'000	2'295'400	2'329'800	2'364'600	2'400'100
215KU0009	Anteil der Fahrzeuge in VIACAR-Kantonen am Gesamtbestand der Fahrzeuge in der Schweiz	%	40.9	41	40.9	40.9	40.9	40.9
<b>Leistungskennzahlen</b>								
215KL0012	Fahrzeugprüfungen	Anzahl	95'430	98'000	101'000	106'000	108'000	110'000
215KL0013	Theoretische und praktische Führerprüfungen	Anzahl	29'542	31'000	28'500	27'500	27'000	26'500
215KL0014	Lernfahr-, Führer- und Fahrzeugausweise	Anzahl	234'291	245'000	242'000	245'500	249'500	253'500
215KL0015	Total Jahresrechnungen für die Motorfahrzeug-, Mofa- und Dauerbewilligungsabgaben	Anzahl	420'192	419'200	433'500	440'500	447'500	455'000
215KL0016	Administrativmassnahmen (Ausweisentzüge, Verwarnungen u.a.)	Anzahl	10'426	10'800	11'000	11'200	11'400	11'600
215KL0017	Erstellte Ausweise pro Mitarbeiter der Verkehrszulassung	Anzahl	8'079	6'456	6'500	6'600	6'700	6'800
<b>Finanzkennzahlen</b>								
215KF0013	Kostendeckung für das Inkasso bei Motorfahrzeugabgaben in % der Kosten	%	100	100	100	100	100	100
215KF0022	Abgeltung für das Inkasso aus den Motorfahrzeugabgaben	1'000 Fr.			5'524	5'606	5'687	5'774
215KF0021	Anteil Inkassokosten am Total der Motorfahrzeugabgaben	%			4.55	4.55	4.55	4.55
215KF0014	Inkassokosten pro Rechnung für Motorfahrzeugabgaben	Franken	8.95	7.71	9.4	9.4	9.4	9.4
215KF0015	Kostendeckung in % der Kosten für VIACAR	%	105.2	104	105	106	119	119
215KF0016	Bestand der Rücklagen für VIACAR	1'000 Fr.	4'313	3'172	2'620	2'228	2'706	3'269

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KL0012: Mit der Optimierung der Prüfungsabläufe und durch zusätzliche Prüfbahnen können mehr Prüfungen pro Jahr durchgeführt werden.

KL0013: Gegenüber dem AFP 2007-2010 mussten aufgrund der neusten Entwicklung die Werte nach unten angepasst werden.

KL0017: Ab 2007 ersetzt die Kennzahl "Erstellte Ausweise pro Mitarbeiter der Verkehrszulassung" die Kennzahl "Erstellte Ausweise pro Mitarbeiter der Führerzulassung" aus dem AFP 2006 - 2009. In der neuen Produktivitätskennzahl sind alle ausgestellten Ausweise (Führerausweise, Lernfahrausweise und Fahrzeugausweise) pro Mitarbeiter/-in dargestellt. Der Wert liegt deshalb im Vergleich zum Jahr 2006 tiefer.

KF0014: Ab 2008 werden die Kosten für die Eigennutzung der Branchensoftware Viacar auch berücksichtigt. Dies erklärt die höheren Kosten pro Rechnung. Bei gleicher Berechnung wären die Kosten pro Rechnung im Jahr 2006 Fr. 9.49 und im Budget 2007 Fr. 8.67.

KF0021 und KF0022: Aufgrund einer Feststellung der Finanzkontrolle wurden zur Ergänzung der Kennzahl KF0013 (Kostendeckung für das Inkasso bei Motorfahrzeugabgaben in % der Kosten) zwei neue Kennzahlen in den Aufgabenbereich aufgenommen. Für die Kennzahl KF0021 ist der Wert 2006 bei 4.62%, 2007 bei 4.21%. Für die Kennzahl KF0022 liegen die Werte für das Jahr 2006 bei 5'431 und für 2007 bei 4'966.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
215ES0003	Verselbstständigung des Strassenverkehrsamtes und von VIACAR	1	Nettoaufwand Globalkredit (Vorprojekt RRB 2003-642 vom 16.4.2003)	2003	369	281	45			695
		2	Verabschiedung des Konzepts durch den Regierungsrat	2008						
		3	Verabschiedung der Rechtsgrundlagen durch den Grossen Rat	2009						
		4	Umsetzung der Verselbstständigung	2010						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0003: Gegenüber dem AFP 2007 -2010 verzögert sich die Vorlage für die Verselbstständigung, weil der Aufwand für die Erarbeitung der Globalkreditvorlage für die technische Erneuerung von VIACAR grösser als geplant ist.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
215ZI0008	Es nehmen nur betriebssichere Fahrzeuge am Verkehr teil.	1	Anteil der eingehaltenen Prüfungsintervalle für Fahrzeuge	%	83.2	90	85	90	90	90
215ZI0010	Eine optimale Auslastung der Prüfkapazität wird gewährleistet.	1	Maximaler Anteil der durchgeführten Führerprüfungen im Verhältnis zur Maximalzahl der möglichen Führerprüfungen	%	98.28	98	98	98	98	98
		2	Maximaler Anteil der durchgeführten Fahrzeugprüfungen im Verhältnis zur Maximalzahl der möglichen Fahrzeugprüfungen	%	95.01	95	95	95	95	95
215ZI0011	Es nehmen nur geeignete Fahrzeuglenker/-innen am Verkehr teil.	1	Anteil der erfolgreich bestandenen theoretischen Führerprüfungen (Basisstheorie)	%			55	56	56	56
		2	Anteil der erfolgreich bestandenen praktischen Führerprüfungen	%			62	63	64	66

**KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN**

ZI0008: Der Budgetwert 2007 kann nicht erreicht werden. Ab Mitte 2008 soll eine Verkürzung der Prüfungszeit einhergehend mit einer Erhöhung der Prüfungskapazität erfolgen. Dadurch kann der ursprünglich angestrebte Wert ab 2009 voraussichtlich erreicht werden.

ZI0011: Im AFP 2007 -2010 wurden zu diesem Ziel keine Indikatoren geführt, da diese in Zusammenarbeit mit dem Bund erarbeitet werden sollten. Da diese Indikatoren noch nicht vorliegen, werden vorläufig als Ersatz die beiden Indikatoren Erfolgsquote "Basistheorie" und Erfolgsquote "Praktische Führerprüfung" aufgenommen.

**STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN**

Der Aufgabenbereich Verkehrszulassung ist in grossen Teilen durch das Bundesrecht (Strassenverkehrsgesetz und Ausführungserlasse) bestimmt. Die vorgegebenen Prüfungsintervalle können mit den vorhandenen Ressourcen nicht zu 100% eingehalten werden. Die Zahl der theoretischen und praktischen Führerprüfungen ist abhängig von der Zahl der Personen, die diese Prüfungen absolvieren. Steuerungsmöglichkeiten bestehen hier in Bezug auf die Wartefristen. Im Bereich Administrativmassnahmen ist das Volumen abhängig von der Anzahl Anzeigen durch die Polizei. Die Motorfahrzeugabgabe ist durch kantonales Recht geregelt.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-142'470</b>	<b>-145'558</b>	<b>-149'055</b>	<b>2.4</b>	<b>-150'028</b>	<b>-146'747</b>	<b>-148'441</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>158'509</b>	<b>162'136</b>	<b>165'104</b>	<b>1.8</b>	<b>167'307</b>	<b>164'619</b>	<b>167'175</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>16'039</b>	<b>16'578</b>	<b>16'049</b>	<b>-3.2</b>	<b>17'278</b>	<b>17'872</b>	<b>18'734</b>
Total Aufwand Globalbudget	-28'099	-27'481	-28'046	2.1	-27'705	-27'376	-27'240
Total Ertrag Globalbudget	46'063	46'535	46'456	-0.2	46'950	45'076	45'802
Saldo Globalbudget	17'963	19'054	18'409	-3.4	19'245	17'700	18'562
Total Aufwand Kleinkredite	-734	-3'580	-3'694	3.2	-3'300	-68	-68
Total Ertrag Kleinkredite		2'327	2'522	8.4	2'522		
Saldo Kleinkredite	-734	-1'254	-1'172	-6.5	-779	-68	-68
Total Aufwand Grosskredite	-1'430	-1'428	-1'428	0.0	-1'428		
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	-1'430	-1'428	-1'428	0.0	-1'428		
Total Aufwand LUAE	-112'206	-113'069	-115'887	2.5	-117'595	-119'303	-121'133
Total Ertrag LUAE	112'446	113'274	116'127	2.5	117'835	119'543	121'373
Saldo LUAE	240	205	240	17.1	240	240	240

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Rechnersystem Schafisheim	-1'430	-1'428	-1'428	0.0	-1'428		
Total Ertrag Grosskredite Rechnersystem Schafisheim							
Saldo Grosskredite Rechnersystem Schafisheim	-1'430	-1'428	-1'428	0.0	-1'428		

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Motorfahrzeugabgaben	-112'206	-113'039	-115'887	2.5	-117'595	-119'303	-121'133
Total Ertrag LUAE Motorfahrzeugabgaben	112'206	113'039	115'887	2.5	117'595	119'303	121'133
Saldo LUAE Motorfahrzeugabgaben	0	0	0	X	0	0	0
Total Aufwand LUAE Schiffssteuern	0	-30		-100.0	0	0	
Total Ertrag LUAE Schiffssteuern	240	235	240	2.1	240	240	240
Saldo LUAE Schiffssteuern	240	205	240	17.1	240	240	240

## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

#### Globalbudget

Die Aufwandsteigerung ist durch Investitionen für zusätzliche Prüfstrassen bedingt (Fr. 600'000).

#### LUAE

Die Steigerung der Motorfahrzeugabgaben ist im Wachstum des Fahrzeugsbestands und in der Zunahme von hubraumstärkeren Fahrzeugen begründet.

### Veränderung in den Planjahren

#### Globalbudget

Durch geringere interne Verrechnungen (Betriebskosten KAI) aufgrund der technischen Erneuerung von VIACAR sinkt der Aufwand ab 2010 (Fr. 600'000).

Die Ertragsminderung ab 2010 ist darauf zurück zu führen, dass die an VIACAR angeschlossenen Kantone weniger Beiträge leisten müssen, da sie sich an den Entwicklungskosten der technischen Erneuerung beteiligen (Fr. 3 Mio.).

#### Kleinkredite

Im Jahr 2009 wird das Projekt ‚Technische Erneuerung VIACAR‘ abgeschlossen. Zudem läuft der Mietvertrag für das ‚Rechnersystem Buchenhof‘ aus. Neu muss die Abgeltung an die kantonale Abteilung für Informatik geleistet werden und ist im Globalbudget enthalten.

#### Grosskredite

Grosskredit Rechnersystem Schafisheim: 2009 läuft der Mietvertrag für das Rechnersystem aus. Neu muss die Abgeltung an die kantonale Abteilung für Informatik geleistet werden und ist im Globalbudget enthalten.



## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Führen von Strafuntersuchungen und Anklage von Straftaten; Vollzug von Strafen und Massnahmen zum Schutze der Bevölkerung vor Kriminalität und zur Reduktion des Risikos von Rückfällen der Verurteilten.

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	220	Strafverfolgung und Strafvollzug
Produktgruppen	22010	Strafverfolgung
	22020	Straf- und Massnahmenvollzug
	22030	Bezirksverwaltung

## UMFELDENTWICKLUNG

Für die Sicherheit der Bevölkerung sind eine wirkungsvolle und auch effiziente Strafuntersuchung wie auch die Anklage von Straftaten von grosser Bedeutung. Im Strafvollzug stehen der Schutz der Bevölkerung und die Resozialisierung der Verurteilten im Zentrum.

Die anstehenden Änderungen des Bundesrechts, namentlich die Schaffung einer schweizerischen Strafprozessordnung, wirken sich stark auf die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Infrastruktur der Strafverfolgung im Kanton aus. Der Einfluss auf die Kennzahlen und Ziele ist zurzeit noch nicht abschätzbar und kann somit im vorliegenden AFP nicht abgebildet werden. Die per 1. Januar 2007 in Kraft getretene Revision des Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches (AT StGB) hat neben den bisherigen Sanktionen der Freiheitsstrafe, den ambulanten und stationären Massnahmen sowie den Bussen die Geldstrafe und die gemeinnützige Arbeit als neue Sanktionsarten eingeführt. Das Sanktionensystem ist dadurch komplexer aber auch flexibler geworden.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
					2009	2010	2011	
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
220KU0002	StGB-Delikte	Anzahl	32'509	35'000	31'000	31'000	31'000	31'000
220KU0003	Aufklärungsquote StGB-Delikte	%	50.2	50	53	53	53	54
<b>Leistungskennzahlen</b>								
220KL0031	Abgeschlossene Geschäfte der Staatsanwaltschaft	Anzahl	5'299	5'300	5'300	5'300	5'300	5'300
220KL0032	Verfahrenseinstellungen durch die Staatsanwaltschaft	Anzahl	3'462	3'300	3'400	3'400	3'400	3'400
220KL0033	Neu eingegangene Untersuchungsverfahren gegen Erwachsene	Anzahl	41'891	46'000	46'000	46'000	46'000	46'000
220KL0034	Abgeschlossene Strafuntersuchungen gegen Erwachsene	Anzahl	45'879	46'000	46'000	46'000	46'000	46'000
220KL0035	Strafbefehle und Bussenumwandlungsstrafbefehle	Anzahl	44'448	46'000	38'000	38'000	38'000	38'000
220KL0036	Neu beim Untersuchungsrichteramt (URA) eingegangene Verfahren	Anzahl	57	40	50	50	50	50
220KL0037	Abgeschlossene Verfahren des URA	Anzahl	54	40	50	50	50	50
220KL0038	Durchschnittliche Durchlaufzeit pro Fall der Wirtschaftskriminalität oder der organisierten Kriminalität im URA	Monate	14.75	20	20	20	20	20
220KL0039	Neu eingegangene Jugendstrafverfahren	Anzahl	2'365	2'700	2'600	2'600	2'600	2'600
220KL0040	Abgeschlossene Jugendstrafverfahren	Anzahl	2'374	2'700	2'600	2'600	2'600	2'600
220KL0041	Einsprachen, Beschwerden, Berufungen gegen Entscheide der Jugendanwaltschaft	Anzahl	11	16	15	15	15	15
220KL0042	Auslastung der Bezirksgefängnisse des Kantons Aargau sowie des Ausschaffungszentrums	%	81.14	85	85	85	80	82
220KL0043	Auslastung der Justizvollzugsanstalt Lenzburg und des Zentralgefängnisses	%	96.92	95	90	90	90	90

KENNZAHLEN		Einheit	JB	Budget	Budget	Planjahre		
			2006	2007	2008	2009	2010	2011
220KL0044	Auslastung des Kantonalen Jugendheims Aarburg und der Anstalt für Nacherziehung (ANE)	%	88.7	80	85	85	85	85
220KL0045	Zum Vollzug angeordnete Freiheitsstrafen über einen Monat	Anzahl	748	520	480	480	480	480
220KL0046	Vollzüge gemeinnützige Arbeit (GA) bei Erwachsenen	Anzahl	328	380	380	380	380	380
220KL0047	Zum Vollzug angeordnete Geldstrafen	Anzahl		800	800	800	800	800
220KL0048	Vollzüge stationärer Massnahmen an Erwachsenen	Anzahl	20	30	24	24	24	24
220KL0049	Vollzüge ambulanter Massnahmen an Erwachsenen	Anzahl	21	35	28	28	28	28
220KL0050	Von den Bezirksamtern behandelte Sozialhilfebeschwerden	Anzahl	240	200	200	200	200	200
220KL0051	Von den Schlichtungsbehörden durchgeführte Mietschlichtungsverfahren	Anzahl	954	1'100	1'100	1'100	1'100	1'100
220KL0052	Von den Bezirksamtern behandelte Vormundschaftsbeschwerden	Anzahl	145	120	120	120	120	120

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KL0031: Aufgrund des Inkrafttretens der eidgenössischen Strafprozessordnung, voraussichtlich auf den 01.01.2010 und der damit verbundenen Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells im Kanton Aargau wird es in den Jahren 2010 und 2011 zu höheren Zahlen kommen. Diese können aber im vorliegenden AFP noch nicht abgebildet werden.

KL0032: Aufgrund der Erfahrungswerte 2005 und 2006 wurden die aktuellen Planwerte im Vergleich zum AFP 2007 - 2010 nach oben angepasst.

KL0035: Mit der Revision des AT StGB per 01.01.2007 fallen rund 6'000 Bussenumwandlungsstrafbefehle der Bezirksamter weg (mit dem Urteil wird bereits eine Ersatzfreiheitsstrafe festgelegt). Diese Modifikation wurde im AFP 2007 - 2010 noch nicht berücksichtigt.

KL0036 und KL0037: Die Fallzahlen sind sehr stark davon abhängig, ob grosse Verfahren zu behandeln sind. Wenn grosse Verfahren in Angriff genommen werden, dann werden in der Folge nur wenige weitere kleinere Verfahren dem URA zur Bearbeitung übergeben. Aufgrund der Erledigung von einigen komplexeren Fällen im Jahr 2006 wird gegenüber dem AFP 2007 - 2010 von einer grösseren Anzahl neuer Fälle ausgegangen.

KL0039 und KL0040: Gestützt auf die Werte der Jahre 2003 und 2004 wurde im AFP 2006 - 2009 von hohen Fallzahlen (2'900 pro Jahr) ausgegangen. Aufgrund der Entwicklung 2005 und im ersten Halbjahr 2006 wurden die Planwerte im AFP 2007 - 2010 auf 2'700 korrigiert. Aufgrund des IST-Werts 2006 und der im ersten Quartal 2007 lediglich 636 neu eingegangenen Fälle bei der Jugendanwaltschaft ist im aktuellen Plan eine weitere Anpassung nach unten vorzunehmen.

KL0042: Durch die neuen Plätze für Untersuchungshaft im Zentralgefängnis im Laufe des Jahres 2010 und die Schliessung der Bezirksgefängnisse Bremgarten, Laufenburg und Zurzach per Ende 2010 kann für das Jahr 2010 vorübergehend von einer geringeren Auslastung ausgegangen werden. Nach der Schliessung der erwähnten Bezirksgefängnisse wird die Auslastung aber wieder ansteigen, da die Gesamtkapazität geringer sein wird. Die Auslastung der Bezirksgefängnisse sollte aus Sicherheitsgründen nicht stark über 80% liegen.

KL0043: Mit der per 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Änderung des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (AT StGB) wird die Auslastung der Strafanstalt sinken, da bedingte Strafen bis zu 24 Monaten möglich sein werden und die kurzen Freiheitsstrafen zurückgehen.

KL0045: Die Prognosen in Bezug auf die Wirkung des revidierten AT StGB gingen im AFP 2007 - 2010 von zu tiefen Werten aus. Dies wurde nun angepasst.

KL0046: Die Planwerte wurden im Vergleich zum AFP 2007 - 2010 nach unten angepasst, da bei Strafen von unter 30 Tagessätzen in der Regel kein Vollzug von gemeinnütziger Arbeit (GA) angewendet wird. Allgemein lassen sich die Auswirkungen des revidierten AT StGB nur schwer abschätzen. Die Gesuche für die Verrichtung von GA nahmen 2006 im Vergleich zum Vorjahr markant zu (+45%), sodass mit einer leichten Zunahme von vollzogener GA in den Folgejahren gerechnet werden darf.

KL0047: Für 2006 ist kein Ist-Wert erfasst, da Geldstrafen erst mit der Revision des AT StGB ab 01.01.2007 eingeführt wurden.

KL0048 und KL0049: Aufgrund der Erfahrungswerte der Jahre 2005 und 2006 sowie der Zahlen aus dem ersten Quartal 2007 (stationäre Massnahmen:5; ambulante Massnahmen:6) sind die Planwerte für die Jahre 2008 - 2011 entsprechend angepasst worden.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
220ES0007	Anpassung der kantonalen Rechtsgrundlagen an die gesamtschweizerische Strafprozessordnung sowie Anpassung der Aufbau- und Ablauforganisation der Behörden der Strafrechtspflege	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2006-001326 vom 27.09.2006 und RRB 2007-00453 vom 4.4.2007, GRB geplant)	2006/2007		100	935	2'275		3'310
		2	Genehmigung Normkonzept durch den Regierungsrat	2007						
		3	Verabschiedung der Änderungen des kantonalen Rechts durch den Grossen Rat und Annahme durch das Volk	2009						
		4	Umsetzung der Reorganisation der Strafverfolgungsbehörden	ab 2010						
220ES0008	Realisierung des Zentralgefängnisses als Teil der Justizvollzugsanstalt Lenzburg (JUVAL)	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB Nr. 2005-0092 vom 21.6.2005)	2005	1'100	9'500	8'000	18'570		37'170
		2	Generalunternehmersubmission abgeschlossen	2008						
		3	Bauausführung abgeschlossen	2010						
		4	Betriebsaufnahme	2010						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES007: Die Vorarbeiten für die Umsetzung der eidgenössischen Strafprozessordnung sind aufgenommen worden.

ES008: Der Zeitplan für die Inbetriebnahme des Zentralgefängnisses musste aufgrund von Schwierigkeiten bei der Submission angepasst werden. Die Betriebsaufnahme muss von Anfang 2009 auf 2010 verschoben werden. Der Globalkredit ist im AB 430 Hochbauten eingestellt.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
220ZI0009	Die Strafuntersuchungen werden unter Beachtung des Beschleunigungsgebotes zielgerichtet durchgeführt.	1	Anteil der hängigen, mehr als 12 Monate alten Verfahren der Bezirksämter (max. Anteil)	%	4.8	4	4	4	4	4
		2	Anteil der hängigen, mehr als 18 Monate alten Verfahren des Untersuchungsrichteramts (URA) (max. Anteil)	%	24	20	20	20	20	20
220ZI0010	Die Staatsanwaltschaft erhebt beförderlich Anklage oder stellt das Verfahren ein. (s. Fussnote)	1	Dauer bis zur Anklageerhebung oder Verfahrenseinstellung nach Eingang des Schlussberichts bei grossen Verfahren (max. Dauer)	Monate		9	9	9	9	9
		2	Dauer bis zur Anklageerhebung oder Verfahrenseinstellung nach Eingang des Schlussberichts bei kleinen Verfahren (max. Dauer)	Monate		5	5	5	5	5

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
220ZI0011	Die erlassenen Strafbefehle werden akzeptiert.	1	Verhältnis der Anzahl erhobener Einsprachen zur Anzahl Strafbefehle der Bezirksämter (max. Anteil)	%	3.75	3.8	3.8	3.5	3.5	3.5
220ZI0012	Die Sicherheit für die Bevölkerung, das Personal der Vollzugseinrichtungen und die eingewiesenen Personen ist gewährleistet. (s. Fussnote)	1	Ereignisse in den Straf- und Massnahmenvollzugseinrichtungen, welche die Sicherheit schwerwiegend gefährden	Anzahl	3	0	0	0	0	0
220ZI0013	Die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen für eine bestmögliche soziale und berufliche Wiedereingliederung der eingewiesenen Personen wird sichergestellt.	1	Verhältnis der Anzahl Rückversetzungen zur Anzahl bedingt oder probeweise entlassener Straftäter/-innen (max. Anteil)	%	8.43	12	12	12	12	12

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0010: Die beiden Indikatoren zu diesem Ziel können erst ab 2007 erhoben werden.

ZI0011: Mit der Einführung des revidierten AT StGB wird zu Beginn mit einer höheren Zahl von Einsprachen gerechnet. Nachdem sich die neue Gerichtspraxis herausgebildet haben wird, wird sich ab 2009 das Verhältnis der Einsprachen zur Anzahl erlassener Strafbefehle wieder reduzieren.

ZI0013: Bei diesem Wert werden nur die in der Schweiz festgestellten Rückfälligen erfasst.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Strafprozessordnung setzt verschiedene wichtige Vorgaben für die Durchführung der Strafuntersuchung, so zum Beispiel das Beschleunigungsgebot oder die Pflicht zur vollständigen Erforschung der materiellen Wahrheit mit den damit verbundenen Beweisaufnahmen von Amtes wegen. Das Erfüllen dieser rechtsstaatlichen Grundsätze erfordert einen ausreichenden Personalbestand, was Auswirkungen auf den finanziellen Aufwand des Aufgabenbereichs hat.

Die Fallzahlen bei den Strafverfahren sind durch das Anzeigeverhalten der Privatpersonen und die Tätigkeit der Polizei vorgegeben. Die Qualität der Untersuchung ist insofern steuerbar, als aufwendigere Untersuchungshandlungen (Abklärungen, Einvernahmen, Gutachten etc.) gemacht werden können, was allerdings zu kostenintensiveren Verfahren führt. Da bei mehr Zeitaufwand pro Fall mehr Arbeitskräfte nötig sind, würden die Personalkosten steigen (anzustreben ist jeweils, dass pro Jahr mindestens so viele Fälle erledigt werden können, wie neue eingehen). Die Qualität der Untersuchungen wirkt sich auf die Akzeptanz der Verurteilten gegenüber dem erlassenen Strafbefehl aus.

Das Strafgesetzbuch (StGB), das Stafvollzugskonkordat sowie die Verordnung über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugsverordnung, SMV) setzen Rahmenbedingungen für die Durchführung des Strafvollzugs. Insbesondere muss gewährleistet werden, dass der Vollzug der verschiedenen Sanktionsarten möglich ist.

Die Fallzahlen im Strafvollzug sind abhängig von den gerichtlichen Instanzen.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-80'785</b>	<b>-77'650</b>	<b>-82'546</b>	<b>6.3</b>	<b>-83'999</b>	<b>-90'475</b>	<b>-91'236</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>48'523</b>	<b>46'554</b>	<b>47'918</b>	<b>2.9</b>	<b>47'980</b>	<b>50'050</b>	<b>50'471</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-32'262</b>	<b>-31'096</b>	<b>-34'628</b>	<b>11.4</b>	<b>-36'019</b>	<b>-40'425</b>	<b>-40'765</b>
Total Aufwand Globalbudget	-53'307	-54'195	-58'329	7.6	-58'789	-66'834	-67'834
Total Ertrag Globalbudget	31'767	30'964	32'368	4.5	32'430	34'100	34'521
Saldo Globalbudget	-21'541	-23'231	-25'961	11.8	-26'359	-32'734	-33'313
Total Aufwand Kleinkredite	-807	-766	-1'415	84.8	-2'308	-759	-520
Total Ertrag Kleinkredite	1'329	655		-100.0	0		
Saldo Kleinkredite	522	-111	-1'415	1'179.1	-2'308	-759	-520
Total Aufwand LUAE	-26'671	-22'690	-22'802	0.5	-22'902	-22'882	-22'882
Total Ertrag LUAE	15'427	14'935	15'550	4.1	15'550	15'950	15'950
Saldo LUAE	-11'244	-7'755	-7'252	-6.5	-7'352	-6'932	-6'932

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Straf- und Massnahmenvollzug Erwachsene	-15'882	-14'843	-14'900	0.4	-15'000	-15'000	-15'000
Total Ertrag LUAE Straf- und Massnahmenvollzug Erwachsene	1'793	2'000	2'000	0.0	2'000	2'000	2'000
Saldo LUAE Straf- und Massnahmenvollzug Erwachsene	-14'089	-12'843	-12'900	0.4	-13'000	-13'000	-13'000
Total Aufwand LUAE Beitrag an Verein für Bewährungshilfe		-642	-652	1.6	-652	-652	-652
Total Ertrag LUAE Beitrag an Verein für Bewährungshilfe							
Saldo LUAE Beitrag an Verein für Bewährungshilfe		-642	-652	1.6	-652	-652	-652
Total Aufwand LUAE Partei-/Prozesskostenentschädigung BA	-437	-430	-450	4.7	-450	-450	-450
Total Ertrag LUAE Partei-/Prozesskostenentschädigung BA							
Saldo LUAE Partei-/Prozesskostenentschädigung BA	-437	-430	-450	4.7	-450	-450	-450
Total Aufwand LUAE Tombolabewilligungen							
Total Ertrag LUAE Tombolabewilligungen	601	735	700	-4.8	700	800	800
Saldo LUAE Tombolabewilligungen	601	735	700	-4.8	700	800	800
Total Aufwand LUAE Strafbefehle und Bussen Bezirksämter							
Total Ertrag LUAE Strafbefehle und Bussen Bezirksämter	12'816	12'100	12'500	3.3	12'500	12'800	12'800
Saldo LUAE Strafbefehle und Bussen Bezirksämter	12'816	12'100	12'500	3.3	12'500	12'800	12'800
Total Aufwand LUAE Straf- & Massnahmenvollzug Jugendliche	-4'797	-3'600	-3'600	0.0	-3'600	-3'600	-3'600
Total Ertrag LUAE Straf- & Massnahmenvollzug Jugendliche	218	100	100	0.0	100	100	100
Saldo LUAE Straf- & Massnahmenvollzug Jugendliche	-4'579	-3'500	-3'500	0.0	-3'500	-3'500	-3'500
Total Aufwand LUAE Abschreibungen Debitoren	-4'100	-1'800	-1'800	0.0	-1'800	-1'780	-1'780
Total Ertrag LUAE Abschreibungen Debitoren							
Saldo LUAE Abschreibungen Debitoren	-4'100	-1'800	-1'800	0.0	-1'800	-1'780	-1'780
Total Aufwand LUAE Anteil Gemeinden Bussen	-964	-1'100	-1'000	-9.1	-1'000	-1'000	-1'000
Total Ertrag LUAE Anteil Gemeinden Bussen							
Saldo LUAE Anteil Gemeinden Bussen	-964	-1'100	-1'000	-9.1	-1'000	-1'000	-1'000

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Untersuchungskosten URA	-343	-100	-150	50.0	-150	-150	-150
Total Ertrag LUAE Untersuchungskosten URA							
Saldo LUAE Untersuchungskosten URA	-343	-100	-150	50.0	-150	-150	-150
Total Aufwand LUAE Untersuchungskosten JUGA	-8	-75	-75	0.0	-75	-75	-75
Total Ertrag LUAE Untersuchungskosten JUGA							
Saldo LUAE Untersuchungskosten JUGA	-8	-75	-75	0.0	-75	-75	-75
Total Aufwand LUAE Strafbefehle und Bussen Jugendliche			-25	X	-25	-25	-25
Total Ertrag LUAE Strafbefehle und Bussen Jugendliche			250	X	250	250	250
Saldo LUAE Strafbefehle und Bussen Jugendliche			225	X	225	225	225
Total Aufwand LUAE Untersuchungskosten BA	-140	-100	-150	50.0	-150	-150	-150
Total Ertrag LUAE Untersuchungskosten BA							
Saldo LUAE Untersuchungskosten BA	-140	-100	-150	50.0	-150	-150	-150

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Der Mehraufwand im Globalbudget resultiert hauptsächlich aus einem höheren Personalaufwand (rund Fr. 3 Mio.). Dieser ist durch das allgemeine Lohnwachstum, den höheren Stellenbestand für die Gewährleistung der Sicherheit in den Bezirksgefängnissen (3 Stellen) sowie die Bereinigung der Lohnstrukturen bedingt. Hinzu kommt die vollständige Aufnahme des Aufwands und des Ertrags der Berufsvorbereitungsklasse des Jugendheims Aarburg in das Globalbudget (bis Mitte 2007 unter Kleinkredite, 1.2 Mio.).

###### Kleinkredite

Das Projekt 'Umsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung' führt zu einem höheren Aufwand bei den Kleinkrediten im Jahr 2008 und den Folgejahren.

###### LUAE

Die Veränderung zur Rechnung 2006 ist auf die Einmaleffekte (Rückstellungen/Bildung von Delkredere) zurück zu führen.

##### Veränderung in den Planjahren

###### Globalbudget

Aufgrund der Umsetzung der Eidgenössischen Strafprozessordnung und der Inbetriebnahme des Zentralgefängnisses entsteht ab 2010 ein Mehraufwand von rund Fr. 8 Mio.

Durch die Inbetriebnahme des Zentralgefängnisses resultiert ein Mehrertrag (Fr. 2 Mio.).

#### FUSSNOTEN

ZI0010	Als grosse Verfahren gelten Fälle, die von Akteneingang bis Entscheid voraussichtlich mehrere Tage (über 3 Tage) zeitlichen Aufwand nach sich ziehen. Als kleine Verfahren gelten Fälle, deren Behandlungsdauer voraussichtlich unter 3 Tagen liegt. Dabei handelt es sich um eine Einschätzung bei Akteneingang.
ZI0012	Als die Sicherheit schwerwiegend gefährdende Ereignisse gelten Ausbrüche, länger andauernde Störungen an sicherheitstechnischen Anlagen, Brände etc.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHES**

Erteilen oder verweigern von Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen zur Steuerung des Ausländerbestandes und für die Anstellung von qualifizierten ausländischen Arbeitskräften durch die Wirtschaft; Anordnung und Vollzug von Wegweisungen zur Verhinderung der Anwesenheit von Personen ohne Aufenthaltsberechtigung; Bekämpfen der Schwarzarbeit.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	225	Migration
Produktgruppen	22510	Einreise und Arbeit
	22520	Verlängerungen und Massnahmen
	22530	Asylverfahren

**UMFELDENTWICKLUNG**

Der Aufgabenbereich Migration ist zum einen für den Vollzug des Bundesrechts im Ausländer- und Asylbereich zuständig. Darunter fallen die Prüfung und Erteilung von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen, die Haftanordnung für illegal anwesende Personen oder Personen des Asylbereichs sowie die Koordination der Integrationsförderung von aufenthaltsberechtigten Personen, anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen. Zum anderen setzt das Migrationsamt die flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Abkommen und das Bundesgesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit um.

Aufgrund des revidierten Asylgesetzes wurden die verschärften Haftbestimmungen im Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern (ANAG) aufgenommen und per 1.1.2007 in Kraft gesetzt. Die verlängerte Dauer der Ausschaffungshaft sowie die neu geschaffenen Institute der kurzfristigen Festhaltung und der Durchsetzungshaft erfordern eine Erhöhung der Anzahl Haftplätze und eine Anpassung der Haftinfrastruktur mit entsprechenden finanziellen Konsequenzen. Im Rahmen des neuen Asylgesetzes wird der für Personen mit Nichteintretensentscheid eingeführte Sozialhilfestopp auf Personen mit negativen Asylentscheiden ausgeweitet.

Nach dem Abschluss der Umsetzungsarbeiten zum Schengen-Dublin Abkommen (2008) werden Personen, die in einem Vertragsstaat bereits ein Asylverfahren durchlaufen haben, keine Möglichkeit mehr haben, in der Schweiz ein Zweitgesuch zu stellen. Im Gegenzug wird die Schweiz jene Personen zurück übernehmen müssen, welche in der Schweiz ihr erstes Gesuch gestellt haben. Zurzeit kann davon ausgegangen werden, dass sich der Zustrom von Asylsuchenden auf dem jetzigen, im Mehrjahresvergleich tiefen Niveau stabilisieren wird.

Mit der Inkraftsetzung des neuen Ausländergesetzes (AuG) und der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) per 1.1.2008 entfällt für Drittstaatsangehörige (ausserhalb EU/EFTA) die Bewilligungspflicht für Stellenwechsel und damit auch die Prüfung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es wird künftig vermehrt die Aufgabe des Bereichs Meldestelle und Inspektorat sein, im Rahmen der Arbeitsmarktbeobachtung die Löhne auch in Schweizer Betrieben zu erheben und die Auszahlung von Dumpinglöhnen zu verhindern.

Per 1.1.2008 tritt das neue Bundesgesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in Kraft (BGSA). Daraus entsteht dem Kanton die Verpflichtung, ein Kontrollorgan zu führen, welches die Melde- und Bewilligungspflichten gemäss Sozialversicherungs-, Ausländer- und Steuerrecht prüft. Die nicht durch Gebühren und Verwaltungsbussen gedeckten Kosten für die Kontrollen müssen zu 50 Prozent vom Kanton getragen werden.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
					2009	2010	2011	
	<b>Umfeldkennzahlen</b>							
225KU0001	Ausländerbestand im Kanton Aargau, total	Anzahl	115'130	118'000	120'500	122'000	123'500	125'000
225KU0002	Ausländerbestand im Kanton Aargau, Jahresaufenthalter/innen	Anzahl	22'404	23'000	23'000	23'500	23'750	24'250
225KU0003	Ausländerbestand im Kanton Aargau, Niedergelassene	Anzahl	91'495	95'000	96'000	97'000	98'000	99'000
225KU0004	Ausländeranteil im Kanton Aargau	%	20	20.6	20.6	20.7	20.8	20.9
225KU0008	Maximaldifferenz zwischen der Veränderung des Ausländerbestandes im Kanton Aargau und dem Durchschnitt von anderen Mittellandkantonen (BE, SO, SG, LU, ZH) in Prozentpunkten	n.V.	0.44	2	2	2	2	2
225KU0005	Neue Asylgesuche in der Schweiz	Anzahl	10'537	10'000	10'000	10'000	10'000	10'000
225KU0006	Dem Kanton Aargau neu zugewiesene Asylsuchende	Anzahl	817	700	770	770	770	770
225KU0007	Bestand Asylsuchende	Anzahl	1'212	1'350	1'250	1'150	1'150	1'150

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
Leistungskennzahlen						2009	2010	2011
225KL0025	Neueinreisen zum Stellenantritt, total	Anzahl	5'991	5'200	8'000	8'500	9'000	10'000
225KL0026	Davon Neueinreisen EU/EFTA zum Stellenantritt	Anzahl	5'385	4'300	6'800	7'300	7'800	8'800
225KL0027	Meldungen im Sinne des Entsendegesetzes	Anzahl	18'094	30'000	30'000	30'000	30'000	30'000
225KL0028	Inspektionen im Rahmen der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit	Anzahl	1'458	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
225KL0029	Sanktionen im Rahmen der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit	Anzahl	237	200	250	250	250	250
225KL0040	Kontrollen im Rahmen des Schwarzarbeitsgesetzes	Anzahl			300	300	300	300
225KL0033	Fälle von aufgedeckter Schwarzarbeit im fremdenpolizeilichen Bereich	Anzahl	96	160	200	200	200	200
225KL0030	Verlängerungen Niederlassungsbewilligungen	Anzahl	14'794	22'500	30'500	31'000	23'500	23'500
225KL0031	Verlängerungen Jahresaufenthalter und Aufenthalter EG/EFTA	Anzahl	12'463	15'000	15'000	12'000	12'000	12'000
225KL0032	Erstmalige Erteilung der Niederlassung	Anzahl	4'545	4'700	5'000	5'500	5'500	6'000
225KL0034	Rechtskräftige Entscheide im Asylbereich	Anzahl	659	650	650	650	650	650
225KL0035	Nichteintretensentscheide (NEE) im Asylbereich	Anzahl	142	100	150	150	150	150
225KL0036	Nicht vollziehbare Wegweisungsentscheide (kumulierte Pendenzen)	Anzahl	402	300	450	450	450	450
225KL0037	Ausreisen im Asylbereich	Anzahl	659	700	700	700	700	700
225KL0038	Ausschaffungen im Asylbereich	Anzahl	61	50	70	70	70	70

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0007 und KL0036: Personen mit Sozialhilfestopp sind dabei eingerechnet.

KU0008: Diese Kennzahl wurde im AFP 2007-2010 als Ziel geführt. Durch das Freizügigkeitsabkommen und die volle Personenfreizügigkeit ist dieser Wert nicht mehr steuerbar.

KU0007, KL0036 und KL0037: Die Auswirkungen des Sozialhilfestopps sind noch unklar. Die Anzahl der Zuweisungen an die Kantone ist weiterhin offen und durch das Bundesamt für Migration BFM zu regeln.

KL0025 und KL0026: Die Einwanderung aus dem EU/EFTA-Raum nimmt mit der EU-Erweiterung weiter zu.

KL0027: Bei anhaltend guter Wirtschaftslage dürfte sich die Zahl der Meldungen auf dem Niveau von rund 30'000 stabilisieren.

KL0028: Die Zahl der durchzuführenden Inspektionen entspricht der Mindestvorgabe des Bundes.

KL0029: Zu den Sanktionen zählen die vom Migrationsamt ausgestellten Verwaltungsbussen. Entscheidend ist, dass bei den neuen EU-Bürgern eher mit fehlenden Bewilligungen (Strafverfahren) als mit Verstössen gegen die Meldepflicht (Verwaltungsbusse) zu rechnen ist. Zudem wird erwartet, dass die Inspektionen Wirkung zeigen.

KL0030 bis KL0031: Ab der zweiten Jahreshälfte 2007 werden die im Jahr 2002 erstmals auf 5 Jahre ausgestellten EU-Ausländerausweise verlängert. Gleichzeitig fallen die Verlängerungen jener neuen EU-Bürger weg, welche im Jahr 2006 das erste Mal einen 5-jährigen Ausweis erhalten haben. Dies führt über die Jahre zu einer unregelmässigen Verteilung der Ausweisverlängerungen.

KL0032: Aufgrund der festgestellten Auswirkungen der Personenfreizügigkeit werden die Prognosewerte gegenüber der Planung 2007-2010 angepasst.

KL0033: Diese Kennzahl berücksichtigt nur die fremdenpolizeiliche Schwarzarbeit. Es wird mit einer Zunahme der Fallzahlen ab 2008 gerechnet infolge des per 1.1.2008 in Kraft tretenden Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der damit zusammenhängenden Einstellung zusätzlicher Inspektoren.

KL0038: Aufgrund der Inkraftsetzung der neuen Bestimmungen im Ausländerrecht (Zwangsmassnahmen) per 1.1.2007 wird mit einem Anstieg der Ausschaffungen gerechnet.

KL0040: Da die Schwarzarbeitskontrollen erst mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit per 1.1.2008 beginnen, können für die Jahre 2006 und 2007 keine Zahlen angegeben werden.



ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
225ZI0015	Durch regelmässige Inspektionen werden die Einhaltung der Meldepflicht erreicht und das Lohndumping verhindert.	1	Maximaler Anteil der festgestellten Meldeverstösse am Total der gemeldeten Personen	%	6.8	10	8	8	8	8
		2	Maximaler Anteil der festgestellten Fälle von Lohndumping vom Total der kontrollierten Löhne	%	17	30	20	20	20	20
225ZI0016	Die Gesuche für die Erteilung von arbeitsmarktlichen Bewilligungen werden effizient bearbeitet.	1	Anteil der Gesuche, die innert 15 Arbeitstagen bearbeitet werden	%	97.4	95	95	95	95	95
225ZI0019	Durch regelmässige Kontrollen wird Schwarzarbeit in den Bereichen Ausländerrecht, Sozialversicherungsrecht und Quellensteuerrecht bekämpft und verhindert.	1	Maximaler Anteil der festgestellten Fälle von Schwarzarbeit am Total der durchgeführten Kontrollen	%			15	15	15	15
225ZI0017	Der Antrag auf Vollzugsunterstützung an das Bundesamt für Migration wird rasch eingereicht.	1	Anteil der unterbreiteten Anträge innert 5 Arbeitstagen nach erfolgtem Ausreisegespräch	%	100	95	95	95	95	95
225ZI0018	Der Vollzug von rechtskräftig weggewiesenen Asylsuchenden erfolgt konsequent direkt ab Untersuchungshaft / Strafvollzug.	1	Anteil der rechtlich zulässigen und technisch möglichen Vollzüge	%	100	100	100	100	100	100

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0019: Information, Prävention und regelmässige Kontrollen sollen dazu dienen, Fälle von Schwarzarbeit zu verhindern bzw. aufzudecken. Als Fälle von Schwarzarbeit gelten im Unterschied zu KL0033 Verstösse gegen die Melde- und Bewilligungsvorschriften gemäss Ausländer-, Sozialversicherungs- und Quellensteuerrecht. Das Migrationsamt wirkt ab 1.1.2008 als Kontrollorgan im Rahmen der Umsetzung des Bundesgesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Aufgabenbereich Migration ist zu einem grossen Teil durch Bundesgesetze (u.a. Gesetz über den Aufenthalt und die Niederlassung von Ausländern bzw. ab 1.1.2008 Ausländergesetz; Asylgesetz; Bundesgesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit) und die entsprechenden Ausführungserlasse bestimmt. Hinzu kommt die Abhängigkeit von der Arbeit der Polizei im Bereich der Zwangsmassnahmen. Handlungsspielraum besteht in geringem Mass (ca. 5% des Aufwands) in der Qualität der Aufgabenerfüllung und in der Bearbeitungszeit für die Gesuchserteilung. Es liegt im Interesse des Kantons, dass Niederlassungs- und Aufenthaltsbewilligungen einer vertieften Prüfung vor Erteilung unterzogen werden. Eine lange Bearbeitungszeit bei Bewilligungen wirkt sich negativ auf den Wirtschaftsstandort Aargau aus.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-11'578</b>	<b>-12'654</b>	<b>-22'069</b>	<b>74.4</b>	<b>-20'316</b>	<b>-20'126</b>	<b>-19'732</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>6'476</b>	<b>6'550</b>	<b>15'195</b>	<b>132.0</b>	<b>12'375</b>	<b>12'057</b>	<b>12'138</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-5'102</b>	<b>-6'104</b>	<b>-6'874</b>	<b>12.6</b>	<b>-7'942</b>	<b>-8'070</b>	<b>-7'595</b>
Total Aufwand Globalbudget	-10'008	-11'144	-12'904	15.8	-13'958	-14'026	-14'177
Total Ertrag Globalbudget	6'476	6'550	7'595	16.0	7'669	7'351	7'432
Saldo Globalbudget	-3'532	-4'594	-5'309	15.6	-6'289	-6'675	-6'745
Total Aufwand Kleinkredite	-964	-860	-715	-16.9	-803	-545	
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-964	-860	-715	-16.9	-803	-545	
Total Aufwand LUAE	-606	-650	-8'450	1'200.0	-5'556	-5'556	-5'556
Total Ertrag LUAE			7'600	X	4'706	4'706	4'706
Saldo LUAE	-606	-650	-850	30.8	-850	-850	-850

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Bundeskosten ZAR (Zentrales Ausländerregister)	-606	-650	-850	30.8	-850	-850	-850
Total Ertrag LUAE Bundeskosten ZAR (Zentrales Ausländerregister)							
Saldo LUAE Bundeskosten ZAR (Zentrales Ausländerregister)	-606	-650	-850	30.8	-850	-850	-850
Total Aufwand LUAE Integrationsmassnahmen für vorläufig Aufgenommene			-7'600	X	-4'706	-4'706	-4'706
Total Ertrag LUAE Integrationsmassnahmen für vorläufig Aufgenommene			7'600	X	4'706	4'706	4'706
Saldo LUAE Integrationsmassnahmen für vorläufig Aufgenommene			0	X	0	0	0

## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

#### Globalbudget

Mehraufwand entsteht aufgrund der Umsetzung des Ausländergesetzes resp. des revidierten Asylgesetzes (neue Haftformen, Haftinfrastruktur) (Fr. 1'000'000), aufgrund von Stellenaufstockungen zur vertieften Abklärung und speditiven Behandlung der wachsenden Anzahl Gesuche und für die Umsetzung der Integrationsvereinbarungen (Fr. 450'000). Zudem müssen für den Unterhalt und Betrieb des elektronischen Archivs (ELAR) entsprechende Mittel für die Wartung aufgewendet werden (Fr. 350'000).

Mehrerträge entstehen durch Erhöhung der Bundesabgeltung im Asylbereich (Fr. 550'000) sowie höhere Gebührenerträge und einen höheren Anteil des Kantons an den Gebühreneinnahmen des Bundes (Fr. 650'000).

#### LUAE

Ab 2008 werden dem Kanton vom Bund für die Durchführung von Integrationsmassnahmen von vorläufig aufgenommenen Personen und Flüchtlingen Fallpauschalen ausgerichtet. Die Beiträge des Bundes sind zweckgebunden. Der Betrag im Jahr 2008 ist höher, da für die per 1. Januar 2008 bereits vorläufig aufgenommenen Personen im Sinne des Übergangsrechts ein Betrag vom Bund ausgerichtet wird. Für die weiteren Jahre wird eine einmalige Pauschale von Fr. 6'000 pro vorläufig aufgenommene Person ausgerichtet. Der Betrag ist saldoneutral. Der Mehraufwand gegenüber 2007 bei den Bundeskosten ZAR (Zentrales Ausländerregister) (Fr. 200'000) ist durch höhere Beiträge an den Bund bedingt.

### Veränderung in den Planjahren

#### Globalbudget

Im Jahr 2009 ist ein Mehraufwand durch eine zusätzliche Erweiterung der Haftinfrastruktur zu verzeichnen (Fr. 1 Mio.).

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Beraten und vermitteln von Stellensuchenden; Sicherstellung des Angebots an arbeitsmarktlichen Massnahmen zur Förderung der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt; Gewährung von Arbeitslosenentschädigungen zur Verhinderung von finanziellen Notlagen der Stellensuchenden; Kontrolle der Einhaltung der rechtlichen Vorschriften des Arbeitsmarkts.

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	230	Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration
Produktgruppen	23010	Industrie- und Gewerbeaufsicht
	23020	Arbeitsmarktliche Integration
	23030	Arbeitslosenkasse

## UMFELDENTWICKLUNG

Die effiziente und effektive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht im Vordergrund des Aufgabenbereichs Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration. Hinzu kommen die Aufgaben zur Gewährleistung der Arbeitssicherheit.

Die Konjunkturprognosen für das Jahr 2008 weisen für die Schweiz eine Fortsetzung des Wirtschaftswachstums (BIP) zwischen 1.9% (seco) und 2.3% (UBS) (Stand Juni 2007) aus. Die Arbeitslosenquote reduziert sich weiter und liegt gemäss Prognose für das Jahr 2008 bei 2.6% (seco;UBS). Im Kanton Aargau bewegt sich die Arbeitslosenquote erfahrungsgemäss unter dem schweizerischen Durchschnitt. Zurzeit wird von einer Arbeitslosenquote für den Kanton Aargau von 2.3% ausgegangen. Die Jugendarbeitslosigkeit bleibt in der Planungsperiode weiterhin relativ hoch. Sie erfordert eine enge Vernetzung der betroffenen Stellen in der Verwaltung und der Privatwirtschaft.

Das seco prognostiziert für das Jahr 2008 (Stand Juni 2007) einen Rückgang der Bauinvestitionen um 1%. Der Rückgang der Bauinvestitionen führt nicht zu einer reduzierten Anzahl Baubewilligungen und Abnahmen durch die Sektion Industrie- und Gewerbeaufsicht (IGA), sondern betrifft hauptsächlich Investitionen, die die IGA nicht tangieren (Einfamilienhäuser etc.)

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
					2009	2010	2011	
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
230KU0013	Wachstum reales Bruttoinlandprodukt (BIP) im Kanton Aargau	%			2	2	1.9	1.9
230KU0007	Baubewilligungen für genehmigungspflichtige Bauten	Anzahl	429	325	400	400	400	400
230KU0008	Arbeitslosenquote Kanton Aargau	%	2.9	2.75	2.3	2.3	2.3	2.3
230KU0009	Stellensuchendenzahl Kanton Aargau	Anzahl	13'224	12'000	10'000	10'000	10'000	10'000
230KU0010	Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit Kanton Aargau	Anzahl	1'475	1'500	1'100	1'100	1'100	1'100
230KU0011	Arbeitslosenquote der 15 - 19-Jährigen im Kanton Aargau	%	2.8	2.5	2	2	2	2
230KU0012	Arbeitslosenquote der 20 - 24-Jährigen im Kanton Aargau	%	5	4.5	4.5	4	4	4
<b>Leistungskennzahlen</b>								
230KL0007	Plangenehmigungen und Betriebsbewilligungen	Anzahl	272	280	280	280	260	260
230KL0008	Planbegutachtungen (gewerbliche und öffentliche Bauvorhaben)	Anzahl	292	250	250	250	250	250
230KL0009	Kleinhandelsbewilligungen (Ausschank und Verkauf von Spirituosen)	Anzahl	672	600	600	600	600	600
230KL0010	Dossiers pro 100 % Personalberater/in	Anzahl	98	108	110	110	110	110
230KL0011	Dossiers pro 100 % Sachbearbeiter/in der Arbeitslosenkasse	Anzahl	257	275	240	240	240	240
230KL0012	Kontrollen im Bereich der Arbeitssicherheit (ASA-Kontrollen)	Anzahl		120	120	200	300	300
<b>Finanzkennzahlen</b>								
230KF0027	Kosten der arbeitsmarktlichen Massnahmen pro Stellensuchenden / Jahr	Franken	3'154	3'200	3'200	3'200	3'200	3'200
230KF0028	Kosten der Arbeitslosenkasse pro Auszahlungsfall	Franken	61.89	60	70	70	70	70

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0013: Die Daten werden von der Firma BAK (Basel Economics) erhoben. Die Zahl stützt sich auf regionale Unternehmensdaten diverser Branchen ab. Sie ersetzt die im AFP 2007 - 2010 geführte Kennzahl 'Wachstum reales Volkseinkommen Kanton Aargau'.

KU0008 und KU0009: Von der interdepartementalen Arbeitsgruppe Volkswirtschaft wurde die Arbeitslosenquote für den Kanton Aargau auf 2.3% für die Jahre 2008-11 festgelegt. Erfahrungsgemäss liegt die Arbeitslosenquote des Kantons Aargau ca. 0.3 Prozentpunkte unter derjenigen der Schweiz.

KU0010: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nimmt dank des positiven wirtschaftlichen Umfelds ab.

KL0010: Gegenüber dem AFP 2007-2010 reduzieren sich die Stellensuchendenzahlen um 2'000 Personen. Mit dem damit einhergehende Stellenabbau pendelt sich die Dossierbelastung bei etwa 110 Dossiers ein.

KL0011: Um den wachsenden Anforderungen bezüglich Kundenorientierung und Qualität gerecht zu werden, muss die Dossierzahl pro Sachbearbeiter leicht gesenkt werden. Zusätzlich sind durch das seco neue Weisungen in Kraft getreten, die Zusatztätigkeiten zur Folge haben.

KL0012: Die auf Anfang 2006 budgetierte Stellenerhöhung für zwei zusätzliche Inspektoren konnte erst auf Mitte 2007 realisiert werden. Das im AFP 07-10 aufgeführte Mengengerüst der geplanten ASA-Kontrollen geht von einer Stellenbesetzung im Jahre 2006 aus. Dies führt zu einer zeitlichen Verschiebung der im AFP 07-10 geplanten ASA-Kontrollen.

KF0028: Aufgrund der Fallkomplexitäten steigen die Kosten pro Auszahlungsfall stetig. Zusätzlich besteht eine Verknüpfung mit von der Arbeitslosenkasse nicht beeinflussbaren Mehrkosten wie Lohnniveau, Arbeitgeberbeiträgen, Dokumentenmanagementsystem (DMS; Projekt des seco) und Informatik.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
230ZI0011	Die Arbeitslosigkeit wird bekämpft. (s. Fussnote)	1	Durchschnittliche Anzahl Bezugstage von Arbeitslosenentschädigung der abgemeldeten Bezüger	Tage	171.45	180	180	180	180	180
		2	Vermeidung von Langzeitarbeitslosen (in % der Anmeldungen vor 13 Monaten)	%	21.67	22	22	22	22	22
		3	Vermeidung von Aussteuerungen (in % der Anmeldungen vor 18 Monaten)	%	15.47	18	16	16	16	16
		4	Vermeidung von Wiederanmeldungen (% der Abmeldungen)	%	3.18	3	3	3	3	3
230ZI0012	Die Arbeitslosigkeit wird im Vergleich zu den anderen Kantonen besser bekämpft.	1	Die aggregierten Wirkungsindikatoren seco (ZI0011) liegen über dem schweizerischen Durchschnitt (=100)	Index	104	101	101	101	101	101
230ZI0013	Eine hohe Produktivität der Arbeitslosenkasse wird gewährleistet.	1	Produktivität über dem CH-Mittelwert gemäss seco in Prozentpunkten	%	-1.5	1	1	1	1	1
230ZI0014	Eine schnelle Erstbearbeitungsgeschwindigkeit für Neuanträge auf Arbeitslosenentschädigung wird sichergestellt.	1	Erladigung innert 10 Tagen	%	95	95	95	95	95	95
230ZI0015	Die Planbegutachtungen werden termingerecht durchgeführt.	1	Erladigung innert 21 Tagen	%	100	90	100	100	100	100

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0013: Durch die klaren Zielvorgaben des seco für die Arbeitslosenkassen in der Schweiz rücken die Kassen in ihren Zielerreichungen immer enger zusammen.

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Aufgabenbereich Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration ist im Wesentlichen durch Bundesgesetze sowohl für den Bereich der arbeitsmarktlichen Massnahmen als auch für den Bereich der Arbeitssicherheit (Arbeitslosenversicherungsgesetz; Unfallversicherungsgesetz; Arbeitsgesetz) vorgegeben. Ein grosser Teil des Aufwands (arbeitsmarktliche Massnahmen/Arbeitslosenkasse) wird durch den Bund abgegolten. Hinzu kommt der Aufwand für die Beiträge an die Arbeitslosenversicherung, welche durch den Kanton geleistet werden müssen (20% des Aufwands). Rund 2% des Gesamtbudgets können durch den Kanton beeinflusst werden, durch die Zahl der Kontrollen und der damit verbundenen Anzahl Inspektoren.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-45'123</b>	<b>-45'882</b>	<b>-44'359</b>	<b>-3.3</b>	<b>-44'639</b>	<b>-44'493</b>	<b>-45'026</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>38'250</b>	<b>38'287</b>	<b>36'067</b>	<b>-5.8</b>	<b>36'221</b>	<b>36'229</b>	<b>36'810</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-6'873</b>	<b>-7'594</b>	<b>-8'292</b>	<b>9.2</b>	<b>-8'418</b>	<b>-8'263</b>	<b>-8'216</b>
Total Aufwand Globalbudget	-37'652	-38'142	-36'059	-5.5	-36'089	-36'043	-36'576
Total Ertrag Globalbudget	37'054	37'187	34'967	-6.0	35'121	35'129	35'710
Saldo Globalbudget	-598	-954	-1'092	14.4	-968	-913	-866
Total Aufwand Kleinkredite	-50	-40	-50	25.0	-100		
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-50	-40	-50	25.0	-100		
Total Aufwand LUAE	-7'421	-7'700	-8'250	7.1	-8'450	-8'450	-8'450
Total Ertrag LUAE	1'196	1'100	1'100	0.0	1'100	1'100	1'100
Saldo LUAE	-6'225	-6'600	-7'150	8.3	-7'350	-7'350	-7'350

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Beiträge an ALV	-7'421	-7'700	-8'250	7.1	-8'450	-8'450	-8'450
Total Ertrag LUAE Beiträge an ALV							
Saldo LUAE Beiträge an ALV	-7'421	-7'700	-8'250	7.1	-8'450	-8'450	-8'450
Total Aufwand LUAE Getränkeabgaben							
Total Ertrag LUAE Getränkeabgaben	1'196	1'100	1'100	0.0	1'100	1'100	1'100
Saldo LUAE Getränkeabgaben	1'196	1'100	1'100	0.0	1'100	1'100	1'100

## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

#### Globalbudget

Sowohl der Minderaufwand wie auch der Minderertrag sind hauptsächlich durch die abnehmenden Arbeitslosenzahlen bedingt.

#### LUAE

Grundlage für die Berechnung ist die ALV-beitragspflichtige Lohnsumme (gesamtschweizerisch). Die gesamte Beteiligung der Kantone beträgt 0.05% dieser Lohnsumme. Die Verteilung auf die Kantone wird vom Staatssekretariat für Wirtschaft berechnet.

## FUSSNOTEN

ZI0011 Die Indikatoren 1 - 4 entsprechen den Wirkungsindikatoren des seco.

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Führen von Registern und Aufsicht über die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen zur Gewährleistung der Rechtssicherheit betreffend Gesellschafts-, Grundstück- und Personendaten sowie zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit von Personalvorsorgeeinrichtungen und Stiftungen.

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	235	Registerführung und Rechtsaufsicht
Produktgruppen	23510	Handelsregister
	23520	Grundbuch
	23530	Landinformationen
	23540	Personenstand
	23550	Stiftungsaufsicht

## UMFELDENTWICKLUNG

Im Aufgabenbereich Registerführung und Rechtsaufsicht werden Bundesaufgaben im Bereich des Handelsregisters, des Grundbuchwesens, der Vermessung, des Bürgerrechts und Personenstands, der Ausweise (Pass, Identitätskarte) und der Stiftungsaufsicht vollzogen.

Die verstärkten Anstrengungen in der Standortförderung werden dazu beitragen, dass der Bestand an Aktiengesellschaften und GmbH zunehmen wird. Das informatisierte Grundbuch (GRUNAG), das die Arbeit der Grundbuchämter wesentlich unterstützen wird, ist in Planung. Die Einbürgerungsgesuche werden sich auf dem Niveau des Jahres 2006 stabilisieren. Die positive wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere der Stand der Börse tragen wesentlich zur Verbesserung der Vermögenslage der Personalvorsorgeeinrichtungen bei. Es ist davon auszugehen, dass sich die Unterdeckungsfälle weiter reduzieren.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
					2009	2010	2011	
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
235KU0008	Bestand Gesellschaften: Einzelfirmen	Anzahl	10'210	10'500	10'700	10'900	11'000	11'100
235KU0022	Bestand Gesellschaften: Gesellschaften mit beschränkter Haftung	Anzahl	5'984	5'800	6'500	6'800	7'000	7'100
235KU0023	Bestand Gesellschaften: Aktiengesellschaften	Anzahl	8'916	9'050	9'150	9'250	9'350	9'350
235KU0024	Einwohner/innen im Kanton Aargau	Anzahl	574'670	583'000	585'000	589'000	594'000	598'000
235KU0025	Ausländer/innen im Kanton Aargau	Anzahl	115'130	118'000	120'500	122'000	123'500	125'000
235KU0026	Zivilstandsereignisse (nur Geburten, Todesfälle, Heiraten und Vaterschaftsanerkennungen)	Anzahl	12'994	13'800	13'500	13'500	13'700	13'700
235KU0027	BVG-Einrichtungen mit Unterdeckung	Anzahl	8	5	4	0	0	0
<b>Leistungskennzahlen</b>								
235KL0006	Eintragungen ins Handelsregister	Anzahl	11'064	10'000	10'200	10'200	10'500	10'500
235KL0007	Grundbuchanmeldungen (Tagebuchnummern)	Anzahl	55'905	55'000	55'000	55'000	55'000	55'000
235KL0008	Jährliche Zunahme der gemäss Standard "Amtliche Vermessung AV 93" vermessenen Hektaren	Anzahl	8'000	5'000	1'000	5'000	7'000	5'000
235KL0009	Nachgeführte Übersichtspläne der Gemeinden pro Jahr (s. Fussnote)	Anzahl	101	115	115	115	115	115
235KL0010	Ordentliche Einbürgerungen	Anzahl	2'259	2'000	2'200	2'200	2'200	2'200
235KL0011	Anträge im Ausweiswesen: eingegangene Anträge	Anzahl	127'189	110'000	110'000	110'000	115'000	115'000
235KL0012	Beaufsichtigte Personalvorsorgeeinrichtungen nach BVG	Anzahl	604	590	590	590	590	590
235KL0013	Beaufsichtigte klassische Stiftungen	Anzahl	341	340	350	350	350	350

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0022 und KU0023: Die verstärkten Anstrengungen in der Standortförderung werden sich positiv auf die Sitzverlegungen von Aktiengesellschaften und GmbH in den Kanton Aargau auswirken und auch zu entsprechenden Bestandesänderungen führen.

KL0006: Obwohl die Zahl der Sitzverlegungen zunehmen soll, kann davon ausgegangen werden, dass die Eintragungen ins Handelsregister sich auf dem bisherigen Niveau bewegen werden, da der überwiegende Teil der Eintragungen Mutationen, Statutenänderungen, Kapitalerhöhungen und Tatbestände aus dem Fusionsgesetz betrifft.

KL0008: Im 2008 werden nur 2 Vermessungsvorhaben abgeschlossen. Dies wurde bereits bei der Planung im AFP 2007 - 2010 vorgesehen.

KL0011: Nach der ausserordentlichen hohen Zahl von Anträgen in den Jahren 2005 und 2006 ist vor der flächendeckenden Einführung der biometrischen Pässe (ab Mitte 2009) mit einem Rückgang der Anträge im Ausweiswesen zu rechnen.

KL0013: Aufgrund der besseren Wirtschaftslage wird ein Anstieg der Neugründungen von klassischen Stiftungen angenommen.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
235ES0010	Einführung elektronisches Grundbuch (Projekt Grunag)	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2004-001794 vom 24.11.04 und RRB 2007-00925 vom 4.7.07, GRB geplant)	2008	128	1'737	525	9'835	6'820	19'045
		2	Erarbeitung Konzept und Durchführung Submission	2007						
		3	Bewilligung Globalkredit durch den Grossen Rat	2008						
		4	Umsetzung abgeschlossen	2014						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0010: Das Projekt GRUNAG wurde Mitte 2006 zur sorgfältigen Aufarbeitung der Entscheidungsunterlagen neu gestartet. Die Submission der Informatiklösung wurde durchgeführt. Es folgt die Erarbeitung der Datenersterfassungs- und Einführungskonzepte sowie der Botschaft für den Grosskredit an den Grossen Rat (voraussichtlich bis Sommer 2008). Der im AFP 2007-2010 ausgewiesene Gesamtbetrag (Fr. 16 Mio.) beruhte auf Schätzung aufgrund der Auswertung des Jahres 2002. Für den AFP 2008-2011 konnte nun aufgrund des Projektfortschritts mit neuen Annahmen und Berechnungsgrundlagen gearbeitet werden. Die Differenz besteht vorwiegend aus höheren Personalkosten (längere Erfassungszeit; höheres Lohnniveau). Zu beachten ist zudem, dass in der ausgewiesenen Gesamtsumme auch die im Jahr 2007 zu einem beachtlichen Teil nicht beanspruchte Jahrestrenche erscheint. Effektiv ergibt sich eine Differenz zum AFP 2007-2010 für den Gesamtbetrag von rund Fr. 2.5 Mio.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
235ZI0009	Die Handelsregistergeschäfte werden zügig eingetragen.	1	Innert 8 Arbeitstagen abgeschlossene Verfahren	%	82	90	90	90	90	90
		2	Innert 8 - 20 Arbeitstagen abgeschlossene Verfahren	%	15	10	10	10	10	10
235ZI0010	Die Grundbuchgeschäfte werden zügig eingetragen.	1	Anteil Verfahren mit Grundbucheintrag innert 4 Arbeitswochen	%	100	98	98	95	95	95
235ZI0011	Die AV 93 wird flächendeckend eingeführt (insgesamt 140'000 ha).	1	Gemäss Standard AV 93 erfasste Hektaren insgesamt	Anzahl	75'000	78'000	81'000	86'000	93'000	98'000
235ZI0012	Die Qualität bei den regionalen Zivilstandsämtern ist hoch.	1	Notwendige Berichtigungen bezogen auf die Gesamtzahl der Eintragungen	%	1.49	1.5	1.5	1	1	1

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
235ZI0013	Das Verfahren für ordentliche Einbürgerungen ist kurz und die Prüfung der Dossiers ist zuverlässig.	1	Innert 8 Monaten an die Kommission für Justiz zugestellte Verfahren	%	51.57	45	45	50	50	50
		2	Innert 8 - 12 Monaten an die Kommission für Justiz zugestellte Verfahren	%	30.9	55	40	35	35	35
		3	Durch die Kommission für Justiz zurückgestellte Verfahren	%	0	5	5	4	4	4
		4	Nach 12 Monaten an die Kommission für Justiz zugestellte Verfahren	%			15	15	15	15
235ZI0014	Die Bearbeitungszeit der Anträge für Pass und Identitätskarte (IDK) ist kurz.	1	Innert 2 Arbeitstagen abgeschlossene Verfahren	%	80	80	80	80	80	80
		2	Innert 3 Arbeitstagen abgeschlossene Verfahren	%	100	100	100	100	100	100

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI001314: Da Ergänzungsberichte der Gemeinden ausstehend sind oder Gesuche beim Bundesamt für Migration (BFM) auf die Bearbeitung warten, muss mit einem gewissen Anteil an überjähigen Zustellungen gerechnet werden. Der Indikator wird im AFP 2008 - 2011 neu geführt.

ZI0011: Im Jahr 2007 wurde fälschlicherweise ein Wert von 78'000 angegeben. Das Ziel steht in einem direkten Zusammenhang mit der Kennzahl KL0008. Korrekt wäre ein Wert von 80'000.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die verschiedenen Gebiete des Aufgabenbereichs Registerführung und Rechtsaufsicht sind gesetzlich durch den Bund vorgegeben (unverzögliche Eintragung der Rechtsgeschäfte im Bereich Handelsregister [Handelsregisterverordnung] und Grundbuch [Grundbuchverordnung]) und stehen zudem im Interesse der Wirtschaft und dem Rechtsschutz von Gläubigern. Eine Veränderung der zur Verfügung stehenden Mittel hat direkte Auswirkungen auf die Verarbeitungszeit im Tagesgeschäft, die Kundenzufriedenheit und die Qualität der Arbeit mit dem Risiko der Staatshaftung.

Die amtliche Vermessung ist eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen. Seit 1998 werden zwischen Bund und Kantonen vierjährige Leistungsaufträge und einjährige Leistungsvereinbarungen abgeschlossen, in denen die Ziele, die zu erreichende Qualität, die Menge und der Preis verbindlich festgelegt werden. Ab Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) am 1. Januar 2008 wird der Grosse Rat über mehrjährige Globalkredite entscheiden. Eine Veränderung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel hat direkte Auswirkungen auf die Einhaltung der abzuschliessenden Programmvereinbarungen mit dem Bund, die Verfügbarkeit von aktuellen Geodaten und den zeitgerechten Abschluss der flächendeckend digitalisierten Vermessungswerke.

Die rasche Bearbeitung der Geschäftsfälle im Ausweisbereich liegt sowohl im Interesse der Kunden als auch einer aktiven, effizienten Pendenzenbearbeitung. Bei den Reisedokumenten besteht zudem die gesetzliche Verpflichtung, dass diese spätestens 15 Arbeitstage ab Beantragung per Post dem Kunden zugestellt sein müssen.

Im Bereich Bürgerrecht und Personenstand hat eine Änderung der Mittel Auswirkungen auf die Verarbeitungszeit im Tagesgeschäft (Einbürgerungen, Pflegeplatzbewilligungen, Adoptionen, Namensänderungen, Zivilstandsaufsicht, Prüfung ausländischer Urkunden), die Kundenzufriedenheit und die Qualität der Arbeit.

Die Aufsicht über Personalvorsorgeeinrichtungen und Stiftungen ist gesetzlich vorgegeben (Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge, Verordnung über die Beaufsichtigung und die Registrierung der Vorsorgeeinrichtungen). Eine Veränderung der zur Verfügung stehenden Mittel hat direkte Auswirkungen auf die Verarbeitungszeit und insbesondere die Qualität der Aufsichtstätigkeit.



FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-28'013</b>	<b>-29'211</b>	<b>-30'261</b>	<b>3.6</b>	<b>-35'046</b>	<b>-33'902</b>	<b>-32'739</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>62'535</b>	<b>61'645</b>	<b>63'494</b>	<b>3.0</b>	<b>63'809</b>	<b>64'794</b>	<b>63'474</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>34'522</b>	<b>32'434</b>	<b>33'233</b>	<b>2.5</b>	<b>28'763</b>	<b>30'892</b>	<b>30'735</b>
Total Aufwand Globalbudget	-21'870	-22'280	-20'931	-6.1	-21'525	-22'213	-22'439
Total Ertrag Globalbudget	17'923	18'008	15'944	-11.5	15'904	16'704	16'634
Saldo Globalbudget	-3'947	-4'272	-4'987	16.8	-5'621	-5'509	-5'805
Total Aufwand Kleinkredite	-5'483	-5'611	-7'804	39.1	-6'052	-3'215	-1'310
Total Ertrag Kleinkredite	1'496	2'117	4'800	126.7	4'600	3'600	900
Saldo Kleinkredite	-3'987	-3'494	-3'004	-14.1	-1'452	386	-410
Total Aufwand Grosskredite	-128	-1'300	-1'526	17.4	-7'468	-8'475	-8'990
Total Ertrag Grosskredite			100	X	355	940	2'190
Saldo Grosskredite	-128	-1'300	-1'426	9.7	-7'113	-7'535	-6'800
Total Aufwand LUAE	-532	-20		-100.0	0		
Total Ertrag LUAE	43'116	41'520	42'650	2.7	42'950	43'550	43'750
Saldo LUAE	42'584	41'500	42'650	2.8	42'950	43'550	43'750

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Vermessungsvorhaben			-1'000	X	-3'600	-5'300	-6'200
Total Ertrag Grosskredite Vermessungsvorhaben			100	X	355	940	2'190
Saldo Grosskredite Vermessungsvorhaben			-900	X	-3'245	-4'360	-4'010
Total Aufwand Grosskredite Grunag	-128	-1'300	-526	-59.5	-3'868	-3'175	-2'790
Total Ertrag Grosskredite Grunag							
Saldo Grosskredite Grunag	-128	-1'300	-526	-59.5	-3'868	-3'175	-2'790

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Aarau							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Aarau	4'789	4'650	4'800	3.2	4'800	4'900	4'900
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Aarau	4'789	4'650	4'800	3.2	4'800	4'900	4'900
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Baden							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Baden	11'243	10'300	11'400	10.7	11'400	11'600	11'600
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Baden	11'243	10'300	11'400	10.7	11'400	11'600	11'600
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Bremgarten							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Bremgarten	4'721	4'850	4'800	-1.0	4'800	4'900	4'900
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Bremgarten	4'721	4'850	4'800	-1.0	4'800	4'900	4'900
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Brugg							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Brugg	2'529	3'200	2'500	-21.9	2'600	2'600	2'600
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Brugg	2'529	3'200	2'500	-21.9	2'600	2'600	2'600
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Kulm							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Kulm	2'015	2'000	2'000	0.0	2'000	2'000	2'000
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Kulm	2'015	2'000	2'000	0.0	2'000	2'000	2'000

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Laufenburg							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Laufenburg	1'644	1'500	1'550	3.3	1'550	1'550	1'650
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Laufenburg	1'644	1'500	1'550	3.3	1'550	1'550	1'650
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Lenzburg							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Lenzburg	4'580	4'100	4'600	12.2	4'600	4'700	4'700
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Lenzburg	4'580	4'100	4'600	12.2	4'600	4'700	4'700
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Muri							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Muri	1'990	2'000	1'900	-5.0	1'900	1'900	2'000
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Muri	1'990	2'000	1'900	-5.0	1'900	1'900	2'000
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Rheinfelden	-135						
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Rheinfelden	3'423	3'300	3'350	1.5	3'500	3'500	3'500
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Rheinfelden	3'287	3'300	3'350	1.5	3'500	3'500	3'500
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Zofingen							
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Zofingen	4'332	4'300	4'350	1.2	4'400	4'500	4'500
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Zofingen	4'332	4'300	4'350	1.2	4'400	4'500	4'500
Total Aufwand LUAE Grundbuchabgaben GBA Zurzach	-2						
Total Ertrag LUAE Grundbuchabgaben GBA Zurzach	1'455	1'300	1'400	7.7	1'400	1'400	1'400
Saldo LUAE Grundbuchabgaben GBA Zurzach	1'454	1'300	1'400	7.7	1'400	1'400	1'400
Total Aufwand LUAE Beiträge an Vermessung	-395	-20		-100.0			
Total Ertrag LUAE Beiträge an Vermessung	395	20		-100.0			
Saldo LUAE Beiträge an Vermessung	0	0		X			

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Sowohl der Minderaufwand wie auch der Minderertrag sind hauptsächlich durch einen Rückgang bei den Reisedokumenten (Warten auf Einführung biometrischer Pässe) verursacht (Minderaufwand ca. Fr. 1 Mio.; Minderertrag ca. 2 Mio.). Aufgrund einer Überprüfung der Berechnung wurde festgestellt, dass die Kennzahl KL0011 (Anträge im Ausweiswesen: eingegangene Anträge) bei gleicher Berechnung für das Jahr 2007 mit 140'000 (statt 110'000) hätte angegeben werden müssen.

###### Kleinkredite

Sowohl die Aufwand- als auch die Ertragssteigerung sind auf die bis Ende 2007 bewilligten Kleinkredite für Vermessungsvorhaben zurück zu führen.

###### Grosskredite

Die Jahrestanchen für den Grosskredit Grunag entsprechen der neuen Planung (Neustart des Projektes Mitte 2006). Die Jahrestanche 2007 wird nicht ausgeschöpft werden.

##### Veränderung in den Planjahren

###### Globalbudget

Der Zahl der Reisedokumente und damit der entsprechende Aufwand und Ertrag wird ab 2010 wieder zunehmen (Einführung Pass 09).

###### Kleinkredite

Das Volumen bei den Kleinkrediten nimmt ab, da neue Vermessungsvorhaben mittels Grosskredit abgewickelt werden.

#### FUSSNOTEN

KL0009 Umstellung von einem Dreijahres- auf einen Zweijahresrhythmus ab dem Jahr 2006, damit möglichst aktuelle Daten zur Verfügung stehen.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Ausüben der rechtlichen und finanziellen Aufsicht zur Sicherstellung des ordnungsgemässen Funktionierens der Gemeinden und der Gemeindeverbände; Gewähren von Leistungen des Finanzausgleichs zur Förderung einer ausgewogenen Steuerbelastung, Leistungsfähigkeit und Entwicklung der Gemeinden.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	240	Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich
Produktgruppen	24010	Gemeindeaufsicht
	24020	Finanzausgleich

**UMFELDENTWICKLUNG**

Der Aufgabenbereich Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich übt die Aufsicht über die Gemeinden aus und bewirtschaftet den Finanz- und Lastenausgleich. Zahlreiche Projekte zur Prüfung intensiverer Zusammenarbeit oder von Zusammenschlüssen sind im Gang. Resultate sind in den nächsten Jahren zu erwarten. Der Kanton überprüft gemeinsam mit den Gemeinden die Gemeindeförderung im Hinblick auf eine Optimierung der Aufgabenerfüllung (siehe Aufgabenbereich 100, Entwicklungsschwerpunkt 100ES0003, "Gemeindereform"). Aufgrund der laufenden Fusionsprojekte wird mit einer Reduktion der Anzahl Gemeinden ab 2010 gerechnet. Die Auswirkungen des Projekts "Gemeindereform" können noch nicht abgeschätzt werden.

Die Gemeinden befinden sich mehrheitlich in einer guten finanziellen Lage. Bei einzelnen Gemeinden ist die Leistungsfähigkeit ungenügend. Diese erfordern volle Aufmerksamkeit. Auf 2006 ist der neue kantonale Finanz- und Lastenausgleich in Kraft getreten. Ab Zahlungsjahr 2008 (Basisjahr 2006) erfolgen die Zahlungen nach neuem Recht, wobei für die Jahre 2006 bis 2009 zusätzlich das Übergangsrecht zum Tragen kommt. Die ausserordentlichen Steuerertragssteigerungen, insbesondere der juristischen Personen hatten zur Folge, dass der Finanz- und Lastenausgleich bei den finanzstarken Gemeinden erheblich höhere Beiträge abschöpft, als im Rahmen der Aufgabenteilung Kanton Gemeinde vorgesehen war. Um diese Mehrbelastung auf das Niveau des Ausgleichs der Vorteile durch den Wegfall der Gemeindebeiträge an die AHV und IV zurückzuführen, wird dem Grossen Rat eine Teilrevision des Finanz- und Lastenausgleichsdekretes beantragt. Dabei soll der Abgabesatz von bisher 13% auf neu 8% reduziert werden. Eine Korrektur der Beiträge an die finanzschwachen Gemeinden ist nicht erforderlich, weil diese die Mehraufwendungen der Aufgabenteilung durch höhere Steuererträge finanzieren können.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
					2009	2010	2011	
	<b>Umfeldkennzahlen</b>							
240KU0001	Gemeinden	Anzahl	229	229	229	216	215	
240KU0002	Gemeindeverbände	Anzahl	184	196	185	185	185	
240KU0003	Steuerkraft der Gemeinden	Mio. Fr.	1'322	1'330	1'321	1'410	1'417	1'417
240KU0004	Steuerkraft pro Einwohner/in	Franken	2'284	2'340	2'380	2'460	2'470	2'470
240KU0005	Finanzbedarf der Gemeinden	Mio. Fr.	1'190	1'260	1'300	1'330	1'380	1'380
240KU0006	Nettoinvestitionen	Mio. Fr.	257	230	313	300	250	250
240KU0007	Nettoschulden der Gemeinden	Mio. Fr.	392	544	400	400	370	370
240KU0008	Nettoschulden pro Einwohner/in	Franken	684	950	695	690	645	640
240KU0009	Fondsbestand Finanzausgleich	Mio. Fr.	186	180	242	255	237	236
240KU0010	Vorzeitige Demissionen von Gemeinderatsmitgliedern	Anzahl	37	60	60	30	30	60
240KU0011	Tiefster Gemeindesteuerfuss	%	77	80	77	77	77	77
240KU0012	Höchster Gemeindesteuerfuss	%	126	125	126	126	126	126

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
Leistungskennzahlen						2009	2010	2011
240KL0003	Beschwerdeentscheide (s. Fussnote)	Anzahl	44	45	45	45	45	45
240KL0004	Genehmigungen (Gemeindeerlasse, Wahlen, Demissionen) und schriftlich beantwortete Anfragen	Anzahl	311	450	450	500	450	450
240KL0005	Budgetprüfungen (Einwohnergemeinden, Gemeindeverbände)	Anzahl	413	425	414	414	401	400
240KL0006	Rechnungsprüfungen (Einwohnergemeinde, Gemeindeverbände, Korporationen)	Anzahl	446	445	443	443	443	430
240KL0007	Datenermittlungen und Berechnungen der zusätzlichen Finanzausgleichsbeiträge	Anzahl	10	15	10	15	15	15
240KL0008	Bearbeitete Freigabegesuche für finanzausgleichsberechtigte Vorhaben	Anzahl	19	30	25	30	30	30

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0001: Umsetzung von acht laufenden Zusammenschlussprojekten im Jahr 2010.

KU0002: Die Anzahl der Gemeindeverbände wird sich voraussichtlich nicht massgeblich verändern. Es besteht die Tendenz, dass sich die Verbände zu grösseren Einheiten zusammenschliessen.

KU0003 bis KU0008: Die eingesetzten Werte betreffen jeweils die Vorjahreszahlen der Gemeinden (z.B. Wert 2008 entspricht dem Ergebnis 2007). Die Veränderungen gegenüber dem AFP 2007 - 2010 ergeben sich aufgrund neuer Berechnungen, basierend auf den provisorischen Rechnungsergebnissen 2006.

KU0010: Die Zahl der vorzeitigen Demissionen ist jeweils in der Mitte der Amtsperiode (2008/2011) am höchsten.

KU0011 und KU0012: Der tiefste und höchste Steuerfuss wurden bis 2007 als Ziel geführt, ab 2008 wird diese Steuergrösse bei den Kennzahlen ausgewiesen.

KL0005 und KL0006: In den jeweiligen Planjahren werden die Budgets der Einwohnergemeinden und Gemeindeverbände des aktuellen Jahres geprüft. Die Rechnungsprüfungen betreffen das jeweils vorausgehende Jahr. Bei den Korporationen (v.a. Waldkorporationen) handelt es sich um Körperschaften, die gemäss § 14 Gemeindegesetz dem öffentlichen Recht unterstellt sind (beschränkt auf Rechnungsprüfung).

KL0007: Die erwarteten guten Rechnungsabschlüsse 2007 führen zu einer tieferen Anzahl Gesuche im Jahr 2008. Ab dem Jahr 2009 wirkt sich die Ausfinanzierung der Aargauischen Pensionskasse aus.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
240ES0001	Projekt Daten- und Registerharmonisierung	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2005-001527 vom 19.10.2005; RRB 2007-000412 vom 28.03.2007; GRB geplant)	2005/2008	125	334	335	6'571		7'365
		2	Erarbeitung der Grundlagen	2007/2008						
		3	Beschluss über die Rechtsgrundlagen und den Grosskredit durch den Grossen Rat	2009						
		4	Inbetriebnahme System	2010						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
240ES0005	Förderung Gemeindezusammenarbeit und Gemeindezusammenschlüsse	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner), Mittel in den LUAE/Finanzausgleich enthalten							
		2	Unterstützung der Projekte Mettauertal, Villmergen / Hilfikon, Aarau / Rohr, Kaisten / Ittenthal, Schwaderloch / Leibstadt / Full-Reuenthal, Merenschwand / Benzenschwil, Sulz / Laufenburg, Schenkenbergtal, Lenzburg / Niederlenz, Umikon / Brugg und weiterer noch nicht konkreter Projekte							

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0001: Die Vorgaben der Bundesgesetzgebung zur Daten- und Registerharmonisierung will der Regierungsrat mit einer kantonalen Informatikplattform umsetzen. Diese soll den Austausch von Personen-, Objekt- und Finanzdaten zwischen den Gemeinden, dem Kanton und dem Bund unter der Wahrung des Datenschutzes und Sicherung der Datenqualität ermöglichen.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
240ZI0009	Die Finanzhaushalte der Gemeinden sind mittelfristig ausgeglichen. (s. Fussnote)	1	Anteil Gemeinden mit genügenden Bewertungsergebnissen	%	89	90	90	90	90	90
240ZI0010	Die Amtsführung in den Gemeinden in den Bereichen Gemeindeversammlung, Polizei-, Einwohnerkontroll- und Bestattungswesen erfolgt rechtlich korrekt.	1	Max. Anteil gutgeheissene Beschwerden am Gesamttotal der Beschwerden	%	11	20	20	20	20	20
240ZI0011	Unter den Gemeinden herrschen ausgewogene Verhältnisse hinsichtlich der Steuerbelastung.	1	Anteil Gemeinden mit einem Steuerfuss in einer Bandbreite von 30%	%	80	90	80	80	80	80

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0011: Die Berechnungsart für die Ermittlung des Indikators wurde mit dem Jahresbericht 2006 präziser definiert. Dies hat eine Anpassung der Planwerte zur Folge. Neu wird die Streuung um das nach Einwohnerzahl gewichtete Mittel als Massstab verwendet. Liegt das Kantonsmittel z.B. wie im Jahr 2007 bei 107%, bedeutet dies eine Bandbreite von 92% bis 122%. Aufgrund dieser neuen Berechnung hätte der Budgetwert 2007 ebenfalls mit 80 angegeben werden müssen.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Aufgabenbereich Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich ist im Wesentlichen durch die Kantonsverfassung, das Gemeindegesetz und das Finanzausgleichsgesetz bestimmt. Der Hauptbestandteil des Budgets macht der saldoneutrale Finanzausgleich aus (98%).

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-58'683</b>	<b>-53'586</b>	<b>-91'060</b>	<b>69.9</b>	<b>-91'772</b>	<b>-99'129</b>	<b>-82'377</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>57'242</b>	<b>51'625</b>	<b>89'114</b>	<b>72.6</b>	<b>83'614</b>	<b>96'845</b>	<b>80'214</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-1'441</b>	<b>-1'961</b>	<b>-1'946</b>	<b>-0.8</b>	<b>-8'158</b>	<b>-2'284</b>	<b>-2'163</b>
Total Aufwand Globalbudget	-1'354	-1'486	-1'505	1.3	-1'636	-2'172	-2'177
Total Ertrag Globalbudget	92	20	14	-30.0	14	45	14
Saldo Globalbudget	-1'263	-1'466	-1'491	1.8	-1'622	-2'127	-2'163
Total Aufwand Kleinkredite	-205	-501	-120	-76.1	-122	0	0
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-205	-501	-120	-76.1	-122	0	0
Total Aufwand Grosskredite			-335	X	-6'414	-157	
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite			-335	X	-6'414	-157	
Total Aufwand LUAE	-57'123	-51'600	-89'100	72.7	-83'600	-96'800	-80'200
Total Ertrag LUAE	57'150	51'605	89'100	72.7	83'600	96'800	80'200
Saldo LUAE	27	5	0	-100.0	0	0	0

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Daten- und Registerharmonisierung			-335	X	-6'414	-157	
Total Ertrag Grosskredite Daten- und Registerharmonisierung							
Saldo Grosskredite Daten- und Registerharmonisierung			-335	X	-6'414	-157	

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Finanzausgleich (Spezialfinanzierung)	-57'123	-51'600	-89'100	72.7	-83'600	-96'800	-80'200
Total Ertrag LUAE Finanzausgleich (Spezialfinanzierung)	57'123	51'600	89'100	72.7	83'600	96'800	80'200
Saldo LUAE Finanzausgleich (Spezialfinanzierung)	0	0	0	X	0	0	0
Total Aufwand LUAE Beteiligung Public Info Service AG (06)							
Total Ertrag LUAE Beteiligung Public Info Service AG (06)	27						
Saldo LUAE Beteiligung Public Info Service AG (06)	27						
Total Aufwand LUAE Beteiligung Public Info Service AG							
Total Ertrag LUAE Beteiligung Public Info Service AG		5		-100.0			
Saldo LUAE Beteiligung Public Info Service AG		5		-100.0			

**KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN****Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007****Kleinkredite**

Im Budget 2007 ist ein Betrag von Fr. 330'000 für das Projekt Daten- und Registerharmonisierung eingestellt. Ab 2008 wird dieses Projekt als Grosskredit geführt.

**LUAE**

Infolge der höheren Beiträge und Abgaben gemäss GAT III bzw. Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich entstehen die Änderungen gegenüber dem Budgetjahr 2007.

**Grosskredite**

Ab 2008 wird als neuer Grosskredit das Projekt 'Daten- und Registerharmonisierung' geführt.

**Veränderung in den Planjahren****Globalbudget**

In den Jahren 2009 und 2010 werden für die Umsetzung der Daten- und Registerharmonisierung 0.8 (2009) bzw. 1.6 (2010) Stellenprozente benötigt. Hinzu kommen die Kosten für den technischen Unterhalt (Mehraufwand 2009: Fr. 100'000; 2010: Fr. 500'000).

**LUAE**

Der höhere Betrag im Jahr 2010 ist durch die voraussichtlichen Fondsentnahmen zur Verschuldungsreduktion bei Gemeindegemeinschaften bedingt.

**FUSSNOTEN**

KL0003	Es handelt sich hier um Entscheide über Beschwerden gegen Beschlüsse von Gemeindeorganen in den Bereichen politische Rechte, Polizei, Einwohnerkontrolle und Bestattungswesen.
ZI0009	Der Indikator wird aus der Bewertung der Finanzkennzahlen der Gemeinden berechnet. Diese ergeben max. 24 Punkte. Gemeinden mit mind. 13 Punkten werden als "genügend" taxiert.

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Stärken des Wirtschafts- und Wohnstandorts Aargau durch gezielte Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und Privatpersonen; Betreuen der ansässigen Unternehmen; Fördern von Neugründungen und akquirieren von wertschöpfungsstarken und/oder arbeitsplatzschaffenden Unternehmen aus dem Ausland.

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	245	Standortförderung
Produktgruppen	24510	Standortentwicklung und -pflege
	24520	Standortmarketing

## UMFELDENTWICKLUNG

Im Aufgabenbereich Standortförderung wird das Ziel verfolgt, den Standort Aargau durch eine gezielte Verbesserung der Rahmenbedingungen zu stärken. Dabei werden sowohl die Interessen der ansässigen Unternehmen berücksichtigt wie auch die Neugründung und Neuansiedlung von wertschöpfungsstarken Unternehmen gefördert.

Ein hoher Konkurrenzdruck im In- und Ausland für gute Standortbedingungen verlangt eine klare Positionierung und verstärkte Aktivitäten im Bereich der Standortförderung. Die Wachstumsinitiative, der Planungsbericht "Wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik" sowie das geplante Standortförderungsgesetz bringen eine Fokussierung und Verstärkung von Standortentwicklung und -pflege sowie des Standortmarketings.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
245KU0001	Steuerpflichtige natürliche Personen	Anzahl	337'600	340'000	343'000	346'000	349'000	352'000
245KU0002	Steuerpflichtige juristische Personen	Anzahl	16'700	17'500	17'500	17'900	18'300	18'700
245KU0003	Rating durch "Standard & Poor's" für den Kanton Aargau	AA+	1	1	1			
245KU0004	Rating durch "Standard & Poor's" für den Kanton Aargau	AAA				1	1	1
245KU0005	Sitzverlegungen in den Kanton Aargau (AG, GmbH, Einzelfirma)	Anzahl	308	275	300	300	300	300
<b>Leistungskennzahlen</b>								
245KL0001	Betreute Projekte	Anzahl	437	470	470	500	500	500
245KL0002	Projekte mit im Aargau ansässigen Unternehmen	Anzahl	120	120	120	125	125	125
245KL0003	Ansiedlungsprojekte	Anzahl	242	240	240	255	255	255
245KL0004	Start up - Projekte	Anzahl	75	110	110	120	120	120
245KL0005	Bearbeitete Projekte pro Projektleiter/in	Anzahl	215	230	138	128	128	128
245KL0006	Neugeschaffene Arbeitsplätze mit der Unterstützung von Aargau Services	Anzahl	427	650	650	700	700	800
245KL0007	Logiernächte in aargauischen Hotelbetrieben	Anzahl	650'885	600'000	640'000	700'000	700'000	700'000
245KL0008	Eingegangene GZA-Leads	Anzahl	21	30	35	35	35	35
245KL0009	Neue Arbeitsplätze durch die NRP-Pilotprojekte (Aargau Süd)	Anzahl	13	20	25			
245KL0010	Neue Arbeitsplätze durch die NRP-Pilotprojekte (Zurzach)	Anzahl	5	25	30			
245KL0011	Nutzung der regionalen Stärken (Standortqualitätsindikator)	Index		0.86	0.9	0.92	0.92	0.92



#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0004: Wert 1 bedeutet erreicht. Mit der Ausfinanzierung der APK wird das AAA Rating realistisch bzw. eine wichtige Voraussetzung dafür ist damit erfüllt.

KL0001: Der Begriff "Projekt" bedeutet hier eine Anfrage, welche eine Abklärung, Beratung, Besichtigung, einen Antrag oder andere Handlung bei Aargau Services auslöst.

KL0002: Aufgrund einer Feststellung der Finanzkontrolle wurde die Beschreibung der Kennzahl präzisiert. Im Wert sind sowohl Projekte mit KMU wie auch mit grösseren Firmen enthalten. Hauptsächlich werden Projekte mit KMU geführt.

KL0004: Start-up sind Unternehmen, welche sich in der ersten Phase des Unternehmenslebenszyklus befinden.

KL0005: Aufgrund einer Feststellung der Finanzkontrolle wurde die Berechnung dieser Kennzahl präzisiert (Neu: Gesamte Anzahl Stellenprozent). Bei einer Anwendung der neuen Berechnung würde 2006 ein Wert von 151 und für 2007 ein Wert von 162 resultieren. Durch eine Erhöhung des Stellenplafonds um 100 Stelleprozent reduziert sich die Anzahl bearbeitete Projekte pro Projektleiter/in. Aus diesem Grunde sinkt der Anteil der betreuten Projekte bis 2011.

KL0008: GZA-Leads sind konkrete Ansiedlungsabsichten von Firmen im Bereich der GZA (Greater Zurich Area).

KL0009 und KL0010: NRP=Neue Regionalpolitik des Bundes. Der Kanton Aargau nimmt am Pilotprojekt "Innovation vor Ort" des Bundes teil. Die beiden NRP-Projekte dauern von 2005-2008.

KL0011: Der Standortqualitätsindikator der Credit Suisse beruht auf fünf Standortfaktoren: Steuerbelastung natürliche Personen, Steuerbelastung juristische Personen, Ausbildungsstand der Bevölkerung, Verfügbarkeit hochqualifizierter Personen, verkehrstechnische Erreichbarkeit. Ein Wert über 0 bedeutet im CH-Vergleich eine überdurchschnittliche Standortqualität. Der Wert für das Jahr 2006 wurde erst nach der Drucklegung des Jahresberichts 2006 publiziert. Der Standortqualitätsindikator für den Kanton Aargau lag 2006 bei 0.73.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					Total
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	
245ES0010	Verbesserungen für den Wirtschaftsstandort Aargau und den Tourismus (Umsetzung Massnahmen 19/20 der Wachstumsinitiative)	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2005-001537 vom 19.10.2005)	2005	29	270	143	115		557
		2	Verabschiedung der rechtlichen Grundlagen für eine kohärente Standort- und Tourismusförderung durch den Grosse Rat	2009						
		3	Genehmigung des Konzepts zur Zusammenarbeit mit den Tourismusfachstellen im Kanton Aargau zur Förderung des Tourismuspotenzials durch den Regierungsrat	2009						
245ES0011	Administrative Entlastung für die Unternehmen im Kanton Aargau (mit Schwerpunkt KMU, Umsetzung Massnahme 11 der Wachstumsinitiative und Volksinitiative)	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2006-001732 vom 13.12.2006)	2006	32	307	151	329		819
		2	Volksabstimmung über die Verfassungsänderung gemäss Volksinitiative	2008						
		3	Verabschiedung der rechtlichen Grundlagen für die administrative Entlastung der Unternehmen durch den Grosse Rat	2009						
		4	Laufende Umsetzung von Entlastungsmassnahmen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten	ab 2006						

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
245ZI0004	Die Ansprechpartner sind mit Aargau Services zufrieden.	1	Mindestanteil zufriedener Kunden (Beurteilung "gut" oder "sehr gut" bei Kundenbefragungen)	%	94	85		90		90
245ZI0005	Die Unternehmen sind mit dem Standort Aargau zufrieden und bleiben diesem treu.	1	Anteil der Unternehmen mit der Beurteilung "gut" und "sehr gut" im Rahmen der AIHK-Umfrage	%	64.8	70	70	70	70	70
		2	Sitzverlegungen in andere Kantone oder ins Ausland (AG, GmbH, Einzelfirmen) (Maximalzahl)	Anzahl	273	240	260	260	260	260
245ZI0006	Die Zahl von Neuansiedlungen mit Unterstützung von Aargau Services ist hoch. (s. Fussnote)	1	Gesamtzahl der Neuansiedlungen	Anzahl	32	30	35	40	40	45
		2	Ansiedlung von ausländischen Unternehmen	Anzahl	17	20	25	30	30	35
		3	Ansiedlungen von ausländischen Unternehmen aufgrund von GZA-Leads	Anzahl	0	10	10	15	15	15
		4	Durch Aargau Services erfolgreich abgeschlossene Neuansiedlungsprojekte	%	13	13	15	16	16	18

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0004: Die Kundenbefragung wird jedes zweite Jahr durchgeführt.

ZI0005I1: Die Beurteilung des Standorts Aargau durch die Unternehmen basiert auf der AIHK-Wirtschaftsumfrage.

ZI0005I2: Durch die gute Konjunktur wird sowohl bei der Sitzverlegung in den Kanton Aargau (KU0005) als auch bei den Sitzverlegungen in andere Kantone oder ins Ausland von einer gegenüber der Planung 2007-2010 höheren Zahl ausgegangen.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Aufgabenbereich Standortförderung ist eine Aufgabe des Kantons im Rahmen der Umsetzung des Verfassungsauftrags (Wirtschaftspolitik). Eine weitergehende gesetzliche Grundlage wird zurzeit erarbeitet (Standortförderungsgesetz). Damit solle eine klarere Grundlage für die Steuerung von Aufgaben und Finanzen geschaffen werden. Eine vertragliche Verpflichtung besteht für die Zusammenarbeit mit der Greater Zurich Area.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-1'693</b>	<b>-2'087</b>	<b>-2'224</b>	<b>6.6</b>	<b>-2'931</b>	<b>-3'057</b>	<b>-2'917</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>133</b>	<b>70</b>	<b>10</b>	<b>-85.7</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-1'560</b>	<b>-2'017</b>	<b>-2'214</b>	<b>9.8</b>	<b>-2'921</b>	<b>-3'047</b>	<b>-2'917</b>
Total Aufwand Globalbudget	-987	-1'056	-1'280	21.3	-1'543	-2'192	-2'217
Total Ertrag Globalbudget	10	10	10	0.0	10	10	
Saldo Globalbudget	-977	-1'046	-1'270	21.5	-1'533	-2'182	-2'217
Total Aufwand Kleinkredite	-61	-321	-294	-8.5	-738	-165	
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-61	-321	-294	-8.5	-738	-165	

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite	-522	-650	-650	0.0	-650	-700	-700
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	-522	-650	-650	0.0	-650	-700	-700
Total Aufwand LUAE	-123	-60		-100.0			
Total Ertrag LUAE	123	60		-100.0			
Saldo LUAE	0	0		X			

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Greater Zurich Area	-522	-650	-650	0.0	-650	-700	-700
Total Ertrag Grosskredite Greater Zurich Area							
Saldo Grosskredite Greater Zurich Area	-522	-650	-650	0.0	-650	-700	-700

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Beiträge gemeinwirtschaftliche Unternehmen	-123	-60		-100.0			
Total Ertrag LUAE Beiträge gemeinwirtschaftliche Unternehmen	123	60		-100.0			
Saldo LUAE Beiträge gemeinwirtschaftliche Unternehmen	0	0		X			

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Mehraufwendungen entstehen durch den grösseren Druck im Standortwettbewerb. Deshalb sind vermehrt externe Aufträge (Fr. 250'000) und ab Mitte 2008 eine zusätzliche Stelle (Fr. 60'000) notwendig.

###### Kleinkredite

Der Mehraufwand entsteht durch zwei neue Projekte ‚Verfügbarkeit von Immobilien‘ sowie ‚Wohnstandortmarketing‘ (Fr. 450'000). Die beiden Projekte sind im Planungsbericht ‚wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik‘ enthalten.

###### LUAE

Die Beiträge des Bundes für die NRP (Neue Regionalpolitik)-Projekte fallen weg, da ab 2008 keine finanziellen Mittel mehr fließen. Die Berichterstattung ist für März 2008 vorgesehen, deshalb wird in den entsprechenden Kennzahlen (KL0009 und KL0010) für 2008 noch ein Wert aufgeführt.

##### Veränderung in den Planjahren

###### Globalbudget

Der Mehraufwand im Jahr 2009 gegenüber dem Jahr 2008 ist durch die vollständige Anrechnung einer zusätzlichen Stelle (Fr. 60'000) sowie vermehrte externe Dienstleistungen (Fr. 100'000) bedingt. Im Jahr 2010 entstehen gegenüber 2009 Mehraufwendungen durch eine zusätzliche Stelle (Fr. 140'000) sowie durch den mit dem Standortförderungsgesetz geplanten Beitrag an die Tourismusförderung (Fr. 450'000).

###### Kleinkredite

Im Jahr 2010 werden diverse Projekte abgeschlossen (Standortförderung, Wohnstandortmarketing, Verfügbarkeit von Immobilien).

#### FUSSNOTEN

ZI0006 Der Indikator 4 ist der prozentuelle Wert der Anzahl Neuansiedlungen mit Unterstützung der Stabsstelle für Standortmarketing im Verhältnis zur Gesamtzahl der Ansiedlungsprojekte (245KL0003).

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Vermitteln von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten in einem sinnstiftenden und motivierenden Lernklima in der leistungsorientierten Volksschule; Schülerinnen und Schüler erwerben die Grundlage für eine weiterführende Ausbildung zu ihrer Integration in die demokratische Gesellschaft und für ihren Berufs- und Lebenserfolg.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	310	Volksschule
Produktegruppen	31010	Volksschule / Primarschule
	31020	Oberstufe (Sek I)
	31030	Qualitätssicherung und Aufsicht
	31040	Förderangebote
	31050	Kantonaler Lehrmittelverlag
	31060	Schulpsychologischer Dienst

**UMFELDENTWICKLUNG**

Die Volksschule umfasst den Kindergarten, die Primarschule sowie den obligatorischen Schulunterricht bis zum 11. Schuljahr. Der Besuch des Kindergartens ist freiwillig und dauert mindestens ein Jahr. Die Oberstufe (Sekundarstufe I) der Volksschule dauert vier Jahre und unterteilt sich in die Real-, Sekundar- und Bezirksschule.

Das Schulsystem muss sich den verändernden gesellschaftlichen Herausforderungen laufend anpassen und diesen mit angemessenen pädagogischen Konzepten begegnen. Insbesondere sind Massnahmen zur Bewältigung des zunehmend unterschiedlichen Ausbildungsstands und kulturellen Hintergrunds der Lernenden (Migration) und zur individuellen Förderung der Schüler/innen notwendig.

Mit den Bildungsrahmenartikeln der Bundesverfassung wird eine strukturelle und inhaltliche Harmonisierung der kantonalen Schulsysteme zu einem einheitlichen "Bildungsraum Schweiz" angestrebt. Diese Vorgaben werden durch die Gesamtheit der Kantone mit dem Konkordat zur Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) umgesetzt. Der Kanton Aargau beteiligt sich zudem an der Entwicklung eines einheitlichen Lehrplans der deutschsprachigen Kantone. Die „Harmonisierung der Schulstrukturen“, die „Einführung der Grund- und Basisstufe“, die „Schaffung von Tagesstrukturen“ und die „Lektionenzuteilung mit Sozialindex“ bilden das umfassende Schulentwicklungsprojekt „Bildungskleeblatt“, mit welchem die Volksschule auf die sich grundlegend veränderten Anforderungen des Umfeldes ausgerichtet werden soll, damit die Schule auch künftig kompetente, leistungsfähige und lernfreudige Menschen heranbilden kann. Die Planung sieht die Umsetzung des "Bildungskleeblatts" an den Schulen ab dem Schuljahr 2011/2012 vor.

Die Geburtenzahlen waren von 1996 bis 2002 rückläufig, ab 2003 wieder steigend. Die Zahl der Lernenden an der Volksschule wird bis 2015 zurückgehen und anschliessend wieder ansteigen. Diese Entwicklung verläuft je nach Region jedoch unterschiedlich. Aufgrund der räumlichen Verteilung der Lernenden auf viele kleine Schulen führt der vorübergehende Rückgang der Lernenden nicht unmittelbar auch zu einer prozentual gleichen Reduktion der Abteilungszahlen.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
					2009	2010	2011	
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
310KU0009	Lernende des Kindergartens und der Volksschule (exkl. Sonderschule)	Anzahl	73'430	70'325	71'160	70'370	70'240	69'740
<b>Leistungskennzahlen</b>								
310KL0022	Abteilungen der Volksschule (exkl. Sonderschule)	Anzahl	3'412	3'232	3'990	3'977	3'962	3'525
310KL0023	Vollzeitäquivalente (Vollzeitpensen der Lehrkräfte) der Volksschule (exkl. Sonderschule)	Anzahl	4'438	4'409	5'162	5'148	5'125	5'112
310KL0024	Lernende pro Vollzeitäquivalent (Betreuungsverhältnis)	Anzahl	14	13.6	13.8	13.7	13.7	13.6
310KL0025	Beratungen durch das Inspektorat (Schulleitungen, Schulpflegen, Schulräte, Lehrpersonen)	Anzahl	2'456	1'800	2'600	2'600	2'600	2'600

KENNZAHLEN		Einheit	JB	Budget	Budget	Planjahre		
			2006	2007	2008	2009	2010	2011
310KL0026	Aufwand des Inspektorats für externe Schulevaluationen	Tage		200	450	450	450	450
310KL0027	Einsätze im Zusammenhang mit der Aufsichtspflicht des Inspektorats	Anzahl	44	75	80	85	90	90
310KL0032	Abgeschlossene Aufträge des Schulpsychologischen Dienstes (SPD)	Anzahl	4'562	3'450	4'890	4'890	4'890	4'890
<b>Finanzkennzahlen</b>								
310KF0010	Lohnkosten für Lehrpersonen der Volksschule (exkl. Sonderschule, Sprachheilwesen - ab 2006 inkl. Kindergarten)	1'000 Fr.	604'647	652'199	702'995	733'230	740'079	757'544
310KF0011	Lohnkosten pro Lernende/r der Volksschule (exkl. Sonderschule, Sprachheilwesen - ab 2006 inkl. Kindergarten)	Franken	9'731	9'274	9'879	10'420	10'536	10'862
310KF0012	Beitrag der Gemeinden an die Lohnkosten der Volksschule (exkl. Sonderschule, Sprachheilwesen, mit Einführung GAT III ab 2006 sowie unter Berücksichtigung NFA ab 2008)	1'000 Fr.	180'532	177'266	144'088	155'393	133'724	135'937

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0009, KL0022 und KL0023: Die Lernenden- und Abteilungszahlen lagen 2006 durchschnittlich 1.5% höher als diejenigen der Schulentwicklungsprognose 2002 des Statistischen Amts. Die Lernendenzahlen werden daher ab 2008 den aktuellen Gegebenheiten angepasst und gegenüber dem AFP 2007-2010 entsprechend korrigiert. Zudem verschiebt sich ab 2009 das Schuleintrittsalter über 3 Jahre um jeweils einen Monat vom 30. April auf den 31. Juli. Aus diesem Grund werden zwischen 2009 und 2011 jährlich 1/12 mehr Lernende eingeschult, was ca. 450 Schüler/innen oder rund 20 Abteilungen entspricht.

KL0022 und KL0023: Die Kennzahlen betreffend die Abteilungen und Vollzeitäquivalente berücksichtigen beim Budget 2007 den Kindergarten noch nicht, der 2006 kantonalisiert wurde. Unter Berücksichtigung des Kindergartens belaufen sich die Zahlen beim Budget 2007 auf 3'887 Abteilungen (+655 Abteilungen des Kindergartens) und auf 5'101 Vollzeitäquivalente (+692 Vollzeitäquivalente des Kindergartens).

KL0025, KL0026 und KL0027: Die Schulleitungen sind die ersten Ansprechpersonen des Inspektorats in der geleiteten Schule. Die Anzahl der Beratungen steigt im Hinblick auf die flächendeckende Einführung von Schulleitungen, dem vermehrten Beratungsbedarf für die integrative Schulung sowie den Fragestellungen zum "Bildungskleeblatt". Zusätzlich wird mit einer Steigerung des Aufwands für die externe Schulevaluation und bei den aufsichtsrechtlichen Einsätzen gerechnet. Hingegen nehmen die direkten Kontakte zu den Schulpflegern und den Lehrpersonen ab.

KF0010 und KF0012: Nachdem die Lernendenzahlen weniger stark zurückgingen als prognostiziert, mussten 2006 und 2007 die höheren Lohnkosten mittels Zusatzfinanzierung beim Grossen Rat beantragt werden. Die Lohnkosten werden daher ab 2008 an die Entwicklung der Lernendenzahlen angepasst. Zudem wird mit um 1% erhöhten Arbeitgeberbeiträgen (APK-Dekret) gerechnet, was jährlich rund 7 Mio. Franken entspricht. Ab Schuljahr 2008/2009 werden die Schulleitungspensen um rund 20% aufgestockt, wodurch die Kosten 2008 gegenüber dem Vorjahr um 2.5 Mio. Franken und 2009 um 3.5 Mio. Franken ansteigen. Mit der Einführung von Englisch an der Primarschule erhöhen sich die Lohnkosten 2008 um 1.5 Mio. Franken, 2009 um 5.8 Mio. Franken, 2010 um 8.2 Mio. Franken und ab 2011 um 11 Mio. Franken. Aufgrund der Verschiebung des Stichtags für den Schuleintritt ergibt sich 2009 eine Erhöhung um 1.2 Mio. Franken, 2010 um 4.2 Mio. Franken und 2011 um 7.1 Mio. Franken.

KF0012: Die Aktualisierung der Aufgabenteilungsbilanzen zwischen Kanton und Gemeinden hat gezeigt, dass die Gemeindeanteile 2006 und 2007 zu niedrig angesetzt waren. Deswegen werden über die Gemeindebeiträge an den Lohnkosten für die Lehrpersonen der Volksschule 2008 und 2009 jeweils 24 Mio. Franken kompensiert und dadurch die Kostenneutralität zwischen Kanton und Gemeinden erreicht. Der Kanton erhält gemäss den aktualisierten Berechnungen zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen (NFA) einen höheren Ressourcenausgleich als erwartet. Als Folge davon erhöht sich auch der Ausgleichsbetrag an die Gemeinden (Kostenneutralität zwischen Kanton und Gemeinden). Die Beiträge der Gemeinden an die Lohnkosten der Volksschule verringern sich gemäss der NFA-Gesamtbilanz vom 31. Oktober 2007 ab 2008 um jährlich 109.108 Mio. Franken (Umsetzung des GRB 2007-1427 vom 27. November 2007 zum AFP 2008-2011 mit Budget 2008).

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
310ES0010	Einführung der Grund- und Basisstufe	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2002-94 vom 23.01.2002, GRB 2002-0761 vom 20.08.2002, zusätzlicher Globalkredit geplant)	2009	396	361	274	491	500	2'022
		2	Evaluation mit anderen projektbeteiligten Kantonen	Ende 2007						
		3	Verabschiedung des Planungsberichts "Bildungskleeblatt" durch den GR	31.08.2007						
		4	Verabschiedung der Botschaft durch den GR	31.01.2009						
		5	Volksabstimmung	31.05.2009						
		6	Umsetzung ab Schuljahr 2011/2012	2011						
		7	Abschluss des Strukturwechsels	2014						
310ES0011	Qualitätsmanagement an den Volksschulen durch die Einführung eines Abschlusszertifikats Volksschule	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2005-946 vom 06.07.2005, RRB 2006-441 vom 29.03.2006)	2005	109	271	231			611
		2	Testlauf zum Abschlusszertifikat Volksschule an Pionierschulen	ab Mai 2006						
		3	Beschluss des GR über die Einführung des Abschlusszertifikats	2009						
		4	Reguläre Einführung ab Schuljahr 2009/2010	2009						
310ES0012	Einführung von Englisch an der Primarschule	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2006-775 vom 07.06.2006 und GRB 2007-1157 vom 19.06.2007)	2007	349	4'092	3'454	7'094	1'700	16'689
		2	Verabschiedung des Projektplans und Bewilligung des Globalkredits durch den RR	31.05.2006						
		3	Führung von 46 Pilotklassen für drei Jahre ab Schuljahr 2006/2007	2006						
		4	Verabschiedung der Botschaft durch den GR	30.06.2007						
		5	Flächendeckende Einführung ab Schuljahr 2008/2009	2008						
		6	Unterricht an allen Primarschulen ab 3. Schuljahr	2012						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
310ES0013	Schaffung von Tagesstrukturen	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2006-102 vom 25.01.2006, zusätzlicher Globalkredit geplant)	2009		103	84	924	1'535	2'646
		2	Verabschiedung des Planungsberichts zum "Bildungskleeblatt" durch den GR	31.08.2007						
		3	Verabschiedung der Botschaft durch den GR	31.01.2009						
		4	Volksabstimmung	31.05.2009						
		5	Umsetzung ab Schuljahr 2011/2012	2011						
		6	Teilausbau der Tagesstrukturen	2014						
		7	Vollausbau der Tagesstrukturen	2016						
310ES0014	Harmonisierung der Schulstrukturen	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2006-227 vom 22.02.2006, zusätzlicher Globalkredit geplant)	2009	338	920	765	2'797	1'500	6'320
		2	Verabschiedung des Planungsberichts zum "Bildungskleeblatt" durch den GR	31.08.2007						
		3	Verabschiedung der Botschaft durch den GR	31.01.2009						
		4	Volksabstimmung	31.05.2009						
		5	Umsetzung ab Schuljahr 2011/2012	2011						
		6	Abschluss des Strukturwechsels	2014						
310ES0015	Lektionenzuteilung mit Sozialindex	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2005-524 vom 06.04.2005, zusätzlicher Globalkredit geplant)	2009	8	147	124	633	510	1'422
		3	Verabschiedung des Planungsberichts zum "Bildungskleeblatt" durch den GR	31.08.2007						
		4	Verabschiedung der Botschaft durch den GR	31.01.2009						
		5	Volksabstimmung	31.05.2009						
		6	Umsetzung ab Schuljahr 2011/2012	2011						
		7	Lektionenzuteilung mit Sozialindex an allen Schulen	2015						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
310ES0016	Einführung von Französisch an der Primarschule	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)	2008				6'402	400	6'802
		2	Vernehmlassung	31.12.2007						
		3	Verabschiedung der Botschaft durch den GR	30.06.2008						
		4	Flächendeckende Einführung ab Schuljahr 2012/2013	2012						
		5	Unterricht an allen Primarschulen ab dem 5. Schuljahr	2013/2014						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0010, ES0013, ES0014 und ES0015: Die Entwicklungsschwerpunkte "Einführung der Grund-/Basisstufe", "Schaffung von Tagesstrukturen", "Harmonisierung der Schulstrukturen" und "Lektionenzuteilung mit Sozialindex" werden gegenüber dem AFP 2007-2010 jeweils um ein Jahr auf das Schuljahr 2011/2012 verschoben. Neben der zeitlichen Verschiebung gibt es gegenüber dem vorjährigen AFP zudem Abweichungen bei den Finanzen, die aufgrund neuester Berechnungen, unter anderem ausgehend von der Entwicklung der Lernendenzahlen, angepasst wurden. Die Zielsetzungen, die pädagogischen Konzepte und die Auswirkungen der zum "Bildungskleeblatt" zusammengeschlossenen Entwicklungsschwerpunkte werden im Planungsbericht ausführlich dokumentiert.

ES0010: Mit der Einführung der Eingangsstufe soll der Unterricht für alle Kinder in altersdurchmischten Abteilungen stattfinden. Das gilt auch für die Kinder der bisherigen Einschulungsklassen und Kleinklassen. Lehren und Lernen richten sich nach dem Entwicklungsstand und der individuellen Leistungsfähigkeit der Schüler/innen. Der bewilligte Globalkredit deckt den Schulversuch "Grund- und Basisstufe" ab. Für die Umsetzung werden zusätzliche Mittel eingestellt.

ES0011: Die Einführung eines Abschlusszertifikats an der Volksschule stösst auf ein breites Interesse. Am Testlauf beteiligen sich nun 88 Abteilungen anstatt der 60 Abteilungen gemäss der ursprünglichen Planung.

ES0012: Die Löhne der Lehrpersonen für den Englischunterricht an den Pilotklassen werden für die drei Pilotjahre von 2007 bis 2009 vom Kanton getragen. Die Kosten für die Nachqualifikation der Lehrpersonen der Mittel- und Oberstufe sind durch den Grosskredit abgedeckt. Die Lohnkosten für die Einführung ab dem Schuljahr 2008/2009 sind für die ersten vier Jahre im Grosskredit eingestellt, werden aber nicht beim Entwicklungsschwerpunkt dargestellt, weil es sich um jährlich wiederkehrende Kosten handelt. Ab Schuljahr 2011/2012 sind die jährlich wiederkehrenden Kosten im Globalbudget eingestellt.

ES0012, ES0013 und ES0014: Die "Einführung von Englisch an der Primarschule", die "Schaffung von Tagesstrukturen" und die "Harmonisierung der Schulstrukturen" sind gleichzeitig wirtschaftspolitische Massnahmen, die der Regierungsrat mit RRB 2005-584 vom 28.04.2005 beschlossen hat.

ES0013: Nach dem Planungsbericht zum "Bildungskleeblatt" erfolgt der Unterricht an der Volksschule im Rahmen von Blockzeiten. Ausserhalb der Unterrichtszeiten stellt die Schule ein Förder- und Betreuungsangebot sicher, welches nach pädagogischen Grundsätzen geführt wird. Der Kanton beteiligt sich an diesen Kosten in Form einer Anstossfinanzierung für die Schuljahre 2011/2012 und 2012/2013. Die Anstossfinanzierung an die Gemeinden ist ab 2012 vorgesehen.

ES0015: Der Entwicklungsschwerpunkt betreffend "Lektionenzuteilung mit Sozialindex" gehört ebenfalls zum "Bildungskleeblatt" und sieht vor, dass die Lektionen für den Unterricht an der Volksschule den Schulträgern aufgrund der Anzahl Schüler/innen pauschal zugesprochen werden. Bei der Berechnung wird der Sozialindex der Gemeinden berücksichtigt. Der Entwicklungsschwerpunkt wurde im AFP 2007-2010 unter der Bezeichnung "Ressourcensteuerung" eingeführt.



ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
310ZI0012	Die Schulen verfügen über ein System für Qualitätsentwicklung und -sicherung.	1	Schulen mit Hauptelementen des Qualitätsentwicklungs- und Qualitätssicherungsmodells an der Aargauer Volksschule (QUES Aargau) (von total 235 Schulen)	Anzahl	38	80	120	235	235	235
		2	Extern evaluierte Schulen (von total 235 Schulen)	Anzahl	6	20	45	45	60	60
		4	Abteilungen mit absolvierten Leistungstests	Anzahl	351	400	400	400	670	670
310ZI0013	Die Integrationsbemühungen an den Schulen werden verstärkt.	1	Schulen mit integrativen Schulungsformen ISF (Stand jeweils 1. August)	Anzahl	16	24	38	48	78	150
		2	Einschulungsklassen (von total 161 Abteilungen, Stand 2003)	Anzahl	148	137	137	137	130	87
		3	Lernende in Kleinklassen	Anzahl	1'998	1'946	1'880	1'800	1'300	800

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0012: Die Anzahl evaluierter Schulen (Indikator 2) wird ab 2010 von 45 auf 60 evaluierte Schulen erhöht (Umsetzung des GRB 2007-1427 vom 27. November 2007 zum AFP 2008-2010 mit Budget 2008).

ZI0013: Mit der Einführung der integrativ ausgestalteten Eingangsstufe gemäss "Bildungskleeblatt" können die Einschulungsklassen aufgehoben werden. Die Kinder können die Eingangsstufe individuell in 2 bis 3 Jahren (Grundstufe) oder in 3 bis 5 Jahren (Basisstufe) durchlaufen.

ZI0013: Mit der Vorverlegung des Deutschunterrichts für Fremdsprachige (DfF) in den Kindergarten findet die sprachliche Integration früher statt. Die Anzahl der Kleinklassen kann durch die Verbreitung der integrativen Schulungsformen (ISF) reduziert werden. Die Kleinklassen werden mit der Umsetzung des "Bildungskleeblatts" aufgehoben.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen für die Volksschule sind die Artikel 61a und 62 der Bundesverfassung und auf kantonaler Ebene das Schulgesetz, die Verordnung über die Volksschule, die Verordnung über die Schülerzahlen der Abteilungen und die Zuteilung der Lektionen an der Volksschule, die Verordnung zur geleiteten Schule und die Verordnung über die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit besonderen schulischen Bedürfnissen, worin die Einschulungs-, Klein- und Werkjahrklassen geregelt sind.

Das Gesetz über die Anstellung von Lehrpersonen, das Dekret über die Löhne der Lehrpersonen und die Verordnung über die Anstellung und Löhne der Lehrpersonen regeln die Grundzüge der Rechtsverhältnisse zwischen dem Kanton, den Gemeinden, den Gemeindeverbänden und den Lehrpersonen.

Der Aufwand des Aufgabenbereichs besteht zu 95% aus Lohnkosten für die Lehrpersonen. Die Steuerung des Aufgabenbereichs könnte daher am wirksamsten über die Abteilungsgrösse, die LohnEinstufung der Lehrpersonen sowie die Lektionenverpflichtung erfolgen. Die Eckwerte über die Mindestgrösse der Abteilungen, die maximale Schülerzahl, die Lohnstufen und den Lehrplan (Fächerangebot, Stundentafel) sind nur mittel- bis langfristig steuerbar und erfordern eine Revision der rechtlichen Grundlagen. Mit den Entscheiden zum "Bildungskleeblatt" werden langfristig wichtige Weichen für die Steuerbarkeit der Aufgaben und Finanzen gestellt.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-707'342</b>	<b>-689'269</b>	<b>-761'633</b>	<b>10.5</b>	<b>-788'574</b>	<b>-800'318</b>	<b>-817'817</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>210'499</b>	<b>190'982</b>	<b>160'014</b>	<b>-16.2</b>	<b>171'376</b>	<b>149'214</b>	<b>151'479</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-496'843</b>	<b>-498'287</b>	<b>-601'619</b>	<b>20.7</b>	<b>-617'198</b>	<b>-651'104</b>	<b>-666'337</b>
Total Aufwand Globalbudget	-705'289	-678'367	-748'881	10.4	-771'631	-781'828	-804'854
Total Ertrag Globalbudget	210'499	190'982	159'933	-16.3	171'158	149'214	151'479
Saldo Globalbudget	-494'790	-487'385	-588'948	20.8	-600'473	-632'614	-653'375
Total Aufwand Kleinkredite	-1'645	-3'492	-3'944	13.0	-2'936	-1'889	-1'480
Total Ertrag Kleinkredite	0						
Saldo Kleinkredite	-1'645	-3'492	-3'944	13.0	-2'936	-1'889	-1'480
Total Aufwand Grosskredite	0	-6'923	-8'807	27.2	-14'008	-16'564	-11'272
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	0	-6'923	-8'807	27.2	-14'008	-16'564	-11'272
Total Aufwand LUAE	-408	-487		-100.0	0	-37	-210
Total Ertrag LUAE			81	X	218	0	
Saldo LUAE	-408	-487	81	-116.7	218	-37	-210

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Tagesstrukturen	0				-220	-308	-308
Total Ertrag Grosskredite Tagesstrukturen							
Saldo Grosskredite Tagesstrukturen	0				-220	-308	-308
Total Aufwand Grosskredite Englisch Primarschule	0	-3'423	-4'979	45.5	-8'231	-11'071	-8'063
Total Ertrag Grosskredite Englisch Primarschule							
Saldo Grosskredite Englisch Primarschule	0	-3'423	-4'979	45.5	-8'231	-11'071	-8'063
Total Aufwand Grosskredite Übergangseffekt "Deutsch für Fremdsprachige" Kindergarten		-3'500	-3'828	9.4	-3'856	-1'884	0
Total Ertrag Grosskredite Übergangseffekt "Deutsch für Fremdsprachige" Kindergarten							
Saldo Grosskredite Übergangseffekt "Deutsch für Fremdsprachige" Kindergarten		-3'500	-3'828	9.4	-3'856	-1'884	0
Total Aufwand Grosskredite Französisch Primarschule					-1'201	-2'801	-2'401
Total Ertrag Grosskredite Französisch Primarschule							
Saldo Grosskredite Französisch Primarschule					-1'201	-2'801	-2'401
Total Aufwand Grosskredite Harmonisierung der Schulstrukturen	0				-500	-500	-500
Total Ertrag Grosskredite Harmonisierung der Schulstrukturen							
Saldo Grosskredite Harmonisierung der Schulstrukturen	0				-500	-500	-500

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Lehrmittelverlag (Spezialfinanzierung)	-408	-487		-100.0	0	-37	-210
Total Ertrag LUAE Lehrmittelverlag (Spezialfinanzierung)			81	X	218	0	
Saldo LUAE Lehrmittelverlag (Spezialfinanzierung)	-408	-487	81	-116.7	218	-37	-210

## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

#### Globalbudget

Die wesentlichen Einflussfaktoren, die sich auf das Globalbudget des Aufgabenbereichs auswirken, sind die Anpassung der Gemeindebeiträge aufgrund der GAT- und NFA-Ausgleichsbilanzen, die Veränderung der Lohnsumme aufgrund der allgemeinen Lohnsummenerhöhungen und der Anpassung der Arbeitgeberbeiträge als Folge der Umsetzung des APK-Dekrets, die Aufstockung der Schulleitungen sowie der Ausbau der integrativen Schulungsformen. Zur Entwicklung der Lohnkosten vgl. die Kommentare zu den Finanzkennzahlen KF0010, KF0011 und KF0012.

Die aktualisierte NFA-Gesamtbilanz Stand vom 31. Oktober 2007 führt gegenüber der NFA-Gesamtbilanz Stand vom 15. August 2007 beim AB 310 Volksschule zu einer Verbesserung des Saldos des Globalbudgets um 334'000 Franken (Umsetzung des GRB 2007-1427 vom 27. November 2007 zum AFP 2008-2010 mit Budget 2008).

Aufgrund der Neuordnung des Schulpsychologischen Dienstes zum AB 310 Volksschule erhöht sich das Globalbudget und damit der Saldo des Aufgabenbereichs um rund 7.7 Mio. Franken.

#### LUAE

Das Betriebsergebnis des Lehrmittelverlags kann von Jahr zu Jahr stark schwanken. Dieses ist von den Kosten für neu entwickelte Lehrmittel abhängig, die erst in den Folgejahren einen Ertrag abwerfen. Der Ausgleich des Jahresergebnisses des Lehrmittelverlags erfolgt über den Spezialfonds.

### Veränderung in den Planjahren

#### Globalbudget

Die allgemeine Lohnsummenerhöhung bei den Lehrpersonen, der Anstieg der Lohnnebenkosten mit der Anpassung der Kinderzulagen ab 2009 um 1% sowie höhere Ausgaben für die Weiterbildung der Lehrpersonen führen zum Anstieg des Globalbudgets. Die Beiträge an die Lehrerweiterbildung erhöhen die Ausgaben für die Planjahre 2009 um 8.4 Mio. Franken, 2010 um 4.8 Mio. Franken und 2011 um 1.8 Mio. Franken. Die Aufstockung der Schulleitungspensen bewirkt 2009 gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg des Globalbudgets um 3.5 Mio. Franken. Aufgrund der Verschiebung des Stichtags für den Schuleintritt steigt das Globalbudget 2009 um 1.2 Mio. Franken, 2010 um 4.2 Mio. Franken und 2011 um 7.1 Mio. Franken. Das Globalbudget für das Planjahr 2011 beinhaltet die jährlich wiederkehrenden Aufwendungen für den Englischunterricht an der Primarschule ab Schuljahr 2011/2012.

#### Kleinkredite

Ab 2010 fallen verschiedene Kleinkredite weg. Das Projekt "Geleitete Schule" wird abgeschlossen. Der Leistungstest "Check 5" wird über das Globalbudget geführt. Die Entwicklungsschwerpunkte "Harmonisierung der Schulstrukturen", "Einführung der Grund- und Basisstufe", "Schaffung von Tagesstrukturen" und "Lektionenzuteilung mit Sozialindex" werden durch Grosskredite abgelöst.

#### Grosskredite

Die Grosskredite für die zum "Bildungskleeblatt" gehörenden Entwicklungsschwerpunkte wurden an die aktualisierte Planung angepasst (vgl. Planungsbericht zum "Bildungskleeblatt"). Der Grosskredit "Englisch Primarschule" steigt ab 2009 bis zum Abschluss der flächendeckenden Einführung von Englisch an der Primarschule. Der Grosskredit "Französisch Primarschule" beinhaltet ab 2009 die für die Weiterbildung der Lehrpersonen anfallenden Kosten. Der Übergangseffekt Deutsch für Fremdsprachige (DfF) Kindergarten fällt ab 2011 weg.

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Fördern, Schulen, Betreuen und Beschäftigen von Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen in ambulanter oder stationärer Form zur schulischen, beruflichen und sozialen Integration.

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	315	Sonderschulung, Heime, Werkstätten
Produktegruppen	31510	Ambulante Dienste
	31520	Sonderschulung
	31530	Wohnen Kinder /Jugendliche
	31540	Wohnen Erwachsene
	31550	Arbeiten und Ausbildung Erwachsene
	31560	Kantonale Institutionen

## UMFELDENTWICKLUNG

Der Kanton hat den Auftrag, die Schulung, Förderung, Ausbildung, Beschäftigung und Betreuung von Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen mit einem bedarfsgerechten Angebot an stationären, teilstationären und ambulanten Einrichtungen sicherzustellen. Angestrebt wird die schulische, berufliche und soziale Integration der betroffenen Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen. Die Regelschule richtet sich zunehmend integrativer aus, kann jedoch Lernenden mit besonderem Schulungs- und Betreuungsbedarf nur teilweise gerecht werden. Zudem sind manche Kinder und Jugendliche aufgrund der Art ihrer Behinderung auf ein Wohnangebot ausserhalb des Elternhauses angewiesen. Die Bereitstellung von integrativ ausgerichteten Förder- und Stützmassnahmen und Therapieangeboten für Kinder und Jugendliche entspricht einem zunehmenden Bedürfnis und bildet eine zentrale Herausforderung des Aufgabenbereichs. Die ambulanten Angebote werden ausgebaut. Mittel- und langfristig wird der Bedarf an stationären Plätzen in Sonderschulen und Sonderschulheimen zugunsten der integrativen Schulung zurückgehen.

Die steigende Lebenserwartung sowie der medizinische Fortschritt führen zu einem wachsenden Bedarf an Plätzen für erwachsene Menschen. Der Pflege- und der Betreuungsbedarf erhöht sich als Folge des steigenden Durchschnittsalters und der Zunahme der Diagnosen von komplexen Behinderungsformen. Für leistungsschwache Erwachsene gibt es zu wenig Nischenarbeitsplätze.

Auf der Grundlage des Gesetzes über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz) wird die quantitative, qualitative und finanzielle Steuerung der Angebote verbessert. Das Angebot basiert auf einer kantonalen Gesamtplanung und richtet sich an den Grundsätzen der Wirksamkeit, Qualität und Wirtschaftlichkeit aus. Das Angebot, das Leitbild und die Konzepte einer Einrichtung müssen den qualitativen, quantitativen und finanziellen Rahmenbedingungen der kantonalen Planung entsprechen, damit eine Einrichtung vom Kanton anerkannt wird. Der Kanton und die anerkannten Einrichtungen regeln die gegenseitigen Verpflichtungen durch Leistungsvereinbarungen. Die Leistungsvereinbarungen und die Einführung von Benchmarks sollen das unternehmerische Handeln der Einrichtungen fördern.

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen (NFA) verpflichtet die Kantone, die wegfallenden Leistungen der Invalidenversicherung (IV) an die Sonderschulung einschliesslich der heilpädagogischen Früherziehung sowie an die Anstalten, Werkstätten und Wohnheime für Erwachsene während mindestens drei Jahren vollumfänglich auszugleichen. Das führt ab 2008 zu einer massiven Ausgabensteigerung, die der Kanton nicht beeinflussen kann. Der Kanton wird bis 2010 ein Sonderschulungskonzept für den Kinder- und Jugendbereich sowie ein vom Bundesrat zu genehmigendes kantonales Behindertenkonzept für den Erwachsenenbereich erstellen. Auf den 1. Januar 2011 ist der Beitritt des Kantons Aargau zum Konkordat über den sonderpädagogischen Bereich vorgesehen.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
	<b>Umfeldkennzahlen</b>							
315KU0019	Lernende des Kindergartens und der Volksschule inkl. Sonderschulung	Anzahl	75'260	73'248	73'130	72'220	71'670	71'150
	<b>Leistungskennzahlen</b>							
315KL0080	Aargauer Kinder und Jugendliche in Sonderschulen	Anzahl			1'820	1'800	1'780	1'760
315KL0081	Aargauer Kinder und Jugendliche in Wohnrichtungen	Anzahl			667	660	653	646
315KL0082	Aargauer Erwachsene in Wohnrichtungen	Anzahl			1'257	1'295	1'327	1'353
315KL0083	Aargauer Erwachsene in Werk- oder Beschäftigungsstätten	Anzahl			2'028	2'063	2'095	2'124

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
	<b>Finanzkennzahlen</b>							
315KF0025	Restkostenbeiträge an ambulante Angebote, Sonderschulung und Wohneinrichtungen für Kinder und Jugendliche	Mio. Fr.			180.1	184.7	189.4	194.2
315KF0026	Restkostenbeiträge an Wohn- und Arbeitsstätten für Erwachsene	Mio. Fr.			110.4	118	125.4	131.3
315KF0027	Restkostenbeiträge der Gemeinden und des Kanton	Mio. Fr.	57	93	290.5	302.7	314.8	325.5
315KF0028	Kantonsanteil an den Restkosten	Mio. Fr.	13	56	174.3	181.6	188.9	195.3

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

Die Kennzahlen des Aufgabenbereichs Sonderschulung, Heime und Werkstätten (SHW) wurden für den AFP 2008-2011 grundlegend überarbeitet, wodurch einerseits die Aussagekraft der Gesamtheit der Kennzahlen verbessert werden konnte und nun andererseits ein direkter Bezug zwischen den Leistungs- und Finanzkennzahlen hergestellt werden kann.

KF0025 und KF0026: Neu werden die "Restkostenbeiträge an ambulante Angebote, Sonderschulung und Wohneinrichtungen für Kinder und Jugendliche" sowie die "Restkostenbeiträge an Wohn- und Arbeitsstätten für Erwachsene" anstelle der bis zum AFP 2007-2010 aufgeführten Gesamtkosten (Bruttokosten) der Angebote angegeben, weil die Bruttokosten vor allem bei den ausserkantonalen Leistungserbringern nicht zuverlässig erhoben werden konnten.

KF0027 und KF0028: Die Umsetzung der NFA führt ab 2008 zu einem erheblichen Anstieg der Restkosten der Sonderschulen, Heime und Werkstätten zulasten der Gemeinden und des Kantons. Der Kantonsanteil an den Restkosten beträgt 60%. Aufgrund des Wegfalls der Leistungen der Invalidenversicherung werden die entsprechenden Finanzkennzahlen gemäss AFP 2007-2010, welche die Kostenbeiträge der IV auswies, gestrichen. Die Budgetwerte 2008 und die Planwerte der Jahre 2009-2011 beruhen auf einer Schätzung der Restkosten auf der Grundlage bereits bekannter Zahlen. Die während der Planperiode 2008-2011 ansteigenden Restkosten sind auf die Zunahme von erwachsenen Menschen mit einer Behinderung, die Miteinberechnung einer Teuerung von jährlich 2%, die vom Kanton auszurichtenden höheren Beiträge an die Bauvorhaben der Einrichtungen und den Ausbau der ambulanten Angebote zugunsten der Integration von Kindern und Jugendlichen zurückzuführen.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
315ES0014	Vorbereitung und Umsetzung NFA	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2007-000933 vom 04.07.2007)	2007		500	160	500		1'160
		2	Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen für die kantonale Ausführungsgesetzgebung	2006						
		3	Anpassung der kantonalen Gesetzgebung gemäss NFA-	2007						
		4	Inkraftsetzung NFA	2008						
		9	Verabschiedung des Konkordats für den sonderpädagogischen Bereich	2009						
		5	Genehmigung des Behindertenkonzepts durch den GR	2009						
		6	Genehmigung des Behindertenkonzepts durch den Bundesrat	2010						
		7	Genehmigung des Sonderschulkonzepts durch den GR	2010						
8	Beitritt zum Konkordat über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich	01.01.2011								

**KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN**

ES0014: Die Laufzeit, die Massnahmen und die Finanzen des Entwicklungsschwerpunkts wurden an den aktuellen Planungsstand angepasst, wobei sich gegenüber dem AFP 2007-2010 ein geringerer Gesamtaufwand ergibt.

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
315ZI0026	Das ambulante Angebot für Kinder und Jugendliche wird zur Stärkung der Prävention und Integration ausgebaut.	Mio. Fr.			3	1	1	1
315ZI0027	Der Benchmark aus Kosten und Qualität wird an den günstigsten, vertretbaren Wert festgelegt.	%			40	30	20	10
	Maximaler Mehraufwand für die Abgeltung der Leistungen für Kinder und Jugendliche gegenüber dem Vorjahr	Mio. Fr.			14.7	4.6	4.7	4.8

**KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN**

Die bisherigen Ziele des Aufgabenbereichs SHW werden mit dem AFP 2008-2011 durch neue ersetzt. Per 31.03.2008 werden mit allen anerkannten Einrichtungen die gemäss Betreuungsgesetz vorgeschriebenen Leistungsvereinbarungen abgeschlossen sein. Das entsprechende Ziel entfällt. Die übrigen Ziele gemäss AFP 2007-2010 sind nur bedingt steuerbar und werden durch zwei neue Ziele ersetzt.

ZI0026: Das neue Ziel zum Ausbau des ambulanten Angebots für Kinder und Jugendliche antwortet auf die während der vergangenen Jahre permanent angestiegene Anzahl von Einweisungen in stationäre Einrichtungen. Die Wirkungen des geplanten Ausbaus zeigen sich bei den Leistungskennzahlen KL0080 und KL0081, bei welchen ein Rückgang der Anzahl der stationär platzierten Kinder und Jugendlichen aufgezeigt wird. Die Zahlen werden nicht als Indikatoren, sondern als Kennzahlen geführt, weil der Entscheid über eine ambulante oder stationäre Platzierung nicht durch den Kanton, sondern durch die Schulpflege oder die zuständige vormundschaftliche Behörde gefällt wird. Der für 2008 budgetierte Mehraufwand von 3 Mio. Franken setzt sich aus 0.9 Mio. Franken für den Sprachheilunterricht bei integrativer Schulung und aus 2.1 Mio. Franken für die Erweiterung der Pensen für den Sprachheilunterricht zusammen.

ZI0027: Die Unterschiede zwischen den Leistungspauschalen für vergleichbare Leistungen verschiedener Anbieter sollen möglichst gering sein. Der Benchmark erzeugt auf die Einrichtungen einen Druck zur marktorientierten Ausgestaltung der Leistungspauschalen. Die Steuerung erfolgt über die Ausgestaltung der Leistungsvereinbarungen, die mit den Institutionen abgeschlossen werden.

**STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN**

Die wesentlichen rechtlichen Grundlagen sind die Art. 19, Art. 62 Abs. 3 und Art. 112b der Bundesverfassung, der Bundesbeschluss zur NFA, das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen, das kantonale Betreuungsgesetz und die dazugehörige Verordnung, die Sonderschulungsverordnung sowie die Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE).

Der weitaus grösste Anteil an den Finanzen des Steuerungsbereichs entfällt auf den Beitrag des Kantons an die Restkosten der Sonderschulen, Heime und Werkstätten (2008 entfallen 91% und 2011 96% des Saldos des Aufgabenbereichs auf den Kantonsanteil an die Restkosten). Die Kantone sind dazu verpflichtet, die mit Inkrafttreten der NFA wegfallenden Leistungen der IV während mindestens drei Jahren vollumfänglich auszugleichen. Die Kostenentwicklung kann ab 2011 mit Leistungspauschalen auf der Grundlage des Sonderschulkonzepts und des Behindertenkonzepts gesteuert werden. Die Zuweisung der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen an die verschiedenen ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen (kostenauslösendes Ereignis) erfolgt in Berücksichtigung der besonderen Betreuungsbedürfnisse der betroffenen Personen durch die Schulpflege oder die zuständige vormundschaftliche Behörde. Der Grosse Rat kann die Zahl der Einweisungen nur über die Änderung der rechtlichen Grundlagen steuern. Steuerungsmöglichkeiten bestehen beim Ausbau der ambulanten Angebote.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-151'127</b>	<b>-227'974</b>	<b>-356'446</b>	<b>56.4</b>	<b>-366'569</b>	<b>-375'221</b>	<b>-382'328</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>88'068</b>	<b>149'483</b>	<b>166'080</b>	<b>11.1</b>	<b>172'025</b>	<b>177'573</b>	<b>182'355</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-63'060</b>	<b>-78'491</b>	<b>-190'366</b>	<b>142.5</b>	<b>-194'544</b>	<b>-197'648</b>	<b>-199'973</b>
Total Aufwand Globalbudget	-88'537	-123'774	-354'984	186.8	-364'905	-373'754	-381'753
Total Ertrag Globalbudget	25'419	46'183	165'178	257.7	171'136	176'681	182'355
Saldo Globalbudget	-63'118	-77'591	-189'806	144.6	-193'769	-197'073	-199'398
Total Aufwand Kleinkredite	-872	-900	-1'462	62.5	-1'664	-1'467	-575
Total Ertrag Kleinkredite	931		902	X	889	892	0
Saldo Kleinkredite	58	-900	-560	-37.8	-775	-575	-575
Total Aufwand LUAE	-61'718	-103'300	0	-100.0	0	0	0
Total Ertrag LUAE	61'718	103'300	0	-100.0	0	0	0
Saldo LUAE	0	0	0	X	0	0	0

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Restkostenverteilung SHW	-61'718	-93'100	0	-100.0	0	0	0
Total Ertrag LUAE Restkostenverteilung SHW	61'718	93'100	0	-100.0	0	0	0
Saldo LUAE Restkostenverteilung SHW	0	0	0	X	0	0	0
Total Aufwand LUAE Restkostenverteilung Abtragung Vorjahre		-10'200		-100.0			
Total Ertrag LUAE Restkostenverteilung Abtragung Vorjahre		10'200		-100.0			
Saldo LUAE Restkostenverteilung Abtragung Vorjahre		0		X			

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Der Anstieg des Globalbudgets und damit des Saldos des Aufgabenbereichs gegenüber dem AFP 2007-2010 ergibt sich primär aus den Auswirkungen der NFA ab 2008 (113 Mio. Franken). Die Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung der NFA sind zwischenzeitlich unter anderem auch interkantonal fortgeschritten, wodurch die vom Kanton zu übernehmenden Kosten nun detaillierter ermittelt werden konnten. Die Vielzahl von Bauvorhaben der Einrichtungen gegenüber dem Vorjahr wirkt sich ebenfalls auf das Globalbudget des Aufgabenbereichs aus. Die durch die Bauvorhaben entstehenden Mehraufwendungen bei den Liegenschaftskosten (Abschreibungen und Hypothekarzinsen) erhöhen die Leistungsabgeltung an die betreffenden Einrichtungen wie auch die Restkosten.

Der Ausbau der ambulanten Angebote für Kinder und Jugendliche, die konzeptionellen Änderungen bisheriger Angebote, wie der Teilausbau der Kinderstation Rüfenach auf 365 Öffnungstage, die Umsetzung des Sonderschulunterrichts gemäss den Vorgaben der neuen Sonderschulungsverordnung sowie neue Angebote, wie die interne Sonderschule der 2007 eröffneten psychiatrischen Station für Jugendliche in der Psychiatrischen Klinik Königsfelden, führen ebenfalls zu einem höheren Aufwand.

###### LUAE

Mit Inkrafttreten des Betreuungsgesetzes per 01.01.2007 erfolgte bei der Verteilung der Restkosten auf die Gemeinden und den Kanton die Umstellung auf die periodengerechte Rechnungslegung. Der Restkostenbetrag des Kantons wird damit nicht mehr nachschüssig verbucht. Nachdem der Kantonsbeitrag somit neu im direkten Zusammenhang mit den entsprechenden Aufwendungen und Gemeindebeiträgen steht, sind die Voraussetzungen für den Ausweis als LUAE nicht mehr gegeben. Die Restkosten werden deswegen ab 2008 im Globalbudget und nicht mehr bei den LUAE dargestellt.

##### Veränderung in den Planjahren

###### Globalbudget

Das Globalbudget steigt während der Planperiode wegen dem mit der NFA zusammenhängenden Anstieg bei den Restkosten und dem Ausbau der ambulanten Angebote. Ab 2009 bis zum Ende der Planperiode nehmen die Beitragszahlungen an die Bauvorhaben der verschiedenen Einrichtungen ab.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Vermitteln von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten in einem sinnstiftenden und motivierenden Lernklima in der leistungsorientierten Sekundarstufe II; Die Lernenden erwerben die Grundlage für ihren Studien-, Berufs- und Lebenserfolg.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	320	Berufsbildung und Mittelschule Sek II
Produktgruppen	32010	Berufsvorbereitung
	32020	Berufliche Grundbildung
	32030	Höhere Berufsbildung / Weiterbildung
	32040	Mittelschulbildung
	32050	Schulgelder

**UMFELDENTWICKLUNG**

Mit dem Angebot an weiterführenden Schulen will der Kanton allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Abschluss ermöglichen, der für das Berufsleben oder die Hochschule qualifiziert und einen selbstständigen Lebensunterhalt ermöglicht. Eine fundierte Ausbildung soll zudem den qualifizierten beruflichen und akademischen Nachwuchs für Forschung, Industrie und Wirtschaft sicherstellen und damit den Kanton als attraktiven Wirtschaftsstandort stärken.

Die hohe Innovationsgeschwindigkeit in der Wirtschaft und in der Wissenschaft erfordert eine laufende Anpassung der Lehrgänge. Der gesellschaftliche und familiäre Wandel macht neue Angebote von Erziehungs- und Betreuungsleistungen der Schule notwendig. Die Lehrpersonen und die Auszubildenden übernehmen zunehmend auch Beratungs- und Betreuungsfunktionen.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bildet eine Herausforderung, auf welche der Kanton mit dem Massnahmenpaket "Vitamin L" reagiert. Einerseits werden die Unternehmen zur Schaffung und nachhaltigen Erhaltung von Ausbildungsplätzen motiviert, andererseits werden Jugendliche auf dem Weg in die Berufsbildung, während der Berufslehre und beim Einstieg in die Arbeitswelt unterstützt. Die Zusammenarbeit von Fachleuten aus Bildung, Arbeitsmarkt und den Beratungsdiensten für Ausbildung und Beruf stärkt mit neuen Lösungsansätzen den Aargau als Bildungskanton.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
					2009	2010	2011	
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
320KU0010	Lernende des 9. Schuljahrs gemäss Schulentwicklungsprognose 2003	Anzahl	7'035	6'934	6'595	6'480	6'338	6'554
320KU0011	Lehrstellen	Anzahl	16'005	16'200	16'250	16'250	16'250	16'250
<b>Leistungskennzahlen</b>								
320KL0043	Lernende in der Berufsvorbereitung (nur Kantonale Schule für Berufsbildung KSB)	Anzahl	1'041	1'100	1'100	1'100	1'020	940
320KL0044	Lernende in der beruflichen Grundbildung (Gewerbe/Industrie, KV/Detailhandel, Gesundheit/Soziales Sekundarstufe II)	Anzahl	15'349	14'880	15'160	15'200	15'230	15'180
320KL0045	Studierende in der Höheren Berufsbildung/Weiterbildung (Höhere Fachschule GS, Schweizerische Bauschule, Kurse für Berufsbildner/innen)	Anzahl	1'463	1'400	1'420	1'330	1'370	1'360
320KL0046	Lernende an den Mittelschulen (Tagesmittelschulen und AME)	Anzahl	4'953	5'058	4'981	5'010	5'065	5'548
<b>Finanzkennzahlen</b>								
320KF0022	Kosten pro Lernende/r in der Berufsvorbereitung	Franken	14'121	13'519	15'179	13'230	13'279	14'224
320KF0023	Kostenanteil des Kantons an den Kosten pro Lernende/r in der beruflichen Grundbildung (Gewerbe/Industrie, KV/Detailhandel, Gesundheit/Soziales Sekundarstufe II)	Franken	2'373	2'972	4'533	4'538	4'578	4'614
320KF0025	Kosten pro Lernende/r an der Mittelschule	Franken	17'931	18'135	18'328	18'751	18'900	18'253



**KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN**

KU05 gemäss AFP 2007-2010: Die Anzahl der Lernenden des Kindergartens und der Volksschule wird als Umfeldkennzahl gestrichen, da sich die für den Aufgabenbereich (AB) relevante Umfeldentwicklung aus der Anzahl der Lernenden des 9. Schuljahr ergibt.

KL0045: Die Anzahl Studierende in der Höheren Berufsbildung/Weiterbildung enthält neu entsprechend der Unterstellung der Gesundheitsberufe unter das Bundesgesetz über die Berufsbildung auch die Teilnehmenden an Kursen für Berufsbildner/innen im Bereich Gesundheit und Soziales. Aufgrund dieser Anpassung entfällt auch die bisherige Finanzkennzahl "Kosten pro Studierende/r in der Höheren Berufsbildung/Weiterbildung im Bereich Gesundheit/Soziales (ohne Physiotherapie)" KF60 des AFP 2007-2010.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
320ES0020	Förderung von Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2005-0525 vom 06.04.2005, GRB 2005-0107 vom 28.06.2005, RRB 2007-0233 vom 28.02.2007, zusätzlicher Globalkredit geplant)	2007	129	81	393	391		994
		2	Verabschiedung des Konzepts zur Förderung von Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit durch den RR	30.04.2005						
		3	Umsetzung des Konzepts bzw. der Teilprojekte	ab 01.05.2005						
		4	Schlussbericht mit Auswertung der Massnahmen und Anträgen über das weitere Vorgehen	2009						
320ES0022	Umsetzung des neuen Bundesrechts über die Berufsbildung auf kantonaler Ebene	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2005-000149 vom 26.01.2005)	2005	792	128	0	0		920
		2	Genehmigung des Normkonzepts für das Gesetz über die Berufs- und Weiterbildung (GBW) durch den RR	30.05.2005						
		3	Gesetzesentwurf und Vernehmlassung über das GBW	30.10.2005						
		4	Verabschiedung des GBW durch den GR	06.03.2007						
		5	Inkraftsetzung des GBW	01.01.2008						
		6	Implementierung der neuen Verordnungen über die berufliche Grundbildung	bis 2010						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
320ES0023	Qualitätsentwicklung und -sicherung an den Mittelschulen, Berufsfachschulen und übrigen kantonalen Schulen	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2001-1721 vom 20.10.2001, RRB 2006-0714 vom 24.05.2006)	2006	66	320	450	900		1'736
		2	Konzepterarbeitung für die verschiedenen Bereiche	ab 2005						
		3	Schaffung der rechtlichen Grundlagen mit Leistungsvereinbarungen	2007						
		4	Umsetzung der Konzepte an den Schulen	bis 2010						
320ES0024	Begabungsförderung	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2005-233 vom 16.02.2005, RRB 2006-00437 vom 29.03.2006, RRB 2006-00438 vom 29.03.2006)	2005/2006	84	130	154	20		388
		2	Konzepte der Mittelschulen für den Spitzensport (Spezialmatur/Abteilungsmodell) und die Integrative Förderung Musikbereich	30.01.2005						
		3	Konzept der Berufsfachschulen für den Spitzensport (Abteilungsmodell)	31.12.2005						
		4	Umsetzung und Erprobung der Konzepte	bis 31.07.2009						
		5	Evaluation	bis						
		6	Entscheid über die Fortführung der Abteilungsmodelle	bis 31.12.2009						
		7	Ggf. definitive Einführung ab Schuljahr 2010/2011	2010						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0020: Der Bund hat auf Betreiben des Kantons die Ausscheidung der Kostentragung für die Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit auf der Schnittstelle I (Übergang Sekundarstufe I/ Sekundarstufe II) und der Schnittstelle II (Übergang Sekundarstufe II/Erwerbsleben) vorgenommen. Zukünftig ist das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) zuständig für Massnahmen auf der Schnittstelle I und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) für Massnahmen auf der Schnittstelle II. Die Planung und Finanzierung des kantonalen Projekts "Jugend und Arbeitsmarkt" wurde an diese Ausscheidung angepasst. Die finanziellen Mittel für die Massnahmen auf der Schnittstelle I werden vollumfänglich im AB 320 Berufsbildung und Mittelschule eingestellt. Die Nettoausgaben des Kantons für das Projekt "Jugend und Arbeitsmarkt" auf den Schnittstellen I und II haben sich gegenüber dem AFP 2007-2010 um gesamthaft 0.2 Mio. Franken verringert.

ES15 gemäss AFP 2007-2010: Die Kosten für das Schulentwicklungsprojekt "Bildungskleeblatt" werden vollumfänglich im AB 310 Volksschule abgebildet, weshalb der entsprechende Entwicklungsschwerpunkt ES15 gemäss AFP 2007-2010 vorliegend nicht mehr dargestellt wird. Die finanziellen Auswirkungen auf den AB 320 Berufsbildung und Mittelschule sind im Globalbudget ab 2011 berücksichtigt.

ES0023: Die Globalkredittranchen bis 2006 wurden nicht im vollen Umfang ausgeschöpft, da sich die Interkantonale Fachstelle für Externe Evaluation (IFES) noch im Aufbau befindet. Zudem hat sich gegenüber der ursprünglichen Planung eine schrittweise Vorgehensweise mit weniger extern evaluierten Schulen bewährt. Der Budgetwert 2008 und die Finanzen für die Planjahre 2009-2011 wurden daher angepasst.

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
320ZI0023	Das Bildungspotenzial wird vermehrt ausgeschöpft und die Werte der massgeblichen Bildungsindikatoren an den schweizerischen Durchschnitt angenähert.	1	Berufsmaturitätsquote	%		10	11	11	11.5	11.5
		2	Gymnasiale Maturitätsquote	%		15	15	15	15	15
		3	Geförderte Begabte im Sport und Instrumentalunterricht	Anzahl	38	90	118	116	116	116
		4	Lernende im mehrsprachigen Gymnasium	Anzahl	640	900	647	651	655	700
320ZI0024	Die Mittelschulabbrüche und die Lehrvertragsauflösungen sind reduziert.	1	Abbrecher/innen der Mittelschulen	Anzahl	169	174	165	160	170	162
		2	Lehrvertragsauflösungen	Anzahl	1'199	1'100	1'057	1'007	957	937
320ZI0025	Die Qualität bei den Anbietern in der beruflichen Praxis ist sichergestellt.	1	Besuche durch Berufsinспекtor/innen	Anzahl	671	750	775	800	825	825
320ZI0026	Die Mittelschulen, Berufsfachschulen und übrigen kantonalen Schulen verfügen über ein System für Qualitätsentwicklung und -sicherung.	1	Mittelschulen, Berufsfachschulen und übrige kantonale Schulen mit eingeführtem Qualitätsmanagement (QM)	Anzahl	21	21	21	21	21	21
		3	Extern evaluierte Schulen pro Jahr (von total 24 Schulen)	Anzahl	2	5	5	5	5	5

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI10 gemäss AFP 2007-2010: Das bisherige Ziel, die Übertritte aus der KSB in zertifizierende Angebote der Sekundarstufe II ansteigen zu lassen, wird im Sinne einer Straffung des Aufgabenbereichs auf der Stufe des Aufgabenbereichs nicht mehr weitergeführt.

ZI0023: Der bisherige Indikator der gymnasialen Abschlüsse gemäss AFP 2007-2010 hat neben der gymnasialen Maturitätsquote keinen zusätzlichen Aussagegehalt in Bezug auf die Überwachung der Zielerreichung und wird dementsprechend im AFP 2008-2011 nicht mehr aufgeführt.

ZI0023: Die Angaben des Bundesamts für Statistik (BfS) sind jeweils erst mit etwa einem Jahr Verzögerung erhältlich. Die Berufsmaturitätsquote und die gymnasiale Maturitätsquote des Jahres 2006 können daher noch nicht angegeben werden.

ZI0026: Die Anzahl der Mittelschulen mit Leistungstests für die Lernenden wird mit dem Schulentwicklungsprojekt "Bildungskleeblatt" verknüpft und daher als Indikator nicht mehr weitergeführt.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen sind der Art. 63 der Bundesverfassung, das Bundesgesetz und die dazugehörige Verordnung über die Berufsbildung, das Reglement über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen (FMS), der Rahmenlehrplan für FMS sowie das Reglement über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR), das Schulgesetz, das Gesetz und die Verordnung über die Berufs- und Weiterbildung sowie die Dekrete und Verordnungen über die verschiedenen Schulen und die Lehrpersonenbesoldung. Das Regionale Schulabkommen (RSA 2000) zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Luzern, Solothurn und Zürich regelt die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden.

Die Steuerungsmöglichkeiten sind bei der Berufsbildung aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben eingeschränkt. Die Ausgestaltung der Bildungsgänge liegt in der Kompetenz und Verantwortung der Organisationen der Arbeitswelt (OdA) und des Bundes (BBT), welcher die Verordnungen über die berufliche Grundbildung (VObeG) erlässt. Die Berufsbildung ist eine Verbundaufgabe zwischen dem Bund, den Kantonen und den OdAs und daher auch interkantonal stark verflochten. Die interkantonalen Vereinbarungen sind deshalb von grosser Bedeutung. Handlungsspielraum besteht insbesondere bei der Standortfrage der Berufsfachschulen, wodurch indirekt die Abteilungsgrössen und das Raumangebot und somit die Kostenentwicklung beeinflusst werden kann.

Die gestalterische Freiheit der Kantone und damit die Steuerungsmöglichkeit und der politische Handlungsspielraum ist bei den Mittelschulen grösser als bei der Berufsbildung. Der Grosse Rat kann auf der strategischen Ebene über die Führung oder den Verzicht der Führung eines Ausbildungstypus oder einer Bildungsinstitution entscheiden. Der Regierungsrat kann im Rahmen der grossrätlichen Entscheide die Ausbildungsgänge (Studentafel und Lehrpläne) ausgestalten. Die Steuerung der Kosten bei den Mittelschulen kann über die Abteilungsgrössen, die Pflichtpensen der Lehrpersonen und die Ausgestaltung der Studentafeln beeinflusst werden. 80 bis 90% der Betriebsausgaben der Bildungsinstitutionen bestehen aus Lohnkosten für Lehrpersonen.

Auf der Sekundarstufe II wirken sich strategische Entscheide nicht nur direkt auf die Sicherung des qualifizierten beruflichen und akademischen Nachwuchses aus, sondern haben auch eine sozialpolitische und sozioökonomische Bedeutung. Jeder und jede lernfähige und lernwillige Jugendliche, der/die keine Ausbildung auf der Sekundarstufe II absolvieren kann, die für das Berufsleben oder den Besuch einer Hochschule qualifiziert, löst mit Wahrscheinlichkeit soziale Kosten aus, die höher als Ausbildungskosten sind und damit die Volkswirtschaft und die Gesellschaft belasten. Steuerungsmassnahmen (Reduktion oder Ausweitung der Angebote) wirken sich systembedingt erst mit Verzögerung aus.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-231'391</b>	<b>-243'033</b>	<b>-297'297</b>	<b>22.3</b>	<b>-293'645</b>	<b>-295'195</b>	<b>-305'357</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>56'309</b>	<b>53'073</b>	<b>77'635</b>	<b>46.3</b>	<b>73'370</b>	<b>72'162</b>	<b>71'604</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-175'082</b>	<b>-189'959</b>	<b>-219'662</b>	<b>15.6</b>	<b>-220'276</b>	<b>-223'033</b>	<b>-233'753</b>
Total Aufwand Globalbudget	-204'512	-215'080	-278'918	29.7	-279'480	-281'842	-292'908
Total Ertrag Globalbudget	30'907	27'229	62'858	130.9	62'151	60'892	60'571
Saldo Globalbudget	-173'605	-187'852	-216'059	15.0	-217'329	-220'950	-232'338
Total Aufwand Kleinkredite	-1'865	-2'479	-4'480	80.7	-3'795	-2'083	-1'415
Total Ertrag Kleinkredite	388	371	877	136.4	849		
Saldo Kleinkredite	-1'477	-2'108	-3'603	70.9	-2'946	-2'083	-1'415
Total Aufwand LUAE	-25'014	-25'474	-13'900	-45.4	-10'370	-11'270	-11'034
Total Ertrag LUAE	25'014	25'474	13'900	-45.4	10'370	11'270	11'034
Saldo LUAE	0	0	0	X	0	0	0

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Beiträge an gew. Berufsfachschulen (BFS)	-7'443	-8'500		-100.0	0	0	
Total Ertrag LUAE Beiträge an gew. Berufsfachschulen (BFS)	7'443	8'500		-100.0	0	0	
Saldo LUAE Beiträge an gew. Berufsfachschulen (BFS)	0	0		X	0	0	
Total Aufwand LUAE Beiträge an kantonale Schulen	-1'236	-1'661		-100.0	0	0	
Total Ertrag LUAE Beiträge an kantonale Schulen	1'236	1'661		-100.0	0	0	
Saldo LUAE Beiträge an kantonale Schulen	0	0		X	0	0	
Total Aufwand LUAE Beiträge Amortisation Bauschulden BFS	-5'777	-4'229	-5'000	18.2	-500	-1'500	-1'364
Total Ertrag LUAE Beiträge Amortisation Bauschulden BFS	5'777	4'229	5'000	18.2	500	1'500	1'364
Saldo LUAE Beiträge Amortisation Bauschulden BFS	0	0	0	X	0	0	0

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Beiträge Ausbildung Lehrkräfte BFS	-22	-30		-100.0	0	0	
Total Ertrag LUAE Beiträge Ausbildung Lehrkräfte BFS	22	30		-100.0	0	0	
Saldo LUAE Beiträge Ausbildung Lehrkräfte BFS	0	0		X	0	0	
Total Aufwand LUAE Beiträge an überbetriebliche Kurse	-1'179	-1'501		-100.0	0	0	
Total Ertrag LUAE Beiträge an überbetriebliche Kurse	1'179	1'501		-100.0	0	0	
Saldo LUAE Beiträge an überbetriebliche Kurse	0	0		X	0	0	
Total Aufwand LUAE Beiträge an kaufmännische Berufsfachschulen	-2'286	-2'145		-100.0	0	0	
Total Ertrag LUAE Beiträge an kaufmännische Berufsfachschulen	2'286	2'145		-100.0	0	0	
Saldo LUAE Beiträge an kaufmännische Berufsfachschulen	0	0		X	0	0	
Total Aufwand LUAE Beiträge WB gelernte Berufsleute	-988	-494		-100.0	0	0	
Total Ertrag LUAE Beiträge WB gelernte Berufsleute	988	494		-100.0	0	0	
Saldo LUAE Beiträge WB gelernte Berufsleute	0	0		X	0	0	

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Beiträge Kurse für Berufsbildner/innen	-11	-14		-100.0	0	0	
Total Ertrag LUAE Beiträge Kurse für Berufsbildner/innen	11	14		-100.0	0	0	
Saldo LUAE Beiträge Kurse für Berufsbildner/innen	0	0		X	0	0	
Total Aufwand LUAE Beiträge an ausserkantonale Berufsfachschulen	-6'072	-6'900	-8'900	29.0	-9'870	-9'770	-9'670
Total Ertrag LUAE Beiträge an ausserkantonale Berufsfachschulen	6'072	6'900	8'900	29.0	9'870	9'770	9'670
Saldo LUAE Beiträge an ausserkantonale Berufsfachschulen	0	0	0	X	0	0	0

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Der Kanton erhält gemäss den aktualisierten Berechnungen zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen (NFA) einen höheren Ressourcenausgleich als erwartet. Deswegen erhöht der Kanton seine Beiträge an die Berufsfachschulen um jährlich 40 Mio. Franken und entlastet damit die Gemeinden bei den Wohnortsbeiträgen, was zur Kostenneutralität zwischen Kanton und Gemeinden beiträgt. Die Kantonsausgaben verringern sich jedoch unter Berücksichtigung der höheren Beteiligung des Bundes als Folge des Systemwechsels bei der Finanzierung der Berufsbildung. Die bisher aufwandorientierte Finanzierung wird durch eine Pauschalfinanzierung abgelöst. Die Höhe der Bundesgelder kann zum aktuellen Zeitpunkt nur geschätzt werden.

Das Globalbudget steigt 2008 als Folge der allgemeinen Lohnentwicklung bei den Lehrpersonen und der erhöhten Arbeitgeberbeiträge (APK-Dekret) um rund 4.6 Mio. Franken.

Die Beiträge für Lernende des Kantons Aargau mit ausserkantonalem Schulbesuch werden sodann gestützt auf das RSA 2000 und die neue Interkantonale Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung (BFSV) ab 2008 mit höheren Ansätzen entschädigt, wodurch das Globalbudget um 1.4 Mio. Franken (RSA 2000) bzw. um 1.2 Mio. Franken (BFSV) ansteigt.

Das Globalbudget erhöht sich 2008 um 152'000 Franken für die Einführung einer Fachmatur an der FMS für den prüfungsfreien Übertritt in die Pädagogische Hochschule. Die eingestellten Mittel werden benötigt für die Konzeption der Fachmatur, die Ausarbeitung des Lehrplans sowie die Bildung der entsprechenden Abteilungen ab dem Schuljahr 2008/2009.

###### Kleinkredite

Der Saldoanstieg bei den Kleinkrediten 2008 ist hauptsächlich auf die Einstellung der kantonalen Mittel zur Förderung der Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit zurückzuführen. Die Kredittranchen für die Einführung des Passerellenlehrgangs an der Aargauischen Maturitätsschule für Erwachsene, die Beschaffung neuer Schuladministrationslösungen für die Kantonalen Schulen sowie die Kosten der externen Schulevaluationen im Rahmen der Qualitätsentwicklung und -sicherung an den Mittelschulen, Berufsfachschulen und übrigen Kantonalen Schulen tragen ebenfalls zur Erhöhung des Kleinkreditsaldos bei.

###### LUAE

Aufgrund des Systemwechsels bei der Finanzierung der Berufsbildung von der aufwandorientierten Finanzierung zur Pauschalfinanzierung werden die betreffenden Bundesgelder nicht mehr als LUAE, sondern als Erhöhung des Ertrags bzw. Aufwands (Ausrichtung der Pauschalen an die Berufsfachschulen) im Globalbudget eingestellt. Zukünftig werden ausschliesslich die Beiträge an die Amortisation und die Schulgelder für ausserkantonale Lernende mit Schulbesuch im Kanton Aargau als LUAE geführt.

##### Veränderung in den Planjahren

###### Globalbudget

Aufgrund der Lohnentwicklung bei den Lehrpersonen steigt das Globalbudget 2009 um 2.9 Mio. Franken, 2010 um 0.95 Mio. Franken und 2011 um 1.16 Mio. Franken. Das Globalbudget erhöht sich ab 2009 um 360'000 Franken für die Einführung einer Fachmatur an der FMS. Die höheren Beitragssätze gemäss RSA 2000 wirken sich 2009 mit 156'000 Franken, 2010 mit 2 Mio. Franken und 2011 mit 3.96 Mio. Franken auf das Globalbudget aus.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Gewährleisten des Angebots an Studienplätzen, die für eine hochqualifizierte, verantwortungsvolle Arbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft befähigen; Fördern des Wissens- und Technologietransfers zur Entwicklung des Standorts Aargau.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	325	Hochschulen
Produktgruppen	32510	Eigenleistungen
	32520	Hochschulen / interkant. Vereinbarung

**UMFELDENTWICKLUNG**

Der Kanton hat im Hochschulbereich vor allem eine Gewährleistungsfunktion, da er selbst nicht Anbieter von Studienplätzen ist, sondern über langfristige interkantonale Vereinbarungen die Zugänglichkeit von Studienplätzen für seine Studierenden sicherstellt. Ein Beitrag zu einem qualitativ hoch stehenden Hochschulangebot wird geleistet über die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und universitären Einrichtungen, insbesondere mit der Universität Basel und dem Paul Scherrer Institut (PSI). Der Kanton fördert den Wissens- und Technologietransfer zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Aargau.

Bildung, Forschung und Innovation (BFI) gelten heute weltweit als die wichtigsten Entwicklungsfaktoren für Wirtschaft und Gesellschaft. Die Schweiz bietet zwar hoch stehende Leistungen, gerät aber zunehmend unter Druck, nicht nur von den europäischen Nachbarn, sondern auch von den neuen EU-Ländern und den aufstrebenden aussereuropäischen Staaten, die noch bis vor kurzem als Schwellenländer gegolten haben. Die Schweiz bildet gemäss einem Vergleich der OECD für die Jahre 1995-2004 mit einem Jahreswachstum der privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 1.25% das Schlusslicht der OECD-Staaten, bei welchen die Zuwachsrate durchschnittlich 3.5% betrug. Das Jahreswachstum der Forschungsausgaben der Länder der EU betrug 3.25%, dasjenige der USA 2.5%. Das jährliche Wachstum der öffentlichen Forschungsausgaben sank in der Schweiz zwischen 1995 und 2005 sogar auf -0.3%, wogegen das OECD-Mittel bei 3.5% lag.

Die bisher hohe Innovationsfähigkeit der Schweiz gegenüber anderen Standorten ist gefährdet und die Prioritätensetzung des Bundes bei der Mittelzuteilung in Bezug auf die Förderung von BFI ist fraglich.

Der Kanton investiert daher im Interesse der Standortattraktivität in Bildung, Forschung und Innovation und setzt dabei unter anderem auf die Etablierung der FHNW als eine der führenden und innovationsstärksten Fachhochschulen der Schweiz, die Realisierung des Campus Brugg-Windisch, die Stärkung des Hochschulraums Nordwestschweiz durch Unterstützung des Swiss Nanoscience Institute (SNI) der Universität Basel sowie auf die Schaffung eines Forschungsfonds zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers.

Die Entwicklung der Studierendenzahlen an den Hochschulen bildet eine weitere zentrale Herausforderung für die Zukunft. Die Hochschulen bilden einen steigenden Anteil der jungen Wohnbevölkerung aus. Diese Entwicklung ist auf den fortschreitenden Aufbau des Fachhochschulsystems und auf die stärkere Vertretung der Frauen an den Universitäten zurückzuführen. Dementsprechend wird bis 2015 ein generelles Wachstum der Studierendenzahlen mit entsprechenden Konsequenzen für die Hochschulausgaben erwartet.

Ab 2011 soll auf Bundesebene ein neues Hochschulrahmengesetz eine wirksame, gegenüber dem heutigen System vereinfachte Gesamtsteuerung des Hochschulraums Schweiz ermöglichen. Die Neugestaltung wird auch die Zuteilung der Bundesbeiträge und den Lastenausgleich betreffen. Die Auswirkungen für den Kanton Aargau dürften ab 2012 relevant werden.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
325KU0001	Eintrittsquote an die Fachhochschulen	%		15.5	15	16.5	16.5	16.5
325KU0002	Eintrittsquote an die Universitäten	%		11	13.5	14	14	14
<b>Leistungskennzahlen</b>								
325KL0001	Aargauer Studierende, total	Anzahl		7'807	8'093	8'402	8'519	8'584
325KL0002	Aargauer Studierende an der FH Nordwestschweiz	Anzahl	1'940	2'023	2'053	2'201	2'225	2'248
325KL0003	Aargauer Studierende an Konkordats-FH	Anzahl	173	114	165	190	189	165

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
325KL0004	Übrige Studierende aus dem Kanton Aargau (an der ETH, weitere)	Anzahl		1'032	1'052	1'072	1'092	1'113
325KL0005	Studierende, für die der Kanton Aargau Fachhochschulvereinbarungs-Beiträge bezahlt	Anzahl	995	1'115	1'301	1'393	1'423	1'468
325KL0006	Studierende, für die der Kanton Aargau Universitätsvereinbarungs-Beiträge bezahlt	Anzahl	3'533	3'523	3'522	3'546	3'590	3'590
<b>Finanzkennzahlen</b>								
325KF0001	Hochschulausgaben pro Studierende/r aus dem Kanton Aargau	Franken	18'789	18'840	19'151	19'664	19'255	19'241

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0001, KU0002, KL0001 und KL0004: Die noch fehlenden Daten des JB 2006 der auf dem Wohnortsprinzip basierenden Eintrittsquoten an die Fachhochschulen und Universitäten sowie die Anzahl der Studierenden, für welche der Kanton keine FHV- und IUV-Beiträge bezahlt, sind beim Bundesamt für Statistik (BfS) erst im Verlauf des Jahres 2007 erhältlich.

KU0001 und KU0002: Die durchschnittliche Eintrittsquote der Schweiz betrug 2005 für die Fachhochschulen 16.9% und für die Universitäten 18.7%.

KL0002, KL0005 UND KL0006: Die entsprechend dem gesamtschweizerischen Trend zunehmenden Studierendenzahlen steigen im Fachhochschulbereich stärker als im universitären Bereich (siehe KL0002 und KL0005 gegenüber KL0006). Der Anstieg der Studierendenzahlen an den Fachhochschulen erklärt sich durch die Integration weiterer Fachbereiche (Gesundheit, Pädagogik, Musik) sowie der Einführung der Masterstudiengänge.

KL0003: Das Konkordat betreffend die Hochschule Wädenswil (HSW) wurde Ende 2006 aufgelöst und die HSW in die FH Zürich integriert. Die Studierendenzahlen steigen 2009 und 2010 deutlich an, weil der Aargau zusätzliche Studienplätze in Heilpädagogik beim Konkordat Hochschule für Heilpädagogik bestellt hat. Die Beiträge für Studierende an der HSW werden über die Fachhochschulvereinbarung (FHV) abgegolten.

KL0005: Die Entwicklung der Studierendenzahl im FH-Bereich ist deutlich dynamischer als bisher angenommen, weshalb die Prognosen für die Studierenden, für welche der Kanton FHV-Beiträge bezahlt, für die Jahre 2008 ff. gegenüber dem vorjährigen AFP deutlich nach oben angepasst worden sind.

KF0001: Die Finanzkennzahl berechnet sich durch die Division des Saldos des Aufgabenbereichs durch die Anzahl Aargauer Studierender. Die Ausgaben des Kantons Aargau pro Studierende/r lagen gemäss einem gesamtschweizerischen Vergleich des BfS für das Jahr 2004 mit 8'637 Studierenden mit Fr. 16'715 weit unter dem schweizerischen Durchschnitt von Fr. 23'141. Dasselbe gilt für die Hochschulausgaben pro Kopf der Bevölkerung. Diese betragen nach Abzug der Bundesbeiträge und ohne Berücksichtigung der Stipendien Fr. 255, wogegen die Kantone Zürich Fr. 623, Basel-Landschaft Fr. 624, Basel-Stadt Fr. 1'113 und Solothurn Fr. 414 ausgaben. Der schweizerische Durchschnitt betrug Fr. 477.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
325ES0001	Etablierung der FHNW als eine der führenden und innovationsstärksten Fachhochschulen der Schweiz	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2005-0352 vom 22.11.2005)	2005	64'000	63'800	65'400			193'200
		2	Umsetzung des Leistungsauftrags 2006-2008 (GRB 2005-0352 vom 22.11.2005)	2008						
		3	Leistungsauftrag 2009-2012 durch den GR genehmigt	2008						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
325ES0002	Realisierung des Campus Brugg-Windisch	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2004-0127 vom 22.06.2004)	2004	868	120	97			1'085
		2	Projektvertrag mit dem Bauherr für die Baufelder B+C vom GR genehmigt	30.09.2006						
		3	Vorvertrag für den Mietvertrag mit dem Bauherr für die Baufelder B+C abgeschlossen	31.03.2007						
		4	Kredit für die Baufelder B+C vom GR genehmigt	31.05.2007						
		5	Baubeginn der Sanierung Klosterzelg I	Herbst 2007						
		6	Abschluss der Sanierung Klosterzelg II	2008						
		7	Bezug der Baufelder B+C	2010						
325ES0003	Stärkung des Hochschul- und Wirtschaftsraums Nordwestschweiz durch den Ausbau eines Schwerpunkts in einer Zukunftstechnologie (Nanotechnologie)	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2006-0448 vom 24.01.2006)	2006	500	2'000	3'000	5'000		10'500
		2	Start der Zusammenarbeitsprojekte FHNW/PSI/Wirtschaft sowie Infrastruktur	2006						
		3	Studiengang und Aufbau Professur Nanotechnik, Professur Nanooptik, Infrastruktur	2007						
		4	Ausbau der Projekte FHNW/PSI/Wirtschaft, Infrastruktur Nanotrakt	2008						
		5	Vollausbau	2009						



ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
325ES0004	Massnahmen zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers von den Hochschulen in die Aargauer Wirtschaft auf der Basis eines neuen Hochschul- und Innovationsförderungsgesetzes (Schaffung eines Forschungsfonds)	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)	2008			500	1'500		2'000
		2	Einigung mit den Wirtschaftsverbänden über die Einrichtung des Forschungsfonds	31.08.2006						
		3	Botschaft über die Revision des Fachhochschulgesetzes (Hochschul- und Innovationsförderungsgesetz) durch den GR genehmigt	Ende 2. Quartal 2007						
		4	Inkrafttreten des neuen Hochschul- und Innovationsförderungsgesetzes	01.08.2007						
		5	Botschaft über die Schaffung eines Forschungsfonds vom GR genehmigt	Ende 2007						
		6	Abschluss des ersten Leistungsauftrags über die Schaffung eines Forschungsfonds	2008						
		7	Finanzierung des Forschungsfonds über den Globalkredit	bis 2011						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0001: Der Staatsvertrag über die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) wurde mit GRB 2005-2403 vom 08.03.2005 und der Leistungsauftrag 2006-2008 mit GRB 2005-0352 vom 22.11.2005 genehmigt. Die Kantone AG, BL, BS und SO haben für die Leistungsauftragsperiode 2006-2008 den Trägerbeitrag der FHNW auf das Niveau von 2003 beschränkt. Für die Leistungsauftragsperiode 2009 ff. wird sich die Höhe des Trägerbeitrages angesichts der bis dahin beträchtlich ansteigenden Studierendenzahlen und den Mehrkosten für die vorgesehenen Standortkonzentrationen nicht länger auf dem Stand von 2003 halten lassen, sondern wird erhöht werden müssen.

ES0002: Die Zuständigkeit für die Planung und Finanzierung des Campus Brugg-Windisch liegt beim DFR. Der hier angegebene Aufwand umfasst die Projektbeiträge an die Stiftung Vision Mitte und die Kosten für die Entwicklung des Raumprogramms.

ES0003: Der Ausbau eines Schwerpunkts in einer Zukunftstechnologie wurde vom Regierungsrat mit RRB 2005-584 vom 28.04.2005 als wirtschaftspolitische Massnahme Nr. 1 beschlossen. Der Grosse Rat hat dem mit GRB 2006-0448 vom 24.01.2006 zugestimmt. Mit dem Aufbau des Swiss Nanoscience Institute der Universität Basel, an dem sich die FHNW und das PSI beteiligen, unterstützt der Kanton Aargau nationale Forschungsschwerpunkte, die das Potenzial der Grundlagenforschung und der anwendungsorientierten Forschung auf dem Gebiet der Nordwestschweiz bündeln.

ES0004: Die Schaffung eines Aargauer Forschungsfonds wurde vom Regierungsrat als wirtschaftspolitische Massnahme Nr. 3 beschlossen.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
325ZI0001	Der Wissens- und Technologietransfer wird gefördert.	1	Umfang der Drittmittel, die von unterstützten Hochschulen, Forschungs- und Transfereinrichtungen generiert werden	Mio. Fr.	35	33.9	38.4	40.5	42.3	43

**KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN**

ZI0001: Das Ziel betreffend die Förderung des Wissens- und Technologietransfers wurde mit dem AFP 2007-2010 neu aufgenommen. Drittmittel sind Beiträge von Privaten und öffentlichen Fördereinrichtungen (insb. Nationalfonds, Förderstiftung Technologie und Innovation) und bilden einen aussagekräftigen Indikator für die Qualität der Forschung und deren Relevanz für die Praxis.

**STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN**

Die Grundsätze des Hochschulwesens werden durch Art. 63 der Bundesverfassung geregelt, wonach Bund und Kantone gemeinsam das Hochschulwesen koordinieren und dessen Qualität sichern. Die Beitragsleistungen für Aargauer Studierende werden durch die Interkantonale Fachhochschulvereinbarung (FHV) und die Interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV) geregelt. Die Finanzen des Aufgabenbereichs entfallen grösstenteils auf die Beitragsleistungen gemäss FHV und IUV, die jedoch als leistungsunabhängige Aufwände und Erträge (LUAE) nicht direkt gesteuert werden können.

Demgegenüber bestehen Steuerungsmöglichkeiten bezüglich des Leistungsauftrags mit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW). Der Finanzierungsbeitrag an die FHNW richtet sich nach § 26 des Staatsvertrags zwischen den Kantonen AG, BL, BS und SO. Die von den Vertragskantonen im Leistungsauftrag festgelegten jährlichen Finanzierungsbeiträge bilden zusammen den Globalbeitrag der Vertragskantone an die FHNW. Der Beitrag an die FHNW kann nur längerfristig und in Übereinkunft mit den anderen Trägerkantonen geändert werden. Nach Ablauf der Leistungsauftragsperiode 2006-2008 kann der Kanton Aargau den neuen Leistungsauftrag 2009-2011 mitgestalten.

Der Vertrag über die Errichtung und Führung des Swiss Nanoscience Institute (SNI) an der Universität Basel ist als unbefristeter genereller Leistungsauftrag ausformuliert, über welchen die Steuerung der Leistungen und Finanzen erfolgt. Der Leistungsauftrag kann einvernehmlich oder nach einer Kündigungsfrist von 3 Jahren aufgelöst werden.

Die Einflussnahme auf die Hochschule für Heilpädagogik Zürich und die Hochschule für Landwirtschaft Zollikofen ist im Rahmen des Konkordatsrats möglich. Als letzte Konsequenz wäre die Kündigung des Konkordatsvertrags möglich.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-141'172</b>	<b>-147'087</b>	<b>-154'991</b>	<b>5.4</b>	<b>-165'217</b>	<b>-165'030</b>	<b>-166'165</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>2'383</b>					<b>1'000</b>	<b>1'000</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-138'789</b>	<b>-147'087</b>	<b>-154'991</b>	<b>5.4</b>	<b>-165'217</b>	<b>-164'030</b>	<b>-165'165</b>
Total Aufwand Globalbudget	-68'867	-67'087	-70'239	4.7	-75'357	-80'355	-80'325
Total Ertrag Globalbudget	336					1'000	1'000
Saldo Globalbudget	-68'531	-67'087	-70'239	4.7	-75'357	-79'355	-79'325
Total Aufwand Grosskredite	-723	-2'120	-3'597	69.7	-6'300	-1'300	-1'300
Total Ertrag Grosskredite	11						
Saldo Grosskredite	-712	-2'120	-3'597	69.7	-6'300	-1'300	-1'300
Total Aufwand LUAE	-71'582	-77'880	-81'155	4.2	-83'560	-83'375	-84'540
Total Ertrag LUAE	2'037						
Saldo LUAE	-69'546	-77'880	-81'155	4.2	-83'560	-83'375	-84'540

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite FHA Projekt Campus	-223	-120	-97	-19.2	0		
Total Ertrag Grosskredite FHA Projekt Campus	11						
Saldo Grosskredite FHA Projekt Campus	-212	-120	-97	-19.2	0		
Total Aufwand Grosskredite Swiss Nano Center	-500	-2'000	-3'000	50.0	-5'000	0	
Total Ertrag Grosskredite Swiss Nano Center							
Saldo Grosskredite Swiss Nano Center	-500	-2'000	-3'000	50.0	-5'000	0	

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Technopark, Forschungsfonds	0		-500	X	-500	-500	-500
Total Ertrag Grosskredite Technopark, Forschungsfonds							
Saldo Grosskredite Technopark, Forschungsfonds	0		-500	X	-500	-500	-500
Total Aufwand Grosskredite Zentrum für Demokratie					-800	-800	-800
Total Ertrag Grosskredite Zentrum für Demokratie							
Saldo Grosskredite Zentrum für Demokratie					-800	-800	-800

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
LUAE Fachhochschulvereinbarung (FHV) Hochschulbeiträge	-15'889	-23'060	-26'720	15.9	-28'690	-27'990	-28'860
Saldo LUAE Fachhochschulvereinbarung (FHV)	-15'889	-23'060	-26'720	15.9	-28'690	-27'990	-28'860
LUAE Universitätsvereinbarung (IUV) Hochschulbeiträge	-54'771	-54'820	-54'435	-0.7	-54'870	-55'385	-55'680
Verschiedene Rückerstattungen	37						
Saldo LUAE Universitätsvereinbarung (IUV)	-54'734	-54'820	-54'435	-0.7	-54'870	-55'385	-55'680

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Abrechnung Überführung FHA in FHNW	-923						
Total Ertrag LUAE Abrechnung Überführung FHA in FHNW	2'000						
Saldo LUAE Abrechnung Überführung FHA in FHNW	1'077						

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Das Globalbudget steigt 2008 um 1.7 Mio. Franken als Folge der Zunahme der Studierendenzahlen und höheren Konkordatsbeiträgen für die zusätzlichen Ausbildungsplätze an der Hochschule für Heilpädagogik Zürich. Der Beitrag an die FHNW steigt um 1.6 Mio. Franken.

###### LUAE

Die Hochschulbeiträge verändern sich entsprechend der Entwicklung der Studierendenzahlen. Die Beiträge gemäss FHV erhöhen sich 2008 um 3.86 Mio. Franken, wogegen die Beitragsleitungen gemäss IUV um 385'000 Franken zurückgehen.

##### Veränderung in den Planjahren

###### Globalbudget

Das Globalbudget steigt 2009 um 4.6 Mio. Franken wegen dem erwarteten höheren Trägerbeitrag an die FHNW (vgl. Kommentar zum Entwicklungsschwerpunkt ES0001). Die Beiträge an das Swiss Nano Center werden ab 2010 nicht mehr als Grosskredit, sondern im Globalbudget geführt. Das Globalbudget steigt dadurch um 5 Mio. Franken.

###### Grosskredit

Die Stadt Aarau und die Universität Zürich wollen gemeinsam in Aarau das universitäre Zentrum für Demokratie (ZDA) aufbauen und darin das renommierte Forschungs- und Dokumentationszentrum Direkte Demokratie (c2d) aufnehmen. Das ZDA soll zum Nachdenken über die Grundwerte und Funktionsweisen der Demokratie in einer sich wandelnden und weltweit vernetzten Gesellschaft anregen und wichtige Impulse für ihre Weiterentwicklung geben. Das vom ZDA verfolgte Thema Entwicklung der Demokratie im 21. Jahrhundert besitzt sowohl regional wie kantonal, national wie international eine unbestritten hohe gesellschaftliche Bedeutung. Mit seinen Lehr- und Forschungsarbeiten verspricht das ZDA wesentliche Beiträge zur politischen Bildung zu leisten und eine Öffentlichkeitswirkung zu entfalten, von welcher der Standortkanton profitieren kann. Der Regierungsrat hat daher beschlossen, mit der Universität Zürich und der Stadt Aarau Verhandlungen über eine Beteiligung aufzunehmen, um eine Erweiterung des Zentrums für Demokratie um einen zweiten Lehrstuhl zu ermöglichen. Der geplante Beitrag des Kantons ab 2009 dient dieser Erweiterung.

###### LUAE

Die Kostenentwicklung bei Leistungsunabhängigen Aufwendungen folgt aus der erwarteten Zunahme der Studierendenzahlen.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Informieren, Beraten sowie Begleiten in Bezug auf Schul-, Berufs-, Studien-, Ausbildungsbeitrags- oder Laufbahnfragen zur chancengerechten Integration nach individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten; Information und Beratung stehen auch Lehrpersonen, Institutionen und Behörden zur Verfügung.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	330	Bildungsberatung und Ausbildungsbeiträge
Produktgruppen	33010	Beratungsdienste für Ausbildung u. Beruf
	33030	Ausbildungsbeiträge

**UMFELDENTWICKLUNG**

Die Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf umfassen die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung, die schul- und jugendpsychologische Beratung. Lehrpersonen und Mitglieder von Schulleitungen werden durch die Lehrpersonenberatung unterstützt. Die Aufgabe wird gestützt auf den Leistungsauftrag des Kantons durch den Verein Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf Aargau wahrgenommen.

Die Beratungsdienste verknüpfen die Bildungspolitik mit der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Die strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes beeinflussen das Angebot an Ausbildungsplätzen, die Anforderungen an das Individuum und damit verbunden auch die Ansprüche an die Beratungsdienste.

Namentlich Jugendliche mit tiefem Bildungsniveau haben eine schlechtere Chance auf dem Arbeitsmarkt. Laut der "Vertiefungsstudie Bildungsangebote im Übergang von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung" des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) muss im Kanton Aargau jährlich mit 200 bis 300 Schulabgänger/innen gerechnet werden, die den Anschluss an eine weiterführende Ausbildung trotz Brückenangeboten und Motivationssemestern nicht schaffen. Die kantonale Sozialhilfestatistik weist einen hohen Anteil jugendlicher Sozialhilfebezüger/innen zwischen 18 und 25 Jahren aus, die über keine berufliche Ausbildung verfügen. 2005 betraf dies 863 Jugendliche und junge Erwachsene. Die Bildungsberatung und die gezielte Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen können langfristig die Sozialhilfe und die Arbeitslosenversicherung entlasten.

Der Bund wird sich mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie den Entlastungsmassnahmen im Ausbildungsbeitragsbereich künftig weniger stark engagieren. Auf Bundesebene tritt voraussichtlich Anfang 2008 ein neues Rahmengesetz für Ausbildungsbeiträge für die Tertiärstufe in Kraft. Die neuen kantonalen Rechtsgrundlagen sind darauf ausgerichtet. Zudem ist eine interkantonale Vereinbarung für die Sekundarstufe II und die Tertiärstufe in Arbeit.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
	<b>Umfeldkennzahlen</b>							
330KU0009	Schüler/innen der Volksschuloberstufe (8. Schuljahr Real, Sek., Bez.)	Anzahl			6'813	6'661	6'896	6'611
330KU0010	Lernende in der beruflichen Grundbildung und Lernende in den Mittelschulen	Anzahl			20'141	20'210	20'295	20'728
330KU0011	Aargauer Studierende an Hochschulen	Anzahl			8'093	8'402	8'519	8'584
330KU0012	Erwerbslose im Alter 15 - 24 Jahre	Anzahl			1'584	1'451	1'451	1'451
	<b>Leistungskennzahlen</b>							
330KL0016	Beratene Personen in der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (BSLB)	Anzahl	10'312	10'300	10'200	10'100	10'000	10'000
330KL0021	Durch die BSLB beratene Personen pro 1'000 Einwohner/innen (Schweizerischer Durchschnitt 2005: 16.6)	Anzahl			17.3	17.1	16.8	16.6
330KL0022	Beratungssitzungen der BSLB pro beratene Person (Schweizerischer Durchschnitt 2005: 2.0)	Anzahl			1.9	1.9	2	2
330KL0023	Anteil der durch die BSLB beratenen Personen bis 17 Jahre (Schweizerischer Durchschnitt 2005: 53%)	%			53	53	52	52
330KL0024	Anteil der durch die BSLB beratenen Personen zwischen 18 und 24 Jahren (Schweizerischer Durchschnitt 2005: 24%)	%			25	25	25	25

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
330KL0025	Anteil der durch die BSLB beratenen Personen, die älter sind als 24 Jahre (Schweizerischer Durchschnitt 2005: 23%)	%			22	22	23	23
330KL0017	Besucher/innen der Infozentren der BSLB	Anzahl	27'547	29'000	25'500	25'000	25'000	25'000
330KL0018	Beratene und behandelte Personen der schul- und jugendpsychologischen Beratung an der Sekundarstufe II (SJPB)	Anzahl	476	600	600	600	600	600
330KL0026	Anteil der beratenen oder behandelten Personen der SJPB, welche die Ausbildung oder Arbeit fortgesetzt oder gefunden haben	%			80	80	85	85
330KL0019	Beratene Lehrpersonen und Mitglieder von Schulleitungen (Lehrpersonenberatung)	Anzahl	228	280	280	280	280	280
<b>Finanzkennzahlen</b>								
330KF0013	Gesamtkosten der Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf (ab 2006 unter Berücksichtigung GAT III und Folgekosten)	1'000 Fr.	14'556	12'545	12'350	11'968	12'018	12'068
330KF0015	Ausbezahlte Ausbildungsbeiträge (Stipendien und Darlehen) gemäss Bundesabrechnung, ohne Institutionen, Gemeinden und Schweizerisches Institut für Berufspädagogik (SIBP)	1'000 Fr.	16'475	18'000	20'500	21'000	21'100	21'200
330KF0016	Durchschnittlicher Ausbildungsbeitrag (Stipendien und Darlehen) pro Bezüger/in, ohne Schweizerisches Institut für Berufspädagogik (SIBP)	Franken	5'592	5'806	6'231	6'195	6'188	6'181

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0009 bis KU0012 und KL0021 bis KL0026: Das Kennzahlgefüge wurde neu durch Umfeldkennzahlen und Leistungskennzahlen ergänzt.

KL0016: Persönliche Beratungen sind trotz neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und rückläufigen Schülerzahlen weiterhin gefragt.

KL0017: Bei den Infozentren der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung wird mit einer Substitution durch elektronische Medien gerechnet, weshalb ab 2008 mit einem leichten Rückgang bei den Besucherzahlen gerechnet wird.

KL0018: Die schulpsychologische Beratung von Mittelschüler/innen erfolgt seit Mitte 2006 bei der schul- und jugendpsychologischen Beratung Sekundarstufe II, woraus sich der Anstieg von 2006 auf 2007 erklärt.

KL0019: Hohe Belastungen in den aktuellen Schulstrukturen, eine Zunahme der Komplexität der Fragestellungen und vermehrte Fragen zu Neuerungen wie die Einführung der Schulleitungen haben bei der Lehrpersonenberatung aufwendigere Beratungen zur Folge.

KF0013: Die Gesamtkosten der Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf beinhalten 2006 einen einmaligen Übergangseffekt aufgrund GAT III. Die nachschüssigen Staatsbeiträge an die Gemeinden betragen 2.2 Mio. Franken.

KF0015: Die Einführung der neuen stipendienrechtlichen Erlasse per August 2007 führt zu Mehrausgaben, welche sich bereits 2007, grösstenteils 2008 und teilweise auch noch 2009 auswirken. Zusätzlich führt die weiterhin steigende Studierendenzahl zu höheren Ausbildungsbeiträgen.

KF0016: Die Erhöhung der Höchstansätze für die Tertiärstufe sowie das neue Bemessungssystem führen zu höheren durchschnittlichen Ausbildungsbeiträgen.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
330ES0006	Neuausrichtung und Neuorganisation der Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2005-2382 vom 22.02.2005)	2005	1'750	840	532			3'122
		2	Inkraftsetzung des neuen Dekrets und der Verordnung über die Schuldienste	01.01.2006						
		3	Inbetriebsetzung der neuen Organisation	2006						
		4	Umsetzung der Leistungserbringungskonzepte	2007						
		5	Evaluationen	ab 2007						
		6	Abschluss der Standortkonzentration	2008						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0006: Mit der Umsetzung des 3. Pakets des Gesetzes zur Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (GAT III) wurden die bisher beim Kanton und bei 12 Gemeindeverbänden angesiedelten Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf unter ein einziges organisatorisches Dach zusammengefasst. Das Departement BKS hat mit der neuen Trägerschaft, dem Verein BAB Aargau, einen Leistungsvertrag abgeschlossen. Die Neuorganisation, die Neudefinition des Leistungsauftrags, des Leistungsangebots und des Finanzierungssystems ermöglichen eine verbesserte Steuerung der Beratungsdienste.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
330ZI0031	Ein qualitativ hochstehendes, niederschwellig zugängliches Informations- und Beratungsangebot wird sichergestellt.	1	Anteil der erreichten Zielvorgaben gemäss Leistungsvertrag mit dem Verein BAB	%			90	90	90	90
330ZI0030	Personen mit ungenügendem finanziellem Rückhalt können mit Unterstützung von Ausbildungsbeiträgen eine Ausbildung absolvieren.	1	Personen, die Ausbildungsbeiträge erhalten (gemäss Nominalliste Bundesabrechnung, ohne Schweizerisches Institut für Berufspädagogik)	Anzahl	2'946	3'100	3'290	3'390	3'410	3'430

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0031: Das Leistungsangebot, die quantitativen und qualitativen Zielsetzungen für die Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf werden seit 2006 über die Leistungsvereinbarung des BKS mit dem Verein BAB Aargau gesteuert. Die bisherigen Ziele für diesen Bereich werden dementsprechend durch die neue, umfassende Zielsetzung abgelöst, wonach die Erfüllung der Leistungs- und Qualitätsziele gemäss Leistungsvereinbarung unter Einhaltung des Budgets durch den Verein sicherzustellen sind.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Steuerung der Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf erfolgt gemäss Dekret und Verordnung über die Schuldienste über die Ausgestaltung von Rahmenvertrag und Leistungsvertrag zwischen dem BKS und dem Trägerverein, worin Zielsetzungen, Leistungen und Finanzen festgelegt sind. Die Einführung von Leistungspauschalen als finanzielle Steuergrössen wird voraussichtlich 2009 erfolgen. Die Aufwendungen für die Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf umfassen rund 40% des Globalbudgets des Aufgabenbereichs.

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Grundsätze des Ausbildungsbeitragsrechts sind auf Bundesebene durch Art. 66 der Bundesverfassung, das Bundesgesetz über die Gewährung von Beiträgen an die Aufwendungen der Kantone für Ausbildungsbeihilfen und die dazugehörige Verordnung festgelegt. Die Anspruchsvoraussetzungen für Ausbildungsbeiträge, die Höchstansätze und die Bemessungsgrundlagen sind auf kantonaler Ebene durch das Gesetz und die Verordnung über Ausbildungsbeiträge sowie das Dekret über die Höchstansätze der Ausbildungsbeiträge geregelt. Aufgrund der detaillierten gesetzlichen Rahmenbedingungen besteht bei der Einzelbeurteilung eines Gesuchs ein geringer Ermessensspielraum. Die Entwicklung der Ausgaben für Ausbildungsbeiträge hängt von den festgelegten Ansätzen ab.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-52'375</b>	<b>-51'641</b>	<b>-53'202</b>	<b>3.0</b>	<b>-53'614</b>	<b>-50'784</b>	<b>-52'561</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>22'521</b>	<b>20'844</b>	<b>22'427</b>	<b>7.6</b>	<b>22'927</b>	<b>23'027</b>	<b>23'127</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-29'854</b>	<b>-30'797</b>	<b>-30'775</b>	<b>-0.1</b>	<b>-30'687</b>	<b>-27'757</b>	<b>-29'434</b>
Total Aufwand Globalbudget	-38'126	-36'801	-33'170	-9.9	-33'899	-33'984	-34'161
Total Ertrag Globalbudget	8'297	4'344	2'000	-54.0	2'285	2'300	2'300
Saldo Globalbudget	-29'829	-32'457	-31'170	-4.0	-31'614	-31'684	-31'861
Total Aufwand Kleinkredite	-1'749	-840	-532	-36.7	0		
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-1'749	-840	-532	-36.7	0		
Total Aufwand LUAE	-12'500	-14'000	-19'500	39.3	-19'715	-16'800	-18'400
Total Ertrag LUAE	14'225	16'500	20'427	23.8	20'642	20'727	20'827
Saldo LUAE	1'725	2'500	927	-62.9	927	3'927	2'427

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Stipendienfonds (Spezialfinanzierung)	-12'500	-14'000	-19'500	39.3	-19'715	-16'800	-18'400
Total Ertrag LUAE Stipendienfonds (Spezialfinanzierung)	14'225	16'500	18'500	12.1	18'715	18'800	18'900
Saldo LUAE Stipendienfonds (Spezialfinanzierung)	1'725	2'500	-1'000	-140.0	-1'000	2'000	500
Total Aufwand LUAE Stipendienbeiträge des Bundes							
Total Ertrag LUAE Stipendienbeiträge des Bundes			1'927	X	1'927	1'927	1'927
Saldo LUAE Stipendienbeiträge des Bundes			1'927	X	1'927	1'927	1'927

## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

#### Globalbudget

Das Globalbudget vermindert sich durch die organisatorische Verschiebung des Schulpsychologischen Dienstes zum AB 310 Volksschule gegenüber dem Vorjahr um 6.3 Mio. Franken. Die Einführung der neuen stipendienrechtlichen Erlasse per August 2007 führt zu höheren Aufwendungen für Ausbildungsbeiträge, was sich primär 2008 auswirkt.

#### LUAE

Die Stipendienbeiträge des Bundes laufen ab 2008 über die LUAE, da die Bundesbeiträge nicht mehr nach der Summe der ausbezahlten Stipendien berechnet, sondern neu nach Massgabe einer Pauschale pro Einwohner entrichtet werden.

### Veränderung in den Planjahren

#### Globalbudget

Die ansteigende Studierendenzahl hat höhere Ausbildungsbeiträge zur Folge.

#### Kleinkredite

Mit dem Abschluss der Neuausrichtung und Neuorganisation der Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf entfallen ab 2009 die Kleinkredite.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Anleitung der Jugendlichen zu Freude an geistiger und körperlicher Bewegung, gesundem Leben und sozialer Integration mit Sportangeboten in Schulen und Vereinen; Sport- und Jugendorganisationen werden vernetzt und unterstützt; Die Fachstelle Jugend berät und informiert Jugendliche, Jugendorganisationen, Gemeinden, Regierungsrat und Verwaltung in nichtsportlichen Jugendbelangen.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	335	Sport, Jugend
Produktgruppen	33510	Jugendsport
	33520	Sportkoordination
	33530	Jugendkoordination

**UMFELDENTWICKLUNG**

Der Kanton fördert den kinder- und jugendgerechten Sport mittels Jugend+Sport (J+S) und den freiwilligen Schulsport. Der freiwillige Schulsport nimmt eine wichtige Brückenfunktion zwischen dem obligatorischen Sportunterricht an der Schule und dem freiwilligen Vereinssport ein.

Die zunehmende Inaktivität der Bevölkerung, vor allem der Kinder und Jugendlichen, führt zur Abnahme der sportlichen Fitness und bildet die zentrale Herausforderung für den Aufgabenbereich. Die Kinder- und Jugendsport-Studie Region Basel/Aargau (KISS) zeigt, dass rund ein Viertel der Kinder übergewichtig und bis zu 6 Prozent adipös sind. Die Studie zeigt zudem auf, dass von den 9- bis 11-Jährigen mehr als ein Drittel ungenügend aktiv sind, bei den 17- bis 19-Jährigen sind es sogar zwei Drittel.

Der Bewegungsmangel, Suchtverhalten und ungesundes Essen verursachen gemäss Bundesamt für Gesundheit (BAG) jährliche Kosten in Milliardenhöhe. Die heutigen Erkenntnisse belegen, dass die grössten Erfolge erzielt werden, wenn Kinder bereits ab fünf Jahren in ein polysportives Programm eingebunden werden. Auf die geschilderten Entwicklungen wird mit dem umfassenden "Sport- und Bewegungskonzept Aargau" reagiert.

Neben dem Sport beeinflussen jugendgerecht gestaltete Mitwirkungsmöglichkeiten die soziale, kulturelle und politische Integration der Aargauer Jugend positiv und tragen zur Entwicklung von sozial verantwortlichen Personen bei. Diese Mitwirkungsmöglichkeiten werden durch die Fachstelle Jugend gefördert und ausgebaut.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
335KU0008	Jugendliche zwischen 10 und 20 Jahren (Zielgruppe Jugend + Sport)	Anzahl	77'353	79'900	79'700	79'600	79'600	79'600
335KU0009	Jugendliche zwischen 12 und 20 Jahren (Zielgruppe freiwilliger Schulsport, total)	Anzahl	64'084	64'000	63'800			
335KU0010	Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren (Zielgruppe freiwilliger Schulsport, Oberstufe)	Anzahl	28'147	29'000	28'900			
335KU0011	Jugendliche zwischen 10 und 24 Jahren (Zielgruppe Jugendkoordination)	Anzahl	106'541	105'800	105'600	105'500	105'500	105'500
335KU0012	Jugendliche zwischen 5 und 10 Jahren (Zielgruppe polysportiver freiwilliger Schulsport)	Anzahl				37'000	37'000	37'000
335KU0013	Jugendliche zwischen 11 und 15 Jahren (Zielgruppe freiwilliger Schulsport, Sekundarstufe I)	Anzahl				34'700	34'700	34'700
335KU0014	Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren (Zielgruppe freiwilliger Schulsport, Sekundarstufe II)	Anzahl				35'900	35'900	35'900
<b>Leistungskennzahlen</b>								
335KL0011	Teilnehmende bei Jugend und Sport (J+S)	Anzahl	57'585	58'000	58'500	59'000	59'500	60'000
335KL0012	Beitragsgesuche - Sport-Toto	Anzahl	386	395	400	405	410	410
335KL0013	Beitragsgesuche - Projekte in nichtsportlichen Jugendbelangen	Anzahl	53	60	60	70	70	70
<b>Finanzkennzahlen</b>								
335KF0002	Sport-Toto-Anteil des Kantons Aargau am Reingewinn von Swisslos	Mio. Fr.	5.6	4.5	5.6	5.7	5.8	5.9



#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0009, KU0010 und KU0012, KU0013, KU0014: Aufgrund der geplanten Anpassungen der Altersstruktur beim freiwilligen Schulsport ab 2009 werden die bisherigen Kennzahlen betreffend die Zielgruppe des freiwilligen Schulsports präzisiert. Neu werden die Zielgruppen je Altersgruppe angegeben.

KF0002: Die gegenüber dem AFP 2007-2010 erwartete höhere Ausschüttung für gemeinnützige Sportprojekte kann auf Massnahmen von Swisslos zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischen und privaten Wettanbietern zurückgeführt werden.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000				
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012
335ES0007	Sport- und Bewegungskonzept Aargau	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)						
		4	Entwicklung und Umsetzung des Konzepts "Lokales Sportnetz" mit ausgewählten Multiplikatoren-Gemeinden sowie Begleitung und Beratung der Sportkoordinatoren	bis 2009					
		8	Optimierung des Leistungssportkonzepts, u.a. durch den Ausbau des Lehrstellenpools für leistungssportfreundliche Lehrbetriebe mit Einführung des "Swiss Olympic" Labels	bis 2009					
		5	Optimierung des freiwilligen Schulsports durch Ausweitung der Pilotprojektgruppe XL (Übergewicht) auf die Schulen	ab 2007					
		7	Optimierung des freiwilligen Schulsports durch Weiterführung des Pilotprojekts des Bundes "polysportiver freiwilliger Schulsport" und Anpassung der Altersstruktur	ab 2009					
		3	Entwicklung und Umsetzung des Konzepts "Bewegungsfreundliche Schule Aargau"	bis 2011					

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES007: Der Kanton verfügt als Bestandteil des "Sport- und Bewegungskonzepts Aargau" über ein Leistungssportkonzept, welches auch die Schule und Berufsbildung einbezieht, die bei der Leistungssportförderung eine wichtige Rolle spielen. Für Nachwuchstalente werden optimale Voraussetzungen für die schulische und sportliche Entwicklung erarbeitet.

ES20 gemäss AFP 2007-2010: Der frühere Entwicklungsschwerpunkt betreffend die Entwicklung von Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche wird aufgrund ungenügender Steuerungsmöglichkeiten für den Grossen Rat und fehlender Verknüpfung mit den Finanzen aus dem Aufgabenbereichsplan gestrichen.

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
335ZI0010	Kinder und Jugendliche haben flächendeckend die Möglichkeit, ausserhalb des obligatorischen Sportunterrichts, qualifizierten, geleiteten Sportunterricht nach freier Wahl zu besuchen.	1	10- bis 20-Jährige, die pro Jahr den freiwilligen Schulsport nutzen	Anzahl	9'483	9'450	9'450			
		2	Freiwillige, bedürfnisorientierte Schulsportkurse	Anzahl	828	800	800	1'460	1'710	1'860
		3	5- bis 10-Jährige, die pro Jahr den polysportiven freiwilligen Schulsport nutzen	Anzahl				4'000	6'000	7'000
		4	11- bis 15-Jährige (Sekundarstufe I), die pro Jahr den freiwilligen Schulsport nutzen	Anzahl				10'400	10'900	11'400
		5	16- bis 20-Jährige (Sekundarstufe II), die pro Jahr den freiwilligen Schulsport nutzen	Anzahl				200	200	200
335ZI0011	Kader und J+S Coaches sind mit einer konzentrierten, qualitativ guten Ausbildung auf verschiedenen Kompetenzstufen gezielt auf ihre Aufgabe vorbereitet und bilden sich bedürfnisgerecht unter Nutzung ihrer speziellen Fähigkeiten weiter.	1	Quote der mit der Kursqualität zufriedenen Kursteilnehmenden (Kundenzufriedenheit auf Stufe 3+4)	%	99	90	95	95	95	95
		2	Quote der Teilnehmenden, die bestätigen, dass das erworbene Fachwissen bedürfnisorientiert und praxisbezogen vermittelt wurde (Kundenzufriedenheit auf Stufe 3+4)	%	98	90	95	95	95	95
335ZI0012	Die Partizipation und Integration von Jugendlichen auf allen Ebenen wird gewährleistet.	1	Jugendparlamente, Schülerräte und Sessionen	Anzahl	60	70	70	70	70	70

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0010: Aufgrund der geplanten Anpassungen der Altersstruktur beim freiwilligen Schulsport ab 2009 werden die Indikatoren betreffend die Zielgruppe des freiwilligen Schulsports präzisiert. Neu werden die Zielgruppen je Altersgruppe angegeben.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie die Sportförderung sind durch Art. 67 und Art. 68 der Bundesverfassung, die Verordnung des VBS über Jugend+Sport, das Bundesgesetz und die Verordnung über die Förderung von Turnen und Sport, die kantonale Verordnung über "Jugend und Sport" (J+S) und den freiwilligen Schulsport, das Dekret über die Entschädigung im freiwilligen Schulsport sowie die Sport-Toto-Verordnung geregelt. Zusätzlich bestehen für den Vollzug Weisungen des Bundesamts für Sport (BASPO) wahrgenommen. Der Grosse Rat verfügt beim Angebot an freiwilligen Schulsportkursen über direkte Steuerungsmöglichkeiten.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-2'538</b>	<b>-2'710</b>	<b>-15'858</b>	<b>485.1</b>	<b>-9'750</b>	<b>-30'782</b>	<b>-10'332</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>632</b>	<b>477</b>	<b>13'466</b>	<b>2'725.4</b>	<b>6'876</b>	<b>27'686</b>	<b>7'096</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-1'906</b>	<b>-2'234</b>	<b>-2'392</b>	<b>7.1</b>	<b>-2'875</b>	<b>-3'096</b>	<b>-3'236</b>
Total Aufwand Globalbudget	-2'538	-2'710	-2'828	4.3	-3'450	-3'752	-3'932
Total Ertrag Globalbudget	632	477	536	12.4	676	756	796
Saldo Globalbudget	-1'906	-2'234	-2'292	2.6	-2'775	-2'996	-3'136
Total Aufwand Kleinkredite			-100	X	-100	-100	-100
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite			-100	X	-100	-100	-100
Total Aufwand LUAE			-12'930	X	-6'200	-26'930	-6'300
Total Ertrag LUAE			12'930	X	6'200	26'930	6'300
Saldo LUAE			0	X	0	0	0

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Sport-Toto-Fonds (Spezialfinanzierung)			-12'930	X	-6'200	-26'930	-6'300
Total Ertrag LUAE Sport-Toto-Fonds (Spezialfinanzierung)			12'930	X	6'200	26'930	6'300
Saldo LUAE Sport-Toto-Fonds (Spezialfinanzierung)			0	X	0	0	0

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Kleinkredit

Der Kleinkredit umfasst den jährlich wiederkehrenden Beitrag an die anonymen Beratungsangebote "tschau.ch" und die "Telefonhilfe 147" für Kinder und Jugendliche. Diese Angebote wurden bisher über den Lotteriefonds finanziert.

###### LUAE

Der Sport-Toto-Fonds wird neu ab dem Jahr 2008 als Spezialfinanzierung gemäss § 34 GAF unter den Leistungsunabhängigen Aufwendungen und Erträgen des AB 335 Sport, Jugend geführt. Aus dem Sport-Toto-Fonds werden unter anderem Beiträge an die Umsetzung des Sport- und Bewegungskonzepts Aargau geleistet. 2008 und 2010 werden die Projekte Grossporthalle "Schiffmühle" Untersiggenthal, das Fussballstadion mit Mehrzweckhalle Aarau und die Eishallen Aarau, Wettingen, Reinach, Rheinfelden und Wohlen unterstützt.

##### Veränderung in den Planjahren

###### Globalbudget

Die Ausweitung der Zielgruppe des freiwilligen Schulsports und die damit verbundene Angebotserweiterung führt ab dem Planjahr 2009 zur Erhöhung des Globalbudgets.

###### LUAE

Aus dem Sport-Toto-Fonds fallen 2010 höhere Aufwendungen für die Projekte Grossporthalle "Schiffmühle" Untersiggenthal, das Fussballstadion Aarau und die Aargauer Eishallen an.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Fördern und Nutzen des kreativen Potenzials der Kulturschaffenden und Kulturträger durch Vernetzung, Evaluation und Unterstützung der kulturellen Aktivitäten; Werke und Kulturgüter werden erforscht, bewahrt und vermittelt.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	340	Kultur
Produktgruppen	34010	Kulturförderung
	34020	Museum Aargau
	34030	Kunsthaut
	34040	Kantonsbibliothek
	34050	Kantonsarchäologie
	34060	Denkmalpflege
	34070	Staatsarchiv

**UMFELDENTWICKLUNG**

Der Kanton fördert das kulturelle Schaffen und Gemeinschaftsleben, sorgt für die Erhaltung der Kulturgüter, schützt historische Stätten und Baudenkmäler und unterhält Einrichtungen für die Pflege der Wissenschaften, der Künste und der Volkskultur.

Der Aargau verfügt über ein reiches Erbe an kulturellen Schätzen aus der Römerzeit, aus der Blüte des Mittelalters und aus dem Industriezeitalter. Die Zeugen aus vergangener Zeit sind das einstige Legionärslager von Vindonissa, das mit seinem innovativen Legionärspfad an ein breites Publikum herantritt, die malerischen Altstädte, die Burgen, die Schlösser und die Klöster, namentlich Königsfelden, Wettingen und Muri. Die kulturellen Schätze aus alter wie auch aus jüngerer Zeit werden der Öffentlichkeit durch rund siebzig Museen zugänglich gemacht. Angeführt werden diese vom Aargauer Kunsthaut mit seiner einzigartigen Sammlung von Schweizer Kunst und dem historischen Museum Aargau. Die zentralen Dokumentationsstellen der Geschichte und der Entwicklung des Aargaus sind das Staatsarchiv und die Kantonsbibliothek. Die Kulturförderung erfolgt über den Lotteriefonds und das Kulturprozent.

Die gesellschaftlichen Veränderungen und die mit der zunehmenden Globalisierung einhergehende Wertevielfalt führen bei vielen Menschen zu einem höheren Bedürfnis nach kultureller Orientierung, Bildung und Kulturvermittlung. An diesem Punkt setzen die Veranstaltungen der Museumspädagogik an, welche den Besuchern einen Zugang zur Kunst ermöglichen und zwischen Alltag und Kunst eine Brückenfunktion einnehmen. Das Projekt "Kultur macht Schule" führt Kinder und Jugendliche mit einem vielfältigen Angebot an Kunst und Kultur heran.

Die Veränderung der Nutzerschaft von kulturellen Angeboten aufgrund der demografischen Verschiebung mit mehr älteren Menschen und der Zuwanderung von Menschen aus anderen Kulturkreisen bildet eine weitere kulturpolitische Herausforderung. Das Museum Aargau etwa spricht mit seinem Freiwilligenprogramm vor allem Senioren an.

Der verstärkten Mobilität der Bevölkerung gilt es, mit einem vielfältigen und hochwertigen Kulturangebot und der aktiven Förderung des kreativen Schaffens und der kulturellen Aushängeschilder vor Ort zu begegnen, um den Kanton Aargau zwischen den Zentren Zürich, Basel, Bern und Luzern als "Kulturkanton" zu positionieren. Die Standortattraktivität des Kantons hängt auch von einem attraktiven Kulturangebot der Regionen ab. Während der vergangenen Jahre sind dort professionelle Kulturinstitutionen entstanden, die zwar auch für den ganzen Kanton wertvolle Leistungen erbringen, aber gestützt auf die geltenden Rechtsgrundlagen nur sporadisch über den Lotteriefonds kantonale Beiträge erhalten.

Die Rahmenbedingungen für die staatliche Kulturarbeit und Kulturförderung haben sich seit Inkraftsetzung des Kulturgesetzes von 1968 massgeblich verändert. Auf das veränderte Umfeld soll gesamtheitlich mit einer umfassenden Revision der Kulturgesetzgebung, die voraussichtlich 2009 abgeschlossen sein wird, reagiert werden.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
	<b>Umfeldkennzahlen</b>							
340KU0002	Höhe des Kulturprozents	1'000 Fr.	14'155	14'670	15'709	15'568	17'277	17'198
	<b>Leistungskennzahlen</b>							
340KL0001	Besucher/innen Schloss Lenzburg	Anzahl	44'912	56'000	50'000	48'000	50'000	48'000
340KL0002	Besucher/innen Schloss Hallwyl	Anzahl	33'188	42'000	38'000	35'000	35'000	35'000
340KL0004	Besucher/innen des Kunsthhauses	Anzahl	35'712	50'000	45'000	50'000	45'000	50'000
340KL0013	Besucher/innen des Vindonissa-Museums	Anzahl	8'584	10'000	4'000	12'000	15'000	15'000
340KL0014	Besucher/innen der Klosterkirche Königsfelden	Anzahl	8'349	12'000	12'000	10'000	10'000	10'000
340KL0024	Gesuche und Jurierungsanmeldungen an das Aargauer Kuratorium	Anzahl	938	840	860	880	900	920
340KL0025	Gesuche an den Lotteriefonds	Anzahl	222	250	260	270	280	285
340KL0027	Kantonsbibliothek: Verfügbare Medien (Bücher und andere Medien)	Anzahl	664'115	671'000	678'000	685'000	692'000	699'000
340KL0028	Umfang des Archivguts des Staatsarchivs	km	8.2	8.7	9	9.3	9.6	9.9
	<b>Finanzkennzahlen</b>							
340KF0012	Ausgaben der Abteilung Kultur pro Einwohner/in	Franken	42.8	46.1	55.4	48.5	47.9	48.7
340KF0013	Verwendete Mittel aus dem Kulturprozent	1'000 Fr.	11'616	11'582	15'138	12'099	12'137	12'631

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KL0024 und KL0025: Die Steigerung der Gesuche und Jurierungsanmeldungen beruht einerseits auf dem zunehmenden Bekanntheitsgrad des Aargauer Kuratoriums und des Lotteriefonds, andererseits auf der steigenden Anzahl von professionellen Kulturschaffenden und Veranstaltern. Die 2006 ausserordentlich hohe Anzahl von Gesuchen an das Aargauer Kuratorium entstand durch das Sonderprojekt „Videopreis“, auf welches 93 der insgesamt 938 Gesuche entfielen. Auf den Gesuchsanstieg wird mit vermehrter Schwerpunktsetzung und strengeren Kriterien bei der Zusprechung von Beiträgen reagiert, zudem wird der Kuratoriumskredit für die kommende Planperiode erhöht.

KL0001, KL0002, KL0004, KL0013 und KL0014: Die Höhe der Besucherzahlen hängt vom Wechselausstellungsprogramm der Museen ab. Das Museum Aargau plant für 2008 und 2010 je eine grosse Ausstellung. Das Kunsthaus hat für 2009 und 2011 grosse Sonderausstellungen auf der Agenda. Das Vindonissa-Museum wird wegen Renovationsarbeiten und der Neukonzipierung der Dauerausstellung von Mai 2007 bis Herbst 2008 geschlossen, weshalb die Besucherzahlen 2008 zurückgehen.

KF0012 und KF0013: Die Kulturausgaben sind 2008 gegenüber den Vor- und Planjahren ausserordentlich hoch, da sich die Grabungstätigkeit der Kantonsarchäologie auf dem Areal von Vindonissa auf das Jahr 2008 konzentriert.

KF0013 und KU0002: Die verwendeten Mittel aus dem Kulturprozent steigen entsprechend der Erhöhung der Einnahmen der ordentlichen Staatssteuer.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
340ES0026	Kunsthaus: Sicherung des Kunsthausbetriebs	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB 2006-0858 vom 21.11.2006)	2006	0	355	412	1'280	0	2'047
		2	Genehmigung des neuen Betriebskonzepts durch den RR und GR	2006						
		3	Umsetzung des Betriebskonzepts	bis 2010						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
340ES0027	Kantonsarchäologie: Grossgrabungen Vindonissa	1	Nettoaufwand Globalkredite (GRB 2000-1753 vom 18.01.2000, GRB 2002-0800 vom 27.08.2002, GRB 2005-0242 vom 20.09.2005)	2005	6'618	2'578	3'111	1'520	0	13'827
		2	Abschluss der Dokumentation und Auswertungskonzept für die Grabung "Begegnungszentrum"	2007						
		3	Auswertung der Grabung "Begegnungszentrum" und Publikation der Grabungsergebnisse	2008						
		4	Abschluss der Gesamtgrabung "Campus Windisch"	2008 ff.						
		5	Abschluss und Auswertung der Grabung "Spillmannwiese"	2010						
340ES0028	Staatsarchiv: Konzeption und Implementierung der langfristigen Archivierung elektronischer Daten des Kantons Aargau (LAEDAG)	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2005-1090 vom 10.08.2005, zusätzlicher Globalkredit geplant)	2007	42	100	1'000	1'000	0	2'142
		2	Genehmigung des LAEDAG-Konzepts durch den RR	2006						
		3	Evaluation eines Record Management Systems (RMS)	2008						
		4	Detailkonzept, Systemrealisierung und Einführung mit Schulungen	2009						
		5	Übernahme der Daten ins elektronische Langzeitarchiv	2009						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0026: Die gegenüber dem AFP 2007-2010 geringeren Aufwendungen für die Sicherung des Kunsthause Betriebs sind auf die Auslagerung des Cafébetriebs an Dritte und auf gegenüber der ursprünglichen Planung geringere Personalaufwendungen zurückzuführen.

ES0027: Die Aufwendungen für die Grossgrabungen der Kantonsarchäologie hängen von den auf den Grabungsfeldern angetroffenen Verhältnissen und Funden ab, die jederzeit sowohl zeitliche Verschiebungen als auch einen veränderten Bedarf an finanziellen Mitteln zur Folge haben können. Die Grabungstätigkeit der Kantonsarchäologie konzentriert sich auf das Jahr 2008, jedoch wird auch für die Jahre 2009 bis 2011 mit grösseren Folgegrabungen auf dem Areal von Vindonissa gerechnet.

ES0028: Der gegenüber dem AFP 2007-2010 erhöhte Aufwand für LAEDAG erklärt sich aus der notwendigen Anschaffung eines Record Management Systems (RMS) aufgrund der Richtlinie über die Aktenführung und Archivierung gestützt auf das Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen (IDAG). Das System wird für die gesamte Verwaltung aufgebaut. Der Regierungsrat hat entschieden, die Kosten beim Staatsarchiv auszuweisen. Die Investitionen für die Langzeitarchivierung verschieben sich entsprechend der aktualisierten Planung um ein Jahr.

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
340ZI0023	Ein dezentrales, hochwertiges Kulturangebot durch die Abteilung Kultur und das Aargauer Kuratorium ist geschaffen.	1	Bewilligte Gesuche durch das Aargauer Kuratorium und den Lotteriefonds	Anzahl	653	640	645	660	675	690
		2	Ausschöpfung Kulturprozent	%	82.1	78.9	96.4	77.7	70.3	73.4
340ZI0024	Die kantonalen Museen sind schweizweit positioniert.	1	Wechsausstellungen	Anzahl	12	9	10	11	12	12
		2	Publikationen der Museen	Anzahl	13	9	9	9	9	9
		3	Anteil ausserkantonaler Besucher/innen	%	55.6	58	58	58	58	58
340ZI0025	Die Kulturvermittlung durch die Aargauer Museen (Schloss Lenzburg und Hallwyl, Kunsthaus, Klosterkirche Königsfelden, Vindonissa-Museum) wird intensiviert.	1	Museumspädagogische Angebote, öffentliche und private Führungen	Anzahl	1'327	1'792	1'690	1'777	1'787	1'777
340ZI0026	Das Kulturgut wird erforscht, gepflegt und zugänglich gemacht.	1	Bewertete, elektronisch erschlossene Archiveinheiten des Staatsarchivs	Anzahl	10'991	6'250	6'500	6'750	7'000	7'500
		2	Publikationen der Kantonsarchäologie	Anzahl	17	14	14	14	14	14
		3	Forschungsprojekte (ausgewertete Grabungen) der Kantonsarchäologie	Anzahl	1	3	3	3	3	3
		4	Denkmalschutzverfahren - Aufnahme neuer Objekte	Anzahl	5	10	10	10	10	10
340ZI0027	Die Kantonsbibliothek ist zum Informationszentrum ausgebaut.	1	Ausleihen pro Jahr	Anzahl	22'318	27'000	23'000	24'000	25'000	26'000
		2	Zuwachs Bestand	Anzahl	6'115	11'900	7'000	7'000	7'000	7'000

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0023: Als Folge der steigenden Anzahl an Gesuchen an das Aargauer Kuratorium und den Lotteriefonds wird auch mit einem Anstieg bei den bewilligten Gesuchen gerechnet.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Kantone sind gestützt auf Art. 69 der Bundesverfassung (BV) für die Kulturpflege zuständig. Nach Art 78 BV obliegt den Kantonen zudem die Sorge für den Natur- und Heimatschutz. Der Kulturbereich wird sodann durch § 36 der Verfassung des Kantons Aargau, das Gesetz über die Förderung des kulturellen Lebens und zahlreiche Verordnungen und Dekrete geregelt. Die Richtlinien des Internationalen Museumsrats (ICOM) sind für die Arbeit der Museen von Bedeutung.

Für die Denkmalpflege, die Kantonsarchäologie und das Aargauer Kuratorium gelten zwingende Rahmenbedingungen. Steuerungsmöglichkeiten bestehen hauptsächlich darin, die Auszahlung gesprochener Beiträge für die Denkmalschutzpflege oder die archäologischen Grabungen zeitlich zu verschieben. Die jährlichen Schwankungen bei den Finanzen des Aufgabenbereichs sind primär auf die Grabungstätigkeit der Kantonsarchäologie (Grosskredite) zurückzuführen. Die Ausgaben der Kantonsbibliothek, des Staatsarchivs, des Aargauer Kunsthauses und des Museums Aargau sind grösstenteils Personalaufwendungen. Die Kosten sind hier praktisch ausschliesslich über den Leistungsumfang (Kulturvermittlungsangebote) und die Öffnungszeiten steuerbar.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-26'195</b>	<b>-28'339</b>	<b>-34'061</b>	<b>20.2</b>	<b>-30'197</b>	<b>-29'996</b>	<b>-30'715</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>1'591</b>	<b>1'456</b>	<b>1'498</b>	<b>2.9</b>	<b>1'441</b>	<b>1'442</b>	<b>1'447</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-24'604</b>	<b>-26'883</b>	<b>-32'563</b>	<b>21.1</b>	<b>-28'756</b>	<b>-28'553</b>	<b>-29'268</b>
Total Aufwand Globalbudget	-23'398	-24'249	-27'097	11.7	-25'357	-25'593	-28'028
Total Ertrag Globalbudget	1'338	1'425	1'498	5.2	1'441	1'442	1'447
Saldo Globalbudget	-22'060	-22'824	-25'598	12.2	-23'915	-24'151	-26'580
Total Aufwand Kleinkredite	-194	-1'126	-2'442	116.8	-2'604	-2'127	-1'400
Total Ertrag Kleinkredite	80						
Saldo Kleinkredite	-114	-1'126	-2'442	116.8	-2'604	-2'127	-1'400
Total Aufwand Grosskredite	-2'603	-2'964	-4'523	52.6	-2'237	-2'276	-1'288
Total Ertrag Grosskredite	173	31		-100.0			
Saldo Grosskredite	-2'430	-2'933	-4'523	54.2	-2'237	-2'276	-1'288

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Kulturförderung Auswirkungen Kulturgesetzrevision						-1'000	-1'000
Total Ertrag Grosskredite Kulturförderung Auswirkungen Kulturgesetzrevision							
Saldo Grosskredite Kulturförderung Auswirkungen Kulturgesetzrevision						-1'000	-1'000
Total Aufwand Grosskredite Kunsthaus Betriebssicherung Kunsthaus		-355	-412	16.1	-634	-646	
Total Ertrag Grosskredite Kunsthaus Betriebssicherung Kunsthaus							
Saldo Grosskredite Kunsthaus Betriebssicherung Kunsthaus		-355	-412	16.1	-634	-646	
Total Aufwand Grosskredite Kantonsarchäologie Grabung Spillmannwiese*	-462	-138	-184	33.6	-188	-87	-88
Total Ertrag Grosskredite Kantonsarchäologie Grabung Spillmannwiese*	50	11		-100.0			
Saldo Grosskredite Kantonsarchäologie Grabung Spillmannwiese*	-412	-127	-184	45.2	-188	-87	-88
Total Aufwand Grosskredite Kantonsarchäologie Grabung Begegnungszentrum*	-188	-151	-245	62.0	-194	0	
Total Ertrag Grosskredite Kantonsarchäologie Grabung Begegnungszentrum*	1						
Saldo Grosskredite Kantonsarchäologie Grabung Begegnungszentrum*	-187	-151	-245	62.0	-194	0	
Total Aufwand Grosskredite Kantonsarchäologie Grabung Campus Areal Windisch-Brugg*	-1'954	-2'320	-2'682	15.6	-720	-244	
Total Ertrag Grosskredite Kantonsarchäologie Grabung Campus Areal Windisch-Brugg*	121	20		-100.0			
Saldo Grosskredite Kantonsarchäologie Grabung Campus Areal Windisch-Brugg*	-1'832	-2'300	-2'682	16.6	-720	-244	
Total Aufwand Grosskredite Staatsarchiv LAEDAG			-1'000	X	-500	-300	-200
Total Ertrag Grosskredite Staatsarchiv LAEDAG							
Saldo Grosskredite Staatsarchiv LAEDAG			-1'000	X	-500	-300	-200



## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

#### Globalbudget

Die Veränderung des Globalbudgets 2008 gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus dem Anstieg der aus dem Kulturprozent verwendeten Mittel, wovon 2.3 Mio. Franken auf nachschüssig auszubehaltende Denkmalschutzbeiträge und 210'000 Franken auf die Aufwendungen für die Förderung des Kulturschaffens durch das Aargauer Kuratorium entfallen. Der Beitrag ans Naturama steigt gegenüber dem Budget 2007 um 123'000 Franken. Das Naturama konnte 2007 einmalig Rückstellungen von 100'000 Franken auflösen.

#### Kleinkredite

Die Einführung einer Datenbank für die Verwaltung von Lotteriefondsgesuchen (Fr. 100'000), der Einsatz von Kulturverantwortlichen an den Schulen (Fr. 100'000), der Ausbau digitaler Informationen über die Sammlung des Kunsthauses (Fr. 100'000), die Auswertung der archäologischen Grabung auf der Spillmannwiese (Fr. 465'000), das Archäologische Informationssystem des Kantons Aargau (ARIS II) (Fr. 200'000), zusätzliche Grabungen auf dem Areal der Kabelwerke Brugg (Fr. 100'000), ein neues Vorhaben der Zusammenarbeit der Kantonsarchäologie mit der Universität Basel (Fr. 350'000) sowie die Bilddatenbank des Staatsarchivs (Fr. 150'000) führen 2008 zur Erhöhung der Kleinkredite. Die zeitliche Verschiebung der Auswertung der Römerblick-Grabung von 2008/2009 auf 2009/2010 (Fr. 200'000) und die Verschiebung des Kleinkredits für das Projekt LAEDAG des Staatsarchivs verringern den Saldo der Kleinkredite.

#### Grosskredite

Der Schwerpunkt der Grabungstätigkeit der Kantonsarchäologie fällt auf das Jahr 2008, weshalb die Grosskredite der drei Grossgrabungen auf dem Areal von Vindonissa ansteigen. Neu wird ab 2008 der Kredit für die Konzeption und Implementierung von LAEDAG als Grosskredit geführt.

### Veränderung in den Planjahren

#### Globalbudget

2011 sind für die Denkmalpflege 700'000 Franken eingestellt, woraus sich der Anstieg des Globalbudgets gegenüber 2010 erklärt.

#### Grosskredite

Für die Auswirkungen der Kulturgesetzgebung sind 2010 und 2011 die notwendigen Mittel eingestellt. Die Aufwendungen für die Betriebssicherung des Kunsthauses von rund 646'000 Franken werden ab 2011 nicht mehr bei den Grosskrediten, sondern über das Globalbudget geführt.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Bearbeiten und koordinieren von Aufgaben- und Finanzplan, Budget und Jahresbericht; Durchführen des Finanz- und Aufgabencontrollings, zusammen mit der Staatskanzlei; Aufbereiten von finanzpolitischen Grundlagen und bearbeiten von finanzpolitischen Projekten; Durchführen der zentralen Betreuung der Beteiligungen; Konzipieren und betreuen des Rechnungswesens und der entsprechenden Informatiksysteme; Sicherstellen des Cash-Managements und der Tresorerie; Durchführen von statistischen Erhebungen im Auftrag von Bund und Kanton; Bereitstellen von statistischen Informationen und Entscheidungsgrundlagen für Öffentlichkeit, Politik, Regierung und Verwaltung.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	410	Finanzen, Controlling und Statistik
Produktgruppen	41010	Finanzpolitik und Beteiligungen
	41020	Zentrales Controlling und Rechnungswesen
	41040	Zentrale Finanzleistungen
	41060	Statistik

**UMFELDENTWICKLUNG**

Der Aufgabenbereich ist für die Steuerung des kantonalen Finanzhaushalts verantwortlich. Dazu gehören die Koordination der Erstellung des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) und der Jahresrechnung sowie die Bewirtschaftung der Vermögenswerte und der fremden Mittel. Des Weiteren ist die Statistik für die Durchführung von gesetzlich vorgeschriebenen Erhebungen und für verwaltungsinterne Dienstleistungen wie Bevölkerungs- und Schulentwicklungsprognosen sowie Modellrechnungen im Zusammenhang mit Steuergesetzrevisionen, Strassenunterhaltsbeiträgen, dem Finanzausgleich und dem Sozialindex verantwortlich.

Externe Einflussfaktoren (demografische Entwicklung, Kostensteigerungen im Gesundheitswesen sowie bei der sozialen Wohlfahrt, Finanzierung der Pensionskasse, Belastungen seitens des Bundes) und die Forderungen nach Senkung der Steuerbelastungen bei gleichzeitigem Haushaltsüberschuss schränken den aufgaben- und finanzpolitischen Handlungsspielraum des Kantons ein. Die aktuellen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit einem positiven Wirtschaftswachstum haben eine entlastende Wirkung. Der Kanton kann sich dem verschärften interkantonalen und internationalen Standortwettbewerb nicht entziehen, was zu einem erhöhten Handlungsbedarf führt. Zusätzlich stellt die hohe Fremdmittelbeschaffung für die Finanzierung der Auswirkungen des neuen APK-Dekrets eine grosse finanzpolitische Herausforderung dar.

Mittels finanzpolitischer Projekte wie der "Weiterentwicklung der Aufgabenerfüllung im Kanton Aargau (WAKAG) mit Fokus auf Public Private Partnership (PPP)" und der "Beteiligungsstrategie Kanton Aargau mit Umsetzung der Desinvestitionsstrategie bei den Beteiligungen des Kantons an AEW, AKB und AXPO" wird der finanzielle Handlungsspielraum proaktiv erweitert.

Ab 1. Januar 2006 traten für die Planung, Steuerung und das Reporting die neuen Führungsinstrumente in Kraft. Die Weiterentwicklung dieser Instrumente erfolgt auch in Zukunft. Auf die Rechnungslegung werden künftig das Harmonisierte Rechnungsmodell 2 der Kantone (HRM2), das Neue Rechnungsmodell des Bundes (NRM) sowie die Weiterentwicklung der International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) verstärkt Einfluss haben. Im Bereich der Tresorerie wird mit leicht steigenden Zinsen auf dem Geld- und Kapitalmarkt gerechnet. Im Zahlungsverkehr wird eine leichte Zunahme der Transaktionen erwartet. Das Bedürfnis nach kantonalen statistischen Informationen steigt an, da diese in zunehmendem Masse als Planungs- und Entscheidungsgrundlagen benötigt werden. Der Trend wird zusätzlich noch verstärkt, weil der Bund die Regionalstatistik tendenziell zugunsten der internationalen Statistiken abbaut (EU-Statistik) und daher im Gegenzug den regionalen Stellen vermehrt Aufgaben überträgt. Zudem erhöht sich die Komplexität der Erhebungen, weil häufig verschiedenste Varianten der Datenlieferung unterstützt werden müssen.

Der Lotteriefonds wurde bisher buchhalterisch direkt in der Bilanz abgehandelt. Der Ausweis für das Parlament erfolgte im Anhang zur Staatsrechnung. Die auf den 1. Juli 2006 in Kraft getretene Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Beteiligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten veranlasste den Regierungsrat, die Form der bisherigen Rechnungslegung des Lotteriefonds zu überprüfen. Neu wird der Lotteriefonds als eine durch Bundesrecht begründete Spezialfinanzierung gemäss § 34 GAF geführt. Dies führt dazu, dass ab Rechnungsjahr 2008 der Lotteriefonds in der Verwaltungsrechnung als Leistungsunabhängiger Aufwand und Ertrag (LUA) geführt wird.

Die Entwicklung im Globalbudget bleibt für das Budgetjahr 2008 und die Planjahre weitgehend stabil. Die LUA im Budgetjahr 2008 sind geprägt durch einen tieferen Nettozinsaufwand, welcher auf Schuldentrückzahlungen zurückzuführen ist. Diese Entwicklung setzt sich in den Planjahren fort. Weiter führt die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) zu einer Ertragszunahme. Im Budgetjahr 2008 profitiert der Kanton einerseits von höheren Erträgen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) von rund Fr. 16 Mio. als Folge des neuen Verteilschlüssels unter den Kantonen sowie von einer Entlastung von Fr. 119.7 Mio. beim LUA NFA. Diese setzen sich aus den Erträgen des Ressourcenausgleichs und den Aufwendungen für den Härteausgleich sowie für die Interkantonale Zusammenarbeit (IKZ) zusammen. Die Spezialfinanzierung Sonderlasten wird geprägt durch den einmaligen Aufwand für die Pensionskassenreform von Fr. 1.7 Mrd. im Budget 2008.

KENNZAHLEN		Einheit	JB	Budget	Budget	Planjahre		
			2006	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
410KU0010	Wachstum reales Volkseinkommen Kanton Aargau	%	2.8	1.95	2.5	2.25	2.25	2.25
410KU0011	Teuerung Konsumentenpreise Schweiz	%	1.1	0.8	1	1	1	1
410KU0012	Bevölkerungsentwicklung Kanton Aargau: Veränderungsrate der Gesamtzahl	%	0.87	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
410KU0017	Rendite Kapitalmarkt (Kantone, 8 Jahre)	%	2.6	3	3.2	3.5	3.5	3.5
410KU0018	Geldmarktsatz (3 Monate LIBOR)	%	1.6	1.8	2.4	2.2	2.2	2.2
<b>Leistungskennzahlen</b>								
410KL0016	Mitberichte (Finanz- und Aufgabencontrolling)	Anzahl	397	300	250	250	250	250
410KL0019	Zahlungsein- und Ausgänge	Anzahl		370'000	411'000	413'000	422'000	421'000
410KL0020	Abgeschlossene Geldmarktgeschäfte	Anzahl		110	140	130	120	100
410KL0021	Statistiken Bund	Anzahl	11	12	12	12	11	12
410KL0022	Statistiken Kanton	Anzahl	10	10	11	13	11	11
<b>Finanzkennzahlen</b>								
410KF0002	Abschreibung der Defizite ab 2006	Mio. Fr.		0	0	0	0	0
410KF0003	Abschreibung der per Ende 2005 aufgelaufenen Defizite mit 2%	Mio. Fr.		11.1	11.1	11.1	11.1	11.1
410KF0004	Nettoschulden (aufgelaufene Defizite)	Mio. Fr.	483.3	494	441	423	398	361
410KF0005	Nettoverschuldungsquote	%	1.66	1.62	1.43	1.32	1.21	1.06
410KF0006	Staatsquote	%	11.78	11.51	12.49	12.38	12.13	11.82
410KF0007	Steuerquote	%	6.56	6.18	6.52	6.26	6.05	6.03
410KF0008	Kurzfristige Aktivanlagen am Geldmarkt, durchschnittlicher Bestand pro Jahr	Mio. Fr.	886	300	450	400	350	250
410KF0009	Fremdkapital am Jahresende	Mio. Fr.	1'567	1'518	3'162	3'121	3'112	3'049
410KF0010	Rating durch Standard & Poor's für den Kanton Aargau aufgrund der Finanzlage und wirtschaftlichen Entwicklung (s. Fussnote)	AA+	1	1	1			
410KF0011	dito (s. Fussnote)	AAA				1	1	1

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

K20 AFP 07-10 Bevölkerungsentwicklung Kanton Aargau: Veränderungsrate der über 65-jährigen: Gelöscht: Hat keinen direkten Einfluss auf die Entwicklung des Aufgabenbereichs.

K25 AFP 07-10 Bevölkerungsentwicklung Kanton Aargau: Veränderungsrate der unter 19-jährigen: Gelöscht: Hat keinen direkten Einfluss auf die Entwicklung des Aufgabenbereichs.

K30 AFP 07-10 Schülerinnen und Schüler: Gelöscht: Hat keinen direkten Einfluss auf die Entwicklung des Aufgabenbereichs.

K35 AFP 07-10 Bestand an Wohngebäuden: Gelöscht: Hat keinen direkten Einfluss auf die Entwicklung des Aufgabenbereichs.

KL16: Tiefere Planwerte gegenüber AFP 07-10 infolge geplanter Verwesentlichung des Mitberichtswesens.

K45 AFP 07-10 Anwender/innen der Rechnungswesenapplikation Kanton Aargau (RAPAG) Business-Warehouse: Gelöscht: Transfer des Bereiches SAP in den AB 435 Zentrale Informatikdienste.

K46 AFP 07-10 Umsetzung weiterer SAP-Projekte: Gelöscht: Transfer des Bereiches SAP in den AB 435 Zentrale Informatikdienste.

KL19: Die Anzahl der Zahlungsausgänge steigt aufgrund der veränderten Zahlungsströme infolge Abschaffung des Gemeindekontokorrents.

KL 21: Die Zahlen variieren, weil bei der Bundesstatistik die Betriebszählung und die Volkszählung nicht jährlich durchgeführt werden.

KL 22: Bei den kantonalen Statistiken haben die Grossratswahlstatistiken und in Zukunft die Erhebung der Abschlussklassen eine Veränderung zur Folge.

KF04: In der Vorlage des Regierungsrats (AFP-Version vom 15.08.2007) wurde aufgrund eines Übernahmefehlers für die Jahre ab 2008 eine falsche Nettoverschuldung gezeigt. Die Nettoverschuldung wird gemäss den in der Botschaft vom 15.08.2007 korrekt ausgewiesenen Zahlen angepasst. Zudem wurde der vom Grossen Rat neu beschlossene Überschuss (14.4 statt 10.3 Mio.Fr.) für das Jahr 2008 berücksichtigt.

KF08: Im Jahr 2006 wurden Überschüsse aus dem Erlös der Goldreserven SNB im Geldmarkt angelegt, welche nicht zum Schuldenabbau verwendet werden konnten. Der erhöhte Liquiditätsüberschuss im Jahre 2008 wird in der Folge zur Zwischenfinanzierung von langfristigem Fremdkapital eingesetzt, was zu einer Reduktion führt.

KF09: In der AFP-Version vom 15.08.2007 wurde aufgrund eines Übernahmefehlers für die Jahre ab 2008 ein falsches Fremdkapital gezeigt. Der Anstieg des Budgetwerts 2008 gegenüber dem Budgetwert 2007 ist primär auf die einmaligen finanziellen Auswirkungen des neuen Pensionskassendekrets im Rahmen von Fr. 1'726 Mio. zurückzuführen.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
410ES0035	Planungsbericht Beteiligungsstrategie Kanton Aargau mit Umsetzung der Desinvestitionsstrategie bei den Beteiligungen des Kantons an AEW, AKB und AXPO	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB 2006-001162, 30.08.2006)	2006		75	75	100		250
		2	Erarbeitung Eigentümerstrategie für die einzelnen Beteiligungen unter Berücksichtigung der vom Grossen Rat beschlossenen Kriterien	2007						
		3	Mitwirkung bei Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der Beteiligungs- und Desinvestitionsstrategie	2010						
		4	Umsetzung der Desinvestitionen und Verflüssigung	2012						
410ES0037	Ausrichtung des Rechnungswesens der Kantonalen Verwaltung an neue Normen (Projekt HRM2 / IPSAS)	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Mitarbeit in der interkantonalen Fachgruppe für die Ablösung von HRM 81	2006-2007						
		3	Auslegeordnung und Strategie für den Kanton Aargau erstellen, sofern HRM 81 abgelöst wird	2008						
		4	Auslegeordnung für den Kanton Aargau erstellen und Handlungsbedarf ermitteln	2008						
		5	Umsetzung der Neuausrichtung des Rechnungswesens mit AFP 2011-2014	2010						
		6	Beendigung des Rechtsetzungsverfahrens	2012						
410ES0039	Fremdmittelbeschaffung für Finanzierung der Auswirkungen des neuen APK-Dekrets	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Bedarfsabklärung bei Gemeinden und der APK angeschlossenen Institutionen	Anfang 2007						
		3	Abschluss von Darlehens- und Abzahlungsverträgen	Mitte 2007						
		4	Aufnahme von Fremdgeldern (für Kanton und Dritte)	2007 + 2008						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
410ES0041	Weiterentwicklung der Aufgabenerfüllung im Kanton Aargau (WAKAG) mit Fokus auf Public Private Partnership (PPP)	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)				80	120		200
		2	Erarbeitung von Grundlagen, Abklärungen rechtlicher Rahmenbedingungen und Abklärung PPP-Lösungen	2007						
		3	Erarbeitung standardisierter Hilfsinstrumente zur Umsetzung von PPP-Lösungen	2008						
		4	Evaluation und Weiterentwicklung weiterer Formen der Aufgabenerfüllung	2008-2009						
		5	Definition verwaltungsinterner Prozesse und Strukturen zur Festlegung der optimalen Erfüllungsformen staatlicher Aufgaben	2008-2009						
		6	Initialisierung, Durchführung und Begleitung von PPP-Projekten	2008-2011						
410ES0040	Harmonisierung der Register für Einwohner, Gebäude und Wohnungen nach den Vorgaben der Bundesgesetzgebung für Statistik im Zusammenhang mit der Volkszählung 2010	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Umsetzung der Bundesvorgaben	2005-2007						
		3	Konzeptentwicklung mit Schwerpunkt Gebäude- und Wohnregister	2008						
		4	Vorbereitung zur Einführung der Volkszählung bei den Gemeinden	2009						
		5	Einführung und Support bei der Volkszählung auf Gemeindeebene	2010						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Die Entwicklungsschwerpunkte aus den letzten Planperioden werden aktualisiert weitergeführt. Neu hinzu kommt der Entwicklungsschwerpunkt "Weiterentwicklung der Aufgabenerfüllung im Kanton Aargau (WAKAG) mit Fokus auf Public Private Partnership (PPP)". Drei bisherige Entwicklungsschwerpunkte werden nicht mehr aufgeführt, da sie erfüllt sind.

ES10 AFP 07-10 Konzentration und Koordination von Querschnittsaufgaben in der Betreuung von Beteiligungen des Kantons an selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten und Aktiengesellschaften, welche einen staatlichen Auftrag erfüllen: Gelöscht: Zentrale Elemente bereits im ES35 enthalten.

ES15 AFP 07-10 Anwenden von optimalen Finanzierungsformen für öffentliche Leistungen und Einbringen der finanzpolitischen Anliegen bei wirtschaftspolitischen Fragen: Gelöscht: Wird neu im ES41 spezifiziert.

ES23 AFP 07-10 Ablösung von bestehenden individuellen Informatiklösungen durch die Standardlösung SAP: Gelöscht: Transfer des Bereiches SAP in den AB 435 Zentrale Informatikdienste.

ES40: Nachdem die rechtlichen Grundlagen des Bundes (Registerharmonisierungsgesetz) nun weitgehend vorliegen, können die Arbeiten für das Konzept wie vorgesehen weitergeführt werden. Sie erfolgen in Zusammenarbeit mit der Gemeindeabteilung, wobei das Statistische Amt den Schwerpunkt Gebäude- und Wohnungsregister betreut. Diese Aufgabe wurde schon bisher im Rahmen der Bauerhebung sowie der Gebäude- und Wohnungszählung im Auftrag des Bundes wahrgenommen.

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
410ZI0009	Öffentlichkeitswirksame Informationen der Finanzverwaltung werden bereitgestellt.	1	Publikationen zum Thema Staatshaushalt	Anzahl	3	3	3	3	3	3
		2	Aktualisierung des Internetauftritts	Anzahl	8	8	8	8	8	8
		3	Aktualisierung der Broschüre "öffentliche Finanzen Kanton Aargau"	Anzahl	1	1	1	1	1	1
410ZI0038	Die Gestaltung des AFP im Finanzteil mit Budget ist benutzergerecht. (s. Fussnote)	1	Parlamentarische Änderungswünsche	Anzahl	2	4	3	2	2	2
410ZI0039	Die finanziellen und finanzrechtlichen Auswirkungen in Vorlagen an den Grossen Rat werden transparent und vollständig dargestellt.	1	Geschäfte, welche vom Parlament als intransparent bemängelt werden	Anzahl	3	4	3	3	3	3
410ZI0041	Der relative Aufwand für neues langfristiges Fremdkapital wird minimiert.	1	Unterschreitung im Jahresdurchschnitt gegenüber SWAP-Satz-Mitte in Basispunkten	Punkte		3	3	3	3	3
410ZI0042	Statistische Daten werden so aufbereitet, dass sie als Informations- und Planungsgrundlage für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit dienen.	1	Anteil zufriedene interne und externe Kunden	%		97		97		97
		2	Internetzugriffe pro Monat	Anzahl	194'000	100'000	170'000	170'000	170'000	170'000

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Gegenüber dem letzten AFP werden die Zielindikatoren aktualisiert weitergeführt. Neu ist das Ziel "Öffentlichkeitswirksame Informationen der Finanzverwaltung werden bereitgestellt".

Z20 AFP 07-10 Die relative Rendite der Geldmarktanlagen wird optimiert: wird auf Grund fehlender Steuerbarkeit gelöscht.

ZI41: Wert abhängig von der aktuellen Marktsituation. Steuerungsmöglichkeit unter Berücksichtigung eines zusätzlichen, zu verantwortenden Risikos liegt bei max. 2 Basispunkten.

ZI42: Die Zahl der Internetzugriffe hat sich 2006 deutlich erhöht. Die Zielsetzung das Internetangebot zu verbessern, um bessere Dienstleistungen zu bieten und eine Verlagerung von den traditionellen Publikationen zum Internetangebot zu fördern, wurde damit erreicht. Die Zielsetzung soll beibehalten werden, um die Druck- und Versandkosten weiterhin reduzieren zu können. Die Werte für den AFP 2008-2011 wurden aufgrund des Wertes 2006 nach oben korrigiert.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Über das Globalbudget und die Globalkredite wird die Umsetzung gesetzlicher Aufträge (insbesondere Bundesstatistikgesetz und Gesetz über die Wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen) abgewickelt. Die Steuerbarkeit wird durch das Ausmass beim Umfang und der Qualität der rechtlich geforderten Leistungen (vgl. insbesondere ZI38, ZI39, ZI42) beschränkt.

Der Finanzaufwand und-ertrag wird vorwiegend durch externe Grössen wie Steuereingänge und Zinsentwicklung dominiert. Der daraus resultierende enge Handlungsspielraum wird bereits optimal ausgeschöpft (vgl. Ziel ZI41). So kann eine Veränderung um einen Basispunkt beim SWAP-Satz-Mitte, bei gleich bleibenden Umfeld- und Marktbedingungen, einen Minder- bzw. Mehraufwand für 2008 - unter Berücksichtigung der APK-Fremdkapitalaufnahme - in der Höhe von Fr. ± 70'000 bewirken.

Die übrigen Erträge hängen primär davon ab, wie die kantonale Beteiligungspolitik (siehe Planungsbericht Beteiligungsstrategie) ausgestaltet ist und wie die Ertragslage der Beteiligungen ist.

Der Aufwand und Ertrag im LUAE NFA beruht auf Berechnungen des Bundes (Härte- und Ressourcenausgleich) oder ist durch interkantonales Recht bestimmt (Interkantonale Zusammenarbeit), weshalb sich die Saldoentwicklung ausserhalb des Einflussbereiches des Kantons befindet.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-261'914</b>	<b>-124'388</b>	<b>-2'041'932</b>	<b>1'541.6</b>	<b>-255'272</b>	<b>-256'585</b>	<b>-256'009</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>281'069</b>	<b>204'097</b>	<b>2'208'001</b>	<b>981.8</b>	<b>488'228</b>	<b>492'784</b>	<b>498'618</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>19'155</b>	<b>79'709</b>	<b>166'069</b>	<b>108.3</b>	<b>232'956</b>	<b>236'199</b>	<b>242'609</b>
Total Aufwand Globalbudget	-4'855	-5'379	-5'196	-3.4	-5'306	-5'344	-5'337
Total Ertrag Globalbudget	775	498	523	5.0	525	527	529
Saldo Globalbudget	-4'080	-4'881	-4'673	-4.3	-4'781	-4'817	-4'808
Total Aufwand Kleinkredite		-75	-155	106.7	-90	-90	-40
Total Ertrag Kleinkredite		75	75	0.0	50	50	
Saldo Kleinkredite		0	-80	X	-40	-40	-40
Total Aufwand Grosskredite	-1'173				0		
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	-1'173				0		
Total Aufwand LUAE	-255'886	-118'934	-2'036'581	1'612.4	-249'876	-251'151	-250'633
Total Ertrag LUAE	280'294	203'524	2'207'403	984.6	487'653	492'207	498'089
Saldo LUAE	24'408	84'590	170'822	101.9	237'777	241'056	247'457

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Projekt RAPAG (Einführung SAP FI-CO)	-1'173				0		
Total Ertrag Grosskredite Projekt RAPAG (Einführung SAP FI-CO)							
Saldo Grosskredite Projekt RAPAG (Einführung SAP FI-CO)	-1'173				0		

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
						2009	2010	2011
LUAE Finanzaufwand und -ertrag	Kapitalbeschaffung und Verwaltung	-1'894	-1'655	-1'645	-0.6	-1'645	-1'310	-870
	Inkassokommission auf Anleihen/Darlehen	-107	-120	-70	-41.8	-70	-85	-75
	Zinsen auf Depotgelder	-44	-55	-45	-18.2	-45	-50	-50
	Kontokorrentzinsen	-584	-250	-700	180.0	-600	-600	-600
	Zinsen Geldmarktdarlehen	-18	-1'350	0	-100.0	-2'094	-3'106	-6'118
	Zinsen Staatsanleihen	-27'299						
	Zinsen auf Schuldscheinen	-9'543	-9'107	-8'272	-9.2	-6'767	-4'640	-4'126
	Zinsen auf Darlehen APK	-10'308	-6'252	-6'577	5.2	-6'892	-7'212	-7'566
	Zinsen auf Privatplatzierungen	-2'688	-1'577	-1'450	-8.1	-1'450	-1'450	-1'450
	Zinsen auf Anleihen		-23'338	-20'750	-11.1	-20'750	-20'250	-12'070
	Zinsen IRS / variable Zahlungen / payer	-2'254		-2'579	X	-775		
	Zins Fonds, Stiftungen, Spezialfinanzierungen	-725	-695	-770	10.8	-680	-450	-350
	Zins Sonderlasten			-63'620	X	-61'340	-60'370	-59'270
	Verschiedene interne Verrechnungen	-14	-12	-14	16.7	-14	-14	-14
	Zinsen auf Kontokorrentguthaben mit VST	971	750	875	16.7	750	600	600
	Zinsen auf Kontokorrentguthaben ohne VST	10				0		
	Zinsen auf Festgeldanlagen mit VST	7'058	5'500	8'800	60.0	7'000	6'000	4'000
	Zinsen auf Festgeldanlagen ohne VST	4'641				0		

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
						2009	2010	2011
LUAE Finanzaufwand und -ertrag (Fortsetzung)	Vermögenserträge mit VST	442	430	440	2.3	450	450	450
	Vermögenserträge ohne VST	190				0		
	Zinsen IRS / fixe Zahlungen / receiver	2'451		1'768	X	585		
	Übr Erträge Finanzvermögen mit/ohne VST	678	660	584	-11.5	375	330	260
	Zinsertrag Gde./Inst. APK			14'694	X	14'694	14'694	14'694
	Buchgewinne Wertschriften/Beteiligungen	2'486	2'000	2'200	10.0	2'200	2'300	2'400
	Zins Darlehen Spitäler/Krankenheime	5'563	5'400	5'800	7.4	6'000	6'000	6'000
	Zins Darlehen Finanzierungsgesellschaft					924	886	848
	Int Verr Finanzaufwand G Sonderlasten	4'283	1'002	49'870	4'877.1	47'740	47'080	46'110
Saldo LUAE Finanzaufwand und -ertrag		-26'704	-28'669	-21'461	-25.1	-22'404	-21'197	-17'197
LUAE übrige Erträge	Zins Dotationskapital AKB	6'253	6'238	6'023	-3.5	5'751	5'693	5'793
	Abgeltung Staatsgarantie Aargauische KB			6'800	X	7'000	7'200	7'500
	Ertragsanteil Aargauische Kantonalbank	28'456	29'310	30'420	3.8	31'490	32'510	33'570
	Ertragsanteil AGVA	1'000	1'000	1'000	0.0	1'000	1'000	1'000
	Dividenden Axpo-Holding	13'961	14'380	14'930	3.8	15'450	15'950	16'470
	Dividenden AEW Energie AG	8'800	12'100	12'140	0.3	12'560	12'970	13'390
	Dividenden Schweiz Rheinsalinen	400	400	0	-100.0	1'060	1'060	1'060
	Dividenden kantonale Spitäler	2'280	1'000	1'500	50.0	1'500	1'500	1'500
	Erträge Beteiligung Verwaltungsvermögen	38	38	38	0.0	38	38	38
	Ertragsanteil Schweiz Nationalbank SNB	59'803	59'803	75'620	26.5	75'620	75'620	75'620
	Anteile übrige Bundeseinnahmen	17	14	14	0.0	14	14	14
	übrige Erlöse von Dritten	104	100	100	0.0	100	100	100
Saldo LUAE übrige Erträge		121'112	124'383	148'585	19.5	151'583	153'655	156'055
LUAE Finanzausgleich Bund - Kanton (NFA)	Härteausgleich an Kantone			-9'120	X	-9'120	-9'120	-9'120
	Beiträge an Kantone			-10'000	X	-10'000	-10'000	-10'000
	Ressourcenausgleich vom Bund			81'672	X	81'672	81'672	81'672
	Ressourcenausgleich von Kantonen			57'170	X	57'170	57'170	57'170
Saldo LUAE Finanzausgleich Bund - Kanton (NFA)				119'722	X	119'722	119'722	119'722
LUAE Zuweisung an Spezialfinanzierung	Verschiedene interne Verrechnungen	-70'000		-64'900	X			
Saldo LUAE Zuweisung an Spezialfinanzierung		-70'000		-64'900	X			

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
						2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Sonderlasten (Spezialfinanzierung)		-130'409	-63'399	-1'806'545	2'749.5	-88'810	-94'270	-98'830
Total Ertrag LUAE Sonderlasten (Spezialfinanzierung)		130'409	63'399	1'806'545	2'749.5	88'810	94'270	98'830
Saldo LUAE Sonderlasten (Spezialfinanzierung)		0	0	0	X	0	0	0
Total Aufwand LUAE Abschreibungen Schuldenbremse			-11'124	-11'124	0.0	-11'124	-11'124	-11'124
Total Ertrag LUAE Abschreibungen Schuldenbremse								
Saldo LUAE Abschreibungen Schuldenbremse			-11'124	-11'124	0.0	-11'124	-11'124	-11'124
Total Aufwand LUAE Lotteriefonds				-28'400	X	-27'700	-27'100	-29'000
Total Ertrag LUAE Lotteriefonds				28'400	X	27'700	27'100	29'000
Saldo LUAE Lotteriefonds				0	X	0	0	0



## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

#### Globalbudget

Je eine Stellenverschiebung in die Aufgabenbereiche Personal und Zentrale Informatikdienste.

#### LUAE

"Finanzaufwand und -ertrag": Im Jahre 2008 werden Schulden abgebaut, folglich fallen weniger Schuldzinsen an.

"Übrige Erträge": Der Ertragsanteil SNB berechnet sich ab 2008 aufgrund des NFA neu nach der Wohnbevölkerung, wovon der Kanton Aargau profitiert. Mit der Einführung des totalrevidierten Kantonalbankengesetzes wird die Abgeltung der Staatsgarantie eingeführt. Dies betrifft erstmals das Geschäftsjahr 2007 (mit Auswirkung auf das Budgetjahr 2008).

"Sonderlasten (Spezialfinanzierung)": Die Spezialfinanzierung Sonderlasten wird geprägt durch den einmaligen Aufwand von Fr. 1.7 Mrd. im Budget 2008 für die Ausfinanzierung der Aargauischen Pensionskasse. Der dafür notwendige Zins schlägt mit knapp Fr. 50 Mio. zu Buche. Auf der Ertragsseite sind höhere SNB-Ausschüttungen und höhere AKB-Erträge geplant. Im Budget 2008 erhöht sich das Defizit der Spezialfinanzierungen um Fr. 1.663 Mrd. Ab dem Jahr 2009 kann die Verschuldung der Spezialfinanzierungen um Fr. 13 - 32 Mio. jährlich abgebaut werden.

"Finanzausgleich Bund-Kanton (NFA)": Die Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) tritt im Jahre 2008 in Kraft. In diesem LUAE ist der Aufwand für den Härteausgleich von Fr. 9.1 Mio. und die pauschale Position für den Aufwand der interkantonalen Zusammenarbeit (IKZ) von Fr. 10 Mio. enthalten. Auf der Ertragsseite erhält der Kanton im Jahre 2008 aus dem Ressourcenausgleich Fr. 138.8 Mio.

"Lotteriefonds": Aufwand und Ertrag des Lotteriefonds werden ab Rechnungsjahr 2008 neu in der Verwaltungsrechnung geführt; dies erfolgt saldoneutral.

#### Veränderungen in den Planjahren

#### LUAE

"Finanzaufwand und -ertrag": Im Planjahr 2011 muss ein Darlehen von Fr. 200 Mio. erneuert werden, welches voraussichtlich zu besseren Konditionen abgeschlossen werden kann.

## FUSSNOTEN

KF0010-11	Der Wert 1 bedeutet "erreicht". Mit der Ausfinanzierung der APK wird das AAA realistisch bzw. eine wichtige Voraussetzung ist damit erfüllt.
ZI0038	Die Umsetzung erfolgt periodisch unter Berücksichtigung der technischen, zeitlichen und personellen Realisierbarkeit.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Gestalten von Grundlagen zur Realisierung einer ganzheitlichen, zeitgemässen und sozialen Personal- und Lohnpolitik; Entwickeln und betreuen von Führungsinstrumenten; Erbringen von zentralen Dienstleistungen zur Unterstützung der dezentralen Personalarbeit.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	420	Personal
Produktgruppen	42010	Zentrale Personalpolitik & -strategie
	42020	Zentrale Personaldienstleistungen

**UMFELDENTWICKLUNG**

Der Aufgabenbereich Personal ist zuständig für die Sicherstellung einer einwandfreien Personaladministration, die Basisinstrumente im Personalmanagement, die professionelle Organisation und Durchführung von Personal- und Organisationsentwicklungsangeboten sowie das Personalcontrolling. Die Abteilung unterstützt den Regierungsrat in Fragen der Personalpolitik. Zusätzlich werden Dienstleistungen zu Gunsten der Departemente, der Staatskanzlei und den Justizbehörden erbracht. Hauptzielsetzung ist, für den Arbeitgeber Kanton Voraussetzungen zu schaffen, damit dieser über die notwendigen personellen Ressourcen verfügt, um seinen Auftrag in hoch stehender Qualität erbringen zu können.

Die demografische Entwicklung wird zu einem Rückgang der Erwerbsbevölkerung führen. Besonders bei gut qualifizierten Erwerbstätigen, welche der Kanton wegen der steigenden Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger sowie seiner Kundschaft für die Aufgabenerfüllung braucht, wird sich die Situation verschärfen. Bei Spezialistinnen und Spezialisten besteht teilweise bereits ein Nachfrageüberhang. Die Arbeitslosigkeit sinkt. Der Trend zu einem steigenden Pensionierungsalter wird ausserdem dazu führen, dass der Anteil an älteren Mitarbeitenden gegenüber jüngeren zunimmt. Diese Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf die Personalrekrutierung und die Personalentwicklung. Auch bei verändertem Arbeitsmarkt und knapper Mittel ist es in Zukunft wichtig, eine glaubwürdige Lohnpolitik beim Kanton sicherzustellen.

Finanzknappheit und Veränderungsdruck werden weiter anhalten. Ansprüche gegenüber der kantonalen Verwaltung steigen stetig: Reorganisationen und Veränderungen im Führungsverständnis sind die Konsequenzen. Von den Angestellten des Kantons wird mehr Flexibilität, Mobilität und Stressresistenz verlangt. Studien zeigen einen hohen Anstieg der Stresskosten in der Schweiz. Die steigende Invaldisierungsrate zwingt zusätzlich zu vermehrten Anstrengungen im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements. Mit der Einführung des Case Managements soll eine beschleunigte und adäquate Wiedereingliederung von kranken und verunfallten Mitarbeitenden in den Arbeitsprozess ermöglicht und eine Invaldisierung mit entsprechend hohen Folgekosten für den Arbeitgeber wirksam vermieden werden.

Mitarbeitende haben höhere Ansprüche in Bezug auf Gleichstellung, Vereinbarkeit der verschiedenen Lebensinteressen, Zeitautonomie, Individualität und Wertschätzung. Mit entsprechenden Strategien leistet das Personalmanagement seinen Beitrag für die Erhaltung der Attraktivität des Arbeitgebers Kanton.

Die Arbeitsmarktsituation einerseits und die langfristigen Zielsetzungen des Kantons andererseits führen im Personalbereich zu höheren Ausgaben.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
					2009	2010	2011	
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
420KU0001	Arbeitslosenquote Kanton Aargau	%	2.9	2.75	2.3	2.3	2.3	2.3
420KU0002	Arbeitslosenquote Schweiz	%	3.3	3.1	2.6	2.6	2.6	2.6
420KU0003	Lohnentwicklung Kantonale Verwaltung Aargau	%	2	2	2.5	2	2	2
420KU0004	Lohnentwicklung UBS-Lohnumfrage	%	1.7					
<b>Leistungskennzahlen</b>								
420KL0001	Änderungsanträge im Betrieb des Personal- und Lohnsystems (PULS)	Anzahl	117	90	90	90	90	90
420KL0002	Mutationen pro Sachbearbeiterstelle (100%)	Anzahl	28'300	20'500	21'000	21'000	21'000	21'000
<b>Finanzkennzahlen</b>								
420KF0001	Personalaufwand Zentralverwaltung und Lehrpersonen	Mia.	1.27	1.29	1.35	1.38	1.41	1.43

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Personalkennzahlen</b>								
420KP0007	"Ordentliche Stellen"/"Fremdfinanzierte Stellen"/"Projektstellen" (s. Fussnote)	Anzahl	3'930	3'904	3'873	3'889	3'927	3'914
420KP0008	Teilzeitbeschäftigte Frauen	Anzahl	1'023	1'750	1'050	1'050	1'050	1'050
420KP0009	Teilzeitbeschäftigte Männer	Anzahl	376	900	400	400	400	400
420KP0010	Frauenanteil	%	40	47	41	41	42	42
420KP0012	Anteil Mitarbeitende älter als 50 Jahre	%	34	38	35	36	37	37
420KP0013	Stellen Berufslernende	Anzahl	160	166	167	167	168	168
420KP0014	Fluktuationsrate	%			6	6	6	6

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

Die Erweiterungen im PULS und der Aufbau des MIS ermöglichen die bessere Erhebung von Personalkennzahlen.

Neu wurde die Kennzahl "Fluktuationsrate" aufgenommen, die jedoch schwierig abzuschätzen ist, da sie stark von der Wirtschaftslage abhängt.

KL02: Die erhebliche Abweichung vom IST 2006 zum Budgetjahr bzw. den Planjahren ist mit der ausserordentlichen Datenpflege (u.a. Bereinigung Umlaute in den Namen) im Jahre 2006 zu erklären. Der Aufwand pro gezahlte Mutation kann sehr unterschiedlich sein.

K35 AFP 07-10 Seminarteilnehmende internes Bildungsangebot: wird ab AFP 08-11 als Indikator von ZI12 geführt.

K41 AFP 07-10 Teilnehmenden-Tage internes Bildungsangebot: wird ab AFP 08-11 als Indikator von ZI12 geführt.

KP08 bis KP12: Budgetwerte 2007 noch nach alter Berechnungsgrundlage.

K67 AFP 07-10 Frauenanteil Fachspezialistinnen/Kader (Lohnstufe 12-23): wird ab AFP 08-11 als Indikator von ZI17 geführt.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
420ES0020	Umsetzung der WOV-Grundsätze in der Führungsausbildung, um die Führung wirkungsorientierter, leistungsfähiger und kundengerechter zu gestalten.	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Bedarfserhebung	2006						
		3	Benchmarking mit vergleichbaren Institutionen	2006						
		4	Konzept und Planung Kompetenzmodell	2006						
		5	Evaluation des Kompetenzmodells in der betrieblichen Praxis	2007						
		6	Anpassung des Führungsinstrumentes DIALOG an die Anforderungen des AFP	2007						
		7	Überarbeitung der Weiterbildung für Führungskräfte auf der Grundlage des Kompetenzmodells	2008						
		8	Einführung DIALOG mit Zielvereinbarung	2008						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
420ES0021	Umsetzung des Personalpolitischen Leitbilds, um ein attraktiver Arbeitgeber zu bleiben.	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)				90	270		360
		2	Gesamtkonzept zur Umsetzung des Leitbilds	2006						
		3	Analyse der bestehenden Mängel im Lohnsystem	2006						
		4	Finanzielle Absicherung des Lohnsystems	2006						
		5	Konzept Gesundheitsmanagement	2006						
		6	Umsetzung Gesundheitsmanagement	ab 2007						
		7	Einführung Case Management	2008						
		8	Konzept betriebliche Gleichstellung	2006						
		9	Umsetzung betriebliche Gleichstellung	ab 2007						
		10	Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Personalpolitik aufzeigen	2007						
		11	Evaluation mit weiteren Umsetzungsschwerpunkten	ab 2007						
		12	Umsetzung der weiteren Schwerpunkte	bis 2010						
420ES0022	SAP-Business-Warehouse als Informationssystem für definierte Kennzahlen installieren.	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Konzept	2008						
		3	Umsetzung	2008						
420ES0023	Vollzug des neuen Bundesgesetzes über die Familienzulagen	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Konzept	2008						
		3	Umsetzung	2008						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Die Kohärenzprüfung (strukturelle Lohnanpassungen) der Löhne beim Verwaltungspersonal und die Umsetzung der Reform der beruflichen Vorsorge konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Nun steht die weitere Umsetzung des personalpolitischen Leitbildes für den Arbeitgeber Kanton im Vordergrund. Durch die gezielte Entwicklung der Führungs- und Zusammenarbeitskultur soll auch in Zukunft die Attraktivität als Arbeitgeber sichergestellt werden.

ES05 AFP 07-10 Erneuerung der Pensionskasse, um die zukünftigen Renten sicherzustellen: läuft Ende 2007 aus.

ES20: Mit Mn 5-8 ergänzt: konkrete Teilprojekte ab 2007.

ES21: Der Entwicklungsschwerpunkt wurde durch die Massnahme 7 "Einführung Case Management" erweitert; was einer ersten Konkretisierung eines Schwerpunktes der Massnahme 12 gleichkommt.

ES23: Der Kanton Aargau wird als Arbeitgeber verpflichtet, sich ab dem Jahr 2009 einer Familienausgleichskasse anzuschliessen.

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
420ZI0011	Die hohe Datenqualität und -integrität im PULS ist sichergestellt.	1	Reklamationen pro monatlichen Lohnlauf (ca. 8000 Auszahlungen)	Anzahl	6	10	10	10	10	10
420ZI0012	Ein qualitativ hoch stehendes Bildungsangebot ist sichergestellt.	1	Beurteilung des "Gesamtnutzens" durch die Seminarteilnehmenden	%	83	85	85	87	87	87
		2	Beurteilung des "Grads der Zielerreichung" durch Seminarteilnehmende	%	83	82	84	85	86	87
		3	Seminarteilnehmende internes Bildungsangebot	Anzahl	1'457	1'680	1'500	1'515	1'530	1'545
		4	Teilnehmenden-Tage internes Bildungsangebot	Anzahl			2'600	2'615	2'630	2'645
420ZI0015	Kombi-SmartCard (Personalausweis; PKI-Zertifikate, etc.) ist verwaltungswert eingeführt.	1	Personen mit neuem Ausweis und Zertifikaten	Anzahl			500	2'000	4'000	4'000
420ZI0016	Die jährliche Lohnrunde ist innerhalb der vorgegebenen Termine durchgeführt.	1	Anteil der Löhne, die per 1.1. korrekt im System erfasst sind und ohne weitere Korrekturen im Januar ausbezahlt werden können	%			99	99	99	99
420ZI0017	Der Frauenanteil beim Kader wird erhöht.	1	Durch Betreuungsbeiträge (Kinderkrippen; Tagesfamilien) unterstützte Kinder	Anzahl			20	25	30	35
		2	Frauenanteil Fachspezialistinnen / Kader (Lohnstufe 12-23)	%	26	26	27	27	28	28

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Neu wurden Ziele bezüglich "Kombi-SmartCard"; "jährliche Lohnrunde" und "Erhöhung des Kaderanteils bei den Frauen" aufgenommen.

Z117: Ersetzt Z30 aus AFP 07-10. (Auftrag AVW 19. Oktober 2006)

Z117I2: Wurde im AFP 07-10 als Kennzahl K67 aufgeführt und wird neu als Indikator geführt.

Z112I3: Wurde im AFP 07-10 als Kennzahl K35 aufgeführt und wird neu als Indikator geführt.

Z112I4: Wurde im AFP 07-10 als Kennzahl K41 aufgeführt und wird neu als Indikator geführt.

Z21 AFP 07-10 Die personalrechtlichen Beratungen werden intensiviert: wurde gestrichen, weil der Zusammenhang zwischen der Beratung und der Anzahl Fälle vor der Schlichtungskommission nicht direkt zu erstellen ist. Die Anzahl der Schlichtungsfälle ist beispielsweise stark abhängig von rechtlichen Änderungen und von Reorganisationen.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Aufgabenbereich Personal ist hauptsächlich über das "Gesetz über die Grundzüge des Personalrechts" und das "Dekret über die Löhne des kantonalen Personals" geregelt. Im Aufgabenbereich fallen viele Querschnittsaufgaben (Stelleninserate, Umstrukturierungen) und Basisaufgaben (Lohnadministration, Weiterbildung) an. Würden weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, hätte dies insbesondere auf die Qualität der Aufgabenerfüllung negative Auswirkungen. So z.B. bei den Stelleninseraten; bei den Lohnauszahlungen (mehr Reklamationen) oder der Mitarbeiterförderung (reduziertes Angebot, Imageverlust). Um bspw. die Qualität pro monatlichen Lohnlauf zu steigern (nur noch 3 Reklamationen), müsste das 4-Augen-Prinzip als internes Kontrollsystem ausgebaut werden. Die Personalressourcen müssten um ca. 2 Mitarbeitende erhöht werden (Personalkosten von ca. Fr. 200'000).

Der Aufbau eines Case Managements verursacht Projektkosten von Fr. 150'000. Diese Aufwendungen werden sich in geringeren Krankheits- und Unfalltagen sowie in geringerer Invalidisierung in der APK positiv niederschlagen.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-23'464</b>	<b>-27'544</b>	<b>-10'133</b>	<b>-63.2</b>	<b>-10'445</b>	<b>-10'489</b>	<b>-10'495</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>19'767</b>	<b>18'737</b>	<b>1'035</b>	<b>-94.5</b>	<b>1'035</b>	<b>1'035</b>	<b>1'035</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-3'697</b>	<b>-8'807</b>	<b>-9'098</b>	<b>3.3</b>	<b>-9'410</b>	<b>-9'454</b>	<b>-9'460</b>
Total Aufwand Globalbudget	-6'923	-9'744	-9'993	2.6	-10'255	-10'249	-10'255
Total Ertrag Globalbudget	2'716	477	525	10.1	525	525	525
Saldo Globalbudget	-4'207	-9'267	-9'468	2.2	-9'730	-9'724	-9'730
Total Aufwand Kleinkredite		-50	-140	180.0	-190	-240	-240
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite		-50	-140	180.0	-190	-240	-240
Total Aufwand LUAE	-16'541	-17'750		-100.0	0	0	
Total Ertrag LUAE	17'051	18'260	510	-97.2	510	510	510
Saldo LUAE	510	510	510	0.0	510	510	510

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Teuerungszulagen auf Renten	-16'541	-17'750		-100.0	0	0	
Total Ertrag LUAE Teuerungszulagen auf Renten	17'051	18'260	510	-97.2	510	510	510
Saldo LUAE Teuerungszulagen auf Renten	510	510	510	0.0	510	510	510

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

##### Globalbudget

Im Budget 2008 werden wie im Budget 2007 zusätzliche Gelder für strukturelle Lohnanpassungen (Kohärenzprüfung) eingestellt: Im Budget 2007 waren es Fr. 4 Mio. für das Verwaltungspersonal und im Budget 2008 sind es Fr. 3.5 Mio. für die Lehrpersonen. Im weiteren werden auf der Kostenart "übriger Personalaufwand" im Budget 2008 gegenüber dem Budget 2007 zusätzliche Aufwendungen von Fr. 150'000.- für das Case Management eingestellt. Für das zentrale Projekt "Kunden- und Dienstleistungsorientierung" (departementale Durchführung der Ausbildungen; Controlling bei P+O) wird im Budget 2008 bei der Kostenart "Aus- und Weiterbildung" Fr. 300'000.- eingestellt.

##### LUAE

Ab 2008 werden die Teuerungszulagen auf Renten (im Budget 2007 Fr. 17.75 Mio.) durch die APK finanziert.

#### FUSSNOTEN

KP0007 | Bewilligte bzw. budgetierte Stellen gemäss Stellenplan im AFP.

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Veranlagung und Bezug der Steuern natürlicher und juristischer Personen für Bund und Kanton; Bewerten von Liegenschaften und Wertschriften; Erarbeiten von Grundlagen für Finanzplanung und Steuerpolitik.

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	425	Steuern
Produktgruppen	42510	Steuern natürliche Personen
	42520	Steuern juristische Personen
	42530	Grundlagen Steuerpolitik

## UMFELDENTWICKLUNG

Das Kantonale Steueramt übt bei den natürlichen Personen in erster Linie Aufsichtsfunktionen über die Veranlagung und den Bezug der Steuern aus. Der Vollzug ist durch das Steuergesetz hauptsächlich an die Gemeinden delegiert. In alleiniger Kompetenz ist das Kantonale Steueramt für die Buchprüfungen sowie den Bezug der direkten Bundessteuer zuständig.

Bei den juristischen Personen ist das Kantonale Steueramt alleine zuständig für Veranlagung, Revision und Bezug der Steuern. Dies sowohl für die kantonalen Steuern als auch für die direkte Bundessteuer.

Gemäss "Bevölkerungsprognose 2002" des Statistischen Amtes wird die aargauische Bevölkerung bis ins Jahr 2030 mit einer durchschnittlichen Rate von voraussichtlich 0.6 bis 0.7 % wachsen. Die Zahl der Steuerpflichtigen wird dabei etwas stärker zunehmen, da der Anteil der Minderjährigen an der Gesamtbevölkerung abnimmt. Parallel zur Bevölkerung nehmen auch die Zahl der selbstständig Erwerbenden und die Zahl der juristischen Personen laufend zu. Bei konstantem Personalbestand im Kantonalen Steueramt erhöht sich die Anzahl der Pflichtigen pro Steuerkommissär bzw. pro Revisor damit von Jahr zu Jahr.

Im Zuge der Intensivierung des Steuerwettbewerbs sind verschiedene Kantone daran, die Steuerbelastung, insbesondere für mobile Steuerpflichtige, zu reduzieren bzw. haben sie kürzlich bereits reduziert. Mit der Entlastung der Unternehmen sowie der höheren Einkommen und der Vermögen im Rahmen der Teilrevision des Steuergesetzes hat der Aargau diesem Steuerwettbewerb Rechnung getragen. Mit den vorgenommenen Entlastungen hat er sich der im AFP 2007-10 formulierten Rangierung angenähert. Um im Steuerwettbewerb erfolgreich bestehen zu können, müssen beschlossene Steuersenkungen auch dem Zielpublikum kommuniziert werden. Dafür hat der Grosse Rat "Roadshows" beschlossen.

Der Regierungsrat beantragt zur Förderung der Steuer- und Standortattraktivität eine Steuerfussenkung von 5% ab 2008. Die Steuerausfälle entsprechen ungefähr dem Mittelzufluss des Kantons aus dem Ressourcenausgleich NFA. Zusätzlich prüft der Regierungsrat zur Zeit Massnahmen, um sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen mit den Kleinkantonen an der Spitze konkurrenzieren zu können. Um die nötigen Reformschritte zur Erhöhung der Steuer- und Standortattraktivität zu prüfen und Massnahmen zu ergreifen, wird ein Trendrat implementiert.

Auf Bundesebene läuft ein Vernehmlassungsverfahren zur dauerhaften Neuordnung der Ehepaarbesteuerung. Der Aargau setzt sich dabei für eine familienfreundliche und vollzugstaugliche Lösung ein.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
					2009	2010	2011	
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
425KU0006	Steuerpflichtige natürliche Personen (jeweils Stand Ende Veranlagungsperiode)	Anzahl	337'600	340'000	343'000	346'000	349'000	352'000
425KU0007	Selbstständig Erwerbende (Haupterwerb)	Anzahl	18'413	18'400	18'800	19'000	19'200	19'400
425KU0008	Mutationen bei Grundstücken im Steuerwesen	Anzahl	21'140	25'000	21'500	22'000	22'500	23'000
425KU0009	Steuerpflichtige im Quellensteuerverfahren	Anzahl	22'000	22'000	22'000	22'000	22'000	22'000
425KU0010	Steuerpflichtige juristische Personen (ohne Vereine/Stiftungen)	Anzahl	16'700	17'500	17'500	17'900	18'300	18'700
425KU0011	Debitoren pro Jahr (Kantonale und direkte Bundessteuern)	Anzahl	981'000	991'000	1'001'000	1'011'000	1'021'000	1'031'000
425KU0012	Gerichtsentscheide betr. Vollzug Steuergesetz	Anzahl	497	500	500	500	500	500
425KU0013	Gesamtindex der Steuerbelastung (s. Fussnote)	Index	86.6	86.6	86	83	81	81

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Leistungskennzahlen</b>								
425KL0006	Steuerpflichtige pro Steuerkommissär	Anzahl	14'185	14'286	14'412	14'538	14'664	14'790
425KL0007	Durchschnittliche Anzahl juristische Personen pro Revisor/Veranlagungsfachperson	Anzahl	668	700	686	702	718	733
425KL0008	Ausdrucke (Rechnungen, Mahnungen usw.) im Steuerwesen	Anzahl	2'536'000	2'568'000	2'600'000	2'632'000	2'664'000	2'696'000
425KL0009	Zahlungsbewegungen im Steuerwesen	Anzahl	4'210'000	4'263'000	4'316'000	4'369'000	4'422'000	4'475'000
425KL0010	Eingegangene GZA-Leads (Interessebekundungen von Firmen i.Z.m. der Greater Zurich Area)	Anzahl	21	30	35	35	35	35
<b>Finanzkennzahlen</b>								
425KF0001	Netto-Ertrag kant. Steuern und Anteile Bundessteuern	Mia.	2	1.99	2.06	2.04	2.04	2.11

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

Die Umfeldkennzahlen geben einen Eindruck davon, mit wie vielen und welchen Kategorien von Steuerpflichtigen das Steueramt zu tun hat. Die Leistungskennzahlen stellen u.a. die Anzahl Steuerpflichtige ins Verhältnis zur Anzahl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der jeweiligen Kategorie.

KU08: Präzisierung der Kennzahl gegenüber AFP 07-10. Anpassung der Budget- und Planzahlen an die Ist-Zahl 2006, da eine neue Erhebungsmethode, welche für den AFP 07-10 noch nicht verfügbar war, zu genaueren Zahlen geführt hat.

KU13: Beim Ist-Wert 2006 und im Budget 2007 ist der Index für das Jahr 2005 aufgeführt. Der Index für das Jahr 2006 wurde von der Eidg. Steuerverwaltung Ende Juni 2007 publiziert. Der Index 2006 beträgt 90.2. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr 2005 ergab sich aufgrund von Steuersenkungen anderer Kantone. In den Indexzahlen ab 2008 ist diese Erhöhung berücksichtigt. Im Vergleich zum AFP 07-10 ergeben sich daher Indexwerte, die um 2 Punkte höher sind. Bei den angepassten Werten wurde den beantragten Steuerfussenkungen (5% ab 2008) sowie den beschlossenen steuerlichen Entlastungen im Rahmen der Teilrevision des Steuergesetzes Rechnung getragen. Der Gesamtindex stellt die Werte ohne die Berücksichtigung der Erhöhung oder Senkung der Steuerbelastung in den nächsten Jahren in den anderen Kantonen dar.

KL06: Die Gemeindesteuerämter werden durch Steuerkommissäre mit zusammen 23.8 Vollzeitstellen betreut.

KL07: Präzisierung der Kennzahl gegenüber dem AFP 07-10. Die juristischen Personen werden durch Revisoren und Veranlagungsfachpersonen mit zusammen 25.5 Vollzeitstellen (neu inkl. Anteil Sektionsleiter) veranlagt.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
425ES0017	Informatikprojekt KSTA2005, Phase 1: natürliche Personen	1	Verpflichtungskredit (GR.05.149-1, 13.09.2005)	2005	3'163	4'348	189	0		7'700
		2	Botschaft an den GR	2005						
		3	Einleitung verschiedener Teilprojekte	2005						
		4	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für den Steuerbezug natürliche Personen	Ende 2008						
		5	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für das Steueradressregister	Ende 2008						
		6	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für die Quellensteuern	Ende 2008						
		7	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für das Outputmanagement/Archiv	Ende 2008						



ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
425ES0018	Informatikprojekt KSTA2005, Phase 2	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)				650	4'400		5'050
		2	Botschaft an GR	2008						
		3	Einleitung verschiedener Teilprojekte	2008						
		4	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für die Verrechnungssteuern	2011						
		5	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für die Steuern juristische Personen	2011						
		6	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für die Veranlagung natürliche Personen	2011						
		7	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für die Grundstücksschätzungen	2011						
		8	Ablösung diverser Kleinsysteme	2011						
425ES0022	Prüfung zusätzlicher Reformschritte und Massnahmen zur Erhöhung der Standortattraktivität	1	Kleinkredit (RRB.07.455, 04.04.2007), Zusatzfinanzierung (GRB.07.92-1, 26.06.2007)			125	95	170		390
		2	Erstellen und Durchführen von "Roadshows"	2007-2010						
		3	Implementierung eines Trendrats	2007-2010						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Ein Entwicklungsschwerpunkt aus der letzten Planperiode wird aktualisiert weitergeführt. Zusätzlich wurden zwei neue hinzugefügt: Phase 2 des Informatikprojekts KSTA2005, die bereits im Rahmen des Verpflichtungskredits für Phase 1 angekündigt wurde, sowie die Prüfung zusätzlicher Reformschritte und Massnahmen zur Erhöhung der Standortattraktivität.

ES05 AFP 07-11 Teilrevision Steuergesetz: Der GR hat bereits alle Teilschritte mit etappierter Inkraftsetzung 2007/2009/2010 beschlossen. Dieser Entwicklungsschwerpunkt wird deshalb aufgehoben. Der vom GR im AFP 2007-10 erteilte Auftrag, bis 2010 jährliche "Roadshows" zur Förderung des Steuerstandorts durchzuführen, wird als Massnahme in den neuen ES22 überführt.

ES17: Konkretisierung gegenüber AFP 07-10. Unterteilung der Mn20 AFP 07-10 in die einzelnen Teilprojekte (siehe neue Massnahmen 4-7).

ES22 Mn2: Mit jeweils 5 Roadshows in den Jahren 2007, 2008, 2009 und 2010 soll der Steuerstandort Aargau bekannt gemacht und vermarktet werden.

ES22 Mn3: Es wird ein Trendrat implementiert, der laufend zusätzliche Reformschritte und Massnahmen zur Erhöhung der Steuer- und Standortattraktivität prüft.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
425ZI0013	Die Glaubwürdigkeit der Vollzugsorgane wird erhalten und gestärkt.	1	Anteil Veranlagungen, gegen welche Einsprache erhoben wird.	%	1.22	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5
425ZI0014	Der rechtsgleiche und gesetzeskonforme Vollzug ist sichergestellt. (s. Fussnote)	1	Anteil Gerichtsentscheide zugunsten der Steuerbehörden	%	76.1	70	70	70	70	70
425ZI0015	Das Steuerpotenzial wird genutzt.	1	Revisionsdichte bei natürlichen Personen (am Domizil revidierte Geschäftsjahre im Verhältnis zum Bestand an selbstständig Erwerbenden)	%	3.2	3.5	3.5	3.5	3.5	3.5
		2	(Teil-)Revisionsdichte bei juristischen Personen (am Domizil revidierte Geschäftsjahre im Verhältnis zum Bestand an Kapitalgesellschaften)	%	11.5	10	10	10	10	10
425ZI0016	Die Steuerattraktivität des Kantons Aargau wird gestärkt.	1	Rangliste der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) für natürliche Personen	Rang	6	5	5	5	5	5
		2	Rangliste der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) für juristische Personen	Rang	19	15	15	6	6	6

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

An den Zielformulierungen und den jeweils angestrebten Indikatorwerten wurde gegenüber dem AFP 2007-10 nichts verändert. In den Zielen und Indikatoren spiegelt sich die angestrebte Wirkung der Vollzugstätigkeit des Steueramts sowie der Entscheidungen des Grossen Rats bei Revisionen des Steuergesetzes wieder.

ZI1511 und I2: Die Indikatoren für die Revisionsdichte bei den natürlichen und juristischen Personen sind nicht direkt miteinander vergleichbar: Bei den selbstständig Erwerbenden ist die Dichte an vertieften Teilprüfungen auf Grund von Kontoblättern, Belegen zu einzelnen Positionen usw., d.h. ohne Buchprüfung am Domizil, erheblich höher als bei den juristischen Personen. Zudem werden bei grösseren juristischen Personen i.d.R. auch am Domizil nur Teilprüfungen vorgenommen. Insgesamt resultiert bei beiden Kategorien eine annähernd vergleichbare Prüfungsdichte.

ZI1512: Obwohl der Ist-Wert 2006 höher ausgefallen ist als budgetiert, werden die Zielwerte für das Budget 2008 und die Planwerte nicht erhöht. Das Jahr 2006 war insofern ein Ausnahmehjahr, als keine Personalmutationen zu verzeichnen waren, die üblicherweise die Veranlagungs- und Revisionstätigkeit vorübergehend reduzieren. Im Übrigen wird der stetige Zuwachs an Firmen die Revisionsquote in den Planjahren tendenziell vermindern.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen sind das kantonale Steuergesetz (StG), das Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) sowie das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer, inklusive der jeweils dazugehörigen Verordnungen.

Die Indikatoren zu den Zielen 13-16 sind durch das Steueramt in unterschiedlichem Ausmass steuerbar. Die Indikatoren zu den Zielen 13 (Einsprachenquote) und 14 (Gerichtsentscheide) kann das Steueramt mittelfristig im Rahmen der Aufsichtsfunktion über die Gemeinden beeinflussen. Den Indikator zum Ziel 15 (Revisionsdichte) kann das Steueramt direkt steuern. Den Indikator zum Ziel 16 kann das Steueramt indirekt steuern. Die Entscheidungskompetenz liegt hier beim GR bzw. beim Stimmvolk.

Die Erhöhung oder Senkung des Steuerfusses für die ordentliche Kantonssteuer gemäss § 2 StG um einen Prozentpunkt ergibt im Steuerjahr 2008 Mehr- bzw. Mindereinnahmen von netto rund Fr. 16.8 Mio. Für das Steuerjahr 2007 hat der Grosse Rat mit dem Budget 2007 einen Steuerfuss von 99 % für die ordentliche Kantonssteuer beschlossen.

Steuerbarkeit am Beispiel der Steuerattraktivität:

Der Aargau wird im Jahr 2009 aufgrund der Teilrevision des Steuergesetzes bei den Steuern juristischer Personen mit einem Index von ca. 87 auf Rang 6 vorrücken, dies unter der Annahme, dass die anderen Kantone ihre Steuerbelastungen zwischenzeitlich nicht verändern. Eine weitere Verbesserung auf Rang 5 bedingt einen Index von 75, was mit weiteren Steuerentlastungen bzw. mit Ausfällen von rund Fr. 60 Mio. (Kanton) verbunden ist.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-157'516</b>	<b>-132'062</b>	<b>-140'864</b>	<b>6.7</b>	<b>-128'986</b>	<b>-125'547</b>	<b>-126'407</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>2'131'177</b>	<b>2'106'878</b>	<b>2'180'400</b>	<b>3.5</b>	<b>2'147'130</b>	<b>2'143'040</b>	<b>2'207'670</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>1'973'660</b>	<b>1'974'816</b>	<b>2'039'536</b>	<b>3.3</b>	<b>2'018'144</b>	<b>2'017'493</b>	<b>2'081'263</b>
Total Aufwand Globalbudget	-30'402	-32'035	-33'449	4.4	-33'461	-33'142	-33'357
Total Ertrag Globalbudget	7'448	6'928	7'150	3.2	7'180	7'090	7'120
Saldo Globalbudget	-22'953	-25'107	-26'299	4.8	-26'281	-26'052	-26'237
Total Aufwand Kleinkredite	-519	-132	-1'095	729.6	-565	-75	
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-519	-132	-1'095	729.6	-565	-75	
Total Aufwand Grosskredite	-2'622	-2'215	-839	-62.1	-1'400	-1'500	-1'500
Total Ertrag Grosskredite							
Saldo Grosskredite	-2'622	-2'215	-839	-62.1	-1'400	-1'500	-1'500
Total Aufwand LUAE	-123'973	-97'680	-105'480	8.0	-93'560	-90'830	-91'550
Total Ertrag LUAE	2'123'728	2'099'950	2'173'250	3.5	2'139'950	2'135'950	2'200'550
Saldo LUAE	1'999'755	2'002'270	2'067'770	3.3	2'046'390	2'045'120	2'109'000

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Informatik-Projekt KSTA2005, Phase I	-2'622	-2'215	-189	-91.5	0	0	0
Total Ertrag Grosskredite Informatik-Projekt KSTA2005, Phase I							
Saldo Grosskredite Informatik-Projekt KSTA2005, Phase I	-2'622	-2'215	-189	-91.5	0	0	0
Total Aufwand Grosskredite Informatik-Projekt KSTA2005, Phase II			-650	X	-1'400	-1'500	-1'500
Total Ertrag Grosskredite Informatik-Projekt KSTA2005, Phase II							
Saldo Grosskredite Informatik-Projekt KSTA2005, Phase II			-650	X	-1'400	-1'500	-1'500

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
LUAE Kantonale Steuern							
Skonti, Zinsen, Unterzahlungen	-5'064	-4'900	-5'300	8.2	-5'100	-5'100	-5'300
Vergütungszinsen	-3'899	-5'100	-4'400	-13.7	-4'400	-4'300	-4'300
Arbeitgeber- und Bezugsentschädigungen	-1'046	-1'000	-1'000	0.0	-1'000	-1'000	-1'000
Abschr Steuerguthaben nat Personen	-12'685	-13'100	-13'300	1.5	-13'800	-13'400	-13'800
Abschr Steuerguthaben jur Personen	-2'577	-3'500	-3'200	-8.6	-3'300	-3'600	-3'500
Abschreibungen Sondersteuern	-304	-600	-600	0.0	-600	-600	-600
Debitorenverluste Steuern (Delkreder)	-20'242		-100	X	-100	-100	-100
Int Verr Finanzausgl jur Pers	-48'722	-43'400	-60'100	38.5	-52'500	-50'000	-50'000
Kantonssteuern natürliche Personen	1'384'026	1'410'000	1'411'000	0.1	1'457'000	1'470'000	1'529'000
Kantonssteuern juristische Personen	390'416	348'000	460'000	32.2	403'000	384'000	384'000
Steuerzuschl Finanzausgl jur Personen	49'225	43'900	60'500	37.8	53'000	50'500	50'500
Grundstückgewinnsteuern	18'660	19'000	19'500	2.6	20'000	20'800	21'600
Erbschafts- und Schenkungssteuern	16'666	19'000	19'500	2.6	20'000	20'500	21'000
Nachsteuern und Bussen	4'255	3'000	3'100	3.3	3'200	3'300	3'400
Verzugszinsen auf Steuern	5'764	5'600	6'000	7.1	6'000	6'000	6'100

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
						2009	2010	2011
Saldo LUAE Kantonale Steuern		1'774'474	1'776'900	1'891'600	6.5	1'881'400	1'877'000	1'937'000
LUAE Anteile Bundessteuern								
	Skonti, Zinsen, Unterzahlungen	-30	-50	-30	-40.0	-30	-30	-30
	Vergütungszinsen	-944	-1'130	-650	-42.5	-730	-700	-720
	Arbeitgeber- und Bezugsentschädigungen	-112	-100	-100	0.0	-100	-100	-100
	Abschreibungen Sondersteuern	-1'392	-1'400	-800	-42.9	-900	-800	-900
	Debitorenverluste Steuern (Delkredere)	-1'582		-100	X	-100	-100	-100
	Finanzausgleich direkte Bundessteuer	-11'522	-13'000	-5'000	-61.5	0		
	Repartitionszahlungen direkte Bundessteuer	-4'976	-3'100	-3'200	3.2	-3'300	-3'400	-3'500
	Verzugszinsen auf Steuern	329	300	200	-33.3	200	200	200
	Ertragsanteil direkte Bundessteuer	224'799	226'000	145'000	-35.8	140'000	143'000	147'000
	Repartitionseinnahmen direkte Bundessteuer	3'877	4'100	4'900	19.5	5'000	5'100	5'200
	Anteil eidgenössische Verrechnungssteuer	14'953	11'000	33'000	200.0	22'000	22'000	22'000
Saldo LUAE Anteile Bundessteuern		223'400	222'620	173'220	-22.2	162'040	165'170	169'050

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
						2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Ordnungsbussen Steuern		-8'876	-7'300	-7'600	4.1	-7'600	-7'600	-7'600
Total Ertrag LUAE Ordnungsbussen Steuern		10'757	10'050	10'550	5.0	10'550	10'550	10'550
Saldo LUAE Ordnungsbussen Steuern		1'881	2'750	2'950	7.3	2'950	2'950	2'950

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Im Informatikbereich wurden zusätzliche Mittel eingestellt: für die Anpassungen Steuergesetz-Revision (mehrere Applikationen) und für die Weiterentwicklung verschiedener Applikationen hinsichtlich E-Government (u.a. EasyTax, Veranlagungssystem VERANA). Ausserdem werden für die einmalige Datenerfassung im Zusammenhang mit der Einführung der Informatikapplikation Quellensteuer 2 Projektstellen sowie eine zusätzliche Revisorstelle Quellensteuer für die Bekämpfung der Schwarzarbeit (neue Bundesaufgabe) eingesetzt.

###### Kleinkredite

Im Budget 2008 sind für folgende Vorhaben neue Kredite eingesetzt: Elektronische Archivierung Steuerwesen (Fr. 650'000.-), Elektronische Archivierung Verwaltungsbereich (Archivkonzept, Projekt LAEDAG; Fr. 350'000.-) sowie Erstellen und Durchführen von Roadshows (Präsentation Steuerstandort Aargau; Fr. 95'000.-).

###### Grosskredite

Das Projekt KSTA2005/Phase 1 wird im Jahr 2008 abgeschlossen und gleichzeitig wird Phase 2 gestartet.

###### LUAE

„Ordnungsbussen Steuern“: Das Budget 2008 orientiert sich an der Jahresrechnung 2006, bei welcher diese Position über Budget abgeschlossen hat.

„Kantonale Steuern“: Die Zunahme gegenüber dem Budget 2007 ergibt sich trotz beantragter Steuerfussenkung um 5%. Sie beruht in erster Linie auf Mehreinnahmen bei den Kantonssteuern juristischer Personen. Im Budget 2008 ist hier berücksichtigt, dass einerseits das Budget 2007 deutlich übertroffen wird und andererseits die Unternehmen in den Jahren 2006 und 2007 ein hohes Ertragswachstum verzeichnen dürften.

„Anteile Bundessteuern“: Der Saldo verschlechtert sich unter Berücksichtigung der einmaligen Übergangseffekte durch die NFA insgesamt um Fr. 89 Mio. Der deutliche Rückgang gegenüber dem Budget 2007 erklärt sich dadurch, dass im Zuge des Neuen Finanzausgleichs auf Bundesebene der Ertragsanteil direkte Bundessteuer der Kantone ab dem Jahr 2008 von 30 % auf 17 % reduziert wird. Diese Änderung wird sofort wirksam, da bei der Umstellung auf den Zahlungseingang abgestellt wird.

## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderung in den Planjahren

#### Kleinkredite

Die Abschlüsse von geplanten Vorhaben in den Jahren 2008 und 2009 führen zu Rückgängen ab dem Planjahr 2009.

#### LUAE

„Kantonale Steuern“: Die Mehreinnahmen im Planjahr 2011 beruhen auf höheren Einnahmen bei den Kantonssteuern natürliche Personen.

„Anteile Bundessteuern“: Verantwortlich für den Rückgang der Anteile Bundessteuern im Rechnungsjahr 2009 sind zum einen die Sofortmassnahmen Ehepaarbesteuerung auf Bundesebene ab dem Steuerjahr 2008, zum anderen fallen im Rechnungsjahr 2009 die einmaligen Mehreinnahmen beim Anteil an der eidg. Verrechnungssteuer nicht mehr an, welche das Ergebnis 2008 verbesserten.

Reduziert werden die Mindereinnahmen durch den Wegfall der Belastung durch den Finanzausgleich direkte Bundessteuer im Zuge des Neuen Finanzausgleichs auf Bundesebene. Das Wachstum im 2011 ist konjunkturbedingt.

## FUSSNOTEN

KU0013 Der durchschnittliche Index über alle Kantone beträgt 100. Ein Wert unter 100 entspricht einer Steuerbelastung, die unter dem Mittel aller Kantone liegt.

ZI0014 Von den rund 350'000 jährlichen Veranlagungen werden rund 1 Promille einer gerichtlichen Beurteilung unterzogen. Gerichtsentscheide mit teilweiser Gutheissung werden zugunsten der Steuerbehörden betrachtet, sofern der Fiskus zu 50 % oder mehr obsiegt.

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Abdecken der Raumbedürfnisse der kantonalen Institutionen zu Marktkonditionen und unter Wahrung kultureller Aspekte; Gewährleistung des Substanzwerterhalts kantonseigener Liegenschaften.

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	430	Hochbauten
Produktgruppen	43010	Strategische Planung
	43020	Projektierung und Realisierung
	43030	Bewirtschaftung

## UMFELDENTWICKLUNG

Der Aufgabenbereich Hochbauten erbringt für den Eigentümer und Bauherren Kanton Aargau Leistungen im Portfolio-, Projekt- und Immobilienmanagement. Als Kompetenzzentrum für Immobilienfragen ist der Aufgabenbereich Anlaufstelle für alle kantonalen Behörden, Institutionen und Verwaltungseinheiten. Der Kanton Aargau verfügt im Bereich Hochbauten über ein Anlagevolumen mit einem Neubauwert von rund Fr. 2.2 Mrd., ohne Landanteil. In den Bereichen Investitionen und baulicher Unterhalt wurden Erneuerungsprojekte und Werterhaltungsmassnahmen über Jahre aufgeschoben, so dass deren Realisierung nicht weiter verzögert werden sollte. Andererseits ist ein Optimierungspotenzial beim Liegenschaftsbestand sowie bei der Nutzung der Flächen erkennbar. Eine verstärkte strategische Sicht, ein aktives Portfoliomanagement sowie die mittelfristige Umsetzung eines Raumkonzepts für die Zentralverwaltung bilden Schwerpunkte.

Zur Finanzierung von Bauten der öffentlichen Hand müssen neue Modelle in Betracht gezogen werden. Das Departement prüft solche Modelle im Aufgabenbereich 410 mit dem Entwicklungsschwerpunkt (410ES41) Weiterentwicklung der Aufgabenerfüllung im Kanton Aargau (WAKAG) mit Fokus auf Public Private Partnership (PPP).

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
					2009	2010	2011	
<b>Leistungskennzahlen</b>								
430KL0016	Bewirtschaftete Gebäude (inkl. Strassenliegenschaften)	Anzahl	750	720	710	700	700	700
430KL0017	Bewirtschaftete Miet- und Pachtverträge	Anzahl	1'150	1'150	1'130	1'100	1'100	1'100
<b>Finanzkennzahlen</b>								
430KF0002	Baulicher Unterhalt Instandhaltung	1'000 Fr.	4'688	7'700	7'000	6'500	6'500	6'000
430KF0003	Sanierungen und Instandsetzungen	1'000 Fr.	27'716	37'390	45'355	34'159	34'770	44'500
430KF0004	Neubauten	1'000 Fr.	7'893	5'490	9'345	22'580	22'730	11'000
430KF0006	Nutzungsanpassungen	1'000 Fr.	5'630	7'420	6'300	4'761	4'000	3'500
430KF0007	Nettoaufwand Hochbau (NHB) (s. Fussnote)	1'000 Fr.	45'927	58'000	68'000	68'000	68'000	65'000
430KF0008	Neubauten und Sanierungen durch Finanzierungsgesellschaft FHNW	1'000 Fr.		25'950	17'707	15'127	1'421	13'312

## KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KL16: Wird neu als Leistungskennzahl geführt; war im AFP 07-10 eine Umfeldkennzahl (K05).

KL17: Wird neu als Leistungskennzahl geführt; war im AFP 07-10 eine Umfeldkennzahl (K10).

K45 AFP 07-10 Anteil Sanierungen, die der Energiesparverordnung (Minergie) entsprechen: Streichung der Kennzahl, weil sie bereits als Indikator für ZI25 geführt wird.

K50 AFP 07-10 Instandsetzungen und Sanierungen in Relation zum Gebäudewert der kantonseigenen Liegenschaften: Streichung der Kennzahl, weil sie bereits als Indikator für ZI24 geführt wird.

KF02: Minimaler Bedarf zur Abdeckung des Gebäudeunterhalts der kantonalen Liegenschaften.

K20 AFP 07-10 Substanzwerterhaltung (Sanierungsinvestitionen und Instandsetzung): Die Kennzahl wird neu mit der Bezeichnung "Sanierungen und Instandsetzungen" unter KF03 geführt.

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KF03: Wurde bisher mit der Bezeichnung Substanzwerterhaltung geführt. Hoher Wert im 2008 wegen Sanierungsvorhaben in den Kantonsschulen Aarau und Wohlen, den Kantonsspitalern Aarau und Baden sowie den Psychiatrischen Diensten (PD) Königsfelden und wegen Sanierungen des Altbaus in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Lenzburg sowie im Verwaltungsgebäude des Strassenverkehrsamtes.

KF04: Anstieg wegen Neubauvorhaben im Strafvollzugs-, Bildungs- und Gesundheitsbereich (JVA Lenzburg: Neubau Produktionsgebäude und Neubau Zentralgefängnis; Kantonsschule Wettingen: Neubau Mensa; PD Königsfelden: Ersatzbau Hauptgebäude; Aarau: Kantonaler Führungsstab sowie Aarau Bahnhof: Stockwerkeigentum und Innenausbau).

K30 AFP 07-10 Sanierungen: Kennzahl wird gestrichen, da sie in der KF03 enthalten ist.

KF06: Minimalster Bedarf zur Abdeckung aufgestauter und notwendiger Benutzerbedürfnisse.

KF08: Ausführung von Vorhaben für die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) (Neubau Sportanlagen Mülimatt; Sanierung Labor und Aula sowie Umnutzung des Hauptgebäudes der PD Königsfelden).

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000				
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012
430ES0014	Entwicklung einer umfassenden Strategie für die kantonalen Immobilien.	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)			400	250		650
		2	Raumkonzept Zentralverwaltung: Leitsätze	2007					
		3	Vorgehenskonzeption Portfolioplanung	2008					
		4	Portfolioanalyse und Clustering	2009					

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES14 Mn03 / Mn04 : Die notwendigen Grundlagen und Instrumente für eine umfassende Portfolioanalyse müssen noch erarbeitet werden. Eine genaue kategorisierte Übersicht (Clustering) über den Gesamtbestand der kantonalen Liegenschaften ist noch ausstehend.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
430ZI0023	Der Kanton besitzt nur Immobilien für den eigenen Nutzungs- und Entwicklungsbedarf.	1	Anteil der Immobilien mit Nutzungs- und Entwicklungspotenzial bezogen auf gesamten Liegenschaftenbestand	%	85	80	85	85	85	90
430ZI0024	Der bauliche Unterhalt orientiert sich an der Objektstrategie und sichert einen wirtschaftlichen Gebäudeunterhalt zur Substanzwerterhaltung.	1	Instandsetzung + Sanierungen in % des Gebäudeneuwerts	%	1.26	2.7	2.1	1.6	1.6	2
430ZI0025	Neubauten und Sanierungen erfolgen energiesparend. (s. Fussnote)	1	Neubauten und Sanierungen erreichen den Minergiestandard	%	91	90	95	95	95	95

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Z10 AFP 07-10 Konzept- und Projektplanungen orientieren sich an markt-/objektspezifischen Benchmarks: Gelöscht: Ziel und Indikator sind nicht steuerbar. Zusätzlich werden diese Werte im Botschaftstext jeweils separat aufgeführt.

ZI23: Der Indikatorwert 2007 wurde in Anbetracht des Ist-Wertes 05 zu tief budgetiert. Die Planwerte des Indikators sind stark abhängig vom Verlauf des ES14.

ZI24: Im Jahr 2007 beinhaltet der Indikator zusätzlich die Vorhaben, welche über die geplante Finanzierungsgesellschaft abgewickelt worden wären. Der Anstieg gegenüber 2006 erfolgt wegen dem grossen Nachholbedarf bei Sanierungen (namentlich im Bildungs- und Gesundheitsbereich) und Instandsetzungen (KF03). Die Reduktion im Jahr 2009 ist mit dem Rückgang der Sanierungen und Instandsetzungen zu erklären (KF03).

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Verordnung über die Liegenschaften des Kantons bildet die gesetzliche Grundlage für den Aufgabenbereich.

Der Grosse Rat kann mit dem Entscheid über Grosskredite für wichtige Bauvorhaben des Kantons einen wesentlichen Teil (30-50 % pro Budgetjahr) dieses Aufgabenbereichs direkt steuern.

Nettoaufwand Hochbau: Die Veränderung des Aufwands über den Indikator Instandsetzung und Sanierungen in % des Gebäudewerts der kantonalen Liegenschaften (ZI24) um 0.1 % hat Mehr- oder Minderaufwendungen von jeweils Fr. 2.2 Mio. zur Folge. Mittelfristig können bei einer Erhöhung des Indikators mehr substanzwerterhaltende Massnahmen ausgeführt werden. Der Nachholbedarf aus den letzten Jahren könnte dadurch schrittweise abgebaut werden. Bei einer Reduktion des Nettoaufwands Hochbau wäre ein teilweiser Verzicht auf notwendige substanzwerterhaltende Massnahmen die Folge. Auswirkungen würden sich erst später zeigen und u.U. zu teuren Ersatzinvestitionen oder Sanierungen bzw. Instandsetzungsmassnahmen führen.

Die Entwicklung einer umfassenden Strategie für die kantonalen Immobilien (ES14) hat zum Ziel, die Effizienz im Portfolio-Bereich mittel- und langfristig zu steigern und zu sichern.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-75'152</b>	<b>-90'907</b>	<b>-102'682</b>	<b>13.0</b>	<b>-103'929</b>	<b>-108'989</b>	<b>-104'576</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>19'986</b>	<b>19'551</b>	<b>19'446</b>	<b>-0.5</b>	<b>20'671</b>	<b>26'741</b>	<b>37'241</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-55'166</b>	<b>-71'356</b>	<b>-83'236</b>	<b>16.7</b>	<b>-83'258</b>	<b>-82'248</b>	<b>-67'335</b>
Total Aufwand Globalbudget	-42'446	-55'313	-50'663	-8.4	-51'705	-53'610	-51'437
Total Ertrag Globalbudget	17'250	16'431	16'431	0.0	16'581	16'731	16'731
Saldo Globalbudget	-25'195	-38'882	-34'232	-12.0	-35'124	-36'879	-34'706
Total Aufwand Kleinkredite	-5'090	-8'190	-11'025	34.6	-7'331	-10'725	-10'625
Total Ertrag Kleinkredite	617		485	X	110	8'230	20'230
Saldo Kleinkredite	-4'473	-8'190	-10'540	28.7	-7'221	-2'495	9'605
Total Aufwand Grosskredite	-27'096	-26'759	-40'409	51.0	-44'308	-44'069	-41'929
Total Ertrag Grosskredite	1'859	2'810	2'250	-19.9	3'700	1'500	
Saldo Grosskredite	-25'237	-23'949	-38'159	59.3	-40'608	-42'569	-41'929
Total Aufwand LUAE	-520	-645	-585	-9.3	-585	-585	-585
Total Ertrag LUAE	259	310	280	-9.7	280	280	280
Saldo LUAE	-260	-335	-305	-9.0	-305	-305	-305

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Behmen 2 Süd							
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Behmen 2 Süd	253				0		
Saldo Grosskredite Aarau, Behmen 2 Süd	253				0		
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Sanierung Grossrats-Gebäude	-1'598	-500		-100.0	0		
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Sanierung Grossrats-Gebäude							
Saldo Grosskredite Aarau, Sanierung Grossrats-Gebäude	-1'598	-500		-100.0	0		
Total Aufwand Grosskredite Aarburg, Jugendheim, Sanierung Burg	-3'818	-1'250		-100.0	0		
Total Ertrag Grosskredite Aarburg, Jugendheim, Sanierung Burg	500	300		-100.0	0		
Saldo Grosskredite Aarburg, Jugendheim, Sanierung Burg	-3'318	-950		-100.0	0		
Total Aufwand Grosskredite Lenzburg, Strafanstalt, Sanierung Mauer	-1				0		
Total Ertrag Grosskredite Lenzburg, Strafanstalt, Sanierung Mauer	154	1'010		-100.0	0		
Saldo Grosskredite Lenzburg, Strafanstalt, Sanierung Mauer	153	1'010		-100.0	0		



FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Lenzburg, Neubau Zentralgefängnis	-1'100	-11'000	-9'500	-13.6	-17'000	-4'000	-1'070
Total Ertrag Grosskredite Lenzburg, Neubau Zentralgefängnis		1'500	1'500	0.0	2'000	1'500	
Saldo Grosskredite Lenzburg, Neubau Zentralgefängnis	-1'100	-9'500	-8'000	-15.8	-15'000	-2'500	-1'070
Total Aufwand Grosskredite Windisch, FHNW, Projekt Campus	-200				0		
Total Ertrag Grosskredite Windisch, FHNW, Projekt Campus							
Saldo Grosskredite Windisch, FHNW, Projekt Campus	-200				0		
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Alte Kanti, Umbau Haus Wedekind	-554	-6'500	-6'700	3.1	-110	0	
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Alte Kanti, Umbau Haus Wedekind					300	0	
Saldo Grosskredite Aarau, Alte Kanti, Umbau Haus Wedekind	-554	-6'500	-6'700	3.1	190	0	
Total Aufwand Grosskredite Wettingen, Kanti, Neubau Mensa	-398	-500	-3'400	580.0	-140	0	
Total Ertrag Grosskredite Wettingen, Kanti, Neubau Mensa							
Saldo Grosskredite Wettingen, Kanti, Neubau Mensa	-398	-500	-3'400	580.0	-140	0	
Total Aufwand Grosskredite Windisch, FHNW, Sanierung FH Süd							
Total Ertrag Grosskredite Windisch, FHNW, Sanierung FH Süd	489				0		
Saldo Grosskredite Windisch, FHNW, Sanierung FH Süd	489				0		
Total Aufwand Grosskredite Baden, Kanti, Sanierung Haller-Bauten	-9'526	-8'000	-1'500	-81.3	0		
Total Ertrag Grosskredite Baden, Kanti, Sanierung Haller-Bauten	463		150	X	0		
Saldo Grosskredite Baden, Kanti, Sanierung Haller-Bauten	-9'063	-8'000	-1'350	-83.1	0		
Total Aufwand Grosskredite Gränichen, Schloss Liebegg, Sanierung	-53				0		
Total Ertrag Grosskredite Gränichen, Schloss Liebegg, Sanierung							
Saldo Grosskredite Gränichen, Schloss Liebegg, Sanierung	-53				0		
Total Aufwand Grosskredite Aarau, KSA, Folgen 3. Neubauetappe	-774	-1'200	-50	-95.8	0		
Total Ertrag Grosskredite Aarau, KSA, Folgen 3. Neubauetappe							
Saldo Grosskredite Aarau, KSA, Folgen 3. Neubauetappe	-774	-1'200	-50	-95.8	0		
Total Aufwand Grosskredite Windisch, PD, Neubau Zentralgebäude	-3'300	-50	-50	0.0	0		
Total Ertrag Grosskredite Windisch, PD, Neubau Zentralgebäude							
Saldo Grosskredite Windisch, PD, Neubau Zentralgebäude	-3'300	-50	-50	0.0	0		
Total Aufwand Grosskredite Windisch, IP, Sanierung restliche Pavillons	-3'365		-4'500	X	0		
Total Ertrag Grosskredite Windisch, IP, Sanierung restliche Pavillons							
Saldo Grosskredite Windisch, IP, Sanierung restliche Pavillons	-3'365		-4'500	X	0		
Total Aufwand Grosskredite Baden, KSB, Sanierung Spitaltrakt	-692		-3'000	X	-3'000	-10'000	-10'000
Total Ertrag Grosskredite Baden, KSB, Sanierung Spitaltrakt							
Saldo Grosskredite Baden, KSB, Sanierung Spitaltrakt	-692		-3'000	X	-3'000	-10'000	-10'000
Total Aufwand Grosskredite Lenzburg, Strafanstalt, Neubau Produktionsgebäude	-81		-3'200	X	-6'300		
Total Ertrag Grosskredite Lenzburg, Strafanstalt, Neubau Produktionsgebäude			600	X	1'400		
Saldo Grosskredite Lenzburg, Strafanstalt, Neubau Produktionsgebäude	-81		-2'600	X	-4'900		
Total Aufwand Grosskredite Wohlen, Kanti, Sanierung Altbau	-278	-2'800	-4'000	42.9	-3'000	-270	0
Total Ertrag Grosskredite Wohlen, Kanti, Sanierung Altbau							
Saldo Grosskredite Wohlen, Kanti, Sanierung Altbau	-278	-2'800	-4'000	42.9	-3'000	-270	0
Total Aufwand Grosskredite Aarau, KSA, Umbau Zentralsterilisation	-51		-2'900	X	-50		
Total Ertrag Grosskredite Aarau, KSA, Umbau Zentralsterilisation							
Saldo Grosskredite Aarau, KSA, Umbau Zentralsterilisation	-51		-2'900	X	-50		

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Aarau, KSA, Interdisziplinäres Notfallzentrum			-600	X	-1'800	-3'000	-8'300
Total Ertrag Grosskredite Aarau, KSA, Interdisziplinäres Notfallzentrum							
Saldo Grosskredite Aarau, KSA, Interdisziplinäres Notfallzentrum			-600	X	-1'800	-3'000	-8'300
Total Aufwand Grosskredite Ausgleichskredit		7'410	12'680	71.1	12'760	12'170	12'210
Total Ertrag Grosskredite Ausgleichskredit							
Saldo Grosskredite Ausgleichskredit		7'410	12'680	71.1	12'760	12'170	12'210
Total Aufwand Grosskredite Windisch, FHNW, Voraushub Archäologie	-378		-500	X	-500	-50	
Total Ertrag Grosskredite Windisch, FHNW, Voraushub Archäologie							
Saldo Grosskredite Windisch, FHNW, Voraushub Archäologie	-378		-500	X	-500	-50	
Total Aufwand Grosskredite Windisch, FHNW, Sportanlagen Mülimatt	-586						
Total Ertrag Grosskredite Windisch, FHNW, Sportanlagen Mülimatt							
Saldo Grosskredite Windisch, FHNW, Sportanlagen Mülimatt	-586						
Total Aufwand Grosskredite Windisch, FHNW, Sanierung Labor/Aula	-132						
Total Ertrag Grosskredite Windisch, FHNW, Sanierung Labor/Aula							
Saldo Grosskredite Windisch, FHNW, Sanierung Labor/Aula	-132						
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Kantonsbibliothek, Erweiterung					0	0	-150
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Kantonsbibliothek, Erweiterung							
Saldo Grosskredite Aarau, Kantonsbibliothek, Erweiterung					0	0	-150
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Sportanlage Telli, Sanierung					0	-2'000	-4'000
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Sportanlage Telli, Sanierung							
Saldo Grosskredite Aarau, Sportanlage Telli, Sanierung					0	-2'000	-4'000
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Bahnhof, STW Mieterausbau	-123		-4'000	X	-4'200	-8'500	-1'300
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Bahnhof, STW Mieterausbau							
Saldo Grosskredite Aarau, Bahnhof, STW Mieterausbau	-123		-4'000	X	-4'200	-8'500	-1'300
Total Aufwand Grosskredite Aarau, KSA, Haus 39	-87					-2'000	-6'000
Total Ertrag Grosskredite Aarau, KSA, Haus 39							
Saldo Grosskredite Aarau, KSA, Haus 39	-87					-2'000	-6'000
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Telli-Hochhaus, Instandsetzung		-2'369	-3'289	38.8	-2'168	-119	-119
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Telli-Hochhaus, Instandsetzung							
Saldo Grosskredite Aarau, Telli-Hochhaus, Instandsetzung		-2'369	-3'289	38.8	-2'168	-119	-119
Total Aufwand Grosskredite StVA, Verwaltungsgebäude Gesamtsanierung			-2'000	X	-8'000	-2'000	
Total Ertrag Grosskredite StVA, Verwaltungsgebäude Gesamtsanierung							
Saldo Grosskredite StVA, Verwaltungsgebäude Gesamtsanierung			-2'000	X	-8'000	-2'000	
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Telli-Hochhaus, Gebäudehülle						-300	-4'700
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Telli-Hochhaus, Gebäudehülle							
Saldo Grosskredite Aarau, Telli-Hochhaus, Gebäudehülle						-300	-4'700
Total Aufwand Grosskredite Windisch, PD, Ersatzbau Hauptgebäude			-1'000	X	-2'500	-9'000	-10'000
Total Ertrag Grosskredite Windisch, PD, Ersatzbau Hauptgebäude							
Saldo Grosskredite Windisch, PD, Ersatzbau Hauptgebäude			-1'000	X	-2'500	-9'000	-10'000
Total Aufwand Grosskredite Windisch, FHNW, Sanierung restliche Bauten							-500
Total Ertrag Grosskredite Windisch, FHNW, Sanierung restliche Bauten							
Saldo Grosskredite Windisch, FHNW, Sanierung restliche Bauten							-500

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Lenzburg, JVA, Sanierung Altbau			-2'400	X	-3'500	-6'000	-4'000
Total Ertrag Grosskredite Lenzburg, JVA, Sanierung Altbau							
Saldo Grosskredite Lenzburg, JVA, Sanierung Altbau			-2'400	X	-3'500	-6'000	-4'000
Total Aufwand Grosskredite Aarau, Kantonaler Führungsstab			-500	X	-4'800	-9'000	-4'000
Total Ertrag Grosskredite Aarau, Kantonaler Führungsstab							
Saldo Grosskredite Aarau, Kantonaler Führungsstab			-500	X	-4'800	-9'000	-4'000

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Wohnbauförderung	-520	-645	-585	-9.3	-585	-585	-585
Total Ertrag LUAE Wohnbauförderung	259	310	280	-9.7	280	280	280
Saldo LUAE Wohnbauförderung	-260	-335	-305	-9.0	-305	-305	-305

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Neue Budgetierung 2007

Die Darstellung des durch GRB 07.76-1 am 3. Juli 2007 verabschiedeten neuen Budgets 2007 und die Berücksichtigung des GRB 07.75-1 zur Kantonalen Finanzierungsgesellschaft Campus vom 3. Juli 2007 erfolgen im Rahmen des Jahresberichts mit Jahresrechnung.

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Rückgang wegen der Nichtrealisierung der ursprünglich vorgesehenen Finanzierungsgesellschaft (Wegfall der Beträge für Verzinsung und Amortisation bereits geplanter Darlehen) sowie der Reduktion bei den Aufwendungen für Instandsetzungen durch Priorisierung.

###### Kleinkredite

Anstieg wegen der Planung und Ausführung von Projekten wie das Raumkonzept Zentralverwaltung, Arealgestaltung Alte Kantonsschule Aarau sowie Jugendheim Aarburg: Baumagazin Gishalde und Erweiterung Werkstatt.

###### Grosskredite

Zunahme wegen der Planung und Ausführung von diversen Vorhaben aus dem Strafvollzugs- und Gesundheitsbereich (Justizvollzugsanstalt Lenzburg: Sanierung Altbau und Neubau Produktionsgebäude sowie Neubau Zentralgefängnis; Kantonsspital Aarau: Umbau Zentralsterilisation; Kantonsspital Baden: Sanierung Spitaltrakt; Bahnhof Aarau: Stockwerkeigentum und Innenausbau).

##### Veränderung in den Planjahren

###### Kleinkredite

Der Abschluss von verschiedenen Kleinkreditvorhaben im 2008 führt im 2009 zu einem Rückgang. Da der Kanton im Jahr 2011 Fr. 12 Mio. Bundesbeiträge für die Fachhochschulbauten Campus erhält, wird in diesem Planjahr ein Ertragsüberschuss generiert.

###### Grosskredite

Beginn der Ausführung verschiedener grosser Sanierungs- und Neubauvorhaben (Kantonsspital Aarau: Interdisziplinäres Notfallzentrum; Kantonsspital Baden: Sanierung Spitaltrakt; Sportanlage Telli: Sanierung; Psych. Dienste Königsfelden: Ersatzbau Hauptgebäude; Justizvollzugsanstalt Lenzburg: Sanierung Altbau; Aarau: Pflegeschule Haus 39 sowie Aarau: Kantonaler Führungsstab).

#### FUSSNOTEN

KF0007	Das Gesamttotal der Kennzahlen KF2 - KF6 ergibt den Nettoaufwand Hochbau (NHB).
ZI0025	Minergiestandard laut Energiesparverordnung.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Aufbauen, unterhalten und betreiben der zentralen IT-Infrastruktur und der Kommunikationsnetze; Unterstützen und pflegen der Querschnittsanwendungen und interkantonalen IT-Lösungen sowie anbieten einer Basisausbildung; Sicherstellen einer hohen Verfügbarkeit, des Datenschutzes und der Datensicherheit für die kantonale Verwaltung, Anstalten und Gemeinden.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	435	Zentrale Informatikdienste
Produktgruppen	43510	Netzwerkdienste
	43520	Rechenzentrumsdienste
	43530	Informatikdienstleistungen
	43540	Beratung/Entwicklung/Anwendungsintegrat.

**UMFELDENTWICKLUNG**

Die Hauptaufgabe der Zentralen Informatikdienste besteht darin, Ressourcen und Dienstleistungen im IT-Bereich für alle Abteilungen der kantonalen Verwaltung bereitzustellen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt werden. Durch die zukünftige Zentralisierung der IT-Dienstleistungen werden vermehrt Ansprüche an die bestehenden Services (Netzwerk, Serverbetrieb, Applikationsüberwachung, Datensicherung und Verfügbarkeit) gestellt. Die Ausfallsicherheit wird immer wichtiger und auch die Katastrophenvorsorge dürfte ein entscheidender Faktor werden.

Die Anforderungen an die Leistungen der Kantonalen Informatik steigen ständig: Die Datenmenge wächst jährlich um 20% und die gesamten Daten sollten online verfügbar sein. Die Services müssen 7 x 24 Stunden zur Verfügung stehen und vor jeglicher Fremdbeeinflussung (Viren, Hacker, Spam etc.) geschützt sein. Bedingt durch den grösseren Anstieg der Nachfrage bei der Bevölkerung müssen im Sinne einer kundenorientierten Verwaltung die Web-Dienste sukzessive ausgebaut werden. Das Projekt Future IT (FIT) wird einen Teil der neuen Anforderungen umsetzen. Mit der angestrebten Verlagerung von departementalen Aufgaben zu den Zentralen Informatikdiensten, sowie der Erhöhung der Standards im Bereich der Datensicherheit und -verfügbarkeit sowie der weiteren Professionalisierung der Betreuung und Entwicklung departementsübergreifender Anwendungen, wird das Budget des Aufgabenbereichs moderat anwachsen. Die Überprüfung von Leistungen, die nicht zu den Kernaufgaben gehören, kann zu Auslagerungen und Aufwandreduktionen führen.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
435KU0015	Gemeinden am Netzwerk des Kantons Aargau (KOMKA-Netz)	Anzahl	217	220	217	217	217	217
435KU0016	Gemeinden mit Internet-Anschluss bei KAI	Anzahl	207	195	207	207	207	207
435KU0017	Karten mit Fernzugriff auf das kantonale Netzwerk (Secure-ID)	Anzahl	295	250	300	300	330	330
435KU0019	Systeme im Bereich Netzwerksicherheit (Virens Scanner, URL-Filter, Proxyserver)	Anzahl	57	55	57	59	59	60
435KU0023	Datenbanken	Anzahl	375	278	400	410	420	430
435KU0025	Kunden mit WebHosting	Anzahl	35	20	30	20	10	10
<b>Leistungskennzahlen</b>								
435KL0001	Betreute Server pro Systemspezialist	Anzahl	52	58	56	56	56	56
435KL0002	Beantwortete Anfragen beim Helpdesk (Tickets)	Anzahl	857	800	800	800	800	800
<b>Finanzkennzahlen</b>								
435KF0001	Einnahmen aus Informatikleistungen an öffentliche Verwaltungsstellen ausserhalb der kantonalen Verwaltung	1'000 Fr.		2'564	2'600	2'600	2'600	2'600

## KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU17: Ausgangsdaten waren im AFP 2006-09 teilweise falsch.

K20 AFP 07-10 Installierte Firewalls: wird neu als Indikator von ZI0020 geführt.

K30 AFP 07-10 Telefonzentrale: Die Kennzahl wird wegen mangelnder Aussagekraft im AFP 2008-2011 nicht mehr aufgeführt.

K35 AFP 07-10 Telefonanschlüsse: Die Kennzahl wird wegen mangelnder Aussagekraft im AFP 2008-2011 nicht mehr aufgeführt.

K45 AFP 07-10 Diskkapazität in Terabytes: Die Kennzahl wird wegen mangelnder Aussagekraft im AFP 2008-2011 nicht mehr aufgeführt.

KU23: Die Nachfrage nach Datenbanken nimmt in allen Departementen stärker zu als erwartet. Ältere Anwendungen werden vermehrt auf datenbankgestützte Systeme umgestellt.

K55 AFP 07-10 Gemeinden mit E-Mail bei KAI: Die Kennzahl wird wegen mangelnder Aussagekraft im AFP 2008-2011 nicht mehr aufgeführt.

KU25: Mittelfristig soll die Dienstleistung WebHosting abgebaut werden. Da die Kunden mit der Dienstleistung zufrieden sind, ist ein rascher Abbau wie im Budget 2007 vorgesehen, nicht realisierbar. Daher wurde das Budget 2008 nach oben korrigiert.

K75 AFP 07-10 Kosten der zentralen Infrastruktur für Büroautomation: Die Kennzahl ist wegen Abgrenzungsproblemen nicht korrekt zu ermitteln und wird daher nicht mehr erhoben.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
435ES0027	E-Government-Plattform ausbauen	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)			625	1'290	2'900		4'815
		2	Security Services	2007						
		3	Workflow Services	2008						
		4	Content Services	2008						
		5	eBusiness Services	2009						
		6	Presentation Services	2009						
		7	Collaboration Services	2010						
435ES0028	Kantonale Informatik-Strategie umsetzen - Future-IT	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Strategievariante abklären	2007						
		3	Neuausrichtung der Kantonalen Abteilung Informatik (KAI)	2008						
		4	Zentralisierung der Server	2008						
		5	Harmonisierung der SAP-Plattform	2009						
435ES0030	Identity-Management-System aufbauen	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)			120	220	985		1'325
		2	Aufbau Infrastruktur	2007						
		3	Aufbau Single-Sign-on Portal	2008						
		4	Ausbau und Ausbreitung der Berechtigungen	2011						
435ES0031	Public Key Infrastruktur (PKI) erweitern und ausbreiten	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB Nr. 2007-1168, 26.06.2007; Zusatzfinanzierung)	2009		236	236	239		711
		2	Installation und Verteilung	2009						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Die kommende Planperiode 2008 - 2011 ist entscheidend für eine weiterhin positive Entwicklung des Dienstleistungsangebotes der kantonalen Verwaltung. Mit den Schwerpunkten "Umsetzung des E-Government Masterplan" und dem "Aufbau eines Identity & Access Management" werden die notwendige Software-Infrastruktur und Prozesse bereitgestellt, die es der kantonalen Verwaltung ermöglichen, den von unabhängigen Institutionen bisher positiv beurteilten Auftritt des Kantons Aargau im Internet mit neuen elektronischen Dienstleistungen kontinuierlich auszubauen und zu verbessern.

Die Neudefinition der IT-Strategie und deren Umsetzung bewirkt eine Fokussierung auf die Kernaufgaben und erhöht die Leistungsfähigkeit der zentralen Informatikdienste durch Konzentration der Kräfte und Ausnützung von Synergiepotenzialen.

ES27: Massnahmen und Termine sind gegenüber dem AFP 2007-10 konkretisiert und erweitert worden. Der Ausbau der E-Government-Plattform geschieht in enger Zusammenarbeit mit der Informatikstrategiestelle (ISS) der Staatskanzlei. Der ES27 umschreibt den Ausbau der technischen Plattform als Basis für die Anwendungen der Departemente. Die Plattform dient dem Aufbau eines virtuellen Raumes zur Abwicklung von vertraulichen Amtsgeschäften. Ein Beispiel für die Anwendung findet sich im AB 120 als ES20 Einführung/Umsetzung des E-Voting.

ES28: Die strategischen Entscheide des Projekts Future IT werden durch die Projektleitungen in Zusammenarbeit mit der kantonalen Informatikstrategie und den Zentralen Informatikdiensten entworfen und durch das IT-Board beschlossen. Diese sind als ES08 im AB 100 abgebildet und operativ mit dem ES28 verknüpft. Im AFP 07-10 war als Mn10 die zentrale Beschaffung für IT-Mittel vorgesehen. Diese Massnahme ist neu Bestandteil der Mn3 Neuausrichtung der Kantonalen Abteilung Informatik. Mn2: Die Abklärung der Strategievariante hat sich aufgrund des Projektes Future IT verzögert. Der Termin für diese Massnahme wurde deshalb auf 2007 geändert.

ES15 AFP 07-10 Büroautomations-Software erneuern respektive ersetzen: Die Einführung neuer Programmversionen der Büroautomationssoftware wurde auf die Jahre 2010 ff. verschoben und wird folglich im entsprechendem Budgetjahr eingegeben.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
435ZI0018	Für das Aargauische Geographische InfoSystem (AGIS) werden die benötigten Daten bedarfsgerecht bereitgestellt.	1	Besuche im Internet pro Monat	Anzahl		12'000	14'000	17'000	18'000	18'000
435ZI0020	Der hohe Stand des Netzwerk-schutzes soll bewahrt werden.	1	Virenbefallene Systeme pro Jahr	Anzahl	0	0	0	0	0	0
		2	Unterhaltene Firewalls	Anzahl		17	18	19	19	19
435ZI0021	Die Verfügbarkeit der Rechenzentrums-Grosscomputer für die Strassenverkehrsämter und das Steueramt wird auf hohem Niveau gehalten. (s. Fussnote)	1	Verfügbare Zeit im Verhältnis zur deklarierten Betriebszeit	%	99.94	99.7	99.7	99.7	99.7	99.7
435ZI0022	Für die kantonale Verwaltung wird eine Public Key Infrastruktur (PKI) aufgebaut, in den Departementen ausgebreitet und betrieben. (s. Fussnote)	1	Ausgestellte Zertifikatskarten (SmartCards) für die sichere Identifizierung	Anzahl	1'475	3'500	3'500	3'500	3'500	3'500
435ZI0024	Die Informatikinfrastruktur und die Querschnittsaufgaben für die Departemente werden effizienter gestaltet.	1	Dezentrale Serverstandorte	Anzahl	12	4	2	2	2	2

## KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Die Ziele der nächsten Jahre stehen im Wesentlichen unter dem Zeichen der Sicherheit und Effizienzsteigerung. Höchste Priorität haben der Virenschutz und die Verfügbarkeit der Grossrechner. Die flächendeckende Ausrüstung der Mitarbeitenden mit Zertifikaten zur sicheren Identifizierung sowohl am Netzwerk als auch beim Gebäudezutritt dient ebenfalls der Erhöhung der Sicherheit.

ZI24: Die Reduktion der Serverstandorte auf 2 Zentren dient sowohl der höheren Sicherheit (Katastrophenvorsorge) als auch der höheren Effizienz von Finanz- und Personalressourcen. Die Bereitstellung von Fachanwendungen im interkantonalen Verbund reduziert Kosten respektive generiert Erträge und steigert die Effizienz der zur Erfüllung der kantonalen Aufgaben eingesetzten Mittel. Mit dem verstärkten Angebot der AGIS-Daten im Internet sollen die Informationen einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden, was letztlich eine bessere Ausnutzung der getätigten Investitionen bewirkt.

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Im Rahmen des Organisationsgesetzes § 5 nimmt die Kantonale Abteilung für Informatik ihre Aufgaben wahr. Diese bestehen vor allem aus Hintergrundarbeiten, welche insgesamt als Dienstleistungen für alle Abteilungen der kantonalen Verwaltung eine wichtige Grundlage für die eigentliche Erfüllung ihrer Aufgaben bilden. Zusätzlich muss im Auftrag des Bundes ein kantonales Netzwerk zu den Gemeinden betrieben werden, um darauf Bundesapplikationen abwickeln zu können.

Die Aufwendungen für die partnerschaftliche Lösung VIACAR (6 Kantone) sind durch interkantonale Vereinbarungen festgelegt und insgesamt kostendeckend (Vollkostenrechnung).

Die erhöhten Ausgaben im Bereich Unterhalt und Betrieb sind zu einem grossen Teil durch die Zentralisierung der Server an zwei Rechenzentrumsstandorten bedingt. Diese Massnahme wird mittelfristig Reduktionen bei den Departementen bewirken. Eine Reduktion der Mittel würde die geplante Massnahme verzögern und die erwarteten Synergien erst später ermöglichen.

Grundsätzlich können Kürzungen an den Ersatzinvestitionen vorgenommen werden. Diese würden den Betrieb zwar nicht gefährden, jedoch das Betriebsrisiko erhöhen. Der mögliche Ausfall einzelner Systeme könnte Arbeitsausfälle grösseren Umfanges bewirken. Eine Stunde Betriebsunterbruch reduziert die Produktivität der Arbeitsleistung um 50%. Bei 3500 Stellen und einem kalkulatorischen Stundensatz von Fr. 45.- ergibt dies einen Ausfall von rund Fr. 75'000.- pro Stunde.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung	Budget	Budget	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
	2006	2007	2008		2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-22'443</b>	<b>-25'087</b>	<b>-26'710</b>	<b>6.5</b>	<b>-26'634</b>	<b>-27'265</b>	<b>-25'557</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>6'490</b>	<b>7'033</b>	<b>6'803</b>	<b>-3.3</b>	<b>6'568</b>	<b>5'946</b>	<b>5'990</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-15'953</b>	<b>-18'054</b>	<b>-19'907</b>	<b>10.3</b>	<b>-20'066</b>	<b>-21'319</b>	<b>-19'567</b>
Total Aufwand Globalbudget	-22'443	-25'087	-24'963	-0.5	-24'510	-24'957	-23'258
Total Ertrag Globalbudget	6'490	7'033	6'803	-3.3	6'568	5'946	5'990
Saldo Globalbudget	-15'953	-18'054	-18'160	0.6	-17'942	-19'011	-17'268
Total Aufwand Kleinkredite			-1'747	X	-2'124	-2'308	-2'299
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite			-1'747	X	-2'124	-2'308	-2'299

## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

#### Globalbudget

Ab dem Budgetjahr 2008 werden folgende Projekte neu als Kleinkredite geführt: Public-Key-Infrastruktur, E-Government Plattform und Identity Management. Zusätzlich entstehen jedoch Aufwände für die Zentralisierung von bisher dezentral erbrachten Informatik Dienstleistungen.

## FUSSNOTEN

ZI0021	Die Verfügbarkeit kann nur für die Systeme der Strassenverkehrsämter und das Steueramt gemessen werden.
ZI0022	Als Public-Key-Infrastruktur (PKI) bezeichnet man ein System, welches es ermöglicht, digitale Zertifikate auszustellen, zu verteilen und zu prüfen. Die innerhalb einer PKI ausgestellten Zertifikate sind meist auf Personen oder Maschinen festgelegt und werden zur Absicherung computergestützter Kommunikation verwendet.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Umsetzen der Agrarpolitik von Bund und Kanton zur Entwicklung einer leistungs- und wettbewerbsfähigen sowie nachhaltig produzierenden Landwirtschaft; Mitwirken in den mit der Agrarpolitik vernetzten Bereichen Raumnutzung, Tier, Umwelt- und Gewässerschutz sowie Nahrungsmittelsicherheit.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	440	Landwirtschaft
Produktgruppen	44010	Fachstellen Landwirtschaft Liebegg
	44020	Förderungsmassnahmen
	44030	Vollzug Boden-/Raumnutzungs-/Umweltrecht
	44040	Strukturverbesserungen

**UMFELDENTWICKLUNG**

Der Aufgabenbereich Landwirtschaft setzt die Massnahmen um, welche sich aus der Agrarpolitik des Bundes und des Kantons ergeben. In Koordination mit den agrarpolitischen Aufgaben werden weitere zugewiesene Massnahmen aus den verwandten Politikbereichen Raumnutzung, Umwelt- und Gewässerschutz sowie Nahrungsmittelsicherheit wahrgenommen.

Die wirtschaftliche Liberalisierung und die aussenwirtschaftlichen Entwicklungen (WTO, Bilaterale Abkommen mit der EU, Freihandelsverträge) haben weitere Grenzöffnungen und Preissenkungen zur Folge und erfordern von der Landwirtschaft eine verstärkte Ausrichtung auf die in- und ausländischen Märkte. Dementsprechend legt der Bund mit der Agrarpolitik 2011 das Schwergewicht auf die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit durch weitergehende Liberalisierung der Märkte sowie auf Massnahmen zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen und Strukturen.

Im Weiteren haben die demografische Entwicklung, die Globalisierung und die fortschreitende Urbanisierung veränderte Erwartungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung gegenüber der Landwirtschaft zur Folge. Insbesondere steigt das Bedürfnis nach gemeinwirtschaftlichen Leistungen wie Pflege der Kulturlandschaft, Schutz der Umwelt, Verbesserung der Biodiversität, des Tierwohls und der qualitativen Sicherheit der Nahrungsmittel.

Zusätzlich werden durch die kantonale Raumordnungspolitik differenzierte Entwicklungsräume (urbane bzw. ländliche) mit unterschiedlichen Erwartungen an die landwirtschaftliche Nutzung geplant. Durch die rege Bautätigkeit steigt der Druck auf gutes Kulturland, insbesondere auf die Fruchtfolgeflächen.

Mit dem Planungsbericht landwirtschaftAARGAU, welcher 2007 dem Grossen Rat zur Beratung vorgelegt wurde, werden die Ziele und Strategien der zukünftigen kantonalen Agrarpolitik definiert. Dabei wird den veränderten Umfeldbedingungen ("HORIZONT 2015") Rechnung getragen. Insbesondere wird verstärkt Wert auf die Grundlagen für wettbewerbsfähige Strukturen sowie auf die Förderung einer unternehmerischen und nachhaltig produzierenden Landwirtschaft gelegt. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft erfolgt durch die Verbesserung der Grundlagen und erfordert ein höheres Engagement im Bereich der Strukturverbesserungen (Moderne Meliorationen, Werterhaltung und Periodische Wiederinstandstellung sowie Landwirtschaftlicher Hochbau). Zusätzlich werden gemeinsam mit dem Bund, den Gemeinden und den Bewirtschaftern die Öko-Massnahmen, vorab die Bewirtschaftungsverträge Naturnahe Landwirtschaft, gegenüber den Vorjahren massvoll erweitert.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
					2009	2010	2011	
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
440KU0009	Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) (s. Fussnote)	ha	62'250	62'200	62'000	61'800	61'600	61'400
440KU0010	Landwirtschaftsbetriebe mit Daten-Erhebung (s. Fussnote)	Anzahl	5'220	5'000	4'900	4'800	4'700	4'600
440KU0011	Landwirtschaftsbetriebe mit Berechtigung für Direktzahlungen (DZ)	Anzahl	3'040	3'000	2'970	2'940	2'910	2'880
<b>Leistungskennzahlen</b>								
440KL0012	Landwirtschaftsbetriebe mit vertraglicher Beteiligung in kantonalen Förderungsprogrammen (Ökologie, Nitrat- und Phosphat-Projekte)	Anzahl	1'200	1'160	1'300	1'340	1'380	1'420
440KL0013	Teilnehmende an Weiterbildungsveranstaltungen in den drei Bereichen der nachhaltigen Landwirtschaft (Ökonomie, Ökologie, Gesellschaft) (s. Fussnote)	Anzahl	11'423	12'000	19'000	19'000	19'000	19'000



KENNZAHLEN		Einheit	JB	Budget	Budget	Planjahre		
			2006	2007	2008	2009	2010	2011
440KL0014	Betriebe (Landwirtschaftsbetriebe und weitere Liegenschaften) mit Hofdüngeranlagen (s. Fussnote)	Anzahl	3'400	3'500	3'350	3'300	3'250	3'200
440KL0017	Zur Beurteilung zugewiesene Baugesuche und Geschäfte der Verwaltungsinternen Konferenz (VIK) sowie Geschäfte gemäss Boden-, Pacht- und Regulierungsrecht (s. Fussnote)	Anzahl	3'181	4'000	4'000	4'000	4'000	4'000
440KL0018	Projekte Moderne Meliorationen (laufende) und weitere Strukturverbesserungsprojekte	Anzahl	20	20	21	23	25	27
440KL0019	Betriebe mit Abgabe oder Übernahme von Hof- und/oder Recyclingdünger (s. Fussnote)	Anzahl	2'471	2'520	2'600	2'680	2'700	2'720
<b>Finanzkennzahlen</b>								
440KF0009	Gesamthaft in die Meliorationsprojekte investierte Kapitalien (Wert der Anlagen)	Mio. Fr.	403	406	409	412	415	418
440KF0010	Darlehensbestand, bisher zinsfrei gewährte Darlehen (Investitionskredite, Agrarfonds- und Betriebshilfe-Darlehen)	Mio. Fr.	118	117	118	119	120	120
440KF0011	Jährlich bewilligte Kredite und Darlehen (s. Fussnote)	Mio. Fr.	16	18	17	17	17	17
440KF0012	Kantonsbeiträge an Landwirtschaftsbetriebe für Öko-Projekte (Ökologie, Nitrat- und Phosphat-Projekte)	1'000 Fr.	1'580	1'660	1'870	1'870	1'870	1'870

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

Die Umfeldkennzahlen zeigen Entwicklungen in der Betriebsstruktur der Landwirtschaft auf und beeinflussen die zu erbringenden Leistungen. Anforderungen aus der Agrarpolitik und anderen Sachpolitiken (z.B. Umwelt, Raumentwicklung und Bauen) führen zu einer veränderten Nachfrage in Bereichen, welche durch die Leistungskennzahlen wiedergegeben werden. Die Finanzkennzahlen ergeben sich aus den agrarpolitischen Beschlüssen des Bundes und in der Folge des Strukturwandels in der Landwirtschaft sowie aus ergänzenden Massnahmen der kantonalen Agrarpolitik. Weitere Auswirkungen der noch definitiv zu beschliessenden Agrarpolitik 2011 des Bundes sowie deren Ausführungsgesetzgebung sind noch ungenügend voraussehbar.

KU10: Die Erhebung, Kontrolle und Erfassung der Betriebsstrukturdaten ist die Grundlage für die agrarpolitischen Massnahmen insbesondere der Direktzahlungen und Beiträge von Bund und Kanton.  
 KU10/KU11: Der Rückgang bei diesen Kennzahlen spiegelt den Strukturwandel nur teilweise, da darin auch Klein- und Kleinstbetriebe als auch die Betriebe mit Tierhaltung ausserhalb der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung im Auftrag des Veterinärdienstes enthalten sind.

KL13: Die Jahreswerte ab 2008 beruhen gemäss Handbuch für das Qualitätsmanagement auf der Erfassung von Teilnehmerhalbtagen. Bisher und im Budget 2007 wurden die Teilnehmenden pro Kurs - unabhängig von dessen Dauer - erhoben.

K44 AFP 07-10 Aargauische und ausserkantonale Landwirtschaftsbetriebe mit Hofdüngerabgabe an Dritte (Betriebe im Kanton Aargau): wird neu zusammen mit K46 (AFP 07-10) in KL19 erfasst.

K46 AFP 07-10 Landwirtschaftsbetriebe mit Übernahme von Hofdüngern und/oder Kompost: wird neu zusammen mit K44 (AFP 07-10) in KL19 erfasst.

KL19: Die bisherigen Kennzahlen K44 und K46 über Hofdüngerabgabe und Übernahme von Hofdünger und/oder Kompost werden zusammengelegt und in dieser neuen Leistungskennzahl KL19 erfasst.

K20 AFP 07-11 Direktzahlungen und Beiträge von Bund und Kanton: Gelöscht; der Umfang der Direktzahlungen ist unter der Rubrik Finanzen erkennbar (als LUAE DL Bundesbeiträge). Als Ersatz der gelöschten K20 ist KF12 aufgenommen worden.

KF12: Die Öko-Projekte umfassen die Nitrat-Projekte Birrfeld, Wohlenschwil und Baldingen, das Phosphat-Projekt Hallwilersee sowie die Bewirtschaftungsverträge Naturnahe Landwirtschaft (s. auch ZI25). An den Kosten beteiligt sich der Bund auf der Basis der Öko-Qualitätsverordnung bzw. Art. 62a Gewässerschutzgesetz in der Grössenordnung von 55 Prozent.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000				
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012
440ES0021	Erarbeitung von Grundlagen zur zukünftigen kantonalen Agrarpolitik	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)						
		2	Planungsbericht "landwirtschaftAARGAU" vom Grossen Rat beraten	2007					
		3	Normkonzept dem Regierungsrat unterbreitet	Ende 2007					
		4	Botschaft für Revision Kantonsverfassung und Landwirtschaftsgesetz dem Grossen Rat unterbreitet	2008					
		5	Erste Verordnungsrevisionen erarbeitet	2009					

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES21: Der Entwicklungsschwerpunkt entspricht dem Auftrag der Motion Andreas Villiger, welche vom GR am 29. Juni 2004 (GRB-Nr. 2004-2034) überwiesen wurde. Seit Genehmigung des Leitbildes 1992 hat ein tief greifender Wandel sowohl in der Landwirtschaft selbst als auch in der Agrarpolitik des Bundes stattgefunden. Zusätzlich änderten sich auch die aussenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. In der Folge musste die zukünftige kantonale Agrarpolitik neu formuliert werden.

Mit der Botschaft vom 17. Januar 2007 wurde der 2004 bis 2006 erarbeitete Planungsbericht "landwirtschaftAARGAU" dem Grossen Rat zugestellt. Die Massnahmen wurden entsprechend angepasst.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
440ZI0023	Wirtschaftlich und nachhaltig produzierende Landwirtschaft wird gefördert. (s. Fussnote)	1	Weiterbildungshalbtage (bedürfnisgerechtes Angebot in den drei Bereichen der nachhaltigen Landwirtschaft: Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft)	Anzahl	477	420	450	450	450	450
		2	Dienstleistungsaufträge im öffentlichen Interesse	Anzahl	621	620	620	600	590	580
440ZI0024	Grundlagen für wettbewerbsfähige Strukturen werden bereit gestellt.	1	Anteil der laufenden Meliorationsprojekte, deren etappenweise Realisierung mit dem Projekt-Zeitplan übereinstimmt	%	95	95	95	95	95	95
		2	Gemeinden mit Projekten "Periodische Wiederinstandstellung und Werterhaltung landwirtschaftliche Strukturverbesserungen" gemäss Konzept	Anzahl	1	2	5	7	9	10

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
440ZI0025	Die Direktzahlungen und Beiträge an Landwirtschaftsbetriebe werden entsprechend den rechtlichen Vorgaben sowie effizient, frist- und sachgerecht vollzogen.	1	Anteil der bei Jahresende erledigten Abrechnungen für Direktzahlungen	%	95	95	95	95	95	95
		2	Anteil Beschwerden an die LAREKO (Landw. Rekurskommission) bezogen auf die Zahl der beitragsberechtigten Betriebe	%	0.25	0.25	0.25	0.25	0.25	0.25
		3	Summe der Flächen wertvoller Lebensräume in der Landwirtschaft (Vertragsflächen für den ökologischen Ausgleich mit erhöhter Qualität) und der Vertragsflächen in Nitrat- und Phosphatgebieten	ha	3'500	3'250	3'560	3'640	3'720	3'800
440ZI0026	Boden-, Pacht- und Teile des Landwirtschaftsrechts sowie Vorgaben aus den Vollzugsbereichen Raumplanung, Umwelt- und Gewässerschutz werden entsprechend den rechtlichen Grundlagen effizient, frist- und sachgerecht vollzogen bzw. umgesetzt. (s. Fussnote)	1	Anteil der fristgerecht erledigten Gesuche	%	84	80	80	80	80	80
		2	Anteil Beschwerden seitens der Gesuchsteller gemessen an der Anzahl der Verfügungen in den Vollzugsbereichen BGBB/LPG/LwG	%	1	1	1	1	1	1
		3	Anteil Landwirtschaftsbetriebe mit Bestätigung 'baulicher Gewässerschutz ist erfüllt'	%	36	60	65	70	75	80

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Die Ziele und Zielwerte sind auf die Agrarpolitik 2011 des Bundes sowie auf die im Planungsbericht "landwirtschaftAARGAU" definierten Ziele und Strategien der zukünftigen kantonalen Agrarpolitik ausgerichtet. Nach dessen Beratung im Grossen Rat müssen allenfalls Anpassungen im Sinne der Beschlüsse vorgenommen werden.

ZI23: Die Zielformulierung wurde der aktuellen Zielsetzung der kantonalen Agrarpolitik angepasst. Der Indikator I15 AFP 07-10 "Anteil fristgerecht abgewickelter Geschäftsfälle im Fachstellen-Vollzug insbesondere in den Bereichen Spezialkulturen, Ressourcenschutz (Nitrat- und Phosphatproblematik), Pflanzenschutzdienst, Neophyten" wurde gelöscht, da er nur bedingt beeinflussbar ist.

ZI23I1: Die Jahreswerte des Ziels ab 2008 beruhen neu - gemäss Handbuch für das Qualitätsmanagement - auf der Erfassung von Kurshalbtagen. Bisher und im Budget 2007 wurden die Anzahl Kurse unabhängig von deren Dauer erhoben. Der Indikator wurde dementsprechend aktualisiert.

ZI24: Der Indikator I15 AFP 07-10 "Jährlich bewilligte Kredite und Darlehen" wurde gelöscht, da er nur bedingt beeinflussbar ist.

ZI24I2: Das Konzept wurde 2006 vom Regierungsrat genehmigt; dessen Umsetzung wird seither stufenweise erweitert.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Grossteil der Vollzungsaufgaben ist im Bundesgesetz über die Landwirtschaft von 1998 sowie im kantonalen Landwirtschaftsgesetz festgelegt.

Die finanzielle Steuerung von Qualitäts- und Wirkungszielen ist nur beschränkt möglich. Zudem sind die Vollzungsaufgaben hinsichtlich der Finanzierung zu mehr als 90% und bezüglich der Art der Umsetzung und Qualität weitgehend durch Bundesrecht oder in den zugewiesenen Politikbereichen (Raumnutzung, Umwelt- und Gewässerschutz) durch Leistungsaufträge anderer Departemente bestimmt.

Leistungsziele können hingegen mit verändertem Ressourceneinsatz wie folgt beeinflusst werden:

Eine Veränderung des Angebots im Ziel 23 (I1) um rund 50 Einheiten verändert die Personalressourcen um rund 1 Vollpensum bzw. um rund Fr. 100'000.- netto (Aufwand abzüglich Kursgebühren). Des Weiteren ergibt eine Korrektur des Ziel 25 (I3) um rund 100 Hektar eine Erhöhung/Reduktion des Globalbudgets von rund Fr. 40'000.-.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-143'733</b>	<b>-142'447</b>	<b>-145'695</b>	<b>2.3</b>	<b>-146'476</b>	<b>-145'461</b>	<b>-145'529</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>132'239</b>	<b>130'823</b>	<b>133'301</b>	<b>1.9</b>	<b>133'887</b>	<b>133'982</b>	<b>134'012</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-11'494</b>	<b>-11'624</b>	<b>-12'394</b>	<b>6.6</b>	<b>-12'589</b>	<b>-11'479</b>	<b>-11'517</b>
Total Aufwand Globalbudget	-13'504	-13'649	-13'972	2.4	-14'353	-13'373	-13'441
Total Ertrag Globalbudget	2'248	2'263	1'841	-18.7	2'012	2'122	2'152
Saldo Globalbudget	-11'256	-11'386	-12'131	6.5	-12'341	-11'251	-11'289
Total Aufwand Kleinkredite	-378	-398	-423	6.3	-423	-388	-388
Total Ertrag Kleinkredite	140	160	160	0.0	175	160	160
Saldo Kleinkredite	-238	-238	-263	10.5	-248	-228	-228
Total Aufwand LUAE	-129'851	-128'400	-131'300	2.3	-131'700	-131'700	-131'700
Total Ertrag LUAE	129'851	128'400	131'300	2.3	131'700	131'700	131'700
Saldo LUAE	0	0	0	X	0	0	0

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Inv. Bodenverbesserung	-1'751	-1'800	-2'300	27.8	-2'700	-2'700	-2'700
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Inv. Bodenverbesserung	1'751	1'800	2'300	27.8	2'700	2'700	2'700
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Inv. Bodenverbesserung	0	0	0	X	0	0	0
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2006	-124'005						
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2006	124'005						
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2006	0						
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2007		-123'000		-100.0			
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2007		123'000		-100.0			
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2007		0		X			
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2008			-125'000	X			
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2008			125'000	X			
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2008			0	X			
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2009					-125'000		
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2009					125'000		
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2009					0		
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2010						-125'000	
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2010						125'000	
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2010						0	
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2011							-125'000
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2011							125'000
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Landwirtschaftsbetriebe 2011							0
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2006	-4'094						
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2006	4'094						
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2006	0						
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2007		-3'600		-100.0			
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2007		3'600		-100.0			
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2007		0		X			

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2008			-4'000	X			
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2008			4'000	X			
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2008			0	X			
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2009					-4'000		
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2009					4'000		
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2009					0		
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2010						-4'000	
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2010						4'000	
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2010						0	
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2011							-4'000
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2011							4'000
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Ackerbau 2011							0

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderungen von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Steigender Bedarf für laufende Projekte "Moderne Meliorationen" sowie Projekte "Periodische Wiederinstandstellung landwirtschaftlicher Strukturverbesserungen (PWI)" gemäss den Zielsetzungen der Agrarpolitik 2007 des Bundes. Für die Ausweitung der Bewirtschaftungsverträge Naturnahe Landwirtschaft ist neben einem zusätzlichen Engagement von Bund, Gemeinden und Bewirtschaftern auch ein höherer kantonaler Aufwand erforderlich.

##### Veränderungen in den Planjahren

###### Globalbudget

Weiterhin besteht ein steigender Bedarf im Jahr 2009 für das laufende Projekt "Moderne Meliorationen" sowie dem Projekt "Periodische Wiederinstandstellung landwirtschaftlicher Strukturverbesserungen (PWI)".

#### FUSSNOTEN

KF0011	Umfasst alle zinsfreien Darlehen als Investitionskredite, Betriebshilfe- oder Agrarfonds-Darlehen aus sog. Fonds de roulement, bewirtschaftet über die Aarg. Landw. Kredit- und Bürgschaftskasse (ALK).
KL0013	Das Weiterbildungsprogramm umfasst Kurse, Vorträge, Seminare, Exkursionen, Arbeitskreise sowie kantonale und regionale Flurgänge und Versuchsbesichtigungen. Der Umbruch in der Landwirtschaft führt zu einem erhöhten Bedürfnis nach Weiterbildung. Die dargestellte Anzahl bedeutet Teilnehmer-Halbtage = Anzahl Halbtage x Anzahl Personen.
KL0014	Hofdüngeranlagen = bauliche Anlagen für die Sammlung und Lagerung von Gülle und Mist sowie Schmutzabwässern.
KL0017	Die Geschäfte werden für jeden einzelnen zu prüfenden Bereich separat aufgelistet und gezählt.
KL0019	Aargauische und ausserkantonale Betriebe mit Abgabe an Betriebe im Kanton Aargau sowie alle Landwirtschaftsbetriebe mit Übernahme. Die Anzahl bezieht sich auf das ÖLN-Jahr (1. August bis 31. Juli).
KU0009	Daten aus der jährlichen Erhebung der Betriebsstrukturdaten aller Aargauer Betriebe; sie entsprechen nicht der Arealstatistik.
KU0010	Inklusive Kleinstbetriebe mit sehr geringen Tierzahlen.
ZI0023	Indikator-Nr. 02: Umfasst alle Beratungen und Anfragen zu Themen im öffentlichen Interesse wie Ökologischer Leistungsnachweis, Tierwohl, Bio-Landbau, überbetriebliche Zusammenarbeit, Arbeitssicherheit, gemeingefährliche Krankheiten und Schädlinge, Neophyten, Spezialkulturen, Acker- und Futterbau (Anzahl: 1 Einheit = Aufwand von mind. 3 Arbeitsstunden).
ZI0026	ZI2612: BGBB = Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht; LPG = Bundesgesetz über die landw. Pacht; LwG = Bundesgesetz über die Landwirtschaft

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Vollzug von Bundesgesetzen sowie des kantonalen Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes (SPG) zur Unterstützung von Hilfesuchenden, die für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familienangehörigen nicht hinreichend oder nicht rechtzeitig aus eigenen Mitteln aufkommen können; Durchsetzen von Rückerstattungsansprüchen des Kantons; Vollzug des Bundesgesetzes für Opferhilfe zur Unterstützung von Personen, die Opfer einer Straftat wurden; Vollzug des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Männern und Frauen.

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	510	Soziale Sicherheit
Produktgruppen	51010	Sozialhilfe Gemeinden
	51020	Sozialhilfe Kanton
	51030	Soziale Prävention
	51040	Opferhilfe
	51050	Familien- und Gleichstellungspolitik

## UMFELDENTWICKLUNG

Kommunale und regionale Sozialdienste (Gemeinden und Regionen) sind für den Vollzug des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes verantwortlich. Dabei werden sie vom Kanton beraten und unterstützt. Durch Schulungen und Projektarbeit werden die verantwortlichen Personen im Sozial- und Präventionsbereich weitergebildet. Der Kantonale Sozialdienst regelt den inner- und interkantonalen sowie den internationalen Lastenausgleich. Die ZUG-Fälle werden vom Kanton interkantonal bearbeitet. Kostenrelevante Fallüberprüfungen in den Sozialdiensten dienen der Qualitätssicherung. Bei Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen Gemeinden ist der Kantonale Sozialdienst Entscheidungsinstanz.

Die Wirtschaftslage hat sich deutlich erholt und die Prognosen für die Zukunft sind positiv. Auch die Arbeitslosenquote ist in geringem Mass rückläufig. Dennoch wird die Zahl der Sozialhilfefälle tendenziell kurzfristig eher zunehmen. Gründe liegen in der Zunahme von "Working poors", der immer grösser werdenden Zahl von Alleinerziehenden und Alleinstehenden sowie in der zunehmenden Anzahl unqualifizierter Arbeitnehmender. Mittelfristig wird bei weiterhin guter Wirtschaftskonjunktur allerdings mit einer Abnahme der Personen in der Sozialhilfe gerechnet. Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung der Anzahl Sozialhilfebeziehenden wider (KU0012 und KU0015). Die Ausgaben für die Sozialhilfe werden voraussichtlich aber nicht in gleichem Masse rückläufig sein, da die Kosten pro Fall eine steigende Tendenz aufweisen.

Die Praxis der Sozialversicherungen (IV, ALV, UV) zur Erhöhung der Anspruchsvoraussetzungen führt zu einer weiteren Zunahme der Kosten. Auch werden der Sozialhilfe durch die Rechtsprechung immer wieder Kosten auferlegt.

Eine zunehmende Zahl von Statusumwandlungen von Ausländern (F zu B, C) führt ab 2008 zu steigender Verlagerung von Fürsorgekosten vom Bund auf den Kanton und die Gemeinden (AsylG- und AuG-Revision, Härtefallregelung).

Die Gemeinden sind gemäss gesetzlichen Grundlagen verpflichtet, die Möglichkeit von Verwandtenunterstützung zu prüfen und die Rückerstattung bezogener Sozialhilfe einzufordern. Auf Wunsch mehrerer Gemeinden sollten diese Aufgaben durch den Kantonalen Sozialdienst übernommen werden. Dies bedarf jedoch einer Änderung des SPG (siehe auch ES 0006).

Die Revision des Bundesgesetzes für Opferhilfe wird voraussichtlich 2009 in Kraft gesetzt werden. Zu den finanziellen Auswirkungen kann derzeit keine Aussage gemacht werden.

Für die Ausgestaltung der kantonalen Familienpolitik wird ein Familienleitbild erarbeitet, welches 2008 fertiggestellt sein wird.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
					2009	2010	2011
	<b>Umfeldkennzahlen</b>						
510KU0008	Arbeitslose	Anzahl	8'756	8'250	6'900	6'900	6'900
510KU0009	Arbeitslosenquote im Kanton Aargau (s. Fussnote)	%	2.9	2.75	2.3	2.3	2.3
510KU0010	Scheidungen	Anzahl	1'525	1'200	1'550	1'580	1'600
510KU0011	Geburten im Kanton Aargau	Anzahl	5'418	5'500	5'450	5'500	5'550

KENNZAHLEN		Einheit	JB	Budget	Budget	Planjahre		
			2006	2007	2008	2009	2010	2011
510KU0012	Sozialhilfebeziehende (inkl. Alimentenbevorschussung und Elternschaftsbeihilfe, ohne Doppelerfassungen)	Anzahl	10'094	10'900	10'900	11'000	10'800	10'600
510KU0013	Sozialhilfebeziehende (nur Alimentenbevorschussung)	Anzahl		2'000	2'000	2'150	2'300	2'300
510KU0014	Sozialhilfebeziehende (nur Elternschaftsbeihilfe)	Anzahl		340	340	340	340	340
510KU0015	Sozialhilfebeziehende (nur materielle Hilfe)	Anzahl		9'200	9'200	9'200	8'900	8'600
510KU0016	Quote der Sozialhilfebeziehenden im Kanton Aargau	%		1.5	1.9	1.9	1.8	1.8
510KU0019	Quote der Sozialhilfebeziehenden Kanton Solothurn	%		2.1	2.3			
510KU0020	Quote der Sozialhilfebeziehenden Kanton Bern	%		3.7	4.2			
510KU0021	Quote der Sozialhilfebeziehenden Kanton Zürich	%		3.8	4			
510KU0022	Quote der Sozialhilfebeziehenden Kanton Thurgau	%		2	2.1			
510KU0017	Quote der Sozialhilfebeziehenden Schweizer im Kanton Aargau	%		1	1.2	1.2	1.2	1.2
510KU0018	Quote der Sozialhilfebeziehenden Ausländer im Kanton Aargau	%		3	4.5	4.5	4.5	4.5
510KU0026	Anteil der Ausländer an der Sozialhilfe	%		42	47			
510KU0023	Quote der Sozialhilfebeziehenden zwischen 18 und 25 Jahren	%		1.9	2.7			
510KU0024	Quote der Sozialhilfebeziehenden zwischen 26 und 35 Jahren	%		1.7	2.2			
510KU0025	Quote der Sozialhilfebeziehenden zwischen 36 und 50 Jahren	%		1.5	2			
<b>Leistungskennzahlen</b>								
510KL0008	Fälle ZUG-Verkehr (Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger von 1977)	Anzahl	1'413	1'630	1'450	1'480	1'460	1'440
510KL0009	Rückerstattungsfälle Sozialhilfe	Anzahl	2'500	3'000				
510KL0010	Eingehende Gesuche Opferhilfe (s. Fussnote)	Anzahl	455	500	520	530	540	550
510KL0011	Regressfälle Opferhilfe in Bearbeitung	Anzahl	111	100	100	100	100	100
<b>Finanzkennzahlen</b>								
510KF0001	Aufwand des Kantons für Sozialhilfe (materielle Hilfe inkl. ZUG)	Mio. Fr.		-37	-39.36	-40.28	-39.26	-39.26
510KF0002	Rückerstattungen Sozialhilfe	Mio. Fr.		9.1	9.18	9.12	9.02	8.82
510KF0003	Aufwand für soziale Institutionen mit Leistungsverträgen (z.B. Dargebotene Hand, Frauenzentrale, Familienergänzende Kinderbetreuung)	Mio. Fr.		-1.4	-1.4	-1.5	-1.5	-1.5

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0008, 0009, 0010, 0011 und KL0008: Auf Basis des Ergebnisses 2006 wurden die Budget- und Planwerte angepasst.

KU0012: die Anzahl der SH-Empfangenden wurden ab 2009 aufgrund der beschriebenen Annahmen in der Umfeldentwicklung rückläufig prognostiziert.

KU0016-KU0026: Die Werte stammen aus der Sozialhilfestatistik 2005 des Bundesamtes für Statistik. Eine Prognose der Kennzahlen KU0019-0026 auf die Zukunft ist schwierig. Deshalb wurden sie nicht fortgeschrieben.

KU0016, 0019-0022: Der Benchmark zwischen den einzelnen Kantonen macht deutlich, dass in grossstädtischen Verhältnissen eine deutlich höhere Sozialhilfequote verzeichnet wird. Ländlich geprägte Kantone (wie der KT AG) weisen dagegen eine relativ niedrige Sozialhilfequote aus.

KL0009: Die Übergangsregelung gemäss § 65 SPG erlischt per 31.12.2007. Die Rückerstattungsfälle werden ab 2008 den Gemeinden übertragen und nicht mehr vom Kantonalen Sozialdienst bearbeitet.

KF0002: infolge von Rückerstattungsvereinbarungen mit den ehemaligen SH-Empfangenden über mehrere Jahre fliessen die Rückerstattungen auch nach Beendigung der Übergangsregelung (siehe auch Kennzahl KL0009) an den Kanton zurück.

K73 aus AFP2007-2010: Kennzahl wurde gelöscht, da die Werte aus dem AB-Plan nicht abgeleitet werden können.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000				
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012
510ES0004	Erarbeiten eines familienpolitischen Leitbildes.	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)			80			80
		10	Auswertung der in 2007 durchgeführten Umfrage "Situationsanalyse für das Familienleitbild KT AG"	2008					
		6	Erarbeiten von Visionen und Zielen kantonaler Familienpolitik	2008					
		7	Entscheidungsfindung durch den Regierungsrat	2008					
		9	Entscheidungsfindung durch den Grossen Rat	2009					
		8	Umsetzung des familienpolitischen Leitbildes mit Massnahmenplanung, Prioritätensetzung und Finanzplanung	2008-2010					
510ES0005	Wiedereingliederung von erwachsenen Erwerbslosen in den Wirtschaftsprozess.	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)						
		2	Herbeiführen einer Gesetzesänderung im Sozialhilfe- und Präventionsgesetz (SPG) (§47 Abs. 1) im Sinne einer Übernahme der Kosten für die "Interinstitutionelle Zusammenarbeit" (IIZ)	2007					
		3	Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem IIZ-Zentralorgan	2008					
510ES0006	Änderung des SPG §42 bezüglich Vollzug von "Verwandtenunterstützung" und "Rückerstattung" im Leistungsverhältnis.	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)						
		2	Beratung des Gesetzesentwurfs im Grossen Rat	2009					
510ES0007	Einarbeitungszuschüsse in der Sozialhilfe.	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)						
		2	Umsetzen des in 2007 erarbeiteten Detailkonzeptes	ab 2008					

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0004+0005: Die Massnahmen aus ELB und WiPo sind in den Entwicklungsschwerpunkten aufgezeigt.

ES05 M5 und 10 aus AFP2007-2010: Massnahmen sind 2007 beendet.

ES0004 M1: der Aufwand in Höhe von 80'000 Franken ist bestimmt für die Umfrage aus 2007 und ist Teil des Gesamtaufwands in Höhe von 130'000 Franken (im Globalbudget KOA 318900 enthalten).

ES0005 M1: der Aufwand für die Massnahme 2 "IIZ" in Höhe von ca. 150'000 Franken in 2008 (2007: 95'000 Franken) wird über den Lotteriefonds finanziert.

ES0007 M1: der Aufwand des Gesamtprojektes in Höhe von 2,5 Mio Franken wird über den Lotteriefonds finanziert.



ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
510ZI0014	Der Lastenausgleich unter den Gemeinden zur Vermeidung von Nachteilen der Einwohner (z.B.	1	Quote des Kantonsbeitrags am Sozialhilfeaufwand der Gemeinden (gemäss Kostenteiler § 47 ff SPG)	%	28	28	28	28	28	28
510ZI0015	Die Bestimmungen des ZUG sind einzuhalten. Demzufolge sind ein effizienter und fristgerechter Vollzug sowie das Controlling im Sozialwesen sicherzustellen.	1	Quote der innert 3 Monaten abschliessend bearbeiteten Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den Gemeinden	%	80	85	85	85	85	85
		2	Quote der innert 60 Tagen bearbeiteten Anträge und ausgezahlten Vergütungen aller ZUG-Fälle	%	90	95	95	95	95	95
		3	Quote der innert 10 Tagen vollständig bearbeiteten ZUG-Fallmeldungen	%	95	95	95	95	95	95
		4	Quote der Opferhilfefälle, die innert 12 Monaten nach letzter Auszahlung auf Regressmöglichkeiten überprüft werden	%	100	80	100	100	100	100
510ZI0017	Eine jährliche Auswertung aus der Sozialhilfestatistik des Bundes wird zuhänden der Sozialbehörden (Gemeinderäte oder Sozialkommissionen der Gemeinden) erstellt.	1	Benchmarks des Vorjahres werden 1 x jährlich an Gemeinden bis zum 31.12. versandt ("100%" =Benchmarks sind fristgerecht versandt; "50%" Versand 2 Monate verzögert; "0%" Versand 3 Monate und mehr verzögert)	%	100	100	100	100	100	100
510ZI0019	Mitarbeitenden von Sozialdiensten und Sozialbehörden werden Weiterbildungskurse zur Professionalisierung im Fachbereich angeboten.	1	Angebotene Kurse für Sozialbehörden und Sozialdienste	Anzahl	9	2	5	5	8	5
		2	Anzahl von Kursteilnehmern aus Sozialbehörden und Sozialdiensten	Anzahl	176	50	90	90	160	90

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Z07 aus AFP2007-2010: Ziel wurde gelöscht, da die Umsetzung in 2007 erfolgt ist. Gemäss Beschluss des RR vom Herbst 2006 bleiben die SKOS-Richtlinien mit Stand 1.7.2004 in Kraft. Geringfügige Änderungen der SPV wurden vorgenommen und traten per 1.1.2007 in Kraft.

ZI0017 I1: Der Text des Indikators wurde zur besseren Verständlichkeit konkretisiert.

ZI0019: Der Text des Ziels wurde angepasst. Die Anzahl der Kurse wurde aufgrund der erhöhten Nachfrage angepasst. Der Ausschlag der Messgrösse in 2010 ist in der Durchführung zusätzlicher Einführungskurse für neue Mitglieder in den Sozialbehörden (Gemeinderatswahlen 2009) begründet.

Z25 aus AFP2007-2010: Ziel wurde gelöscht, da bereits als Kennzahl KU0016 vorhanden und nicht steuerbar.

Z40 aus AFP2007-2010: Ziel wurde gelöscht, da die Einflussmöglichkeiten des Kantons nicht gegeben sind.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Aufgabenbereich ist durch das Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) sowie das kantonale Sozialhilfe- und Präventionsgesetz (SPG) geprägt.

Die Hauptaufwand besteht mit etwa 75% aus der Sozialhilfe. Steuerungsmöglichkeiten ergeben sich über die Änderung des SPG und hier über die Anpassung des kantonalen Lastenausgleichs (§47 ff SPG).

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-56'805</b>	<b>-43'262</b>	<b>-48'094</b>	<b>11.2</b>	<b>-48'890</b>	<b>-47'913</b>	<b>-47'904</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>14'941</b>	<b>9'192</b>	<b>13'742</b>	<b>49.5</b>	<b>9'192</b>	<b>9'097</b>	<b>8'892</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-41'864</b>	<b>-34'070</b>	<b>-34'352</b>	<b>0.8</b>	<b>-39'698</b>	<b>-38'816</b>	<b>-39'012</b>
Total Aufwand Globalbudget	-41'212	-31'212	-37'794	21.1	-38'590	-37'613	-37'604
Total Ertrag Globalbudget	8'889	5'292	9'842	86.0	5'192	4'997	4'792
Saldo Globalbudget	-32'323	-25'920	-27'952	7.8	-33'398	-32'616	-32'812
Total Aufwand LUAE	-15'593	-12'050	-10'300	-14.5	-10'300	-10'300	-10'300
Total Ertrag LUAE	6'052	3'900	3'900	0.0	4'000	4'100	4'100
Saldo LUAE	-9'541	-8'150	-6'400	-21.5	-6'300	-6'200	-6'200

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Beiträge an Opfer von Straftaten	-1'544	-1'450	-1'600	10.3	-1'600	-1'600	-1'600
Total Ertrag LUAE Beiträge an Opfer von Straftaten							
Saldo LUAE Beiträge an Opfer von Straftaten	-1'544	-1'450	-1'600	10.3	-1'600	-1'600	-1'600
Total Aufwand LUAE Sozialhilfe Aargauer Bürger ausser Kanton	-8'143	-7'000	-5'000	-28.6	-5'000	-5'000	-5'000
Total Ertrag LUAE Sozialhilfe Aargauer Bürger ausser Kanton							
Saldo LUAE Sozialhilfe Aargauer Bürger ausser Kanton	-8'143	-7'000	-5'000	-28.6	-5'000	-5'000	-5'000
Total Aufwand LUAE Sozialhilfe übrige Schweizer Bürger	-5'906	-3'600	-3'700	2.8	-3'700	-3'700	-3'700
Total Ertrag LUAE Sozialhilfe übrige Schweizer Bürger							
Saldo LUAE Sozialhilfe übrige Schweizer Bürger	-5'906	-3'600	-3'700	2.8	-3'700	-3'700	-3'700
Total Aufwand LUAE Rückerstattung Sozialhilfe Aargauer Bürger							
Total Ertrag LUAE Rückerstattung Sozialhilfe Aargauer Bürger	97	100	100	0.0	100	100	100
Saldo LUAE Rückerstattung Sozialhilfe Aargauer Bürger	97	100	100	0.0	100	100	100
Total Aufwand LUAE Rückerstattung Sozialhilfe übrige Schweizer Bürger							
Total Ertrag LUAE Rückerstattung Sozialhilfe übrige Schweizer Bürger	5'955	3'800	3'800	0.0	3'900	4'000	4'000
Saldo LUAE Rückerstattung Sozialhilfe übrige Schweizer Bürger	5'955	3'800	3'800	0.0	3'900	4'000	4'000

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Aufgrund des neuen Asylgesetzes erhält der Kanton (AB510) einen einmaligen Zuschuss für "Abgewiesene Personen" in Höhe von 4.5 Mio. Franken. Gemäss Leistungsvertrag zwischen dem AB510 und AB515 erhält der Aufgabenbereich AB515 jährlich etwa 2.5 Mio. Franken für die Unterbringung, Unterstützung und Betreuung dieser Personengruppe über eine interne Verrechnung. Das Budget für die Sozialhilfe wird aufgrund der in der Umfeldentwicklung beschriebenen Sachverhalte um 2.3 Mio. Franken erhöht.

##### Veränderung in den Planjahren

###### Globalbudget

Bis 2009 wird noch mit einem leichtem Anstieg der Ausgaben für die Sozialhilfe gerechnet. Zusätzlich belastet der Leistungsvertrag mit dem AB515 den Aufwand um jährlich 2.5 Mio. Franken. Ab 2010 werden die Ausgaben der Sozialhilfe rückläufig prognostiziert, da unter der Voraussetzung einer weiter positiven Wirtschaftsentwicklung mit einem Rückgang der SH-Beziehenden gerechnet wird. Aufgrund des in der Umfeldentwicklung beschriebenen Sachverhaltes im Zusammenhang mit der auslaufenden Übergangsregelung bei Rückerstattungsfällen ist der Ertrag ab 2011 rückläufig.

#### FUSSNOTEN

KU0009 Die Arbeitslosenquote bezieht sich auf die Erwerbspersonen (306'460) gemäss Eidg. Volkszählung 2000.

KL0010 Vollzug des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG) (LUAE).

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Gewährleisten der Sozialhilfe für Asylsuchende (Obdach, Ernährung, Kleidung und medizinische Grundversorgung); Gewährleisten der Nothilfe für illegale Personen (Personen mit Nichteintretensentscheid und rechtsgültig Abgewiesene).

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	515	Betreuung Asylsuchende
Produktgruppen	51510	Betreuung kantonale Unterkünfte
	51520	Betreuung Gemeinden
	51530	Dienstleistungen

## UMFELDENTWICKLUNG

Gestützt auf Bundes- und kantonale Gesetzgebung wird gewährleistet, dass Personen des Asylrechts die erforderliche Fürsorge und Nothilfe erhalten. Zur Förderung der Integration längerfristiger Anwesenden werden Deutschkurse und Beschäftigungsprogramme angeboten. Die gesundheitliche Grundversorgung sowie die korrekte Verteilung der Bundespauschalen werden sichergestellt. Die Tendenz der Zuweisungen von Personen des Asylrechts durch den Bund zeigt erneut nach oben. Es wird allerdings mittelfristig mit einer tendenziellen Abnahme der Zuweisungen gerechnet. Der Bestand von Asylsuchenden, "vorläufig Aufgenommenen" und "Personen mit illegalem Aufenthaltsstatus" (Personen mit Nichteintretensentscheid und Abgewiesene) hat sich auf Vorjahresniveau gehalten. Die zukünftige Entwicklung ist stark von der Regelungspraxis des Bundes abhängig (Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen). Der Entscheid des Bundesgerichtes, dass NEE-Fällen (Nicht-Eintretens-Entscheid) unbeschränkt Nothilfe gewährt werden muss, ist mit einem Anstieg der Übernachtungen verbunden.

Durch die Asylgesetzrevision wird ab 2008 eine Verdoppelung der Kosten im Bereich Nothilfebeziehende (Personen mit Nichteintretensentscheid und rechtmässig Abgewiesenen) erwartet, da der Bund den Kostenersatz für ca. 300 Nothilfebeziehende nicht mehr übernimmt.

Der erhoffte Erfolg der Öffnung des Arbeitsmarktes (1.4.2006) für Asylsuchende mit Ausweis F ist nicht eingetreten. Lediglich 1/4 der betroffenen Personengruppe hat tatsächlich einen Arbeitsplatz gefunden. Infolge der schwachen beruflichen Qualifikationen ist der Verdienst oft nicht ausreichend für den Lebensunterhalt, so dass Teilunterstützungen ergänzend ausgerichtet werden müssen.

Als Folge der Revision des Asylgesetzes erhalten die Kantone ab dem 1.1.2008 vom Bund Globalpauschalen, was dazu führen wird, dass die Kantone erheblich weniger Bundeszuschüsse erhalten werden. Zur Linderung der finanziellen Auswirkungen wird angestrebt, mittelfristig die Rückführung von abgewiesenen Asylsuchenden zu forcieren.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
					2009	2010	2011	
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
515KU0005	Im Kanton untergebrachte Asylsuchende mit Status N (im Verfahren) und Status F (mit vorläufiger Aufnahme) (Jahresdurchschnitt inkl. Gemeinden)	Anzahl	2'393	2'200	1'400	1'350	1'300	1'250
515KU0007	Im Kanton unterstützte Nothilfebeziehende (Notschlafplätze)	Anzahl			300	300	300	300
515KU0008	Im Kanton sich aufhaltende Personen mit Status F länger als 7 Jahre	Anzahl			650	700	750	800
515KU0006	Dem Kanton zugewiesene Asylsuchende	Anzahl	562	500	600	560	520	500
<b>Leistungskennzahlen</b>								
515KL0007	Betriebene Unterkünfte des Kantons (inkl. NEE-Unterkünfte)	Anzahl	32	30	30	30	30	30
515KL0013	Betriebene Unterkünfte des Kantons für Nothilfebeziehende (NEE und Abgewiesene)	Anzahl			5	5	5	5
515KL0008	Betriebene Unterkünfte in betreuten Gemeinden	Anzahl	57	54	54	53	53	52
515KL0009	Übernachtungen in Kantonsunterkünften	Anzahl	252'538	250'000	150'000	150'000	150'000	150'000
515KL0011	Übernachtungen in Notschlafstellen (kantonale Unterkünfte)	Anzahl	28'729	21'000	135'000	130'000	125'000	120'000

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
515KL0010	Übernachtungen in Gemeindeunterkünften	Anzahl	454'986	400'000	265'000	260'000	255'000	250'000
515KL0012	Teilnehmende an Kursen und Beschäftigungsprogrammen	Anzahl	684	600	540	500	470	450
<b>Finanzkennzahlen</b>								
515KF0003	Aufwand für die medizinische Versorgung von Asylsuchenden (vorwiegend Krankenkassenprämien)	Mio. Fr.	-7.7	-6.8	-7.4	-7.6	4.8	5
515KF0004	Aufwand für Weiterbildungsveranstaltungen für Asylsuchende	Mio. Fr.	1	-1.1	-1	-1	-1	-1
515KF0006	Vergütung durch den Bund (Globalpauschale ab 2008)	Mio. Fr.	23.4		12.7	12.7	12.7	12.7

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0005, 0007, 0008: Die 2006 erfolgte Änderung des Asylgesetzes macht eine Aufteilung der Umfeldkennzahlen notwendig. Der Wert der Kennzahl KU0005 ist nun die Summe der Kennzahlen KU0005+0007+0008.

KU0005, 0006 und KL0010, 0012: Die Werte wurden aufgrund politischer Annahmen und Vorgaben tendenziell nach unten angepasst.

KL0009, 0010, 0011: Die 2006 erfolgte Änderung des Asylgesetzes macht eine Aufteilung der Leistungskennzahlen notwendig. Die Reduktion der Übernachtungen in KL0009 und 0010 wird durch Übernachtungen in den Notschlafstellen (KL0011) kompensiert. Im übrigen sind die Werte grobe Schätzungen, da die Entwicklung nur schwierig eingeschätzt werden kann.

K45, 46, 49 aus dem AFP2007-2010: Kennzahlen wurden gelöscht, da sich herausstellte, dass die Berechnungen zu aufwendig und kaum nachvollziehbar sind.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
515ZI0007	Der Lebensunterhalt, eine kostengünstige Unterbringung und die medizinische Versorgung der Asylsuchenden im Rahmen der vom Bund ausgerichteten Pauschalabgeltungen werden sichergestellt.	1	Durchschnittliche Quote der Auslastung (Bettenbelegung) zur Gewährleistung von rentablen kantonalen Unterkünften für Asylsuchende (ohne Notschlafstellen)	%	82	80	80	80	80	80
		2	Erstversorgerärzte zur Gewährleistung der medizinischen Grundversorgung	Anzahl	150	150	150	150	150	150
515ZI0008	Zur Förderung der Integration von längerfristig anwesenden Asylsuchenden bieten wir Deutschkurse und Beschäftigungsprogramme an.	1	Angebotene Plätze für Beschäftigungsprogramme	Anzahl	197	100	80	80	80	80
		2	Angebotene Plätze pro Deutsch-Intensiv-Kurs	Anzahl	60	60	60	60	60	60
		3	Quote der Schüler, für die innerhalb von 6 Monaten ein Schulbericht für die Einschulung in eine Gemeindeschule vorliegt.	%	96	80	80	80	80	80

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Z06 aus AFP 2007-2010: Ziel wurde gelöscht, weil aufgrund der Revision des Asylgesetzes zum 1.1.2008 die quartalsweise fallbezogene Abrechnung mit dem Bund entfällt und durch eine Globalpauschale ersetzt wird. Somit entfällt auch das Controlling im Abrechnungswesen.

ZI0007 I1: Asylunterkünfte sind kostendeckend, wenn mindestens 80% der vorhandenen Betten von Asylsuchenden belegt sind. Abgeleitet wird die Kostendeckung aus der Höhe der Pauschalvergütung des Bundes im Vergleich zum Mietzins.

ZI0007 I2: Der Begriff "Vertragsärzte" wird konkretisiert und ersetzt durch "Erstversorgerärzte".

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0008: Text des Ziels wurde geändert, weil aufgrund der Revision des Asylgesetzes mit dem Bund keine Leistungsverträge mehr abgeschlossen werden. Die Abgeltung solcher Leistungen erfolgt innerhalb der Globalpauschale auf Grund eines Controllings des BFM.

ZI0008 I3: Text des Indikators wurde präzisiert.

Z45 I25 aus AFP 2007-2010: Indikator wurde gelöscht, da der Sprachtest nicht mehr durchgeführt wird.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Im Aufgabenbereich wird das Asylgesetz des Bundes sowie die kantonale "Verordnung über die Unterbringung von Asylbewerbern" vollzogen. Hauptaufwände sind die Unterbringungs- und Lebensunterhalts-, Betreuungs-, Gesundheits- sowie Beschäftigungs- und Schulungskosten. Die Steuerungsmöglichkeiten sind durch diese Gesetze deutlich eingeschränkt und lassen kaum Spielraum zu.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-38'297</b>	<b>-30'744</b>	<b>-31'746</b>	<b>3.3</b>	<b>-31'766</b>	<b>-29'000</b>	<b>-29'260</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>44'620</b>	<b>33'228</b>	<b>27'225</b>	<b>-18.1</b>	<b>27'176</b>	<b>27'177</b>	<b>27'178</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>6'323</b>	<b>2'484</b>	<b>-4'521</b>	<b>-282.0</b>	<b>-4'590</b>	<b>-1'823</b>	<b>-2'082</b>
Total Aufwand Globalbudget	-20'136	-19'844	-21'046	6.1	-21'066	-18'300	-18'560
Total Ertrag Globalbudget	26'458	22'328	16'525	-26.0	16'476	16'477	16'478
Saldo Globalbudget	6'323	2'484	-4'521	-282.0	-4'590	-1'823	-2'082
Total Aufwand LUAE	-18'162	-10'900	-10'700	-1.8	-10'700	-10'700	-10'700
Total Ertrag LUAE	18'162	10'900	10'700	-1.8	10'700	10'700	10'700
Saldo LUAE	0	0	0	X	0	0	0

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge an Gemeinden AS	-18'162	-10'900	-10'700	-1.8	-10'700	-10'700	-10'700
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge an Gemeinden AS							
Saldo LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge an Gemeinden AS	-18'162	-10'900	-10'700	-1.8	-10'700	-10'700	-10'700
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge							
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge	18'162	10'900	10'700	-1.8	10'700	10'700	10'700
Saldo LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge	18'162	10'900	10'700	-1.8	10'700	10'700	10'700

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Aufgrund von zunehmenden Problemen mit Asylsuchenden muss zusätzliches Betreuungspersonal eingestellt werden (+500'000 Franken). Die Gesundheitskosten werden weiter steigen (+600'000 Franken). Aufgrund der Revision des Asylgesetzes werden vom Bund ab 2008 nur noch Globalpauschalen pro Asylsuchenden an die Kantone bezahlt. Nach den derzeitigen, noch nicht gesicherten Erkenntnissen wird dies zu erheblichen Mindereinnahmen führen (ca. -7.5 Mio. Franken) (auch weil bestimmte Personengruppen nicht mehr vergütet werden (Abgewiesene, F7+)).

##### Veränderung in den Planjahren

###### Globalbudget

Nach heutigem Wissensstand gelten die für 2008 getroffenen Annahmen auch für die Folgejahre. Mit dem revidierten Asylgesetz wird ab 2010 mit sinkenden Gesundheitskosten gerechnet.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Schützen und fördern der Gesundheit sowie vorbeugen vor Krankheiten der Bevölkerung durch Überwachungs-, Bewilligung-, Beratung-, Vollzugs-, Konzeptions- und Führungsaufgaben im Bereich des ambulanten Gesundheitswesens und der Suchtberatung und -therapie; Vollzug der im KVG geregelten "Ausserkantonalen Hospitalisation".

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	520	Gesundheitsschutz, Prävention und ärztliche Aufsicht, dezentrale Akutversorgung
Produktgruppen	52010	Gesundheitsschutz
	52020	Gesundheitsprävention
	52030	Ärztliches Aufsichtswesen
	52040	Dezentrale Akutversorgung
	52050	Sanitätsdienstlicher Katastrophenschutz
	52060	Ausserkantonale / innerkantonale Hospitalisation

**UMFELDENTWICKLUNG**

Im Aufgabenbereich wird ein breites Aufgabenspektrum erfüllt. Die Koordination und das Angebot gewisser Leistungen im Kanton werden sichergestellt. Es werden gesetzlich festgeschriebene Aufgaben auf eidgenössischer und kantonaler Ebene wahrgenommen, gesundheitspolitische Themen angegangen und es wird dazu beigetragen, dass die Gesundheit der Bevölkerung erhalten bleibt.

Die vielfältigen Aufgaben erstrecken sich über die Entwicklung und Steuerung von Schwerpunktprogrammen in der Gesundheitsförderung, die Steuerung von Leistungsverträgen in der Suchthilfe, die Überwachung des Betriebs der Rettungsorganisationen, den Schutz vor Infektionen, das Wahrnehmen diverser Aufsichtsaufgaben (Aufsicht über die freipraktizierende Ärzteschaft und andere selbstständig in der Gesundheitspflege tätige Personen, Bewilligung von Betäubungsmittel-Substitutionsprogrammen, Medizinische Überwachung des schulärztlichen Dienstes, Aufsicht über die Bezirksärzte) sowie die Bearbeitung und Entscheidung über Kostengutsprachen für Ausserkantonale Hospitalisationen.

Das eidgenössische Epidemiegesetz wird revidiert. Zur Zeit sind allerdings noch keine Aussagen über Auswirkungen auf die Kantone möglich. Es wird voraussichtlich im Jahr 2012 in Kraft gesetzt werden.

Was die Volksgesundheit als Ganzes betrifft, sind insbesondere die Probleme des Übergewichts, des Bewegungsmangels, der stressbedingten Erkrankungen, des Tabakkonsums, des Alkoholmissbrauchs, des Konsums illegaler Suchtmittel sowie suchtmittelunspezifischer Abhängigkeitsformen (z.B. Internet- oder Spielsucht) nach wie vor von grosser Bedeutung.

Die Umsetzung der langfristigen Strategien der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz "Gesundes Körpergewicht" und "Psychische Gesundheit/Stress" - vor allem in der Arbeitswelt erfolgt durch die Stiftung in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen.

Beim ärztlichen Aufsichtswesen wird der Zulassungsstopp für die Leistungserbringer der Krankenpflegeversicherung (insbesondere Ärzte) bis Mitte 2008 weitergeführt. Es ist zur Zeit nicht bekannt, ob und in welcher Form der Zulassungsstopp nach Mitte 2008 weitergeführt wird oder ob andere Lösungen (z.B. Aufhebung des Kontrahierungszwanges) eingeführt werden.

Sowohl die weltweite Konflikt- und Terrorbedrohung, die Gefahr einer Grippepandemie als auch natur- und zivilisationsbedingte ausserordentliche Ereignisse in der Schweiz nehmen zu. Um schnell und kompetent reagieren zu können, müssen im Bereich des sanitätsdienstlichen Katastrophenschutzes ausreichendes, gut geschultes Personal sowie die materiellen Ressourcen bereitgehalten werden. Im Speziellen ist davon auszugehen, dass die aufwendigen Aktivitäten der Pandemievorsorge weitergeführt werden müssen.

Derzeit wird der Artikel 41.3 KVG vom Kanton vollzogen, d.h. der Wohnkanton muss die Mehrkosten der ausserkantonalen im Vergleich zur innerkantonalen Behandlung übernehmen. Dies ist dann der Fall, wenn die ausserkantonale Behandlung notfallmässig erfolgt oder im Wohnkanton nicht angeboten wird (sog. medizinische Indikation). Die dafür benötigten Mittel steigen jährlich.

Gemäss heutigem Wissensstand ist davon auszugehen, dass die geplante KVG-Revision die "freie Spitalwahl in der ganzen Schweiz" mit sich bringen wird. Dies hat zur Folge, dass sich die Patientinnen und Patienten auch ohne medizinische Indikation in einem ausserkantonalen Spital behandeln lassen können, wobei der Wohnkanton in jedem Fall denjenigen Sockelbeitrag übernehmen muss, den er auch innerkantonale zu bezahlen hat. Allfällige noch ungedeckte Kosten gehen zu Lasten des Patienten oder der Zusatzversicherung. Für den Kanton Aargau hätte dies voraussichtlich erhebliche Mehrbelastung zur Folge, indem für rund 10'500 Patienten, die sich bereits jetzt aufgrund ihrer Zusatzversicherung ausserkantonale behandeln lassen, der Sockelbeitrag zu übernehmen wäre. Entlastet werden die Zusatzversicherungen, während der Steuerzahler eine erhebliche Mehrbelastung zu übernehmen hat. Allgemein wird davon ausgegangen, dass nach Umsetzung der KVG-Revision ein verstärkter Zustrom von Patienten in die Universitätsspitäler stattfinden wird, was den Kanton zusätzlich belasten wird.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	2009	2010	Planjahre 2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
520KU0003	Zentrale Suchtpräventionsstelle	Anzahl		1	1	1	1	1
520KU0002	Suchtberatungsstellen	Anzahl	11	11	11	10	9	9
520KU0004	Beratungen in den Suchtberatungsstellen	Anzahl		11'000	12'500	12'500	12'500	12'500
520KU0005	Schulärzte	Anzahl	180	190	190	190	190	190
520KU0006	Ärzte (ausgestellte Berufsausübungsbewilligungen)	Anzahl	940	970	1'010	1'050	1'090	1'090
520KU0007	Rettungsdienste (Anzahl Standorte)	Anzahl	11	11	11	11	11	11
520KU0008	Bezirksärzte und Stellvertreter	Anzahl	26	26	26	26	26	26
520KU0009	Betriebsbereite Mobile Sanitätshilfsstellen (Mob San Hist)	Anzahl	4	4	4	4	4	4
520KU0010	Einsatzbereite Samariterleiterfunktionäre (SLF)	Anzahl	89	85	90	95	100	100
<b>Leistungskennzahlen</b>								
520KL0001	Bearbeitete Meldungen betreffend übertragbare Krankheiten	Anzahl	1'535	1'500	1'550	1'575	1'600	1'625
520KL0002	Methadon- und Subutexbewilligungen	Anzahl	812	850	800	800	800	800
520KL0003	Bearbeitete Gesuche für ärztliche Berufsausübungsbewilligungen	Anzahl		40	40	40	40	40
520KL0004	Bearbeitete Gesuche für Ausserkantonale Hospitalisationen (AKH)	Anzahl	6'817	6'650	6'900	7'000	7'100	7'200
520KL0005	Anteil der bewilligten Gesuche für Ausserkantonale Hospitalisationen	%		50	50	50	50	50
<b>Finanzkennzahlen</b>								
520KF0001	Aufwand für Suchtprävention (inkl. Anteil Alkoholzehntel)	Mio. Fr.		-1.8	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
520KF0002	Aufwand für Suchtbehandlungen	Mio. Fr.		-5	-5.1	-5.2	-5.2	-5.3
520KF0003	Aufwand für Ausserkantonale Behandlungen Aargauer Bürger (gem. § 41.3 KVG)	Mio. Fr.		-28.4	-29.2	-30.3	-31.2	-32.5
520KF0004	Aufwand pro Fall für Ausserkantonale Behandlungen Aargauer Bürger	Franken		-11'000	-11'300	-11'500	-11'800	-11'800
520KF0005	Aufwand für Herzchirurgie innerkantonale (Hirslanden-Klinik)	Mio. Fr.		-3.2	-4.2	-4.5	-4.8	-5
520KF0006	Aufwand für die fürsorgliche Freiheitsentziehung (FFE)	Mio. Fr.		-0.32	-0.33	-0.34	-0.35	-0.36
520KF0008	Aufwand für Institutionen mit Leistungsverträgen (Familienplanungsstelle, Aidshilfe AG, Selbsthilfegruppen)	Mio. Fr.			-0.61	-0.61	-0.61	-0.62

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0002: Im Rahmen der Gebietsreform wird die Anzahl der Suchtberatungsstellen voraussichtlich abnehmen.

KU0004: aufgrund der aktuellen Erkenntnisse wurden die Werte nach oben angepasst.

KU0003+0004, KL0003+0005: Diese Kennzahlen wurden erst im AFP 2007-2010 aufgenommen. Der Jahresbericht 2006 enthält noch keine Ist-Werte.

KU0008: Vor dem Hintergrund der Gebietsreform bleiben der Bedarf an amtsärztlichen Leistungen und somit die Gesamtzahl der Amtsärzte mindestens gleich hoch.

KF0005: ab 2008 inkl. Sockelbeiträge an die herzchirurgischen Behandlungen.

KF0003+0004: Das prognostizierte jährliche Wachstum der zu bearbeitenden Gesuche sind in der Zunahme der Bevölkerung allgemein, des Anteil der älteren Bevölkerung sowie im Freizeitverhalten begründet. Zusätzlich ist die steigende finanzielle Belastung durch die jährlichen stark steigenden Tarifierhöhungen für ausserkantonale Patienten geprägt.

KF0001-0008: Die Finanzkennzahlen werden erst seit dem AFP 2007-2010 dargestellt. Der Jahresbericht 2006 enthält noch keine Ist-Werte.

KF0008: diese Kennzahl wird erstmals in diesem AFP erhoben. Die Verträge bestehen allerdings schon seit mehreren Jahren.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE	MASSNAHMEN	Termin	Aufwand in Fr. 1000						
			bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total	
520ES0003	Umsetzung des Schwerpunktprogramms "Gesundes Körpergewicht" (SPP GKG) in enger Zusammenarbeit mit dem BKS (AB 335) und weiteren Partnern im Rahmen des Ausbaus der kantonalen Gesundheitsförderung.	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)			200	600		800
		2	Beschreibung der Einflussfaktoren auf das Körpergewicht (Determinantenmodell (Säule 1))	2007					
		3	Mobilisierung von Entscheidungsträgern und Multiplikatoren (Forum (Säule 2))	2008					
		4	Sensibilisierung der Bevölkerung in Abstimmung mit der massenmedialen Kampagne der "Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz" (Säule 3)	2008					
		5	Vermarktung von Interventionsansätzen von "Gesundheitsförderung Schweiz" (Säule 4)	2008					
		6	Vernetzung mit der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz und anderen Kantonen (Säule 5)	ab 2007					
		7	Evaluation des Programms und Monitoring des Körpergewichts in der Bevölkerung (Säule 6)	ab 2007					
520ES0004	Umsetzung des Schwerpunktprogramms "Betriebliche Gesundheitsförderung" (SPP BGF) im Rahmen des Ausbaus der kantonalen Gesundheitsförderung.	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)			150	450		600
		2	Beratung und Begleitung von KMU und Organisationseinheiten der Verwaltung in Massnahmen der BGF (Säule 1)	ab 2007					
		3	Weiterbildung zur Qualifikation von Führungskräften in BGF (Säule 2)	seit 2005					
		4	Gründung und Betrieb des Vereins "Forum BGF" (Säule 3)	ab 2007					
		5	Interkantonaler Erfahrungsaustausch (Säule 4)	seit 2005					
		6	Evaluation des SPP BGF (Säule 5)	seit 2005					
520ES0005	Gesundheitsförderung im Alter.	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit ist in Vorbereitung)			276.5	223.5		500
		2	Erarbeiten eines Konzeptes	2008					
		3	Erhebungsphase / Befragungen	2010					
		4	Auswertungsphase / Abschluss	2011					



**KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN**

ES05 aus AFP 2007-2010: der pauschal formulierte Entwicklungsschwerpunkt wurde gelöscht. Die bisherigen Massnahmen sind nun die ES0003 und ES0004. Neue Massnahmen wurden aufgrund des Projektplans formuliert.

ES10 aus AFP 2007-2010: wurde gelöscht, da 2007 beendet.

ES 0003 + 0004 Massnahmen 1: Die dargestellten Aufwendungen sind die Sachkosten sowie Kosten für externe Dienstleistungen zur Konzipierung bzw. Umsetzung der einzelnen Massnahmen. Diese Entwicklungsschwerpunkte sind Inhalt des Ausbaus der Kantonalen Gesundheitsförderung (Massnahme 25 der Wachstumsinitiative).

ES 0005: die Kosten insgesamt bestehen aus Personalkosten für eine Projektstelle (50%) in Höhe von insgesamt 250'000 Franken sowie Sachkosten in Höhe von 250'000 Franken (Kleinkredit ist in Vorbereitung).

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
520ZI0011	Die Gesuche für Ausserkantonale Hospitalisationen (AKH) werden restriktiv bewilligt.	1	Maximaler Anteil der bewilligten AKH-Gesuche	%		50	50	50	50	50
520ZI0004	Die Entscheidungsträger im Bereich der Gesundheitsförderung werden sensibilisiert und für besondere Leistungen und Ideen ausgezeichnet (GGpl Strategie 2).	1	Herausgabe des Newsletters "Forum Gesundheit" (Auflage pro Ausgabe 3'000)	Anzahl	0	3	3	3	3	3
		2	Verleihung des "kantonalen Preises für Gesundheitsförderung" ("100%" Preisverleihung durchgeführt, "0" Preisverleihung nicht durchgeführt)	%	0	100	100	100	100	100
520ZI0012	Der in 2006 erarbeitete Grippepandemieplan wird laufend an aktuelle Entwicklungen angepasst.	1	Dokumentation ist zeitgerecht an aktuelle Umfeldentwicklungen angepasst. ("100%" angepasst, "0%" nicht angepasst)	%		100	100	100	100	100
520ZI0013	Ein flächendeckender Schulärztlicher Dienst gewährleistet das frühzeitige erkennen von krankhaften Befunden bei Schulkindern.	1	Quote der Schulärzte, die an den Schulen Untersuchungen durchgeführt haben	%	100	100	100	100	100	100
520ZI0014	Die notwendigen Strukturen zur Einhaltung der "15-Minuten-Regel" für die rettungsdienstliche Versorgung müssen bereitgestellt sein.	1	Quote der Rettungsdienste, die 15 Minuten nach Alarmeingang beim Patienten sind	%	82	80	80	80	80	80
520ZI0017	Die Ausbildung von Grundversorgern wird durch die Mitfinanzierung von Weiterbildungsstellen in Grundversorgerpraxen gefördert.	1	Mitfinanzierte Weiterbildungsassistentenstellen pro Jahr	Anzahl			6	6	6	6

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
520ZI0015	Rettungsdienste, Bezirksärzte und Samariterleiterfunktionäre sind bestens ausgebildet und einsatzbereit.	1	Weiterbildungsveranstaltungen für Rettungsdienste pro Jahr	Anzahl	1	1	1	1	1	1
		2	Weiterbildungsveranstaltungen für Bezirksärzte pro Jahr	Anzahl	2	2	2	2	2	2
		3	Einsatzübungen für Samariterleiterfunktionäre pro Jahr	Anzahl	1	1	1	1	1	1
		4	Durchgeführte "Arbeitstage" mit den Samariterleiterfunktionären der 4 Mobilien Sanitätshilfsstellen (MobSanHist)	Anzahl	1	1	1	1	1	1
520ZI0016	Der Kanton Aargau gewährleistet eine flächendeckende Suchthilfe.	1	Unterstützte Beratungsstellen	Anzahl		11	11	11	11	11
		2	Unterstützte Suchtpräventions- und Dokumentationsstelle	Anzahl		1	1	1	1	1

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0004: um auch im Aufgabenbereich die Aktivitäten der Gesundheitsförderung zu zeigen, wurde das Ziel von der Produktegruppe in den Ebene Aufgabenbereich gehoben.

ZI0011, 0012, 0016: Diese Ziele werden erst seit dem AFP 2007-2010 erhoben. Deshalb wurden für 2006 keine Ist-Werte erhoben.

ZI0016: Die Beratungsstellen müssen niederschwellig und wohnortnah sein. Im Projekt "Gebietsreform" wird die Gesamtzahl der Beratungsstellen thematisiert.

ZI0017: Dieses Ziel ist neu und bildet eine neue Aufgabe ab. Die Kosten über ca. 500'000 Franken pro Jahr sollen für 2008 und 2009 über den Lotteriefonds finanziert werden, da derzeit keine gesetzliche Grundlage für diese Aufgabe besteht. Ab 2010 ist mit der voraussichtlichen Inkraftsetzung des neuen Gesundheitsgesetzes die Finanzierung über einen Kleinkredit (520001020) geplant.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Im Aufgabenbereich entfallen rund 80% der Ausgaben auf die Mehrkosten der Ausserkantonalen Spitalbehandlungen und die herzchirurgischen Eingriffe in der Hirsländchenklinik Aarau. Rechtsgrundlage dafür ist das Eidgenössische Krankenversicherungsgesetz (KVG), im speziellen der Art. 41.3 betreffend die Ausserkantonalen Hospitalisationen. Es handelt sich um eine kantonale Vollzugsaufgabe mit sehr geringem Handlungs- bzw. Steuerungsspielraum. Dieser wird durch eine restriktive Vollzugspraxis ausgenutzt.

16% der Aufwendungen betreffen die Suchthilfe (Prävention, Beratung, Entzug). Rechtsgrundlage dafür bildet das Aargauische Gesundheitsgesetz, wobei die Leistungen nicht vom Kanton selbst, sondern von privaten Trägerschaften, mit denen vertragliche Bindungen bestehen, erbracht werden.

Die ab dem Jahr 2008 vorgesehene Förderung der Weiterbildung von künftigen Grundversorgern durch die Mitfinanzierung von Praxis-Weiterbildungsassistenten (Ziel ZI0017) ist ab 2010 vom Grossen Rat durch die Verabschiedung des Gesundheitsgesetzes direkt steuerbar.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-52'783</b>	<b>-41'735</b>	<b>-44'641</b>	<b>7.0</b>	<b>-46'022</b>	<b>-47'022</b>	<b>-48'666</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>2'418</b>	<b>2'100</b>	<b>2'100</b>	<b>0.0</b>	<b>2'100</b>	<b>2'100</b>	<b>2'100</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-50'365</b>	<b>-39'635</b>	<b>-42'541</b>	<b>7.3</b>	<b>-43'922</b>	<b>-44'922</b>	<b>-46'566</b>
Total Aufwand Globalbudget	-52'749	-41'735	-44'358	6.3	-45'772	-46'524	-48'168
Total Ertrag Globalbudget	575	300	300	0.0	300	300	300
Saldo Globalbudget	-52'174	-41'435	-44'058	6.3	-45'472	-46'224	-47'868
Total Aufwand Kleinkredite	-34		-284	X	-250	-498	-498
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-34		-284	X	-250	-498	-498
Total Aufwand LUAE							
Total Ertrag LUAE	1'843	1'800	1'800	0.0	1'800	1'800	1'800
Saldo LUAE	1'843	1'800	1'800	0.0	1'800	1'800	1'800

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Einnahmen Alkoholzehntel							
Total Ertrag LUAE Einnahmen Alkoholzehntel	1'843	1'800	1'800	0.0	1'800	1'800	1'800
Saldo LUAE Einnahmen Alkoholzehntel	1'843	1'800	1'800	0.0	1'800	1'800	1'800

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Mehrausgaben bei der AKH und IKH (Hirslandenklinik Aarau) in Höhe von 2.35 Mio Franken aufgrund der erwarteten Zunahme der Fälle und der Tariferhöhungen.

###### Kleinkredite

Mehrausgaben aufgrund des geplanten Kleinkredits für den ES0005 "Gesundheitsförderung im Alter" in Höhe von 276'500 Franken (62'500 Franken für eine Projektstelle und 214'000 Franken Sachkosten).

##### Veränderung in den Planjahren

###### Globalbudget

Weitere Zunahme der Ausgaben bei der AKH und IKH.

###### Kleinkredite

Mehrausgaben aufgrund des geplanten Kleinkredits für den ES "Gesundheitsförderung im Alter" in Höhe von 323'500 Franken (187'500 Franken für eine Projektstelle und 136'000 Franken Sachkosten). Ab 2009 sollen die Gemeinden mit insgesamt 100'000 Franken an den Projektkosten beteiligt werden, was zu einer entsprechenden Entlastung führen soll.

Für die Finanzierung der "Grundversorgerausbildung" (ZI0017) werden ab 2010 498'000 Franken jährlich geplant.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Sicherstellen des Gesundheits- und Umweltschutzes und Schutz vor Täuschungen für die Bevölkerung in den Bereichen Lebensmittel, Trink- und Badewasser, Gebrauchsgegenstände, Messwesen, Chemikalien und Organismen. Schutz der Bevölkerung durch Verhindern und Bekämpfen von Seuchenausbrüchen in Tierbeständen. Überwachen von Schlachthanlagen und Fleischkontrollorganen sowie Sicherstellen des Schutzes der Tiere in Tierhaltungen.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	533	Verbraucherschutz
Produktgruppen	53310	Lebensmittelkontrolle
	53320	Trink- und Badewasser
	53330	Chemiesicherheit
	53340	Veterinärdienst

**UMFELDENTWICKLUNG**

Mit dem AFP 2008-2011 werden die bisherigen Aufgabenbereiche AB525 und AB530 zum AB533 "Verbraucherschutz" zusammengefasst. Kennzahlen, Entwicklungsschwerpunkte und Ziele wurden von den beiden alten auf den neuen Aufgabenbereich übertragen.

Der Aufgabenbereich ist für den Vollzug von Bundesgesetzen in den Bereichen Lebensmittelkontrolle (inkl. Trinkwasserkontrolle), Messwesen, Tierseuchenbekämpfung, Tierschutz und Chemiesicherheit zuständig. Daneben werden einige Verordnungen bzw. Aufgaben aus dem Landwirtschafts-, Heilmittel und Umweltrecht sowie dem Strahlenschutz- und dem Strassenverkehrsrecht vollzogen.

Die Zielsetzung besteht darin, in den erwähnten Bereichen das vorhandene (im Allgemeinen hohe) Schutzniveau beim Gesundheits-, Umwelt- und Täuschungsschutz beizubehalten.

Generell handelt es sich um Vollzugsaufgaben, die gemäss Schweizerischem- und EU-Recht nicht an Private delegiert werden können. Um den neuen Aufgaben (z.B. der Nachweis gentechnisch veränderter Organismen) gerecht zu werden, erfolgte in den letzten Jahren eine Spezialisierung in den einzelnen Untersuchungslaboratorien. Diese Entwicklung wird weitergehen. Der Kanton Aargau arbeitet in diesen Gebieten eng mit den Kantonen Basel-Land und Basel-Stadt zusammen.

Infolge der Globalisierung der Märkte ist eine anerkannte, nach internationalen Normen akkreditierte Kontrollbehörde notwendig, damit die Schweiz auch weiterhin Waren (u.a. Lebensmittel) exportieren kann. Obwohl Lebensmittel oft leicht verderblich sind, werden sie weltweit transportiert. Dadurch wächst die Gefahr von Lebensmittelvergiftungen und Epidemien. Zur Sicherung des heutigen Schutzniveaus sind daher regelmässige mikrobiologische und chemische Untersuchungen notwendig.

Verschiedene Vorkommnisse (Skandale) im Lebensmittelbereich führten dazu, dass die Konsumentenschaft bei ihrem Kaufentscheid vermehrt Angaben über die Herkunft bzw. die Produktionsweise und Zusammensetzung von Lebensmitteln berücksichtigt. Dadurch steigen die Ansprüche an den Täuschungsschutz. Diesen Ansprüchen wird durch verstärkte Überprüfung der Deklarationsangaben bei offen und vorverpackt abgegebenen Lebensmitteln Folge geleistet.

Die vom Bund vorgeschlagene einseitige Einführung des Cassis-de-Dijon Prinzips würde an die Vollzugsorgane vor allem im Lebensmittel- und Kosmetikbereich erhebliche Anforderungen stellen. Diese müssen in Zukunft die Ware nicht nur nach schweizerischem Recht beurteilen sondern auch nach dem Recht des Produktionslandes.

Im Interesse u.a. der Exportindustrie wurde das Chemikalienrecht mit den EU-Bestimmungen harmonisiert. Damit verbunden ist der Wechsel vom endkontrollierten Registrierverfahren des Giftgesetzes zur eigenverantwortlichen Kennzeichnung durch die Hersteller. Die Überprüfung der Eigenverantwortung erfolgt mit neu entwickelten Kontrollverfahren.

Im Veterinärdienst ist seit geraumer Zeit ein deutlicher Mehraufwand bei der Inspektionstätigkeit zu verzeichnen, damit ein einwandfreier nationaler und internationaler Handel mit Tieren gewährleistet werden kann (bilaterale Verträge mit der EU). Mit der Einführung des neuen kantonalen Tierseuchengesetzes ist geplant, die landwirtschaftlichen Betriebe an der Finanzierung der Seuchenbekämpfung zu beteiligen. In diesem Gebiet muss in den nächsten Jahren der Entwicklung der Vogelgrippe weiterhin besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Beim Tierschutz bleibt nach wie vor das Spannungsfeld zwischen Vollzug von Mindestanforderungen und Erwartungen von Tierschutzorganisationen oder Einzelpersonen bestehen.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	2009	2010	Planjahre 2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
533KU0001	Betriebe im Kanton Aargau im Bereich Lebensmittel	Anzahl	10'000	10'000	10'000	10'000	10'000	10'000
533KU0002	Betriebe mit leicht verderblichen Lebensmitteln (ohne Milchproduzenten)	Anzahl	3'443	3'200	3'200	3'200	3'200	3'200
533KU0003	Milchproduzenten	Anzahl		1'200	1'100	1'050	1'000	1'000
533KU0004	Grössere Trinkwasserfassungen	Anzahl	270	270	270	270	270	270
533KU0005	Bäder	Anzahl	94	94	94	94	94	94
533KU0006	Betriebe, die der Marktkontrolle im Chemikalienbereich unterstehen	Anzahl	860		580	580	580	580
533KU0007	Betriebe, die der Störfallverordnung unterstehen	Anzahl	256	251	255	255	255	255
533KU0008	Beurteilte Baugesuche von störfallrelevanten Betrieben pro Jahr	Anzahl		100	100	100	100	100
533KU0009	Länge störfallrelevante Schiene und Strasse	km	1'027	1'027	1'027	1'027	1'027	1'027
533KU0010	Betriebe mit Gefahrstoffen und Gefahrgut	Anzahl	486		180	180	180	180
533KU0011	Betriebe mit pathogenen und/oder gentechnisch veränderte Organismen	Anzahl	26	29	26	26	26	26
533KU0012	Grossvieheinheiten im Kanton	Anzahl	72'787	73'200	73'200	73'200	73'200	73'200
533KU0013	Betriebe mit Nutztierhaltung im Kanton	Anzahl	4'104	4'000	4'000	4'000	4'000	4'000
533KU0014	Schlachtbetriebe	Anzahl	67	65	65	65	65	65
533KU0015	Gemeldete Hunde	Anzahl	30'000	31'000	31'000	31'000	31'000	31'000
533KU0016	Gemeldete Wildtierhaltungen	Anzahl	266	200	200	200	200	200
<b>Leistungskennzahlen</b>								
533KL0001	Inspektionen bei Betrieben mit leicht verderblichen Lebensmitteln	Anzahl	2'616	2'560	2'560	2'560	2'560	2'560
533KL0002	Untersuchte Proben pro Jahr im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	Anzahl	2'685	2'800	2'800	2'800	2'800	2'800
533KL0003	Betriebs- und Warenkontrollen (Deklarationsverordnung)	Anzahl		475	475	475	475	475
533KL0004	Inspektionen bei grösseren Trinkwasserfassungen	Anzahl	142	135	135	135	135	135
533KL0005	Untersuchte Trinkwasserproben pro Jahr	Anzahl	946	1'100	1'100	1'100	1'100	1'100
533KL0006	Inspektionen in Bädern	Anzahl	97	89	89	89	89	89
533KL0007	Inspektionen in Betrieben im Bereich von Chemikalien und Organismen pro Jahr	Anzahl	330	220	220	220	220	220
533KL0008	Inspektionen in Betrieben mit Nutztierhaltung	Anzahl			650	650	650	650
533KL0009	Zu überwachende Betriebe gemäss Vorgaben des Bundes	Anzahl	592	600	600	600	600	600
533KL0010	Geschlachtete Tiere mit Fleischkontrollen (ohne Geflügel und Kaninchen)	Anzahl	63'992	70'000	70'000	70'000	70'000	70'000
<b>Finanzkennzahlen</b>								
533KF0001	Kosten für die Lebensmittelkontrollen pro Einwohner im Kanton Aargau (inkl. Fleischhygiene) (s. Fussnote)	Franken	-7.72	-10	-10	-10	-10	-10
533KF0002	Kosten für die Trink- und Badewasserkontrollen pro Einwohner im Kanton Aargau	Franken	-0.9	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
533KF0003	Kosten für die Sicherheit im Bereich Chemikalien und Organismen pro Einwohner im Kanton Aargau	Franken			-2	-2	-2	-2
533KF0004	Kosten für die Tierseuchenbekämpfung	1'000 Fr.			-1'800	-1'761	-1'761	-1'761

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KF0001: der Wert für 2006 beinhaltet nicht die Kosten für Fleischhygiene. Ab 2008 sind die Kosten für Fleischhygiene enthalten.

KF0001-0003: Die Kosten für den Jahresbericht werden wie folgt berechnet: Saldo der jeweiligen Produktgruppe : Einwohnerzahl. Diese Berechnung ist zur Zeit für das Budget nicht möglich, da noch keine Budget-Umlagenschlüssel vorhanden sind.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE	MASSNAHMEN	Termin	Aufwand in Fr. 1000						
			bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total	
533ES0001	Anpassung der Bekämpfungs-strategien im Bereich der Tierseuchenbekämpfung an die heutigen und künftigen Anforderungen	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)						
		2	Parlamentarisches Verfahren	2008					
		3	Neuerlass eines kantonalen Tierseuchengesetzes (Inkrafttreten)	1.1.2009					
533ES0002	Anpassen der kantonalen Hundegesetzgebung unter dem besonderen Aspekt der Regelung für "gefährliche Hunde".	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)						
		2	Parlamentarisches Verfahren	2008					

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0001 und ES0002: ursprünglich war vorgesehen, sowohl das neue Tierseuchengesetz als auch das kantonale Hundegesetz am 1.1.2008 in Kraft zu setzen. Beide Projekte sind um 1 Jahr verzögert, sodass die Inkraftsetzungen auf den 1.1.2009 geplant sind. Dies hat auch Auswirkungen auf geplante Einnahmen, die nun nicht ab 2008 realisiert werden können (Erträge von landwirtschaftlichen Betrieben und Hundesteuer).

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
533ZI0001	Zur Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus bei Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, Trink- und Badewasser, Chemikalien und Organismen sowie bei der Tierseuchenbekämpfung und beim Tierschutz vollziehen wir Bundesrecht und führen regelmässig Inspektionen durch und untersuchen Proben. (s. Fussnote)	1	Quote der Betriebe mit leicht verderblichen Lebensmitteln, die risikobasiert jährlich inspiziert werden	%	76	80	80	80	80	
		2	Untersuchte Proben pro 1'000 Einwohner und Jahr im Bereich von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen	Anzahl	4.8	5	5	5	5	5
		3	Beprobungsquote der Betriebe, die regelmässig leicht verderbliche Lebensmittel abgeben (1x in 10 Jahren)	%	11	9	9	9	9	9
		4	Quote der grösseren Trinkwasserfassungen, die jährlich inspiziert werden	%	53	50	50	50	50	50
		5	Untersuchte Trinkwasserproben pro 1'000 Einwohner und Jahr	Anzahl	1.7	2	2	2	2	2
		6	Quote der Bäder, die jährlich inspiziert werden	%	97	95	95	95	95	95
		7	Quote der Betriebe im Bereich Chemikalien und Organismen, die jährlich inspiziert werden	%			20	20	20	20
		8	Quote der Inspektionen in landwirtschaftlichen Nutztierhaltungen gemäss risikobasierten Stichproben	%	8	10	10	10	10	10

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
533ZI0002	Das Qualitätsniveau im Aufgabenbereich soll gehalten werden.	1	Anteil der Inspektionsberichte, die innert 2 Wochen nach der Inspektion versandt werden und bei Beanstandungen der Vollzug eingeleitet wird	%	97	90	90	90	90	90
		2	Anteil der Berichte in den Bereichen Mikrobiologie sowie Trink- und Badewasser, die innert 3 Wochen nach der Probenahme versandt und bei Beanstandungen der Vollzug eingeleitet wird	%	91	90	90	90	90	90
		3	Anteil der Baugesuche oder Nachforderungen, die innert 2 Wochen beurteilt werden	%	100	95	95	95	95	95
		4	Reaktionszeit auf Meldungen über einen Seuchenfall	Tage	0.9	1	1	1	1	1
		5	Quote der gutgeheissenen Beschwerden bezogen auf alle Berichte	%		1	1	1	1	1
		6	Akkreditierung gemäss ISO 17020 und 17025 ist vorhanden ("100%" = ja, "0%" = nein)	%	100	100	100	100	100	100
533ZI0003	Für die Marktkontrolle von Chemikalien und umweltgefährdenden Stoffen werden im Rahmen von Kampagnen Proben erhoben und untersucht.	1	Gesamtschweizerische und kantonale Kampagnen	Anzahl		3	3	3	3	3

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0001 I3: von allen Betrieben werden jedes Jahr 10% beprobt. Von diesen 10% sollen jedes Jahr 90% beprobt werden. Dies entspricht einem Sollwert von 9%.

ZI0002 I4: die Reaktionszeit auf Meldungen über einen Seuchenfall sollte kleiner als 1 Tag sein.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Im Verbraucherschutz werden praktisch ausschliesslich Bundesgesetze vollzogen (Lebensmittel-, Tierseuchen-, Tierschutz, und Chemikaliengesetzgebung). Zudem ist das Amt zuständig für einzelne Verordnungen bzw. Aufgaben beim Strahlenschutz, Heilmittel, Umweltschutz, Landwirtschaft, Strassenverkehr sowie der kantonalen Bäderverordnung. Die Aufgaben sind weitgehend durch eidgenössische Vorgaben bestimmt.

Der finanzielle Aufwand besteht zu etwa 85% aus Personalkosten. Steuerungsmöglichkeiten ergeben sich in gewissem Masse im Umfang der erbrachten Leistungen (Inspektionsfrequenzen und Anzahl der Untersuchungen). Allerdings ist der Bund laufend daran, neue Vorgaben zu erlassen (z.B. Mindestinspektionsfrequenzen). Solche Vorgaben sind einerseits notwendig, um Verpflichtungen aus den bilateralen Abkommen mit der EU zu erfüllen und damit den Warenverkehr zu erleichtern und andererseits sind sie für den präventiven Gesundheitsschutz in den Bereichen Lebensmittel, Chemikalien und Tierseuchen notwendig. Grundsätzlich sind die Steuerungsmöglichkeiten sehr begrenzt.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>			<b>-12'716</b>	<b>X</b>	<b>-12'814</b>	<b>-12'818</b>	<b>-12'942</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>			<b>2'722</b>	<b>X</b>	<b>3'528</b>	<b>3'528</b>	<b>3'528</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>			<b>-9'994</b>	<b>X</b>	<b>-9'285</b>	<b>-9'290</b>	<b>-9'414</b>
Total Aufwand Globalbudget			-12'716	X	-12'814	-12'818	-12'942
Total Ertrag Globalbudget			2'578	X	3'228	3'228	3'228
Saldo Globalbudget			-10'138	X	-9'585	-9'590	-9'714
Total Aufwand LUAE							
Total Ertrag LUAE			144	X	300	300	300
Saldo LUAE			144	X	300	300	300

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Hundesteuer							
Total Ertrag LUAE Hundesteuer			144	X	300	300	300
Saldo LUAE Hundesteuer			144	X	300	300	300

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

Der Aufgabenbereich AB533 ist neu. Die ursprünglichen Aufgabenbereiche AB525 und AB530 wurden zusammengelegt. Dies hat im RAPAG dazu geführt, dass die nachträglich manuell eingegebenen Werte für das Budget 2007 vom System nicht verarbeitet wurden und somit nicht dargestellt werden können. Aufgrund der vorliegenden Zahlen werden nachfolgend die grösseren Abweichungen kommentiert.

#### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

##### Globalbudget

Die Hauptursachen für die Abweichung in Höhe von 541'000 Franken sind Mehraufwände für externe ärztliche Dienstleistungen beim Veterinärdienst (+308'000 Franken) sowie die Planung des Informatikbudgets im Aufgabenbereich (+195'000 Franken) bei gleichzeitiger Entlastung im AB100 (GES). Die im AFP 2007-2010 ab 2008 geplanten Einnahmen von landwirtschaftlichen Betrieben als Folge des neuen Tierseuchengesetzes können erst ab 2009 realisiert werden (-500'000 Franken).

##### LUAE

Die mit dem AFP 2007-2010 geplanten Einnahmen aus der Hundesteuer können erst ab 2009 realisiert werden (-160'000 Franken) (siehe auch Kommentar zu den ES).

#### FUSSNOTEN

KF0001	KF0001-0003: Die Kosten wurden für den Jahresbericht wie folgt berechnet: Saldo der Produktgruppe (nach Umlagen) : Einwohner des Kantons. Für das Budget ist diese Berechnung noch nicht möglich, da keine Umlageschlüssel für das Budget vorhanden sind.
ZI0001	ZI0001 I1: Die Anzahl der Inspektionen ist nicht harmonisiert (weder in der Schweiz noch in der EU). Wie in der EU sind auch in der Schweiz regelmässige, risikobasierte Inspektionen vorgeschrieben. Mit den vorhandenen Mitteln können pro Jahr 80 % der Betriebe mit leichtverderblichen Lebensmitteln kontrolliert werden. □ ZI0001 I2: Die Schweiz kennt keine Bundesvorgaben. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine Vorgabe, wonach pro 1000 Einwohner 5 Lebensmittel und 0.5 Gebrauchsgegenstände untersucht werden müssen. Der Kanton Aargau liegt bei der Anzahl der untersuchten Proben klar unter dem schweizerischen Mittel.



**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Sicherstellen und steuern der medizinischen Angebote im Kanton Aargau in den Bereichen der stationären Akut-, Spezial- und Langzeitversorgung sowie Vollzug der im KVG geregelten Verbilligung der Krankenkassenprämien.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	535	Gesundheitsversorgung für Akutmedizin, Spezialmedizin und Langzeitbetreuung
Produktgruppen	53510	Soziale Krankenversicherung
	53520	Akutversorgung
	53530	Spezialversorgung
	53540	Langzeitversorgung

**UMFELDENTWICKLUNG**

Im Aufgabenbereich wird die Umsetzung der bundesrechtlichen Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) zwischen Kanton und Leistungserbringern (Spitäler und Pflegeheime) vollzogen. Der Kanton wird dabei verpflichtet, eine Versorgungsplanung zu erstellen und Regelungen in Bezug auf die Finanzierung der Leistungserbringer zu erlassen (Spitalgesetz).

Im Bereich der Prämienverbilligung gibt die werden die strategischen Grundlagen erarbeitet.

Die Verfeinerung des Leistungseinkaufs sieht eine detailliertere Anwendung von AP-DRG (Diagnosebezogene Fallgruppierung) vor. Dazu gehört auch die Einführung einer Codierrevision (Codierung der Diagnosen), um einen einheitlichen Codierungsstandard sicherzustellen.

Im Hinblick auf das neue diagnosebezogene System SWISS-DRG wird mit den zuständigen Gremien ständig Kontakt gehalten, damit dieses System dann ohne grössere Probleme übernommen werden kann.

Die Spitalkonzeption sieht wegen kürzerer Aufenthaltsdauer einen Rückgang von rund 200 Betten bis zum Jahre 2015 vor.

Mit dem neuen Pflegegesetz wird eine personenbezogene Finanzierung eingeführt. Das Bundesrecht bringt die Aufhebung der Ergänzungsleistungs-Obergrenze in den Pflegeheimen. Damit sind jedoch für den Kanton finanzielle Auswirkungen verbunden, da die Ergänzungsleistungen (EL) nach den Beschlüssen um die Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden zu Lasten des Kantons fällt.

In der Prämienverbilligung zeigen sich die Auswirkungen des Neuen Finanzausgleich Bund/Kanton. Ab 1.1.2008 werden die Beiträge des Bundes nicht mehr nach der Finanzkraft, sondern nach Gesundheitskosten auf die Kantone verteilt. Der Bund zahlt neu 25% der Gesundheitskosten für 30% der Bevölkerung gewichtet mit der Einwohnerzahl der Kantone. Die Bundesbeiträge werden ab 2008 höher ausfallen, als bislang.

KVG-Revision:

Die KVG-Revision, Spitalfinanzierung, ist seitens Nationalrat verabschiedet. Eine zweite, wohl abschliessende Behandlung im Ständerat ist in der Herbstsession 2007 geplant. Nach den derzeit bekannten Informationen würde der Kanton Aargau ab 2009 mit Zusatzkosten belastet werden. Dies, weil neu an die Aargauer Patientinnen und Patienten in den Privat- und Rehakliniken Beiträge gezahlt werden müssen. Die jährlich wiederkehrenden zusätzlichen Kosten werden für die Mitfinanzierung der Privatspitäler und der Rehabilitationskliniken verwendet. Die Entlastung im Investitionsbereich durch Beiträge der Versicherungen ist in diesen Zahlen berücksichtigt. Die erläuterten finanziellen Belastungen wurden bei den Finanzen nicht berücksichtigt, da diese auf noch nicht gesicherten Annahmen beruhen. Die Beteiligung der Gemeinden an der Finanzierungsregelung muss im Rahmen einer Revision des Spitalgesetzes überprüft werden (siehe auch ES 0012).

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
535KU0009	Patienten in den Kantonsspitälern	Anzahl	33'769	36'850	34'972	35'531	36'100	36'677
535KU0010	Patienten in den Regionalspitälern	Anzahl	21'204	25'300	21'888	22'238	22'594	22'955
535KU0011	Patienten in den Psychiatrischen Diensten AG (PD AG)	Anzahl	1'844	1'500	1'800	1'800	1'800	1'800
535KU0012	Patienten in den übrigen Spezialkliniken (Barmelweid, Hasel, Effingerhort)	Anzahl	2'385	2'400	2'400	2'400	2'400	2'400
535KU0013	Patienten in Krankenheimen	Anzahl	1'411	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500
535KU0014	Geburten in den Spitälern (gesunde Säuglinge)	Anzahl	3'978	4'100	4'051	4'115	4'181	4'248
535KU0015	Pflegetage in den Kantonsspitälern	Anzahl	289'458	282'000	280'269	275'785	271'373	267'031
535KU0016	Pflegetage in den Regionalspitälern	Anzahl	144'166	166'000	139'590	137'356	135'158	132'996
535KU0017	Pflegetage in der PD AG	Anzahl	145'450	127'000	143'000	143'000	143'000	143'000
535KU0018	Pflegetage in den übrigen Spezialkliniken (Barmelweid, Hasel, Effingerhort)	Anzahl	67'977	72'000	72'000	72'000	72'000	72'000
535KU0019	Pflegetage in Krankenheimen	Anzahl	484'941	485'000	485'000	485'000	485'000	485'000
535KU0020	Krankenheimbetten	Anzahl	1'495		1'503	1'503	1'503	1'503
535KU0021	Pflegeheimbetten	Anzahl	4'153		4'179	4'179	4'179	4'179
<b>Leistungskennzahlen</b>								
535KL0007	%-Satz des massgebenden Einkommens für Anspruch auf Prämienverbilligung	%	11	11	11	11	11	11
535KL0011	Befreiungsgesuche von der Versicherungspflicht für ausländische Arbeitnehmende	Anzahl	2'557	2'000	2'500	2'500	2'500	2'500
535KL0012	Personen mit Anspruch auf Prämienverbilligung	Anzahl	150'541		157'000	160'000	163'000	166'000
<b>Finanzkennzahlen</b>								
535KF0001	Gesamtaufwand für den Leistungseinkauf der Öffentlichen Hand	Mio. Fr.		-229.4	-235.5	-239.7	-243.9	-247.8
535KF0002	Kantonale Zuschüsse zu den Krankenkassenprämien (Prämienverbilligung)	Mio. Fr.	-151.2	-173.8	181	-188.2	-195.8	-203.7
535KF0003	Bundeszuschüsse zu den Krankenkassenprämien	Mio. Fr.	94.5	108.6	132	137.3	142.8	148.5

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0009, 0010: Die Werte ab 2008 entsprechen den Annahmen der Spitalkonzeption und wurden neu auf der Basis der Istwerte 2006 berechnet (ohne Kurzaufenthalter gemäss Revision der Kosten- und Leistungsrechnung (Rekole), ohne Säuglinge im JB 2006, inkl. Säuglingen im Budget 2007).

KU0011: Die Prognosen ab 2008 gehen davon aus, dass die Zahl der Patienten der vergangenen Jahre (2005: 1'894 Patienten; 2006: 1'844 Patienten) entgegen den Annahmen aus dem AFP 2007-2010 zukünftig auf hohem Niveau bleiben werden.

KU0012+0018: Die Prognosen für Patienten und Pflegetage basieren auf der Annahme der Psychiatriekonzeption einer stagnierenden Bettenauslastung von 95%.

KU0014-0016: Die Werte ab 2008 entsprechen den Annahmen der Spitalkonzeption und wurden neu auf der Basis der Istwerte 2006 berechnet.

KU0014: Der Text wurde konkretisiert.

KU0017: Die Prognosen ab 2008 gehen davon aus, dass die Zahl der Pflegetage (inkl. IPD-Tagespatienten, Drogenentzugsstation und Heroinabgabe) der vergangenen Jahre (2005: 132'348 Pflegetage; 2006: 145'450 Pflegetage) entgegen den Annahmen aus dem AFP 2007-2010 zukünftig tendenziell auf gleichem Niveau bleiben werden.

K08+09 aus AFP 2007-2010: Kennzahlen wurden gelöscht, da sich dahinter keine wirkliche Leistung im Aufgabenbereich verbirgt.

K10 aus AFP 2007-2010: Kennzahl wurde ersetzt zugunsten KL0012 wegen besserer Aussagekraft der neuen Kennzahl.

KL0011: auf der Basis der Istwerte 2006 wird mit einer Zunahme der Befreiungsgesuche gerechnet. Der Text wurde konkretisiert.

KF0002: es wird mit 4% jährlichem Zuwachs des Aufwands gerechnet.

KF0003: Berechnungen des Bundes plus ca. 4% jährlicher Zuwachs (infolge Umsetzung NFA und KVG-Revision unklar).

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
535ES0010	Sanierung Kantonsspital Baden	1	Nettoaufwand Globalkredit (Grosskredit)	2008			3'000	26'250	20'000	49'250
		2	Bereinigung Raumprogramm und Erarbeitung definitives Vorprojekt.	2008						
		3	Bauausführung	ab 2009						
535ES0011	Ersatzbau Hauptgebäude PDAG	1	Nettoaufwand Globalkredit (Grosskredit)	2008			1'000	19'998	12'000	32'998
		2	Bereinigung Raumprogramm und Durchführung Projektwettbewerb.	2008						
		3	Bauausführung	ab 2009						
535ES0012	Umsetzung KVG-Revision	1	Nettoaufwand Globalkredit (Kleinkredit in Vorbereitung)	2008			63	585	63	711
		2	Anpassungen des Spitalgesetzes sind durch den GR zu beschliessen	2008						
		3	Spitäler, die neu subventioniert werden müssen, werden durch den Grossen Rat im Rahmen der GGpl festgelegt.	2008						
535ES0013	Kostendämpfung in der stationären Versorgung gemäss GGpl-Strategie 4	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)				100	300	100	500
		2	Umsetzung des Leistungseinkaufs nach DRG	2008						
535ES0014	Förderung der "Protonentherapie" im Kanton Aargau als Kompetenzzentrum am Paul-Scherrer-Institut (PSI)	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)				150	150		300
		2	Finanzierung Initialkredit zur Einrichtung einer Protonentherapie-Anlage am PSI	2008						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES05 aus AFP2007-2010: Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde Ende 2007 abgeschlossen. Das neue Pflegegesetz wird voraussichtlich 2007 vom Grossen Rat genehmigt. In der Folge gibt es Konkretisierungsarbeiten, wie beispielsweise die Pflegekonzeption, die Pflegeheimliste, die Umsetzung der personenbezogenen Finanzierung etc., welche aber auf der Ebene des Regierungsrates abgehandelt werden können.

ES20 aus AFP2007-2010: Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde Ende 2007 abgeschlossen. Der Bereich Hilfe und Pflege zu Hause ist im Projekt NFA-Aargau als Aufgabe der Gemeinden integriert. Die gesetzlichen Grundlagen zur Umsetzung sind im Pflegegesetz verankert.

ES 0010: Die Fortsetzung der Planungsarbeiten an der Gesamtanierung des Kantonsspitals Baden wurde nach der Bereinigung der Fragen um Leistungsauftrag und Spitalliste an die Hand genommen. Die Auswirkungen werden derzeit analysiert und wie vom Grossen Rat verlangt in die weiteren Planungsarbeiten miteinbezogen.

\*Werte Nettoglobalkredit gemäss Jahrestanchen Hochbauplafonds (hier als Information).

ES 0011: Das heutige Hauptgebäude der Klinik soll der Fachhochschule zur Verfügung gestellt werden. Deshalb wird ein Ersatzbau für die Psychiatrie notwendig. Mit dem Projekt "Vindonissapark" hat sich eine zusätzliche Einschränkung für den Klinikbetrieb ergeben. Gegenwärtig wird untersucht, wie weit sich die verschiedenen Nutzungen des Geländes stören. Das Raumprogramm für den Klinikneubau wäre bereinigt und ein Projektwettbewerb könnte dann ausgeschrieben werden.

\*Nettoglobalkredit gemäss Jahrestanchen Hochbauplafonds (hier als Information).

ES 0012: Der geplante Aufwand für die Umsetzung der KVG-Revision soll für diverse Gutachten verwendet werden, die sich mit den Auswirkungen auf den Kanton beschäftigen.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
535ZI0001	Das ausgehandelte Sozialziel bei der Prämienverbilligung ist akzeptiert. Die Richtprämie für das jeweils übernächste Jahr wird vom RR festgelegt.	1	Vorlage durch RR behandelt bis 31.10. eines jeden Jahres "100%" Vorlage wurde zeitgerecht behandelt "0%" Vorlage wurde nicht behandelt	%	0	100	100	100	100	100
535ZI0019	Die Strategien der Gesundheitspolitischen Gesamtplanung (GGpl) werden umgesetzt.	1	Massnahmen, die umgesetzt werden bzw. in den Arbeitsprozess eingeführt sind	Anzahl		18	12			
535ZI0021	Eine akzeptable Wartezeit der stationären Versorgung im Kantonsspital Aarau muss gewährleistet sein, um die medizinische Grundversorgung im Kanton sicherzustellen.	1	Maximale Wartezeit für Operationen der "Viszeral Chirurgie"	Wochen	4	4	4	4	4	4
		2	Maximale Wartezeit für Operationen der "Gefässchirurgie"	Wochen	16	24	16	16	16	16
		3	Maximale Wartezeit für Operationen der "Neurochirurgie und Diskushernien"	Wochen	3	8	3	3	3	3
		4	Maximale Wartezeit für Operationen der "Urologie"	Wochen	8	16	8	8	8	8
		5	Maximale Wartezeit für Operationen in der "Frauenklinik"	Wochen	6	10	6	6	6	6
		6	Bettendichte pro 1000 Einwohner in den Spitälern gemäss Bundesamt für Statistik	%o	3.2	3.3	3.2	3.2	3.2	3.2
535ZI0022	Eine akzeptable Wartezeit in der Spezial- und Langzeitversorgung kann sichergestellt werden.	1	Wartezeit für Antritt eines Krankenheimplatzes	Monate	1	2	2	2	2	2
		2	Wartezeit für den Antritt eines Rehabilitationsplatzes	Wochen	3	3	3	3	3	3
535ZI0023	Die Versorgung in den Spitälern hat einen hohen Qualitätsstandard	1	Quote der Spitäler mit eingeführtem Qualitätsmanagement	Anzahl		80	100	100	100	100
535ZI0024	Eine gute Qualität der baulichen Zustände aller Institutionen ist sichergestellt.	1	Anzahl von baulichen Notinvestitionen aufgrund von Baumängeln	Anzahl	0	0	0	0	0	0
		2	Reporting im Jahresbericht über den Zustand und Handlungsbedarf in Bezug auf die Spitalinfrastruktur	Anzahl	1	1	1	1	1	1

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
535ZI0025	Die Vorgaben des "Leistungseinkaufs" aus der Gesundheitspolitischen Gesamtplanung (GGpl) und der Spitalkonzeption zur Förderung von Wettbewerbselementen und zur Nutzung von Synergien sind umgesetzt.	1	Quote der bis zum 30.11. eines jeden Jahres erarbeiteten Leistungsverträge mit allen Spitälern für das Folgejahr	%	100	100	100	100	100	100
		2	Erfüllungsgrad des monatlichen Controllings (Soll-/Ist-Vergleiche) der Leistungsabrechnungen aller Spitäler	%	100	100	100	100	100	100
		3	Halbjahres-Controlling der Finanzkennzahlen der Spitäler und Berichterstattung	Anzahl	2	4	2	2	2	2
535ZI0026	Die Entwicklung der Kosten in der stationären Akutversorgung ist nicht höher als das Wirtschaftswachstum.	1	Entwicklung des Wirtschaftswachstums (nominales Volkseinkommen)	%		2.6	3.15	3.25	3.25	3.25
		2	Wachstum in der stationären Akutversorgung	%		1.1	2.6	1.1	1.1	1.1
		3	Zunahme der somatischen Fälle gemäss Durchschnittsentwicklung Spitalkonzeption	%			1.6	1.6	1.6	1.6
535ZI0029	Eine akzeptable Wartezeit der stationären Versorgung in den psychiatrischen Einrichtungen muss gewährleistet sein, um die psychiatrische Versorgung im Kanton sicherzustellen.	1	Maximale Wartezeit für Eintritt in die stationäre psychiatrische Behandlung für FFE (fürsorgerischer Freiheitsentzug) eingewiesene Patienten(innen)	Tage			0	0	0	0
		2	Maximale Wartezeit von 5 Tagen für Eintritt in die stationäre psychiatrische Behandlung für freiwillig zugewiesene Patienten(innen), Zielerreichungsgrad	%			95	95	95	95
535ZI0030	Die wirksame und zweckmässige ambulante und teilstationäre psychiatrische Versorgung im Kanton Aargau ist gewährleistet.	1	Minimale Behandlungsdauer für die ambulante Behandlung von neu eingetretenen Patienten(innen) durch EPD der PDAG bis zum Übertritt zu einem freipraktizierenden psychiatrischen Facharzt/Fachärztin	Monate			2	3	4	5
		2	Maximal mögliche Wartezeit für Eintritt in ein teilstationäres Angebot für stationär behandelte Patienten(innen)	Tage			10	6	3	0
		3	Maximale Wartezeit für Eintritt in ein teilstationäres Angebot für ambulant behandelte Patienten(innen)	Wochen			8	3	1	1

## KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0021: Die Verkürzung der maximalen Wartezeiten erfolgt aufgrund der IST-Werte von 2006 (Stichtagbetrachtung zum 3.12. eines jeden Jahres). Der Text des Ziels wurde angepasst.

ZI0023: Präzisierung: Text wurde von "Institutionen" in "Spitäler" geändert.

ZI0025 I3: Aufgrund einer Anpassung der Verordnung erfolgt das Controlling halbjährlich.

ZI0026 I1: Anpassung des Wachstums aufgrund Vorgaben zum AFP.

ZI0029: Mit einer neuen Aufnahmestation kann die maximale Wartezeit entsprechend der Indikatoren eingehalten werden.

ZI0030 I1: Mit einem zusätzlichen psychiatrischen ambulanten Angebot kann die Behandlung entsprechend der angegebenen Monate verlängert werden.

ZI0030 I2: Mit dem Aufbau einer neuen Tagesklinik kann die Aufenthaltsdauer im Internen Psychiatrischen Dienst entsprechend der eingetragenen Tage verkürzt werden.

ZI0030 I3: Mit der Erweiterung der Tageskliniken/Tageszentren können die ambulanten Patienten entsprechend der Wochenangaben früher aufgenommen werden.

Z35 aus AFP2007-2010: wurde gemäss Entscheid der KAPF vom 25.5.2007 aufgrund geringer Aussagekraft gestrichen.

Z50 aus AFP2007-2010: Ziel wurde gestrichen, da nicht steuerbar.

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen sind das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG vom 18. März 1994) und das Spitalgesetz vom 25. Februar 2003. Eine weitere wichtige rechtliche Grundlage bildet das künftige Pflegegesetz, das voraussichtlich per 1. Januar 2008 Inkraft treten wird.

Der finanzielle Aufwand wird im Wesentlichen durch die Beiträge an die Kantons- und Regionalspitäler verursacht. Dank des neuen leistungsorientierten Einkaufs konnte das Kostenwachstum in diesem Bereich abgeflacht werden und liegt inzwischen unter dem Wachstum der Konsumentenpreise. Steuerungsmöglichkeiten des Grossen Rates liegen eher im Bereich von baulichen Grossprojekten und strategischen Vorgaben wie die GGpl.

Ein weiterer grosser Kostenblock ist die Prämienverbilligung, deren Bundesvorgaben umgesetzt werden müssen. Bei der Prämienverbilligung hat der Grosse Rat Steuerungsmöglichkeiten, indem er über Dekret den massgebenden Prozentsatz des massgebenden Einkommens (zur Berechnung des Anspruchs auf Prämienverbilligung) beschliesst. Eine Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen (des EG KVG) ist im Gange.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-464'391</b>	<b>-504'683</b>	<b>-539'937</b>	<b>7.0</b>	<b>-572'931</b>	<b>-549'740</b>	<b>-596'689</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>163'041</b>	<b>193'320</b>	<b>218'850</b>	<b>13.2</b>	<b>226'310</b>	<b>233'711</b>	<b>241'688</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-301'351</b>	<b>-311'363</b>	<b>-321'087</b>	<b>3.1</b>	<b>-346'621</b>	<b>-316'029</b>	<b>-355'002</b>
Total Aufwand Globalbudget	-389'423	-496'683	-516'787	4.1	-529'081	-540'640	-585'789
Total Ertrag Globalbudget	94'849	192'820	218'350	13.2	225'810	233'211	241'188
Saldo Globalbudget	-294'574	-303'863	-298'437	-1.8	-303'271	-307'429	-344'602
Total Aufwand Kleinkredite	-200	-200	-200	0.0	-200	-200	
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-200	-200	-200	0.0	-200	-200	
Total Aufwand LUAE	-74'768	-7'800	-22'950	194.2	-43'650	-8'900	-10'900
Total Ertrag LUAE	68'192	500	500	0.0	500	500	500
Saldo LUAE	-6'576	-7'300	-22'450	207.5	-43'150	-8'400	-10'400

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
						2009	2010	2011
LUAE Amortisation + Verzinsung Bauschulden	Beiträge an Verzinsung Bauschulden	-6'576	-7'300	-6'000	-17.8	-6'000	-6'000	-6'100
	Beiträge an Amortisation der Bauschulden			-16'450	X	-37'150	-2'400	-4'300
Saldo LUAE Amortisation + Verzinsung Bauschulden		-6'576	-7'300	-22'450	207.5	-43'150	-8'400	-10'400

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Gemeindebeiträge an Kantonsspitäler	-35'972				0	0	
Total Ertrag LUAE Gemeindebeiträge an Kantonsspitäler	872						
Saldo LUAE Gemeindebeiträge an Kantonsspitäler	-35'100				0	0	
Total Aufwand LUAE Gemeindebeiträge an Regionalspitäler	32'051				0	0	
Total Ertrag LUAE Gemeindebeiträge an Regionalspitäler	1'924						
Saldo LUAE Gemeindebeiträge an Regionalspitäler	33'975				0	0	
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Gemeindebeiträge	-64'101						
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Gemeindebeiträge	65'226				0	0	
Saldo LUAE Durchlaufende Gemeindebeiträge	1'125				0	0	
Total Aufwand LUAE Beiträge gemäss Spitalabkommen BL	-8	-500	-500	0.0	-500	-500	-500
Total Ertrag LUAE Beiträge gemäss Spitalabkommen BL							
Saldo LUAE Beiträge gemäss Spitalabkommen BL	-8	-500	-500	0.0	-500	-500	-500
Total Aufwand LUAE Beiträge aus Spitalabkommen BL	-162						
Total Ertrag LUAE Beiträge aus Spitalabkommen BL	170	500	500	0.0	500	500	500
Saldo LUAE Beiträge aus Spitalabkommen BL	8	500	500	0.0	500	500	500

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Die Hauptursachen für das Aufwandwachstum in Höhe von 37 Mio Franken sind die kantonalen Ausgaben für Prämienverbilligung (+7 Mio Franken), Amortisation Bauschulden (+17 Mio Franken), Betriebsbeiträge an die Kantons-, Regionalspitäler und sonstige Spezialkliniken (+10 Mio Franken, wobei 0.4 Mio Franken NFA-bedingt sind (Betriebsbeiträge "Effingerhort")) aufgrund der Neuinterpretation der VKL Krankenkassenleistungen) "stationär/ambulant" und den damit verbundenen höheren Fallzahlen. Investitionsbeiträge bei Alters- und Krankenheimen (+3 Mio Franken) wurden an die aktuelle Entwicklung angepasst (bereits im AFP 2007-2010). Die Einnahmen des Bundes für Prämienverbilligung steigen aufgrund der Auswirkung im Zusammenhang mit dem NFA (+23 Mio Franken) sowie höhere Beteiligung der Gemeinden an den Spitalausgaben.

###### LUAE

Niedrigere Ausgaben für Zinsen auf Bauschulden aufgrund des rückläufigen Zinsniveaus und der Schulden (-1.3 Mio Franken).

##### Veränderung in den Planjahren

###### Globalbudget

Weiter steigende Ausgaben für die Prämienverbilligung (ca. +8 Mio Franken unter der Annahme einer Steigerung von 4% jährlich). Ansonsten entsprechen die Mehraufwendungen tendenziell weitgehend dem AFP 2007-2010.

###### LUAE

Gemäss Kommentar für die Abweichung 2007 zu 2008.

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Vollziehen der Gesetzgebungen von Bund und Kanton im Bereich "Militär und Bevölkerungsschutz" zum Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen von ausserordentlichen Lagen; Sicherstellen der Einsatzbereitschaft zur Bewältigung von Katastrophen, Notlagen, schweren Mangellagen sowie kriegerischen Ereignissen in der Schweiz.

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	540	Militär und Bevölkerungsschutz
Produktegruppen	54010	Kreiskommando
	54020	Wehrpflichtersatzabgabe
	54030	Waffenplatz und Logistik
	54040	Katastrophenvorsorge
	54050	Zivilschutz Ausbildung
	54060	Planung & Technik

## UMFELDENTWICKLUNG

Im Aufgabenbereich werden auf der Basis von Bundes- und kantonalen Gesetzen die folgenden Aufgaben erfüllt: administrative Führung aller Militärdienst- und Meldepflichtigen mit Wohnsitz im Kanton Aargau, Erfüllung von Vollzugsaufgaben in den Bereichen Rekrutierung, Schiesswesen und Armeelogistik, Durchsetzen der subsidiären Wehrpflichtenerfüllung durch Veranlagung und Bezug der Wehrpflichtersatzabgaben, Vorbereitung auf die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen, Ausbildung der Zivilschutz-Angehörigen im Kanton Aargau.

Die "Neue Schweizer Armee" (XXI) ist umgesetzt und wird wo nötig, laufend angepasst (Entwicklungsschritt 2008/2011). Konsequenzen daraus sind zusätzliche Aufgaben in den Bereichen "Rekrutierung" und "Dienstverschiebungswesen". Die Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz wurde per 1.1.2007 um die Sektion "Waffenplatz und Logistik" erweitert.

Konflikt- und Terrorbedrohung sowie natur- und zivilisationsbedingte ausserordentliche Lagen nehmen nach wie vor weltweit zu. Auch die Schweiz kann davon betroffen werden. Deshalb müssen Aus- und Weiterbildungen im Bevölkerungsschutz im bisherigen Rahmen weitergeführt werden. Durch zusätzliche Fusionen von weiteren Bevölkerungs- und Zivilschutzregionen können Synergien genutzt und somit die Effizienz gesteigert werden.

Auf der Grundlage der "Gefährdungsanalyse Aargau" kann im Jahr 2008 auf Stufe Kanton und Regionen mit der Umsetzung begonnen werden. Im Bereich der Wehrpflichtersatzverwaltung wird gemeinsam mit 12 anderen Kantonen ein Informatiktool genutzt. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe wird in der NWCH mit anderen Kantonen im Bereich der Zivilschutzausbildung zusammen gearbeitet.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>							
540KU0012	Militärdienst- und Meldepflichtige	Anzahl	42'002	41'000	41'000	41'000	41'000
540KU0013	Schiesspflichtige	Anzahl	15'638	16'000	15'500	15'200	15'000
540KU0014	Stellungspflichtige Orientierungstag	Anzahl	3'841	3'200	3'200	3'200	3'200
540KU0015	Stellungspflichtige Rekrutierung	Anzahl	3'426	3'100	3'000	3'000	3'100
540KU0016	Zu entlassende Angehörige der Armee (AdA)	Anzahl	1'708	2'500	1'800	1'800	1'800
540KU0017	Ersatzpflichtige	Anzahl	15'985	15'000	14'000	14'000	14'000
540KU0018	Zivilschutzanlagen	Anzahl	180	180	180	180	175
<b>Leistungskennzahlen</b>							
540KL0024	Dienstverschiebungsgesuche Militär	Anzahl	5'542	4'800	4'800	4'800	4'800
540KL0026	Veranlagungen Ersatzpflichtiger und Bezugsdokumente	Anzahl	31'794	25'000	30'000	30'000	30'000
540KL0027	Betreibungsverfahren bei Ersatzpflichtigen	Anzahl	1'743	1'100	1'100	1'100	1'100
540KL0028	Dienstverschiebungsgesuche Zivilschutz	Anzahl	362	200	200	200	200



KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
540KL0029	Administration Kursteilnehmer Bundeskurse	Anzahl	175	150	150	150	150	150
540KL0030	Auszubildende Angehörige Zivildschutz pro Jahr (Grund-, Zusatz-, Kaderausbildung und Weiterbildung)	Anzahl	925	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
540KL0031	Belegungstage Kaserne Aarau	Anzahl	162'778	125'000	125'000	125'000	125'000	125'000
540KL0032	Kundenkontakte Retablierungsstelle Aarau (ab 1.1.2007)	Anzahl		4'000	4'000	4'000	4'000	4'000
540KL0033	Jährliche Kontrollen der Schutzanlagen in den Regionen im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz	Anzahl			14	14	14	15
<b>Finanzkennzahlen</b>								
540KF0004	Einnahmen aus dem Wehrpflichtersatz	Mio. Fr.	2.1	1.2	1.2	1.2	1.2	1
540KF0005	Einnahmen vom Bund aufgrund der Leistungsvereinbarungen	Mio. Fr.		3.2	3.5	3.5	3.4	3.4
540KF0006	Rückerstattungen von den Gemeinden für die Zivildschutzausbildung	Mio. Fr.		1.3	1.3	1.3	1.3	1.3

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0012: Der Text wurde zur besseren Verständlichkeit angepasst.

KU0019+0020: Kennzahlen sind nur auf Produktegruppenebene relevant und wurden im AB-Plan gelöscht.

KU0013, 0016: Die Werte wurden ab 2008 aufgrund neuer Erkenntnisse der "Armee XXI" angepasst.

KU0015: Die Werte wurden aufgrund der neuesten Bevölkerungsentwicklung angepasst.

KU0018: es wird erwartet, dass ab 2011 weniger Zivildschutzanlagen in Betrieb sein werden.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
540ZI0011	Optimale Umsetzungsprozesse der Armeeaufgaben beim Kreiskommando und im Bereich Waffenplatz und Logistik werden sichergestellt.	1	Auslastungsgrad der Rekrutierungszyklen für den Kanton Aargau	%	98	95	95	95	95	95
		3	Quote der Stellungspflichtigen, die den Orientierungstag mit "gut" bewerten	%		80	80	80	80	80
		4	Quote der Kunden in der Kaserne, die bei Befragungen die Dienstleistungen mit "sehr gut" oder "gut" bewerten	%		90	90	90	90	90
		5	Quote der Kunden, die bei Kontakten mit der Retablierungsstelle deren Dienstleistungen mit "sehr gut" oder "gut" bewerten (ab 2007)	%		90	90	90	90	90
		6	Organisierte Orientierungsanlässe für Stellungspflichtige	Anzahl	112		84	84	84	84
		540ZI0012	Veranlagung und Bezug der Wehrpflichtersatzabgabe werden durchgeführt.	1	Quote der jeweils zum 01.05. eines Jahres eröffneten Veranlagungen	%	100	100	75	75
2	Quote der effizient und fristgerecht durchgeführten Mahnungen, Einsprachen, Erlassverfahren und Betreibungen pro Jahr			%	100	100	100	100	100	100
3	Quote des bis zum 10.01. des Folgejahres erstellten Jahresabrechnung			%	100	100	100	100	100	100

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
540ZI0013	Auf Basis des neuen Gesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG-AG) wird ein Minimum an Führungs- und Interventionsstruktur beim Bevölkerungsschutz (KFS, KKE, RFO, ZS) und deren Einsatzbereitschaft mit gut ausgebildeten Einsatzkräften für die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen sichergestellt. (s. Fussnote)	2	Regionale Führungsorgane	Anzahl	22	35	34	36	36	
		3	Kantonale Katastrophen-Einsatzelemente (KKE)	Anzahl	1	1	1	1	1	
		4	Quote der gemäss Jahresplanung für das Kantonale Katastrophen-Einsatzelement bis zum 31.12. eines jeden Jahres durchgeführten Wiederholungskurse	%	100	100	100	100	100	100
		5	Quote der für den kantonalen Führungsstab und die regionalen Führungsorgane gemäss Mehrjahresprogramm bis zum 31.12. eines jeden Jahres durchgeführten Weiterbildungen	%	100	100	100	100	100	100
		6	Quote der Aufgebote für die Grund-, Zusatz- und Kaderausbildung sowie für Weiterbildungskurse, die mindestens 6 Wochen vor dem Einrückungstag versandt werden	%			100	100	100	100
		7	Quote der ausgebildeten Angehörigen des Zivilschutzes, die die Qualität der Ausbildungs- und Weiterbildungskurse mit "gut bis sehr gut" bewerten	%		80	80	80	80	80
		8	Auslastungsgrad der Schulungsräume des Zivilschutz-Ausbildungszentrums Eiken zur Gewährleistung eines kostendeckenden Betriebs	%		80	80	80	80	80

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0011 I2: Indikator wurde aufgrund mangelnder Aussagekraft gelöscht.

ZI0012 I2: die Quote der fristgerecht eröffneten Veranlagungen musste aufgrund der späten Zustellung der Meldungen der Dienstverschieber nach unten korrigiert werden.

ZI0013 I1: auf Antrag der SIK vom 22.10.2007 wurde der Indikator "Kantonale Führungsstäbe" gestrichen.

ZI0013 I2: Die Werte ab 2008 wurden an die aktuelle Entwicklung angepasst und nach unten korrigiert.

ZI0014: Ziel wurde gelöscht, da vom GR nicht steuerbar.

ZI0015: Ziel wird als Leistungskennzahl geführt, da vom GR nicht steuerbar (Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz).

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen des Aufgabenbereichs Militär und Bevölkerungsschutz sind das Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz MG), das Bundesgesetz über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG) sowie das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG).

Die Aufgaben im Bereich Militär und Wehrpflichtersatzabgabe sind praktisch zu 100% Bundesaufgaben. Steuerungsmöglichkeiten bestehen in diesem Bereich nicht.

Das Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Aargau (BZG-AG) regelt den Vollzug der Bundesgesetzgebung im Bereich Bevölkerungsschutz und Zivilschutz. Es regelt die Zuständigkeiten sowie die Aufgaben und deren Finanzierung von Kanton und Gemeinden.

Hier bestehen Steuerungsmöglichkeiten, insbesondere in den Bereichen: Kantonaler Führungsstab KFS sowie kantonales Katastrophen Einsatzelement KKE (Anzahl Personen, Anzahl Aus- und Weiterbildungstage, Anzahl Einsätze); Aus- und Weiterbildung der Angehörigen des Zivilschutzes (Ausbildungsdauer); Kontrollführung (Art der Informatikprogramme); Ausrüstung der Angehörigen des Zivilschutzes (Standard der Ausrüstung) sowie Steuerung im Schutzraumbau (Befreiung von Gemeinden mit über 110% Schutzplätzen).

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-13'994</b>	<b>-13'833</b>	<b>-13'990</b>	<b>1.1</b>	<b>-13'471</b>	<b>-13'452</b>	<b>-13'467</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>11'516</b>	<b>9'503</b>	<b>9'358</b>	<b>-1.5</b>	<b>9'176</b>	<b>9'156</b>	<b>8'959</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-2'478</b>	<b>-4'330</b>	<b>-4'632</b>	<b>7.0</b>	<b>-4'295</b>	<b>-4'296</b>	<b>-4'508</b>
Total Aufwand Globalbudget	-13'200	-12'654	-13'140	3.8	-12'621	-12'702	-12'717
Total Ertrag Globalbudget	8'384	6'974	7'173	2.9	6'991	6'971	6'974
Saldo Globalbudget	-4'817	-5'680	-5'967	5.1	-5'630	-5'731	-5'743
Total Aufwand Kleinkredite			-100	X	-100		
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite			-100	X	-100		
Total Aufwand LUAE	-794	-1'179	-750	-36.4	-750	-750	-750
Total Ertrag LUAE	3'132	2'529	2'185	-13.6	2'185	2'185	1'985
Saldo LUAE	2'338	1'350	1'435	6.3	1'435	1'435	1'235

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Entschädigung Militärgerichtskosten	-28	-21	-25	19.1	-25	-25	-25
Total Ertrag LUAE Entschädigung Militärgerichtskosten							
Saldo LUAE Entschädigung Militärgerichtskosten	-28	-21	-25	19.1	-25	-25	-25
Total Aufwand LUAE Militärgerichtskosten							
Total Ertrag LUAE Militärgerichtskosten	28	21	25	19.1	25	25	25
Saldo LUAE Militärgerichtskosten	28	21	25	19.1	25	25	25
Total Aufwand LUAE Bussen							
Total Ertrag LUAE Bussen	288	150	230	53.3	230	230	230
Saldo LUAE Bussen	288	150	230	53.3	230	230	230
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Beiträge an Gemeinden	-183	-578	-150	-74.1	-150	-150	-150
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Beiträge an Gemeinden							
Saldo LUAE Durchlaufende Beiträge an Gemeinden	-183	-578	-150	-74.1	-150	-150	-150
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge für Zivilschutz							
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge für Zivilschutz	183	578	150	-74.1	150	150	150
Saldo LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge für Zivilschutz	183	578	150	-74.1	150	150	150

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Abgaben Wehrpflichtersatz							
Total Ertrag LUAE Abgaben Wehrpflichtersatz	2'051	1'200	1'205	0.4	1'205	1'205	1'005
Saldo LUAE Abgaben Wehrpflichtersatz	2'051	1'200	1'205	0.4	1'205	1'205	1'005
Total Aufwand LUAE Verschiedene durchlaufende Investbeiträge an Gemeinden	-583	-580	-575	-0.9	-575	-575	-575
Total Ertrag LUAE Verschiedene durchlaufende Investbeiträge an Gemeinden							
Saldo LUAE Verschiedene durchlaufende Investbeiträge an Gemeinden	-583	-580	-575	-0.9	-575	-575	-575
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Investitionsbeiträge Bund für Zivilschutz							
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Investitionsbeiträge Bund für Zivilschutz	583	580	575	-0.9	575	575	575
Saldo LUAE Durchlaufende Investitionsbeiträge Bund für Zivilschutz	583	580	575	-0.9	575	575	575

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

##### Globalbudget

Die Hauptgründe für die Abweichung in Höhe von 587'000 Franken sind die Ersatzanschaffung eines 20 jährigen Allradfahrzeuges für das Ausbildungszentrum Eiken (+100'000 Franken), die Planung des Informatikbudgets im Aufgabenbereich (+260'000 Franken), bei gleichzeitiger Entlastung im GES sowie eine Fehlbuchung beim Budget 2007-2010 (Planjahr 2008) im Bereich von Kantonalen Kursen (+150'000 Franken). Aufgrund von neuen Leistungsverträgen mit dem Bund werden im Bereich von Kaserne/Waffenplatz mehr Einnahmen erzielt.

##### LUAE

Hauptursache für den Rückgang sowohl beim Aufwand als auch beim Ertrag sind die durchlaufenden Bundesbeiträge an Gemeinden für den Bau neuer Schutzanlagen in den Gemeinden, weil der Sollbestand der Schutzplätze erreicht ist (-428'000 Franken).

#### FUSSNOTEN

ZI0013 | BZG-AG = Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz Aargau, KFS = Kantonaler Führungsstab, KKE = Kantonales Katastrophen Einsatzelement, RFO = Regionales Führungsorgan, ZS = Zivilschutz

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Führen einer Ausgleichskasse im Bundesauftrag.

## AUFGABENSTRUKTUR

<b>Aufgabenbereich</b>	<b>545</b>	<b>Sozialversicherungen</b>
Produktgruppen	54510	Sozialversicherungen

## UMFELDENTWICKLUNG

Die Ausgleichskassen vollziehen Bundesaufgaben und mit Genehmigung des Bundesrates auch weitere Aufgaben, die an die Kantone übertragen werden (Art. 63 Abs. 4 Bundesgesetz über die AHV). Von dieser Möglichkeit ist im Kanton Aargau Gebrauch gemacht worden. Der SVA Aargau wurde der Vollzug folgenden Aufgaben übertragen: Ergänzungsleistungen zur AHV und IV, Familienausgleichskasse. Umfassende Informationen über die Dienstleistungen werden im Jahresbericht der SVA veröffentlicht.

## KENNZAHLEN

	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
					2009	2010	2011	
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
545KU0001	Bevölkerungsentwicklung im Kanton Aargau	Anzahl	574'670	582'000	585'000	589'000	594'000	598'000
545KU0002	Bevölkerungsentwicklung im Kanton Aargau: Veränderungsrate gesamt	%	0.87	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
545KU0003	Bevölkerungsentwicklung im Kanton Aargau: Veränderungsrate der über 65-jährigen	%	2.55	3.1	3.16	3.28	3.14	3.06
545KU0004	Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit	Anzahl	1'475	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500
545KU0005	Bezüger(-innen) AHV (s. Fussnote)	Anzahl	93'326	85'448	98'000	102'900	108'000	113'400
545KU0006	Bezüger(-innen) von Ergänzungsleistungen (s. Fussnote)	Anzahl	10'750	10'507	13'000	14'300	15'700	17'300
545KU0007	Bezüger(-innen) IV-Rente (s. Fussnote)	Anzahl	18'271	17'500	18'000	18'000	18'000	18'000

## KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

K40 aus AFP 2007-2010: Kennzahl wurde gelöscht, da diese bereits im AB 535 vorhanden ist und für den AB 545 nicht relevant ist, da hier nur der Vollzug der Prämienverbilligung geleistet wird.

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die SVA ist eine selbstständige Staatsanstalt, die gemäss § 1, Abs. 3 im Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF) nicht in den Geltungsbereich dieses Gesetzes fällt. Somit wurden auch keine ESP und Ziele formuliert. Die Beschreibung der Umfeldentwicklung und eine Auswahl von Kennzahlen sollen dennoch ein Mindestmass an Informationen für diesen kostenträchtigen Aufgabenbereich liefern.

## FINANZEN IN 1'000 FRANKEN

	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-362'921</b>	<b>-380'955</b>	<b>-206'131</b>	<b>-45.9</b>	<b>-178'017</b>	<b>-180'517</b>	<b>-187'136</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>20'760</b>	<b>22'840</b>	<b>47'775</b>	<b>109.2</b>	<b>51'690</b>	<b>53'647</b>	<b>55'633</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-342'161</b>	<b>-358'115</b>	<b>-158'356</b>	<b>-55.8</b>	<b>-126'327</b>	<b>-126'870</b>	<b>-131'503</b>
Total Aufwand LUAE	-362'921	-380'955	-206'131	-45.9	-178'017	-180'517	-187'136
Total Ertrag LUAE	20'760	22'840	47'775	109.2	51'690	53'647	55'633
Saldo LUAE	-342'161	-358'115	-158'356	-55.8	-126'327	-126'870	-131'503

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
						2009	2010	2011
LUAE Eidgenössische AHV / IV	Kantonsanteil AHV	-94'527	-97'637		-100.0	0	0	
	Kantonsanteil IV	-129'955	-135'206	-40'600	-70.0	0	0	
	Ergänzungsleistungen AHV/IV	-15'000						
	Übrige Beiträge an private Haushalte	-480	-200	-500	150.0	-500	-500	-500
	Uebrige Erlöse	8		10	X	10	10	10
	Gemeindebeiträge für AHV/IV	610						
Saldo LUAE Eidgenössische AHV / IV		-239'344	-233'043	-41'090	-82.4	-490	-490	-490
LUAE Ergänzungsleistungen AHV / IV	Externe Dienstleistungsaufträge	-2'192	-3'727	-2'368	-36.5	-2'436	-2'476	-2'510
	Ergänzungsleistungen AHV/IV	-119'371	-142'730	-160'555	12.5	-173'532	-176'005	-182'590
	Bundesbeiträge Ergänzungsleistungen zur	20'141	22'840	47'765	109.1	51'680	53'637	55'623
Saldo LUAE Ergänzungsleistungen AHV / IV		-101'422	-123'617	-115'158	-6.8	-124'288	-124'844	-129'477

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
						2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Kantonsanteil an Familienzulagen		-1'396	-1'455	-2'108	44.9	-1'549	-1'536	-1'536
Total Ertrag LUAE Kantonsanteil an Familienzulagen								
Saldo LUAE Kantonsanteil an Familienzulagen		-1'396	-1'455	-2'108	44.9	-1'549	-1'536	-1'536

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### LUAE

Mit Inkrafttreten des NFA wird der Bund die vollständige Finanzierung der AHV und IV übernehmen, was den Kanton Aargau im Jahr 2008 netto um rund 202 Mio Franken entlasten wird (143 Mio Franken AHV und 59 Mio Franken IV). Bei der IV wird die Bruttoentlastung über 100 Mio Franken im Jahr 2008 durch einen einmaligen Übergangseffekt infolge von nachschüssigen Zahlungen in der Höhe von 41 Mio Franken reduziert.

Mit dem neuen Ergänzungsleistungsgesetz (EL-G) haben die Kantone die Beiträge der Heimkosten zu tragen, die den Existenzbedarf der Heimbewohner übersteigt. In diesem Zusammenhang sollen ab 2008 die Gemeinden in der Regel von Sozialhilfeleistungen entlastet werden. Die zusätzliche Belastung für die Ergänzungsleistungen beträgt etwa 2.5 Mio Franken jährlich. Infolge NFA werden die Bundesbeiträge für Ergänzungsleistungen für den Kanton Aargau nach Berechnungen des Bundes in einer Grössenordnung von rund 20 Mio Franken jährlich höher ausfallen. (Schweizweit werden die Kantone allerdings mit mehr als 400 Mio. Franken belastet).

#### FUSSNOTEN

KU0005	Prognose: + rund 5% jährlich (die geburtenstarken Jahrgänge kommen).
KU0006	Prognose +10% jährlich (Aktivitäten bei Bund und Kanton, Entwicklung unsicher).
KU0007	Die Anmeldungen bei der IV-Stelle sind rückläufig. Zukünftige Entwicklung stabil bis leicht abnehmend erwartet.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHES**

Schaffen und Umsetzen der Grundlagen und Rahmenbedingungen zur nachhaltigen Nutzung und Entwicklung der Siedlungsgebiete und der Landschaft als attraktiven, vernetzten Wirtschafts- und Lebensraum mit hoher Wohnqualität; Sicherstellen der rechtmässigen Verfahren und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	610	Raumentwicklung und Recht
Produktgruppen	61010	Kantonale Entwicklung
	61020	Regionale + kommunale Entwicklung
	61030	Koordination Bauvorhaben
	61040	Recht

**UMFELDENTWICKLUNG**

Der Grundauftrag des Aufgabenbereichs umfasst die planerischen Grundlagen auf Stufe Kanton, Region und Gemeinden – Kantonale Richtplanung, Nutzungsplanungen und Entwicklungsprojekte – um eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Wirtschaft, Wohnen und natürlicher Lebensraum zu gewährleisten. Zusätzlich sind die kantonalen Bewilligungsverfahren und Rechtsgeschäfte sicherzustellen.

Im Metropolitanraum Nordschweiz mit den Wirtschaftszentren Zürich und Basel kommt dem Aargau eine besondere Rolle zu. Er hat die Chance, sich als Wohn- und Wirtschaftskanton zu profilieren und an der Gesamtentwicklung dieser Wirtschaftsräume zu partizipieren. Voraussetzung sind eine optimale Vernetzung der aargauischen Zentren mit Zürich und Basel, eine funktionsfähige Infrastruktur sowie eine gute Anbindung des ländlichen Raums. Die feingliedrige Gemeindestruktur hat im Aargau zu einer starken Dezentralisierung der Besiedlung geführt. Um die Kernstädte haben sich Agglomerationen gebildet, die kontinuierlich wachsen. Daraus ergeben sich neue gemeindeübergreifende, regionale Problemstellungen in der Verkehrs-, Siedlungs- und Landschaftsentwicklung.

Der Kanton und die Regionen sind vor die Aufgabe gestellt, die steigenden Pendlerzahlen, das wachsende Verkehrsaufkommen und den Siedlungsdruck zu bewältigen und die Entwicklung in den Agglomerationen und im ländlichen Raum zu koordinieren. Dies soll vermehrt regional und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit erfolgen. Dazu werden mit kantonaler Unterstützung in den Regionalplanungsverbänden regionale Entwicklungskonzepte erarbeitet mit dem Ziel, die zukünftige Entwicklung verstärkt auf die spezifischen, regionalen Potenziale als Wohn-, Arbeits- und Freizeitstandorte auszurichten.

Aufgrund der Standortgunst ist im Kanton Aargau auch in Zukunft mit einem Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum zu rechnen, besonders in den Zentren und ihren Agglomerationen sowie im gut erreichbaren ländlichen Raum im Umfeld von Zürich, Basel und Zug. Gesamthaft sind genügend Bauzonenreserven vorhanden. Diese sind jedoch nur teilweise verfügbar oder entsprechen nicht der Nachfrage nach Wohn- und Wirtschaftsstandorten. Die Nachfrage ist heute und in Zukunft verstärkt abhängig von der Erreichbarkeit. Diese ist jedoch durch den wachsenden Individualverkehr und die Kapazitätsengpässe in der Schienen- und Strasseninfrastruktur nicht mehr gewährleistet.

Es muss gelingen, die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung besser aufeinander abzustimmen. Mit den grenzüberschreitenden Agglomerationsprogrammen werden entsprechende Massnahmen in Zusammenarbeit mit den Regionalplanungsverbänden (Replas) den Nachbarkantonen und dem Bund definiert. Dieser hat die Anforderungen zur Mitfinanzierung festgelegt. Zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung werden in Zusammenarbeit mit den Gemeinden regionale Arbeitsplatzschwerpunkte gemäss raumentwicklungAARGAU festgelegt. Damit sollen diese Standorte für geeignete Unternehmen rasch verfügbar gemacht werden.

Die Abteilung für Baubewilligungen garantiert eine effiziente Prüfung von Baugesuchen, welche einer kantonalen Zustimmung bedürfen. Der Konflikt zwischen einer sorgfältigen Prüfung und dem Wunsch der Bauherrschaft nach einem sofortigen (positiven) Entscheid verschärft sich. Professionell ausgebildete Projektleiterinnen und Projektleiter mit entsprechendem Know-how können dank sauberen Abläufen und zeitgemässen technischen Hilfsmitteln die fristgerechte Erledigung der Gesuche gewährleisten. Es besteht ein direkter Einfluss der Anzahl Gesuche und der Komplexität von Vorhaben und Rahmenbedingungen auf die Behandlungsdauer.

In der Raumplanung, im Bauwesen und im Umweltschutz sind die gesetzlichen Vorschriften komplexer und die Verfahren entsprechend aufwendiger geworden. Das Recht regelt in grösserem Mass auch individuelle Interessensphären. Die Bereitschaft, Rechtsmittel zu ergreifen, ist gestiegen. Die Zahl von Beschwerden und Einsprachen in Bausachen (Rechtsabteilung) hängt aber vor allem von der Bautätigkeit ab und variiert daher entsprechend.

Das Globalbudget widerspiegelt die Kosten der jährlichen Projekte und Arbeiten im Rahmen des Grundauftrags. Mehraufwand ergibt sich aufgrund zusätzlicher Aufgaben.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
610KU0001	Eingegangene Baugesuche pro Jahr	Anzahl	2'449	2'300	2'400	2'400	2'400	2'400
610KU0002	Neueingänge von Einsprachen und Beschwerden	Anzahl	368	420	420	420	420	420
610KU0003	Einwohnerentwicklung Agglomeration (Einwohnerzuwachs pro Jahr)	Anzahl		3'600	3'300	3'300	3'300	3'300
610KU0004	Einwohnerentwicklung ländlicher Raum (Einwohnerzuwachs pro Jahr)	Anzahl		1'000	1'300	1'300	1'300	1'300
610KU0009	Jährliche Überbauung von nicht überbauter Bauzone	ha			140	140	140	140
610KU0010	Überbaute Bauzone pro Einwohner	m2			295	293	291	290
610KU0011	Entwicklung der Fruchtfolgefläche: Gesamtbilanz	ha			40'775	40'775	40'765	40'760
<b>Leistungskennzahlen</b>								
610KL0001	Laufende Richtplanänderungs-Verfahren auf Antrag von Gemeinden, Replas, Privaten	Anzahl	18	10	10	10	10	10
610KL0002	Laufende Entwicklungs- und Standortförderungsprojekte (z.B. reAG, Aggloprogramm, Vision Mitte usw.)	Anzahl	5	6	6	6	6	6
610KL0003	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Koordinationsplattformen (mit den Kantonen ZH, SO, ZG, BL, Trinationale Agglomeration Basel und Umgebung, Hochrheinkonferenz, Agentur Hochrhein)	Anzahl	5	5	5	5	5	5
610KL0004	Begleitete und genehmigte kommunale Nutzungsplanungen pro Jahr (allgemeine Nutzungsplanung und Sondernutzungsplanung)	Anzahl	126	120	120	120	120	120
610KL0005	Vorprüfungen von Nutzungsplanungen	Anzahl	214	180	180	180	180	180
610KL0006	Erledigte Einsprachen und Beschwerden	Anzahl	445	420	420	420	420	420
610KL0033	Mitarbeit Raumentwicklung in departementsübergreifenden Projekten	Anzahl			8	8	8	8
610KL0034	Erledigte Baugesuche pro Jahr	Anzahl			2'400	2'400	2'400	2'400
<b>Finanzkennzahlen</b>								
610KF0001	Baubewilligungsgebühren	Mio. Fr.			2	2	2	2

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0003: Kennzahl zeigt die Entwicklung der Bevölkerung in den unterschiedlichen Räumen auf. Neue Kennzahl ab 2007, weshalb im JB 2006 kein Wert eingetragen ist. 2005 betrug der Zuwachs 3'493 E, 2006 4'599 E. Deshalb wurde für 2007 ein gegenüber der kantonalen Bevölkerungsprognose höherer Wert eingesetzt. Für die folgenden Jahre wird gemäss kantonaler Bevölkerungsprognose mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 3'300 E gerechnet.

KU0004: Kennzahl zeigt die Entwicklung der Bevölkerung in den unterschiedlichen Räumen auf. Neue Kennzahl ab 2007, weshalb im JB 2006 kein Wert eingetragen ist. 2005 betrug der Zuwachs 1'092 E, 2006 1'236 E. Die kantonale Bevölkerungsprognose rechnet mit einem durchschnittlichen, jährlichen Wachstum von 1'300 E.

KU0009 - KU0011: Bei diesen Kennzahlen handelt es sich um ehemalige Ziele/Indikatoren (siehe AFP 2007-2010)

KU0009: Neu als Kennzahl aufgenommen. Der Baulandverbrauch ist abhängig von der Wirtschaftskonjunktur, der Angebots- und Nachfrageentwicklung und den Aktivitäten und Rahmenbedingungen der Gemeinden. 140 ha entsprechen der erwarteten Entwicklung. Der Wert lag in den letzten Jahren bei 138 ha (2005) und 152 ha (2006).

KU0010: Neu als Kennzahl aufgenommen. Aussage zur Effizienz der Baulandnutzung. 290 m2 ist eine anzustrebende Zielgrösse (2005: 291 m2, 2006: 293 m2). Aufgrund der Bautätigkeit ist mit einem weiteren Anstieg im 2008 zu rechnen. Ab 2009 wird mit einer gewissen Marktsättigung gerechnet. Das ansteigende Bodenpreisniveau und die angestrebten Massnahmen zur besseren Baulandnutzung lassen mittelfristig eine Abnahme erwarten.

KU0011: Neu als Kennzahl aufgenommen. Sicherzustellende Minimalfläche gemäss Sachplan Fruchtfolgeflächen: 40'000 ha. Durch Neueinzonungen und Projekte wie Strassen, Golfplätze usw. nimmt die Fläche jährlich ab.

KL0001: Mit den Richtplangeschäften werden die Koordinations- und Planungsaufgaben wahrgenommen. Die Anzahl Verfahren zeigt deren Umfang an. Sie ergibt sich aus Anträgen externer Stellen.

KL0002: Richtungsweisende Entwicklungsprojekte zur Standortförderung in den Bereichen Wirtschaft, Wohnen, Bildung und Freizeit.



#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KL0003: Die Vernetzung mit den Nachbarkantonen und dem benachbartem Ausland stärkt die Position des Kantons Aargau. Plattformen ermöglichen eine frühzeitige Koordination und Kommunikation. Damit können offene Fragen grundsätzlich auf übergeordneten Ebenen geklärt werden. Damit kann der Aufwand in den Einzelgeschäften optimiert werden.

KL0004: Anzahl jährlich aktualisierter Nutzungsplanungen.

KL0005: Die Vorprüfung schliesst die Beratung und fachliche Unterstützung der Gemeinden mit ein. Die Vorprüfung gewährleistet die Koordination mit allen involvierten Fachstellen. Das Ziel sind genehmigungsfähige Vorlagen.

KL0033: Neu als Kennzahl aufgenommen. Die Raumentwicklung ist in wichtige kantonale Projekte als Querschnittsaufgabe involviert: Wachstumsinitiative, Gemeinde- und Gebietsreform Aargau, Standortmarketing, Neue Regionalpolitik / Interreg, Arbeitsgruppe Aussenbeziehungen (GAB), Integration. Im Übrigen ist eine periodische Mitarbeit an weiteren Projekten erforderlich: z.B. Bildungskleeblatt, landwirtschaftAARGAU, Wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Die Anzahl Projekte (8) entspricht dem bisherigen Erfahrungswert.

KL0034: Neu als Kennzahl aufgenommen.

KF0001: Neu als Kennzahl aufgenommen. Baugesuchsgebühren stehen in direktem Zusammenhang mit der Anzahl Baugesuche. Die Höhe der Gebühr richtet sich nach den approximativen Baukosten. Minimal werden Fr. 300.00 erhoben. Bei guter Wirtschaftslage steigt die Anzahl der Baugesuche, was nominal eine Erhöhung der Einnahmen zur Folge hat.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
610ES0001	Sicherung der Standortgunst als Wohn-, Wirtschafts- und Freizeitkanton und Erhaltung der Lebensraumqualität durch innovative Nutzung gemäss Planungsbericht "raumentwicklungAARGAU"	1	Nettoaufwand Globalkredit (RRB-Nr. 07.0792, 13.06.2007)			500	310			810
		2	Umsetzung raumentwicklungAARGAU, insbesondere Schaffung von regionalen Arbeitsplätzonen und Aufwertung des Wohnstandorts durch raumplanerische Massnahmen	2011						
		4	Aktives Einbringen aargauischer Interessen in den Sachplänen des Bundes	2011						
		5	Anpassung der gesetzlichen Grundlagen an die neuen Erfordernisse durch die Revision des Baugesetzes	2009						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
610ES0002	Entwicklung der Funktionsfähigkeit unserer Agglomerationen, Kernstädte und der ländlichen Räume	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB Nr. 06.0870, 28.11.2006)		7	520	260	253		1'040
		2	Optimierung der Erreichbarkeit der Zentren durch die Umsetzung der Agglomerationsprogramme	2011						
		3	Nachhaltige Abstimmung der Verkehrs-, Siedlungs- und Landschaftsentwicklung	2011						
		4	Initiieren und Unterstützen von Zusammenarbeitsformen und -strukturen in den funktionalen Räumen (Regionen, Agglomerationen und ländlichen Gemeinden)	2011						
610ES0020	Die Raumentwicklung ist mit den funktionalen Räumen (Metropolitanräumen) vernetzt. Die Zusammenarbeit mit den Regionen, Nachbarkantonen, dem Bund sowie dem benachbarten Ausland wird gestärkt und aktiv gefördert.	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)							
		2	Die Koordinationsplattformen (ZH, SO, ZG) werden aktiv bewirtschaftet. Mit der Nordwestschweiz und dem Kanton Luzern wird eine enge Zusammenarbeit etabliert.	2011						
		3	Im Gebiet Hochrhein wird ein grenzüberschreitendes Entwicklungsprojekt im Rahmen von Interreg IV durchgeführt.	2012						
		4	Es werden konkrete Zusammenarbeitsprojekte mit den Nachbarkantonen initiiert.	2011						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0001: Die Umsetzung der neuen Strategien (raumentwicklungAARGAU) erfordert diesen Entwicklungsschwerpunkt mit konkreten Projekten. Gleichzeitig laufen wichtige Sachplanprojekte des Bundes: Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL), Geologische Tiefenlager, Sachplan Verkehr, Konzept Raumstruktur Schweiz.

ES0002: Die Agglomerationsprogramme für die Phase 2011 bis 2014 werden Ende 2007 dem Bund eingereicht. Ab 2008 müssen die Projekte konkretisiert und mit den Regionen und Gemeinden abgestimmt werden. Zusätzlich ist eine verbindliche Regelung der Umsetzungsmassnahmen vom Bund verlangt. Budget 2007 inkl. Kreditübertragung aus 2006.

ES0002 M3: Diese Massnahme wurde aus dem ES0001 aufgrund besser thematischer Übereinstimmung verschoben.

ES0020: Die Förderung der Zusammenarbeit im Metropolitanraum Nordschweiz erfordert eine aktive Kooperation mit den beteiligten Partnern. Diese umfasst die räumliche Abstimmung laufender Projekte und Vorhaben im funktionalen Raum, die Vertrauensbildung, die gemeinsame Lösung anstehender Probleme und die Entwicklung grenzüberschreitender Strategien.

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
610ZI0002	Die Raumentwicklung im Kanton Aargau ist vernetzt mit den Regionen, den Nachbarkantonen, dem Bund sowie dem benachbarten Ausland.	1	Grenzüberschreitende Projekte sowie Koordinationsvorlagen mit den Regionen, Nachbarkantonen, dem Bund und dem benachbarten Ausland	Anzahl	27	15	35	35	35	35
610ZI0003	Die Strategien, Konzepte und Vorgaben zur Raumentwicklung sind auf die aktuellen Entwicklungen, Anforderungen und Zielsetzungen ausgerichtet. (s. Fussnote)	1	Abgeschlossene Richtplananpassungen pro Jahr (ohne Fortschreibungen)	Anzahl	10	10	10	10	10	10
610ZI0004	Die Nutzungsplanungen und die Interessenabwägungen werden effizient abgewickelt. (s. Fussnote)	1	Anteil Nutzungsplan - Vorprüfungen innert 60 Tagen	%	50	65	60	60	60	60
		2	Anteil Nutzungsplan - Vorprüfungen innert 120 Tagen	%			98	98	98	98
610ZI0005	Für Baugesuche, deren Bewilligung eine kantonale Zustimmung erfordert, werden die Rechtsvorgaben von Bund und Kanton korrekt und unter Nutzung des Ermessensspielraumes angewendet. Die Verfahren werden schnell und effizient erledigt. (s. Fussnote)	1	Maximaler Anteil ganz oder teilweiser Beschwerdegutheissungen hinsichtlich raumplanerischer Fragen aller erledigten, beschwerdefähigen Baugesuche	%	0.3	1	1	1	1	1
		2	Anteil erledigter Baugesuche innert 30 Tagen (ohne Anhörungsverfahren, ohne Verfahren mit Beteiligung von Bundesanstalten und externe Fachstellen)	%	34	40	40	40	40	40
		3	Anteil erledigter Baugesuche innert 60 Tagen	%		75	75	75	75	75
610ZI0006	Verwaltungsgerichtsbeschwerde: Die Entscheide der Verwaltung stossen auf gute Akzeptanz; nur wenige Fälle werden ans Verwaltungsgericht weitergezogen. (s. Fussnote)	1	Maximaler Anteil der Fälle (Einsprachen und Beschwerden), die ans Verwaltungsgericht weitergezogen werden	%	12.5	15	15	15	15	15
610ZI0007	Die Beschwerden werden innert kundenfreundlicher Frist entschieden. (s. Fussnote)	1	Minimaler Anteil der Beschwerden, die innert 180 Tagen erledigt werden	%	81.5	75	80	80	80	80

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0002: Die grenzüberschreitenden Projekte umfassen: Agglomerationsprogramme Netzstadt, Aargau Ost und Fricktal (Basel), Pilotprojekt Industriebrachen mit Bund, Schachenpark/Wiggerpark, Natur-/Naturerlebnisparks (Jura, Limmattal), Hochrhein/Interreg IV. Koordinationsplattformen (vgl. 610KL0003) ermöglichen eine frühzeitige Koordination und Kommunikation. Damit können offene Fragen grundsätzlich auf übergeordneten Ebenen geklärt und der Aufwand in den Einzelgeschäften optimiert werden. Die Anzahl externen Koordinationsvorlagen (Bund, Nachbarkantone) kann jährlich stark variieren. Für 2007 wurde eine zu tiefe Prognose angenommen.

ZI0003: Die Raumentwicklung fördert die Aufwertung und Funktionsfähigkeit des Wirtschafts- und Lebensraums Aargau mit konkreten Projekten: Agglomerationsprogramm, wirtschaftliche Entwicklungsschwerpunkte (Gesamtstrategie, Pilotprojekte), Wohnstandortwettbewerb, Ortsbildpflege, Unterstützung regionaler Entwicklungskonzepte usw. Sie richtet die Rahmenbedingungen auf die kantonalen Strategien aus (Richtplananpassungen, Gefahrenkarte usw.). Zusätzlich kann der Kanton durch klare Strategien mehr Gewicht im interkantonalen Standortwettbewerb und gegenüber dem Bund einbringen.

## KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0004: Die Planungen der Gemeinden sind unter Berücksichtigung der Strategien, der bundes- und kantonalrechtlichen Vorgaben, des Richtplans sowie unter Abwägung aller berührten Interessen effizient zu prüfen und weiter zu entwickeln. Der Bearbeitungsaufwand wird durch die Anzahl, die Qualität und den Umfang der Vorlagen der Gemeinden bestimmt.

ZI0005 I2 + I3: Die Verkürzung der Bearbeitungszeiten kann mit einer Personalerhöhung bei der Abteilung für Baubewilligungen allein nicht erreicht werden. Die Entscheidredaktion kann erst erfolgen, wenn der letzte Fachstellenbericht eingetroffen ist. Es ist ein Gleichgewicht zu finden zwischen den personellen Ressourcen in den Fachstellen und der Abteilung für Baubewilligungen.

ZI0005 I2: Indikator wurde neu formuliert.

Anhebungsverfahren sind von Gesetzes wegen während 30 Tagen öffentlich aufzulegen. Eine Gesuchserledigung kann erst nach Ablauf dieser Frist erfolgen. Externe Ämter und Stellen (insbesondere Bundesanstalten wie SBB, ESTI, BAFU, ASTRA etc.) benötigen für ihre Stellungnahmen erfahrungsgemäss 6-8 Wochen. Mit dem AVA und dem AWA wurde eine Bearbeitungszeit von 6 Wochen vereinbart. Demzufolge kann in all diesen Fällen die Frist von 30 Tagen aus objektiven Gründen nicht eingehalten werden. Durchschnittlich sind 7 % aller Gesuche davon betroffen.

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Gemäss Art. 75 der Bundesverfassung obliegt die Raumplanung den Kantonen. Der Bund legt die Grundsätze fest (Raumplanungsgesetz, Raumplanungsverordnung). Auf kantonalen Ebene sind die wichtigsten Rechtsgrundlagen das Baugesetz, die Allgemeine Bauverordnung sowie der Kantonale Richtplan.

Globalbudget Kantonale Entwicklung: Die Ressourcen für die Interessenvertretung bei von aussen initiierten Vorhaben wie der Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL), der Sachplan Geologische Tiefenlager oder die Agglomerationspolitik (Infrastruktur, Integration) sind von der Anzahl der Vorhaben und der Komplexität der Aufgaben abhängig. Dabei können die Interessen mit mehr oder weniger Ressourcenaufwand vertreten werden. So würde eine Reduktion der Ressourcen für die Umsetzung der Agglomerationsprogramme dazu führen, dass den hohen Anforderungen des Bundes nicht entsprochen werden könnte, was zum Verlust der Bundesbeiträge an Infrastrukturen (Bahn, Bus, Strassen, Langsamverkehr usw.) führen würde.

Globalbudget regionale und kommunale Zusammenarbeit: Richtplananpassungen erfolgen auf Antrag der Gemeinden, Replas oder Privaten. Dasselbe gilt für die Vorprüfungen und Genehmigungen von Nutzungsplanungen der Gemeinden, Baugesuche und Beschwerden. Diese Aufgaben sind durch die gesetzlichen Vorgaben bestimmt (RPG, BauG). Das Mass der Ressourcen und die Komplexität der Anträge bestimmt, ob die Anträge sachlich korrekt und speditiv abgewickelt werden können (ZI0003, ZI0004).

Globalbudget Koordination Baugesuche: Eine Veränderung des Personalbestands führt zu längeren oder kürzeren Durchlaufzeiten und zu Veränderungen im Beratungsangebot für Gemeinden und Private. Dies hat Einfluss auf das Image des Kantons Aargau, was sich auf die Standortgunst für finanzkräftige Firmen auswirkt (Steuerausfälle, Arbeitsplatzverluste).

Eine zusätzliche Person könnte durchschnittlich 250 Baugesuche bearbeiten, der Prozentsatz der erledigten Fälle würde sich um 10 bis 12 % erhöhen (ZI0005). Dies unter der Voraussetzung, dass ein kontinuierlicher Zufluss der Stellungnahmen aus den Fachstellen erfolgt.

Globalbudget Recht: Mit einer zusätzlichen Person könnten im Durchschnitt rund 40 Rechtsfälle mehr bearbeitet werden und der Prozentsatz der innerhalb von sechs Monaten erledigten Fälle würde sich um ca. 8 % erhöhen (ZI0006 und ZI0007).

Eine direkte Steuerbarkeit von Aufgaben und Projekten über die Finanzen ist vor allem im Bereich der Globalkredite möglich. Bei den beschlossenen Globalkrediten kann über die Zuteilung der Jahrestanchen, bei geplanten Globalkrediten über die Jahrestanche und den Globalkreditbeschluss gesteuert werden. Konsequenzen bezüglich (Nicht-) Realisierung können aufgrund der definierten Projektziele aufgezeigt werden.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-9'199</b>	<b>-10'471</b>	<b>-11'836</b>	<b>13.0</b>	<b>-11'308</b>	<b>-11'220</b>	<b>-10'389</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>2'993</b>	<b>2'841</b>	<b>3'302</b>	<b>16.2</b>	<b>2'922</b>	<b>2'923</b>	<b>2'924</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-6'206</b>	<b>-7'630</b>	<b>-8'534</b>	<b>11.9</b>	<b>-8'386</b>	<b>-8'297</b>	<b>-7'465</b>
Total Aufwand Globalbudget	-8'267	-8'618	-9'204	6.8	-9'407	-9'497	-9'401
Total Ertrag Globalbudget	2'589	2'361	2'362	0.0	2'362	2'363	2'363
Saldo Globalbudget	-5'678	-6'257	-6'842	9.4	-7'045	-7'135	-7'038
Total Aufwand Kleinkredite	-932	-1'853	-2'632	42.1	-1'901	-1'722	-988
Total Ertrag Kleinkredite	404	480	940	95.8	560	560	561
Saldo Kleinkredite	-528	-1'373	-1'692	23.2	-1'341	-1'162	-427

## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderungen von Budget 2007 zu Budget 2008

#### Globalbudget

Neue Aufgaben in der Abteilung Raumentwicklung wie interdepartementale Zusammenarbeit in wichtigen Strategiegeschäften, Abstimmung Siedlung und Verkehr, Fluglärmverteilung, Gemeindereform, Gebietsreform, neue Regionalpolitik, Bildungskleeblatt, Integrationskonzept, Standortmarketing usw. machen eine Verstärkung der Ressourcen notwendig. Zudem fehlen Kapazitäten um Massnahmen der Wachstumsinitiative zur Aufwertung des Wohnstandorts umzusetzen, wie z. B. Agglomerationsparks (Freizeit, Naherholung), Schaffung von Natur- und Naturerlebnisparks, Naturerlebnisgebieten gemäss Revision des Eidg. Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG). Das Aufgabengebiet Bewilligung von Reklamen wird durch die Abteilung für Baubewilligungen inkl. den zugehörigen personellen Ressourcen vom AB Verkehrsinfrastruktur übernommen.

#### Kleinkredite

Neue Kredite für den Wohnstandortwettbewerb gemäss Gesamtstrategie raumentwicklungAARGAU (reAG), Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende im Kanton Aargau und Beiträge an die Agglomerationsprogramme sowie an die Stiftung Weg der Schweiz führen zu den Budgetveränderungen.

### Veränderungen in den Planjahren

#### Kleinkredite

2009 Projektabschluss des Globalkredits Wohnstandortwettbewerb, 2010 letzter Beitrag an die Stiftung Weg der Schweiz, Projektabschluss der Stand- und Durchgangsplätze, 2011 Projektabschluss der Agglomerationsprogramme sowie Kredite im Rahmen von raumentwicklungAARGAU.

## FUSSNOTEN

ZI0003	Der Kanton muss auf veränderte Rahmenbedingungen rasch und zielgerichtet reagieren können. Zusätzlich kann der Kanton durch klare Strategien mehr Gewicht im interkantonalen Standortwettbewerb und gegenüber dem Bund einbringen. Rechtliche Basis: RPG Art. 9, BauG §§ 8, 9, RP-Beschluss A2.
ZI0004	Anzahl, Qualität und Umfang der Vorlagen sind weitgehend exogen bestimmt. Sie sind unter Berücksichtigung der Strategien, der bundes- und kantonalrechtlichen Vorgaben, des Richtplans sowie unter Abwägung aller berührten Interessen effizient zu prüfen und weiter zu entwickeln. Rechtliche Basis: §§ 23 und 27 BauG.
ZI0005	Das Jahr 2006 wurde nicht erhoben.
ZI0006	Bei den Fällen, die im Berichtsjahr ans Verwaltungsgericht weitergezogen worden sind, werden auch Entscheide mitgezählt, die die Verwaltung im Vorjahr gefällt hat. Umgekehrt werden Entscheide nicht mitgerechnet, die im Berichtsjahr gefällt, aber erst nach Ablauf des Jahres beim Verwaltungsgericht angefochten worden sind. Die so errechnete Summe ergibt einen verlässlichen Jahreswert.
ZI0007	Grössere Personalressourcen führen zu kürzeren Behandlungsfristen. Die gesetzlichen Vorgaben (Schriftenwechsel, Augenschein, evt. Gutachten) machen allerdings einen minimalen Zeitbedarf nötig, der nicht unterschritten werden kann.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Unterstützen der effizienten Energienutzung, der Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien und schaffen von Rahmenbedingungen für die Sicherstellung einer rationellen, sparsamen und wertigkeitsgerechten Energieversorgung; Wahren der finanziellen und ökologischen Interessen des Kantons bei der Nutzung von Energieerzeugungsanlagen.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	615	Energie
Produktgruppen	61510	Vollzug Energiegesetz
	61520	Energiewirtschaft

**UMFELDENTWICKLUNG**

Die Fachstelle Energie unterstützt eine effiziente Energienutzung sowie die Nutzung einheimischer, erneuerbarer Energien. Sie schafft Rahmenbedingungen für die Sicherstellung einer rationellen, sparsamen Energieversorgung. Die vorhandenen Energiequellen sollen optimal eingesetzt werden. Die Fachstelle Energie führt ausserdem das Verfahren für die Vergabe von Wasserkraftkonzessionen durch und wahrt die finanziellen und ökologischen Interessen des Kantons bei der Nutzung von Energieerzeugungsanlagen.

Die Ressourcen der fossilen Energieträger Öl und Gas sind begrenzt. Damit verbunden sind Energiepreise mit weiterhin steigender Tendenz. Daraus ergeben sich für die Wirtschaft Mehrbelastungen aber auch Chancen für Neuentwicklungen hinsichtlich Energieeffizienz und erneuerbarer Energien. Ausserdem hat der stetig wachsende Energieverbrauch grosse Auswirkungen auf die Umwelt. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz des Bundes sieht eine Reduktion des Ausstosses klimarelevanter Gase von 10 % gegenüber 1990 bis 2010 vor.

Diese Ausgangslage impliziert politischen Handlungsbedarf. Und es bedarf gemeinsame Anstrengungen von Bund, Kantonen, von Wirtschaft und Privaten, um die gesteckten Ziele erreichen zu können.

Mit dem Programm EnergieSchweiz wollen Bund und Kantone effiziente Energieanwendungen sowie den Einsatz erneuerbarer Energien fördern. Die Aufgabenteilung in der Energiepolitik weist den Kantonen schwergewichtig den Gebäudebereich zu. Mit MINERGIE ist ein qualitativ hochwertiger Baustandard am Markt gut eingeführt und ausbaufähig. Das Potenzial von rationellen Energieanwendungen und erneuerbarer Energien – Wasser, Geothermik, Solar, Biomasse – ist gross und soll unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit ausgeschöpft werden. Die Liberalisierung des Energiemarktes hat Auswirkungen auf den Service Public, die Wirtschaftlichkeit der Wasserkraft sowie auf die Branchenstruktur. Um die Netzsolidarität zu wahren, muss verhindert werden, dass die Durchleitungskosten in ländlichen, wenig besiedelten Gebieten ansteigen.

Der vom Regierungsrat verabschiedete Planungsbericht energieAARGAU bildet die Richtschnur für die aargauische Energiepolitik der nächsten zehn Jahre. Darin werden Lösungsansätze für die Ressourcen- und Umweltproblematik formuliert. Die Umsetzung von energieAARGAU bildet einen Entwicklungsschwerpunkt mit verschiedenen Massnahmen.

Das Globalbudget baut auf Kantons- und Bundesmitteln auf. Die Höhe der Bundesmittel ist direkt abhängig vom kantonalen Beitrag.

Der Mehrertrag im Jahr 2006 resultiert aus einer einmaligen Heimfallverzichtsentschädigung und indexierten Wasserzinsen. Der Mehraufwand im Jahr 2006 ist durch höheren Ressourcenbedarf und höhere kantonale Förderbeiträge begründet.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
	<b>Umfeldkennzahlen</b>							
615KU0004	Schweizerischer Endenergieverbrauch absolut (s. Fussnote)	TJ	890'500	1'122'000	1'100'000	1'080'000	1'050'000	1'050'000
615KU0005	Schweizerischer Bruttoverbrauch an erneuerbaren Energien (s. Fussnote)	TJ	171'500	218'000	222'000	226'000	231'000	231'000
615KU0006	CO <sub>2</sub> -Emissionen Schweiz (Tonnen pro Jahr)	Mio.			38.7	37.8	36.8	35.8
	<b>Leistungskennzahlen</b>							
615KL0001	Beurteilen von Baugesuchen hinsichtlich Energieleitungen	Anzahl	130	140	140	140	140	140
615KL0002	Stellungnahmen / Verfügungen Energieleitungen / Mobilfunkantennen	Anzahl	33	30	30	30	30	30
615KL0005	MINERGIE Zertifizierungen von Gebäuden im Kanton Aargau, Bestand Ende Jahr	Anzahl	567	670	820	970	1'120	1'270
615KL0007	Jährliche Zunahme der energetischen Wirkung durch Unterstützungsmassnahmen	MWh/Jahr	23'217	21'000	22'000	22'000	22'000	22'000

KENNZAHLEN		Einheit	JB	Budget	Budget	Planjahre		
			2006	2007	2008	2009	2010	2011
615KL0008	Aufwand für Energieberatungen, Auskünfte durch die Fachstelle Energie auf Gemeinde- und Regionalebene	Stunden	400	300	450	450	450	450
615KL0009	Aufwand für Energieberatungen, Auskünfte durch die Fachstelle Energie für Private auf Anfrage von Aussen	Stunden	350	250	350	350	350	350
615KL0010	Kontaktkosten pro eingelöstem Beratergutschein, geschätzt	Franken	202	180	200	200	200	200
615KL0012	Die kantonalen Massnahmen wie Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützungsprogramm erreichen eine hohe Wirkung; der Kanton Aargau rangiert im vorderen Drittel	Rang	4	6	6	6	6	6
615KL0014	Eingelöste Beratergutscheine pro Jahr	Anzahl			745	760	790	810
<b>Finanzkennzahlen</b>								
615KF0001	Globalbeitrag des Bundes	Franken			800'000	800'000	800'000	800'000
615KF0002	Wasserzins	Mio. Fr.			33.3	33.3	33.7	33.7

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

K35 und K55 AFP 2007-2010: Kennzahlen werden nicht mehr weitergeführt.

KU0004: Der Anteil nicht erneuerbarer Energie am Endenergieverbrauch soll relativ und absolut sinken. Um das Kyoto-Ziel zu erreichen, ist eine jährliche Verminderung des Energiehaushaltes um 2 % notwendig. Mittelfristiges Ziel ist die Reduktion des CO2-Ausstosses.

KU0005: Der Anteil an erneuerbarer Energie wird relativ und absolut weiterhin langsam ansteigen.

KU0006: Neu als Kennzahl aufgenommen, um diese Emission explizit aufzuweisen. Treibhausgasinventar des Bundes nach dem CO2-Gesetz aus Verbrennung von Treibstoffen und Brennstoffen; Prognose entspricht Zielpfad gemäss CO2-Gesetz.

KL0001: Neu als Kennzahl aufgenommen.

KL0002: Neu als Kennzahl aufgenommen.

KL0005: Realisierung von Minergie-zertifizierungen ist abhängig vom Investitionsentscheid Dritter.

KL0007: Die jährliche Zunahme der energetischen Wirkung ist das Resultat eines Wirkungsgefüges von verschiedenen Faktoren z. B. Förderbudget, Investitionsfreudigkeit von Bauherren, wirtschaftliche Entwicklung, Preise von fossilen Energieträgern und Demografie.

KL0012: Neu als Kennzahl aufgenommen. Grundlage ist die Wirkungsanalyse des Bundes vom Vorjahr. Die Höhe der Globalbeiträge des Bundes ist von der Wirkungsanalyse abhängig. Der Bund wird die Globalbeiträge für die Kantone reduzieren.

KL0014: Neu als Kennzahl aufgenommen. Die Bestellung einer Energieberatung wird durch Bauherren ausgelöst. Die Steuerbarkeit durch die Fachstelle Energie ist nur indirekt möglich.

KF0001: Neu als Kennzahl aufgenommen. Die Bundesbeiträge stellen direkt wie auch indirekt einen Indikator des finanziellen Engagements des Kantons dar.

KF0002: Neu als Kennzahl aufgenommen, um diese Einnahmen explizit auszuweisen. Diese Einnahmen sind von der Bruttoleistung abhängig und demzufolge nicht beeinflussbar.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000				
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012
615ES0010	Sicherstellung der Versorgungssicherheit und Netzsolidarität im geöffneten Strommarkt.	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)						
		2	Nachfolgesetzgebung Stromversorgungsgesetz-Revision Energiegesetz	2008/2009					
615ES0012	Umsetzung Strategie "energieAARGAU"	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)						
		2	Erarbeitung Energieberaterkonzept und Umsetzung	2007/2008					
		3	Umsetzung Musterverordnung der Kantone im Energiebereich in Kombination mit der Revision SIA 380/1	2008					
		4	Revision Energiegesetz und Energiesparverordnung	2008					

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Änderung AFP 08 im Vergleich zum AFP 07:

Unformulierte Entwicklungsschwerpunkte. Themenschwerpunkte stellen dabei die Versorgungssicherheit, die Vergabe der Wasserkraftkonzessionen und die Umsetzung von energieAARGAU dar.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
615ZI0003	Mit Informationsveranstaltungen werden die energiepolitischen Massnahmen unterstützt.	1	Informationsveranstaltungen und Schulungen	Anzahl			22	22	22	22
615ZI0011	Die Umsetzung des Minergiestandards wird unterstützt.	1	Zunahme Minergiegebäude pro Jahr	Anzahl	141	130	150	150	150	150
		2	Zunahme Sanierungen pro Jahr	m2	1'810	4'000	4'000	4'000	4'000	4'000
615ZI0012	Einzelanlagen mit guter energetischer Wirkung werden gemäss Förderprogramm unterstützt.	2	Kollektoranlagen, installierte Kollektorfläche pro Jahr	m2	1'897	1'500	2'000	2'000	2'000	2'000
		3	Photovoltaikanlagen, installierte Leistung pro Jahr	kWp	11	5	0	0	0	0
		4	Wärmepumpenanlagen, installierte Leistung pro Jahr	kWth	1'549	1'000	1'600	1'600	1'600	1'600
		5	Abwärmenutzung	MWh/Jahr	0	200	200	200	200	200
		6	Zunahme Kleinholzfeuerungen pro Jahr	Anzahl			150	150	150	150
		7	Grossholzfeuerungen, erstellte Anlagen pro Jahr	Anzahl			8	8	8	8
615ZI0014	Aufwand für Information und Motivation bei Veranstaltungen	1	Aussenkontakte	Stunden			350	400	400	400



## KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

Z05 AFP 2007-2010: Ziel wird neu als Leistungskennzahl geführt (KL0012).

ZI0003: Neu als Ziel aufgenommen.

ZI0011 und ZI0012: Die Finanzierung des Förderprogramms erfolgt mit Globalbeiträgen von Kanton und Bund. Der Kantonsanteil wurde im Budget erhöht. Trotzdem bleibt die Summe der Globalbeiträge etwa gleich. Der Grund liegt einerseits darin, dass der Bund das Budget für die Kantone reduziert. Andererseits führen weitere Kantone neu Förderprogramme ein. Damit verteilt sich die Summe auf mehr Kantone. Die Ziele berücksichtigen diesen Umstand.

Minergie und erneuerbare Energieanlagen sind abhängig vom Investitionsentscheid Dritter; direkte und indirekte Unterstützung durch den Beitrag des Kantons.

ZI0012: Die Indikatoren der Einzelanlagen mit guter energetischer Wirkung entsprechen den Indikatoren der Wirkungsanalyse des Bundes. Erhöhung Anzahl Kleinholzfeuerungen (I6) stützt sich auf GRB vom 20.12.05 für die Werte 2006-2009 von 120 auf 200. Die erneute Anpassung erfolgt aufgrund der Markttendenz mit sinkender Nachfrage nach Pelletsfeuerungen zugunsten mehr Wärmepumpen (I4) und Kollektoren (I2). Grossholzfeuerungen (I7) werden durch Stiftung Klimarappen konkurrenziert. Photovoltaik (I3) wird bei Einführung der kostendeckenden Einspeisevergütung nicht mehr gefördert. Neue alternative Brennstoffe wie Rapsöl oder Kompogas sind kein Schwerpunkt, sondern werden nur im Einzelfall geprüft. Die Geothermie wird durch die Förderung der Wärmepumpen direkt berücksichtigt. Hingegen werden geothermische Grossanlagen nur indirekt über die Beteiligung der Axpo gefördert.

ZI0014: Neu als Ziel aufgenommen. Die indirekten Fördermassnahmen sollen durch Information und Motivation gestärkt werden. Dies unterstützt in erster Linie die freiwilligen, energiesparenden Massnahmen von Privatpersonen.

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Gesetzliche Grundlagen bilden das Energiegesetz des Bundes vom 26. Juni 1998 und das Energiegesetz des Kantons Aargau vom 9. März 1993 zusammen mit der Energiesparverordnung vom 15. Oktober 2003.

Im Globalbudget bilden die Förderbeiträge den wesentlichen Teil (67 %). Die zur Verfügung stehenden Fördermittel setzen sich aus kantonalen Beiträgen und den Globalbeiträgen des Bundes (LUAE) zusammen, deren Höhe sich aus der Wirkung der kantonalen Massnahmen und der Höhe der kantonalen Beiträge bestimmt. Fr. 1'000 kantonale Beiträge bringen rund Fr. 660 Bundesbeiträge. Mit Fr. 1'000 Fördermitteln konnten im letzten Jahr rund Fr. 6'500 Investitionen in Energieerzeugungsanlagen und Minergiebauten von rund Fr. 23.7 Mio. ausgelöst werden (ZI0011, ZI0012). Die Fördermittel für Minergie sind abhängig von der Anzahl der Gebäudeerstellungen/-modernisierungen und der erstellten Haustechnikanlagen (ZI0003).

Die Ressourcen für Aufgaben zur Vergabe von Konzessionen und zur Wahrung der Eigentümerinteressen bei Energieerzeugungsanlagen - die rund 20 % der Arbeitszeit ausmachen - sowie die Plangenehmigungsverfahren für den Bau von Energieleitungen (20 %) werden massgeblich sowohl durch das wirtschaftliche Umfeld als auch durch die privaten Entscheide der Bauherren durch die Komplexität der Aufgabe bestimmt. Mangelnde Ressourcen führen zu Verlust in der Interessenswahrnehmung und/oder zu längeren Bearbeitungszeiten.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung	Budget	Budget	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
	2006	2007	2008		2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-4'927</b>	<b>-4'362</b>	<b>-5'407</b>	<b>23.9</b>	<b>-5'368</b>	<b>-5'359</b>	<b>-5'403</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>41'552</b>	<b>41'873</b>	<b>37'235</b>	<b>-11.1</b>	<b>37'235</b>	<b>37'635</b>	<b>37'935</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>36'625</b>	<b>37'511</b>	<b>31'828</b>	<b>-15.2</b>	<b>31'867</b>	<b>32'276</b>	<b>32'532</b>
Total Aufwand Globalbudget	-3'221	-3'102	-4'342	40.0	-4'303	-4'294	-4'338
Total Ertrag Globalbudget	106	35	35	0.0	35	35	35
Saldo Globalbudget	-3'116	-3'067	-4'307	40.4	-4'268	-4'259	-4'303
Total Aufwand LUAE	-1'705	-1'260	-1'065	-15.5	-1'065	-1'065	-1'065
Total Ertrag LUAE	41'446	41'838	37'200	-11.1	37'200	37'600	37'900
Saldo LUAE	39'741	40'578	36'135	-11.0	36'135	36'535	36'835

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung	Budget	Budget	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
		2006	2007	2008		2009	2010	2011
LUAE Wasserzinsen und Heimfallverzicht	Übrige eigene Beiträge an Bund	-272	-260	-265	1.9	-265	-265	-265
	Wassernutzungs- und Wasserwerksgebühren	35'417	33'678	33'300	-1.1	33'300	33'700	33'700
	Heimfall/Rückkaufsverzicht Kraftwerke	4'596	7'160	3'100	-56.7	3'100	3'100	3'400
Saldo LUAE Wasserzinsen und Heimfallverzicht		39'741	40'578	36'135	-11.0	36'135	36'535	36'835
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Beiträge		-1'433	-1'000	-800	-20.0	-800	-800	-800
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Beiträge		1'433	1'000	800	-20.0	800	800	800
Saldo LUAE Durchlaufende Beiträge		0	0	0	X	0	0	0

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderungen von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Erhöhung der Förderbeiträge gemäss den Leitsätzen Förderung und rationelle Energieanwendung sowie Förderung erneuerbarer Energien und effiziente Anwendung im Planungsbericht "energieAARGAU".

Die starke Zunahme von Gesuchen im Bereich Energieförderung und Minergielabel erfordern für deren Bearbeitung entsprechende Ressourcen. Gleichzeitig müssen die Massnahmen gemäss "energieAARGAU" oder dem Stromversorgungsgesetz (StromVG) bearbeitet werden. Um zusätzlich eine intensivere Mitarbeit in Arbeitsgruppen von Bund und Kantonen im Bezug auf die Umsetzung der Energiepolitik zu gewährleisten, sind auch hier zusätzliche Ressourcen notwendig.

###### LUAE

Wasserzinsen und Heimfallverzicht: Im Budget 2007 ist ein einmaliger Ertrag für den Heimfallverzicht Kraftwerk Albruck-Dogern eingestellt.

##### Veränderungen in den Planjahren

###### Globalbudget

Beibehaltung der Höhe der Förderbeiträge trotz Reduktion der Bundesbeiträge.

###### LUAE

Wasserzinsen und Heimfallverzicht: Im Jahre 2011 fällt ein einmaliger Ertrag aus Heimfallverzicht Kraftwerk Rüchlig an.

#### FUSSNOTEN

KU0004 Quelle: BfE, Schweizerische Energiestatistik: Bruttoendenergieverbrauch. Berechnung geht vom BfE-Absenkpfad mit 2 % pro Jahr aus. Basisjahr ist 2005

KU0005 Quelle: BfE, Schweizerische Energiestatistik, Bilanz der erneuerbaren Energien.

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHES

Veranlassen von vorsorglichen Massnahmen und Sanierungen im Vollzug des geltenden Rechts zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Luft, Wasser und damit zum Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt vor übermässigen schädlichen oder lästigen Einwirkungen.

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	620	Umweltschutz
Produktgruppen	62010	Wasser
	62020	Boden
	62030	Luft, Lärm, Strahlen
	62040	Stoffe

## UMFELDENTWICKLUNG

Die Abteilung für Umwelt sorgt mit der Umsetzung des Bundesrechts und des kantonalen Rechts im Bereich Umwelt- und Gewässerschutz dafür, dass Boden, Luft und Wasser sowie die Lebensräume für Tiere und Pflanzen im Interesse von uns allen langfristig erhalten bleiben. Sie erteilt Bewilligungen und führt Kontrollen durch, damit die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Bei festgestellten Abweichungen leitet sie Massnahmen ein. Sie stellt den Betrieb eines Schadendienstes (Öl- und Chemiewehr) sicher und berät Private und Behörden aller Stufen in Fragen des Umweltschutzes.

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung ist massgeblich für die negativen Auswirkungen auf die Menschen und ihre natürliche Umwelt verantwortlich. Beispiele dafür: Die wachsende Mobilität hat direkte Auswirkungen auf die Lärmbelastung und die Luftqualität. Der zunehmende Konsum von hormonaktiven Substanzen in Medikamenten und Produkten des täglichen Gebrauchs (Kosmetika) führt über den Abwasserpfad zu einer schleichenden Verunreinigung der Gewässer und hat damit direkte Auswirkungen auf die Lebewesen. Der zunehmende wirtschaftliche Druck auf die Landwirtschaft könnte die ökologischen Aspekte in diesem Produktionszweig zunehmend in den Hintergrund rücken.

Es gilt, Entwicklungen und deren Auswirkungen mit einem optimalen Monitoring im Auge zu behalten, um – bei Bedarf – angemessen reagieren zu können.

Mit der voraussichtlichen Inkraftsetzung des EG Umweltrechts im Jahr 2008 werden Kantonsbeiträge an die Sanierung von Altlasten (z.B. für Gemeindedepotien, Schiessanlagen usw.) fällig. Diese sind in einem neuen Kleinkredit ab 2008 eingestellt.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
					2009	2010	2011
	<b>Umfeldkennzahlen</b>						
620KU0015	Bewilligte Abbaustellen	Anzahl		130	130	125	125
620KU0025	Vom Kanton beaufsichtigte Holzfeuerungen	Anzahl		310	320	320	320
620KU0026	Öl- und Gasfeuerungen >350 kW	Anzahl		300	300	300	300
620KU0027	Installierte Mobilfunkanlagen	Anzahl		800	850	900	900
620KU0044	Wasserqualität: Anteil Trinkwasserfassungen über Nitrattoleranzwert von 40mg/l	%	1.6	5	3	2	0
620KU0045	Wasserqualität: Anteil Trinkwasserfassungen über Nitratqualitätsziel von 25mg/l	%	22.4	30	25	20	15
620KU0046	Luftqualität: Luftbelastungsindex an der Messstation Baden, Schönaustrasse (s. Fussnote)	Punkte	4.4	4	4	4	4
620KU0047	Luftqualität: Luftbelastungsindex an der Messstation Suhr, Bärenmatte (s. Fussnote)	Punkte	4.8	4	4	4	4
620KU0048	Luftqualität: Luftbelastungsindex an der Messstation Sisseln (s. Fussnote)	Punkte	4.2	4	4	4	4
620KU0049	Abfälle: Entwicklung Siedlungsabfallmenge kg/Jahr/Kopf für Hauskehricht	Anzahl	179	180	180	180	180
620KU0050	Abfälle: Entwicklung Siedlungsabfallmenge kg/Jahr/Kopf für Separatsammlungen	Anzahl	230	230	230	230	230
620KU0051	Entwicklung Phosphorgehalt im Hallwilersee in mg P/m3	Anzahl	34	35	30	25	25
620KU0052	Abwasserreinigungsanlagen (ARA)	Anzahl	59	57	56	55	55

KENNZAHLEN		Einheit	JB	Budget	Budget	Planjahre		
			2006	2007	2008	2009	2010	2011
620KU0053	Öffentliche Abwasser-Spezialbauwerke (Regenbecken und Pumpwerke)	Anzahl	480	490	500	510	510	510
620KU0054	Betriebe mit VOC-Bilanzen (s. Fussnote)	Anzahl	68	65	70	70	70	70
620KU0055	Anlagen mit abfallrechtlicher Betriebsbewilligung	Anzahl	142	185	185	185	185	185
620KU0057	Branchenvereinbarungen	Anzahl	10	11	11	11	11	11
620KU0060	Belastete Standorte (Einträge im Kataster)	Anzahl			2'300	3'300	3'800	3'800
<b>Leistungskennzahlen</b>								
620KL0031	Betriebskontrollen, die über Branchenvereinbarungen erfolgen	Anzahl	2'150	2'850	2'850	2'850	2'850	2'850
620KL0032	Tankkontrollen (Branchenvereinbarung)	Anzahl	8'300	7'000	3'500	3'500	3'500	3'500
620KL0033	Schadenfälle mit dem Einsatz der Öl-, Chemie- oder Schadenwehr	Anzahl	50	50	50	50	50	50
620KL0034	Schadenfälle mit Aufgebot des AfU-Piketts	Anzahl	87	65	60	60	60	60
620KL0039	Baugesuche und Nutzungsplanungen	Anzahl	1'164	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200
620KL0040	Genehmigungen GEP	Anzahl			25	20	15	15

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0015, KU0025, KU0026; KU0027, KU0060 und KL0040 wurden neu im AFP 2008 aufgenommen.

KU0027: Diese Umfeldkennzahl wurde neu aufgenommen, um künftig die Bedeutung des Indikators Z10083 I5 (Anteil der NIS-Anlagen, welche die Anforderungen einhalten) bewerten zu können.

KL0032: Durch die Änderung des Gewässerschutzgesetzes des Bundes (in Kraft seit 1.01.2007) halbiert sich die Zahl der kontrollpflichtigen Tankanlagen.

KL0034: Die Zahl der Schadenfälle, in welchen das AfU-Pikett aufgeboden wird, kann nicht vorausgesagt werden. Die Budgetzahlen entsprechen einem langjährigen Mittel.

KL0039: Umfeldkennzahl K40 AFP 2007-2010 wird neu als Leistungskennzahl geführt.

KL0044 und KL0045: Die Budgetzahlen 2007 entsprechen noch einer früheren groben Schätzung. Erst mit dem Jahresbericht 2006 wurde die genaue Zahl ermittelt. Sie zeigte glücklicherweise ein erfreulicheres Bild als ursprünglich angenommen. Dagegen deuten neuere Messungen darauf hin, dass die Nitratbelastung wegen Änderungen in der Landwirtschaftspolitik des Bundes sowie wegen der Witterung (weniger trockene Jahre als 2003-2005) wieder leicht steigen könnten (deshalb die Anpassung im Budget 2008 gegenüber dem Wert von 2006). Das mittelfristige Ziel ist es, dass alle genutzten Trinkwasserfassungen unter dem Qualitätsziel von 25 mg/l liegen.

KU0060: Neu als Kennzahl aufgenommen. Steht im Zusammenhang mit dem Grosskredit Kataster der belasteten Standorte, welcher zur Zeit erarbeitet wird.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000				
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012
620ES0029	Branchen- und Kooperationsvereinbarungen realisieren als Mittel zur Ablösung der Direktkontrolle des Staates	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)						
		2	Pilotphase für Kooperationsvereinbarungen mit ausgewählten Betrieben	2007					
		3	Fördern der Eigenverantwortung der Betriebe mittels Kooperationsvereinbarungen	2008					

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES05 AFP 07-10: Entwicklungsschwerpunkt ist abgeschlossen und wird nicht mehr weitergeführt.

ES10 M15 AFP 07-10: Die Abteilung für Umwelt hat zur Zeit mit 11 Branchenverbänden Verträge bezüglich Vollzugsdelegation. Das Potenzial für weitere Branchenvereinbarungen ist nur noch begrenzt vorhanden, weshalb diese Massnahme als Entwicklungsschwerpunkt ab 2008 wegfällt. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass auch in Zukunft noch weitere Branchenlösungen realisiert werden können.

ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
620ZI0082	Veränderungen der Umwelt werden durch ein optimales Monitoring erfasst, analysiert und dokumentiert und die Resultate stehen den politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit zur Verfügung. (s. Fussnote)	1	Regelmässig nachgeführte Datenreihen, die öffentlich sind	Anzahl		6	6	6	6	6
		2	Minimaler Anteil der befragten Entscheidungsträger, die solche Informationen nutzen (Umfrage)	%		75			85	
620ZI0083	Die gesetzlichen Vorgaben von umweltrelevanten Vorhaben und Projekten Dritter und des Staates werden erfüllt.	2	Anteil bestandener Betriebskontrollen auf Abbaustellen	%	95	99	99	99	99	99
		3	Anteil bestandener Betriebskontrollen in Abfallbehandlungsanlagen	%	72	80	85	90	90	90
		4	Anteil bestandener Kontrollen von luftrelevanten Anlagen (Emissionsmessungen)	%	95	95	95	95	95	95
		5	Anteil der Stichproben bei NIS-Anlagen (nicht ionisierende Strahlung), welche die Anforderungen einhalten	%	28	99	99	99	99	99
		6	Anteil Trinkwasserfassungen (Grund- und Quellwasser) mit aktueller, verfügbarer Schutzzone	%	39	85	50	55	60	65
		7	Anteil kontrollierte Industrie- und Gewerbebetriebe, welche die Gewässervorschriften erfüllen	%		65	70	75	80	85
		8	Durchgeführte Überprüfungen der Umsetzung der GEP in den Gemeinden (GEP-Check)	Anzahl			30	30	30	30
		1	Zugriffe auf ag.ch/umwelt	Anzahl	130'000	150'000	150'000	150'000	150'000	150'000
2	Minimaler Anteil positiver Antworten auf eine entsprechende Umfrage bei Gemeinden und betroffenen Unternehmungen	%		90			95			
620ZI0085	Bei festgestellten Abweichungen von den gesetzten Umweltzielen oder bei unmittelbar drohender Gefahr werden die nötigen Massnahmen vorgeschlagen bzw. eingeleitet.	1	Anteil der Schadenfälle, bei denen das AfU-Pikett innerhalb 1 Std. nach Alarmierung auf Platz ist	%	90	90	90	95	95	95
		2	Anzahl ausgelöster Untersuchungen zur Identifizierung von Umweltgefährdungen, die von belasteten Standorten ausgehen	Anzahl			30	40	40	40

## KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0083 I5: Der Indikator wurde gegenüber dem AFP 2006-2009 angepasst. Im Jahr 2006 wurde die Anzahl durchgeführter Kontrollen für dieses Ziel als Indikator geführt. Neu können dank dem Einsatz der EDV sämtliche Anlagen überprüft werden.

ZI0083 I6: Die Budgetzahlen ab 2008 mussten aufgrund einer Überprüfung der tatsächlich verfügbaren Schutzzonen korrigiert werden. Das Budget 2007 ging noch von einer Schätzung dieses Anteils aus.

ZI0083 I8: Gegenüber AFP 2007-2010 (Z10 I05) angepasster Indikator.

ZI0085 I2: Neuer Indikator für dieses Ziel.

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Aufgabenbereich umfasst im Wesentlichen die von der Bundesgesetzgebung vorgegebenen Vollzugs-Aufgaben, welche aufgrund der kantonalen Gesetzgebung dem Kanton übertragen sind. Massgeblich sind die Bundesgesetze über den Umweltschutz (USG) und den Gewässerschutz (GSchG) sowie auf kantonaler Ebene § 39 des Baugesetzes in Verbindung mit dem Umweltschutzdekret (USD) und das Einführungsgesetz zum Umweltschutz (EG GSchG) mit seiner Verordnung und der Schadendienstverordnung.

Globalbudget: Der Aufwand der Vollzugsaufgaben wird durch die Art der Aufgabenwahrnehmung und den Umfang der Kontrollen, sowie der Komplexität der Bewilligungsverfahren bestimmt. Das Mass der Ressourcen hat direkten Einfluss auf die Qualität der Aufsichts- und Bewilligungsfunktion. Eine ungenügende Wahrnehmung der Vollzugsaufgabe erhöht das Risiko von Schäden für den Kanton bis hin zu Rechtsverfahren (ZI0082, ZI0083). Die Mittel für die Unterstützung von Organisationen in der Wahrnehmung von Umweltschutzaufgaben (ZI0084, Auftrag aus der Bundesgesetzgebung) bestimmen den Umfang des Aufwands.

Eine direkte Steuerbarkeit von Aufgaben und Projekten über die Finanzen ist vor allem im Bereich der Globalkredite möglich. Bei den beschlossenen Globalkrediten kann über die Zuteilung der Jahrestanchen, bei geplanten Globalkrediten über die Jahrestanche und den Globalkreditbeschluss gesteuert werden. Konsequenzen bezüglich (Nicht-) Realisierung können aufgrund der definierten Projektziele aufgezeigt werden.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-21'430</b>	<b>-16'319</b>	<b>-18'092</b>	<b>10.9</b>	<b>-13'540</b>	<b>-14'162</b>	<b>-13'638</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>22'049</b>	<b>19'496</b>	<b>19'879</b>	<b>2.0</b>	<b>16'271</b>	<b>15'716</b>	<b>15'216</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>620</b>	<b>3'177</b>	<b>1'787</b>	<b>-43.8</b>	<b>2'731</b>	<b>1'554</b>	<b>1'578</b>
Total Aufwand Globalbudget	-9'291	-9'829	-10'072	2.5	-10'070	-10'162	-10'168
Total Ertrag Globalbudget	1'764	2'076	1'609	-22.5	1'601	1'596	1'596
Saldo Globalbudget	-7'527	-7'753	-8'463	9.2	-8'469	-8'566	-8'572
Total Aufwand Kleinkredite	-521	-490	-950	93.9	-700	-1'150	-1'350
Total Ertrag Kleinkredite	211	220	120	-45.5	120	120	120
Saldo Kleinkredite	-310	-270	-830	207.4	-580	-1'030	-1'230
Total Aufwand Grosskredite	-958	-700	-700	0.0	-200	-50	
Total Ertrag Grosskredite			750	X	600		
Saldo Grosskredite	-958	-700	50	-107.1	400	-50	
Total Aufwand LUAE	-10'659	-5'300	-6'370	20.2	-2'570	-2'800	-2'120
Total Ertrag LUAE	20'074	17'200	17'400	1.2	13'950	14'000	13'500
Saldo LUAE	9'415	11'900	11'030	-7.3	11'380	11'200	11'380

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Kataster der belasteten Standort	-958	-700	-700	0.0	-200	-50	
Total Ertrag Grosskredite Kataster der belasteten Standort			750	X	600		
Saldo Grosskredite Kataster der belasteten Standort	-958	-700	50	-107.1	400	-50	

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Wassernutzungsgebühren							
Total Ertrag LUAE Wassernutzungsgebühren	12'153	12'200	12'200	0.0	12'200	12'200	12'200
Saldo LUAE Wassernutzungsgebühren	12'153	12'200	12'200	0.0	12'200	12'200	12'200
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Beiträge an Altlastensanierungen			-200	X	-250	-300	-300
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Beiträge an Altlastensanierungen			200	X	250	300	300
Saldo LUAE Durchlaufende Beiträge an Altlastensanierungen			0	X	0	0	0
Total Aufwand LUAE Beiträge für Gewässerschutzanlagen	-10'659	-5'300	-6'170	16.4	-2'320	-2'500	-1'820
Total Ertrag LUAE Beiträge für Gewässerschutzanlagen	7'921	5'000	5'000	0.0	1'500	1'500	1'000
Saldo LUAE Beiträge für Gewässerschutzanlagen	-2'738	-300	-1'170	290.0	-820	-1'000	-820

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderungen von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Der Bundesbeitrag an den Kataster der belasteten Standorte war im AFP 2007-2010 im Globalbudget enthalten. Die 1. Tranche der Einnahmen wird erst im 2008 erwartet und ist neu im Grosskredit eingestellt. Zusätzlich besteht Erneuerungsbedarf für diverse Luft-Messgeräte.

###### Kleinkredite

Geplante Kredite im Bereich Altlastensanierung nach in Kraftsetzung des Einführungsgesetzes Umweltrecht (§§ 8 und 9) sowie Wegfall des Bundesbeitrages Luftreinhaltung nach Einführung der NFA.

###### Grosskredite

Infolge Erschwernissen bei der Grundlagenerhebung für den Kataster der belasteten Standorte (KBS) verzögert sich das Projekt um zirka zwei Jahre. Im ursprünglichen Kreditbeschluss war der Projektabschluss 2006 geplant. Dadurch fallen die letzte Kredittranche und allfällige Restkosten erst in den Jahren 2008/2009 an. Diese zeitliche Verzögerung hat keinen Einfluss auf den gesprochenen Gesamtkredit, der nicht überschritten wird. Die Auszahlung der ersten Tranche des Bundesbeitrages an den KBS (gemäss Umweltschutzgesetz (USG), in Kraft seit 1.11.2006) erfolgt 2008.

###### LUAE

Beiträge für Gewässerschutzanlagen: Im Bereich der Beiträge an Gewässerschutzanlagen und generelle Entwässerungsplanungen (GEP) sind grössere Abrechnungen der Gemeinden und Gemeindeverbände zu erwarten. Diese Abrechnungen sind die Grundlage für die Auszahlung.

##### Veränderungen in den Planjahren

###### Kleinkredite

Weiterführung der geplanten Kredite zur Sanierung von Altlasten (Schiessanlagen), ab 2009 schrittweiser Ersatz von Fahrzeugen der Schadenwehren, die über 25 Jahre alt sind und der heutigen Technik nicht mehr genügen.

###### Grosskredite

Zweite Tranche Bundesbeitrag und Restkosten für den Kataster der belasteten Standorte.

###### LUAE

Beiträge für Gewässerschutzanlagen und generelle Entwässerungsplanungen auslaufend.

Durchlaufende Bundesbeiträge an die Sanierung von belasteten Standorten (siehe auch geplante Kleinkredite).

#### FUSSNOTEN

KU0046-48	Budget (Prognose) des Luftbelastungsindex auf ganze Zahl gerundet. Tatsächlich gemessene Belastung jeweils auf 0.1 genau berechnet. Luftbelastungsindex = gewichtete Jahresbelastung anhand der Messungen von PM10, NO2 und Ozon; 1= sehr gering, 2= gering, 3= mässig, 4= erheblich, 5=hoch, 6= sehr hoch
KU0054	VOC: flüchtige organische Verbindungen
ZI0082	I1: Datenreihen, die zur Verfügung stehen: Hydrologisches Jahrbuch; Daten KABO; Abbaustatistik; Luftmessungen; Kataster der belasteten Standorte, Abfallstatistik I2: Umfrage nur alle 3 Jahre
ZI0084	I2: Umfrage geplant alle 3 Jahre

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Schützen und unterstützen der Entwicklung der einheimischen Flora und Fauna durch ökologische Aufwertung der Landschaft, des Kulturlands und der Gewässer sowie Gewährleistung der umweltverträglichen Gewässernutzung und des Hochwasserschutzes im Interesse eines attraktiven Lebens-, Wirtschafts- und Wohnraums.

## AUFGABENSTRUKTUR

Aufgabenbereich	625	Umweltentwicklung
Produktgruppen	62510	Landschaft
	62520	Oberflächengewässer

## UMFELDENTWICKLUNG

Die Kernaufgaben des Aufgabenbereichs umfassen das Gewässermanagement mit Hochwasserschutz, ökologische Aufwertung/Vernetzung, Gewässernutzung und Abflusskontrolle, sowie den Biotop- und Artenschutz, die ökologische Vernetzung der Landschaft durch den Kanton und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden in der Umsetzung ihrer Aufgaben, eingeschlossen die Information über Leistungsaufträge an das Naturama.

Hochwasserereignisse haben sich in den letzten zehn Jahren gehäuft. Parallel zur Wertekonzentration im Siedlungsgebiet steigen die Schäden bei Überflutungen. Der Wasserbau sichert den Hochwasserschutz (Gewässerausbauten mit Sichern des Raumbedarfs, Schutzdämme, Rückhaltebecken, Entlastungsgerinne und Gewässerunterhalt). Die bestehenden Schutzbauten sind den höheren Anforderungen von heute anzupassen. Bestandteil der Umsetzung ist die Renaturierung und Vernetzung der Gewässer. Die Gefahrenkarte Hochwasser ist eine wichtige Entscheidungsgrundlage für den Einsatz der finanziellen Mittel. Diese werden für Investitionen des Kantons, für Beiträge an Projekte der Gemeinden, für Betrieb und Unterhalt der Anlagen wie Dämme und Pumpwerke sowie für die hydrometrischen Stationen benötigt.

Der Investitionsaufwand für den Hochwasserschutz wird aufgrund der zunehmenden Hochwasserspitzen und –häufigkeiten steigen (Ergänzung von Schutzbauten, Realisierung von Überflutungsräumen im Reusstal etc.). Die Tendenz zu vermehrten Hochwasserspitzen und Trockenperioden beeinflusst die Nutzung der Oberflächengewässer. Bei der Energieproduktion ist mit Einbussen zu rechnen. Bei Wasserentnahmen für Bewässerungen sind vermehrt Verteilprobleme absehbar.

Das Erhalten und Fördern naturnaher Lebensräume sowie wildlebender Pflanzen und Tierarten (Biodiversität) im Aargau sind Kernaufgaben im Vollzug des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG) und des Baugesetzes (BauG). Mit den drei Programmen „Natur 2010“, „Auenschutz“ und „Wildtierkorridore“ wird die einheimische Tier- und Pflanzenwelt in den Vorranggebieten gezielt geschützt, gepflegt sowie im Landschaftsraum vernetzt.

Die Programme sind abgestimmt auf den ökologischen Leistungsauftrag der schweizerischen Landwirtschaftspolitik; sie kompensieren den wachsenden Siedlungs- und Nutzungsdruck und berücksichtigen die Folgen der Klimaänderungen. Die künftigen Veränderungen in der Landwirtschaftspolitik können zu Verschiebungen in der Detailgestaltung der Programme führen. Innerhalb der kommenden Dekade werden die drei Programme stufenweise von der Investitionsphase in die Betriebsphase überführt. Die finanziellen Mittel ermöglichen die Flächensicherung, die Qualitätssicherung (Unterhalt und Betrieb) sowie die Aufwertung und Vernetzung von Lebensräumen. Die Wirkungskontrolle bietet Gewähr für eine effiziente und transparente Umsetzung der Entwicklungsschwerpunkte sowie für sinnvolle Korrekturen.

KENNZAHLEN	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
					2009	2010	2011
	<b>Umfeldkennzahlen</b>						
625KU0018	Energieproduktion der 26 Kraftwerke an den Flüssen, aargauischer Anteil an der Produktion (s. Fussnote)	Mio kWh	2'891	2'817	2'817	2'817	2'817
625KU0019	Anzahl Arten auf Roter Liste, für die der Aargau eine hohe Verantwortung hat	Anzahl	393	95	95	95	95
625KU0020	Spitzenabfluss Rhein Rheinfeld (s. Fussnote)	m3/sec	3'080		3'500	3'500	3'500
625KU0021	Biotopschutz-Index (s. Fussnote)	Punkte	81	81	81	81	81
625KU0022	Fläche wertvoller Lebensräume (Naturschutzgebiete von kantonaler Bedeutung, Vertragsflächen in der Landwirtschaft)	ha	8'072	5'700	8'080	8'080	8'080
625KU0023	Kessler-Index Kulturland	Punkte			101	101	102



KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Leistungskennzahlen</b>								
625KL0003	Neue und erneuerte Verträge mit Bewirtschaftungsvereinbarungen (6-Jahresverträge)	Anzahl		150	155	160	160	160
625KL0004	Baugesuche und Landschaftsverträglichkeitsprüfungen	Anzahl	620	610	610	620	620	620
625KL0005	Begleitungen und Beitragszusicherungen für Naturschutzprojekte von Gemeinden und Organisationen	Anzahl	91	100	110	120	120	120
<b>Finanzkennzahlen</b>								
625KF0001	Nettoaufwand des Kantons für Wasserbauinvestitionen (Finanzierungsanteil Kanton durchschnittlich ca. 50 %)	1'000 Fr.			6'400	5'800	6'600	6'300
625KF0002	Nettoaufwand des Kantons für Gewässerunterhalt (Finanzierungsanteil Kanton durchschnittlich ca. 70 %)	1'000 Fr.			2'800	2'900	2'400	2'400

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

K35/40/45 AFP 2007-2010: Kennzahlen werden zu Zielindikatoren (ZI0014 I3-I5).

KU0019: Die Kennzahl hat eine neue und transparentere Berechnungsgrundlage. Im Rahmen der Erarbeitung des Artenschutzkonzepts wurde 2006 ein erstes Mal die Anzahl Arten auf der Roten Liste, für die der Aargau eine hohe Verantwortung hat, ermittelt. Nun liegt eine klare Berechnungsgrundlage vor. Die Werte sind ab 2007 untereinander vergleichbar.

KU0020 und KU0021: Diese Kennzahlen hängen direkt von den klimatischen Bedingungen ab und wurden in den vergangenen AFP nicht prognostiziert.

KU0022: Diese Kennzahl basiert auf einem überkantonale geregelten Indikator-Modell. Aufgrund von Anpassungen in diesem Modell war eine Neuberechnung erforderlich, welche eine Abweichung zu den bisher verwendeten Werten ergab.

KU0023: Der "Kessler-Index Kulturland" wurde aus Z05 I10 AFP 2007-2010 überführt.

KF0001 und KF0002: Die beiden Finanzkennzahlen wurden neu aufgenommen.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
625ES0012	Schutz von Siedlungsgebieten und Infrastrukturanlagen durch Erhöhung der Hochwassersicherheit	1	Nettoaufwand Globalkredit (bestehende und geplante)		3'500	2'800	4'000	16'800	10'200	37'300
		2	Hochwasserschutz Wynental (GRB Nr. 03.1303, 06.05.2003)	2009						
		3	Hochwasserschutz Surbtal	2012						
		4	Hochwasserschutz Suhrental	2012						
		5	geplante Projekte innerhalb der Mehrjahresplanung	2018						
625ES0013	Erhalt und Entwicklung der Artenvielfalt durch Aufwertung und Vernetzung der Lebensräume, insbesondere im Landwirtschaftsraum	1	Nettoaufwand Globalkredit (bestehende und geplante)		24'500	4'800	5'100	14'500	8'500	57'400
		2	Durchführung des Programms Natur 2010 (GRB Nr. 02.1065, 17.12.2002)	2010						
		3	Durchführung des Programms Auenschutzpark Aargau (GRB Nr. 04.1837, 30.03.2004)	2014						
		4	Erhalt und Bau in den Vorranggebieten (Folgemassnahmen Natur 2010)	2018						
		5	Vernetzung der Fliessgewässer	2010						

**KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN**

ES0012: Verstärkte Investitionen in den Hochwasserschutz als Folge der vorliegenden Gefahrenkarten Hochwasser.

ES0013 M4: Der Betrag entspricht dem jährlichen Aufwand für den Unterhalt und der Realisierung kleinerer Projekte.

Die Programme bzw. Projekte gehen nach der Realisierung in den ordentlichen Betrieb und Unterhalt über.

Der Auenschutzpark Aargau wird hinsichtlich der Entlastung der Hochwasserspitzen stärker forciert: Projekt Rohr-Rupperswil 2011 abgeschlossen.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
625ZI0013	Die Artenvielfalt wird mittels Biotopschutz, ökologischer Aufwertung des Kulturlandes und der Gewässer erhöht. (s. Fussnote)	1	Naturschutzgebiete mit Pflegemassnahmen	Anzahl		350	375	390	400	400
		3	Gesamtaufwand der subventionierten Naturschutzprojekte von Gemeinden und Organisationen	1'000 Fr.		1'700	1'800	1'800	1'800	1'800
		4	Aufgewertete Gewässerabschnitte	km	4	6	6	6	6	6
		5	Eliminierte Wanderhindernisse an Bächen	Anzahl	10	25	25	25	25	25
		6	Restwassersanierungen	Anzahl	1	4	3	3	3	3
		7	Neue Bewilligungen für Wasserentnahmen und Bewilligungserneuerungen	Anzahl			45	25	25	25
		625ZI0014	Flüsse und Bäche sind entsprechend ihrem Schutzziel hochwassersicher.	1	Verkleinern von Gefahrenzonen durch Hochwasserschutzmassnahmen	ha	0			
2	Hochwassermässig sanierte Gewässerabschnitte			km		10	10	10	10	10
4	Neue Bewilligungen für Bauten in und an Gewässern			Anzahl			250	250	250	250
5	Baubegleitungen bei Wasserbauprojekten von Gemeinden und Dritten (im Jahr abgeschlossene Projekte)			Anzahl			15	15	15	15
625ZI0015	Die umweltgerechte Energieproduktion aus Wasserkraft wird gefördert.	1	Leistungssteigerung der Wasserkraftwerke	MW	3	5.8	0	0	23.2	0
625ZI0016	Die Abflussvorhersage (Hochwasser, Niederwasser) wird verbessert.	1	Automatisierte Pegel	Anzahl		14	23	32	32	32

**KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN**

Z05 I10 AFP 2007-2010: Indikator wurde als Umfeldkennzahl (KU0023) überführt.

ZI0013 I7: Neuer Indikator aus K35 AFP 2007-2010. Die Bewilligungserneuerungen sind von den Laufzeiten der Bewilligungen abhängig.

ZI0014: Die Budgetwerte für das Verkleinern von Gefahrenzonen durch Hochwasserschutzmassnahmen können gesetzt werden, sobald die Massnahmen aus der Gefahrenkarte Hochwasser vorliegen.

ZI0014 I4-I5: Neue Indikatoren aus K35/40/45 AFP 2007-2010

ZI0015: 2007 erfolgt die Inbetriebnahme der Dotierturbine des KW Wettingen (Leistung 1.8 MW) und die Inbetriebnahme des ausgebauten KW Kappelerhof (Leistung 4.0 MW). 2010 erfolgt die Inbetriebnahme des Wehrkraftwerks des KW Albbruck-Dogern (Leistung 23.2 MW).

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die rechtlichen Grundlagen sind im Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG), im Wasserbaugesetz (WbauG), im Baugesetz (BauG), im neuen Wassernutzungsgesetz (WNG) und im Wasserrechtsgesetz (WRG) festgelegt. Die quantitativen und qualitativen Ziele stützen sich auf die Kantonsverfassung (Auenschutz), auf die Gesetze (Restwasserbestimmungen, Biotop- und Artenschutz) oder auf Richtlinien des Bundes (Hochwasserschutz und Gewässernutzung), die auch Bundesbeiträge regeln.

Globalbudget: Bei der ökologischen Aufwertung durch Leistungsvereinbarungen mit Landwirten besteht im Rahmen der Verträge kein Handlungsspielraum. Neuabschlüsse können beeinflusst werden. Auch diesbezüglich gilt, dass Unterbrüche in den Programmen zu Entwicklungseinbrüchen führen können mit Verlust der Wirkung der früher eingesetzten Mittel. Der Aufwand wird durch den Bund zu 73% unterstützt, d.h. Fr. 1'000 des Kantons generieren Fr. 3'700 Gesamtmittel (ZI0013).

Eine direkte Steuerbarkeit von Aufgaben und Projekten über die Finanzen ist vor allem im Bereich der Globalkredite möglich. Bei den beschlossenen Globalkrediten kann über die Zuteilung der Jahrestanchen, bei geplanten Globalkrediten über die Jahrestanche und den Globalkreditbeschluss gesteuert werden. Konsequenzen bezüglich (Nicht-)Realisierung können aufgrund der definierten Projektziele aufgezeigt werden.

Bei den Grosskrediten Hochwassersicherheit (ES0012) bestimmt die Höhe der Jahrestanchen den Zeitpunkt der Erreichung der geforderten Hochwassersicherheit. Sinkende Investitionen bedeuten höheres Risiko für Personen und Sachwerte. Umgekehrt erfordert eine schnellere Verminderung von Hochwasserrisiken, dass die Investitionen zu erhöhen sind (s.a. ZI0014).

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung	Budget	Budget	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
	2006	2007	2008		2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-30'134</b>	<b>-30'975</b>	<b>-34'514</b>	<b>11.4</b>	<b>-35'407</b>	<b>-39'767</b>	<b>-40'137</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>14'305</b>	<b>11'136</b>	<b>11'014</b>	<b>-1.1</b>	<b>12'418</b>	<b>16'501</b>	<b>19'174</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-15'829</b>	<b>-19'839</b>	<b>-23'500</b>	<b>18.5</b>	<b>-22'988</b>	<b>-23'266</b>	<b>-20'963</b>
Total Aufwand Globalbudget	-18'747	-16'641	-17'794	6.9	-17'757	-17'288	-19'890
Total Ertrag Globalbudget	7'541	4'741	5'044	6.4	4'756	5'073	6'417
Saldo Globalbudget	-11'206	-11'900	-12'750	7.1	-13'001	-12'215	-13'473
Total Aufwand Kleinkredite	-1'892	-2'829	-6'480	129.1	-10'130	-11'397	-11'420
Total Ertrag Kleinkredite	1'035	1'080	1'820	68.5	4'040	6'275	7'452
Saldo Kleinkredite	-857	-1'749	-4'660	166.4	-6'090	-5'122	-3'968
Total Aufwand Grosskredite	-8'873	-10'950	-9'675	-11.6	-6'955	-10'518	-8'262
Total Ertrag Grosskredite	5'107	4'760	3'585	-24.7	3'057	4'588	4'740
Saldo Grosskredite	-3'766	-6'190	-6'090	-1.6	-3'898	-5'930	-3'522
Total Aufwand LUAE	-622	-555	-565	1.8	-565	-565	-565
Total Ertrag LUAE	622	555	565	1.8	565	565	565
Saldo LUAE	0	0	0	X	0	0	0

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Wynental, Hochwasserschutz	-1'400	-3'700	-3'700	0.0	-200		
Total Ertrag Grosskredite Wynental, Hochwasserschutz	1'109	2'300	1'700	-26.1	480		
Saldo Grosskredite Wynental, Hochwasserschutz	-291	-1'400	-2'000	42.9	280		
Total Aufwand Grosskredite Villmergen, Drachtenloch	-53				0		
Total Ertrag Grosskredite Villmergen, Drachtenloch	378				0		
Saldo Grosskredite Villmergen, Drachtenloch	325				0		
Total Aufwand Grosskredite Muhen, Hochwasserschutz	-76				0		
Total Ertrag Grosskredite Muhen, Hochwasserschutz	61				0		
Saldo Grosskredite Muhen, Hochwasserschutz	-15				0		
Total Aufwand Grosskredite Sachprogramm Auenschutzpark Aargau	-2'964	-3'200	-2'397	-25.1	-3'230	-4'274	-3'236
Total Ertrag Grosskredite Sachprogramm Auenschutzpark Aargau	1'059	1'350	877	-35.0	1'402	1'794	1'466
Saldo Grosskredite Sachprogramm Auenschutzpark Aargau	-1'906	-1'850	-1'520	-17.8	-1'828	-2'480	-1'770
Total Aufwand Grosskredite Programm Natur 2010	-3'935	-3'500	-3'578	2.2	-3'525	-3'744	-326
Total Ertrag Grosskredite Programm Natur 2010	1'941	1'100	1'008	-8.4	1'175	1'194	104
Saldo Grosskredite Programm Natur 2010	-1'994	-2'400	-2'570	7.1	-2'350	-2'550	-222
Total Aufwand Grosskredite Spreitenbach Dorfbach	-252				0		
Total Ertrag Grosskredite Spreitenbach Dorfbach	560				0		
Saldo Grosskredite Spreitenbach Dorfbach	308				0		
Total Aufwand Grosskredite Zofingen; Entlastungskanal	-194	-20		-100.0	0		
Total Ertrag Grosskredite Zofingen; Entlastungskanal		10		-100.0	0		
Saldo Grosskredite Zofingen; Entlastungskanal	-194	-10		-100.0	0		
Total Aufwand Grosskredite Würenlos; Hochwasserrückhaltebecken Furtbach		-80		-100.0	0	0	-2'200
Total Ertrag Grosskredite Würenlos; Hochwasserrückhaltebecken Furtbach					0	0	1'570
Saldo Grosskredite Würenlos; Hochwasserrückhaltebecken Furtbach		-80		-100.0	0	0	-630
Total Aufwand Grosskredite Suhrental; Hochwasserschutz		-80		-100.0	0	-2'500	-2'500
Total Ertrag Grosskredite Suhrental; Hochwasserschutz					0	1'600	1'600
Saldo Grosskredite Suhrental; Hochwasserschutz		-80		-100.0	0	-900	-900
Total Aufwand Grosskredite Brittnau, Hochwasserschutz Wigger		-120		-100.0	0	0	
Total Ertrag Grosskredite Brittnau, Hochwasserschutz Wigger							
Saldo Grosskredite Brittnau, Hochwasserschutz Wigger		-120		-100.0	0	0	
Total Aufwand Grosskredite Zuk. GK Biotopschutz		-250		-100.0	0	0	
Total Ertrag Grosskredite Zuk. GK Biotopschutz							
Saldo Grosskredite Zuk. GK Biotopschutz		-250		-100.0	0	0	

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Beiträge	-622	-555	-565	1.8	-565	-565	-565
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Beiträge	622	555	565	1.8	565	565	565
Saldo LUAE Durchlaufende Beiträge	0	0	0	X	0	0	0

## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderungen von Budget 2007 zu Budget 2008

#### Globalbudget

Zur Realisierung der Projekte der Hochwassersicherheit gemäss ES0012 fallen erhöhte Vorlaufkosten für die Erarbeitung der zahlreichen Projekte an. Diese werden in den zu beantragenden Globalkrediten integriert. Auf Gemeindeebene werden gleichzeitig verschiedene grössere Wasserbauprojekte realisiert, an denen sich der Kanton finanziell beteiligen muss.

#### Kleinkredite

Gemäss Kreditbeschluss wird die Digitalisierung der Wasserstandsmessungen rasch umgesetzt sowie diverse Wasserbauprojekte gemäss Entwicklungsschwerpunkt ES0012 realisiert.

#### Grosskredite

Weiterführung der Projekte Natur 2010, Auenschutz und Hochwasserschutz Wynental. Die Verhandlungen der Programmvereinbarungen mit dem Bund (NFA) sind noch nicht abgeschlossen, dadurch können sich die Budgetwerte der Bundeseinnahmen noch verändern.

### Veränderungen in den Planjahren

#### Globalbudget

2011; Nach Abschluss des Programms Natur 2010, sind die Kosten für Investitionserhalt der Naturschutzgebiete eingestellt.

#### Kleinkredite

Weiterführung der Projekte zur Erhöhung der Hochwassersicherheit gemäss Entwicklungsschwerpunkt ES0012. Ab 2011 - nach Abschluss des Programms Natur 2010 - Einzelkredite zur Realisierung gezielter Projekte geplant.

#### Grosskredite

Abschluss der Projekte im Wynental und Beginn der Realisierung im Suhrental.

## FUSSNOTEN

KU0018	Diese Zahlen hängen u.a. von den klimatischen Bedingungen ab. Das Mittel der Produktion 1981-2005 beträgt 2'817 Mio. kWh. Produktion: 2001: 3'150 Mio. kWh / 2002: 3'244 Mio. kWh / 2003: 2'596 Mio. kWh / 2004: 2'821 Mio. kWh
KU0020	Diese Kennzahl hängt grösstenteils von den klimatischen Bedingungen ab. Die Messungen erfolgen im Rhein bei Rheinfelden. Das langjährige Abflussmittel beträgt 1'040 m <sup>3</sup> /s. Der Mittelwert der jährlichen Spitzenabflüsse von 1995 bis 2005 beträgt 2'984 m <sup>3</sup> /s. Spitzenabfluss 2001: 2'940 m <sup>3</sup> /s / 2002: 3'030 m <sup>3</sup> /s / 2003: 2'000 m <sup>3</sup> /s / 2004: 3'000 m <sup>3</sup> /s / 2005: 3'450 m <sup>3</sup> /s
KU0021	Der Biotopschutzindex liefert Hinweise zur Qualität der wertvollen Naturschutzflächen im Aargau. Er basiert einerseits auf der Biotopqualität und andererseits auf dem Vorkommen einer Auswahl anspruchsvoller Arten. Für den BSI besteht ein Zielwert von 100, was einer optimalen Qualität der Top-Schutzgebiete entspricht.
ZI0013	Aktuell bestehen an den 13 grössten Bächen über 800 Wanderhindernisse, die die Aufwärtswanderung der einheimischen Fische ganzjährig oder zeitweise verhindern.

## UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS

Sanieren von belasteten Standorten und natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Luft, Wasser für die der Kanton massnahmenpflichtig ist, um die Sicherheit des Lebensraums zu gewährleisten und die Entwicklung des Lebens-, Wirtschafts- und Wohnraums zu unterstützen.

## AUFGABENSTRUKTUR

<b>Aufgabenbereich</b>	<b>630</b>	<b>Umweltsanierung</b>
Produktgruppen	63010	Umweltsanierung

## UMFELDENTWICKLUNG

Der Aufgabenbereich Umweltsanierung umfasst die Sicherung der Deponie Bärengaben sowie die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken (SMDK). Der Kanton beteiligt sich gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 2. November 2004 mit einer einmaligen Einlage von Fr. 11.3 Mio. an einem Konsortialfonds zur Sanierung des Bärengabens. Mit dem Fonds werden der Unterhalt und der Betrieb der zur Nachsorge und zur Sanierung eingesetzten Anlagen sowie die Störfallnachsorge während 80 Jahren sichergestellt. Alle zur Sanierung der Deponie Bärengaben notwendigen Massnahmen sind eingeleitet.

Die Sanierung der SMDK wird vom Konsortium SMDK durchgeführt, an welchem der Kanton zu 41.67 % beteiligt ist. Als Miteigentümer am Areal der SMDK ist der Kanton mitsanierungspflichtig. Das Konsortium hat die Aufgabe, unter grösstmöglichem Schutz der Anwohnenden und mit optimalem Mitteleinsatz die SMDK nachhaltig zu sanieren. Die Abteilung für Umwelt überwacht als Aufsichtsbehörde die Einhaltung der Sanierungsziele. Nach heutigem Zeitplan soll die Sanierung per Ende 2012 abgeschlossen sein.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
Umfeldkennzahlen						2009	2010	2011
630KU0001	Deponiekörper Bärengaben	m3	3'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000
630KU0002	Deponiekörper SMDK (Rückbau im Rahmen des Bauprogramms, Schätzung BVU)	m3	230'000	230'000	200'000	160'000	110'000	60'000
630KU0003	Politische Vorstösse zur SMDK	Anzahl	0	0	0	0	0	0
630KU0004	Reklamationen der Anwohner wegen Immissionen	Anzahl	0	0	0	0	0	0

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
630ZI0001	Die ergriffenen Massnahmen stellen sicher, dass von der Deponie Bärengaben keine akute Umweltgefährdung ausgeht.	1	Beanstandungen der Abt. für Umwelt an den Monitoring-Berichten.	Anzahl	0	0	0	0	0	0
630ZI0002	Die Gesamtsanierung der SMDK erfolgt unter Einhaltung der behördlichen Auflagen und innerhalb der Kosten- und Terminvorgaben.	1	Beanstandungen der Abt. für Umwelt an den Monitoring-Berichten.	Anzahl	0	0	0	0	0	0
		2	Kostenabweichung gegenüber der Endkostenprognose pro Saldo, bezogen auf den Globalkredit	%	0	0	0	0	0	0
		3	Nichteinhaltung der Fristen	Anzahl	0	0	0	0	0	0

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Für den Bärengaben besteht aufgrund der vertraglichen Verpflichtungen kein Handlungsbedarf. Bei den Ausgaben für die Gesamtsanierung der SMDK handelt es sich um gebundene Ausgaben. Der Grosse Rat hat am 30. November 2004 den erforderlichen Verpflichtungskredit bewilligt. Beide Aufgaben werden über die Sonderfinanzierung finanziert.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-28'943</b>	<b>-27'170</b>	<b>-45'500</b>	<b>67.5</b>	<b>-45'400</b>	<b>-35'500</b>	<b>-35'400</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>28'943</b>	<b>27'170</b>	<b>45'500</b>	<b>67.5</b>	<b>42'600</b>	<b>35'500</b>	<b>35'400</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>X</b>	<b>-2'800</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Total Aufwand Grosskredite	-14'843	-27'170	-30'500	12.3	-30'400	-20'500	-20'400
Total Ertrag Grosskredite	14'843	27'170	30'500	12.3	27'600	20'500	20'400
Saldo Grosskredite	0	0	0	X	-2'800	0	0
Total Aufwand LUAE	-14'099		-15'000	X	-15'000	-15'000	-15'000
Total Ertrag LUAE	14'099		15'000	X	15'000	15'000	15'000
Saldo LUAE	0		0	X	0	0	0

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Investitionsbeiträge SMDK	-14'843	-27'170	-30'500	12.3	-27'600	-20'500	-20'400
Total Ertrag Grosskredite Investitionsbeiträge SMDK	14'843	27'170	30'500	12.3	27'600	20'500	20'400
Saldo Grosskredite Investitionsbeiträge SMDK	0	0	0	X	0	0	0
Total Aufwand Grosskredite Investitionsbeiträge Bärengraben					-2'800		
Total Ertrag Grosskredite Investitionsbeiträge Bärengraben							
Saldo Grosskredite Investitionsbeiträge Bärengraben					-2'800		

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge VASA-Fonds	-14'099		-15'000	X	-15'000	-15'000	-15'000
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge VASA-Fonds	14'099		15'000	X	15'000	15'000	15'000
Saldo LUAE Durchlaufende Bundesbeiträge VASA-Fonds	0		0	X	0	0	0

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderungen von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Grosskredite

Die Jahrestrenche richtet sich nach dem geplanten Bauverlauf und dem daraus resultierenden Finanzplan.

###### LUAE

Durchlaufender Bundesbeitrag an die Sondermülldeponie Kölliken gemäss Verordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten (VASA Fonds).

##### Veränderungen in den Planjahren

###### Grosskredite

Die Schlusszahlung des Kantons wird mit der Auffüllung der Deponie Bärengraben fällig. Die Auffüllung verzögert sich und dadurch auch die Schlusszahlung.

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Sicherstellen der Mobilität durch eine verkehrsträgerübergreifende, wirtschaftliche und nachhaltige Verkehrsentwicklung sowie ein attraktives und marktgerechtes Verkehrsangebot, welche die Entwicklung des Lebens-, Wirtschafts- und Wohnraums unterstützen.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	635	Verkehrsangebot
Produktgruppen	63510	Öffentlicher Verkehr
	63520	Gesamtverkehr

**UMFELDENTWICKLUNG**

Die Abteilung Verkehr erarbeitet Grundlagen für eine integrierte Verkehrspolitik. Sie koordiniert die Realisierung und den Betrieb von Anlagen des Individualverkehrs wie auch des öffentlichen Verkehrs. Die Sektion Verkehrsplanung stellt aufgrund von Verkehrsuntersuchungen, -analysen, -modellen und -prognosen Basisdaten zur Verfügung. Sie entwickelt Konzepte, Zweckmässigkeitsbeurteilungen, Machbarkeitsstudien und Prioritätenvorgaben für den Individualverkehr. Die Sektion öffentlicher Verkehr erarbeitet Angebotsstrategien sowie Infrastruktur- und Betriebskonzepte. Sie ist federführend bei der Bestellung der Angebote im Regionalverkehr, den Abgeltungen und der Finanzierung des öV.

Die Nachfrage nach Verkehrsleistungen ist ungebrochen. Der dichter werdende Verkehr bewirkt eine Verschärfung der Engpässe im Strassen- und Bahnnetz. Die Grenzen der Kapazitäten sind in den Spitzenstunden erreicht. Zunehmende Beachtung wird dem Verkehr in den Agglomerationen beigemessen, wo die Konflikte und Staus besonders akzentuiert sind. Als Grundlage für Verbesserungen dienen die Agglomerationsprogramme, welche eine integrierte, regionale Abstimmung von Siedlungs- und Verkehrsentwicklung aufzeigen. Die Erweiterung und Sanierung der Bahn- und Strasseninfrastruktur, die Erneuerung des Rollmaterials sowie der Billettverkaufsgeräte, die Massnahmen in die Verkehrssicherheit und in die Strassenraumgestaltung bedingen in den nächsten Jahren einen substanziellen Investitionsbedarf. Beispiele sind das 3. Gleis Gexi, der Neubau Bahnhof Aarau, die WSB-Verlegung Aarau-Suhr oder der Schulhausplatz in Baden.

Zunehmender Wettbewerb im öV eröffnet Chancen zu Qualitätssteigerungen und Kosteneinsparungen. Die ab 2008 wirksame Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) führt dagegen zu einer Reduktion des Bundesanteils an den Abgeltungen des öffentlichen Verkehrs von rund Fr. 20 Mio. für Kanton und Gemeinden. Neue Aufgaben erfordern zusätzliche Planungsressourcen. Im öffentlichen Verkehr werden Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Transportunternehmen abgeschlossen, ein qualitatives und quantitatives Benchmarking aufgebaut sowie die Geschäftsstelle der Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs der Nordwestschweiz (KöV NWCH) betreut. In der Gesamtverkehrsplanung steigt der Aufwand für Projekte in den Bereichen Verkehrsmanagement (Baden/Wettingen, Aarau, Brugg/Windisch), Machbarkeits- und Zweckmässigkeitsbeurteilungen (z.B. A1 Zubringer Lenzburg/Bünzthal, Anbindung Unteres Aaretal) sowie Betriebs- und Gestaltungskonzepte.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
635KU0002	Abgeschlossene SBB-Bahnlärmsanierungen im Aargau (von insgesamt 43 Sanierungsprojekten)	Anzahl	28	38	43	43	43	43
635KU0003	Verkehrstote im Kanton Aargau	Anzahl	26	36	30	30	29	29
635KU0007	Treibstoffpreis (s. Fussnote)	Franken						
635KU0009	Verletzte bei Unfällen im Verkehr im Kanton Aargau	Anzahl			1'700	1'600	1'600	1'600
<b>Leistungskennzahlen</b>								
635KL0013	Umsteigeanlagen (Park+Ride, Park+Pool)	Anzahl	86	92	93	95	96	96
635KL0014	Verkaufte Jahresabonnemente Tarifverbund A-Welle	Anzahl			19'000	19'200	19'400	19'500
635KL0015	Verkaufte Monatsabonnemente Tarifverbund A-Welle	Anzahl			151'700	153'200	154'700	155'200
<b>Finanzkennzahlen</b>								
635KF0005	Abgeltungen Kanton und Gemeinden für den öffentlichen Verkehr pro Einwohner (inkl. Teuerung)	Franken	137.2	144.2	198.8	204.5	213.48	227.88



#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

K85 AFP 2007-2010: Die Kennzahl "Strassenverkehrsleistung National- und Kantonsstrassen im Kanton Aargau" wird nicht fortgeschrieben. Begründung: SOLL- und IST-Werte basieren auf einer berechneten Grösse aus dem kantonalen Verkehrsmodell und weichen nicht voneinander ab.

K95 AFP 2007-2010: Die Kennzahl "Anzahl ungenügend gesicherte Bahnübergänge" (insgesamt 100) wird nicht fortgeschrieben. Begründung: Sicherung und Sanierung der Bahnübergänge erfolgen durch die Abteilung Tiefbau (AB 640) und die Bahnunternehmen.

KU0002: Die Bahnlärmsanierungen sind bis Ende 2008 abgeschlossen. Sie wird im AFP 2009-2012 nicht mehr fortgeschrieben.

KU0007: Neue, im AFP erstmals aufgeführte Kennzahl (Jahresdurchschnittspreis pro Liter Benzin bleifrei 95 im Jahr 2006: Fr. 1.64).

KU0009: Die bisher geführte Kennzahl "Schwerverletzte bei Unfällen im Verkehr" wird in Analogie zum AB 210 Polizeiliche Sicherheit ersetzt durch "Verletzte bei Unfällen im Verkehr".

KL0014 und KL0015: Im AFP erstmals aufgeführte Leistungskennzahlen.

KF0005: Der Kostensprung 2007/2008 von Fr. 144.20 auf Fr. 198.80 wird durch die NFA ausgelöst.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
635ES0024	Nachfragesteigerung des öffentlichen Verkehrs durch attraktive Angebote (Infrastruktur, Rollmaterial) und Tarifverbundoptimierung durch schrittweise Umsetzung des Mehrjahresprogramms öffentlicher Verkehr	1	Nettoaufwand Globalkredit (diverse und geplante Globalkredite)		1'800	6'520	13'580	34'530		56'430
		2	Verlegung der WSB auf das SBB-Trasse Aarau-Suhr und Umbau Bahnhof Suhr (GRB Nr. 06.469, 21.02.06)	2009						
		5	Rollmaterialerneuerung Bremgarten-Dietikon-Bahn sowie Wynen- und Suhrentalbahn; Fahrzeuglieferung ab Mitte 2008	2010						
		6	Einführung eines integralen Tarifverbundes im Gebiet der A-Welle und Inbetriebnahme neuer Verkaufsgeräte	2008						
		7	Regio-S-Bahn Basel: Ausbau der Infrastruktur und Einsatz von neuem Rollmaterial (GRB Nr. 05.118, 28.6.05)	2009						
		8	3. Gleis Lenzburg - Gexi (GRB Nr. 07.1087, 8.05.2007)	2010						
		9	Umbau Bahnhof Aarau (Zusatzfinanzierung beantragt); Inbetriebnahme	2010						
		10	Ersatz Zugsicherung Bremgarten-Dietikon-Bahn; Projekt / Fertigstellung	2008/2010						
		11	Angebotskonzept Fahrplan 2009 (Eröffnung Lötschbergtunnel / neues Gotthardkonzept)	2008						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000				
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012
635ES0025	Erhöhung der Erreichbarkeit und Verflüssigung des Individualverkehrs durch Verkehrs- und Mobilitätsmanagement	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)						
		2	Zweijähriger Pilotbetrieb von "aargaumobil - die Mobilitätsplattform im Kanton Aargau" zur Einführung des Mobilitätsmanagements in Unternehmen und Gemeinden; Massnahmen, Aktionen	2008					
		3	Verkehrsmanagement Baden/Wettingen	2010					
		4	Verkehrsmanagement Aarau und Umgebung	2011					
		5	Verkehrsmanagement Brugg/Windisch	2012					
635ES0026	Abstimmung von Siedlung und Verkehr in den Regionen	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)						
		2	A1 Zubringer Lenzburg/Bünzthal; Zweckmässigkeitsbeurteilung	2008					
		3	Rheinbrücke Koblenz-Waldshut; Projekt Brückenköpfe / Inbetriebnahme	2009/2011					
		4	Wiggertalstrasse: Zweckmässigkeitsbeurteilung Abschnitt Bernstrasse - Rishalden und Aareübergang; Prüfung Anschluss Wiggertalstrasse an A1/A2	2008					
		5	Sins; Umfahrung; Richtplananpassung / Inbetriebnahme	2009/2015					
		6	Seon; Ortsdurchfahrt / Umfahrung; Zweckmässigkeitsbeurteilung	2008					
		7	Anbindung unteres Aaretal an A1/A3; Zweckmässigkeitsbeurteilung	2008					
		8	Wildeggen; Ortsdurchfahrt / Umfahrung; Zweckmässigkeitsbeurteilung	2009					
		9	Fislisbach; Ortsdurchfahrt; Betriebs- und Gestaltungskonzept / Inbetriebnahme	2009/2011					
		10	Schafisheim; Ortsdurchfahrt; Betriebs- und Gestaltungskonzept/Inbetriebnahme	2008/2012					
		11	Siggenthal Station (Würenlingen); Betriebs- und Gestaltungskonzept / Inbetriebnahme	2008/2010					
		12	A1 Anschluss Aarau Ost; Machbarkeitsstudie	2010					
		13	Umfahrung Mellingen: Festsetzung Richtplan; Generelles Projekt und Globalkredit (AB 640)	2007/2008					
		14	Ostumfahrung Zurzach: Festsetzung im Richtplan; Generelles Projekt und Globalkredit (AB640)	2008/2009					

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ESP05 AFP 2007-2010: Der Entwicklungsschwerpunkt "Langsamverkehr" wird nicht mehr aufgeführt. Begründung: Planung und Umsetzung durch die Abteilung Tiefbau (AB 640).

ESP10 M10 und M11 AFP 2007-2010: Der Entwicklungsschwerpunkt "Sanierungsprojekte der Bremgarten-Dietikon-Bahn" wird nicht mehr aufgeführt. Begründung: Baubeginn der beiden Projekte Bibenlos und Heintrüti 2007; Inbetriebnahme 2008.

ES0024: Ab 2012 fallen Investitionskosten von durchschnittlich Fr. 16.7 Mio. pro Jahr zur Umsetzung der Infrastrukturprojekte gemäss Mehrjahresprogramm an.

ES0025: Die im AFP 2007-2010 aufgeführte Massnahme "Erarbeitung des Leitbilds Telematik mit konkreten Umsetzungsmassnahmen" wird durch die drei Projekte Verkehrsmanagement Baden/Wettingen, Aarau sowie Brugg/Windisch abgelöst.

ES0026: Zwecks besserer Steuerung sind hier die wichtigsten Projekte zur Umsetzung des ESP "Abstimmung von Siedlung und Verkehr" aufgelistet.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
635ZI0017	Das Angebot des öffentlichen Verkehrs wird in allen Regionen nachfrageorientiert und nach wirtschaftlichen Aspekten weiter entwickelt und konsolidiert. Infrastruktur und Rollmaterial werden langfristig entwickelt und laufend optimiert und unterhalten.	1	Gewichtete Bahnabfahrten in den Gemeinden pro Woche	Anzahl	87'384	89'400	90'900	92'400	93'900	94'400
		2	Gewichtete Busabfahrten in den Gemeinden pro Woche	Anzahl	107'973	110'300	111'600	113'000	114'000	115'000
		3	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot des Bundes	Mio. Fr.	64.45	64.23	43.93	44.14	44.36	44.57
		4	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot des Kantons (60 %)	Mio. Fr.	46.15	50.85	70.41	72.97	76.39	78.24
		5	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot der Gemeinden (40 %)	Mio. Fr.	30.76	35.6	46.94	48.64	50.93	52.18
		6	Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot insgesamt	Mio. Fr.	141.36	150.68	161.29	165.76	171.67	175.03
		7	Jährlich investierte Mittel für Bahninfrastruktur	Mio. Fr.	5.1	9.82	14.42	21.73	12.99	13.5
		8	Kostendeckung Bahnen (Normalspur)	%			44	45	45	46
		9	Kostendeckung Bahnen (Meterspur; exkl. Infrastrukturbetriebskosten)	%			39	37	35	36
		10	Kostendeckung Bus	%			36	37	38	38
635ZI0018	Optimierte Verkehrsentwicklung durch Abstimmung von Siedlung, Verkehr, Wirtschaft und Umwelt, Kombination der Verkehrsträger sowie steuernde und lenkende Massnahmen.	1	Maximaler Planungsaufwand (intern + extern) im Verhältnis zu Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und Abgeltungen für das ÖV-Angebot	%	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0017 I3 - I6: Auswirkung NFA ab 2008: Reduktion Abgeltung des Bundes um ca. Fr. 20 Mio. mit entsprechender Erhöhung beim Kanton und bei den Gemeinden.

## STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Der Aufgabenbereich Verkehrsangebot basiert im Wesentlichen auf dem Strassengesetz (StrG) und dem Gesetz über den öffentlichen Verkehr (ÖVG).

Die grösste Position des Bruttoaufwandes im Globalbudget stellen mit rund 96 % die Abgeltungen (Kanton/Gemeinden) für das öV-Angebot dar (ZI0017). Die Abgeltungen umfassen die ungedeckten Kosten für bestellte Verkehrsangebote, die Auswirkungen der NFA, die Teuerung sowie die Abschreibungen der Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und Geräten. Unter Berücksichtigung der Beteiligung des Bundes werden mit Fr. 1 Mio. Nettobeiträgen des Kantons rund Fr. 2.3 Mio. Abgeltungen finanziert. Die Abgeltungen für das bestellte Angebot sind - ohne aufwendige Sondermassnahmen - im Budgetjahr aufgrund des Bestellverfahrens (Leistungsaufträge an die Transportunternehmen) und der Veröffentlichung der Fahrpläne nicht steuerbar (ZI0017).

Eine direkte Steuerbarkeit von Aufgaben und Projekten über die Finanzen ist vor allem im Bereich der Globalkredite möglich. Bei den beschlossenen Globalkrediten kann über die Zuteilung der Jahrestanchen, bei geplanten Globalkrediten über die Jahrestanche und den Globalkreditbeschluss gesteuert werden. Konsequenzen bezüglich (Nicht-) Realisierung können aufgrund der definierten Projektziele aufgezeigt werden.

Zusätzlich dient das Mehrjahresprogramm öffentlicher Verkehr zur langfristigen Steuerung (Botschaft 07.105 vom 25. April 2007).

Der Aufwand für die gesamte Verkehrsplanung (MIV, öV und LV) ist ausgerichtet auf die zunehmende Fülle von dringenden Verkehrsproblemen im Kanton. Mit guten, ausgereiften Planungen können die Verkehrsaufgaben möglichst zeitgerecht und zum Vorteil der Standortattraktivität gelöst werden, ebenso können Investitionskosten optimiert und teilweise reduziert werden (ZI0018).

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-94'649</b>	<b>-104'688</b>	<b>-138'132</b>	<b>32.0</b>	<b>-149'170</b>	<b>-145'987</b>	<b>-149'690</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>37'640</b>	<b>40'054</b>	<b>61'365</b>	<b>53.2</b>	<b>61'009</b>	<b>63'340</b>	<b>64'622</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-57'009</b>	<b>-64'634</b>	<b>-76'767</b>	<b>18.8</b>	<b>-88'161</b>	<b>-82'647</b>	<b>-85'068</b>
Total Aufwand Globalbudget	-89'536	-91'683	-120'146	31.1	-127'102	-132'833	-136'030
Total Ertrag Globalbudget	37'640	37'454	58'175	55.3	61'009	63'340	64'622
Saldo Globalbudget	-51'896	-54'229	-61'971	14.3	-66'093	-69'493	-71'408
Total Aufwand Kleinkredite	-708	-3'385	-6'976	106.1	-6'897	-5'374	-6'580
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-708	-3'385	-6'976	106.1	-6'897	-5'374	-6'580
Total Aufwand Grosskredite	-4'405	-9'620	-11'010	14.5	-15'170	-7'780	-7'080
Total Ertrag Grosskredite		2'600	3'190	22.7	0		
Saldo Grosskredite	-4'405	-7'020	-7'820	11.4	-15'170	-7'780	-7'080

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Verlegung WSB Aarau/Suhr		-2'050		-100.0	-1'620	-630	
Total Ertrag Grosskredite Verlegung WSB Aarau/Suhr							
Saldo Grosskredite Verlegung WSB Aarau/Suhr		-2'050		-100.0	-1'620	-630	
Total Aufwand Grosskredite Regio-S-Bahn Basel	-1'800	-6'050	-6'790	12.2	0		
Total Ertrag Grosskredite Regio-S-Bahn Basel		2'600	3'190	22.7	0		
Saldo Grosskredite Regio-S-Bahn Basel	-1'800	-3'450	-3'600	4.4	0		
Total Aufwand Grosskredite Zuk. GK Gexi Lenzburg; Ausbau	0		-2'650	X	-11'950	-4'500	-200
Total Ertrag Grosskredite Zuk. GK Gexi Lenzburg; Ausbau							
Saldo Grosskredite Zuk. GK Gexi Lenzburg; Ausbau	0		-2'650	X	-11'950	-4'500	-200
Total Aufwand Grosskredite BDWM; Ausbau Reppischhof-Rudolfstetten	-285	-300		-100.0	0		
Total Ertrag Grosskredite BDWM; Ausbau Reppischhof-Rudolfstetten							
Saldo Grosskredite BDWM; Ausbau Reppischhof-Rudolfstetten	-285	-300		-100.0	0		
Total Aufwand Grosskredite BDWM; Ausbau Bibenlos	-2'319	-300		-100.0	0		
Total Ertrag Grosskredite BDWM; Ausbau Bibenlos							
Saldo Grosskredite BDWM; Ausbau Bibenlos	-2'319	-300		-100.0	0		

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Zuk. GK BDWM; Ersatz Zugsicherungssystem			-1'570	X	-1'600	-1'650	-380
Total Ertrag Grosskredite Zuk. GK BDWM; Ersatz Zugsicherungssystem							
Saldo Grosskredite Zuk. GK BDWM; Ersatz Zugsicherungssystem			-1'570	X	-1'600	-1'650	-380
Total Aufwand Grosskredite Zuk. GK SBB; Neubau Bahnhof Aarau		-420	0	-100.0	0		
Total Ertrag Grosskredite Zuk. GK SBB; Neubau Bahnhof Aarau							
Saldo Grosskredite Zuk. GK SBB; Neubau Bahnhof Aarau		-420	0	-100.0	0		
Total Aufwand Grosskredite Zuk. GK; Umsetzung Agglomerationsprogramme						0	-1'000
Total Ertrag Grosskredite Zuk. GK; Umsetzung Agglomerationsprogramme							
Saldo Grosskredite Zuk. GK; Umsetzung Agglomerationsprogramme						0	-1'000
Total Aufwand Grosskredite Zuk. GK BDWM; Gleissanschluss Wohlen-Bremgarten						-1'000	-4'000
Total Ertrag Grosskredite Zuk. GK BDWM; Gleissanschluss Wohlen-Bremgarten							
Saldo Grosskredite Zuk. GK BDWM; Gleissanschluss Wohlen-Bremgarten						-1'000	-4'000
Total Aufwand Grosskredite Zuk. GK Umsetzung Behindertengleichstellung		-500		-100.0	0	0	-1'500
Total Ertrag Grosskredite Zuk. GK Umsetzung Behindertengleichstellung							
Saldo Grosskredite Zuk. GK Umsetzung Behindertengleichstellung		-500		-100.0	0	0	-1'500

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderung von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Die Auswirkungen der NFA führen im öV ab 2008 zu einer Reduktion des Bundesanteils von 57 % auf 39 %, was einem Betrag von rund Fr. 20 Mio. entspricht. Durch die Rollmaterialbeschaffung und die Anschaffung der Verkaufsgeräte für den integralen Tarifverbund fallen zusätzliche Kosten für die Verzinsung und Amortisation der Investitionen an. Gemäss NFA-Ausführungsgesetzgebung soll ab 2008 ein Betrag von Fr. 9 Mio. aus der Strassenrechnung für die öV-Infrastruktur eingesetzt werden. Die Anschlussgesetzgebung befindet sich zurzeit noch in der Beratung im Grossen Rat. Um die Grundlagen für die Bereiche Telematik und Verkehrsmanagement sowie die Finanzplanung und weitere wichtige Planungsinstrumente im Bereich des öV zu bearbeiten, müssen die personellen Ressourcen erhöht werden.

###### Kleinkredite

Realisierung neuer Projekte: Neubau Bahnhof Aarau; WSB Umbau Mittelperron Bahnhof Aarau; WSB workAAR-Center Gränichen; BDWM Sanierung Reussbrücke.

###### Grosskredite

Verschiedene neue Grossprojekte (3. Gleis Gexi, Regio-S-Bahn Basel, WSB-Verlegung Aarau-Suhr, Ersatz des Zugsicherungssystems der BDWM) führen zu steigendem Investitionsbedarf.

##### Veränderungen in den Planjahren

###### Globalbudget

Mehrbedarf bei den Abschreibungen für die Beschaffung des neuen Rollmaterials (Regio-S-Bahn Basel, BDWM, WSB, Freiamt) sowie der neuen Billettverkaufsgeräte führen zu höheren Abgeltungen im öV.

###### Kleinkredite

Beiträge für die Eigentrassierung in Unterkulm und die Verlegung der Haltestelle Küngoldingen führen ab 2009 zu höheren Infrastrukturbeiträgen des Kantons.

###### Grosskredite

Der Zahlungsplan für das 3. Geleise Gexi führt im 2009 zu einem Mehrbedarf von rund Fr. 7 Mio.

#### FUSSNOTEN

KU0007 keine Budget- und Planzahlen vorhanden; Fortschreibung der IST-Zahlen ab 2007; Jahresdurchschnittspreis pro Liter Benzin bleifrei 95; Quelle: Bundesamt für Statistik

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHES**

Sicherstellen der Mobilität durch einen ökonomisch und ökologisch ausgewogenen Bau, Betrieb und Substanzwerterhalt einer der Allgemeinheit dienenden und sicheren Verkehrsinfrastruktur.

**AUFGABENSTRUKTUR**

Aufgabenbereich	640	Verkehrsinfrastruktur
Produktgruppen	64010	Strassenbau
	64020	Strassenbewirtschaftung
	64030	Verkehrstrennung

**UMFELDENTWICKLUNG**

Der Grundauftrag des Aufgabenbereichs umfasst die Sicherstellung der Mobilität durch einen ökonomisch und ökologisch ausgewogenen Bau, Betrieb und Werterhalt der kantonalen Strasseninfrastruktur in Abstimmung mit dem Bund (Nationalstrassen), der Raumentwicklung und dem öffentlichen Verkehr.

Durch die Lage des Kantons Aargau im Metropolitanraum Nordschweiz zwischen den Wirtschaftszentren Zürich und Basel sind der Pendler- und Geschäftsverkehr auf dem aargauischen Strassennetz im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlich hoch. Prognosen gehen von einer zunehmenden Mobilitätsnachfrage aus. Diese wird, angesichts der heute schon vorhandenen punktuellen Engpässe im Strassen- wie auch im Schienenverkehr und der nur noch geringen Netzreserven, den Problemdruck erhöhen. Die Staus auf den Strassen führen zu Verlustzeiten, Ausweichverkehr und höheren Luftschadstoffbelastungen. Zwar ist die Mobilität wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung, sie beeinflusst aber auch die Siedlungs- und Lebensqualität.

Ausgerichtet auf den Planungsbericht mobilitätAARGAU sollen im Aufgabenbereich Verkehrsinfrastruktur verschiedene Strategien forciert werden. Der Verflüssigung des Verkehrs dienen z.B. Ortsumfahrungen, bei denen einige Grossvorhaben vor dem Abschluss stehen, andere in die Planungsphase treten. Mit der vermehrten Anwendung der Verkehrs-Telematik sollen die vorhandenen Strassenflächen bestmöglichst genutzt und mit Betriebs- und Gestaltungskonzepten die Strassenräume in Siedlungen aufgewertet werden. Die Verkehrssicherheit soll gezielt verbessert werden, mit baulichen und elektrotechnischen Massnahmen sollen Unfallschwerpunkte systematisch eliminiert werden. Zur Förderung des Langsam-Verkehrs wird die Fertigstellung des kantonalen Radroutennetzes bis 2015 angestrebt. Ebenso soll der Lärmschutz an unseren Strassen zeitgerecht bis 2018 abgeschlossen sein.

Der Werterhalt der Kantonsstrassen soll weiterhin sichergestellt werden. Damit können Folgekosten für spätere Generationen vermieden werden.

Mit der NFA gehen ab 2008 die Nationalstrassen in den Besitz und in die Verantwortung des Bundes über. Die Projektleitung für laufende Vorhaben wird durch die Abteilung Tiefbau weiter sichergestellt. Der heutige Nationalstrassenunterhaltsdienst soll in die „Nationalstrassen Nordwestschweiz“ Trägerschaft der Nordwestschweizer Kantone (NSNW) überführt werden. Die Genehmigung durch die zuständigen Behörden ist noch offen. Damit verändern sich die finanziellen und personellen Ressourcen.

Die Finanzierung des Aufgabenbereichs Verkehrsinfrastruktur erfolgt über die Spezialfinanzierung Strassenrechnung. Durch reduzierte respektive verzögerte Beitragszahlungen des Bundes an die Kantone im Bereich LSVA, Kilometerglobale und Beiträge Lärmschutz und der Realisierung der geplanten Projekte, verändert sich der Fondsbestand auf eine minimale Rückstellung von rund Fr. 2 Mio.

Die Gesamtausgaben der Strassenrechnung werden infolge der NFA von Fr. 320 Millionen im Jahr 2007 auf durchschnittlich Fr. 250 Millionen in den Jahren 2008 bis 2011 zurückgehen. Für den Kanton bleibt eine Nettobelastung von rund Fr. 170 Mio. Aufgrund der NFA-Bilanz erfolgt 2008 bis 2010 eine jährliche Ausgleichszahlung von Fr. 9 Millionen aus der Strassenrechnung an die allgemeine Staatsrechnung zur Finanzierung von öV-Infrastrukturen. Mit dem Beschluss des Bundes über den Infrastrukturfonds erhält der Kanton Aargau für die Eigentrassierung WSB Aarau-Buchs-Suhr vorerst Fr. 34 Mio. Der Umfang der weiteren Agglomerationsbeiträge des Bundes ist noch unklar. Im Rahmen der NFA und der dualen Verkehrsentwicklung sind Überlegungen zu einer integralen Verkehrsfinanzierung im Gang.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
640KU0041	Motorfahrzeugabgaben	1'000 Fr.	112'206	113'039	115'887	117'595	119'303	121'133
640KU0042	LSVA	1'000 Fr.	24'045	22'000	25'000	25'000	25'000	25'000
640KU0043	Mineralölsteueranteil	1'000 Fr.	13'847	14'000	19'000	19'000	19'000	19'000
640KU0045	Entwicklung Kantonsstrassennetz KS	km	1'155	1'148	1'151	1'151	1'151	1'151
640KU0046	Entwicklung Radroutennetz	km	764	790	810	840	870	900
640KU0047	Anteil Personen, die sich durch Strassenlärm belästigt fühlen (s. Fussnote)	%			10			
640KU0048	Motorisierungsgrad (Personenwagen pro 1'000 Einwohner)	Anzahl	550	565	557	562	566	570
640KU0049	Rapportierte Verkehrsunfälle	Anzahl	2'983	2'900	2'800	2'800	2'800	2'800
<b>Leistungskennzahlen</b>								
640KL0017	Bruttovolumen Bau NS+KS	1'000 Fr.	184'343	169'334	121'958	122'517	128'028	102'381
640KL0018	Bruttovolumen Werterhalt NS+KS	1'000 Fr.	86'775	70'128	39'925	44'109	46'164	49'389
640KL0019	Mittelzuteilung für Werterhaltungsmassnahmen in % des Wiederbeschaffungswertes im Durchschnitt	%	1.3	1.7	0.9	1.1	1.2	1.3
<b>Finanzkennzahlen</b>								
640KF0001	Bruttoausgaben Kantonsstrassen pro Kopf, Investitionen Bau	Franken		167	183	199	210	171
640KF0002	Bruttoausgaben Kantonsstrassen pro Kopf, Investitionen Werterhalt	Franken		61	68	75	78	73
640KF0003	Bruttoausgaben Kantonsstrassen pro Kopf, Betrieb	Franken		42	46	44	44	44
640KF0007	Gesamtausgaben Strassenrechnung pro Kopf	Franken		550	410	420	430	390
640KF0008	Gesamtausgaben Strassenrechnung pro Personenwagen	Franken		994	740	750	760	680

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0041: Das Strassenverkehrsamt rechnet mit einer Zunahme von jährlich 1.4 %.

KU0042: Aktualisierte provisorische Prognose des Bundes ab 2008.

KU0043: Höherer Kantonsanteil ab 2008 durch neuen Verteilschlüssel im Rahmen NFA.

KU0045: Die veränderte Länge ergibt sich aus dem Abtausch von Kantons- und Gemeindestrassen. Die Botschaft an den Grossen Rat erfolgt im Jahr 2007, dabei handelt es sich bei der Veränderung mehrheitlich um Anpassungen aufgrund von verkehrsplanerischen Überlegungen infolge veränderter Funktion der Strassen.

KU0046: Entwicklung entsprechend den Projektrealisierungen (in den Kleinkrediten enthalten).

KU0047: Die Umfeldkennzahl wird nicht jedes Jahr erhoben. Die nächste Bundes- resp. Kantonsumfrage findet voraussichtlich 2008 statt.

KU0048: Siehe Umfeldkennzahlen AB 215 Verkehrszulassung.

KU0049: Siehe Leistungskennzahlen AB 210 Polizeiliche Sicherheit.

KL0017: Ab 2008 reduzierter Finanzbedarf infolge Übernahme der Nationalstrassen durch den Bund. Einzig die Folgemassnahmen N20/N4 am Mutschellen werden als Verbundaufgabe mit dem bisherigen Kostenteiler weitergeführt. Entwicklung entsprechend den in den Gross- und Kleinkrediten eingestellten Projekten.

KL0018: Ab 2008 reduzierter Finanzbedarf infolge Übernahme der Nationalstrassen durch den Bund. Entwicklung entsprechend den in den Gross- und Kleinkrediten eingestellten Projekten.

KL0019: Der bisherige Richtwert ist über einen Langzeithorizont zu betrachten. Er kann für die AFP-Periode aufgrund der erhobenen Zustandsklassen reduziert werden, ohne die Sicherheit und Gebrauchstauglichkeit zu gefährden.

KF0001, KF0002, KF0007 und KF0008: Entwicklung der Investitionen entsprechen den in den Gross- und Kleinkrediten eingestellten Projekten.

KF0001 - KF0007: Die der Berechnung zugrunde liegende Einwohnerentwicklung ist den Umfeldkennzahlen des AB 235 Registerführung und Rechtsaufsicht zu entnehmen.

Die bis zum Jahresbericht 06 geführten Umfeldkennzahlen K20 "Entwicklung Nationalstrassennetz NS" und K65 "Betriebskosten je Nationalstrassen-Kilometer" werden aufgehoben. Dies infolge Übernahme der Nationalstrassen durch den Bund.

Die im AFP 2007-2010 geführten Finanzkennzahlen K80 - K82 "Bruttoausgaben Kantonsstrassen pro Personenwagen" werden nicht mehr weitergeführt.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
640ES0019	Verflüssigung des Verkehrs und Erhöhung der Sicherheit durch Verkehrsmanagement und Telematik	1	Globalkredite projektbezogen bewilligt		200	100	200	1'500		2'000
		2	Erarbeitung von ersten Verkehrsmanagementkonzepten in den Regionen Aarau, Baden, Brugg, Wiggertal	2009						
640ES0020	Umsetzung der Lärmschutzmassnahmen im Kantonsstrassenbereich gemäss Bundesvorgaben	1	Globalkredit projektbezogen bewilligt		6'000	4'500	4'500	16'500	42'500	74'000
		2	Prioritäre Ressourcenzuteilung zur Realisierung von Lärmschutzprojekten	2018						
640ES0021	Realisierung des kantonalen Radroutennetzes	1	Globalkredite projektbezogen bewilligt		13'000	6'000	9'500	22'500	23'000	74'000
		2	Prioritäre Ressourcenzuteilung zur Realisierung von Radroutenprojekten	2015						

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

ES0019: Die Konzepterarbeitungen erfolgen unter Mitwirkung der betroffenen Gemeinden und der Verkehrsbetriebe.

ES0020: Die Neubearbeitung von ausführungsfähigen Projekten aufgrund der Anpassung der Lärmgesetzgebung des Bundes (zukünftiger Verkehrszustand heute plus 20 Jahre für die Beurteilung der Grenzwertüberschreitungen) sowie längere Projektgenehmigungsverfahren führten zu Verzögerungen. Gemäss Programmvereinbarung mit dem Bund reduzieren sich die Bundesbeiträge im 2008. Dies führt zu einer höheren Nettobelastung des Fonds.

ES0021: Im November 2004 legte der Grosse Rat das kantonale Radroutennetz und die Realisierungsdauer fest.

Aus dem bisherigen Entwicklungsschwerpunkt ES05 "Erhöhung der integralen Sicherheit und Aufwertung des Strassenraums in den Siedlungen durch Strassengestaltung", welcher auch als permanenter Auftrag des Aufgabenbereichs betrachtet werden kann, werden die neuen Entwicklungsschwerpunkte ES0020 und ES0021 extrahiert.

Die Gründung der Aktiengesellschaft durch die Kantone Aargau, Solothurn und Basel-Landschaft soll anfangs 2008 abgeschlossen sein. Damit entfällt der bisherige Entwicklungsschwerpunkt ES10 "Sicherung des Einflusses des Kantons Aargau auf Bewirtschaftung und Betrieb der Nationalstrassen".

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
640ZI0061	Die Verkehrsteilnehmenden, Bevölkerung und Gemeindebehörden sind mit der Tätigkeit der Abteilung Tiefbau zufrieden. (s. Fussnote)	1	Umfrageergebnis (Zufriedenheit mit: Ausbaustandard, baul. Zustand, Sauberkeit, Minimalwert)	%	71				80	
640ZI0062	Umfahrungsprojekte werden rasch realisiert.	1	Dem Verkehr übergebene Umfahrungen	Anzahl	2	1	1	1	1	0
640ZI0063	Die Verkehrssicherheit wird erhöht. (s. Fussnote)	1	Beseitigte Unfallschwerpunkte	Anzahl	2	4	4	2	2	2
		3	Bei Schneefall und Glätte ist die Benutzbarkeit der Kantonsstrassen innerhalb von 4 Std. nach Alarmierung sichergestellt. Vorgabe der Zielerreichung mindestens	%	98	95	95	95	95	95



ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre				
						2009	2010	2011		
640ZI0064	Kleinere Ausbauten und Lärmschutzmassnahmen sind in den Regionen angemessen verteilt.	1	Regionalverteilung Region 1: Aarau-Zofingen mindestens	%	27	10	10	10	10	10
		2	Regionalverteilung Region 2: Brugg-Baden mindestens	%	36	10	10	10	10	10
		3	Regionalverteilung Region 3: Lenzburg-Freiamt mindestens	%	13	10	10	10	10	10
		4	Regionalverteilung Region 4: Fricktal-Rheintal mindestens	%	24	10	10	10	10	10
640ZI0065	Der Substanzerhalt ist unter Anwendung von Instrumenten für die Zustandsbewertung und die Werterhaltungsplanung sichergestellt. (s. Fussnote)	1	Deckbeläge KS in den zwei schlechtesten Zustandsklassen sind maximal	%	28	30	30	30	30	30
		2	Brücken und Stützkonstruktionen in den zwei schlechtesten Zustandsklassen sind maximal	Anzahl	93	30	100	100	100	100
		3	Tunnel-Kilometer in den zwei schlechtesten Zustandsklassen sind maximal	km	0.1	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0062 I1: 2007 Aarburg, 2008 NK 495 Rheinfelden Möhlin, 2009 Folgemassnahmen N20/N4, 2010 Staffelegg.

ZI0065 I2: Bisher wurden die grossen Stützkonstruktionen im Indikator nicht berücksichtigt. Mit der systematischen Erfassung aller Stützkonstruktionen (ca. 2'500) muss der Soll-Wert ab 2008 erhöht werden.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Gesetzliche Grundlage ist das Strassengesetz (StrG) vom 17. März 1969.

Die für den Aufgabenbereich Verkehrsinfrastruktur notwendigen finanziellen Ressourcen stammen aus der Spezialfinanzierung "Strassenrechnung", deren Mittel gemäss Strassengesetz zweckgebunden zu verwenden sind. Die Steuerung erfolgt über mehrjährige Programme und Finanzpläne. Aus diesen Plänen wird ein kurz- bis mittelfristiges Bauprogramm erstellt, worin die Prioritäten aufgrund der Prioritätenmethodik im Strassenbau festgelegt werden. Dieses Bauprogramm ist die Grundlage für den AFP (ZI0062, ZI0063, ZI0064).

Grosse Kantonsstrassen-Vorhaben werden im Richtplan festgesetzt. Der Grosse Rat beschliesst Kantonsstrassenprojekte mit einem Nettoaufwand von mehr als Fr. 5 Millionen direkt und kann durch die Genehmigung der Jahrestanchen Einfluss nehmen.

Mit der Anpassung einzelner Soll-Werte der vorgenannten Ziele und Indikatoren kann das Parlament zum Beispiel die Prioritäten zwischen Bau und Werterhalt verschieben (ZI0061, ZI0063, ZI0065). Da der grösste Teil der Ausgaben projektgebunden ist und die geplanten Jahrestanchen auf die Realisierungsterminplanung der bewilligten Projekte abgestimmt sind, sind die kurzfristigen Steuerungsmöglichkeiten beschränkt. Aufgrund durchschnittlicher Projektierungs- und Verfahrensabläufe sind Änderungen frühestens in drei bis vier Jahren wirksam.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-351'201</b>	<b>-320'914</b>	<b>-242'145</b>	<b>-24.6</b>	<b>-247'354</b>	<b>-255'054</b>	<b>-232'141</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>351'201</b>	<b>320'914</b>	<b>242'145</b>	<b>-24.6</b>	<b>247'354</b>	<b>255'054</b>	<b>232'141</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>X</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Total Aufwand Globalbudget	-192'742	-150'246	-77'248	-48.6	-66'780	-64'872	-62'431
Total Ertrag Globalbudget	130'839	94'020	21'497	-77.1	13'371	11'657	9'549
Saldo Globalbudget	-61'903	-56'226	-55'751	-0.9	-53'409	-53'215	-52'882
Total Aufwand Kleinkredite	-77'268	-97'215	-72'782	-25.1	-92'846	-103'256	-108'763
Total Ertrag Kleinkredite	24'045	30'459	21'645	-28.9	27'648	37'045	34'439
Saldo Kleinkredite	-53'223	-66'756	-51'137	-23.4	-65'198	-66'211	-74'324
Total Aufwand Grosskredite	-60'690	-53'033	-72'615	36.9	-66'728	-65'926	-40'447
Total Ertrag Grosskredite	21'163	31'416	21'416	-31.8	39'140	37'449	16'420
Saldo Grosskredite	-39'526	-21'617	-51'199	136.9	-27'588	-28'477	-24'027
Total Aufwand LUAE	-20'502	-20'420	-19'500	-4.5	-21'000	-21'000	-20'500
Total Ertrag LUAE	175'154	165'019	177'587	7.6	167'195	168'903	171'733
Saldo LUAE	154'652	144'599	158'087	9.3	146'195	147'903	151'233

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Aarburg Ortskernumfahrung T2/NK103	-14'178	-9'300	-4'641	-50.1	-196	-33	
Total Ertrag Grosskredite Aarburg Ortskernumfahrung T2/NK103	6'187	17'000		-100.0	0		
Saldo Grosskredite Aarburg Ortskernumfahrung T2/NK103	-7'992	7'700	-4'641	-160.3	-196	-33	
Total Aufwand Grosskredite Rheintalstrasse Sulz, Etzgen, Schwaderloch	-2				0		
Total Ertrag Grosskredite Rheintalstrasse Sulz, Etzgen, Schwaderloch	412				0		
Saldo Grosskredite Rheintalstrasse Sulz, Etzgen, Schwaderloch	409				0		
Total Aufwand Grosskredite Ausbau Aarebrücke Koblenz-Felsenau	-5'398	-338		-100.0	0		
Total Ertrag Grosskredite Ausbau Aarebrücke Koblenz-Felsenau	2'341	1'000		-100.0	0		
Saldo Grosskredite Ausbau Aarebrücke Koblenz-Felsenau	-3'057	662		-100.0	0		
Total Aufwand Grosskredite Neue Staffeleggstrasse NK107	-6'094	-15'000	-25'643	71.0	-23'601	-8'423	
Total Ertrag Grosskredite Neue Staffeleggstrasse NK107							
Saldo Grosskredite Neue Staffeleggstrasse NK107	-6'094	-15'000	-25'643	71.0	-23'601	-8'423	
Total Aufwand Grosskredite Rheinfelden-Möhlin NK495	-5'365	-2'661	-1'904	-28.5	0		
Total Ertrag Grosskredite Rheinfelden-Möhlin NK495							
Saldo Grosskredite Rheinfelden-Möhlin NK495	-5'365	-2'661	-1'904	-28.5	0		
Total Aufwand Grosskredite Ennetbaden Kern- + Bäderumfahrung	-14'207	-9'656	-1'308	-86.5	0		
Total Ertrag Grosskredite Ennetbaden Kern- + Bäderumfahrung	3'844	3'887		-100.0	0		
Saldo Grosskredite Ennetbaden Kern- + Bäderumfahrung	-10'363	-5'769	-1'308	-77.3	0		
Total Aufwand Grosskredite Aarau Ostumfahrung K110	-1'375	-32		-100.0	0		
Total Ertrag Grosskredite Aarau Ostumfahrung K110		1'316		-100.0	0		
Saldo Grosskredite Aarau Ostumfahrung K110	-1'375	1'284		-100.0	0		
Total Aufwand Grosskredite Lenzburg Kernumfahrung NK247	-7'730	-1'839		-100.0	0		
Total Ertrag Grosskredite Lenzburg Kernumfahrung NK247	3'941	250		-100.0	0		
Saldo Grosskredite Lenzburg Kernumfahrung NK247	-3'790	-1'589		-100.0	0		

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Eigentrossierung WSB Muhen-Hirschthal	-404				0		
Total Ertrag Grosskredite Eigentrossierung WSB Muhen-Hirschthal							
Saldo Grosskredite Eigentrossierung WSB Muhen-Hirschthal	-404				0		
Total Aufwand Grosskredite Eigentrossierung WSB Reinach-Menziken	-948				0		
Total Ertrag Grosskredite Eigentrossierung WSB Reinach-Menziken	487				0		
Saldo Grosskredite Eigentrossierung WSB Reinach-Menziken	-461				0		
Total Aufwand Grosskredite Sanierung Seetalbahn Boniswil K249	-24	-3'000	-2'700	-10.0	-6'100	-4'480	-297
Total Ertrag Grosskredite Sanierung Seetalbahn Boniswil K249	638	4'000	2'318	-42.1	5'400	4'000	2'260
Saldo Grosskredite Sanierung Seetalbahn Boniswil K249	615	1'000	-382	-138.2	-700	-480	1'963
Total Aufwand Grosskredite Boswil/Bünzen, neue Überführung K359		-280	-500	78.6	-250	0	
Total Ertrag Grosskredite Boswil/Bünzen, neue Überführung K359							
Saldo Grosskredite Boswil/Bünzen, neue Überführung K359		-280	-500	78.6	-250	0	
Total Aufwand Grosskredite San. Seetalbahn, 1. Etappe, K249	-2'218	-250	-502	100.8	0		
Total Ertrag Grosskredite San. Seetalbahn, 1. Etappe, K249	1'120	260	660	153.9	2'140	2'000	
Saldo Grosskredite San. Seetalbahn, 1. Etappe, K249	-1'099	10	158	1'480.0	2'140	2'000	
Total Aufwand Grosskredite Limmatbrücke Baden/Obersiggenthal	-61				0		
Total Ertrag Grosskredite Limmatbrücke Baden/Obersiggenthal							
Saldo Grosskredite Limmatbrücke Baden/Obersiggenthal	-61				0		
Total Aufwand Grosskredite Rheinübergang Laufenburg	-51				0		
Total Ertrag Grosskredite Rheinübergang Laufenburg	711				0		
Saldo Grosskredite Rheinübergang Laufenburg	660				0		
Total Aufwand Grosskredite SBB-Haltestelle Mellingen Heitersberg							
Total Ertrag Grosskredite SBB-Haltestelle Mellingen Heitersberg	7				0		
Saldo Grosskredite SBB-Haltestelle Mellingen Heitersberg	7				0		
Total Aufwand Grosskredite Neubau Aarebrücke Lauffohr/Vogelsang	-69	-5'920	-5'770	-2.5	-701		
Total Ertrag Grosskredite Neubau Aarebrücke Lauffohr/Vogelsang							
Saldo Grosskredite Neubau Aarebrücke Lauffohr/Vogelsang	-69	-5'920	-5'770	-2.5	-701		
Total Aufwand Grosskredite San- Seetalbahn, 2. Etappe	-619	-1'400	-6'292	349.4	-9'000	-6'800	
Total Ertrag Grosskredite San- Seetalbahn, 2. Etappe	1'476	2'650	8'000	201.9	9'500	7'669	
Saldo Grosskredite San- Seetalbahn, 2. Etappe	857	1'250	1'708	36.6	500	869	
Total Aufwand Grosskredite Eigentrossierung WSB Aarau-Buchs-Suhr	-426	-500	-20'969	4'093.8	-26'080	-23'600	-2'000
Total Ertrag Grosskredite Eigentrossierung WSB Aarau-Buchs-Suhr		300	9'300	3'000.0	22'000	16'540	1'000
Saldo Grosskredite Eigentrossierung WSB Aarau-Buchs-Suhr	-426	-200	-11'669	5'734.5	-4'080	-7'060	-1'000
Total Aufwand Grosskredite Bibenlos, Doppelspur/Haltestelle BDWM	-279	-1'802	-940	-47.8			
Total Ertrag Grosskredite Bibenlos, Doppelspur/Haltestelle BDWM		753	753	0.0			
Saldo Grosskredite Bibenlos, Doppelspur/Haltestelle BDWM	-279	-1'049	-187	-82.2			
Total Aufwand Grosskredite Reppischhof, Ausweich/Haltestelle BDWM	-1'240		-346	X			
Total Ertrag Grosskredite Reppischhof, Ausweich/Haltestelle BDWM							
Saldo Grosskredite Reppischhof, Ausweich/Haltestelle BDWM	-1'240		-346	X			
Total Aufwand Grosskredite Zuk. GK Kantonsstrassen	-1	-1'055	-1'100	4.3	-800	-22'590	-38'150
Total Ertrag Grosskredite Zuk. GK Kantonsstrassen			385	X	100	7'240	13'160
Saldo Grosskredite Zuk. GK Kantonsstrassen	-1	-1'055	-715	-32.2	-700	-15'350	-24'990

FINANZEN LUAE > 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
						2009	2010	2011
LUAE Basisfinanzierung	Bundesbeiträge aus Mineralölsteuer	13'847	14'000	19'000	35.7	19'000	19'000	19'000
	Bundesbeiträge aus LSVA	24'045	22'000	23'000	4.6	25'000	25'000	25'000
	Bundesbeiträge Kilometerglobale an Ergänzung			0	X	5'100	5'100	5'100
	Interne Verrechnung Motorfahrzeugabgaben	112'206	113'039	115'887	2.5	117'595	119'303	121'133
Saldo LUAE Basisfinanzierung		150'098	149'039	157'887	5.9	166'695	168'403	170'233

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN		Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
						2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE Durchlaufende Beiträge		-905	-420	-500	19.1	-500	-500	-500
Total Ertrag LUAE Durchlaufende Beiträge		905	420	500	19.1	500	500	500
Saldo LUAE Durchlaufende Beiträge		0	0	0	X	0	0	0
Total Aufwand LUAE Verkehrssicherheit Kantonspolizei		-19'597	-20'000	-19'000	-5.0	-20'000	-20'000	-20'000
Total Ertrag LUAE Verkehrssicherheit Kantonspolizei								
Saldo LUAE Verkehrssicherheit Kantonspolizei		-19'597	-20'000	-19'000	-5.0	-20'000	-20'000	-20'000
Total Aufwand LUAE Fondsveränderung						-500	-500	
Total Ertrag LUAE Fondsveränderung		24'151	15'560	19'200	23.4	0	0	1'000
Saldo LUAE Fondsveränderung		24'151	15'560	19'200	23.4	-500	-500	1'000

#### KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

##### Veränderungen von Budget 2008 zu Budget 2007

###### Globalbudget

Durch die Übernahme der Nationalstrassen durch den Bund ab 2008 entfallen die Kantonsanteile für den Betrieb, Werterhalt und Bau. Einzig das Projekt Folgemassnahmen N20/N4 am Mutschellen wird als Verbundaufgabe mit dem bisherigen Kostenteiler weitergeführt. Aufgrund der NFA-Ausführungsgesetzgebung soll 2008 ein Betrag von Fr. 9 Mio. aus der Strassenrechnung für die öV-Infrastruktur eingesetzt werden.

###### Kleinkredite

Um die reduzierten und verzögerten Bundesmittel 2008 (LSVA, Kilometerglobale und Beiträge Lärmschutz) kompensieren zu können, muss die Planung der Kleinkredite angepasst werden.

###### LUAE

LSVA: Durch den einjährigen Aufschub des Klassenwechsels für EURO 3-Lastwagen erhöht sich der budgetierte LSVA-Beitrag nur um Fr. 1 Mio. (statt wie vorgesehen um Fr. 3 Mio.)

Kilometerglobale: Ab 2008 sollte der Kanton Aargau vom Bund eine Kilometerglobale von Fr. 5.8 Mio. erhalten. 2008 entfällt diese, weil der Bund u.a. noch projektbezogene Schlusszahlungen leistet. Für die Jahre 2009-2011 reduziert sich der Betrag aufgrund der Berechnungen des Bundes auf Fr. 5.1 Mio.

Bei den Motorfahrzeugabgaben wird weiterhin von einer leichten Zunahme von jährlich 1.4 % ausgegangen.

###### Veränderungen in den Planjahren

###### Globalbudget

Auslaufender Finanzbedarf bei den Folgemassnahmen N20/N4 am Mutschellen, welche als Verbundaufgabe Bund/Kanton geführt wird.

###### Kleinkredite

Nach Abschluss der laufenden Grossprojekte werden ab 2009 Lärmschutzprojekte, Werterhaltungsmassnahmen und Investitionen z.G. von Radrouten intensiviert.

###### Grosskredite

Ab 2008 reduziert sich der Finanzbedarf infolge finanziellem Abschluss diverser Grossbauvorhaben (z.B. NK495 Rheinfeldern, Kern- und Bäderumfahrung Ennetbaden, Aarebrücke Lauffohr-Vogelsang). Ab 2010 sind wieder Mittel für die Realisierung zukünftiger Grossprojekte veranschlagt.

###### LUAE

Basisfinanzierung: Bei den Motorfahrzeugabgaben wird weiterhin von einer leichten Zunahme von jährlich 1.4 % ausgegangen.

**FUSSNOTEN**

KU0047	Umfeldkennzahl, wird nur alle 4 Jahre erhoben. Letzte Erhebung 2002.
ZI0061	Eine Umfrage ist alle vier Jahre geplant (nächste Umfrage 2010). Zu abgeschlossenen Innerortsausbauten sind auf Stufe Produktgruppe Strassenbau jährlich mindestens zwei Umfragen vorgesehen.
ZI0063	Der Indikatorwert "Beseitigte Unfallschwerpunkte" weist nicht die eigentliche Bautätigkeit aus, sondern die zeitlich verschobene Erfolgskontrolle einer Massnahme.
ZI0065	Klasse 5 "Alarmierender Zustand": Benutzungsverbot für Objekt/Fahrbereich; Klasse 4 "Schlechter Zustand": Nutzungseinschränkung (Gewichts-/Geschwindigkeitslimiten für Objekt/Fahrbereich).

**UMSCHREIBUNG DES STEUERUNGSBEREICHS**

Vollzug der Wald-, Jagd- und Fischereigesetzgebung von Bund und Kanton; Erhalten und schützen des Waldes, fördern einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung, schützen und fördern der Wild- und Wassertiere sowie deren Lebensräume, verpachten der Jagdreviere und Fischenzen, bewirtschaften des Staatswaldes.

**AUFGABENSTRUKTUR**

<b>Aufgabenbereich</b>	<b>645</b>	<b>Wald, Jagd und Fischerei</b>
Produktgruppen	64510	Schutz des Waldes
	64520	Förderung der Waldbewirtschaftung
	64530	Jagd und Fischerei
	64540	Staatswaldbetrieb

**UMFELDENTWICKLUNG**

Der Grundauftrag des Aufgabenbereichs umfasst den integralen Schutz und die Nutzung des Waldes, den Schutz und die Förderung der Wild- und Wassertiere sowie deren Lebensräume, die Verpachtung der Jagdreviere und Fischenzen sowie die Bewirtschaftung des Staatswaldes. Das Umfeld des Aufgabenbereichs zeichnet sich dadurch aus, dass Umwelteinflüsse und zunehmende Raumansprüche der Gesellschaft den Druck auf die Lebensräume und die einheimischen Tier- und Pflanzenarten erhöhen. Generell nimmt das Spannungsfeld zwischen der Nutzung und dem Schutz der natürlichen Ressourcen in den drei Bereichen Wald, Jagd und Fischerei zu, und die Vollzugsaufgaben werden anspruchsvoller.

Der Schutz des Waldareals ist von der Bevölkerung akzeptiert und durch die Rechtsprechung bestätigt worden. Es ist dafür zu sorgen, dass der Wald seine Funktionen, namentlich die Schutz-, Wohlfahrts- und Nutzfunktion, erfüllen kann. Mit einem Anteil von 35 % an der Kantonsfläche kann der Aargauer Wald viel zur Artenvielfalt und zu einem gesunden Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen beitragen. Der Erhalt und die Entwicklung der biologischen Vielfalt im Wald werden im Rahmen einer dritten Etappe des Naturschutzprogramms Wald (Globalkredit) fortgesetzt.

Die Ansprüche an den Wald nehmen an Vielfalt und Intensität zu und führen zu einem erhöhten Druck auf Wald und Landschaft. Daraus resultiert ein höherer Aufwand im Vollzug insbesondere bei den Bewilligungsverfahren. Die gesellschaftlichen Ansprüche an den Wald sollen besser aufgenommen und mit anderen Nutzungsansprüchen koordiniert werden. Die Umsetzung der Massnahmen erfolgt aus Mitteln des Globalbudgets sowie über Kleinkredite gemäss dem Bericht über die Waldentwicklung im Kanton Aargau (waldentwicklungAARGAU).

Die Waldbewirtschaftung ist Sache der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer. Die Voraussetzungen für die Nutzung des Rohstoffs Holz sind im Aargau günstig. Die Wald- und Holzwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie zum Klimaschutz. Die Waldbewirtschaftung erfolgt nach den Prinzipien des naturnahen Waldbaus und nimmt Rücksicht auf die Waldböden. Die Einhaltung der gesetzlichen Auflagen wird im Rahmen der Holzschlagbewilligungen und der forstlichen Planung überwacht. Die Unterstützung der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer durch den Kanton beschränkt sich auf die Bereitstellung von Planungsgrundlagen, auf die Beratung und auf Beiträge an die Jungwaldpflege. Die dafür benötigten Mittel sind im Globalbudget eingestellt und bleiben 2008 – 2013 konstant.

Jagd und Fischerei leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Nutzung der Fisch- und Wildtierbestände sowie deren Lebensräume. Die Zukunft der Jagd soll u.a. mit einer Revision des Jagdgesetzes von 1969 gesichert werden. Der menschliche Druck auf Wild- und Wassertiere nimmt zu. Die Nutzung der Wildbestände und die Vermeidung untragbarer Wildschäden werden schwieriger. Die Vermeidung von Wildschäden erfordert eine bessere Vernetzung der Lebensräume sowie eine engere Zusammenarbeit der involvierten Kreise. Der Lebensraum der Wassertiere muss weiter verbessert werden. Ergänzend zu den grossen Wasserbauprojekten werden kleinere, aber wirksame fischereibiologische Aufwertungsmassnahmen initiiert und unterstützt. Die für die Vollzugsaufgaben im Bereich der Wild- und Wassertiere notwendigen Mittel sind im Globalbudget eingestellt und bleiben 2008 – 2013 konstant.

Der Kanton Aargau besitzt rund 3'300 ha Wald in 72 Gemeinden. Dieser wird in Betriebsgemeinschaften mit anderen öffentlichen Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern praktisch kostendeckend bewirtschaftet.

KENNZAHLEN		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
						2009	2010	2011
<b>Umfeldkennzahlen</b>								
645KU0026	Waldfläche	ha	49'050	49'079	49'079	49'079	49'079	49'079
645KU0027	Öffentliche Waldeigentümer/innen	Anzahl	270	270	270	270	270	270
645KU0028	Private Waldeigentümer/innen	Anzahl	14'000	14'000	14'000	14'000	14'000	14'000
645KU0029	Jagdreviere	Anzahl	218	218	218	218	218	218
645KU0030	Fischenzpachten	Anzahl	201	229	229	229	229	229
645KU0031	Fläche des Staatswaldes	ha	3'295	3'295	3'295	3'295	3'295	3'295
645KU0032	Fischereilich nutzbare Gewässerstrecke	km	1'317	1'317	1'317	1'317	1'317	1'317
645KU0033	Forstbetriebe > 500 ha	Anzahl	32	32	33	33	33	33
645KU0034	genutzte Holzmenge im Aargauer Wald	m3	483'906	500'000	500'000	500'000	500'000	500'000
645KU0035	Betriebsergebnisse pro ha im öffentlichen Wald gemäss BAR (s. Fussnote)	m3	-44	0	0	5	5	5
645KU0036	Fläche Jungwald (s. Fussnote)	ha		10'000	10'000	10'000	10'000	10'000
<b>Leistungskennzahlen</b>								
645KL0009	Anteil mit 50jährigen Verträgen gesicherte Reservatsfläche an der Gesamtwaldfläche. (s. Fussnote)	%		4.13	7.03	7.43	7.83	8.23
645KL0023	Bewilligungen und Mitberichte Waldrecht (s. Fussnote)	Anzahl	440	435	435	435	435	435
645KL0024	Bewilligungen und Mitberichte Fischerei- und Jagdrecht (s. Fussnote)	Anzahl	926	690	900	850	850	800
645KL0026	Durchschnittliche, pro Forstkreis betreute Waldfläche	ha	9'800	12'250	12'250	12'250	12'250	12'250
645KL0028	Langfristig gesicherte Naturschutzflächen im Staatswald	ha	538	400	714	742	742	742

#### KOMMENTAR ZU DEN KENNZAHLEN

KU0032 - KU0036: Bei diesen Kennzahlen handelt es sich teilweise um ehemalige Ziele/Indikatoren (siehe AFP 2007-2010).

KU0033: Die Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer stellen eine zweckmässige Betriebsorganisation sicher. Die forstbetrieblichen Strukturen haben sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Es ist davon auszugehen, dass eine Mindestgrösse eines Forstbetriebs gegeben sein muss, um eine rationelle Waldbewirtschaftung sicherstellen zu können.

KU0034: Die Holznutzung im öffentlichen Wald (rund 80 % des Waldeigentums) schöpft den jährlichen Zuwachs ab, während im Privatwald noch ein Steigerungspotenzial vorhanden ist. Infolge der verbesserten Situation am Holzmarkt ist vermehrt darauf zu achten, dass keine Übernutzung des Waldes stattfindet. Dies wird durch die Erteilung von Holzschlagbewilligungen sichergestellt.

KL0026: Durch die Reduktion der Anzahl Kreisforstämter von 6 auf 4 ist die pro Kreis betreute Waldfläche sukzessive auf den heutigen Wert angestiegen.

KL0028: Zu den langfristig gesicherten Flächen werden die Naturwaldreservate und Altholzinseln sowie neu die Eichenwälder gezählt. Dies führt zum starken Ansteigen der Budgetwerte. Diese Kennzahl wurde gegenüber dem AFP 2007-2010 angepasst.

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000					
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012	Total
645ES0008	Erhalt und Entwicklung der biologischen Vielfalt im Wald	1	Nettoaufwand Globalkredit (GRB-Nr. 01.0259, 30.10.2001) und geplante Globalkredite		9'990	1'050	1'250	3'750	2'500	18'540
		2	Durchführung und Abschluss zweite Etappe Naturschutzprogramm Wald	2007						
		3	Dritte Etappe Naturschutzprogramm Wald	2013						

ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTE		MASSNAHMEN		Termin	Aufwand in Fr. 1000				
					bis 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre 2009-2011	ab 2012
645ES0010	Evaluation der Waldpolitik und Festlegung der zukünftigen Handlungsfelder	1	Nettoaufwand Globalkredit (geplant)			75	425	150	650
		2	Bericht zur Entwicklung des Waldes im Aargau (waldentwicklungAARGAU)	2007					
		3	Umsetzung Massnahmen waldentwicklungAARGAU	2011					
		4	evtl. Anpassung kantonale Waldgesetzgebung an revidiertes Bundesgesetz	2011					
645ES0011	Überprüfung der kantonalen Jagdpolitik und des Jagdrechts	1	Nettoaufwand Globalkredit (keiner)						
		2	Vernehmlassung revidiertes Jagdgesetz	2008					
		3	Botschaft an den Grosse Rat	2008					
		4	Inkrafttreten revidiertes Jagdgesetz	2010					

#### KOMMENTAR ZU DEN ENTWICKLUNGSSCHWERPUNKTEN

Zwei Entwicklungsschwerpunkte (siehe AFP 2007-2010) können per Ende 2007 abgeschlossen werden. Die Grundsätze zur "Sicherstellung einer minimalen Jungwaldpflege als Investition in künftig wertvolle und gesunde Waldbestände" liegen vor, die Resultate der "Koordination einer waldschonenden Erholungsnutzung" sind in den ES0010 eingeflossen.

ES0010: Der beantragte Globalkreditbedarf fällt für die Umsetzung der Massnahmen des Berichts zur Entwicklung des Waldes im Aargau (waldentwicklungAARGAU) an. Es sind mehrere Kleinkredite vorgesehen. Gegenüber dem AFP 2007-2010 wurden die Massnahmen/Meilensteine angepasst und zusammengefasst (redaktionelle Änderungen).

ES0011: Bedingt durch die Konkretisierung der Massnahmen/Meilensteine wurde der Entwicklungsschwerpunkt gegenüber dem AFP 2007-2010 aktualisiert.

ZIELE		INDIKATOR		Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre		
								2009	2010	2011
645ZI0027	Der Wald bleibt in seiner Fläche erhalten und weitgehend frei von Bauten.	1	Durchschnittliche Rodungsfläche der letzten fünf Jahre konstant	ha	6.28	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5
		2	Maximale Anzahl neu bewilligter Bauten und Anlagen im Wald	Anzahl	3	10	10	10	10	10
645ZI0028	Tier- und Pflanzenarten finden im Wald geeignete Lebensräume vor.	1	Waldreservate (Nutzungsverzicht)	ha	2'044.08	2'025	2'041	2'143	2'245	2'347
		2	Waldrandaufwertungen	km	136.5	140	154	163	172	181
		3	Spezialreservate	ha			539	578	617	656
		4	Eichenwälder	ha			1'404	1'498	1'592	1'686
645ZI0029	Der Wald wird nachhaltig bewirtschaftet. (s. Fussnote)	2	Gepflegte Jungwaldfläche	ha	1'146.3	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000
		3	Laubholzanteil am Holzvorrat	%	52			53		
645ZI0030	Jagd und Fischerei werden nachhaltig sichergestellt.	1	Ausgestellte Jagdpässe	Anzahl	1'686	1'600	1'600	1'600	1'600	1'600
		2	Ausgestellte Fischereiberechtigungen	Anzahl	4'047	4'400	4'400	4'400	4'400	4'400
645ZI0031	Die einheimischen Wild- und Wassertierbestände werden überwacht sowie deren Lebensräume erhalten oder wieder hergestellt. (s. Fussnote)	1	Überwachungs- und Aufwertungsprojekte	Anzahl	19	18	18	18	18	18



ZIELE	INDIKATOR	Einheit	JB 2006	Budget 2007	Budget 2008	Planjahre			
						2009	2010	2011	
645ZI0032	Der Staatswald wird nachhaltig bewirtschaftet. (s. Fussnote)	1	Holznutzung in % des Hiebsatzes (30'000 m3) im Durchschnitt der letzten fünf Jahre	%	110	100	100	100	100
		2	Betriebsergebnisse pro ha (gemäss BAR) sind besser als	Franken	0	-100	-50	-50	-50

#### KOMMENTAR ZU DEN ZIELEN

ZI0027: Die Waldfläche ist gemäss dem Bundesgesetz über den Wald geschützt und darf nicht verringert werden. Rodungen sind verboten, Bauten im Wald dürfen nur beim Nachweis der Standortgebundenheit bewilligt werden. Im Rahmen des Vollzuges der Walderhaltung ist sicherzustellen, dass die gerodete Fläche möglichst gering bleibt. Durch die Beratung von Bauherrschaften und einer zurückhaltenden Bewilligungspraxis können Bauvorhaben im Wald auf ein Minimum beschränkt und so die Rodungsfläche sowie die pro Jahr im Wald neu erstellten Bauten und Anlagen in etwa konstant gehalten werden.

ZI0028: Im Rahmen des Naturschutzprogramms Wald werden mit Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern langfristige Verträge über Nutzungsverzichtsflächen und Eichenwälder abgeschlossen sowie spezielle Standorte sowie Waldränder aufgewertet. Die Budget- und Planwerte sind aus den langfristigen Zielsetzungen des Naturschutzprogramms Wald, Etappe 2008-2013, abgeleitet.

ZI0029: Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung zeichnet sich dadurch aus, dass die genutzte Holzmenge die nachwachsende nicht übersteigt, der Wald gepflegt wird (als Investition in zukünftig wertvolle, gesunde und stabile Waldbestände), ein ausgewogenes Verhältnis der verschiedenen Entwicklungsstufen (junge und alte Bestände) vorhanden ist und dass der Wald an die Standorte angepasste, minimale Laubholzanteile aufweist (keine Degeneration der Böden). Steuerungsmöglichkeiten bestehen in der Beratung von Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern sowie der finanziellen Förderung der Jungwaldpflege. Die genutzte Holzmenge wird über den Markt gesteuert, wobei es zu den Aufgaben des Kantons gehört, im Rahmen der Erteilung von Holzschlagbewilligungen und der Genehmigung von Betriebsplänen sicherzustellen, dass im mehrjährigen Mittel die genutzte Holzmenge die nachwachsende nicht übersteigt.

ZI0030: Die jagdliche resp. fischereiliche Nutzung des Wildes und der Fische/Krebse hat nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit zu erfolgen. Dies bedeutet, dass die Abschöpfung der Ressourcen den Zuwachs nicht übersteigen darf. Eine Steuerung erfolgt via Abschussplanungen beim Rehwild, der Besatzpolitik bei den Wassertieren usw. Es ist davon auszugehen, dass bei mehr verkauften Jagdpässen auch die Jagdstrecke (Anzahl erlegter Tiere) höher ausfällt und somit die erwünschte Ressourcennutzung sichergestellt werden kann. Das Gleiche gilt für den Bereich der Wassertiere.

ZI0031: Voraussetzung für die Erhaltung und Entwicklung der Bestände der Wild- und Wassertiere sind intakte Lebensräume. Je mehr Lebensraumaufwertungsprojekte realisiert werden können, desto mehr profitieren die Wild- und Wassertiere. Um die Wirksamkeit der ausgeführten Massnahmen überprüfen zu können, sind Erfolgskontrollen notwendig.

ZI0032: Der Staat Aargau ist der grösste Waldeigentümer des Kantons. In dieser Rolle führt er mit entsprechendem Leistungsauftrag selbst Forstbetriebe resp. beteiligt sich an Betriebsgemeinschaften mit Partnergemeinden. Die Holznutzung erfolgt nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit, d.h. es wird nicht mehr Holz genutzt, als nachwächst. Beim Hiebsatz handelt es sich um eine planerisch festgelegte Grösse zur potenziell möglichen Holznutzungsmenge.

#### STEUERBARKEIT VON AUFGABEN UND FINANZEN

Die Vollzugsaufgaben in den Bereichen Wald, Jagd und Fischerei sind weitgehend durch die Bundesgesetzgebung bestimmt. Der kantonale Handlungsspielraum ist begrenzt. Dies betrifft namentlich die Bewilligungsverfahren zum Schutz des Waldes und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung (Rodungsbewilligungen, Waldfeststellungen, Holzschlagbewilligungen, Genehmigung der Betriebspläne) und die Bestimmungen zum Arten- und Lebensraumschutz und zur Regelung der Jagd und Fischerei (fischereirechtliche Bewilligungen, jagdrechtliche Bewilligungen) (ZI0027, ZI0030). Die Bereiche Jagd und Fischerei sind Aufsichtsfunktionen, deren Aufwand weitgehend von externen Ereignissen bestimmt wird (z.B. Anzahl Bewilligungen, Jagdpässe, Fischereiberechtigungen, ZI0030).

Eigene Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten bestehen bei der Produktgruppe Förderung der Waldbewirtschaftung (Beiträge an die Jungwaldpflege). Eine Erhöhung/Verringerung der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel bewirkt eine entsprechende Veränderung der Indikatorwerte. Stehen weniger finanzielle Mittel zur Verfügung, so wird sich dies in einer Abnahme der Indikatorwerte gepflegte Jungwaldfläche, gesicherte Waldreservate, aufgewertete Waldränder, Überwachungs- und Aufwertungsprojekte äussern (ZI0028, ZI0029, ZI0031).

Eine direkte Steuerbarkeit von Aufgaben und Projekten über die Finanzen ist vor allem im Bereich der Globalkredite möglich (Naturschutzprogramm Wald und Kleinkredite). Bei den beschlossenen Globalkrediten kann über die Zuteilung der Jahrestanchen, bei geplanten Globalkrediten über die Jahrestanche und den Globalkreditbeschluss gesteuert werden. Konsequenzen bezüglich (Nicht-) Realisierung können aufgrund der definierten Projektziele aufgezeigt werden.

FINANZEN IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
<b>Total Aufwand Aufgabenbereich</b>	<b>-17'123</b>	<b>-17'686</b>	<b>-17'728</b>	<b>0.2</b>	<b>-17'937</b>	<b>-17'813</b>	<b>-18'188</b>
<b>Total Ertrag Aufgabenbereich</b>	<b>8'825</b>	<b>8'080</b>	<b>8'330</b>	<b>3.1</b>	<b>8'142</b>	<b>8'194</b>	<b>8'494</b>
<b>Saldo Aufgabenbereich</b>	<b>-8'298</b>	<b>-9'606</b>	<b>-9'398</b>	<b>-2.2</b>	<b>-9'795</b>	<b>-9'619</b>	<b>-9'694</b>
Total Aufwand Globalbudget	-12'721	-14'161	-13'708	-3.2	-13'882	-13'758	-14'133
Total Ertrag Globalbudget	5'860	5'690	5'750	1.1	5'562	5'614	5'964
Saldo Globalbudget	-6'861	-8'471	-7'958	-6.1	-8'320	-8'144	-8'169
Total Aufwand Kleinkredite	-69	-85	-190	123.5	-225	-225	-275
Total Ertrag Kleinkredite							
Saldo Kleinkredite	-69	-85	-190	123.5	-225	-225	-275
Total Aufwand Grosskredite	-1'369	-1'050	-1'570	49.5	-1'570	-1'570	-1'570
Total Ertrag Grosskredite			320	X	320	320	320
Saldo Grosskredite	-1'369	-1'050	-1'250	19.1	-1'250	-1'250	-1'250
Total Aufwand LUAE	-2'964	-2'390	-2'260	-5.4	-2'260	-2'260	-2'210
Total Ertrag LUAE	2'964	2'390	2'260	-5.4	2'260	2'260	2'210
Saldo LUAE	0	0	0	X	0	0	0

FINANZEN GROSSKREDITE IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand Grosskredite Naturschutzprogramm Wald	-1'023	-1'050	-1'570	49.5	-1'570	-1'570	-1'570
Total Ertrag Grosskredite Naturschutzprogramm Wald			320	X	320	320	320
Saldo Grosskredite Naturschutzprogramm Wald	-1'023	-1'050	-1'250	19.1	-1'250	-1'250	-1'250
Total Aufwand Grosskredite Massnahmen Sturm Lothar	-346				0		
Total Ertrag Grosskredite Massnahmen Sturm Lothar							
Saldo Grosskredite Massnahmen Sturm Lothar	-346				0		

FINANZEN LUAE < 20 Mio. IN 1'000 FRANKEN	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in % zu Vorjahr	Planjahre		
					2009	2010	2011
Total Aufwand LUAE DL Bundesbeiträge Übrige	-1'691	-1'770	-1'450	-18.1	-1'450	-1'450	-1'450
Total Ertrag LUAE DL Bundesbeiträge Übrige	1'691	1'770	1'450	-18.1	1'450	1'450	1'450
Saldo LUAE DL Bundesbeiträge Übrige	0	0	0	X	0	0	0
Total Aufwand LUAE Investitionsbeiträge Bund für Wasserbau		-10	0	-100.0	0	0	
Total Ertrag LUAE Investitionsbeiträge Bund für Wasserbau		10	0	-100.0	0	0	
Saldo LUAE Investitionsbeiträge Bund für Wasserbau		0	0	X	0	0	
Total Aufwand LUAE Rodungsfonds (Spezialfinanzierung)	-495	-100	-300	200.0	-300	-300	-250
Total Ertrag LUAE Rodungsfonds (Spezialfinanzierung)	495	100	300	200.0	300	300	250
Saldo LUAE Rodungsfonds (Spezialfinanzierung)	0	0	0	X	0	0	0
Total Aufwand LUAE Wildschadenkasse (Spezialfinanzierung)	-779	-510	-510	0.0	-510	-510	-510
Total Ertrag LUAE Wildschadenkasse (Spezialfinanzierung)	779	510	510	0.0	510	510	510
Saldo LUAE Wildschadenkasse (Spezialfinanzierung)	0	0	0	X	0	0	0

## KOMMENTAR ZU DEN FINANZEN

### Veränderungen von Budget 2008 zu Budget 2007

#### Globalbudget

Durch steigende Erträge aus dem Holzverkauf und dem Minderaufwand infolge des Organisationsentwicklungsprojekts im Staatswald reduziert sich der Saldo.

#### Kleinkredite

Neben der Fortführung des Langfristprogramms zur Waldschadenbeobachtung (Fortführung und Anpassung bestehendes Programm; Erhöhung jährliche Tranchen auf Fr. 100'000.-) sind vier neue Kleinkredite zur Umsetzung des Berichts zur Entwicklung des Waldes im Aargau (waldentwicklungAARGAU) ausgewiesen.

#### Grosskredite

Die zweite Etappe des Naturschutzprogramms Wald wird per Ende 2007 abgeschlossen (Abrechnung Verpflichtungskredit 2008). Im Budget 2008 ist die erste Tranche des geplanten Globalkredits für die dritte Etappe eingestellt.

#### LUAE

Die LUAE nehmen um einen Betrag von ca. Fr. 320'000.- ab, da die durchlaufenden Bundesbeiträge für das Naturschutzprogramm Wald neu beim geplanten Globalkredit ausgewiesen werden.

### Veränderungen in den Planjahren

#### Globalbudget

Der Saldo des Globalbudgets bleibt über die Planjahre praktisch konstant.

#### Kleinkredite

Der Nettoaufwand der Kleinkredite steigt wegen den geplanten Projekten an, die gemäss Bericht zur Entwicklung des Waldes im Aargau realisiert werden sollen (waldentwicklungAARGAU).

#### Grosskredite

Fortführung des Naturschutzprogramms Wald gemäss geplantem Grosskredit, Botschaft an den Grossen Rats im Herbst 2007.

## FUSSNOTEN

KL0009	Die Budgetwerte sind aus den Zielen des Naturschutzprogramms Wald 2008-2013 übernommen worden. Bis 2013 sollen 2'550 ha Nutzungsverzichtsflächen sowie 1'875 ha Eichenwälder vertraglich gesichert sein (total 4'425 ha, 9 % der Waldfläche des Kantons Aargau).
KL0023	Die Kennzahl umfasst die Stellungnahmen gemäss der Geschäftskontrolle (GEKO), die im Rahmen der verwaltungsinternen Konferenz (VIK) abgegebenen Mitberichte sowie die erteilten Rodungsbewilligungen. Die Anzahl eingehender Gesuche (Baugesuche, Nutzungsplanungsgeschäfte usw.) ist primär von der Bautätigkeit abhängig und kann kaum beeinflusst werden.
KL0024	Gleiche Bemerkung wie zu KL0023. Die Kennzahl umfasst die fischereirechtlichen Bewilligungen und Abfischbewilligungen, die jagdrechtlichen Bewilligungen, die Stellungnahmen gemäss der Geschäftskontrolle (GEKO) sowie die im Rahmen der verwaltungsinternen Konferenz (VIK) abgegebenen Mitberichte. Es wird davon ausgegangen, dass die Anzahl Mitberichte und Stellungnahmen leicht zurückgeht, aber auf hohem Niveau bleibt.
KU0035	Bei der BAR handelt es sich um die forstliche Betriebsabrechnung. Die Zahlen der BAR liegen jeweils erst im Sommer des Folgejahrs vor. Wegen der verbesserten Situation am Holzmarkt ist davon auszugehen, dass die Betriebe in mittelbarer Zukunft wieder schwarze Zahlen schreiben werden.
KU0036	Beim Jungwald handelt es sich um bis ca. 25jährige Bestände. Die Pflege des Jungwaldes ist eine wichtige Investition in die Zukunft des Waldes (Holzproduktion, biologische Vielfalt, Anpassungsfähigkeit an veränderte Umweltbedingungen) und wird deshalb unterstützt.
ZI0029	I3: Über die Höhe des Laubholzanteils kann nach Abschluss der kantonalen Waldinventur (2009) wieder eine Aussage gemacht werden. Der Laubholzanteil wird im Rahmen des Landesforstinventars (LFI) alle 10 Jahre erhoben.
ZI0031	Voraussetzung für die Erhaltung und Entwicklung der Bestände der Wild- und Wassertiere sind intakte Lebensräume. Je mehr Lebensraumaufwertungsprojekte realisiert werden können, desto mehr profitieren die Wild- und Wassertiere. Um die Wirksamkeit der ausgeführten Massnahmen überprüfen zu können, sind Erfolgskontrollen notwendig.
ZI0032	Bei der BAR handelt es sich um die forstliche Betriebsabrechnung.



## Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite

Aufgabenbereich: Nr. und Bezeichnung Bezeichnung des Grosskredits	Beschluss Grosser Rat Nr. Datum	Total Kredit	Teuerung bis Ende 2006	Total Kredit indexiert	Beanspruch- ter Kredit 31.12.07 *	Budget 2008	Restkredit Ende 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Restkredit Ende 2011
<b>100 Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte</b>											
<b>Verpflichtungskredite gemäss Finanzhaushaltsgesetz vom 3. Juli 1990</b>											
Flächendeckende Einführung der neuen Führungsmethodik	467 05.03.2002	14'100'000	0	14'100'000	10'598'394	0	3'501'606	0	0	0	3'501'606
<b>210 Polizeiliche Sicherheit</b>											
<b>Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005</b>											
Horizont Realisierung	403 06.12.2005	9'770'000	0	9'770'000	9'465'072	0	304'928	0	0	0	304'928
<b>Verpflichtungskredite gemäss Finanzhaushaltsgesetz vom 3. Juli 1990</b>											
Erneuerung Funksystem	1794 07.03.2000	12'200'000	0	12'200'000	12'199'370	0	630	0	0	0	630
<b>215 Verkehrszulassungen</b>											
<b>Verpflichtungskredite gemäss Finanzhaushaltsgesetz vom 3. Juli 1990</b>											
Rechnersystem Schafisheim (VIACAR)	1674 02.12.2003	10'380'240	0	10'380'240	5'229'193	1'428'000	3'723'047	1'428'000	0	0	2'295'047
Rechnersystem Buchenhof (VIACAR)	1989 22.06.2004	4'860'000	0	4'860'000	2'162'330	633'500	2'064'170	633'500	0	0	1'430'670
<b>245 Standortmarketing/Wirtschaftsförderung</b>											
<b>Verpflichtungskredite gemäss Finanzhaushaltsgesetz vom 3. Juli 1990</b>											
Greater Zurich Aera (GZA) Zusatzkreditantrag in Vorbereitung	2383 22.02.2005	1'950'000	0	1'950'000	1'591'593	650'000	-291'593	0 650'000	0 700'000	0 700'000	-291'593

# Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite

Aufgabenbereich: Nr. und Bezeichnung Bezeichnung des Grosskredits	Beschluss Grosser Rat Nr. Datum	Total Kredit	Teuerung bis Ende 2006	Total Kredit indexiert	Beanspruchter Kredit 31.12.07 *	Budget 2008	Restkredit Ende 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Restkredit Ende 2011
<b>310 Volksschule</b>											
<b>Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005</b>											
Übergangseffekt Deutsch für Fremdsprachige am Kindergarten	779 19.09.2006	13'110'000	0	13'110'000	3'500'000	3'828'000	5'782'000	3'856'000	1'884'000	0	42'000
Einführung von Englisch als erste Fremdsprache ab der 3. Primarklasse											
- einmaliger Aufwand (zehnter Teil von Fr. 16.7 Mio.)	1157 19.06.2007	16'700'000	0	16'700'000	3'423'000	3'454'400	9'822'600	2'511'400	2'891'400	1'691'400	2'728'400
- jährlich wiederkehrender Aufwand	1157 19.06.2007	8'700'000	0	8'700'000	640'000	1'524'500		5'719'500	8'179'600	6'371'800	
<b>325 Hochschulen</b>											
<b>Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005</b>											
Swiss Nano Center - jährlich wiederkehrender Aufwand	448 24.01.2006	5'000'000	0	5'000'000	2'500'000	3'000'000		5'000'000	0	0	
<b>Verpflichtungskredite gemäss Finanzhaushaltsgesetz vom 3. Juli 1990</b>											
Zinsloses Darlehen an Paul Scherrer Institut	297 25.10.2005	10'000'000	0	10'000'000	10'000'000	0	0	0	0	0	0
<b>340 Kultur</b>											
<b>Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005</b>											
Kunsthhaus, Betriebssicherung	858 21.11.2006	2'046'800	0	2'046'800	354'900	411'900	1'280'000	634'400	645'600	0	0
<b>Verpflichtungskredite gemäss Finanzhaushaltsgesetz vom 3. Juli 1990</b>											
Archäologie, Spiellmannwiese	800 27.08.2002	4'115'000	0	4'115'000	3'503'745	184'100	427'155	188'400	86'700	87'600	64'455
Archäologie, Begegnungszentrum Königsfelden	1753 18.01.2000	2'450'000	0	2'450'000	2'011'000	244'900	194'100	194'100	0	0	0
Archäologie, Vision Mitte, Brugg-Windisch	242 20.09.2005	8'280'000	0	8'280'000	4'635'000	2'681'700	963'300	719'800	243'500	0	0

# Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite

Aufgabenbereich: Nr. und Bezeichnung Bezeichnung des Grosskredits	Beschluss Grosser Rat Nr. Datum	Total Kredit	Teuerung bis Ende 2006	Total Kredit indexiert	Beanspruch- ter Kredit 31.12.07 *	Budget 2008	Restkredit Ende 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Restkredit Ende 2011
<b>425 Steuern</b>											
<b>Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005</b>											
KSTA2005 Informatikprojekt Phase 1	232 13.09.2005	7'700'000	0	7'700'000	7'510'600	189'400	0	0	0	0	0
<b>430 Hochbauten</b>											
<b>Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005</b>											
Aarau, Telli-Hochhaus, Instandsetzungsarbeiten - einmaliger Aufwand	856 21.11.2006	7'810'000	0	7'810'000	2'142'000	3'289'000	2'379'000	2'379'000	0	0	0
- jährlich wiederkehrender Aufwand	856 21.11.2006	1'190'000	0	1'190'000	119'000	119'000		119'000	119'000	119'000	
Alte Kantonsschule Aarau, Umbau und Erweiterung Frank Wedekind Haus	564 02.05.2006	12'800'000	193'873	12'993'873	6'287'159	6'700'000	6'714	-190'000	0	0	196'714
<b>Verpflichtungskredite gemäss Finanz- haushaltsgesetz vom 3. Juli 1990</b>											
Aarau, Behmen 2 Süd, Mieterausbau	1529 09.11.1999	5'110'000	407'757	5'517'757	5'101'106	0	416'651	0	0	0	416'651
Sanierung Grossratsgebäude	2572 27.03.2001 107 28.06.2005	4'500'000 4'15'000		4'915'000	342'831 5'257'831	5'226'348	0	31'483	0	0	31'483
Bezirksstellen Muri, Umbau Amtshaus	2446 16.01.2001	6'000'000	373'746	6'373'746	4'465'194	0	1'908'552	0	0	0	1'908'552
Strafanstalt Lenzburg, Sanierung Mauer	1178 04.03.2003	7'510'000	-102'773	7'407'227	7'091'845	0	315'382	0	0	0	315'382
Strafanstalt Lenzburg, Zentralgefängnis	92 21.06.2005	35'200'000	1'353'523	36'553'523	3'531'775	9'500'000	23'521'748	17'000'000	4'000'000	1'070'000	1'451'748
Jugendheim Aarburg, Sanierung Burg Lotteriefonds	2120 21.09.2004 651'000	6'099'000 6'750'000		7'069'721	5'762'233	0	1'307'488	0	0	0	1'307'488
Kantonsschule Baden, Sanierung Haller Bauten	1981 22.06.2004	31'500'000	444'115	31'944'115	28'099'771	1'500'000	2'344'344	0	0	0	2'344'344
Kantonsschule Wettingen, Neubau Mensa	298 25.10.2005	7'760'000	118'023	7'878'023	3'411'669	3'400'000	1'066'354	140'000	0	0	926'354
Kantonsschule Wohlen, Sanierung Altbau	243 20.09.2005	10'370'000	415'263	10'785'263	2'986'741	4'000'000	3'798'522	3'000'000	270'000	0	528'522
Erweiterung Kunsthaus	2030 20.06.2000	16'067'000	2'170'000	18'237'000	18'318'680	0	-81'680	0	0	0	-81'680

# Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite

Aufgabenbereich: Nr. und Bezeichnung Bezeichnung des Grosskredits	Beschluss Grosser Rat Nr. Datum	Total Kredit	Teuerung bis Ende 2006	Total Kredit indexiert	Beanspruchter Kredit 31.12.07 *	Budget 2008	Restkredit Ende 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Restkredit Ende 2011
Schloss Liebegg, Restaurierung	698 23.06.1998	5'800'000									
Kredit Anteil IZB	390 16.12.1997	2'900'000									
Abrechnung Anteil IZB		-2'003'833									
		6'696'167	437'353	7'133'520	6'817'765	0	315'755	0	0	0	315'755
Frauenklinik Behandlungstrakt KSA	263 30.10.2001	4'680'000	218'532	4'898'532	4'898'387	0	145	0	0	0	145
Folgen 3. Neubauetappe KSA	5859 19.05.1992	28'800'000									
	290 25.10.2005	800'000									
		29'600'000	-748'421	28'851'579	28'745'230	50'000	56'349	0	0	0	56'349
Sanierung Spitaltrakt KSB	2122 21.09.2004	6'450'000	0	6'450'000	5'693'429	700'000	56'571	0	0	0	56'571
Zusatzkreditantrag in Vorbereitung						2'300'000					
Neubau Zentralgebäude PD	1753 18.01.2000	7'000'000	686'186	7'686'186	7'442'167	50'000	194'019	0	0	0	194'019
Sanierung restliche Pavillons PD	1564 28.10.2003	17'500'000	840'912	18'340'912	12'873'877	4'500'000	967'035	0	0	0	967'035
<b>620 Umweltschutz</b>											
<b>Verpflichtungskredite gemäss Finanzhaushaltsgesetz vom 3. Juli 1990</b>											
Kataster der belasteten Standorte	765 28.02.2002	5'100'000	0	5'100'000	3'928'033	700'000	471'967	200'000	50'000	0	221'967
Altlastenuntersuchungsprogramm	4670 15.02.1988	8'000'000									
	1178 30.03.1999	2'250'000	0	10'250'000	8'766'115	0	1'483'885	0	0	0	1'483'885
Sanierung Hallwilersee Etappe 1996 - 2002	7185 21.05.1996	2'400'000	0	2'400'000	2'031'654	0	368'346	0	0	0	368'346
<b>625 Umweltentwicklung</b>											
<b>Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005</b>											
Programm Natur 2010, 2. Etappe 07 - 10	941 16.01.2007	10'100'000	0	10'100'000	2'400'000	2'570'000	5'130'000	2'350'000	2'550'000	222'000	8'000



## Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite

Aufgabenbereich: Nr. und Bezeichnung Bezeichnung des Grosskredits	Beschluss Grosser Rat Nr. Datum	Total Kredit	Teuerung bis Ende 2006	Total Kredit indexiert	Beanspruch- ter Kredit 31.12.07 *	Budget 2008	Restkredit Ende 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Restkredit Ende 2011
<b>Verpflichtungskredite gemäss Finanz- haushaltsgesetz vom 3. Juli 1990</b>											
Spreitenbach, Dorfbach	2272 12.03.1980	6'287'000									
Zusatzkredit NK I/05	107 28.06.2005	240'000	4'273'673	10'800'673	10'655'953	0	144'720	0	0	0	144'720
Zofingen, Entlastungskanal und Renaturierung	5962 16.03.1992	9'500'000	1'672'129	11'172'129	9'884'320	0	1'287'809	0	0	0	1'287'809
Wynental, Hochwasserschutz und Renaturierung (inkl. Belastungen seit 1996 div. Konto)	1303 06.05.2003	16'060'000	929'483	16'989'483	10'600'463	3'700'000	2'689'020	200'000	0	0	2'489'020
Villmergen Hochwasserrückhaltebecken Drachtenloch	1055 10.12.2002	4'410'000	214'721	4'624'721	4'168'417	0	456'304	0	0	0	456'304
Muhen, Hochwasserschutz und Renaturierung Suhr	1410 14.09.1999	5'840'000									
Zusatzkredit NK II/04	2283 14.12.2004	525'000	502'724	6'867'724	6'841'391	0	26'333	0	0	0	26'333
Sachprogramm Auenschutzpark Aargau	432 13.01.1998	16'000'000	941'113	16'941'113	16'884'032	0	57'081	0	0	0	57'081
Auenschutzpark Aargau Realisierungsprogramm 2004 - 2009	1837 30.03.2004	23'000'000	1'261'793	24'261'793	10'366'483	2'397'000	11'498'310	3'230'000	4'274'000	3'236'000	758'310
Mehrjahresprogramm Natur 2001	6388 16.11.1993	33'400'000									
	2911 08.09.1998	28'120'000	1'635'494	63'155'494	63'066'009	0	89'485	0	0	0	89'485
Programm Natur 2010, 1. Etappe 03 - 06	1065 17.12.2002	14'240'000	0	14'240'000	13'373'635	0	866'365	0	0	0	866'365
<b>630 Umweltsanierung</b>											
<b>Verpflichtungskredite gemäss Finanz- haushaltsgesetz vom 3. Juli 1990</b>											
Sondermülldeponie Kölliken (SMDK) Gesamtsanierung 2005 - 2015	2251 30.11.2004	225'000'000	0	225'000'000	51'304'602	30'500'000	143'195'398	27'600'000	20'500'000	20'400'000	74'695'398
Investitionsbeiträge an Deponie Bärengraben Würenlingen	6207 11.05.1993	13'125'000	0	13'125'000	11'816'766	0	1'308'234	0	0	0	1'308'234
Nachsorgebetrieb Deponie Bärengraben Würenlingen	2183 02.11.2004	11'300'000	0	11'300'000	8'514'567	0	2'785'433	2'800'000	0	0	-14'567

# Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite

Aufgabenbereich: Nr. und Bezeichnung Bezeichnung des Grosskredits	Beschluss Grosser Rat Nr. Datum	Total Kredit	Teuerung bis Ende 2006	Total Kredit indexiert	Beanspruch- ter Kredit 31.12.07 *	Budget 2008	Restkredit Ende 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Restkredit Ende 2011
<b>635 Verkehrsangebot</b>											
<b>Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005</b>											
Bremgarten-Dietikon-Bahn; Doppelspur Bremgarten- Bibenlos und Haltestelle Bibenlos. VIII. Vereinbarung	350 22.11.2005	5'721'000	193'205	5'914'205	4'164'904	0	1'749'301	0	0	0	1'749'301
Regionalverkehrskonzept Aarau-Suhr-Zofingen/Lenzburg; Umbau Bahnhof Suhr	469 21.02.2006	4'294'000	145'000	4'439'000	2'050'000	0	2'389'000	1'620'000	630'000	0	139'000
Zweiter Fernverkehrshalt und 3. Gleis Lenzburg-Gex - einmaliger Aufwand	1087 08.03.2007	19'600'000	0	19'600'000	300'000	2'650'000	16'650'000	11'950'000	4'500'000	200'000	0
- jährlich wiederkehrender Aufwand	1087 08.03.2007	1'620'000		1'620'000	0	0	1'000'000	1'620'000	1'620'000	1'620'000	
Integraler Tarifverbund A-Welle - einmaliger Aufwand	1156 19.06.2007	210'000	0	210'000	210'000	0	0	0	0	0	0
- jährlich wiederkehrender Aufwand	1156 19.06.2007	658'343		658'343	0	660'000	0	660'000	660'000	660'000	0

# Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite

Aufgabenbereich: Nr. und Bezeichnung Bezeichnung des Grosskredits	Beschluss Grosser Rat Nr. Datum	Total Kredit	Teuerung bis Ende 2006	Total Kredit indexiert	Beanspruchter Kredit 31.12.07 *	Budget 2008	Restkredit Ende 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Restkredit Ende 2011
<b>Verpflichtungskredite gemäss Finanz- haushaltsgesetz vom 3. Juli 1990</b>											
Bahnhof Baden, Bau Mittelperron/ Personenunterführung	127 01.07.1997	5'997'000	87'215	6'084'215	5'846'151	0	238'064	0	0	0	238'064
Bahnhof Baden, Bau Busbahnhof West	127 01.07.1997	489'000	15'712	504'712	686'945	0	-182'233	0	0	0	-182'233
Sanierung Seetalbahn, Realisierung bahntechnische Anlagen	1849 21.05.2000	2'350'000									
Kostenbereinigung	2404 08.03.2005	220'000	0	2'570'000	2'346'671	0	223'329	0	0	0	223'329
Wynental-Suhrental-Bahn, VII. Vereinbarung	6745 24.11.1994	9'245'775	0	9'245'775	8'368'660	0	877'115				877'115
Bremgarten-Dietikon-Bahn, III. Vereinbarung 1. Nachtragsvereinbarung vom 10.03.93	4897 29.11.1988	35'350'739	2'018'632	37'369'371	37'369'371	0	0	0	0	0	0
Bremgarten-Dietikon-Bahn, IV. Vereinbarung	1026 12.01.1999	6'297'900	207'754	6'505'654	5'911'960	0	593'694	0	0	0	593'694
Regio-S-Bahn Basel 2005 - einmaliger Aufwand	118 28.06.2005	15'622'000	777'000	16'399'000	7'946'044	6'790'000	1'662'956	0	0	0	1'662'956
- jährlich wiederkehrender Aufwand	118 28.06.2005	1'600'000	0	1'600'000							
Bremgarten-Dietikon-Bahn, Streckensanierung Rudolfstetten-Reppischhof und Haltestelle Reppischhof. VI. + VII. Vereinbarung	2146 19.10.2004	4'900'800	8'921	4'909'721	5'200'800	0	-291'079	0	0	0	-291'079
<b>640 Verkehrsinfrastruktur</b>											
<b>Grosskredite gemäss GAF vom 11. Januar 2005</b> (Kredite inkl. eigene Bauleitenaufwendungen)											
Bremgarten-Dietikon-Bahn; Doppelspur Bremgarten- Bibenlos, Haltestelle Bibenlos	350 22.11.2005	1'713'000	301'318	2'014'318	1'328'318	187'000	499'000				499'000
Eigentrossierung WSB Aarau-Buchs-Suhr (ETABS)	469 21.02.2006	26'266'000	5'970'010	32'236'010	3'404'907	11'828'000	17'003'103	4'280'000	7'160'000	1'041'000	4'522'103

# Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite

Aufgabenbereich: Nr. und Bezeichnung Bezeichnung des Grosskredits	Beschluss Grosser Rat Nr. Datum	Total Kredit	Teuerung bis Ende 2006	Total Kredit indexiert	Beanspruchter Kredit 31.12.07 *	Budget 2008	Restkredit Ende 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Restkredit Ende 2011
<b>Verpflichtungskredite gemäss Finanz-</b>											
<b>haushaltsgesetz vom 3. Juli 1990</b>											
(Kredite inkl. eigene Bauleiteraufwendungen)											
T295 Neue Limmatbrücke Obersiggenthal/Bader Kostenbereinigung	2475 02.12.1980	37'700'000 11'132'000	14'529'625	63'361'625	68'848'365	0	-5'486'741	0	0	0	-5'486'741
T2/NK103 Ortskernumfahrung Aarburg	6575 17.05.1994	109'000'000	25'072'981	134'072'981	90'891'030	4'793'000	38'388'951	196'000	33'000		38'159'951
Sulz, Etzgen, Schwaderloch, Ausbau Rheintalstrasse	1850 21.05.2000 541 26.03.2002	15'950'000 2'104'000	1'792'279	19'846'279	17'976'492	0	1'869'787	0	0	0	1'869'787
Ausbau Aarebrücke Koblenz-Felsenau	1903 02.05.2000 1889 04.05.2004	8'600'000 6'200'000	1'291'926	16'091'926	14'398'239	0	1'693'687	0	0	0	1'693'687
NK107 Neue Staffeleggstrasse RRB 111/21.01.04	2475 02.12.1980	39'521'000 8'628'000	25'990'385	74'139'385	39'709'077	26'003'000	8'427'308	23'941'000	8'523'000	0	-24'036'692
K495 N. Industriestr. Rheinfelden-Möhlhlin	844 30.04.1997	14'200'000	3'530'982	17'730'982	14'152'070	1'934'000	1'644'912	21'000			1'623'912
NK461 Laufenburg, Neuer Rheinübergang RRB 496/26.03.2003	349 02.12.1997	6'180'000 4'740'000	1'325'330	12'245'330	12'387'200	0	-141'870	0	0	0	-141'870
Neubau Aarebrücke Lauffohr/Vogelsang	1881 08.12.2004	10'230'000	768'349	10'998'349	6'503'633	5'842'000	-1'347'284	726'000	0	0	-2'073'284
NK114 Kern- + Bäderumfahrung Ennetbaden	5586 05.03.1991	48'160'797	30'556'015	78'716'812	65'276'125	1'394'000	12'046'687	0	0	0	12'046'687
K110 Ostumfahrung Aarau	6397 19.10.1993 1196 11.03.2003	44'000'000 2'227'000	4'969'095	51'196'095	48'760'213	0	2'435'882	0	0	0	2'435'882
NK247 Kernumfahrung Lenzburg	5349 04.09.1990	29'770'000	14'872'802	44'642'802	44'866'180	0	-223'378	0	0	0	-223'378
K208 Eigentassierung WSB Muhen-Hirschthal	4236 25.11.1986 1410 14.09.1999	17'870'000 6'730'000	9'128'092	33'728'092	31'966'730	0	1'761'362	0	0	0	1'761'362
K242 Eigentassierung WSB Reinach-Menziken	825 15.09.1998	48'906'000	3'337'066	52'243'066	54'288'041	0	-2'044'975	0	0	0	-2'044'975
K249 Sanierung Seetalbahn, 1. Etappe	170 21.08.2001 2404 08.03.2005	8'014'240 875'400	363'684	9'253'324	8'549'720	502'000	201'604	0	0	0	201'604
K249 Sanierung Seetalbahn, 2. Etappe	2404 08.03.2005	30'589'300	1'868'220	32'457'520	9'117'386	6'292'000	17'048'134	9'000'000	6'800'000	0	1'248'134

## Ausweis Grosskredite und Verpflichtungskredite

Aufgabenbereich: Nr. und Bezeichnung Bezeichnung des Grosskredits	Beschluss Grosser Rat Nr. Datum	Total Kredit	Teuerung bis Ende 2006	Total Kredit indexiert	Beanspruch- ter Kredit 31.12.07 *	Budget 2008	Restkredit Ende 2008	Plan 2009	Plan 2010	Plan 2011	Restkredit Ende 2011
K249 Sanierung Seetalbahn Boniswil (ersetzt GRB 4913 vom 07.03.1989)	2405 08.03.2005	16'969'300	1'174'425	18'143'725	5'171'567	2'830'000	10'142'158	6'230'000	4'506'000	297'000	-890'842
K359 Boswil/Bünzen, neue Strassenüberführung	6346 31.08.1993	10'420'000	3'621'302	14'041'302	998'623	560'000	12'482'679	300'000	0	0	12'182'679
K127 Bremgarten-Dietikon-Bahn, IV. Vereinbarung, strassenseitige Massnahmen	1026 12.01.1999	2'135'700	18'541	2'154'241	2'100'826	0	53'416	0	0	0	53'416
SBB-Haltestelle Mellingen Heitersberg RRB 473/19.03.2003	942 22.10.2002 197 30.08.2005	6'090'000 7'780'000 1'955'000		16'165'888	16'009'423	0	156'464	0	0	0	156'464
Bremgarten-Dietikon-Bahn, Streckensanierung Rudolfstetten-Reppischhof	2146 19.10.2004	2'386'400	61'002	2'447'402	1'634'426	346'000	466'976	0	0	0	466'976
<b>645 Abteilung Wald</b>											
<b>Verpflichtungskredite gemäss Finanz- haushaltsgesetz vom 3. Juli 1990</b>											
Naturschutzprogramm Wald Beiträge für Naturschutzmassnahmen	259 30.10.2001	5'820'000	0	5'820'000	5'691'235	0	128'765	0	0	0	128'765
Massnahmen Sturm Lothar	2479 27.02.2001	15'100'000	0	15'100'000	14'449'018	0	650'982	0	0	0	650'982
<b>710 Rechtsprechung</b>											
<b>Verpflichtungskredite gemäss Finanz- haushaltsgesetz vom 3. Juli 1990</b>											
Erneuerung der Informatiksysteme der Gerichte und Bezirksgerichte	2577 27.03.2001	5'389'000	0	5'389'000	4'497'653	0	891'347	0	0	0	891'347
<b>Gesamttotal</b>		<b>1'518'695'901</b>	<b>173'239'527</b>	<b>1'691'935'428</b>	<b>1'136'319'017</b>	<b>166'816'400</b>	<b>380'894'168</b>	<b>140'287'100</b>	<b>80'825'800</b>	<b>37'715'800</b>	<b>155'963'368</b>



# Stellenplan 2008

	Budget 2007	Budget 2007 bereinigt	<b>Budget 2008</b>	Veränderung Budget 2008 / 2007 bereinigt
<b>Stellenkategorien</b>				
<b>Gesamttotal</b>	<b>10'430.18</b>	<b>10'575.16</b>	<b>10'554.96</b>	<b>-20.20</b>
<b>Total der Aufgabenbereiche</b>	<b>3'903.58</b>	<b>3'927.66</b>	<b>3'872.66</b>	<b>-55.00</b>
Ordentliche Stellen	3'422.43	3'425.61	3'430.01	4.40
Fremdfinanzierte Stellen	378.25	373.25	339.25	-34.00
Projektstellen	102.90	128.80	103.40	-25.40
<b>Total übrige Stellen</b>	<b>6'526.60</b>	<b>6'647.50</b>	<b>6'682.30</b>	<b>34.80</b>
Stellen Lehrpersonen	6'210.30	6'326.20	6'355.00	28.80
Praktikumsstellen	132.30	133.30	139.30	6.00
Stellen Berufslernende	166.00	170.00	170.00	0.00
Sozialstellen	18.00	18.00	18.00	0.00
<b>Aufgabenbereiche</b>				
<b>Total der Aufgabenbereiche</b>	<b>3'903.58</b>	<b>3'927.66</b>	<b>3'872.66</b>	<b>-55.00</b>
Ordentliche Stellen	3'422.43	3'425.61	3'430.01	4.40
Fremdfinanzierte Stellen	378.25	373.25	339.25	-34.00
Projektstellen	102.90	128.80	103.40	-25.40
<i>Grosser Rat</i>				
<b>010 Grosser Rat</b>	<b>7.20</b>	<b>7.20</b>	<b>7.20</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen	7.20	7.20	7.20	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<i>Justizbehörden</i>				
<b>710 Rechtsprechung</b>	<b>268.79</b>	<b>268.79</b>	<b>275.69</b>	<b>6.90</b>
Ordentliche Stellen	268.79	268.79	273.69	4.90
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen			2.00	2.00

## Stellenplan 2008

	Budget 2007	Budget 2007 bereinigt	<b>Budget 2008</b>	Veränderung Budget 2008 / 2007 bereinigt
<i>Finanzkontrolle</i>				
<b>810 Finanzaufsicht</b>	<b>10.50</b>	<b>10.50</b>	<b>10.50</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen	10.50	10.50	10.50	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<i>IDAG</i>				
<b>820 Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz</b>	<b>0.00</b>	<b>0.00</b>	<b>2.00</b>	<b>2.00</b>
Ordentliche Stellen			2.00	2.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<i>Regierungsrat</i>				
<b>100 Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte</b>	<b>158.29</b>	<b>164.09</b>	<b>165.69</b>	<b>1.60</b>
Ordentliche Stellen	149.09	153.89	155.99	2.10
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen	9.20	10.20	9.70	-0.50
<i>Staatskanzlei</i>				
<b>120 Zentrale Stabsleistungen</b>	<b>44.25</b>	<b>45.25</b>	<b>47.65</b>	<b>2.40</b>
Ordentliche Stellen	42.75	42.75	46.15	3.40
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen	1.50	2.50	1.50	-1.00
<i>Departement Volkswirtschaft und Inneres</i>				
<b>210 Polizeiliche Sicherheit</b>	<b>1'698.07</b>	<b>1'700.07</b>	<b>1'678.07</b>	<b>-22.00</b>
Ordentliche Stellen	656.80	656.80	661.80	5.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<b>215 Verkehrszulassung</b>	<b>149.88</b>	<b>149.88</b>	<b>149.88</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen	140.88	140.88	140.88	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen	9.00	9.00	9.00	0.00



## Stellenplan 2008

	Budget 2007	Budget 2007 bereinigt	<b>Budget 2008</b>	Veränderung Budget 2008 / 2007 bereinigt
<b>220 Strafverfolgung und Strafvollzug</b>	<b>348.24</b>	<b>348.24</b>	<b>350.24</b>	<b>2.00</b>
Ordentliche Stellen	340.24	340.24	349.24	9.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen	8.00	8.00	1.00	-7.00
<b>225 Migration</b>	<b>88.00</b>	<b>88.00</b>	<b>93.00</b>	<b>5.00</b>
Ordentliche Stellen	80.00	80.00	87.00	7.00
Fremdfinanzierte Stellen	4.00	4.00	2.00	-2.00
Projektstellen	4.00	4.00	4.00	0.00
<b>230 Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration</b>	<b>295.00</b>	<b>297.00</b>	<b>262.00</b>	<b>-35.00</b>
Ordentliche Stellen	13.00	15.00	15.00	0.00
Fremdfinanzierte Stellen	282.00	282.00	247.00	-35.00
Projektstellen				
<b>235 Registerführung und Rechtsaufsicht</b>	<b>143.65</b>	<b>143.65</b>	<b>143.65</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen	123.15	123.15	123.15	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen	20.50	20.50	20.50	0.00
<b>240 Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich</b>	<b>10.50</b>	<b>10.50</b>	<b>10.50</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen	9.40	9.40	9.40	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen	1.10	1.10	1.10	0.00
<b>245 Standortmarketing und Wirtschaftsförderung</b>	<b>6.00</b>	<b>6.00</b>	<b>7.00</b>	<b>1.00</b>
Ordentliche Stellen	4.00	4.00	5.00	1.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen	2.00	2.00	2.00	0.00
<i>Departement Bildung, Kultur und Sport</i>	<i>545.74</i>	<i>571.59</i>	<i>559.69</i>	<i>-11.90</i>
<b>310 Volksschule</b>	<b>60.10</b>	<b>88.00</b>	<b>94.10</b>	<b>6.10</b>
Ordentliche Stellen	51.70	80.00	85.70	5.70
Fremdfinanzierte Stellen	1.00	1.00	1.00	0.00
Projektstellen	7.40	7.00	7.40	0.40

## Stellenplan 2008

	Budget 2007	Budget 2007 bereinigt	<b>Budget 2008</b>	Veränderung Budget 2008 / 2007 bereinigt
<b>315 Sonderschulung, Heime, Werkstätten</b>	<b>99.58</b>	<b>99.58</b>	<b>101.28</b>	<b>1.70</b>
Ordentliche Stellen	99.58	99.58	101.28	1.70
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<b>320 Berufsbildung und Mittelschule</b>	<b>195.03</b>	<b>196.23</b>	<b>196.63</b>	<b>0.40</b>
Ordentliche Stellen	186.03	186.03	189.23	3.20
Fremdfinanzierte Stellen	1.00	1.00	1.00	0.00
Projektstellen	8.00	9.20	6.40	-2.80
<b>325 Hochschulen</b>	<b>4.00</b>	<b>2.70</b>	<b>2.70</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen	4.00	2.70	2.70	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<b>330 Bildungsberatung</b>	<b>50.45</b>	<b>21.65</b>	<b>21.65</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen	50.45	21.65	21.65	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<b>335 Sport, Jugend</b>	<b>8.50</b>	<b>8.50</b>	<b>9.00</b>	<b>0.50</b>
Ordentliche Stellen	8.50	8.50	9.00	0.50
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<b>340 Kultur</b>	<b>128.08</b>	<b>154.93</b>	<b>134.33</b>	<b>-20.60</b>
Ordentliche Stellen	100.38	104.73	104.73	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen	27.70	50.20	29.60	-20.60
<i>Departement Finanzen und Ressourcen</i>	<i>385.52</i>	<i>385.32</i>	<i>389.72</i>	<i>4.40</i>
<b>410 Finanzen, Controlling und Statistik</b>	<b>29.80</b>	<b>27.80</b>	<b>28.00</b>	<b>0.20</b>
Ordentliche Stellen	28.60	26.60	26.80	0.20
Fremdfinanzierte Stellen	0.80	0.80	0.80	0.00
Projektstellen	0.40	0.40	0.40	0.00

## Stellenplan 2008

	Budget 2007	Budget 2007 bereinigt	<b>Budget 2008</b>	Veränderung Budget 2008 / 2007 bereinigt
<b>420 Personal</b>	<b>20.00</b>	<b>21.60</b>	<b>21.60</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen	19.50	20.50	20.50	0.00
Fremdfinanzierte Stellen	0.50	0.50	0.50	0.00
Projektstellen		0.60	0.60	0.00
<b>425 Steuern</b>	<b>172.82</b>	<b>172.82</b>	<b>173.82</b>	<b>1.00</b>
Ordentliche Stellen	172.82	172.82	173.82	1.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<b>430 Hochbauten</b>	<b>40.20</b>	<b>39.40</b>	<b>42.40</b>	<b>3.00</b>
Ordentliche Stellen	40.20	39.40	39.40	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen			3.00	3.00
<b>435 Zentrale Informatikdienste</b>	<b>68.60</b>	<b>69.60</b>	<b>69.80</b>	<b>0.20</b>
Ordentliche Stellen	59.20	60.20	61.20	1.00
Fremdfinanzierte Stellen	8.60	8.60	8.60	0.00
Projektstellen	0.80	0.80	0.00	-0.80
<b>440 Landwirtschaft</b>	<b>54.10</b>	<b>54.10</b>	<b>54.10</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen	54.10	54.10	54.10	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<i>Departement Gesundheit und Soziales</i>	<i>286.06</i>	<i>275.69</i>	<i>273.79</i>	<i>-1.90</i>
<b>510 Soziale Sicherheit</b>	<b>17.20</b>	<b>18.20</b>	<b>18.80</b>	<b>0.60</b>
Ordentliche Stellen	17.20	18.20	18.80	0.60
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<b>515 Betreuung Asylsuchende</b>	<b>93.20</b>	<b>90.20</b>	<b>86.60</b>	<b>-3.60</b>
Ordentliche Stellen	13.60	15.60	14.00	-1.60
Fremdfinanzierte Stellen	79.60	74.60	72.60	-2.00
Projektstellen				

## Stellenplan 2008

	Budget 2007	Budget 2007 bereinigt	<b>Budget 2008</b>	Veränderung Budget 2008 / 2007 bereinigt
<b>520 Gesundheitsschutz, Prävention und ärztliche Aufsicht, dez.</b>				
<b>Akutversorgung Humanmedizin</b>	<b>8.58</b>	<b>8.58</b>	<b>8.58</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen	8.58	8.58	8.58	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<b>533 Verbraucherschutz</b>	<b>67.21</b>	<b>67.01</b>	<b>67.01</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen	67.21	67.01	67.01	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<b>535 Gesundheitsversorgung für Akutmedizin, Spezialmedizin und Langzeitbetreuung</b>	<b>12.80</b>	<b>12.80</b>	<b>13.80</b>	<b>1.00</b>
Ordentliche Stellen	11.80	11.80	11.80	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen	1.00	1.00	2.00	1.00
<b>540 Militär und Bevölkerungsschutz</b>	<b>87.07</b>	<b>78.90</b>	<b>79.00</b>	<b>0.10</b>
Ordentliche Stellen	87.07	78.90	78.60	-0.30
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen			0.40	0.40
<b>545 Sozialversicherungen</b>	<b>0.00</b>	<b>0.00</b>	<b>0.00</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen				
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<i>Departement Bau, Verkehr und Umwelt</i>	<i>499.16</i>	<i>499.16</i>	<i>462.66</i>	<i>-36.50</i>
<b>610 Raumentwicklung und Recht</b>	<b>51.40</b>	<b>51.40</b>	<b>54.60</b>	<b>3.20</b>
Ordentliche Stellen	50.10	50.10	52.80	2.70
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen	1.30	1.30	1.80	0.50

## Stellenplan 2008

	Budget 2007	Budget 2007 bereinigt	<b>Budget 2008</b>	Veränderung Budget 2008 / 2007 bereinigt
<b>615 Energie</b>	<b>5.00</b>	<b>5.00</b>	<b>6.00</b>	<b>1.00</b>
Ordentliche Stellen	5.00	5.00	6.00	1.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<b>620 Umweltschutz</b>	<b>50.85</b>	<b>50.85</b>	<b>50.85</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen	50.10	50.10	50.10	0.00
Fremdfinanzierte Stellen	0.75	0.75	0.75	0.00
Projektstellen				
<b>625 Umweltentwicklung</b>	<b>40.68</b>	<b>40.68</b>	<b>40.68</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen	40.68	40.68	40.68	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<b>630 Umweltsanierung</b>	<b>0.00</b>	<b>0.00</b>	<b>0.00</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen				
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				
<b>635 Verkehrsangebot</b>	<b>20.65</b>	<b>20.65</b>	<b>22.65</b>	<b>2.00</b>
Ordentliche Stellen	20.15	20.15	22.15	2.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen	0.50	0.50	0.50	0.00
<b>640 Verkehrsinfrastruktur</b>	<b>284.63</b>	<b>284.63</b>	<b>241.93</b>	<b>-42.70</b>
Ordentliche Stellen	284.13	284.13	236.43	-47.70
Fremdfinanzierte Stellen			5.00	5.00
Projektstellen	0.50	0.50	0.50	0.00
<b>645 Wald, Jagd und Fischerei</b>	<b>45.95</b>	<b>45.95</b>	<b>45.95</b>	<b>0.00</b>
Ordentliche Stellen	45.95	45.95	45.95	0.00
Fremdfinanzierte Stellen				
Projektstellen				



# Artengliederung

1'000 Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>3 Aufwand Laufende Rechnung</b>	<b>-3'711'634</b>	<b>-3'634'826</b>	<b>-5'792'302</b>	<b>59.4</b>	<b>-4'073'367</b>	<b>-29.7</b>	<b>-4'143'183</b>	<b>1.7</b>	<b>-4'206'945</b>	<b>1.5</b>
<b>30 Personalaufwand</b>	<b>-1'275'058</b>	<b>-1'288'275</b>	<b>-3'069'407</b>	<b>138.3</b>	<b>-1'382'912</b>	<b>-54.9</b>	<b>-1'404'937</b>	<b>1.6</b>	<b>-1'431'305</b>	<b>1.9</b>
300 Behörden, Kommissionen, Richter	-7'132	-7'115	-7'089	-0.4	-7'176	1.2	-7'183	0.1	-7'192	0.1
301 Löhne Verwaltungs- + Betriebspersonal	-388'290	-402'197	-410'149	2.0	-412'770	0.6	-425'898	3.2	-430'222	1.0
302 Löhne der Lehrpersonen	-701'397	-689'201	-732'038	6.2	-755'070	3.1	-761'639	0.9	-781'119	2.6
303 Arbeitgeberbeiträge Verwaltungspersonal	-55'040	-57'335	-1'789'389	3021.0	-66'031	-96.3	-67'118	1.6	-66'414	-1.0
304 Arbeitgeberbeiträge Lehrpersonen	-99'395	-101'434	-117'037	15.4	-128'032	9.4	-129'136	0.9	-132'455	2.6
307 Rentenleistungen	-17'866	-19'101	-1'333	-93.0	-1'333	0.0	-1'333	0.0	-1'333	0.0
309 Übriges	-5'937	-11'892	-12'371	4.0	-12'501	1.0	-12'631	1.0	-12'570	-0.5
<b>31 Sachaufwand</b>	<b>-250'601</b>	<b>-268'640</b>	<b>-283'592</b>	<b>5.6</b>	<b>-294'246</b>	<b>3.8</b>	<b>-299'296</b>	<b>1.7</b>	<b>-297'938</b>	<b>-0.5</b>
310 Büro- und Schulmaterial, Drucksachen	-17'807	-19'403	-20'627	6.3	-21'331	3.4	-19'830	-7.0	-19'849	0.1
311 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	-1'829	-1'834	-2'007	9.4	-1'920	-4.3	-1'868	-2.7	-824	-55.9
312 Wasser, Energie und Heizmaterialien	-5'034	-4'040	-4'970	23.0	-5'125	3.1	-5'129	0.1	-5'124	-0.1
313 Verbrauchsmaterialien	-18'395	-18'768	-20'035	6.8	-19'803	-1.2	-20'089	1.4	-19'970	-0.6
314 Dienstl Dritter für baulichen Unterhalt	-31'491	-31'383	-25'056	-20.2	-22'746	-9.2	-21'954	-3.5	-23'406	6.6
315 Dienstl Dritter für übrigen Unterhalt	-18'877	-23'762	-24'705	4.0	-25'383	2.7	-27'576	8.6	-27'886	1.1
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	-25'732	-31'272	-28'963	-7.4	-28'963	0.0	-36'733	26.8	-36'550	-0.5
317 Spesenentschädigungen	-7'421	-8'185	-8'057	-1.6	-8'084	0.3	-8'081	0.0	-8'045	-0.4
318 Dienstleistungen und Honorare	-116'414	-121'167	-139'762	15.3	-150'672	7.8	-148'400	-1.5	-146'386	-1.4
319 Übriges	-7'601	-8'827	-9'411	6.6	-10'218	8.6	-9'637	-5.7	-9'897	2.7
<b>32 Passivzinsen</b>	<b>-64'559</b>	<b>-54'905</b>	<b>-116'245</b>	<b>111.7</b>	<b>-112'754</b>	<b>-3.0</b>	<b>-109'359</b>	<b>-3.0</b>	<b>-103'051</b>	<b>-5.8</b>
320 Laufende Verpflichtungen	-44	-55	-45	-18.2	-45	0.0	-50	11.1	-50	0.0
321 kurzfristige Schulden	-602	-1'600	-700	-56.3	-2'694	284.9	-3'706	37.6	-6'718	81.3
322 Mittel- und langfristige Schulden	-52'092	-40'274	-39'628	-1.6	-36'634	-7.6	-33'552	-8.4	-25'212	-24.9
323 Sonderrechnungen	-725	-695	-64'390	9164.7	-62'020	-3.7	-60'820	-1.9	-59'620	-2.0
329 Übrige	-11'097	-12'281	-11'482	-6.5	-11'361	-1.0	-11'231	-1.1	-11'451	2.0
<b>33 Abschreibungen</b>	<b>-63'647</b>	<b>-43'800</b>	<b>-43'893</b>	<b>0.2</b>	<b>-44'638</b>	<b>1.7</b>	<b>-44'405</b>	<b>-0.5</b>	<b>-44'818</b>	<b>0.9</b>
330 Finanzvermögen	-63'647	-32'676	-32'769	0.3	-33'514	2.3	-33'281	-0.7	-33'694	1.2
333 Bilanzfehlbetrag	0	-11'124	-11'124	0.0	-11'124	0.0	-11'124	0.0	-11'124	0.0

## Artengliederung

1'000 Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung</b>	<b>-44'279</b>	<b>-54'170</b>	<b>-62'530</b>	<b>15.4</b>	<b>-80'330</b>	<b>28.5</b>	<b>-106'230</b>	<b>32.2</b>	<b>-89'630</b>	<b>-15.6</b>
340 Einnahmenanteile für Gemeinde	-128	-250	-230	-8.0	-230	0.0	-230	0.0	-230	0.0
341 Beiträge	-32'561	-40'800	-48'100	17.9	-70'900	47.4	-96'800	36.5	-80'200	-17.1
342 Subventionen	-67	-120	-80	-33.3	-80	0.0	-80	0.0	-80	0.0
343 Finanzausgleich	-11'522	-13'000	-5'000	-61.5	0	-100.0	0	--	0	--
345 Beiträge NFA	0	0	-9'120	--	-9'120	0.0	-9'120	0.0	-9'120	0.0
<b>35 Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>-172'109</b>	<b>-177'883</b>	<b>-185'979</b>	<b>4.6</b>	<b>-194'210</b>	<b>4.4</b>	<b>-195'672</b>	<b>0.8</b>	<b>-200'238</b>	<b>2.3</b>
350 Bund	-325	-295	-319	8.1	-319	0.0	-319	0.0	-319	0.0
351 Kantone	-163'845	-169'372	-177'442	4.8	-185'329	4.4	-186'819	0.8	-191'383	2.4
352 Gemeinden	-7'940	-8'216	-8'219	0.0	-8'562	4.2	-8'534	-0.3	-8'536	0.0
<b>36 Eigene Beiträge</b>	<b>-1'165'540</b>	<b>-1'230'623</b>	<b>-1'464'855</b>	<b>19.0</b>	<b>-1'487'723</b>	<b>1.6</b>	<b>-1'511'819</b>	<b>1.6</b>	<b>-1'560'670</b>	<b>3.2</b>
360 Bund	-232'979	-241'603	-50'065	-79.3	-9'665	-80.7	-9'665	0.0	-9'665	0.0
361 Kantone	-2'708	-4'561	-16'510	262.0	-17'872	8.2	-17'938	0.4	-17'934	0.0
362 Gemeinden	-34'995	-74'732	-8'079	-89.2	-7'989	-1.1	-7'809	-2.3	-7'809	0.0
363 Eigene Unternehmungen	-154'365	-213'397	-218'650	2.5	-222'931	2.0	-226'351	1.5	-229'843	1.5
364 Gemischtwirtschaftl. Unternehmungen	-205'962	-237'014	-341'049	43.9	-371'169	8.8	-347'716	-6.3	-353'040	1.5
365 Private Institutionen	-173'877	-79'475	-376'302	373.5	-390'512	3.8	-404'714	3.6	-451'630	11.6
366 Private Haushalte	-356'830	-375'296	-406'188	8.2	-427'174	5.2	-436'311	2.1	-451'165	3.4
367 Ausland	0	-10	-10	0.0	-10	0.0	-10	0.0	-10	0.0
369 Übrige	-3'824	-4'535	-48'001	958.5	-40'401	-15.8	-61'306	51.7	-39'574	-35.4
<b>37 Durchlaufende Beiträge</b>	<b>-258'801</b>	<b>-266'324</b>	<b>-166'451</b>	<b>-37.5</b>	<b>-167'771</b>	<b>0.8</b>	<b>-167'821</b>	<b>0.0</b>	<b>-167'821</b>	<b>0.0</b>
370 Bund	-123	-90	-90	0.0	-90	0.0	-90	0.0	-90	0.0
371 Kantone	0	-6'900	0	-100.0	0	--	0	--	0	--
372 Gemeinden	-20'439	-118'757	-12'356	-89.6	-12'406	0.4	-12'456	0.4	-12'456	0.0
373 Eigene Unternehmungen	-68'023	0	0	--	0	--	0	--	0	--
374 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	-170	-500	-500	0.0	-500	0.0	-500	0.0	-500	0.0
379 Dritte	-170'047	-140'077	-153'505	9.6	-154'775	0.8	-154'775	0.0	-154'775	0.0



## Artengliederung

1'000 Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>38 Einlagen in Spezialfinanzierungen</b>	<b>-133'413</b>	<b>-43'256</b>	<b>-65'672</b>	<b>51.8</b>	<b>-47'552</b>	<b>-27.6</b>	<b>-44'505</b>	<b>-6.4</b>	<b>-51'493</b>	<b>15.7</b>
380 Einlagen in Spezialfinanzierungen	-133'413	-43'256	-65'672	51.8	-47'552	-27.6	-44'505	-6.4	-51'493	15.7
<b>39 Interne Verrechnungen</b>	<b>-283'627</b>	<b>-206'951</b>	<b>-333'679</b>	<b>61.2</b>	<b>-261'231</b>	<b>-21.7</b>	<b>-259'138</b>	<b>-0.8</b>	<b>-259'982</b>	<b>0.3</b>
390 Interne Verrechnungen	-283'627	-206'951	-333'679	61.2	-261'231	-21.7	-259'138	-0.8	-259'982	0.3
391 Übrige Dienstleistungen	0	0	0	--	0	--	0	--	0	--

# Artengliederung

1'000 Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>4 Ertrag Laufende Rechnung</b>	<b>3'957'653</b>	<b>3'880'209</b>	<b>6'096'895</b>	<b>57.1</b>	<b>4'350'587</b>	<b>-28.6</b>	<b>4'390'791</b>	<b>0.9</b>	<b>4'448'317</b>	<b>1.3</b>
<b>40 Steuern</b>	<b>2'018'416</b>	<b>1'997'674</b>	<b>2'132'377</b>	<b>6.7</b>	<b>2'117'285</b>	<b>-0.7</b>	<b>2'112'493</b>	<b>-0.2</b>	<b>2'174'923</b>	<b>3.0</b>
400 Einkommens- und Vermögenssteuern	1'384'026	1'410'000	1'411'000	0.1	1'457'000	3.3	1'470'000	0.9	1'529'000	4.0
401 Ertrags- und Kapitalsteuern	439'642	391'900	520'500	32.8	456'000	-12.4	434'500	-4.7	434'500	0.0
403 Vermögensgewinnsteuern	18'660	19'000	19'500	2.6	20'000	2.6	20'800	4.0	21'600	3.8
404 Vermögensverkehrssteuern	42'721	41'500	42'650	2.8	42'950	0.7	43'550	1.4	43'750	0.5
405 Erbschafts- und Schenkungssteuern	16'666	19'000	19'500	2.6	20'000	2.6	20'500	2.5	21'000	2.4
406 Besitz- und Aufwandsteuer	112'446	113'274	116'127	2.5	118'135	1.7	119'843	1.4	121'673	1.5
408 Nachsteuern und Bussen	4'255	3'000	3'100	3.3	3'200	3.2	3'300	3.1	3'400	3.0
<b>41 Regalien und Konzessionen</b>	<b>59'752</b>	<b>59'871</b>	<b>53'858</b>	<b>-10.0</b>	<b>54'103</b>	<b>0.5</b>	<b>54'603</b>	<b>0.9</b>	<b>54'903</b>	<b>0.5</b>
410 Regalien und Konzessionen	59'752	59'871	53'858	-10.0	54'103	0.5	54'603	0.9	54'903	0.5
<b>42 Vermögenserträge</b>	<b>229'450</b>	<b>227'087</b>	<b>287'332</b>	<b>26.5</b>	<b>298'249</b>	<b>3.8</b>	<b>312'443</b>	<b>4.8</b>	<b>317'493</b>	<b>1.6</b>
420 Banken	981	750	875	16.7	750	-14.3	600	-20.0	600	0.0
421 Guthaben	17'796	11'402	15'005	31.6	13'207	-12.0	12'207	-7.6	10'305	-15.6
422 Anlagen des Finanzvermögens	3'760	1'090	17'486	1504.2	16'104	-7.9	15'474	-3.9	15'404	-0.5
423 Liegenschaftserträge des Finanzvermögens	2'364	2'234	2'092	-6.4	2'092	0.0	2'092	0.0	2'092	0.0
424 Buchgewinne auf Anlagen des Finanzverm.	2'486	2'000	2'200	10.0	2'200	0.0	2'300	4.5	2'400	4.3
425 Darlehen des Verwaltungsvermögens	11'816	11'638	11'823	1.6	12'675	7.2	12'579	-0.8	12'641	0.5
426 Beteiligungen des Verwaltungsvermögens	73'318	81'758	95'278	16.5	108'498	13.9	116'088	7.0	122'948	5.9
427 Liegenschaftserträge Finanzvermögen	17'254	16'543	16'543	0.0	16'693	0.9	25'073	50.2	25'073	0.0
429 Übrige	99'674	99'672	126'030	26.4	126'030	0.0	126'030	0.0	126'030	0.0
<b>43 Entgelte</b>	<b>262'484</b>	<b>233'820</b>	<b>230'202</b>	<b>-1.5</b>	<b>227'600</b>	<b>-1.1</b>	<b>227'182</b>	<b>-0.2</b>	<b>227'928</b>	<b>0.3</b>
430 Ersatzabgaben	2'391	1'300	1'500	15.4	1'500	0.0	1'500	0.0	1'100	-26.7
431 Gebühren für Amtshandlungen	78'279	78'837	78'638	-0.3	78'295	-0.4	79'596	1.7	80'008	0.5
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	18'364	18'571	18'452	-0.6	18'452	0.0	19'534	5.9	19'762	1.2
433 Schulgelder	3'286	3'766	2'204	-41.5	2'192	-0.6	2'222	1.4	2'301	3.6
434 Andere Benützungsgebühren, Dienstleist.	34'993	34'802	34'610	-0.6	34'786	0.5	30'712	-11.7	31'050	1.1
435 Verkäufe	38'716	34'179	34'570	1.1	31'880	-7.8	32'097	0.7	32'353	0.8
436 Rückerstattungen	52'624	32'336	30'590	-5.4	31'036	1.5	31'763	2.3	31'645	-0.4
437 Bussen	29'719	27'260	28'930	6.1	28'950	0.1	29'250	1.0	29'250	0.0
438 Eigenleistungen für Investitionen	3'894	2'561	500	-80.5	300	-40.0	300	0.0	250	-16.7
439 Übrige	219	208	209	0.2	209	0.0	209	0.0	209	0.0

## Artengliederung

1'000 Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung</b>	<b>245'489</b>	<b>242'914</b>	<b>323'556</b>	<b>33.2</b>	<b>307'656</b>	<b>-4.9</b>	<b>310'756</b>	<b>1.0</b>	<b>314'856</b>	<b>1.3</b>
440 Anteile an Bundeseinnahmen	245'489	242'914	184'714	-24.0	168'814	-8.6	171'914	1.8	176'014	2.4
445 Beiträge NFA	0	0	138'842	--	138'842	0.0	138'842	0.0	138'842	0.0
<b>45 Rückerstattung von Gemeinwesen</b>	<b>81'201</b>	<b>69'738</b>	<b>64'582</b>	<b>-7.4</b>	<b>60'639</b>	<b>-6.1</b>	<b>60'325</b>	<b>-0.5</b>	<b>60'810</b>	<b>0.8</b>
450 Bund	70'484	59'829	54'750	-8.5	50'846	-7.1	50'962	0.2	51'428	0.9
451 Kantone	5'085	5'168	5'796	12.2	5'787	-0.2	5'356	-7.4	5'385	0.5
452 Gemeinden	5'632	4'741	4'036	-14.9	4'007	-0.7	4'007	0.0	3'997	-0.2
<b>46 Beiträge für eigene Rechnung</b>	<b>479'966</b>	<b>543'268</b>	<b>793'549</b>	<b>46.1</b>	<b>832'902</b>	<b>5.0</b>	<b>826'181</b>	<b>-0.8</b>	<b>845'233</b>	<b>2.3</b>
460 Bund	187'903	200'745	278'336	38.7	290'857	4.5	297'560	2.3	306'054	2.9
461 Kantone	59	1'300	1'069	-17.8	769	-28.1	662	-13.9	561	-15.3
462 Gemeinden	287'372	338'849	477'990	41.1	504'941	5.6	491'314	-2.7	501'134	2.0
463 Eigene Unternehmungen	80	80	80	0.0	80	0.0	80	0.0	80	0.0
469 Übrige	4'552	2'294	36'074	1472.8	36'255	0.5	36'565	0.9	37'405	2.3
<b>47 Durchlaufende Beiträge</b>	<b>258'801</b>	<b>266'324</b>	<b>166'451</b>	<b>-37.5</b>	<b>167'771</b>	<b>0.8</b>	<b>167'821</b>	<b>0.0</b>	<b>167'821</b>	<b>0.0</b>
470 Bund	184'264	155'534	157'961	1.6	158'011	0.0	158'061	0.0	158'061	0.0
471 Kantone	0	0	0	--	0	--	0	--	0	--
472 Gemeinden	74'094	110'200	7'900	-92.8	9'170		9'170		9'170	
473 Eigene Unternehmungen	273	90	90	0.0	90	-100.0	90	-100.0	90	0.0
474 Spital	170	500	500	0.0	500	0.0	500	0.0	500	0.0
<b>48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen</b>	<b>38'466</b>	<b>32'563</b>	<b>1'711'309</b>	<b>5155.4</b>	<b>23'152</b>	<b>-98.6</b>	<b>59'849</b>	<b>158.5</b>	<b>24'369</b>	<b>-59.3</b>
480 Fonds	38'466	32'563	1'711'309	5155.4	23'152	-98.6	59'849	158.5	24'369	-59.3
<b>49 Interne Verrechnungen</b>	<b>283'627</b>	<b>206'951</b>	<b>333'679</b>	<b>61.2</b>	<b>261'231</b>	<b>-21.7</b>	<b>259'138</b>	<b>-0.8</b>	<b>259'982</b>	<b>0.3</b>
490 Interne Verrechnungen	283'627	206'951	333'679	61.2	261'231	-21.7	259'138	-0.8	259'982	0.3

# Artengliederung

1'000 Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>5 Aufwand Investitionsrechnung</b>	<b>-414'722</b>	<b>-429'743</b>	<b>-405'481</b>	<b>-5.6</b>	<b>-389'867</b>	<b>-3.9</b>	<b>-353'059</b>	<b>-9.4</b>	<b>-320'172</b>	<b>-9.3</b>
<b>50 Sachgüter</b>	<b>-351'233</b>	<b>-333'638</b>	<b>-273'743</b>	<b>-18.0</b>	<b>-283'188</b>	<b>3.5</b>	<b>-280'037</b>	<b>-1.1</b>	<b>-252'198</b>	<b>-9.9</b>
500 Grundstücke	-796	-1'300	-1'250	-3.8	-1'250	0.0	-1'350	8.0	-1'350	0.0
501 Tiefbauten	-278'018	-251'039	-173'477	-30.9	-182'990	5.5	-194'797	6.5	-171'142	-12.1
503 Hochbauten	-32'192	-32'290	-52'365	62.2	-51'439	-1.8	-49'200	-4.4	-45'760	-7.0
504 Instandsetzung Hochbauten	-6'507	-12'030	-8'000	-33.5	-8'000	0.0	-8'000	0.0	-7'000	-12.5
505 Waldungen	-30	-40	-40	0.0	-40	0.0	-40	0.0	-40	0.0
506 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	-32'430	-31'400	-35'102	11.8	-35'948	2.4	-25'079	-30.2	-25'718	2.5
509 Übrige	-1'260	-5'539	-3'508	-36.7	-3'521	0.3	-1'571	-55.4	-1'188	-24.4
<b>52 Darlehen und Beteiligungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-50</b>	<b>--</b>	<b>-50</b>	<b>0.0</b>	<b>0</b>	<b>-100.0</b>	<b>0</b>	<b>--</b>
524 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	0	0	-50	--	-50	0.0	0	-100.0	0	--
<b>56 Eigene Beiträge</b>	<b>-37'067</b>	<b>-55'672</b>	<b>-86'131</b>	<b>54.7</b>	<b>-71'470</b>	<b>-17.0</b>	<b>-44'785</b>	<b>-37.3</b>	<b>-40'795</b>	<b>-8.9</b>
560 Bund	-15	-45	-15	-66.7	-15	0.0	-15	0.0	-15	0.0
562 Gemeinden	-1'099	-4'050	-15'430	281.0	-3'000	-80.6	-2'020	-32.7	-1'700	-15.8
563 Eigene Unternehmungen	-7'011	-300	-3'400	1033.3	-3'750	10.3	-1'200	-68.0	-400	-66.7
564 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	-19'997	-43'937	-53'316	21.3	-56'105	5.2	-36'750	-34.5	-36'980	0.6
565 Private Institutionen	-8'946	-7'340	-13'970	90.3	-8'600	-38.4	-4'800	-44.2	-1'700	-64.6
<b>57 Durchlaufende Beiträge</b>	<b>-10'818</b>	<b>-12'549</b>	<b>-13'825</b>	<b>10.2</b>	<b>-6'225</b>	<b>-55.0</b>	<b>-7'225</b>	<b>16.1</b>	<b>-6'589</b>	<b>-8.8</b>
572 Gemeinden	-9'067	-10'749	-11'525	7.2	-3'525	-69.4	-4'525	28.4	-3'889	-14.1
574 Gemischtwirtschaftl. Unternehmungen	-1'301	-1'400	-1'900	35.7	-2'300	21.1	-2'300	0.0	-2'300	0.0
575 Private Institutionen	-451	-400	-400	0.0	-400	0.0	-400	0.0	-400	0.0
<b>58 Übrige zu aktivierende Ausgaben</b>	<b>-760</b>	<b>-705</b>	<b>-1'232</b>	<b>74.8</b>	<b>-1'334</b>	<b>8.3</b>	<b>-512</b>	<b>-61.6</b>	<b>-190</b>	<b>-62.9</b>
589 Projektstellen	-760	-705	-1'232	74.8	-1'334	8.3	-512	-61.6	-190	-62.9
<b>59 Interne Verrechnungen</b>	<b>-14'843</b>	<b>-27'180</b>	<b>-30'500</b>	<b>12.2</b>	<b>-27'600</b>	<b>-9.5</b>	<b>-20'500</b>	<b>-25.7</b>	<b>-20'400</b>	<b>-0.5</b>
590 Interne Verrechnungen	-14'843	-27'180	-30'500	12.2	-27'600	-9.5	-20'500	-25.7	-20'400	-0.5

## Artengliederung

1'000 Franken	Rechnung 2006	Budget 2007	Budget 2008	Ver. in %	Plan 2009	Ver. in %	Plan 2010	Ver. in %	Plan 2011	Ver. in %
<b>6 Ertrag Investitionsrechnung</b>	<b>210'797</b>	<b>190'131</b>	<b>115'268</b>	<b>-39.4</b>	<b>119'495</b>	<b>3.7</b>	<b>119'206</b>	<b>-0.2</b>	<b>104'980</b>	<b>-11.9</b>
<b>60 Sachgüter</b>	<b>23'469</b>	<b>3'234</b>	<b>2'914</b>	<b>-9.9</b>	<b>2'911</b>	<b>-0.1</b>	<b>1'532</b>	<b>-47.4</b>	<b>1'882</b>	<b>22.8</b>
600 Grundstücke	94	0	0	-100.0	0	-100.0	0	-100.0	0	-100.0
603 Hochbauten	4'073	1'500	1'500	0.0	1'500	0.0	1'500	0.0	1'500	0.0
605 Waldungen	0	30	30	0.0	30	0.0	30	0.0	30	0.0
606 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	19'302	1'704	1'384	-18.8	1'381	-0.3	2	-99.9	352	17500.0
<b>62 Rückzahlung Darlehen Beteiligungen</b>	<b>327</b>	<b>305</b>	<b>300</b>	<b>-1.6</b>	<b>300</b>	<b>0.0</b>	<b>0</b>	<b>-100.0</b>	<b>0</b>	<b>X</b>
624 Gemischtwirtschaft Unternehmen	27	5	0	-100.0	0	X	0	X	0	X
625 Private Institutionen	300	300	300	0.0	300	0.0	0	-100.0	0	-100.0
<b>64 Rückzahlung von eigenen Beiträgen</b>	<b>53</b>	<b>30</b>	<b>30</b>	<b>0.0</b>	<b>30</b>	<b>0.0</b>	<b>30</b>	<b>0.0</b>	<b>30</b>	<b>0.0</b>
645 Private Institutionen	53	30	30	0.0	30	0.0	30	0.0	30	0.0
<b>66 Beiträge für eigene Rechnung</b>	<b>161'286</b>	<b>146'833</b>	<b>67'699</b>	<b>-53.9</b>	<b>82'429</b>	<b>21.8</b>	<b>89'919</b>	<b>9.1</b>	<b>76'079</b>	<b>-15.4</b>
660 Bund	127'506	104'053	33'406	-67.9	44'451	33.1	39'019	-12.2	16'095	-58.8
662 Gemeinden	30'202	39'970	31'478	-21.2	34'168	8.5	49'400	44.6	47'984	-2.9
669 Übrige	3'577	2'810	2'815	0.2	3'810	35.3	1'500	-60.6	12'000	700.0
<b>67 Durchlaufende Beiträge</b>	<b>10'818</b>	<b>12'549</b>	<b>13'825</b>	<b>10.2</b>	<b>6'225</b>	<b>-55.0</b>	<b>7'225</b>	<b>16.1</b>	<b>6'589</b>	<b>-8.8</b>
670 Bund	10'818	12'549	13'825	-100.0	6'225	-55.0	7'225	16.1	6'589	-8.8
672 Gemeinden	0	0	0	10.2	0	X	0	X	0	X
<b>69 Interne Verrechnungen</b>	<b>14'843</b>	<b>27'180</b>	<b>30'500</b>	<b>12.2</b>	<b>27'600</b>	<b>-9.5</b>	<b>20'500</b>	<b>-25.7</b>	<b>20'400</b>	<b>-0.5</b>
690 Interne Verrechnungen	14'843	27'180	30'500	0.0	27'600	0.0	20'500	0.0	20'400	0.0

## Finanzielle Mehrjahreskennzahlen

Kennzahlen in Prozent	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 BU	2008 BU	2009 FP	2010 FP	2011 FP
Personalanteil	50.10	50.29	48.08	46.63	46.24	41.19	39.37	38.45	39.68	37.26	36.75	34.82	35.02	35.16	35.60
Investitionsanteil	10.82	9.96	11.43	13.20	12.60	12.08	12.77	12.38	11.66	11.36	11.10	9.35	9.01	8.14	7.29
Sachaufwandanteil	12.00	12.17	12.24	11.68	11.55	7.79	7.56	7.62	7.82	7.32	7.66	7.34	7.44	7.49	7.41
Transferanteil	26.48	26.51	27.03	27.23	29.00	37.47	40.23	40.35	39.29	41.44	43.29	46.60	46.39	46.50	47.04
Zinsbelastungsanteil	0.28	0.42	-0.40	0.52	0.60	0.41	0.70	0.70	-0.06	-1.83	-2.06	-1.14	-1.49	-1.93	-2.17
Überschuss-/Defizitanteil	-2.52	-2.42	-2.33	-1.02	-0.78	-1.02	0.03	0.79	0.96	1.23	0.16	0.37	0.17	0.34	0.65
Selbstfinanzierungsanteil	67.98	60.06	64.97	87.47	89.98	83.40	100.44	111.89	115.20	120.64	106.97	108.79	106.65	110.64	117.34
Überschuss-Defizitquote	-0.30	-0.27	-0.28	-0.12	-0.09	-0.11	0.00	0.09	0.11	0.14	0.02	0.05	0.02	0.04	0.08
Staatsquote	11.81	11.34	11.90	11.49	11.70	10.91	11.44	11.35	11.45	11.78	11.51	12.49	12.38	12.13	11.82
Steuerquote	6.10	5.60	5.75	5.52	5.60	5.86	6.15	6.22	6.36	6.56	6.18	6.52	6.26	6.05	6.03
Bruttoinvestitionsquote	1.36	1.24	1.45	1.58	1.53	1.38	1.51	1.48	1.47	1.43	1.41	1.31	1.22	1.07	0.94
Nettoinvestitionsquote	0.93	0.69	0.79	0.93	0.91	0.67	0.80	0.75	0.73	0.70	0.79	0.94	0.85	0.71	0.63
Bruttoverschuldungsquote	7.84	7.69	8.34	7.88	7.42	7.21	7.66	10.09	8.26	7.35	7.73	13.07	12.49	12.20	11.80
Nettoverschuldungsquote	1.57	1.76	2.01	1.99	2.02	2.17	2.16	2.02	1.88	1.66	1.62	1.43	1.32	1.21	1.06

## Definitionen Finanzkennzahlen

<b>Bereinigter Aufwand (BA):</b>	Gesamtaufwand ./ (Durchlaufende Beiträge, Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen sowie Verrechnungen) (SG 30 - 36) + (SG 50 - 56) + SG 58
<b>Bereinigter Ertrag (BE):</b>	Gesamtertrag ./ (Durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen sowie Verrechnungen) (SG 40 - 46) + (SG 60 - 66)
<b>.... anteil:</b>	<b>Verhältnis zum bereinigten Aufwand/Ertrag</b>
<b>Personalanteil:</b>	Personalaufwand in % des bereinigten Aufwands [(SG 30 + SG 58) : BA] x 100
<b>Investitionsanteil:</b>	Investitionen (Eigene Investitionen und eigene Investitionsbeiträge) in % des bereinigten Aufwands [(SG 50 - 56+58) : BA] x 100
<b>Sachaufwandanteil:</b>	Sachaufwand in % des bereinigten Aufwands (SG 31 : BA) x 100
<b>Transferanteil:</b>	Eigene laufende Beiträge und Investitionsbeiträge in % des bereinigten Aufwands [(SG 34+35+36+52+56) : BA] x 100
<b>Zinsbelastungsanteil:</b>	Passivzinsen ./ Vermögenserträge in % des bereinigten Ertrags {(SG 32 - (SG 42 - KG 429)) : BE} x 100
<b>Überschuss-/Defizitanteil:</b>	Überschuss/Defizit der Verwaltungsrechnung in % des bereinigten Aufwands (Saldo Verwaltungsrechnung : BA) x 100
<b>... grad:</b>	<b>Verhältnis zu den Nettoinvestitionen</b>
<b>Selbstfinanzierungsgrad:</b>	Selbstfinanzierung (Nettoinvestitionen +/- Überschuss/Defizit der Verwaltungsrechnung + Abschreibungen Schuldenbremse) in % der Nettoinvestitionen {(SG 50 - 58) ./ (SG 60 - 67) + (Saldo Verwaltungsrechnung) + SG 333} : {(SG 50 - 58) ./ (SG 60 - 67)} x 100
<b>... quote:</b>	<b>Verhältnis zum Volkseinkommen des Kantons Aargau (VEA)</b>
<b>Überschuss-/Defizitquote:</b>	Überschuss/Defizit der Verwaltungsrechnung in % des Volkseinkommens Aargau (Saldo Verwaltungsrechnung : VEA) x 100
<b>Staatsquote:</b>	Bereinigter Aufwand in % des Volkseinkommens Aargau (BA : VEA) x 100
<b>Steuerquote:</b>	Steuern auf Einkommen und Vermögen in % des Volkseinkommens Aargau [SG 40 - (KG 406 - 407) : VEA] x 100
<b>Bruttoinvestitionsquote:</b>	Investitionsausgaben in % des Volkseinkommens Aargau [(SG 50 - 59) : VEA] x 100
<b>Nettoinvestitionsquote:</b>	Nettoinvestitionen (Investitionsaufwand ./ Investitionsertrag) in % des Volkseinkommens Aargau {(SG 50 - 59) ./ (SG 60 - 69)} : VEA} x 100
<b>Bruttoverschuldungsquote:</b>	Fremdkapital und Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen in % des Volkseinkommens Aargau [(SG 20 - 28) : VEA] x 100
<b>Nettoverschuldungsquote:</b>	Fremdkapital und Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen abzüglich Finanzvermögen, Darlehen und Beteiligungen, Spezialfinanzierungen in % des Volkseinkommens Aargau {(SG 20 - 28) ./ [(SG10 - 13) ./ SG 15 ./ SG 18] : VEA} x 100

**Legende:** SG = Sachgruppe; KG = Kontogruppe; - von ... bis; ./ minus; : geteilt durch

## Verzeichnis der Abkürzungen

Abkürzung	Bezeichnung
<b>Steuerungsbereiche</b>	
AB	Aufgabenbereich
PG	Produktgruppe
P	Produkt
<b>Gesetze</b>	
DRV	Dekret über die Rechnungslegung und Vermögensverwaltung
FHG	Finanzhaushaltsgesetz (wurde durch das GAF abgelöst)
GAF	Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen
GFK	Gesetz über die Finanzkontrolle
GVG	Geschäftsverkehrsgesetz
VO Steuerbereiche	Verordnung über die Steuerungsbereiche des Regierungsrats
VRF	Verordnung über das Rechnungswesen und die übrige Führungsunterstützung
VVV	Verordnung über die Verwaltung des Vermögens
VO Liegenschaften	Liegenschaftenverordnung
FHD	Finanzhaushaltsdekret (wurde durch das DRV abgelöst)
<b>Begriffe aus dem GAF</b>	
AFP	Aufgaben- und Finanzplan
ELB	Entwicklungsleitbild
JB	Jahresbericht
ES	Entwicklungsschwerpunkt
Z	Ziel
K	Kennzahl
GB	Globalbudget
GK	Grosskredit
KK	Kleinkredit
LUAE	Leistungsunabhängige Aufwendungen und Erträge
<b>Rechnungswesen, Controlling</b>	
KLR	Kostenleistungsrechnung
MIS	Managementinformationssystem
RAPAG	Rechnungswesen - Applikation des Kt. Aargau (SAP R/3)



## Glossar

Begriff	Erläuterung
<b>Artengliederung</b>	Darstellung der Aufwände und Erträge nach den einzelnen Aufwand- und Ertragskonten. Die Artengliederung basiert auf dem Kontenrahmen der öffentlichen Haushalte (Modell des harmonisierten Rechnungsmodells für Kantone und Gemeinden, HRM).
<b>Aufgabenbereich</b>	Steuerungsbereich des Grossen Rats; ein Aufgabenbereich umfasst in der Regel mehrere Produktgruppen.
<b>Aufgaben- und Finanzplan</b>	Auf 4 Jahre angelegtes, rollendes Planungsinstrument, das auf den Aufgabenbereichen basiert. Der Aufgaben- und Finanzplan umfasst alle Aufgabenbereiche des Kantons; alle staatlichen Leistungen werden dargestellt mit Ausnahme jener der selbständigen Anstalten.
<b>Auftrag</b>	Parlamentarisches Instrument, mit dem der Grosse Rat dem Regierungsrat einen auf den AFP bezogenen Prüfungsauftrag erteilen kann. Der Auftrag kann Geschäfte im Kompetenzbereich des Grossen Rats und / oder Regierungsrats zum Inhalt haben.
<b>Budget</b>	Jahresplanung der Steuerungsinstanzen für ihre Steuerungsbereiche, die sämtliche Aufgabenbereiche des Kantons umfasst und die für die Planungsperiode geltenden finanz- und personalpolitischen Vorgaben enthält. Alle staatlichen Leistungen werden dargestellt mit Ausnahme jener der selbständigen Anstalten. Das Budget ist das erste Jahr des 4-Jahresplans.
<b>Entwicklungsleitbild</b>	Langfristiges, auf 10 Jahre angelegtes, politisches Planungsinstrument, mit dem der Regierungsrat Entwicklungsszenarien, Ziele und Strategien des Kantons festlegt. Das ELB wird zu Legislaturbeginn überarbeitet.
<b>Entwicklungsschwerpunkt</b>	Bildet die Innovation des Aufgabenbereichs ab, z.B. Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen. Er kann sich auf die im Entwicklungsleitbild, in der wirtschaftspolitischen Strategie des Regierungsrates oder in einem Planungsbericht definierten Ausrichtungen und Strategien abstützen. Er ist in der Regel mehrjährig und kann auch über die Zeitperiode des AFP hinausgehen.
<b>Globalbudget</b>	Pauschales Budget, das die Kompetenz der Finanzmittelaufteilung der Steuerungsinstanz überlässt; die Festlegung des Globalbudgets pro Aufgabenbereich durch den Grossen Rat erfolgt auf Basis der Nettoaufwände (Saldo).
<b>Globalkredit</b>	Planungsinstrument für Investitionen, Programme und Projekte, die voraussichtlich eine mehrjährige respektive über das Kalenderjahr hinausgehende Finanzierung erfordern oder deren Nettoaufwand einen bestimmten Betrag übersteigt. Globalkredite werden in Klein- und Grosskredite gegliedert.
<b>Grosskredit</b>	Globalkredit für ein einmaliges Vorhaben, dessen Nettoaufwand 5 Mio. Franken übersteigt oder für wiederkehrende Aufwände, die 0.5 Mio. Franken übersteigen. Grosskredite werden durch den Grossen Rat mit einer separaten Vorlage genehmigt.
<b>Indikator</b>	Ein Indikator zeigt auf, was in Betracht gezogen wird, um die geplante Zielerreichung zu überprüfen oder zu messen. Ein Indikator stellt somit eine möglichst genau zu formulierende Messgrösse dar, er gibt also an: Anzahl, Prozentanteil, Messdauer, Bezug der Messung etc.
<b>Jahrestranche</b>	Jährlich vom Grossen Rat freigegebene Mittel eines Globalkredits. Die Verwaltungsrechnung des Budgetjahrs kann bis zum festgelegten Betrag (Nettoaufwand) belastet werden.

# Glossar

Begriff	Erläuterung
<b>Jahresbericht</b>	Jährlicher Bericht des Regierungsrats, des Büro des Grossen Rats und des Leitungsorgans der Gerichte an den Grossen Rat. Der Jahresbericht vergleicht das Budget und das effektive Rechnungsergebnis (Soll-Ist-Vergleich) und enthält Abweichungsanalysen und Korrekturmassnahmen.
<b>Kennzahl</b>	Gibt in absoluter und relativer Form Informationen über relevante Daten für einen Steuerbereich wie Umfeldentwicklungen, Leistungen, Finanzen. Eine Kennzahl hat nicht Zielcharakter. Sie beeinflusst die Steuerung, ist aber keine Steuerungsgrösse. Eine Kennzahl des einen Steuerbereichs kann in einem anderen Steuerbereich einen Indikatorwert oder ein Ziel darstellen.
<b>Kleinkredit</b>	Globalkredit für ein einmaliges Vorhaben mit einem Nettoaufwand zwischen 50'000 und 5 Mio. Franken oder jährlich wiederkehrende Aufwände zwischen 20'000 und 500'000 Franken. Übersteigt der zu beantragende Nettoaufwand 1 Mio. Franken (Aufgabenbereich des Regierungsrates) bzw. 0.1 Mio. Franken (Aufgabenbereich des Büros des Grossen Rats bzw. des Leitungsorgan der Gerichte), wird der Kleinkredit mit einer Sammelvorlage durch den Grossen Rat genehmigt.
<b>Kostenleistungsrechnung</b>	Führungsinstrument, welches das betriebliche Geschehen in Mengen und Werten transparent darstellt. Der Aufbau der Kostenleistungsrechnung erfolgt in der Regel in drei Stufen: Kostenartenrechnung, Kostenstellenrechnung und Kostenträgerrechnung.
<b>Leistungsunabhängige Aufwendungen und Erträge</b>	Leistungsunabhängige Aufwendungen und Erträge fallen weitgehend unabhängig von den erbrachten Leistungen an. Sie dienen in der Regel der allgemeinen Finanzierung des Staatshaushaltes oder anderer öffentlicher Gemeinwesen (z. B. Gemeinden). Beispiele: Steuereinnahmen, Finanzaufwand- und ertrag, Finanzausgleich.
<b>Management Informationssystem</b>	Informatikgestütztes Analyse- und Berichtssystem, das die Steuerungsprozesse aller Steuerungsinstanzen unterstützt.
<b>Massnahmen</b>	Aus den Entwicklungszielen abgeleitete Massnahmen für einen definierten Zeitraum.
<b>Nettoaufwand bei Globalkrediten</b>	Der für die Kreditgenehmigung bei Gross- und Kleinkrediten massgebliche Nettoaufwand berechnet sich aus Aufwand minus bei Beschlussfassung bekannter Ertrag. Um jedoch festzulegen, ob der Grosse Rat oder der Regierungsrat bzw. das Leitungsorgan der Gerichte oder das Büro des Grossen Rats für die Kreditgenehmigung zuständig sind, wird dem Aufwand lediglich 30% des Ertrags angerechnet.
<b>Planungsbericht</b>	Planungsinstrument, mit dem der Regierungsrat dem Gossen Rat bei Bedarf neue kantonale Aufgaben oder wesentliche Veränderungen von kantonalen Aufgaben zur Genehmigung unterbreitet.
<b>Politikbereich</b>	Formaler Bezugs- und Orientierungsrahmen im Entwicklungsleitbild.
<b>Produkt</b>	Steuerbereich der Organisationseinheiten; ein Produkt umfasst in der Regel eine oder mehrere Leistungen. Produkte sind gleichzeitig Kostenträger, das heisst, die Kosten werden jedem einzelnen Produkt zugerechnet.
<b>Produktgruppe</b>	Steuerbereich der Departemente; eine Produktgruppe umfasst in der Regel mehrere Produkte.

## Glossar

Begriff	Erläuterung
<b>Steuerungsbereich</b>	Einheit, auf der die Steuerungsinstanzen ihre Planung und Steuerung vornehmen. Die Steuerungsbereiche decken alle staatlichen Leistungen ab; ausgenommen sind die Aufgaben der selbständigen Anstalten. Als Steuerungsbereiche gelten Aufgabenbereich, Produktgruppe und Produkt.
<b>Steuerungsgrösse</b>	Entscheidungsgrösse, mit denen die Steuerungsinstanzen die Steuerungsbereiche steuern. Als Steuerungsgrössen gelten Ziele, Indikatoren und Finanzen.
<b>Umfeldentwicklung</b>	Prospektive Darstellung und Erläuterung der Chancen und Gefahren aus dem Umfeld, in dem sich die Aufgabenbereiche / die Produktgruppen / die Produkte bewegen. Sie positionieren den Steuerungsbereich im Sinne von Stärken und Schwächen.
<b>Umschreibung des Aufgabenbereichs</b>	Kurze Darstellung des Auftrags des Aufgabenbereichs gemäss Anhänge I und II der Geschäftsordnung.
<b>Verwaltungsrechnung</b>	Auch Finanzbuchhaltung genannt; orientiert zahlenmässig über das finanzielle Ergebnis des Kantons. Sie weist die Aufwände und Erträge aus und setzt sich aus laufender Rechnung und Investitionsrechnung sowie der Bestandesrechnung zusammen.
<b>Ziel</b>	Ziele bilden einen künftigen Zustand ab, der erreicht werden soll oder enthalten eine Absichtserklärung. Ziele können subjektive Interessen umfassen oder Bedürfnisse und Werte der Zielgruppen oder die vom Gesetzgeber beabsichtigte Wirkung des öffentlichen Handelns oder einen Aspekt der Wirkung, der aus politischen oder anderen Gründen als speziell wichtig erachtet wird.

